

AKTEN DER GESELLSCHAFT FÜR GRIECHISCHE
UND HELLENISTISCHE RECHTSGESCHICHTE

17

SYMPOSION 2003



VERLAG DER
ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

SYMPOSIUM 2003

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE
KOMMISSION FÜR ANTIKE RECHTSGESCHICHTE

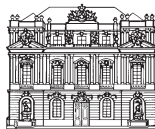
AKTEN DER GESELLSCHAFT FÜR GRIECHISCHE
UND HELLENISTISCHE RECHTSGESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN VON

EVA CANTARELLA
JOSEPH MÉLÈZE MODRZEJEWSKI
GERHARD THÜR

in Verbindung mit
Michael Gagarin, Alberto Maffi,
Julie Vélissaropoulos-Karakostas

Band 17



VERLAG
DER ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
WIEN 2006

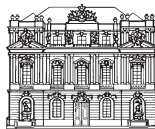
ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE
KOMMISSION FÜR ANTIKE RECHTSGESCHICHTE

SYMPOSION 2003

Vorträge zur
griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte

(Rauischholzhausen, 30. September – 3. Oktober 2003)

herausgegeben von
Hans-Albert Rupprecht



VERLAG
DER ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
WIEN 2006

Vorgelegt von k. M. GERHARD THÜR
in der Sitzung am 24. März 2006

Gedruckt mit Unterstützung der
Emil und Arthur Kießling-Stiftung für Papyrusforschung

Die verwendete Papiersorte ist aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff hergestellt,
frei von säurebildenden Bestandteilen und alterungsbeständig.

Alle Rechte vorbehalten
ISBN 3-7001-3686-2
Copyright © 2006 by
Österreichische Akademie der Wissenschaften
Wien
Gesamtherstellung: Börsedruck Ges.m.b.H, 1230 Wien

<http://hw.oeaw.ac.at/3686-2>
<http://verlag.oeaw.ac.at>

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	IX
---------------	----

I. ALTGRIECHISCHES RECHT

Joseph Mèlèze Modrzejewski (Paris) Eröffnung	3
Michael Gagarin (Austin) Inscribing Laws in Greece and the Near East	9
Raymond Westbrook (Baltimore) A Response to Michael Gagarin	21
Adele C. Scafuro (Providence) Magistrates with Hegemony in the Courts of Athens	27
Lin Foxhall (Leicester) A Response to Adele Scafuro	53
Robert W. Wallace (Evanston) Withdrawing graphai in ancient Athens – A case study in „sycophancy“ and legal idiosyncrasies	57
Edward Harris (New York) A Response to Robert Wallace	67
Edward E. Cohen (Philadelphia) Consensual contracts at Athens	73
Éva Jakab (Szeged) Antwort auf Edward Cohen	85

Stephen C. Todd (Manchester) Some Notes on the Regulation of Sexuality in Athenian Law	93
Lorenzo Gagliardi (Milano) Risposta a Stephen Todd	113
Douglas M. MacDowell (Glasgow) Mining Cases in Athenian Law	121
Mario Talamanca (Roma) Intervento sulla relazione di Douglas MacDowell	133
Michele Faraguna (Trieste) La città di Atene e l'amministrazione delle miniere del Laurion	141
Gerhard Thür (Graz) Antwort auf Michele Faraguna	161
Marietta Horster (Rostock) Die Olivenbäume der Athena und die Todesstrafe	167
Hartmut Leppin (Frankfurt am Main) Antwort auf Marietta Horster	187
Jean-Marie Bertrand (Paris) À propos de la <i>Rhétorique</i> d'Aristote (I, 1373b1-1374b23), analyse du processus judiciaire	191
Andréas Helmis (Athènes) Réponse à Jean-Marie Bertrand	203
Francisco Javier Fernández Nieto (Valencia) Titularidad y cesión de los derechos de la pesca marítima en la antigua Grecia	207
Léopold Migeotte (Québec) La gestion des biens sacrés dans les cités grecques	233
Martin Dreher (Magdeburg) Antwort auf Léopold Migeotte	247

Rudolf Haensch (München) Das öffentliche Siegel der griechischen Staaten – zwischen Kontrollmittel und Staatssymbol	255
Evangélos Karabélias (Paris) Réponse à Rudolf Haensch	281
Julie Vélissaropoulos-Karakostas (Athènes) Une inscription inédite de Corfou	285
Kaja Harter-Uibopuu (Wien) Antwort auf Julie Vélissaropoulos-Karakostas	293

II. HELLENISTISCHES UND RÖMISCHES RECHT

Alberto Maffi (Milano) Studi sulla giurisdizione nei regni ellenistici	301
Dieter Nörr (München) Antwort auf Alberto Maffi (Das Erbgesetz von Dura-Europos – P. Dura 2 – und das sog. <i>oikos</i> -Prinzip)	315
Barbara Anagnostou-Canas (Paris) Effets juridiques de la filiation dans l’Egypte grecque et romaine	323
Jakub Urbanik (Warsaw) A Response to Barbara Anagnostou-Canas	341
Uri Yiftach-Firanko (Jerusalem) Regionalism and legal documents: The case of Oxyrhynchos	347
Andrea Jördens (Marburg) Antwort auf Uri Yiftach-Firanko	367
Bernhard Palme (Wien) Spätromische Militärgerichtsbarkeit in den Papyri	375
A.J.B. Sirks (Frankfurt am Main) Antwort auf Bernhard Palme	409

Fritz Mitthof (Wien) Neue Evidenz zur Verbreitung juristischer Fachliteratur im spätantiken Ägypten	415
Mario Amelotti/Livia Migliardi Zingale (Genova) Risposta a Fritz Mitthof	423
Livia Migliardi Zingale/Mario Amelotti (Genova) Omologia e quietanza? A proposito di alcune vendite di età postgiustiniana	425
Eva Cantarella (Milano) L'insegnamento del diritto greco a trent'anni dal primo Symposion: diffusione, approcci e prospettive di sviluppo	435
Quellenregister	443

VORWORT

Das XIV. Symposium der Gesellschaft für griechische und hellenistische Rechtsgeschichte fand vom 30.9.2003 bis zum 3.10.2003 in Schloß Rauschholzhausen bei Marburg statt. Damit wurde das Symposium nach dem ersten Treffen 1971 in Schloß Rheda und 1985 auf Schloß Ringberg zum dritten Mal in Deutschland veranstaltet. Wenngleich der Bereich der Themen wie immer von der frühen griechischen Rechtsgeschichte bis in die byzantinische Zeit reichte, wurde doch diesmal entsprechend der fachlichen Ausrichtung des Marburger Instituts für Rechtsgeschichte und Papyrusforschung die hellenistische Rechtsgeschichte und insbesondere die Rechtsgeschichte Ägyptens von der ptolemäischen bis zur byzantinischen Zeit stärker akzentuiert.

Insgesamt trafen sich über 38 Wissenschaftler aus Europa, Israel und den Vereinigten Staaten zu Vorträgen und intensiven Diskussionen, für die Schloß Rauschholzhausen mit seinem Park und seiner ländlichen Umgebung einen besonderen Rahmen bot.

Nicht besonders hervorzuheben, da selbstverständlich, ist die interdisziplinäre Zusammensetzung des Kreises aus Vertretern der Alten Geschichte, der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Klassischen Philologie und der Antiken Rechtsgeschichte. Neben einigen Teilnehmern, die schon das 1. Symposium besuchten, war diesmal eine größere Zahl jüngerer Forscher eingeladen. Gemäß einer inzwischen festen Übung war kein Generalthema vorgegeben worden, wohl aber wurden für jeden Vortrag Korreferenten bestellt. Referate und Korreferate sind im folgenden abgedruckt. Herr Fernández Nieto (Valencia) war aus dienstlichen Gründen an der Teilnahme verhindert; die Aufnahme seines Beitrags erschien aber gleichwohl angemessen.

Das Symposium wurde organisiert vom Institut für Rechtsgeschichte und Papyrusforschung am Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, für die Unterstützung durch das Seminar für Klassische Philologie der Justus-Liebig Universität Gießen ist Herrn Prof. Dr. Landfester zu danken.

Die Durchführung des Symposiums und der Druck der Akten wurden durch großzügige Beihilfen der „Emil und Arthur Kießling Stiftung für Papyrusforschung“ erst ermöglicht. Dafür danke ich sehr.

I. ALTGRIECHISCHES RECHT

JOSEPH MÉLÈZE MODRZEJEWSKI (PARIS)

ERÖFFNUNG*

Spektabilität, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde!

Ein alter Marburger begrüßt zur Eröffnung des XIV. Symposions für griechische und hellenistische Rechtsgeschichte die Veteranen der Veranstaltungsreihe und besonders herzlich die Vertreter der jüngeren Generation. Als Marburger habe ich – die Autochthonen ausgenommen – wahrscheinlich eine ältere Geschichte als die Mehrzahl von Ihnen. Denn ich begrüße Sie in Marburg nicht nur als Kongressteilnehmer, sondern auch als ehemaliger Angehöriger der Philips-Universität und Leiter des Papyrologischen Instituts. Diese heute etwa 36 Jahre alt werdende Geschichte läßt sich in ein paar Worten zusammenfassen.

Ende April 1967 bekam ich einen Brief von dem damaligen Direktor des Marburger Instituts für Papyrusforschung Professor Emil Kießling. Er habe die Absicht, schrieb er, mich als Schüler seines verstorbenen, lieben Freundes Raphael Taubenschlag seiner Fakultät als Nachfolger auf seinen Lehrstuhl und als Direktor des Instituts für Papyrusforschung und antike Rechtsgeschichte vorzuschlagen. Hätte ich Interesse an einer solchen Berufung, so solle ich ihm einen kurzen Lebenslauf, ein Verzeichnis meiner Arbeiten sowie eine Zusammenfassung des Inhalts und der Ergebnisse derjenigen meiner Arbeiten zusenden, die mir am wichtigsten zu sein schienen.

Der Brief Kießlings war für mich eine außerordentlich angenehme Überraschung. Professor für Papyrologie und Direktor eines weltberühmten papyrologischen Instituts zu werden, war für den polnischen Emigranten, der in Frankreich eine bescheidene Stelle als Forschungsattaché bekleidete, eine unverhoffte Chance. Meiner begeisterten Antwort auf den Vorschlag von Herrn Kießling folgte eine Reise nach Marburg mit dem alten 2CV Citroën. Meine Frau begleitete mich, und wir entdeckten eine kleine und sympathische Universitätsstadt, die vollkommen neu für uns war. Die Marburger Kollegen empfingen uns auf außerordentlich freundschaftliche Weise. Tief berührt waren wir beide von dem höflichen und feinen Entgegenkommen des damaligen Marburger Romanisten Prof. Fritz Schwarz und seiner

* Gekürzter und durchgesehener Text der zum XIV. Symposion der Gesellschaft für griechische und hellenistische Rechtsgeschichte in Marburg am 30. September 2003 gehaltenen Eröffnungsrede. Meinem jungen Freund Johannes Bernhardt (Freiburg i. Br., z.Z. Paris) bin ich für die Hilfe bei der Revision der ersten Fassung sehr dankbar.

Gattin. Ich darf auch das herzliche Interesse nicht vergessen, das meine deutschen Kollegen, die älteren, wie Max Kaser und Hans Julius Wolff, und die jüngeren, wie Dieter Nörr, für meine eventuelle Ernennung in Marburg zeigten und die praktischen Ratschläge, die sie mir für die Berufungsverhandlungen gaben.

Die Verhandlungen in Wiesbaden begannen wenig später. Das Hessische Kultusministerium zeigte sich recht großzügig. Während der Verhandlungen hat mir Dr. Helmut Lenz, ein Kommilitone meines verstorbenen Freundes Christoph Sasse, mit viel Hilfe zur Seite gestanden. Versprochen wurde nicht nur ein ganz anständiges Einkommen und eine optimale, auf meine polnische Magisterprüfung im Jahre 1952 zurückgehende Festsetzung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit, sondern auch eine substantielle Erhöhung der laufenden Sachmittel für das Institut und eine einmalige Zuwendung von 10.000 DM zur Ergänzung der Bücherei. Dazu kam ausnahmsweise die Schaffung einer Planstelle für einen Akademischen Rat ab 1969, die heute mein Freund Joachim Hengstl inne hat. Günstigere Bedingungen für eine Professur in Deutschland konnte sich ein ausländischer Kandidat in einem für die praktische Bildung der deutschen Juristen vielleicht nicht vollkommen unentbehrlichen Studienbereich kaum erhoffen.

Also eine glänzende Chance für einen jungen Gelehrten. Dann kam das Unerwartete: eine andere glänzende Chance in Form eines Lehrauftrags für griechische und hellenistische Rechtsgeschichte an der Pariser Rechtsfakultät.

Die Initiative kam vom dem weltbekannten Pariser Rechtshistoriker Professor Jean Gaudemet. Seine Absicht war, den französischen Studenten die Möglichkeit zu geben, neben dem römischen auch mit dem altgriechischen Recht Bekanntschaft zu machen und den unvergleichlichen Reichtum der in den griechischen Inschriften und Papyri enthaltenen Dokumentation zu entdecken. Ein „Institutions helléniques“ benannter Unterrichtszweig sollte durch Übungen in griechischer Papyrologie und Epigraphik ergänzt werden – für die französische Universität war dies ein totales Novum. Einen solchen Vorschlag abzulehnen, wäre Frevel und Sünde gewesen.

Marburg gegen Paris: ein ungleicher Kampf. Da die Pariser Professur nur drei Stunden Unterricht pro Woche beanspruchte, versuchte ich zuerst, die beiden Angebote miteinander zu vereinbaren. Auf zwei europäischen Universitäten in demselben Studienbereich tätig zu sein, schien mir eine nicht von vornherein undenkbare Lösung. Ich beabsichtigte, die Marburger Professur als Hauptamt und die französische als Nebentätigkeit anzunehmen. Aber die stolze Pariser Fakultät empfand es als erniedrigend, sich mit einer zweitrangigen Stelle zu begnügen. Die Rangstufen mußten umgekehrt werden. Dank der Gefälligkeit der Marburger Universität und des Hessischen Kultusministeriums bekam ich in Marburg eine Gastprofessur mit einer Lehrveranstaltung „Interpretation griechischer Rechtsurkunden“.

Während dreier Semester, von 1967 bis 1968, lebte ich also im Pendelverkehr zwischen Paris und Marburg. Zweimal verbrachten wir die Winter- und Osterferien mit der ganzen Familie auf dem sympathischen Hansenhof in der Nähe von Marburg. Frau Kießling besuchte uns: sie kam zu Fuß, ein paar Kilometer durch den

Schnee, begrüßte uns mit ihrem reizvollen russischen Akzent und erfreute die Kinder mit wohlschmeckendem russischen Kuchen. Die Arbeit im Institut ging zwei Wochen im Monat tüchtig voran. Bald sollte ich meine Pflichten an meinen rechtmäßigen Nachfolger übergeben.

Einen mit der juristischen Papyruskunde vertrauten Juristen in Deutschland zu finden, war leichter als in irgendeinem anderen europäischen Land. Als Kandidaten kamen die Schüler von Hans Julius Wolff, Erwin Seidl und Wolfgang Kunkel in Frage, um nur die anerkannten Meister zu erwähnen. Zwei hochwertige Doktorarbeiten waren zu bemerken, deren Verfasser, Günther Häge in Freiburg und Hans-Albert Rupprecht in München, gute Freunde waren. 1969 habilitierte sich Rupprecht, womit er einen Vorrang in der Bewerbung um den Marburger Lehrstuhl hatte. Daß er wirklich der beste aller möglichen Kandidaten war, hat er seitdem durch seine wissenschaftliche Tätigkeit mit hervorragenden Veröffentlichungen reichlich unter Beweis gestellt. Für mich bleibt die Freude, daß ich zwischen Emil Kießling und Hans Rupprecht als Überbrückung behilflich sein konnte.

Als das Marburger Institut wieder unter der Leitung eines kompetenten und tüchtigen deutschen Direktors ein neues Leben begann, konnte der vorläufige Leiter sich völlig seinem Pariser Unterricht widmen. Zwischen 1967 und 1976 schlossen sich den französischen Hörern einige griechische Studenten an. Manche von ihnen, wie Julie Vélissaropoulos in Athen und Barbara Anagnostou-Canas in Paris, sowie viele andere, die ich *in absentia* nicht erwähne, bekleiden heute ansehnliche Unterrichts- und Forschungsstellen in Frankreich und Griechenland. Zwar fiel der Pariser Lehrstuhl dem Moloch der erbarmungslosen, französischen Universitätsreformen zum Opfer, doch konnte das dort begonnene Werk eine glückliche Fortsetzung in der „Ecole pratique des Hautes Etudes“ finden, die mich 1972 als Nachfolger des Papyrologen Roger Rémondon in ihre Historisch-Philologische Sektion wählte. Als Bezeichnung meiner „direction d'études“ schlug ich „Papyrologie et Histoire des Droits de l'Antiquité“ vor, ein genaues Äquivalent der durch die deutschsprachigen Gründer der juristischen Papyruskunde geprägten Formel „Papyrusforschung und antike Rechtsgeschichte“.

Mein Vorschlag wurde bewilligt und das papyrologisch-rechtsgeschichtliche Seminar entwickelte in den nun zurückliegenden 32 Jahren eine regelmäßige Forschungs- und Lehrtätigkeit. Inhaltsreiche Werke sind in seinem Umfeld entstanden als Doktor- und Diplomarbeiten der EPHE: griechisches Recht (Julie Vélissaropoulos), hellenistisches Recht (Barbara Anagnostou-Canas und Andréas Helmis), Papyrusforschung und Geschichte des griechisch-römischen Ägypten (Bernard Legras, Jean A. Straus), römisches Recht (Jean-Pierre Coriat), und sogar hebräisches Recht (Abraham Weingort). Als Gastredner kamen Kollegen aus verschiedenen Ländern und insgesamt drei Kontinenten. Ich darf herzlich diejenigen von ihnen begrüßen, die sich auch an unserer heute beginnenden Tagung beteiligen: Michael Gagarin, Julie Vélissaropoulos, Andreas Helmis, Mario Amelotti und Alberto Maffi. Zu bemerken wäre auch, daß die meisten meiner eigenen Publikationen, von denen einige

auch als Vorträge im Rahmen unserer Symposien präsentiert wurden, anlässlich der in unserem Seminar geführten Untersuchungen entstanden sind.

Es besteht also ein verwandtschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Arbeitsstellen, die sich der Papyruskunde und antiken Rechtsgeschichte widmen: Marburg und Paris. Meine Marburger Erinnerungen sind also nicht nur ein persönlicher Beitrag zu meinem unvermeidlichen, aber hoffentlich noch weit entfernten Nekrolog; vielmehr möchte ich die Gelegenheit nutzen, um die Kontinuität zwischen dem Marburger Institut, das unser Symposion betreut, und dem Pariser Seminar zu unterstreichen. *Voilà l'Europe!*

Hinzuzufügen wäre noch, daß meine Marburger Erinnerungen mit der Entstehungsgeschichte unserer Gesellschaft eng verbunden sind. Anlässlich unserer Gespräche mit Hans Julius Wolff über die Zukunft der papyrologischen und jusgräzistischen Studien entstand das Projekt, die an der griechischen Rechtsgeschichte interessierten Kollegen in einer Tagung zusammenzubringen. Die Idee kam natürlich von Wolff, aber die Verwirklichung des Projektes ging aus dem Zusammenwirken eines kleinen Triumvirats hervor, zu dem Wolff Arnaldo Biscardi und mich herangezogen hatte. Dank der Gastfreundschaft helvetischer Kollegen trafen wir uns zwei- oder dreimal in Fribourg (Schweiz), einem Mittelpunkt zwischen Deutschland, Frankreich und Italien. Die erste Tagung wurde im September 1971 unter der Ägide des „Zentrums für interdisziplinäre Forschung“ der Universität Bielefeld auf Schloß Rheda in Westfalen gehalten. Daß das Bielefelder Zentrum den Jusgräzisten die schönen Räume des Schlosses Rheda zur Verfügung stellte, ist das Verdienst unseres Kollegen Dieter Nörr. Es ist mir eine besondere Freude, Nörr als faktischen Mitstifter unserer Symposien heute unter uns zu begrüßen.

So wurde die formal zwanglose Gesellschaft für griechische und hellenistische Rechtsgeschichte geboren. Wir glänzen bis heute als ein Exempel organisatorischer Selbstbestimmung. Wir haben keine offiziellen Statute, keine Prozedur für den Eintritt neuer Mitglieder. Unsere Energie entfließt unserer Vorliebe für die Disziplin, die wir betreiben. Von den *tres viri legibus Graecis cognoscendis* ist nur noch einer (der Sprechende) am Leben; infolgedessen ist jetzt anstatt des Triumvirats eine aus Eva Cantarella, Gerhard Thür und dem Sprechenden bestehende Troika an der Spitze der Gesellschaft tätig. Sie ist für die Veröffentlichung der von Hans Julius Wolff begründeten Aktenreihe in Verbindung mit einer zweiten Troika – Michael Gagarin, Alberto Maffi und Julie Vélissaropoulos-Karakostas – moralisch verantwortlich. Vierzehn blaue Bände sind erschienen, der 15. kommt bald. Die Reihe wird überall zitiert, sie gehört zu den Standardwerken der Rechtsgeschichte und der Altertumskunde.

Eine Gesamtbilanz über die Ergebnisse unserer Tätigkeit zu ziehen, würde über die Grenzen dieser Eröffnungsrede gehen. Ich darf in dieser Hinsicht auf den beachtlichen Bericht verweisen, den Alberto Maffi kürzlich über „Hans Julius Wolff e gli studi di diritto greco a trent'anni dal I Symposion“ (*Dike* 4, 2001, S. 269-291) veröf-

fentlicht hat. Zum Schluß möchte ich nur einen Wunsch äußern, der alle Mitglieder unserer Gesellschaft angeht.

Für unsere Studenten und Kollegen sowie für alle Adepten der griechischen Rechtsgeschichte brauchen wir klare, moderne Handbücher, die leider noch fehlen. Zu bedauern ist diese Lücke besonders in der deutschen und noch mehr in der französischen Fachliteratur. Den deutschen Studenten kann man den Wolffschen Enzyklopädieartikel „Griech(isches) Recht“ im *Lexikon der Alten Welt* (Zürich/Stuttgart, 1965, Sp. 2516-2530) empfehlen; die französischen, die meistens kein Deutsch lesen, müssen sich mit dem uralten und auf Athen beschränkten Ludovic Beauchet begnügen (*Histoire du droit privé de la République athénienne*, I-IV, Paris 1897, Nachdruck 1969) oder auf die englischen Werke von A.R.W. Harrison (*The Law of Athens*, I-II, Oxford, 1968-1971, 2. Auf. mit Bibliographie von D.M. MacDowell, London/Indianapolis, 1998), D.M. MacDowell (*The Law in Classical Athens*, London 1978) und Stephen Todd (*The Shape of Athenian Law*, Oxford, 1993) verwiesen werden; dazu kommt noch eventuell das italienische Handbuch von A. Biscardi (*Diritto greco antico*, Mailand 1982). Am besten ist die Situation für die griechischen Studenten: zur Verfügung stehen ihnen Biscardi in neugriechischer Übersetzung von P. Dimakis und ein modernes Lehrbuch von Julie Vélissaropoulos-Karakostas und Spyros Troianos, schon in der dritten Auflage (*Istoria dikaiou*, Athen/Komotini 2002), leider dem nichtgriechischen Leser aus Sprachgründen nicht zugänglich.

Um so wärmer ist die Initiative unserer amerikanischen Kollegen Michael Gararin und David Cohen zu begrüßen, eine umfassende Einführung in die griechische und hellenistische Rechtsgeschichte als Gesamtwerk in der Form eines „Companion“ zu publizieren (*The Cambridge Companion to Ancient Greek Law*, New York, Cambridge University Press, North American Branch). Das heißt natürlich nicht, daß die älteren europäischen Jusgräzisten, einschließlich des Sprechenden, von der Aufgabe, unseren Schülern und Kollegen ein übersichtliches und leicht zugängliches Handbuch der griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte zur Verfügung zu stellen, entlastet sind. Daß die Bedeutung der griechischen Rechtsgeschichte für die westliche Rechtskultur der Aufmerksamkeit unserer modernen Kollegen entgeht, hängt sicher in bedeutendem Maße damit zusammen, daß sie über kein lesbares Bild der historischen Entwicklung des griechischen Rechts verfügen. Unser Zusammenreffen gibt den Anlaß, um die Jusgräzisten auf diese Aufgabe unserer Disziplin aufmerksam zu machen.

Der inzwischen schon viel zu lang gewordene Eröffnungsgruß kommt zu seinem Ende. Möge unser 14. Symposium sich so günstig entwickeln wie die dreizehn, die ihm seit Rheda vorausgegangen sind. Ich wünsche uns allen vier schöne und erkenntnisreiche Tage mit Vorträgen und Diskussionen in der freundschaftlichen Stimmung, die üblicherweise auf unseren Tagungen herrscht. *Et maintenant au travail!*

MICHAEL GAGARIN (TEXAS)

INSCRIBING LAWS IN GREECE AND THE NEAR EAST

For some time now I have been studying the uses of writing in ancient Greek law. Part of this study involves comparison with other pre-modern legal systems, and I am finding that the uses of writing in Greece are quite different than they are in other places with premodern legal systems. In an earlier paper, I examined certain procedural aspects of the Gortyn Code and the Code of Hammurabi¹ and noted that, although the former comes from the middle of the fifth century B.C.E. and the latter from the middle of the eighteenth century B.C.E., the two are quite similar in their total length and in the range and variety of subjects treated. In this sense, they are suitable candidates for comparison. In addition, each contains a small group of laws on adoption of roughly the same total length, which will allow us to compare how each lawgiver approached this particular subject. My specific concern in returning to a comparison of these two codes is to explore certain aspects of the process of inscribing these two codes, in particular physical features of the inscriptions themselves, references to writing and written documents in the codes, and the organization of laws in each. In all these areas there is a significant difference between the Gortyn Code and Hammurabi's Code that may shed some light on the lawgiver's purpose in each case.

The Gortyn Code (*Inscriptiones Creticae* IV, 72), with 621 lines of text and more than 3,000 words, arranged in eleven and a half columns, presents rules concerning family and property law, but also a wide range of other issues. The large clear letters are generally well preserved and easy to see, and the original red paint would have made them stand out even more clearly, so that with few exceptions the text is easy to read, even if its interpretation is not always clear. The laws of Hammurabi, on the other hand are inscribed on a diorite stele now in the Louvre. The hardness of the stone means that the incisions forming the words are shallow, so that it is much more difficult even to see the writing, let alone read it.² At a distance

¹ Gagarin 2001. I use "code" for convenience to describe these two collections of laws. I do not mean to imply that they are complete or systematic codes in a modern sense. See van Effenterre 2000.

² I should note that I do not know Akkadian or how to read the cuneiform script. For the laws of Hammurabi I am relying on the recent translations of Roth 1995 and Richardson 2000, (and for the rules on adoption, Westbrook 1993), together with the edition of

of two or three meters, the letters at Gortyn still stand out clearly, whereas the writing on Hammurabi's stele can hardly be discerned. This visual difference suggests that the Gortyn legislator was more concerned than was Hammurabi to ensure that the actual inscription of his laws be read by others. One reason for this may be that copies were made of Hammurabi's laws, so that those who wanted to read them did not have to view the inscription on the stele.

Another difference with respect to the use of writing in the two codes is the nature of references to writing in each. At Gortyn, words and expressions for writing like *ta grammata* ("the things that are written"), which occur thirty-four times in the Code,³ refer exclusively to other laws, some of them inscribed in the Code itself, others presumably inscribed elsewhere. This use of words for writing means that, the word "writing" can essentially be taken to be the Gortynian word for law. For example, 12.1-4 read: "If a son has given money to his mother or a husband to his wife *as was written before these writings* (ἄ ἔγραπτο πρὸ τῶνδε τῶν γραμμάτων) the matter shall not be brought to court; but for the future, gifts should be given *as is written* (ἄ ἔγραπται). The expressions referring to writing here essentially mean "in accordance with the law in effect before this law was enacted," and "in accordance with the law."

In Hammurabi's Code, there are (as best I can tell) about the same number of references to writing and written documents – 25 references to documents which were almost certainly written, even though only nine of them are explicitly characterized as written, and then another 6 mentions of writing in the epilogue (as compared to 34 total mentions of writing at Gortyn).⁴ But in Hammurabi's Code the only references to writing that refer to a law are the six instances in the Epilogue where Hammurabi refers in the first person to, e.g., "the commands I have written on this stele" (E15). In the body of the law, however, all references to written texts are to documents other than laws. In some cases we find the word for "contract" (*riksu*), but more often the word used is simply "tablet" (or "sealed tablet"), which essentially means "document." We can only determine by the context that these

Driver and Miles 1952. I have also made some use of the transliterated texts that both Roth and Richardson provide alongside their translations.

³ 1.46, 1.55, 3.20-21, 3.29-30, 4.11, 4.30-31, 4.46, 4.48, 4.51, 6.14-16 (3x), 6.31, 7.47-48, 8.10, 8.25-26, 8.29-30, 8.35-36, 8.40, 8.54, 9.16 (2x), 9.24, 10.45, 10.46, 11.20 (2x), 11.27-29 (2x), 12.2-3 (2x), 12.5, 12.9, 12.14.

⁴ In the body of Hammurabi's laws there are references to contracts called *riksu* (7, 47, 52, 122, 123, 128, 264); a judge's verdict (5), transfers of property (37, 150, 151, 165, 171b, 178, 179, 182, 183), records of debts (48, Fragment a), other words for contracts (177?, and fragments m?, v, w), and receipts for payment (104, 105). In the epilogue Hammurabi speaks of commands or words that he has written on the stele (E8, E11, E14, E15, E18, E19). In order to identify references to writing and written texts, I have used Richardson's translation (2000), checking it as far as possible against words in the Akkadian transliteration he provides. Using Roth 1995 would change the numbers slightly but not significantly.

documents include a judge's verdict, transfers of property, records of debts, other sorts of contracts, and receipts for payment.

Evidently, written documents were widely used in Hammurabi's time, especially in financial transactions, and as such they played an important role in the judicial process. Several provisions require a person under certain conditions to present a particular written document in court. And provision 5, which mentions a judge's written verdict, comes at the beginning of the laws where we find other provisions that regulate judicial procedure.⁵ This provision may imply that judges routinely recorded their verdicts on tablets that were then sealed, in part to prevent anyone from changing them. But despite its many references to the role of written documents in the legal process, the provisions of Hammurabi's Code never include a reference to another provision of the Code or to any other written laws.

All these references to writing surely indicate that written documents were a normal feature of the Babylonian judicial system, and, in fact, actual documents of the sort mentioned in Hammurabi's laws have been found, some in large quantities. And all these documents were probably written by professional scribes, who in addition to knowing how to write, must have known the rather formulaic language of most documents and must also have been fairly knowledgeable in financial and legal matters. Thus most people who wanted to enter into a contract or obtain a receipt for payment probably had the written document prepared by a professional scribe. In Greece, professional scribes do not appear to have had any role in the area of law, except (presumably) in the process of inscribing laws.

One explanation for the fact that Hammurabi's laws do not contain any cross-references to any other substantive legal rules may have to do with the difficult question, in what sense (if any) these provisions are truly laws. The consensus among Near-Eastern scholars now seems to be that the purpose of Hammurabi's Code was not legislative but "academic" – that is, it is not actual legislation but a kind of intellectual or jurisprudential treatise. The main arguments for this view are clearly set out by Bottéro.⁶ First, Hammurabi's laws are too particularized to be actual legislation: they treat a few very particular situations but say nothing of many other situations that would be just as common. Take, for example, 229-30:

229. *If a builder has built a house for a man but does not make his work strong enough and the house he has made has collapsed and caused the death of the owner of the house, that builder shall be killed.*

230. *If it has caused the death of a son of the owner of the house, they shall kill that builder's son.*

⁵ For the context of provision 5 see Westbrook's response (in this volume). The first part of 5 reads (trans. Richardson): "If a judge has conducted a trial, given a verdict, had a seal placed on the document, but some time later modifies his verdict, they can show that that judge is guilty of changing the verdict he has reached, and he shall pay 12 times the amount of the loss which had occasioned that trial."

⁶ Bottéro 1992: esp. 157-69; see also the recent paper of Roth 2000.

These articles presuppose that a builder with a son builds a house for a client with a son and that the house's collapse kills one or both of these. The provisions could be read as an incentive for builders to do good work, and they can, of course, be extended by analogy: for example, if the owner's daughter is killed, the builder's daughter is put to death. But this does not help one decide a case where the builder has no son or daughter or equivalent relative. It seems more plausible, therefore to see provisions such as these as particular examples of the *lex talionis*, on the order of "an eye for an eye." Their purpose is to illustrate particularly appropriate responses to different offenses, and like the rule "an eye for an eye," which later gave rise to various academic disputes about one-eyed men and the like, such rules are better understood as illustrations of general principles of justice than as working law.

Scholars have also noted discrepancies between certain rules, amounting at times to a contradiction. But discrepancies in collections of laws (ancient and modern) are not uncommon and do not necessarily tell us anything about the legislator's intent. A more valid argument may be that the many other legal documents that survive from the time of Hammurabi make no reference to the authority of his Code, even when this contains relevant rules. In actual legal situations, if an authority is sought, the parties appeal to "decisions of the king" not these rules. Finally, Westbrook (1989) has noted that by contrast with actual legislation, which takes effect at a specific time and must address the issue of retroactive application whenever a piece of legislation significantly changes existing law, Hammurabi's laws give no evidence of being temporally situated, that is of coming into existence at a specific time and place, and they never mention the possibility of retroactivity. By contrast, the Gortyn Code does locate itself at a specific time with the reference in 5.4-6 to "when Kyllos and the Aithalian *startos* were *kosmoi*."⁷ The reference is mysterious to us, but it must have meant something to Gortynian readers at the time. And several provisions at Gortyn specify that it is not retroactive.

To these scholarly arguments and others one can add certain physical features. I have already mentioned that it requires sharp eyes to make out the incised wedges on Hammurabi's stele, but the inscription also presents other difficulties for potential readers. It is hard to compare the size of the two scripts, since they are so different, so I simply observe that although the letters on Hammurabi's stele are about the same size as many other cuneiform texts in the Louvre and elsewhere, the writing is smaller and more difficult to read than many other roughly contemporary Akkadian inscriptions. In addition, the text is inscribed all the way around the cylindrical stele, so that a person cannot read the full text without walking around the stone. The twelve columns of the Gortyn text, by contrast, are inscribed on a slightly concave surface; one would have to move over a few steps to read a new

⁷ The *kosmos* was the highest official in Gortyn. We do not know if there was more than one at a time, or how long his term was (most likely a year).

column but one could read each column without moving. These physical features suggest that those who directed the inscribing of Hammurabi's laws made relatively little effort to assist readers, and this supports the view that these laws were not written and displayed in this fashion so that they could be read and used in the course of actual litigation but were intended rather as a memorial of the just king, to be preserved for future generations.

Now, if Hammurabi's goal in having his law inscribed on a stele was fundamentally different from that of the Gortynian legislator, it may not surprise us that the organization of provisions in the two codes is also quite different. Hammurabi's Code has been described as an anthology of specific provisions grouped together according to subject and following one another in linear fashion. Different arrangements are possible,⁸ but in any arrangement the connection between adjacent sections is close in some cases but quite distant in others. Much the same can be said of the overall organization of the Gortyn Code.⁹ Within the individual sections of each code, however, the organization is quite different. In Hammurabi's Code the arrangement of specific provisions also tends to be linear; and there is a strong tendency to arrange closely similar provisions in pairs or small groups. The first two provisions in the Code, for example specify the penalty for false accusation,¹⁰ first for a false accusation of murder and then for one of witchcraft. Then the third and fourth provisions give penalties for false testimony, first in a capital case and then in other cases. Finally, a fifth provision is added that

⁸ Bottéro (1992: 159) proposes the following: false testimony (1-5), theft (6-25), tenure of royal fiefs (26-41), agricultural work (42-66), places of dwelling (76-? – at this point a number of provisions are illegible), commerce (?-111), deposits and debts (112-26), wives and the family (127-94), assault and battery (195-214), free and subordinate professions (215-77), and slaves (278-82).

⁹ I once created a more detailed outline based on the use of asyndeton (Gagarin 1982: 131): seizure of persons (1.2-2.2), rape (2.2-10), forcible intercourse with a slave (2.11-16), attempted seduction (2.16-20), adultery (2.20-45), divorce (2.45-3.16), separation of spouses (3.17-37), special payments to a spouse (3.37-40), separation of slaves (3.40-44), children of divorced women (3.44-4.8), exposure of children (4.8-17), unwed slave mothers (4.18-23), distribution of property among children (4.23-5.1), non-retroactivity of law on gifts to women (5.1-9), inheritance and division of the estate (5.9-54), gifts to a daughter (6.1-2), sale and mortgage of property (6.2-46), ransom of prisoners (6.46-56), marriage of slave men and free women (6.56-7.10), liability of a master for his slave (7.10-15), marriage or remarriage of the heiress (7.15-8.30), further provisions concerning heiresses (8.30-9.1), sale or mortgage of heiresses' property (9.1-24), liability of heirs (9.24-40), the son as surety (9.40-43), business contracts (9.43-10.?), gifts of males to females (10.?-25), restrictions on the sale of slaves (10.25-32), adoption (10.33-11.32), amendment (11.24-25), the duty of judges (11.26-31), four further amendments (11.31-12.19).

¹⁰ Although the actual wording of the two provisions specifies an accusation that one does not prove, but which could, of course, be a true accusation nonetheless, it is generally assumed that the accusation in both cases is false. I omit the texts of these and the following provisions, since they are given in Westbrook's response (in this volume).

is loosely related to the first four in that like them it refers to a violation of the judicial process (a judge who later changes his verdict). By contrast, within the sections or groups of related laws at Gortyn we sometimes find a significantly different arrangement of provisions that (to use Bottéro's term) we can call hierarchical.

This contrast will be illustrated by the sections on adoption, but first I want to examine the more complex organization of the first section of laws at Gortyn (1.2-2.1), which concerns persons of disputed status. It begins with the prohibition against seizing such persons before trial and the consequences of doing so, and then proceeds to give rules for conducting the trial.

1.¹¹ (1.2-14) *Whoever is going to contest [the status of] a free man or a slave is not to seize him before trial. And if he does seize him, let [the judge] sentence him to pay ten staters for a free man, and five for anyone's slave whom he seizes, and let him give judgment that he release him within three days. And if he does not release him, let him sentence him to [pay] a stater for a free man and a drachma for a slave for each day until he releases him. And the judge is to decide the amount of time on oath. And if he should deny the seizure, the judge is to decide on oath, unless a witness should testify.*

2. (1.15-24) *And if one party contends that he is a free man, and the other party that he is a slave, whichever side testifies that he is a free man shall prevail. And if they contend about a slave, each pleading that he belongs to him, if a witness testifies, [the judge] is to give judgment according to the witness; but if they testify either for both sides or for neither, he is to decide on oath.*

3. (1.24-39) *And when the person in possession [of the disputed person] has lost the case, he shall release the free man within five days and give back the slave in hand. And if he should not release him or give him back, let [the judge] give judgment that [the successful party] shall win, in the case of the free man fifty staters and a stater for each day until he releases him, and in the case of the slave ten staters and a drachma for each day until he gives him back in hand. And when the judge has pronounced judgment, after a year, triple (?) fines are to be exacted, or less, but not more. And the judge is to decide the amount of time on oath.*

4. (1.39-49) *And if the slave [who was claimed by] the person who lost the case takes sanctuary in a temple, [the defeated party] shall summon [the successful party] in the presence of two free adult witnesses, and either he himself or another for him shall point out [the slave] at the temple where he is taking refuge. And if he does not summon him or point him out, let him pay what is written. And if he should not give him back at all within the year, he shall pay the single penalties.*

5. (1.49-51) *And if [the defeated party] dies while the suit is being tried, he shall pay the single penalty.*

¹¹ The translation is a modified versions of Willetts 1967; the paragraphing is my own.

6. (1.51-55) *And if someone who is kosmos makes a seizure or someone else [seizes a person] belonging to someone who is kosmos, they are to contend after his term of office is over, and if [the kosmos] loses the case, he shall pay what is written from the day [of the seizure].*

7. (1.56-2.2) *And someone who seizes a man who has lost his case, or one who has pledged his person shall be immune from punishment.*

As I have arranged them, the first group of rules in this section (1) begins with the general prohibition against seizing a person by force if someone disputes that person's status. This is followed by the penalty for violating this rule, and then, since the penalty includes a further injunction to give up the person seized, another penalty follows if that injunction is violated. Then, this first group of rules ends with statements of the procedure the judge should follow in determining the length of time of a seizure and in ruling in case the person accused of seizure denies it. The second group of rules (2) governs the trial that will settle the original dispute, which still must be decided whether or not the person in dispute was seized. Rules are given for two kinds of cases, those that concern whether the person is free or not, and those that concern the ownership of a slave. The third group (3) then addresses situations where the verdict has gone against the person in possession of the disputed person. The loser must give up the person, and penalties are specified if he fails to do so. Finally, there come four additional rules (4-7) covering various situations that require special treatment. The last of these grants an exception to the general prohibition against seizure in certain specific cases.

It is evident that this section is organized systematically in a manner that is logical and hierarchical. The order is partially chronological, with a progression that begins with part 1, which states the basic rule prohibiting seizure by force in cases of disputed status and then gives rules for handling cases where this basic rule is violated. Then, parts 2 and 3 follow with rules for deciding cases where the trial stipulated at the beginning takes place and for enforcing the verdict reached in this trial. Finally, in parts 4-7 come rules for special situations. In some of these parts (1, 3, 4, and 6) the provisions are arranged chronologically, following the order in which an actual dispute would proceed to settlement. Parts 5 and 7 are single provisions that stand alone. In part 2, however, since two different sorts of disputes are possible (whether a person is slave or free, and to whom an undisputed slave belongs), and the trial procedures for them differ slightly, each kind of dispute is treated in turn.

This degree of organization cannot be accidental; it must have taken some effort to produce such a clear and practical statement of a large and complex set of rules. As far as I know, this kind of systematic organization is unparalleled in Near-Eastern laws and I am not aware of it in any other premodern legislation either. And although we cannot necessarily infer the legislator's intent from the results of his work, it is reasonable to speculate that his reason for organizing this legislation in

such a clear and practical manner was to make it more useful for those judges and litigants who would actually make use of it.

No other section of the Code is organized in quite the same way, but some degree of logical and systematic organization is also evident in several other sections, including in the two largest sections, which deal with inheritance and with heiresses, both of which attempt to give comprehensive coverage of the area at some cost to the tightness of the organization. But rather than take the time to analyze these sections, let us turn now to a smaller section of rules, those on adoption (10.33-11.23), which have a parallel in the Code of Hammurabi.

- 1.¹² *One may adopt from any source one wishes.*
2. *And the adoption shall be done at a gathering of citizens in the agora, from the stone where proclamations are made. And let the adopter give his hetaireia ("cohort") a sacrificial victim and a measure of wine.*
3. *And if [the adopted son] is to receive all the property and there are not also legitimate children, he shall fulfill all the adopter's religious and civic obligations and shall receive the property just as is written for legitimate children. And if he does not wish to fulfill these as is written, the next-of-kin shall have the property.*
4. *And if the adopter has legitimate children, if there are males, the adopted son among them shall receive just as the females receive from their brothers.¹³*
5. *And if there are no males, but females, the adopted son is to have an equal share, and he does not need to fulfill the adopter's obligations and accept the property that the adopter leaves, but he shall not have any more.*
6. *And if the adopted son dies without leaving legitimate children, the property is to revert to the adopter's next-of-kin.*
7. *And if the adopter wishes, he may renounce [the adoption] in the agora at a gathering of citizens from the stone from which proclamations are made. And he shall deposit ten staters with the court, and the rememberer (mnamôn) of the magistrate concerned with foreigners shall pay it to the person renounced.*
8. *A woman shall not adopt nor shall a minor.*
9. *And these rules shall be followed from the time he wrote these writings, but in matters before this time, in whatever way someone has [property], whether by adoption or from an adopted son, no legal action shall be taken.*

Here the legislator begins the section on adoption by stating the general rule that adoption can come from any source and specifying the procedure by which an adoption is carried out (1-2). He then gives rules for inheritance of the property depending on whether or not the adopter has other legitimate children (3-5), and

¹² As above (see preceding note), this translation is a modified version of Willetts 1967, but the paragraphing is my own.

¹³ This apparently refers to the one-half share of the inheritance that a daughter at Gortyn receives compared to a son.

these are followed by a provision concerning the disposal of an adopter's property if his adopted son dies without children (6). The legislator then provides for revoking an adoption (7), adds a provision that women and minors cannot adopt (8), and concludes the section by stating that these rules take effect immediately but are not retroactive (9).

For the most part, the arrangement of these provisions is systematic, logical, and partly chronological; it resembles the organization of the first column of the Code, which we examined above, but is even more tightly organized because of its smaller size. The organization seems to highlight what was probably a main purpose of adoption at Gortyn – to provide an heir for someone's property – since after stating the basic rule allowing adoption and the procedure for carrying it out, the legislator then gives specific rules governing the inheritance of the adopter's property by his adopted son (3-5), and then regulates an even later stage of the process, inheritance from an adopted son – presumably after the original adopter has died (6). To this group of rules the legislator then adds additional regulations (7-9), on revoking an adoption, clarifying who can adopt, and providing for non-retroactivity of the whole section of laws on adoption.

Note in particular that the three provisions on inheritance (3-5) follow a logical order of division (there are or are not legitimate children) and subdivision (there are legitimate children but they do or do not include males). Only one clause might seem out of place – the provision that women and minors cannot adopt, which might perhaps have been better placed earlier in the section, right after the initial rule that one can adopt from any source. Its position can perhaps be explained as a result of what was likely a wide-spread assumption among readers of the Code, that anyone who adopts would be an adult man. Since this was generally understood, the legislator did not feel he needed to say this at the beginning of the section; in case there might be some doubt, however, he included an explicit statement restricting adoption later in the section. But even with this rule coming here, the provisions are both comprehensive and practical.

The group of rules on adoption numbered 185-193 in Hammurabi's laws take a very different approach to the subject.¹⁴ Essentially they all address one kind of concern: the various conditions under which an adopted child must or may or may not return to his natural parents. This may have been the most important issue for an adopter at that time (though this seems unlikely), but even if it was, the Babylonians must have had rules about other aspects of adoption that were not thought worthy of inclusion here. Clearly Hammurabi has not attempted to write a comprehensive law on adoption such as we find at Gortyn, but has instead produced a group of closely related rules about specific situations involving adoption.

¹⁴ Richardson puts 192 and 193 in a separate section on child care problems, but the problems these rules address involve adopted children; see the detailed study of Westbrook 1993.

If we look more closely at the arrangement of these rules a pattern appears: eight of the rules form four pairs (185-186, 188-189, 190-191, 192-93), the ninth (187) being a supplement to the first of these pairs, and in each pair the two rules are in some way contrasted with or opposed to each other.

185: If a man has taken in a tiny child at birth as a son and has brought him up, that ward shall not be reclaimed.

186: If a man has taken in a tiny child as a son and then soon after he has taken him in his father and mother search him out, that adopted child shall return to his father's house.

The first pair provide that if an adopted child is reared by the adopter, he shall not be returned to his natural family; but an adopted child who is sought by his natural parents (before being reared) shall be returned. In other words, the natural parents may reclaim their child soon after he is adopted but not after he has been reared. The contrasted situations form a natural pair (after rearing and before), and the rules seem appropriate and fair.

187: The son of an official with a position in the palace and the son of a priestess shall not be reclaimed.

The next provision then supplements this pair by (apparently) prohibiting children of certain parents from being returned after they have been adopted. It is not certain why children of these parents are treated differently, but there must have been a reason that would have been evident to people at the time – perhaps because these people were forbidden or unable to have natural offspring.

188: If a professional craftsman has taken in a child as a ward and has instructed him in manual skills, he shall not be reclaimed.

189: If he has not instructed him in manual skills, that ward shall return to his father's house.

The next pair similarly present contrasted situations: a craftsman who adopts and teaches his adopted son his skill vs. one who does not teach him his skill. Again the consequence in each case seems fair: a craftsman who takes the trouble to teach his craft deserves to keep his son, whereas one who does not has failed in his duty and rightly loses his son.

190: If a man has not counted together with his own sons the child whom he has taken in as a son and whom he has brought up, that ward shall return to his father's house.

191: If a man has established his house after taking in a child as a son and bringing him up, and then has his own children and reaches a decision to expel the ward, that child shall not go away empty-handed. The father who brought him up shall give him as his inheritance one-third of his wealth, and then he shall go away. He shall not give him any field, orchard, or house.

The third pair appear to contrast the adopter who has natural children at the time he adopts with one who has children after he has raised the adopted son. It seems that the father in 190 did not treat his adopted son as a regular child, and so this

child receives nothing, whereas the father in 191 did treat his adopted son as a regular child, and so when this child leaves his adopted father's house he receives a share of the estate.

192: If the son of an official or the son of a priestess has said to his father or mother who has brought him up, "You are not my father. You are not my mother," they shall cut out his tongue.

193: If the son of an official or the son of a priestess declares he knows his father's house, and he hates the father and the mother who have brought him up, and he has gone away to his father's house, they shall pull out his eye.

The last pair concern a son adopted by certain parents, who according to 187 is not supposed to return to his natural parents. It would be reasonable to see these as stating the punishment for violations of the rule in 187, and therefore to place them immediately after it, but instead they are included as a separate pair. Taken together, they present not so much an opposition as a contrast between a son who verbally renounces his adopted parent and thus deserves to lose his tongue, and one who simply leaves his adopted home out of anger and is punished by losing an eye. The first penalty certainly seem appropriate, the second less so. It may be present simply to provide a contrast.

Hammurabi thus arranged these nine provisions into four pairs, to the first of which he added a related addendum that is then picked up by the last pair. For the most part, the contrasting treatments in each pair seem reasonable and appropriate. Besides this arrangement, he may also have intended a certain progression from more general conditions under which the adopted son may or may not return to his natural parents (185-187) to the special case when a craftsman adopts (188-189) to a later stage in the process (190-93) when the fully reared adopted son wishes to leave the house, though this progression is not entirely obvious. But in any case, by addressing only the question of the adopted son leaving (or not leaving) his adopted father's house, Hammurabi limits the practical value of his rules, since many situations that adopters and adoptees must have commonly faced are not mentioned at all. It thus appears that Hammurabi's purpose in writing just these nine rules on adoption was not to provide practical guidance to his subjects. Instead, these specific rules, structured as a series of contrasting situations, each with an appropriate outcome, would serve well to illustrate the lawgiver's sense of justice and were probably selected for this reason.

The section on adoption thus supports the view that Hammurabi's rules are "instructive and educative in the judicial order," as Bottéro puts it (1992: 167). The organization of sections at Gortyn, on the other hand, is consistent with the view that this Code was true legislation, intended to be read and used by those involved in actual litigation at the time. And the same general method of organization is also found in other early Greek inscribed laws, most notably in Draco's homicide law. Finally, the Code itself is the product of a long tradition of organizing inscribed legislation at Gortyn, in which an increasing degree of consolidation and

organization of provisions can be seen. But this is too large an area to be treated in this paper.¹⁵

BIBLIOGRAPHY

- Bottéro, Jean. 1992. *Mesopotamia: Writing, Reasoning, and the Gods*, Chapter 10. Chicago (French original, *Mésopotamie. L'écriture, la raison et les dieux*. Paris 1987).
- Driver, G.R. and John C. Miles. 1952. *The Babylonian Laws*. 2 vols. Oxford.
- Gagarin, Michael. 1982. "The Organization of the Gortyn Law Code." *Greek Roman and Byzantine Studies* 23: 129-46.
- Gagarin, Michael. 2001. "The Gortyn Code and Greek Legal Procedure." *Symposion 1997. Akten der Gesellschaft für griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte*, vol. 13, ed. Eva Cantarella and Gerhard Thür, 41-51. Cologne.
- Richardson, M.E.J. 2000. *Hammurabi's Laws: Text, Translation and Glossary*. Sheffield.
- Roth, Martha T. 1995. *Law Collections from Mesopotamia and Asia Minor*. Atlanta.
- Roth, Martha T. 2000. "The Law Collection of King Hammurabi: Toward an Understanding of Codification and Text." In *La codification des lois dans l'antiquité: Actes du Colloque de Strasbourg 27-29 novembre 1997*, ed. Ed. Lévy. 9-31. Strasbourg.
- Van Effenterre, Henri and Micheline. 2000. "La codification Gortynienne, mythe ou réalité?" dans *La codification des lois dans l'antiquité: Actes du Colloque de Strasbourg 27-29 novembre 1997*, ed. Ed. Lévy. 175-84. Strasbourg.
- Westbrook, Raymond. 1989. "Cuneiform Law Codes and the Origins of Legislation." *Zeitschrift für Assyriologie und vordasiatische Archäologie* 79: 201-22.
- Westbrook, Raymond. 1993. "The Adoption Laws of Codex Hammurabi." *Journal of the Institute of Archaeology of Tel Aviv University, Occasional Publications No. 1 (Raphael Kutscher Memorial Volume)*. 195-204.
- Willets, R.W. 1967. *The Law Code of Gortyn*. *Kadmos Supplement 1*. Berlin.

¹⁵ In a forthcoming work, I undertake a full treatment of the role of writing in Greek law, including the organization and other features of legal inscriptions.

RAYMOND WESTBROOK (BALTIMORE)

A RESPONSE TO MICHAEL GAGARIN

I agree with Professor Gagarin that the Gortyn Code (GC) is true legislation whereas Codex Hammurabi (CH) is not.¹ The determining factor, in my view, is the conscious dating of the entry into force of certain provisions in GC. The style and organization of the text do not in themselves determine its purpose. In respect of these latter elements, there is a closer relationship between the two codes than he allows, a relationship that I wish to examine in more depth in these brief comments.

CH should not be seen in isolation, but as part of a long line of law codes, with close affinities of form and content. To date, seven codes have been discovered in cuneiform script, ranging from the 21st to the 6th century B.C. The unifying factor is their derivation from a common intellectual tradition. That tradition is also identifiable beyond the cuneiform sphere in the codes of the Hebrew Bible (Torah), and more faintly in the Roman XII Tables and GC.² The Gortyn Code, however, stands at the very end of this tradition: it retains some elements, but in others it represents a radical departure.

The intellectual tradition in question is that of Mesopotamian science, which found its finest expression in the relentlessly casuistic approach of CH. For Mesopotamian science was a science of lists: a way of classifying the universe through the accumulation of examples. It lacked two vital elements that would enable its classification to be comprehensive (and therefore universally valid): statements of general principles and definition of concepts.³

The examples in CH and the other oriental codes are not, however, cumulated at random. They are organized in topics, and within each topic, connected by associations of various kinds: object, transaction, offence, status of parties, positive and negative, etc.⁴ Moreover, CH strives to provide a comprehensive treatment of each topic and, in order to overcome its conceptual limitations, uses certain ingenious techniques. Its method is to stake out the edges of a topic by suggestive examples, using maximal variation.⁵ The Gortyn Code uses the same associations

¹ The scholarship on this issue is reviewed in Fitzpatrick-McKinley 1999, Roth 2000, and Westbrook 2000 and 2003: 16-24.

² See Westbrook 1988.

³ Bottéro 1992: 169-79.

⁴ See Petschow 1965.

⁵ Eichler 1987.

and techniques, but on a more sophisticated level. To illustrate this, I will examine the two topics discussed by Gagarin, trial procedure and adoption.

A. Trial Procedure

CH §§ 1-5 read:

1. If a man accuses a man of murder and does not prove it, his accuser shall be killed.
2. If a man accuses a man of witchcraft and does not prove it, the one accused of witchcraft shall go to the river and leap the river. If the river overcomes him, his accuser shall take his house; if the river purifies that man and he is saved, the one who accused him of witchcraft shall be killed and the one who leapt the river shall take the house of his accuser.
3. If a man in a lawsuit gives false testimony and does not prove what he said, if that case is a capital case, that man shall be killed.
4. If he gives testimony on grain or silver, he shall bear the penalty of that case.
5. If a judge judges a case, renders a verdict and has a sealed document drafted, and subsequently changes his verdict, they shall prove that judge to have changed his verdict and he shall pay 12-fold the claim in that case...

The paragraphs present issues arising in a strict chronological order: pre-trial (false accusation), during the trial (false testimony), post-trial (tampering with the verdict). In order to cover more ground, the examples also vary along two different axes:

- 1) identity of the culprit: a) accuser, b) witness, c) judge;
- 2) substance of the claim: a) murder/witchcraft, b) capital/pecuniary, c) any case.

This is an illustration of the technique of maximal variation.⁶ The result is that a series of intermediate cases are omitted – in theory, to be extrapolated by deduction from the cases treated; in practice, to be supplied from knowledge of the traditional law.

GC opens with the exact same topic, and the same chronological arrangement. To me, these are clear signs that it is drawing upon a long academic tradition. The treatment begins with pre-trial issues, moves on to matters arising in the course of the trial, and finally to issues and incidents arising after the verdict. It is true that it then steps out of chronological sequence, into the issue of status (if the culprit is a *kosmos*: I 51-55). The topic closes, however, with a typical technique of the oriental codes: the negative of the opening proposition (I 56-II 2). In CH, as Gagarin has shown, this is presented as opposing couplets. In GC, the approach is rather to use positive and negative poles as a framing device for the whole topic.

The major difference between GC and CH is that GC tightens the discussion by confining it to a single cause: the status of free or slave. In this way it gains more

⁶ Also to be noted in the second sequence is the rising level of generality.

coherence but at the same time it loses in breadth. How far these procedural rules apply to matrimonial or property law, for example, is not clear. Could one seize a disputed animal before trial? One cannot be sure, because GC, like its oriental counterparts and unlike a modern code, is still relying on casuistic examples.⁷

B. Adoption

CH 185-193 read:

185. If a man adopts a child in its (amniotic) water and brings him up, that one who has been raised shall not be reclaimed.
186. If a man adopts a child and, at the time when he took it, it was searching for its father and mother, that one who has been raised shall return to his father's family.
187. The (adopted) son of a *girsequm*, a *muzzaz ekallim* or a *sekretum*-lady (types of courtier) shall not be reclaimed.
188. If a craftsman adopts a child in order to raise him and has taught him his craft, that one who has been raised shall not be reclaimed.
189. If he has not taught him his craft, that one who has been raised shall return to his father's house.
190. If a man has not counted among his sons a child whom he adopted and raised, that one who has been raised shall return to his father's house.
191. If a man establishes his house with a child whom he adopted and raised, but later acquires sons and decides to expel the one who has been raised, that child shall not leave empty-handed. The father who raised him shall give him one third of his inheritance from his moveable property; he shall not give him from his field, orchard, and house.
192. If the son of a *girsequm* or a *sekretum* has said to his father and mother who raised him: "You are not my father, you are not my mother," they shall cut out his tongue.
193. If the son of a *girsequm* or a *sekretum* identifies his father's house and hates his father and mother who raised him and goes away to his father's house, they shall tear out his eye.

Again, the arrangement is chronological: circumstances arising on formation of the adoptive relationship (185-86), during its course (187-90), and at its dissolution

⁷ Sealy (1994: 40) argues that GC's opening provisions are a general prohibition on self-help before recourse to forensic justice. This is an anachronistic approach, which artificially expands the scope of the language. Thus Sealey takes the sole object of these paragraphs – a slave – as paradigmatic of any property, an unjustified assumption. If a slave alone is mentioned, it is because only a slave is meant. The opposite rule which closes the topic (permitting seizure of debtors) amply demonstrates that it concerns only seizure of persons.

(191-93).⁸ In this sequence, the result is the opposite from what we saw in the trial procedure sequence: while CH confines itself to the relatively narrow issue of validity of the adoption, with only a slight foray into punitive sanctions at the end, GC achieves a much a broader treatment. It does so, however, by stepping out of the mold of Mesopotamian science and applying broad statements of principle at the beginning and end:

X 33-34 Adoption may be from wherever one wishes...

XI 18-19 A woman may not adopt, nor a minor.⁹

Once again, it is a framing device based on positive and negative rules. This time, however, it uses maximal variation. There are two axes: valid and invalid adoption; natural parent/guardian and adoptee, covering a broader spectrum but leaving out the intermediate cases. From the second rule we cannot tell exactly who may adopt. It is all very well to say any adult male, but could an *oikeus* or a slave adopt, or an *apodromos*, or a son not yet in receipt of his inheritance share, or for that matter a son who had received his inheritance, while the father was still alive? The opening rule, on the other hand, is a more sophisticated statement of general principle. It is the first step towards modern legal science.

C. Conclusions

The casuistic form is a defective form of presentation. It is defective irrespective of whether it is presenting academic discussion or legislation. In following that form, GC labors under a handicap. On the one hand, it uses the same time-honored techniques as CH to overcome the handicap. On the other, it goes beyond the Mesopotamian tradition by adopting more sophisticated methods, namely the formulation of general principles and (once, at least) definition of legal concepts.¹⁰

Nonetheless, it remains far from a systematic statement of the law, and it would be anachronistic to interpret its provisions as in any way comprehensive. In all the ancient societies under discussion, the vast bulk of the law was traditional law which was familiar to all. GC no less than CH presumes that knowledge in the reader (or listener) and only deals with certain cases because they make a particular point, whether it is that they are typical, unusual, or (and this is unique to GC) because it happens to be changing the existing rule.

⁸ Note that, as with the *kosmos* in GC I 51-55, CH 187 steps out of the chronological sequence into the sphere of status.

⁹ I take the following provision about non-retrospectivity (XI 19-23) as a procedural coda to the substantive law topic.

¹⁰ VIII 40-42: An heiress is one who has no father or brother from the same father.

BIBLIOGRAPHY

- Bottéro, J. 1992. "The 'Code' of Hammurabi." *Mesopotamia: Writing, Reasoning, and the Gods*. Chicago: University of Chicago Press, Chapter X: 156-84.
- Eichler, B. 1987. "Literary Structure in the Laws of Eshnunna." In *Language, Literature and History: Philological and Historical Studies Presented to Erica Reiner*. New Haven: American Oriental Society: 71-84.
- Fitzpatrick-McKinley, A. 1999. *The Transformation of Torah from Scribal Advice to Law*. JSOTSupp. 287. Sheffield: Sheffield Academic Press.
- Petschow, H. 1965. "Zur Systematik und Gesetzestechnik in Codex Hammurabi," *Zeitschrift für Assyriologie* 57: 146-72.
- Roth, M. 2000. "The Law Collection of King Hammurabi: Toward an Understanding of Codification and Text." In *La codification des lois dans l'antiquité*, ed. E. Lévy. Strasbourg: de Boccard: 9-31.
- Sealey, R. 1994. *The Justice of the Greeks*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Westbrook, R. 1988. "The Nature and Origins of the Twelve Tables," *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Romanistische Abteilung)* 150: 74-121.
- , 2000. "Codification and Canonization." In *La codification des lois dans l'antiquité*, ed. E. Lévy. Strasbourg: de Boccard: 32-47.
- , 2003. "Introduction: The Character of Ancient Near Eastern Law." In *A History of Ancient Near Eastern Law (= HANEL)*, ed. R. Westbrook. Leiden, Brill: 1-90.

ADELE C. SCAFURO (PROVIDENCE)

MAGISTRATES WITH HEGEMONY IN THE COURTS OF ATHENS

My topic is ‘*hegemonia dikasteriou*.’ The phrase itself appears infrequently, but based upon context and common sense we can be certain that it means, ‘the authority to preside over a court.’ It is more a matter of speculation to determine how and when a magistracy received *hegemonia*. Upon consideration of the many passages in the *Athenaion Politeia*, in the orators, and in fifth and fourth century inscriptions where magistrates are said to bring (*eisagein*) a certain kind of case or a certain kind of procedure into court,¹ I think it’s safe to say that at some point in its evolution, possibly at origin, perhaps more often in the course of existence, the law granted a magistracy the right (but possibly an obligation in archaic Athens) to bring cases or procedures into court, whether or not that right was formally called *hegemonia dikasteriou*. By the fourth century, however, a more formal apparatus for conferral can be discerned.

In the course of this essay, I take up two controversial matters regarding the conferral of *hegemonia dikasteriou*. The first concerns officials who are sometimes designated ‘extraordinary’ – and by this I mean an individual chosen for a position whether by himself or as a member of a board to carry out a particular set of tasks for a particular occasion; the office of an ‘extraordinary magistrate’ is not permanent

¹ I confine references here to the *AP* for the usage of the phrase εἰσαγεῖν εἰς τὸ δικάστηριον. Usually magistrates are said to introduce *dikai* or *graphai* and usually the type is specified (e.g., δίκαι ἀπὸ τῶν συμβόλων): 52.1; 52.1 (bis); 52.3; 53.3; 56.6-7; 57.4; 58.3; 59.6. Less frequently magistrates are said to introduce other procedures: thus they introduce *endeixeis* at 52.1; *euthynai* at 48.5 and *dokimasiai* at 55.1; *diadikasiai* at 61.1. As in these examples where magistrates are the subject and the verb means ‘introduce’ (rather than ‘prosecute’), it is rare to find persons (rather than cases or procedures) as the object of *eisagein*; thus at *AP* 52.1 the procedure probably should be extrapolated as the object of the verb and at 59.4 the personal object may have formed part of the title of the *dike* or *graphe*. On the activity of *synegoroi* and *logistai* at 54.2, see n. 4 below and cf. n. 20. The series of decrees granting citizenship starting ca. 307/6 B.C. add a clause requiring the *thesmothetai* to introduce a *dokimasia* for the candidate into the *dikasterion*; the phrasing, while showing variants and often restored, is formulaic, and in 42 instances never departs from articulating the procedure as object of *eisagein*; the person who is to be scrutinized appears as a ‘dative of advantage.’ See Osborne 1981-83: vol. 1, D. 61.29ff (=IG II² 496 + 507 + Addendum p. 61) for the first such clause; discussion in vol. 4, pp. 164-7.’ See n. 65 below.

though it might be voted into existence for a set number of successive years. The questions I ask are: did the officials who filled these positions have *hegemoniai dikasterion* – and if so, how? I will argue that they did not have it automatically, by virtue of the creation of their office, whether by law or by decree; the privilege of presiding over a court had to be granted by law, probably on each occasion that the office was constituted and as the right to preside over a court was deemed necessary by the *Nomothetai*.

The second matter is of a smaller scale and concerns the ordinary magistracies (e.g. those belonging to the *thesmothetai*, the *basileus*, etc.) that had at some point in their evolution been granted the right to preside in court. I argue that once a magistracy had been granted that right, there was no need to invoke it again when its jurisdiction was augmented or when extraordinary sessions of its court were called into session.

The reason for controversy is the paucity of testimony. The phrase *hegemonia dikasteriou* (or the plural *hegemoniai dikasterion*) appears but five times, so far as I know, in classical Attic sources, four times in Aeschines' speech against Ktesiphon, and once in IG II² 244, the law on repairing the walls.² In the first part of this essay I take up passages in Aeschines and I focus upon his quotations from and paraphrases of laws that mention different kinds of magistrates and also upon Demosthenes' position as *teichopoios* and the date of his tenure of that office. I then turn to IG II² 244 where it is important to consider the date of the inscription and the office or

² On the basis of this limited evidence, I offer as a mere conjecture that in technical usage, the singular was applied to a single magistracy ('X received *hegemonia dikasteriou*') and the plural was used when speaking of more than one (X, Y, and Z magistracies received *hegemoniai dikasterion*' – i.e., there are different courts involved). Aeschin. 3.14a, 27, and 29 use the phrase in the plural; Aeschin. 3.14b (the second time) and the inscription use the sing., as do Harpokration and Photios. Aeschines at 3.14a and 29 is speaking of a plural number of magistracies; and while at 3.14b he is also speaking of a plural number, it is easy to extrapolate 'individually' from πάντες in the sentence οἱ δὲ τῶν ἔργων ἐπιστάται πάντες ἡγεμονίᾳ χρῶνται δικαστηρίου. When he speaks of Demosthenes as wielding 'hegemonias *dikasterion*' at 3.27, the plural number might be influenced by the preceding words καθάπερ οἱ ἄλλοι ἄρχοντες – but the plural *heg. dik.* might also be due to rhetorical exaggeration (see section vii). In this essay, when using the phrase *heg. dik.*, I have tried to adhere to the usage I have suggested here. Harpokration and Photios have similar entries under *heg. dik.* (sing.); each begins with a general statement and then follows with examples of presiding magistrates; Photios' list is longer than Harpokration's, and ends with this remark: ἀλλὰ γὰρ ὁ βασιλεὺς καὶ τῶν μυστηρίων ἅμα τοῖς ἐπιμεληταῖς προϊσταται. This is our only evidence (for what it's worth) that the *epimeletai* of the Mysteries (see *AP* 57.1) could preside in court; *AP* does not mention their jurisdiction; nor does it appear to be attested in SEG 30.61, dated between 367 and 348 (but the document is fragmentary); SEG 30.61 may be the law that institutes the existence of the *epimeletai* (Clinton 1980: 272 and 289 is both doubtful and equivocal). Possibly the *epimeletai* were granted jurisdiction after the *AP* was written or the *AP* has made an omission – or Photios is wrong. Cf. Dem. 22.27: the Eumolpidae have jurisdiction in suits (*dikai*) for *asebeia*.

offices of the individuals granted *hegemonia dikasteriou*. In the second part of my essay, I briefly consider parts of three inscriptions that shed light on the ways that ordinary magistrates received courts on special occasions or when jurisdictions were expanded: Nikophron's law on silver coinage 375/4 (SEG 26.72.16-29), an excerpt from the naval records of 325/4 (IG II² 1629.165-271), and a law (?) on the dockyards (410-404? I³ 236).

I. *Hegemoniai dikasterion* and 'extraordinary officials'

a. Aeschines' *archai* (3.13-31)

In Aeschines' third oration he quotes from a law that appears to have articulated a threefold grouping of magistrates (3.14). Aeschines doesn't quote the law straight through from beginning to end but instead peppers it with tendentious commentary (or vice versa, peppers his tendentious comments with a law); later in the speech he paraphrases it (3.29), this time with less obvious rigmarole; possibly, the same law was among those read out to the court in c. 15.

In examining the passages that concern *archai*, it is necessary to discern every speaker's motive for referring to them. Mine is to discover which *archai* receive *hegemoniai dikasterion*. Aeschines' is to squash the defense. The larger context of Aeschines' iteration of groups of *archai* in both passages is to prove, ultimately, that Ktesiphon's proposal to crown Demosthenes was unlawful because Demosthenes had not yet submitted to an audit for the magistracies he held (commissioner for the theoric fund and *teichopoios*).

i. Aeschines 3.14 and the three groups of *archai*

The more specific context of the first passage in which Aeschines quotes from and comments upon the law about *archai* is his summary of the defence's alleged argument:

(3.13) they [the defence] will say ... that, 'whatever any man, in his capacity as "chosen" (ἀίρετός ὄν), does by decree, this is not an "arche," but a kind of "overseeing responsibility" (ἐπιμέλεια τις) and "public ministry" (δῖακονία).' And they will say that "archai" are those which the *thesmothetai* assign by lot in the Theseion, and those which the *demos* votes for in its elections – generals and hipparchs, and the offices associated with them, but all the rest are "tasks" (πράγματα) assigned by decree.'

Aeschines' response is to find a legal definition of *archai* which will include the tasks' that Demosthenes claims to have undertaken as a consequence of decrees. Here is his reply:

(3. 14) And I, in response to their arguments, shall furnish your own law which you yourselves passed in the belief that you would be ridding yourselves of just such pretexts, [I mean the law] in which it has been expressly written. 'The elective offices (τὰς χειροτονητάς ἀρχάς)' the Nomothetes says, enfolding all [magistracies] in a single word, and pronouncing

that *all* are magistracies that the *demos* elects. ‘And the *epistatai*’ he says, ‘of public works (καὶ τοὺς ἐπιστάτας τῶν δημοσίων ἔργων).’ And Demosthenes is *teichopoios*, *epistates* of the most important of the works! ‘And all who undertake any *polis* business for more than thirty days, and all who receive *hegemoniai dikasterion* (καὶ πάντας ὅσοι διαχειρίζουσι τι τῶν τῆς πόλεως πλέον ἢ τριάκονθ’ ἡμέρας καὶ ὅσοι λαμβάνουσιν ἡγεμονίας δικαστηρίων).’ And all *epistatai* of public works avail themselves of *hegemonia dikasteriou!* (15) What does [the Nomothetes] bid these men to do? Not ‘to minister,’ but to ‘to serve as magistrate upon passing scrutiny in the *dikasterion* (ἄρχειν δοκιμασθέντας ἐν τῷ δικαστηρίῳ)’ – for even the allotted *archai* are not free from undergoing scrutiny; no, they enter office after successfully passing it. ‘And to register their accounts before the *logistai* (καὶ λόγον [καὶ εὐθύνας] ἐγγράφειν πρὸς τοὺς λογιστάς)’ – just as he also bids the other magistracies. To prove that I am telling the truth, he will read the laws to you.

ii. Aeschines 3.29 and the three groups of *archai*

In the second passage on *archai* (c. 29), the larger argument is the same (Demosthenes was holding office when Ktesiphon made his proposal), but the immediate context is more specific. Now, in c. 27, Aeschines calls for a decree of Demosthenes to be read to the court; according to his anticipatory summary, the decree directs that men be chosen (ἐλέσθαι) from each of the tribes to oversee the works at the walls (τοὺς ἐπιμελησομένους τῶν ἔργων ἐπὶ τὰ τεῖχη) and to serve as treasurers for them. Aeschines prognosticates the reaction of the defense and invents their argument: they will claim that because Demosthenes was *teichopoios* for his tribe and was neither allotted nor voted into office by the *demos*, he therefore did not hold an *arche* (28). Aeschines’ prediction inspires him to repeat the groups of *archai*:

3. 29: As for magistracies, there are, fellow Athenians, three kinds: one of them (also most self evident) consists of men who hold office by allotment and by vote (οἱ κληρωτοὶ καὶ οἱ χειροτονητοὶ ἄρχοντες); the second consists of all who undertake any *polis* activity for more than thirty days and the *epistatai* of public works (ὅσοι τι διαχειρίζουσι τῶν τῆς πόλεως ὑπὲρ τριάκοντα ἡμέρας καὶ οἱ τῶν δημοσίων ἔργων ἐπιστάται); and as for the third kind, it has been written in the law, ‘and if any others [who have not been named so far], namely, chosen men, receive *hegemoniai dikasterion* (καὶ εἴ τινες ἄλλοι αἰρετοὶ ἡγεμονίας δικαστηρίων λαμβάνουσι, καὶ τούτους ἄρχειν δοκιμασθέντας),’³ and ‘[all, i.e., groups 1-3] these men’ [so the law bids] are ‘to hold office upon passing their scrutiny.’ Cobet: del. αἰρετοί

³ For the well-known idiom with ἄλλοι, see K-G I 275, n.1. I do not think the words can mean, ‘and if any other chosen men (i.e., in addition to the ones mentioned so far) receive *hegemoniai dikasterion*,’ that would imply that the ‘chosen men’ mentioned so far do have *hegemoniai dikasterion*. Since both components of the second group can be called ‘chosen men’ (see section iv), and since not all the officials (in fact, probably very few) belonging to the second group had *hegemoniai dikasterion*, the (interpretive) translation, ‘and if any others (not mentioned so far), i.e., chosen men, receive it,’ creates a distinct group.

iii. The two reports (Aeschines 3.14 and 29) and the law on *archai*

While the second report appears more straightforward with its clear outline of one, two, and three groups of *archai*, it is the first passage that allows for an easy reconstruction of a law once Aeschines' comments are removed. Thus, with no additions but only subtractions, there remains the following:

'the elective offices,' 'and the *epistatai* of public works.' 'and all who undertake any *polis* business for more than thirty days, and all who receive *hegemoniai dikasterion*.' [are] 'to serve as magistrates upon passing scrutiny in the *dikasterion*' 'and [are] to register their accounts before the *logistai*.'

The scissors and paste version of the law presented here cannot of course be treated as a verbatim portion of the law. While Aeschines' point in citing it is to list all the *archontes* who are to undergo scrutiny (*dokimasia*) before entering office and who are to submit accounts (*euthynai*) upon exiting, it is not necessarily the case that the lawgiver's point was precisely the same; *dokimasia* and *euthynai* may have been mentioned in passing, coincidental to a different major directive. Nonetheless, groups of *archai* surely appeared in it; and possibly we can make those groups more precise by exchanging the phrasing of the third one in c. 14 (καὶ ὅσοι λαμβάνουσιν ἡγεμονίας δικαστηρίων) with that used in c. 29 (καὶ εἴ τινας ἄλλοι αἰρετοὶ ἡγεμονίας δικαστηρίων λαμβάνουσι) ὡ provided we do not follow Cobet in deleting αἰρετοί. Aeschines prefaces this clause of the law in the latter chapter with the remark 'and as for the third kind, it has been written in the law...' (τρίτον δ' ἐν τῷ νόμῳ γέγραπται); possibly, then, he really is citing the law here. If so, the gain, though slight, is a greater distinction among the groups. As it stands, group three in c. 14 is uncomfortably vague. It consists of 'all who receive *hegemoniai dikasterion*' (ὅσοι λαμβάνουσιν ἡγεμονίας δικαστηρίων); accordingly, it overlaps not only with the first (while presumably not all elected or allotted officials had *hegemoniai dikasterion*, e.g., the *synegoroi* for the *logistai* in AP 54.2, yet many did)⁴ but also with whomever among the second group were granted presidencies of courts (e.g., *epimeletai* of the dockyards: IG II²1631.353-5). When ἄλλοι αἰρετοί is added to the third group in c. 29, its magistrates are additional to those mentioned already; moreover, αἰρετοί provides a clue for identifying potential members of this group.⁵

⁴ At AP 54.2, where both the ten *logistai* and their ten *synegoroi* appear to be the ones *eisagontes* the *euthynai* into the *dikasterion*, surely the *logistai* preside while the *synegoroi* prosecute. Cf. the activity of the *epimeletai* of the dockyards in n. 20.

⁵ A fourth group of magistrates are mentioned in Aeschines 3.30: 'the men whom the *phylai* and the *trittyes* and the demes choose (αἰροῦνται) from themselves to handle public funds. This happens whenever, as now, some important work is assigned to the *phylai*, whether it's finishing the trenches or building triremes.' These magistrates and the laws alluded to in the passage have nothing to add to our identifications of αἰρετοί with *hegemoniai dikasterion*.

iv. The three groups of magistracies

Athenian bureaucratic terminology is anything but pellucid and even with the greater specificity of ἄλλοι αἰρετοί added to group three, it is still difficult to distinguish among them and it would be a futile task to try to assign each known Athenian magistrate to its ‘proper’ group. Since Aeschines, however, ascribes in c. 14 *hegemoniai dikasterion* to all *epistatai* of public works in the second group (the value of which statement will be assessed later) and since the third group is composed of ἄλλοι αἰρετοί with *hegemoniai dikasterion*, it is essential, for the purposes of this essay, to consider who might belong to each.

The first group is initially easy to define: it would be composed of ordinary magistrates, those who were elected or allotted and whose positions had come to have a ‘permanent existence’ in the *polis* organization; these officials were required to undergo scrutiny before taking up office and to submit to *euthynai* upon leaving. Difficulty arises when we examine particular cases. Many of the magistracies that acquired ‘permanency’ may have originally come into existence by a law or decree which bid that a man or a number of men be chosen to accomplish a specific task in the course of a year; after a year, the Ekklesia may have seen fit to continue the office for another year, and perhaps after another year, it would do so once again; a ‘permanent’ magistracy at a certain point will have come into existence. Some offices which were attached to sanctuaries may have followed this hypothetical route:⁶ created at the outset perhaps to oversee sacrifices at a particular festival or to inventory the sanctuary’s revenues and sacred property or to work with architects and contractors for repairs,⁷ they may have been continued as their ‘permanent’ utility was perceived and as funding was available.⁸ Whether or not they followed

⁶ Garland 1984: 116-18 collects useful material regarding *epimeletai* and *hieropoioi*. Hansen 1980 provides the results of his search for all fourth century magistrates outside AP. He finds a number of boards of *epistatai* and *epimeletai* in fourth century (?) inscriptions, e.g., ἐπιστάται Βραυρωνόθεν, Ἐλευσινόθεν, τοῦ Ἀσκληπιείου, τοῦ ἱεροῦ τῆς Ἀγαθῆς Τύχης (refs. in Hansen 1980: 157-9). For the purposes of this essay, I have made a study of *epistatai* and *hairetoi* (and verbal cognates) in fourth century inscriptions; although I might quibble with some of Hansen’s extrapolations (e.g., boards, the number chosen from each *phyle*), and add further references, my results concur with his in general – except for one major caveat; see n. 9 below.

⁷ For the participation of the *epistatai* of Eleusis in building repairs, see esp. Maier 1959 (I): no. 20 (= IG II² Add. 834b and II 5, 834, repair of the Peribolos) and Maier 1961 (II): 44.

⁸ Some such evolution might be ascribed, e.g., to the *epistatai* at Eleusis (Ἐλευσῖνι and Ἐλευσινόθεν in their title is interchangeable). See Cavanaugh 1996: 1-18 for fifth and fourth century documents relating to *epistatai* at Eleusis. Cavanaugh concludes (15) that the ‘board, composition, and exact title underwent some changes from the date of its creation in the fifth century to the end of the fourth,’ and (17) that: ‘... while the exact number of the board and even its term of office fluctuated, their function as general overseers, caretakers of the wealth of the sanctuary and its physical maintenance, was established early on and did not really change in the period for which we have evidence.’

this hypothetical route, the numerous *epistatai*, *epimeletai*, and *hieropoioi*, individuals and boards, who appear in our sources as attached to sanctuaries would only belong to the first group if they all underwent scrutiny and submitted accounts.⁹ It is possible that some or even many of these officials did not fulfill one or both of those requirements; and, if that is the case, then they are not magistrates with whom the law cited by Aeschines is concerned.

I offer as an hypothesis that all the magistracies of groups two and three came into existence by laws or decrees that bid men be chosen to carry out specific tasks arising out of specific historical circumstances. They were all ‘chosen men.’¹⁰

(Group 2a) Magistrates chosen to undertake *polis* activity for more than thirty days (the ‘31 day workers’) were probably those who handled public funds, e.g., *tamiai* for specific projects and *epistatai* and *epimeletai* associated with them.¹¹

(Group 2b) As for the *epistatai* of public works, the significant part of their title appears to be the words ‘public works.’¹² The *epistatai* at the mint should perhaps belong to this group,¹³

Cf. Clinton’s note (1974: 11, n. 8) on the apparent transfer of the duties of the *hieropoioi* at Eleusis to the *epistatai* by 408.

⁹ Hansen 1980 seems to assume that such magistrates as these (whom he lists on pp.156-163) fulfill his requirements for the designation ‘technical magistrates’ – i.e., those who are over thirty years old, are elected by lot or by show of hands, are liable to *dokimasia*, appointed for more than thirty days, and liable to audit (p. 153). In fact, he cites little evidence to show these are ‘technical magistrates.’

¹⁰ Some public works needed critical attention only under extraordinary circumstances: e.g., the walls of Attica did not require major renovations every year, but only at moments of crisis when defenses needed shoring up – this, at any rate, is what the epigraphical record tells us (see Maier 1961; Foucart [Apr.] 1902; Conwell 1992); the water supply of Athens, however, needed constant attention. Apparently, the *nomothetai* have not wanted to separate the two kinds of superintendants of public works (temporary and permanent); so both have been set together, along with the ‘31-day workers’ to form the second group; they are all to undergo scrutiny when they take up office and to submit accounts when they leave it.

¹¹ Similarly Hansen 1980: 167. Envoys and trierarchs are excluded from this group because, while subject to audit upon leaving office (envoys: Dem. 19.211; trierarchs: Aeschin. 3.19), they are not liable to scrutiny before taking up their duties.

¹² Arist. *Pol.* 1321b 18-27 discusses magistracies who oversee public and private property to preserve *eukosmia* and to rehabilitate buildings that fall down and roads and boundaries between neighbors; usually the office is that of the *astynomoi* – but it has several branches, e.g., *teichopoioi*, *epimeletai* of fountains and guardians of harbors. Aristotle’s designations for magistrates here is not specific to Athens but is meant to depict magistrates in the Greek world. Unlike the rest of the Greek world, Athens in the fourth century had two boards of magistrates whose concern was the walls (see text at n. 33). For ‘guardians of the harbor,’ see n. 14 below.

¹³ Hansen 1980 adds to his list of magistrates [ἐπιστάται] τοῦ ἀργυροκοπίου (who are not literally attested in Meiggs and Lewis no. 45.5 [= IG I³ 1453]) on the basis of Hesp. (32) 1963: 31-32, no. 29; M. Richardson presented a paper in Athens in Nov. 2003 that disputes not the existence of *epistatai* at the mint (who appear in an unpublished Agora

and probably also the officials who were in charge of dockyards and fountains;¹⁴ holders of the last two positions are not called *epistatai* in our sources but rather *epimeletai* or else are designated by circumlocution, often, simply by the preposition *ἐπί* followed by the accusative.¹⁵ *AP* 43.1 refers to the latter office as *ὁ τῶν κρηγῶν ἐπιμελητής* and tells us that it was not allotted; *IG* II² 338 is a decree of the *demos* honoring Pytheas son of Sosidemus in 333/2: ‘since Pythias, having been chosen for [overseeing] the fountains (*αἰρεθεὶς ἐπὶ τὰς κρήνας*), takes charge (*ἐπιμελεῖται*) [both of them] and of the other tasks that are part of his office with fairness and ambition’ (11-13); additionally, since he has submitted his accounts (18-19), Pytheas is to receive a crown: ‘so that other men, too, who are ever after elected for [overseeing] the fountains (*οἱ ἄλλοι οἱ ἀεὶ χειροτονούμενοι ἐπὶ τὰς κρήνας*) may act ambitiously, each of them, for the People’ (21-24). Accordingly, the office of *ὁ τῶν κρηγῶν ἐπιμελητής* is subject to *euthynai*; it is permanent, elective, and its office-holder may be referred to as *αἰρεθεὶς*.¹⁶ How many of these features the *ἐπιμεληταὶ τῶν νεωρίων* (overseers of the shipyards) shared can only be guessed; for the period of their existence, they were probably considered ‘permanent’ (i.e., they probably were chosen [elected?] annually and did not have to be reconstituted as an office since the office itself continued in existence).¹⁷ The law on repairing the walls (*IG* II² 244), a portion of which will be examined later, refers intermittently to men who are in charge of the works (or the walls);¹⁸ the men are designated variously, first, in l. 29 as *[ἀνδ]ραξ ἐξ Ἀθηναίων ἀπάντων, οἵτινες ἐπιμελήσονται τῶν ἔργων*; next, in line 32 as *το]/[-ί]ς ἡρημένοις ἐπὶ τὰ τεῖχη*, and finally, in line 43 as: *? ἐ]-πὶ τὴν ἐπιμέλειαν τῶν τειχῶν ἐπιμελεῖσθαι καὶ τούτων τῶν ἔργων*. On the basis of the words actually preserved in the inscription, we cannot determine whether these men were called *epistatai* or *epimeletai* and it probably doesn’t make a difference to the nature of their office; Franz Georg Maier, the editor of the most recent collection of Greek wall inscriptions, has pointed out the general interchangeability of the terms in inscriptions throughout the Greek world referring to men holding that same office.¹⁹ Unlike the *epistatai* or *epimeletai* of public works so far mentioned, the men chosen to oversee the walls did not hold an office that was permanent. Of the various superintendants of public works mentioned

inscription of the fourth century), but rather their appearance in the Hesp. inscription with the title *epistatai tou argurokopiou*.

¹⁴ Possibly also an overseer of the harbor in Peiraeus (*ἐπιμελητής ἐπὶ τὸν λιμένα*), but this shadowy figure is not attested until the late second century B.C.: see *IG* II² 1012.19-20 (112/1); *IG* II² 1013.1, 40, 47 (end of second century B.C.); *IG* II² 2336g 21-22 (102/1).

¹⁵ For a broad range of *epistatai* and *epimeletai*, see E. Szanto *RE* VI 200ff and J. Oehler *RE* VI 162ff. For the interchangeability of title, see text at n. 19.

¹⁶ Cf. a directive from a decree of the *boule* and *demos* in 357/6 (*IG* II² 123.13-15): *ἐλέσθαι* στρ[α]τηγ[ὸν ἐ]/κ τῶγ χειροτονημένον, *[τ]ὸ[ν δὲ α]/[ί]ρ[ε]θέντα ἐπιμελεῖσθαι* [ἄνδρου]. *IG* II² 653.43-45 (a decree of 289/8): *χειροτονήσαι πρε/[σβεις τρε]ίς ἄνδραξ ἐξ Ἀθηναίων ἀπάντων, οἵτι[ν]/[ε]ξ αἰρεθέ]ντες ...* Piérart 1974: 125-46 includes *οἱ ἡρημένοι* along with the ‘elected’ (see the list of magistrates on pp. 134-36).

¹⁷ See Hansen 1980: 157-8, n. 15.

¹⁸ On the basis of the preserved text, it is not immediately clear that the men [chosen?] from all the Athenians *οἵτινες ἐπιμελήσονται τῶν ἔργων* (29) are the same as *το]/[ί]ς ἡρημένοις ἐπὶ τὰ τεῖχη* (32) and it is unfortunate that the participle (?) before *ἐ]/πὶ* at the end of line 42 is missing. Nevertheless, in view of the interchangeability of verbal cognates of *αἰρετοί* with a more precise (!) name for the office invoked, it is likely that the two groups are the same.

¹⁹ Maier, 1961: 42 with n. 11.

here, we know as a fact that those for the dockyards had *hegemonia dikasteriou*; those for the walls are granted it in IG II² 244;²⁰ we do not know whether the *epistatai* at the mint had it; probably the *epimeletes* of the fountains did not.²¹

(3) The final group consists of the remaining magistrates who are to undergo scrutiny and submit accounts: εἴ τινες ἄλλοι αἰρετοὶ ἡγεμονίας δικαστηρίων λαμβάνουσι (3.29). When Aeschines presents the argument of the defence in c. 13, he tells us they will say that Demosthenes was neither elected nor allotted but appointed by decree to carry out a specific task. Aeschines' version of the argument may be correct. Αἰρετοί often are men 'appointed' by decree, and 'appointed,' just as in the case of Pytheas, αἰρεθεὶς ἐπὶ τὰς κρήνας in IG II² 338, can mean 'elected.'²² Men might be appointed or chosen for any variety of task, of longer or shorter duration: the *boule* and *demos* might choose men to accomplish simple tasks, such as the making of a crown and the inscribing of a decree;²³ they might choose men to serve as *synegoroi* in important public cases;²⁴ or they might choose men for important posts of longer duration, e.g. to serve as *hieropoioi*, *epimeletai*, and *tamiai*,²⁵ or, more generally, 'to oversee' (*epimeleisthai*) important tasks such as repairing walls, as in IG II² 244.²⁶ It is to any of these

²⁰ The τῶν νεωρίων ἐπιμεληταί of IG II² 1631.353-55 (325/4 B.C.) perhaps divide among themselves the tasks of presiding and prosecuting: ἐπειδὴ Σωπόλιδος τ/οῦ Σμικύθου Κυδαθη; εἰσαγόντω(ν)/ αὐτὸν τῶν νεωρίων ἐπιμελητῶν τῶν ἐπ' Ἀντικλέους ἄρχοντος κατέγνωσαν οἱ/ δικασταί, ... For the men in charge of the walls, see IG II² 244.32.

²¹ The latter, at least, probably could impose penalties; we could probably make that assumption without calling upon Plutarch's delightful story of Themistocles' activity as τῶν Ἀθήνησιν ὑδάτων ἐπιστάτης (*Them.* 31). A magistrate who can impose penalties does not automatically have the right to preside over a court; the law must grant him the right; if that right is granted, then the law instructs either that (1) the magistrate is to bring the case into the court of some other magistrate (as, eg. in IG I³ 82.25-28 where the *hieropoioi* are *kurioi* to penalize *akosmountes* with penalties up to 50 dr., but beyond that, they are to bring the offenders before the court of the archon); or that (2) the magistrate is to bring the case into his own court, in which case it is thought that the assistants to the magistrate will serve as prosecutors (e.g., [Dem.] 43.75). See Kahrstedt 1936: 196-237.

²² See n. 16.

²³ E.g. IG II² 1251.7-10, after mid-fourth century; similarly, IG II² 223.8 (343/2). In IG II² 1186.30 (mid-fifth century?), the demesmen of Eleusis are to choose someone to take charge of (*epimeleisthai*) copying the decree and setting it up.

²⁴ IG II² 1 251.10-12. Demesmen, too, might 'choose' their own members to serve as *synegoroi* or *kategoroi* in prosecutions close to their hearts IG II² 1205.3-5. Cf. IG II² 1258: the Eikadeis 'choose' three men as *synegoroi*. (All these decrees are mid- to late fourth century.)

²⁵ E.g., *hieropoioi* of the *boule*: IG II² 410.3 and 23 (before 330 B.C.); *epimeletai* (e.g.) for the festival of the two goddesses: SEG 30.61. 29-31 (between 367 and 347 B.C.); generals: IG II² 123.13-15 (357/6); *tamiai*: IG II² 1251.10-12 (late fourth century).

²⁶ Men are 'chosen' to build by smaller civic associations, e.g., the Akharnians 'choose' men to work with architects to build altars to Ares (SEG 21.519.10-14, after mid-fourth century); the *gennetai* of IG II² 1229 (late fourth century) 'choose' men to build [the sanctuary] of Hestia; *thiasotai* of IG II² 1273 (281/0) 'choose' men to oversee building construction.

latter αἵρετοὶ (*hieropoioi*, *epimeletai*, etc.) that *hegemonia dikasteriou* might on occasion be granted.²⁷

What sort of office did *teichopoioi* hold and to which group would they belong? While I shall examine the office in more detail later, now I simply observe that it was ‘extraordinary;’ *teichopoioi* were ‘chosen’ by their *phylai* (at least in the 390s) when there was need for wall repairs.²⁸ They are not *epistatai* of public works. As αἵρετοί, they are not required to undergo scrutiny and *euthynai* – unless they handle public funds or receive *hegemonia dikasteriou*. If these observations are correct, then we must consider Aeschines’ use of the law and ask: seeing that he later ascribes *hegemonia dikasteriou* to Demosthenes when he was serving as *teichopoios* (c. 27), why doesn’t he latch onto the αἵρετοί as the group that exactly fits the case of Demosthenes as *teichopoios* – or even that of the ‘31-day worker’ who handles public funds? My response, which will be argued in more detail later (section vii), is: because Demosthenes did not have it.

v. Aeschines’ *epistatai* (3.14)

Two of Aeschines’ comments upon his own quotation of the law in c. 14 call for consideration: his designation of Demosthenes as ἐπιστάτης τοῦ μεγίστου τῶν ἔργων and his assertion that all *epistatai* of public works avail themselves individually (χρῶνται) of *hegemonia dikasteriou*. I suspect that Aeschines is distorting facts here.²⁹ First, we can be certain that Demosthenes did not have the title, ἐπιστάτης τοῦ μεγίστου τῶν ἔργων; he was neither *epistates* nor *epimeletes* – he was *teichopoios*. In fact, ἐπιστάτης τοῦ μεγίστου τῶν ἔργων is not a formal title at all but rather Aeschines’ own bloated and non-technical gloss on Demosthenes’ activity as *teichopoios*.³⁰ Secondly, Aeschines’ follow-up assertion that all *epistatai* of public works avail themselves individually (χρῶνται) of *hegemonia dikasteriou* might simply carry on the ‘metaphor’ of Demosthenes service as ‘*epistates*’; what Aeschines wants to do is to conjure up a picture of Demosthenes, ἐπιστάτης τοῦ μεγίστου τῶν ἔργων, presiding over court – what an inequity! – a magistrate who wants to be crowned before submitting his accounts actually presiding over court!

Is Aeschines to be trusted in this tendentious passage? Do all *epistatai* τῶν ἔργων avail themselves individually of *hegemonia dikasteriou*? In the last section, it was pointed out that the titles *epistatai* and *epimeletai* are interchangeable, at least where the magistrates in question are superintendents of ‘public works.’ It was also

²⁷ If, as suggested earlier, *hieropoioi*, *epimeletai*, and *epistatai* were not magistrates who underwent *euthynai*, it was perhaps only the conferral of *hegemonia dikasteriou* that changed that status.

²⁸ See n. 41 below.

²⁹ Harris 1995: 142-48 examines other distortions in Aeschines’ argument against Demosthenes.

³⁰ This was recognized by Foucart (May) 1902: 241.

pointed out that the *epimeletai* for the dockyards had *hegemonia dikasteriou* and that we do not know whether the *epistatai* at the mint had it; I expressed doubt over its possession by the *epimeletes* of the fountains. The most telling piece of evidence is IG II² 244.29, where the men who are chosen to be in charge of the walls are granted *hegemonia dikasteriou*. Accordingly, there may be a tiny, sophistic kernel of truth in Aeschines' statement: he is wrong to suggest that every single *epistates* can automatically avail himself of the privilege; however, since a 'board' (?) of superintends of public works could have it if a law were passed conferring it (as in IG II² 244), one could then say that any and every *epistates* of public works had *hegemonia dikasteriou* 'potentially.'³¹

vi. Demosthenes as *teichopoios*: the date of his office

In a passage that has been mentioned a number of times already, Aeschines adduces Demosthenes' decree for the tribal selection of men to take charge of the works at the walls. He adduces it for a specific purpose:

3.27: To prove the statements that Demosthenes was in fact holding the office of the *teichopoioi* when Ktesiphon proposed the decree [for crowning Demosthenes] and that he was handling public funds and imposing penalties just as other magistrates do, and that he was presiding over courtrooms (καὶ δικαστηρίων ἡγεμονίας ἐλάμβανε), I shall furnish Demosthenes himself as your witness.

He then provides a summary of what is to follow in Demosthenes' decree:

(3.27) For in the archonship of Khairondas [338/7], during a meeting of the Ekklesia on the penultimate day of Thargelion, Demosthenes made a motion that there be an assembly of the tribes on the second and third days of Skirophorion and he directed in the decree that each of the tribes should choose men to oversee the works at the walls and to serve as treasurers for them (τοὺς ἐπιμελησομένους τῶν ἔργων ἐπὶ τὰ τεῖχη καὶ ταμίας).

The passage is usually cited to provide important dates: since the tribal meetings would take place in the last month of Khairondas' year of office (thus at the end of 338/7), Demosthenes' term as *teichopoios* must have extended from Hekatombaion 337/6 through Skirophorion 337/6 and accordingly Ktesiphon's proposal for a crown must have been made before the end of Skirophorion 337/6. If we look closely, however, at Aeschines' anticipatory summary of Demosthenes' decree, there is no specific mention of a selection process for *teichopoioi*. And yet the reading of the decree has been set up as a proof that Demosthenes was *teichopoios* when Ktesiphon proposed a crown. One of two possible explanations must suffice: either Aeschines

³¹ Cf. Harrison 1971: 36: 'Finally, ad hoc boards set up either by the people or by tribes on the instruction of a decree of the people had jurisdiction over matters coming under their purview, provided they were in charge of any public funds for more than thirty days. This applies for example to the overseers of public works (ἐπιστάται τῶν δημοσίων ἔργων).'

expects the *dikastai* to know that the phrase τὸς ἐπιμελησομένους τῶν ἔργων ἐπὶ τὰ τεῖχη means *teichopoioi* (or that the phrase includes them along with some vague others), or else the *dikastai* know that Demosthenes was *teichopoios* when he made the motion because only a *teichopoios* would do so and because Demosthenes was well known at this time for his activities as *teichopoios*.

The first explanation is, I think, hardly credible. We do find a partial approximation of Aeschines' phrase (τὸς ἐπιμελησομένους τῶν ἔργων ἐπὶ τὰ τεῖχη) in IG II² 244.29 (οὔτινες ἐπιμελήσονται τῶν ἔργων) and there it would be indefensible to argue that it includes *teichopoioi*. Aeschines for his part, while repeatedly referring to Demosthenes as *teichopoios*, once did tendentiously gloss the term as ἐπιστάτης τοῦ μεγίστου τῶν ἔργων (3.14); even so, it is highly unlikely that in his own paraphrase of a decree where he can choose the words that best suit his case, he would have used a circumlocution (sic!) for *teichopoioi* when his whole point in having the decree read aloud is to prove that Demosthenes was *teichopoios* when Ktesiphon proposed a crown.

The second explanation is to be preferred. Observe that when Aeschines wants to nail the date of Demosthenes' election to the office in charge of the theoric fund, he asks the secretary to read from a decree 'in what archonship and on what day and at which meeting of the Ekklesia Demosthenes was elected...' (3.24). But when he wants to establish the simultaneity of Demosthenes' tenure of office as *teichopoios* and Ktesiphon's proposal of a crown, he can only present a dated assembly decree that calls for the tribal elections to take place on a specified date in the future. He does not produce the tribal decree itself that would have marked both the date of the election and the fact that it had taken place. Unlike a decree of the Ekklesia, the tribal decree, if it existed, was presumably not available to him. Aeschines was at the mercy of his documents and he tries to make the best of a not very good situation. The dates in the decree surely add a seasoning of precision that aid in concealing the absence of their relevance. According to my interpretation, the date in Thargelion indicates vaguely the year in which Demosthenes held the office of *teichopoios*, namely, during the archonship of Khairondas, and the dates in Skirophorion allow an inference for the tenure of office for the tribal ἐπιμελησομένοι τῶν ἔργων ἐπὶ τὰ τεῖχη. The latter phrase, however, has nothing to do with Demosthenes' tenure of office as *teichopoios*. Who the men were who were to be chosen by tribes in Demosthenes' decree (οἱ ἐπιμελησομένοι τῶν ἔργων ἐπὶ τὰ τεῖχη), or rather, what their office was, need not be guessed; the words make perfect sense: Demosthenes was proposing that a board be set up (composed of 'epimeletai' or of οἱ ἐπιμελησομένοι τῶν ἔργων ἐπὶ τὰ τεῖχη or of οἱ ἡρημένοι ἐπὶ τὰ τεῖχη), presumably to work with the *teichopoioi* and others (certainly *tamiai*) and so to undertake repairs on the walls on a greater scale than heretofore.³² That there should be two boards concerned with wall repairs may be surprising; a similar doubling of boards appears in IG II² 244: the *teichopoioi* and the ἡρημένοι ἐπὶ τὰ τεῖχη. Maier commented on the uniqueness of that doubling in Athens in comparison to the rest of the Greek world where records for the administration of wall repairs are known and concluded that the *teichopoioi* in Athens had 'einen mehr dekorativen Charakter.'³³ Be that as it may, the *dikastai* who in 330 hear Aeschines report Demosthenes' decree for the tribal

³² I seriously doubt whether any comparable instance could be discovered where οἱ ἐπιμελησομένοι τῶν ἔργων would include an official such as a *teichopoios*; e.g., it is unthinkable that οἱ ἐπιμεληταὶ τῶν νεωρίων would ever include οἱ τρηποποιοί. They are separate boards.

³³ Maier 1961 (II) 42.

election of a board of new magistrates designated οἱ ἐπιμελησομένοι τῶν ἔργων ἐπὶ τὰ τείχη will have recognized that Demosthenes composed the decree when he was already *teichopoios*.

The effects on the conventional chronology might be minimal. Greeks were defeated at Khaironeia on the seventh of Metageitnion in 338/7 (during the first months of Khairondas' archonship).³⁴ Demosthenes proposed his decree at the end of Thargelion 338/7 (Aeschin. 3.27) and I have argued that he proposed the decree as *teichopoios*. In De Corona 248, Demosthenes presents himself as having been active in the immediate wake of Khaironeia, making proposals for the safety of the *polis*: 'all that was done for the sake of defense – the disposition of the guards, the trenches, the funding for the walls – this was done through my decrees.' Here I take Demosthenes at his word: the proposals came immediately after the battle;³⁵ an interest in the walls and fortifications of Athens was not a new item on his agenda.³⁶ If, as I have argued, he was *teichopoios* already in Thargelion 338/7, then it is likely that his term may have begun as early as Metageitnion or Boedromion (338/7) when he made the proposals (De Cor. 248) in the aftermath of defeat. Ktesiphon's proposal for a crown, then, may have been made at any point in 338/7.³⁷

To conclude: Demosthenes may have been *teichopoios* as early as 338/7.

vii. *Teichopoios*: with or without *hegemonia dikasteriou*?

Aeschines reports that while Demosthenes was *teichopoios*, he was handling public funds, imposing penalties just as other magistrates did, and that he was presiding in courts (3.27). Foucart thought the ascription of *hegemoniai dikasterion* to be mere persiflage; Aeschines seems only to analogize the right to preside on the basis of what other magistrates did.³⁸ Aeschines' remark here of course recalls his earlier assertion that every *epistates* of public works has *hegemonia dikasteriou* (3.14); the assertion there seemed a rather good rhetorical stimulus for provoking dikastic ire; perhaps it is the same here.

What do we know about *teichopoioi* and is it likely they would have the presidency of a court? Maier identified the records of *teichopoioi* in six scrappy inscriptions from the Peiraieus which he dated to the late 390's;³⁹ the officials are

³⁴ The precise date is given at Plut. *Cam.* 19.

³⁵ Frickenhaus 1905: 26-27 and n. 1 regards the ditchdigging around the walls as characteristic of 338 and so dates the activity of Dem. 18.248 to that year; he does not think, however, that Demosthenes carried out this activity as *teichopoios* on the grounds that Aeschines does not say that.

³⁶ For Demosthenes' earlier interest in repairing Athenian defenses, see Conwell 1992:124-26.

³⁷ It is vaguely conceivable that Demosthenes could have been elected *teichopoios* again in the next year; in the aftermath of Khaironeia, it may have been permissible to re-elect magistrates in charge of fortifications. *Teichopoioi* of 394/3 and 393/2 (IG II² 1658-9 and 1660-1, respectively) were appointed in succession but it is not known whether the boards were filled by the same persons. Regarding re-election, see Kahrstedt 1936: 140-1; Rhodes 1981: 693 on *AP* 62.3.

³⁸ Foucart (May) 1902: 241 and n. 3.

³⁹ Maier 1959 (I), nos. 3-8; 1961 (II): 43.

designated by tribe and represented as αἰρεθέντες; they appear to be in charge of finances, and may have been appointed in a succession of years.⁴⁰ They were not a permanent board in Athens and it is conceivable that they were not called into existence again until the defeat at Khaironeia. The *teichopoioi* in the late 390's seem to take responsibility for the defenses that are built (insofar as the inscriptions seem to report the *teichopoioi* as the the subject of the verb used for 'building'); this is probably honorific, in the same way, e.g., as the mayor of any small city in the U.S.A. may (proudly) claim to be the builder of a shopping mall in the city center.⁴¹ The inscriptions do not include a conferral of *hegemonia dikasteriou*, but their fragmentary character renders the absence of information insignificant.

Demosthenes as *teichopoios* had at his disposal almost 10 talents from public funds (Aeschin. 3.31); we can deduce from this and from information in the law on wall repairs⁴² that *teichopoioi* in the early 330's were entrusted with public funds and may have had more to do with financing than with the digging of trenches. The role of *teichopoioi* at this time might be similar to that of *naopoioi* and *trieropoioi*: both assist in financing their respective projects; the former are associated with architects and hired workers, the latter with shipbuilders; neither appear to do the actual work of construction.⁴³ The *trieropoioi* may form the best parallel for *teichopoioi*; ⁴⁴ in the fifth century, it seems they functioned as a conduit for state and imperial funds: the *hellanotamiai* would disburse money to them and they would channel it to shipbuilders;⁴⁵ in the fourth century (possibly earlier), they were a committee of ten men selected by the *Boule* from its own members (AP 46.2); a

⁴⁰ IG II² 1658 [Maier no. 3] and 1659 [Maier no. 4], both for 394/3, and 1660 [Maier no. 5] and 1661 [Maier no. 6], both for 393/2. While each instance is restored, the restorations *in toto* are reasonable (IG II² 1658.1-2; 1659.1-2; 1660.1-2; 1661.1-3).

⁴¹ Thus combine, to fill the formulaic expressions, IG II² 1661 [τειχο]ποι[οι] οἱ ἐπὶ [Δημο]-/[σ]τρ[ά]το ἄρχοντος ἀ[ἱ]ρε[-]/[θ]έ[ν]τε[ς] [Ο]ἰνη[ὶ] [·] ἐτέχ[ι]σαν·/[π]λ[ί]νθων ἀριθμ[ὸ]ς τῶν] /[ἐ]ς τὸ μ[ε]ταπύργιον] with IG II² 1658: Αἰγείδος τεχ[ο]ποι[οῖ] — — — οἱ/ ἐπ' Εὐβολίδο αἱρεθέντες ἐτέχισαν μ[ε]ταπύργιον.

⁴² Finance is the topic of lines 11-28 of IG II² 244; the fund for building walls (τὰ τειχοποιικὰ) is mentioned at least six times (18, [21], 31, [37], 40, 44; the restorations in 21 and 37 are secure).

⁴³ *Naopoioi*: IG II² 1678 (late fourth century) face A, fr. a, 16, 20, and face B, fr. a, 8; *neopoioi*: IG II² 1678 face A, fr. b, [7], [12], 14. *Trieropoioi*: Dem. 22.17; AP 46.1-2; inferred in IG II² 1622.392 (346/5); 1631.506 (323/2); and 1632.18 (323/2). *Neopoioi* in Samos (SEG 27.545) do preside in a *hieron dikasterion*, but their decisions are subject to the control of a *polis dikasterion*; see Thür – Taeuber 1978.

⁴⁴ Observe how Aeschines in 3.30 easily joins together ditch digging and trireme building as tasks assigned to men chosen by their tribes who handle public funds. He obviously is thinking of *teichopoioi* and *trieropoioi* together, using the final products of their work as the clue to identification of the official (rather than as indicator of the actual work they did); the stress is on the handling of public funds. *Trieropoioi* (at least in the fourth century) are in the first instance allotted by tribe as members of the *boule* (AP 43.2) and in the second instance selected by the *boule* as *trieropoioi* (AP 46.2).

⁴⁵ Gabrielsen 1994: 254 n. 23.

tamias is associated with them (designated ὁ τῶν τριηροποιῶν ταμίας in Dem. 22.17 but regularly as ταμίας τῶν τριηροποικῶν in inscriptions; cf. the frequent occurrence of τὰ τευχοποικὰ in IG II² 244).⁴⁶ There is no hint in the sources that *trieropoioi* were ever granted *hegemonia dikasteriou*; on the other hand, the *epimeletai* of the shipyards presided over cases involving trierarchs and it does not seem too farfetched to think that they (and not the *trieropoioi*) would also preside in cases involving wayward contractors for the building of triremes.⁴⁷ Probably no one would consider the *trieropoioi* ‘*epistatai* of public works.’

The tribal *teichopoioi* were not *epistatai* of public works; like other *-poioi* (*naopoioi*, *trieropoioi*) in Athens, they were fundraisers and fund providers. I repeat the argument now that I made earlier (at the end of section iv): Aeschines paraphrased and quoted a law in c. 29 that provided a category of αἰρετοί who, if they received *hegemoniai dikasterion*, would be subject to scrutiny and *euthynai*. Why didn’t Aeschines latch onto these αἰρετοί as the group that exactly fit the case of Demosthenes as *teichopoios* (or the ‘31-day worker’ who handled public funds)? Again, my response is: Demosthenes was αἰρετός, but he did not have *hegemoniai dikasterion* (!).⁴⁸ Aeschines in c. 27 has made an off-hand remark to fuel dikastic indignation; his remark has been incorporated into history books and legal handbooks; sorriest of all, it has been made the basis of a restoration in IG II² 244.

Conclusions

So far in my search for ‘extraordinary’ magistrates with *hegemoniai dikasterion* I have examined the three groups of magistrates who appear in Aeschines 3.14 and 3.29. I hope to have clarified the meaning of αἰρετοί and to have shown its widespread use in epigraphical sources for all sorts of officials, many demonstrably ‘elected.’ I have qualified Aeschines’ attribution of *hegemonia dikasteriou* to each and every *epistates* of public works in his second group (they have it ‘potentially’ – i.e., if it is granted by law) and I have denied any crumb of truth to his statement that Demosthenes had *hegemoniai dikasterion* (sic!) as *teichopoios*.

b. Law on repairing the walls (337/6) IG II² 244.30-36

Only one inscription, IG II² 244, uses the phrase *hegemonia dikasteriou*. While the law cannot be firmly dated (e.g., by archon or secretary), its contents suit the

⁴⁶ IG II² 1617.122 (367/6); 1622.389 (342/1) and 566 (360/59); 1627. 375 and 391 (329/8?); 1628. [92] (332/1), 534, and 538 (326/5?); 1629.1011 and 1026 (326/5); 1631. 238, 249 (325/4?), and 504 (323/2?); 1632.15 (323/2?).

⁴⁷ It is possible that the shipbuilders in line 9 of IG1³ 236 are the subject of suits and the decision in the court referred to in line 8 has to do with them rather than with the *trierarchoi* who have been restored in line 8; if so, then we have an example of the *epimeletai* (and not *trieropoioi*) presiding over shipbuilders.

⁴⁸ See my conjecture regarding the use of the plural in this passage in n. 2 above.

aftermath of Khaironeia (338/7) better than other epochs of wall-repair;⁴⁹ starting from that inference, most scholars have dated it to 337/6, with a double rationale: (1) the urgency of the provisions suggests a date soon after the defeat and (2) the meticulous detail of the provisions (particularly of the appended *syngraphai*) coupled with the reference in line 13 to an earlier law suggests that ‘soon after the defeat’ cannot be equivalent to ‘immediately after the defeat.’

Whether any of Demosthenes’ various decrees are to be associated with the proposal that put the *nomothetai* into session to formulate the law is uncertain.⁵⁰ The tribal elections proposed by Demosthenes were to take place in the last month of Khairondas’ year of office (thus at the end of 338/7); accordingly, the tribal ἐπιμελησομένους τῶν ἔργων ἐπὶ τὰ τεῖχη of his decree would hold office during 337/6 (from Hekatombaion through Skirophorion, if the office was to last for one year); and the tribal ‘*epimeletai*’, by the interpretation I proposed in the last section, do not include *teichopoioi*. The men in the law on wall repairs οἵτινες ἐπιμελήσονται τῶν ἔργων (IG II² 244.29) are not elected by tribes but ‘from all the Athenians’ (29); on the basis of Foucart’s clever but in no way palmary inference that [ἐκ]ατέρωι in line 31 refers to those men, it has usually been thought that only two men were to hold those positions. Regardless of number, the men referred to in the law cannot be the same men as those (chosen from the tribes) who are to oversee the walls in Demosthenes’ decree; conversely, the law makes no mention of tribal ‘*epimeletai*.’ If the law on repairing the walls came into effect during 337/6, then the *polis*’ ἡρημένοι ἐπὶ τὰ τεῖχη would overlap for some period of time with the tribal ἐπιμελησομένοι τῶν ἔργων ἐπὶ τὰ τεῖχη of Demosthenes’ decree. Explanations can be invented: the period of overlap might be short if the law came into effect in late 337 or early 336; the tribal ‘*epimeletai*’ as experienced forerunners may have formed the pool of candidates for the men chosen ‘from all the Athenians;’ or the term of office for the tribal overseers was less than a year; or Demosthenes’ decree for the elections was short-lived – the elections were cancelled when someone made a proposal on the first of Skirophorion 338/7, that a new and comprehensive law be formulated to oversee the repair of the walls of Athens.

The stoichedon text of the inscription is fragmentary; letters only appear up to the 54th stoichos; earlier scholars hypothesized a line of 111 letters so that a rather long half of each line is missing; unfortunately, even that length is questioned.⁵¹

⁴⁹ See Maier 1959: 40; Frickenhaus 1905: 28-9. Foucart (April) 1902: 182 presents a succinct account of three different epochs of wall-repairing and concludes that IG II² 244 best suits the repairs for the period following the defeat at Khaironeia. Given the absence of firm data, this type of argument (relating the provisions of the law to the evidence for wall-building in the three periods) is the most attractive.

⁵⁰ Foucart’s suggestion (April) 1902: 183 that the proposals mentioned at Dem. 18.248 may have been the stimulus is a happy thought but there is no way to know for certain.

⁵¹ The length of the line was determined by a combination of the optimistic belief that an epsilon, sole remnant of the heading θεοί and visible to the lucky few, sitting above the first line at the 36th stoichos (so Foucart 1902 followed by Frickenhaus 1905 but with

Given the unsatisfactory state of the inscription, restored texts can be considered only *exempli gratia*, and with that in mind, I consider here lines 29-36 from IG II² 244, except that I have used Thür's excellent restorations for l. 32 and I have added Maier's question mark after τοῖς τεichoποιοῖς in line 31:⁵²

- (29) [ἀνδ]ρας ἐξ Ἀθηναίων ἀπάντων, οἵτινες ἐπιμελήσονται τῶν ἔργων [τῶν εἰς τὰ μακρὰ τεῖχη καὶ εἰς τὰ περὶ τὴν Ἡτιώνειαν καὶ τὸν ἄλλον Πειραιᾶ],
 (30) [ὅπ]ως ἂν ἐξεργάζωνται οἱ μισθωσάμενοι κατὰ τὸν ἐνιαυτὸν ἕκασ[τον..^{48?} .. διδόναι δὲ]
 (31) [ἐκ]ατέρωι αὐτῶν τρεῖς ὀβολοὺς τῆς ἡμέρας ἐκ τῶν τεichoποικῶν, τοῦ[ς δὲ θεσμοθέτας ..^{19?} .. διδόναι τοῖς τεichoποιοῖς? καὶ το]-
 (32) [ῖ]ς ἡρημένους ἐπὶ τὰ τεῖχη ἡγεμονίαν δικαστηρίου ὅταμ παρα[γέλλωσιν ἢ εὐθύνεσθαι χιλιάς {μυριάς ?} δραχμαῖς· ἐὰν δὲ οἱ μισθωσάμενοι τὰ ἔργα μ]-
 (33) ἢ ἐξεργάζωνται, εἶναι κατ' αὐτῶν τὰς αὐτὰς τιμωρίας καθάπερ περ[ὶ ..^{23?} .. ἐπιμελεῖσθαι δὲ τοὺς ἐπὶ τὰ τεῖχη ἡρημένο]-
 (34) υς μετὰ τῶν τεichoποιωῶν καὶ τῶν ταμιῶν καὶ τῶμ μακρῶν τεichῶν καὶ [τῶμ περὶ τὴν Ἡτιώνειαν καὶ τὸν ἄλλον Πειραιᾶ, ὅπως οἱ μισθωσάμενοι ἐξερ]-
 (35) [γ]άζωνται τὰ ἔργα καὶ εἴ τινες τῶμ μισθωσαμένων ἢ ἐγγυησαμένων ἀ[πειθοῦσιν ..⁴² .. εἰσάγει]-
 (36) [ν] τούτους εἰς τὸ δικαστήριον.

Translation:

- (29) [m]en from all the Athenians who are to take charge of the works [those at the long walls and at the walls around Eetioneia and the rest, Peiraeus.]
 (30) So that the hired men complete the repairs during each year - - And they are to give]
 (31) [to ea]ch of them three obols per day from the wall building fund. And th[e [*thesmothetai* are to give to the *teikhopoioi* (?) and to t-
 (32) [h]e men chosen to oversee the walls hegemony of the court whenever they re[quest or else be punished with a 10,000(?) drakhmai fine. And if the hired men do n]-
 (33) ot complete the repairs, there are to be imposed upon them the same punishments as there are fo[r - - - - - and it is the responsibility of the men chosen to oversee the wa]-
 (34) lls (?) together with the *teikhopoioi* and *tamiai*⁵³ both of the long walls and [of those at Eetioneia and the rest, Peiraeus, to see to it that the hired men com]-

different consequences) required a line of 111 letters (so Frickenhaus 1905, but see Dragatsis 1900: 96) together with a trusting hope that the stone had been evenly cut in half; two separate columns (the *syngraphai*) appear beneath the law, each of 27 spaces (=54); add two more columns (= 108 spaces) plus 3 extra spaces (=111), one between columns 1 and 2, another between 2 and 3, and the third between 3 and 4. It is possible that there were more than 4 columns – i.e., that the stele was not cut in half. Maier 1959 (I): 40 considers the length uncertain. But trusting hope may win out in the end; see the end of the next note.

⁵² In this portion of the text, Maier 1959 (I) no. 10 has the same readings as IG II² 244; he adds a question mark after the restored word τεichoποιοῖς in line 31. Some of the restorations proposed by Thür 1985 are criticized by Gauthier 1988: 403; but Thür's restoration for line 32 is palmary and could help in establishing the length of the line.

⁵³ I think Thür 1985: 69, n. 8 is right to understand the *tamiai* of this line as the *tamiai* of the genitives that follow (*tamiai* of the long walls, etc.), but I am uncertain whether these *tamiai* would have been chosen from the tribes in the same way as those in Demosthenes'

- (35) [p]lete their work and if any of the hired men or the men who gave security ?[- - - - -
 - - - - -they are to bring]-
 (36) [g] them into court.

If the law was passed in the aftermath of Khaironeia, then Athenian defences needed to be strengthened quickly. Accordingly, the transference of *hegemonia dikasteriou* to ‘the men chosen to oversee the walls’ takes place at a critical moment.⁵⁴ Thür is surely right to restore line 32 with -γέλλωσιν (παραγ[γέλλωσιν] so that, just as in the law of silver coinage (SEG 26.72.28, below), the *thesmothetai* are to give a *dikasterion* upon demand to the men chosen to oversee the walls.

Questions now arise concerning this particular provision. Do the *nomothetai* grant ‘the men chosen to oversee the walls’ *hegemonia dikasteriou* for the first time in this law? Or, did they have it already, and what the *nomothetai* now grant them is the privilege of getting a court whenever they make the request? And was it a privilege, to be granted a court upon request – or was that part of the usual package of perquisites belonging to magistrates with jurisdiction? And finally, do the *teichopoioi*, whose title has been inserted into the law at line 31 by modern editors as recipients of *hegemonia dikasteriou*, belong there alongside the chosen men? I shall answer the questions in reverse order.

i. Do the *teichopoioi* receive *hegemonia dikasteriou* in the law?

We owe to Frickenhaus not only the extension of the line to 111 letter spaces from Foucart’s 83, but also the supplement at the end of line 31 by which the *teichopoioi* are invented as recipients of *hegemonia dikasterion*.⁵⁵ I have already argued that Aeschines is not making a credible statement when he ascribes *hegemoniai* to Demosthenes (Aeschin. 3.27); of course, that Demosthenes did not have such *hegemonia* when he was *teichopoios* does not mean that a new group of *teichopoioi* could not have been granted it by a new law. I have already argued, however, on the analogy of *trieropoioi* (who do not appear to have *hegemonia dikasteriou*) and the *epimeletai* of the dockyards (who do appear as having it), that it was not very likely that *teichopoioi* would be given the presidency of a court. There is no need to belabor those arguments further.

One suggestion, however, can be made. At the beginning of line 36, we may be reasonably certain that the verb controlling the object τούτους is εισάγει[-v]. Some officials are to bring τούτους into the *dikasterion*;⁵⁶ the accusative object is most likely to be the entrepreneurs and the men who gave security in line 35. If we are

decree paraphrased at Aeschin. 3.27 (ἐπέταξεν ἐν τῷ ψηφίσματι ἐκάστης τῶν φυλῶν ἐλέσθαι τοὺς ἐπιμελησομένους τῶν ἔργων ἐπὶ τὰ τεῖχη καὶ ταμίας).

⁵⁴ The word *epistates* does not appear in any part of the preserved text; various pieces of the circumlocution ‘men chosen to oversee the walls’ appear in lines 29, 32, 37, and 43.

⁵⁵ Frickenhaus 1905: 17, n. 4.

⁵⁶ That ‘*eisagein*’ here means ‘prosecute’ rather than ‘preside’ is, in the end, a matter of interpretation; see n. 1.

daring enough to find a subject for the restored verb *eisagein* at the end of line 35, then we have two choices. The first is to go back to the beginning of line 34, where the text first preserves the last two letters of a masculine accusative plural, followed by two officials linked together by *μετά*; thus, ‘Certain officials (whose title no longer appears at the end of line 33 and who are represented in the restored text as being *τοὺς ἐπὶ τὰ τεῖχη ἡρημένο*υς) – these officials, together with the *teichopoioi* and *tamiai* are to bring the offenders into court.’ This is unsatisfactory for numerous reasons, but the one capable of most succinct expression is that *tamiai* are not known as prosecutors; moreover, it is not likely that both the men in charge of the walls (if they do appear here) and the *teichopoioi* would be turned into prosecutors in line 35, especially as the men in charge of the walls have just been granted *hegemonia dikasteriou* in line 32.⁵⁷ A better solution is to suggest that a new subject has intervened for *eisagein* (34); I suggest that the *teichopoioi* prosecute; the men in charge of the walls preside.⁵⁸ *Exempli (et demonstrandi meum argumentum) gratia*, we might restore line 35 thus:

[γ]άζωνται τὰ ἔργα καὶ εἴ τινες τῶμ μισθωσαμένων ἢ ἐγγυησαμένων
ἄ[πειθοῦσιν τοῖς κατὰ τὰς συγγραφὰς τοὺς τειχοποιοὺς αὐτίκα μάλα εἰσάγει].⁵⁹

⁵⁷ There are examples where a law instructs the presiding official to prosecute ([Dem.] 43.75), but for the reasons given above, that seems unlikely here. Cf. SEG 30.61 (law on the Eleusinian Mysteries, 367-48), lines 30-33 where it is clear that the *epimeletai* (and not the *epimeletai* together with the *basileus*) prosecute.

⁵⁸ Thür 1985 has created a different scenario in lines 33-36; he restores the text to conform to his interpretation of a dispute-settlement scenario in wall-repair inscriptions from Tegea, Delos, and Labadeia (refs. p. 69, n. 14), namely, that courts are set up to settle private disputes arising among the entrepreneurs during the wall-building activity. Gauthier 1988: 403 has given his blessing to the interpretation but not to some of the verbal formulations. But in ID 502A 22/3 (Delos), the disputes arise out of the *dokimasia* of the works when completed (apparently over who was to carry out what); moreover, these disputes are not brought before the court; the *epistatai* settle them in a temple. In IG 7.3073.41-44 (Labadeia), disputes are *περὶ τινος τῶν γεγραμμένων*; and in IG 5.2.6A (Tegea), the *adikemata* in lines 1-6 do not go to court – but conspiring against the hiring out (?) or the destruction of any of the works does (lines 15-20). So in fact, all these inscriptions provide legal procedures in the event of offences against the contract. The historical situation in Athens at this moment, however, is perhaps unique among these inscriptions; now more than ever is it important to ensure that the walls are repaired expeditiously according to contract. The grant of *hegemonia dikasteriou* is very special here.

⁵⁹ I have used 45 letters for 42 spaces, conjecturing that -ιο- of *τειχοποιοὶ* use one space (just as the same letters do at the opening of line 48); and also that *ει* use one space twice in *εἰσάγει*; elsewhere in the inscription: 18, 31, and 40 have -ιι- in one space (*τειχοποικῶν*); -οι- in [*ἐκ*]ατέρωι use one space in line 31; the -ηι- of *τῆι* in line 39 use one space; and the restored ηι- in *ἡρημένο*] at the end of line 33 also use one space. In line 31, a space is used for two letters twice; of course, one could conjecture that line 36 started off with two letters in one space (-ιυ), so that line 35 would have suffered

ii. A court upon request: a privilege?

It must have been a privilege to go to the *thesmothetai* and to get a court upon request. Even more than a privilege, it was probably an emergency solution. Presumably, under normal circumstances, the *thesmothetai* would have allotted *dikasteria* to magistrates at regular intervals; accordingly, in order to accommodate a sudden request from the chosen men, they would have to ‘bump’ an assigned panel or else they must have kept in reserve empty slots for emergencies.

Few laws transmitted in the orators carry a provision requiring that the case be brought to court within a set number of days: in the law of *hubris* (Dem. 21.47) ‘the *thesmothetai* are to bring the case to court within 30 days of the day of indictment or whenever business allows’;⁶⁰ in another law ([Dem.] 43.75), the archon is to summon to court within five days an offender who deserves a greater penalty than the archon is permitted to impose. In IG I³ 1453.2, an Attic decree of controversial date in the fifth century regarding coins and measures, the *thesmothetai* are to bring into court within five days the cases of those who have made denunciations.⁶¹ In a repetitive series of honorary decrees granting citizenship after 307/6 B.C., a requirement of scrutiny by a *dikasterion* frequently appears;⁶² the *thesmothetai* are to empanel a court on each occasion with formulaic but varying phrases for ‘as soon as possible.’ A relatively full and unrestored version of the type, dated to the end of the third century, reads: ‘they are also to give him citizenship once he has undergone *dokimasia* in the *dikasterion* in accordance with the laws. And the *thesmothetai* are to introduce the *dokimasia* whenever and as soon as they fill a *dikasterion* with 501 *dikastai*.’⁶³ The thirty day limit for bringing a case to court in Dem.21.47 might represent moderate concern and be rather easily accommodated; the 5 day plans suggest haste – but the archon’s law cited at [Dem.] 43.75 might very well be obsolete⁶⁴ and certainly the fifth century coinage decree had been replaced; the number of honorary decrees suggest that the dikastic calendar is not terribly full during this period – which is still in the future at the time of our law;⁶⁵ the court on demand in the law on repairing the walls suggests crisis – and interruption of the court system.⁶⁶

doubling only twice. συγγραφή appears in the plural in the inscription at lines 7 (partially restored), 41, and 42. For similar phrasing, see IG 7.3073.15-19.

⁶⁰ See MacDowell 1990 ad loc.

⁶¹ Time limits for bringing cases to court are found elsewhere: e.g., IG II² 1128.16-18 (the *astynomoi*, presumably of Koresia in Keos, are to give the vote to the *dikasterion* on the *endeixeis* within [?30] days); cf. IG II² 111.47-48 (the Ioulietans, again in Keos, thirty days) and IG II² 404; see Dreher 1989: 280.

⁶² The requirement for scrutiny first appears in 303/2. Osborne 1982, vol. 2: 101-02 argues that an early decree of this type, D 36 (= IG II² 398b), which he dates to 318, belongs to ‘the short-lived democratic regime of 318.’

⁶³ See Osborne 1981 DD 61 and 62 (with comments in vol. 2, p. 136), 63, 68, 74 (copy B), 76, 78 (copy B), 83, 91-93, 96-98, 100-01, 103-14, 117-18. All these refer to the *thesmothetai* bringing the *dokimasia* ‘when first they fill the *dikasterion*’ or some such phrase. For a concordance of these decrees with those in IG, see Osborne’s check list in vol. 1: 17-24.

⁶⁴ Cf. Lysias 15.2-3.

⁶⁵ Osborne 1983, vol. 4: 166 closely associates judicial scrutiny in the decrees with democracy (‘... the history of the judicial scrutiny as an element in the naturalization procedure in later times links it closely to the democratic regimes. When oligarchy

We may conclude, then, that the men selected to oversee the walls received a privilege when they were granted *hegemonia dikasteriou* upon demand, and that privilege was due to the extraordinary circumstances occasioned by the defeat at Khaironeia and the need to reconstruct defenses as speedily as possible.

iii. What is new in the provision? Conclusions.

Now we turn to the questions that ask what is new in the provision: is it only the privilege of getting a court upon demand, so that the men selected for overseeing the walls already had *hegemonia dikasteriou* by virtue of some earlier law? Or did the *nomothetai* grant them both the privilege of a ‘court on call’ and *hegemonia* in this law?

Clearly the law inaugurates the office of the men ἐπὶ τὰ τείχη who are to be chosen ‘from all the Athenians.’ There may have been overseers of the works at the walls of one sort or another before this (e.g., the tribal ‘*epimeletai*’ in Demosthenes’ decree), but there was never any such permanent office of *polis* magistrates. In line 32 of the law, these men are granted, upon the inauguration of their office, both the privilege of getting a court upon request and the right to preside. The privilege and the right are the consequence of the extraordinary circumstances that led to the creation of their office. They do not obtain the right to preside simply because they are *epistatai* of public works (as if there was some standing law granting that right to all such *epistatai*); and they certainly do not have that right ‘automatically.’

Unlike permanent magistrates such as the archon or polemarch for whose allotment and definition of responsibilities no annual law or decree was required, αἰρετοί such as these only came into existence when a decree or law called for their existence; hence their authority must be defined by law or decree. It is conceivable that if the same positions were repeatedly called into existence, their powers would not have to be redefined ab ovo on each occasion. This hypothesis will be supported by a brief examination of several other inscriptions in which courts are given to magistrates without specific conferrals of *hegemoniai dikasterion*.

supervened, the scrutiny was abolished’). Osborne proposes the interesting thesis that the introduction of the scrutiny into the decrees ‘was probably intended to replace the *graphe paranomon*.’

⁶⁶ IG II² 466.34 (307/6) ‘so that the *symbola* be *kuria* between Teneans and Athenians, the *thesmothetai* are to confirm the *symbola* ὅταν πρῶτον δικασ[τήρι]α πλ[η]ρῶσιν. Cf. *AP* 59.6. There is no reason that such urgency would not have been shown on similar occasions earlier in the century. The point is that, except for the late citizenship decrees, getting a court as soon as possible or on demand, seems only to have happened on significant occasions and in times of crisis.

II. *Hegemoniai dikasterion* and ordinary magistrates

Hegemonia dikasteriou was attached to the office and not to the official. On the other hand, it did happen on occasion that a particular magistracy was deprived of the right to preside over cases of one sort or another; thus, e.g., jurisdiction over *dikai* underwent changes during the fourth century; certain *dikai* which are ‘confirmed’ as belonging to the Forty in the middle of that century were later transferred to the jurisdiction of the *eisagogeis* and now became *emmenoi* (*AP* 52.2).⁶⁷ In this case, the Forty did not lose *hegemonia* since they still introduced many private *dikai*; they simply lost the right to preside over certain cases. The *eisagogeis*, on the other hand, seem to have come into existence in order to handle these particular cases (as well as some others) at some point in the mid-fourth century; presumably, they would have been granted *hegemonia dikasteriou* in the law that instituted the magistracy. What seems to make this a likely presumption is (1) the appearance of *hegemonia dikasteriou* in the law on walls for the new board of temporary extraordinary officials; and (2) the absence of *hegemonia dikasteriou* in the inscriptions appended below.

a. Nikophon’s law on silver coinage 375/4: SEG 26.72.16-29

Nikophon’s law was passed in 375/4.⁶⁸ It makes it an offence to reject silver coins that have been approved by the *dokimastes* (16-17); the *sitophylakes* in Athens and in Peiraeus, the *syllogeis tou demou*, and the *epimeletai* of the market are now authorized to determine cases brought by *phasis* for offences involving up to ten drachmas (18-25); beyond that, the *thesmothetai* are obligated to provide the same magistrates a *dikasterion* upon demand (τὰ δὲ ὑπὲρ [δ]έ[κ]α [δραχμάς]|| ἐσαγόντων ἐς τὸ δικαστήριον. οἱ δὲ θε[σ]μ[ο]θ[έ]ται π||λαρχόντων αὐτοῖς ἐπικληροντες δικαστήριον ὄ||ταμ παραγγέλλωσιν ἢ εὐθυνέσθω[v.] δραχ[μαίς, 25-28). The sense of urgency in the law is palpable – almost as if a magistrate is waiting at every major corner to receive an Athenian’s complaint. In his editio princeps, Stroud wrote of this aspect: ‘The strong opening clause of the law, the elaborate legal provisions in lines 16-36, which include slaves and transactions under ten drachmai, and the fact that the state is prepared to fund two official Dokimastai who will be on duty in the marketplaces all indicate that the *nomothetai* were called into special session to deal with an emergency situation in which shopkeepers were refusing to accept silver coins with Athenian types.’⁶⁹ Regardless of

⁶⁷ E.g., *dikai proikos* and *aikeias*, and possibly *aphormes* and *trapezetikai*; see Rhodes 1981: ad loc. The date of the change of jurisdiction cannot be determined, but most scholars have accepted Gernet’s (1939) arguments that *dikai emmenoi* did not exist during the first half of the fourth century. *Dikai emporikai* (a subset of *dikai emmenoi*) came into existence sometime between 355 and 342 (see MacDowell 1990 apud Dem. 21. 176); dates for other *dikai emmenoi* cannot be specified beyond saying that they were introduced at some point between the early 340’s and the composition of the *AP* (see Cohen 1973: 186-91; Harrison 1971: 21).

⁶⁸ The archon Hippodamas supplies the date.

⁶⁹ Stroud 1974: 179. There might be other explanations for the urgency (e.g., foreign traders might need to have their cases solved quickly so as return home in sailing season).

the cause, the urgency is there and the immediate access to the courts for *sitophylakes*, *syllogeis*, and *epimeletai* of the market is part of the solution.

The law does not explicitly confer ‘*hegemonia dikasteriou*’ upon the magistrates; but since they are to bring cases over ten drachmai – not persons – into court (τὰ δὲ ὑπὲρ [δ]έ[κ]τα [δραχμᾶς] ἐσαγόντων ἐς τὸ δικαστήριον), since the court is to be given them upon request, and since the denouncer is to receive a half of the fine (18 and 29), it is clear that the denouncer is the prosecutor and that the *sitophylakes* in Athens and Peiraeus, the *syllogeis*, and the *epimeletai* of the market have a competency to preside over court. Did they have it before this?

MacDowell has suggested that the procedure for *phasis* may already have been in use for other offences in the market (offering smuggled or contraband goods for sale);⁷⁰ if, as he has also suggested, the same magistrates were already in charge of those offences (and there is no reason to think not), then there is no need for the *nomothetai* to confer *hegemonia dikasteriou* upon them; they will have had it already. There might be need, however, to confer the privilege of a court upon demand: courts will not have been scheduled to hear cases for offences that were not as yet defined, nor was it usual (according to the data I presented in section I, b ii, ‘a court upon request’) for officials with *hegemoniai* to ask for courts on short notice. Accordingly, the law on silver coinage does not confer *hegemonia dikasteriou* on these officials (they have it already), but it does grant them the privilege (as in the law on wall repairs), as an emergency solution at a critical time, of being allotted a court upon request.

b. Naval Records of 325/4: (IG II² 1629.165-271, Tod no. 200); and a law (?) on the dockyards 410-404? (IG I³ 236)

A decree of 325/4, recorded in the naval report (*paradosis*) of the *epimeletai* of the shipyards for that year, gives instructions for sending out a colony to the Adriatic (IG II² 1629.165-271). In lines 173-90, it directs that ‘in order that the People’s resolution concerning a colony in the Adriatic be carried out as speedily as possible, it was decreed by the People that the *epimeletai* of the dockyards are to transfer to the trierarchs the ships and their tackle ... and the appointed trierarchs are to bring the ships alongside the [jetty] before the tenth of Mounichion.’ In lines 204-14, the decree further directs that ‘in order that the courts the *skapseis* [= *diadikasiai*, adjudications]⁷¹ be introduced, the *thesmothetai* are to empanel courts of 201 *dikastai* for the *strategos* chosen to oversee the symmories ([τὸν]ς θεσμοθέτας παρα-[[πλ]ηρῶσαι δικαστήριον εἰς [ἐν]α καὶ διακοσίους τῶν[στ]ρατηγῶν τῶν ἐπὶ τὰς συμ-[[μ]ορίας ἡρημένων). The empanelling of courts has thus been decreed for two specific days; the urgency is due to the departure date for the expedition, just five days following the final court appointment. The granting of court days by decree is unusual and again bespeaks a critical moment. There is no need to confer *hegemonia dikasteriou* on the general in charge of the symmories since he, along with the other generals, already has jurisdiction (AP 61.1)

⁷⁰ MacDowell 1991: 194: ‘... the involvement of the various market officials in *phasis* proceedings is not necessarily an innovation in this law; what is, presumably, new in this law is that it now becomes an offence to reject silver coins approved by the public tester. It has been decided to make the offence subject to the same procedure as has long been used for the offence of offering smuggled or contraband goods for sale. The law therefore states what that procedure is, but it may well be that the whole of that statement simply gives the legal procedure already existing for *phasis* for other offences in the market, and that the transfer of this function from the *prytaneis* and the *Boule* to the market officials had taken place some years earlier.’

⁷¹ Gabrielsen 1994: 92 reports that ‘*skapseis* and *diadikasiai* are used synonymously for suits arising in connexion with claims to exemption: AP 56.3; 61.1; Dem. 28.17.’

IG 1³ 236, written in the Attic script, is a fragmentary and much restored law (?); it seems to contain regulations for legal procedures in disputes about the maintenance and return of naval equipment.⁷² The office of the *epimeletai* of this inscription may be the same as that which appears in various texts of the fourth century (e.g., Dem. 47.24-27, dated to 355/4 or 354/3;⁷³ IG II²1631.353-55, 323/2 B.C.); if so, then the office in charge of the dockyards was in continuous existence from the late fifth century to at least the last quarter of the fourth century – with a long history of *hegemonia dikasteriou*. The inscription (IG 1³ 236) in itself is too fragmentary to support the claim that this is the law that inaugurated the office and conferred *hegemonia dikasteriou* upon it; nonetheless, such a claim seems unlikely given such a late date for introducing such officials and given the intricacy of the mentioned procedures. The law appears to provide protocols for bringing delinquent trierarchs (?) to court under rather specific circumstances. In the part of the inscription that concerns us (lines 3-6), the ἐπιμεληταὶ (τῶν νεωρίων?) are to bring the case into the *dikasterion* the day after the witnesses appear (ἐσαγόντων ἡοὶ ἐπιμελεταὶ τει ἡσπεραῖαι ἐς τὸ δικαστήριον, 6). That a case could be put on the court calendar in 24 hours suggests that special circumstances are involved and that a court, in principle, had already been put at the disposal of the *epimeletai*. Perhaps, in an earlier part of the decree, a day had been established for the new trierarchs to bring complaints to the *epimeletai*, and, as the preserved part of the decree shows, the *dikasterion* was to be used the following day.

Conclusions

The grant of *hegemonia dikasteriou* to the men in charge of the walls in IG II² 244 stands out as the one certain such grant that has been preserved for us. What makes the grant all the more special is that the men were ‘chosen’ and not ‘allotted;’ aside from the generals, they may be the only magistrates in Athens with hegemony who were elected.⁷⁴ That datum in itself is not only another indication of the crisis in Athens (it was not just any ‘man in the street’ who was to have authority in ensuring that the contractual arrangements for the repair of the walls were carried out), it also attests the self-awareness, sophistication, and flexibility of the *nomothetai* who composed the law: the men elected to the position would presumably be authoritative, whether by virtue of experience in the particular realm of building contracts or by reputation in the larger more variegated world of political action.

Regular magistrates who had their jurisdictions expanded, as happened with the *sitophylakes* in Athens and in Peiraeus, the *syllogeis tou demou*, and the *epimeletai* of the market in Nikophon’s law on silver coinage, do not need a special conferral of *hegemonia dikasteriou*. That was reserved for magistrates who were granted a jurisdiction for the first time, as in the case of the overseers of the walls in the law on wall repairs. When courts are assigned by law or decree for special purposes,

⁷² On the other face of the same stone is part of a Sacred Calendar written in Ionic; it is therefore thought that the law formed part of the codification of laws that took place in Athens from 410-404 B.C. For the *editio princeps*, see Oliver 1935.

⁷³ See Gernet 1957: 200-01.

⁷⁴ The *epimeletai* of the dockyards may also have been elected and in their case, as in that of the wall overseers, expertise was required; but we do not know the manner of their selection for certain.

whether court days are assigned (as in the decree reported at IG II² 1629.205-14 and possibly in IG I³ 236) or whether days are left open as a ‘court upon request’ (as in Nikophon’s law and in the law on wall repairs), critical circumstances inside Athens will have motivated the action.

The tasks of the *thesmothetai* were under no circumstances easy; during times when special courts had to be allotted upon request, *thesmothetai* may have had to perform some rather spectacular feats with their calendar. Hence I salute Teleskopos son of Aristokritos of Rhamnous, the *thesmothetes* honored for his allotting of offices and manning of courts in the inscription which ends this essay.⁷⁵

θεοί./Δημοκράτης Δημοκλέ-/ους Ἄφιδναῖος εἶπε-/ ἐπειδὴ ὁ θεσμοθέτη-/ς ὁ τῆς Αἰαντίδος ἐπ-/ιμεμέληται τῆς τε κ-/ληρώσεως τῶν ἀρχῶν/ καὶ τῶν δικαστηρίω-/ν τῆς πληρώσεως καὶ/ τῶν ἄλλων ἀπάντων τ-/ῶν περὶ τὴν Αἰαντίδ-/α φυλὴν, ἐπαινέσαι Τ-/ηλέσκοπον Ἄριστοκ-/ρίτου Ῥαμνοῦσιον κ-/αὶ στεφανῶσαι αὐτ[ὸ]-/ν χρυσ[ῶ]ι στεφάνωι ἄ-/πὸ · Χ · δραχμῶν δικα-/ιοσύνης ἕνεκα καὶ φ-/ιλοτιμίας τῆς περι/τὴν Αἰαντίδα φυλὴν /ὅπως ἂν καὶ οἱ ἄλλοι/θεσμοθέται οἱ θεσμ-/οθετοῦντες [φι]λοτι-/μῶνται περὶ [τ]ὴν φυλ-/ῆν εἰδότες ὅτ[ι] χάρι-/τας ἀπολήψονται πα-/ρὰ τῆς φυλῆς· τὸ δὲ ψή-/φισμα τὸδε ἀναγράψ-/αι τοὺς ἐπιμελητὰς/ τοὺς ἐφ’ Ἡγήμονος ἄρ-/χοντος ἐν στήλῃ λι-/θίνῃ καὶ στήσαι ἐν /τῶι Εὐρυσακείωι.vv wreath

SEG (1985) 35.104 (IG II² 4214, 327/6)

BIBLIOGRAPHY

- Cavanaugh 1996: M.B. Cavanaugh, *Eleusis and Athens*. Atlanta.
- Clinton 1974: K. Clinton. *Sacred Officials of the Eleusinian Mysteries*. Philadelphia.
- Clinton 1980: K. Clinton, ‘A Law in the City Eleusinion concerning the Mysteries,’ *Hesperia* 49: 258-88 with Plates 69-73.
- Cohen 1973: E. Cohen, *Ancient Athenian Maritime Courts*. Princeton.
- Conwell 1992: D.H. Conwell, *The Athenian Long Wall: Chronology, topography, and remains*. U. Penn. Ph.D. Thesis.
- Dragatsis 1900: I. Dragatsis, ‘Ψήφισμα ἐκ Πειραιῶς,’ *Ἐφ. Ἄρχ.* 91-102.
- Dreher 1989: M. Dreher, ‘Zu IG II²404, dem athenischen Volksbeschluss über die Eigenstaatlichkeit der keischen Poleis,’ pp. 263-81 in *Symposion 1985*. Ed. G. Thür. Köln/Vienna.

⁷⁵ I am grateful to Molly Richardson who discussed with me many matters concerning magistrates and the law on wall repairs (IG II² 244) in Athens in August 2003. I am also grateful to the Ephoreia of prehistorical and classical antiquities in Athens for granting me permission to examine IG II² 244 in the Peiraeus Museum during my sojourn. Lynn Foxhall offered constructive comments at the Symposium meeting in September 2003 and Josiah Ober and John Bodet at a meeting of the New England Ancient Historians’ Colloquium in November 2003.

- Foucart April 1902: P. Foucart, 'Une loi athénienne du iv^e siècle. Premier article: 177-93, *Journ. des Sav.*
- Foucart May 1902: P. Foucart, 'Une loi athénienne du iv^e siècle. Deuxième article: 233-45, *Journ. des Sav.*
- Frickenhaus 1905: A. Frickenhaus, *Athens Mauern im IV. Jahrhundert v. Chr.* Diss. Bonn.
- Gabrielsen 1994: V. Gabrielsen, *Financing the Athenian Fleet.* Baltimore.
- Garland 1984: R.S.J. Garland, 'Religious Authority in Archaic and Classical Athens' *ABSA* 79: 75-123.
- Gauthier 1988: Ph. Gauthier, Review of Thür 1985 in *BE (REG)* 101: 358, no. 403.
- Gernet 1939: L. Gernet, 'L'institution des arbitres publics à Athènes', *REG* 52: 389-414. Reprinted in *Droit et Société dans la Grèce Ancienne* (1955: 103-19) Paris.
- Gernet 1957: L. Gernet, *Démosthène. Plaidoyers Civils II* Paris.
- Hansen 1980: M.H. Hansen, 'Seven Hundred Archai in Classical Athens,' *GRBS* 21: 151-73.
- Harris 1995: E.M. Harris, *Aeschines and Athenian Politics.* Oxford and New York.
- Harrison 1971: A.R.W. Harrison, *The Law of Athens II Procedure.* Oxford.
- Kahrstedt 1936: U. Kahrstedt, *Untersuchungen zur Magistratur in Athen.* Stuttgart/Berlin.
- MacDowell 1990: D. MacDowell, *Demosthenes Against Meidias* (Oration 21). Oxford.
- MacDowell 1991: D. MacDowell, 'The Athenian Procedure of *Phasis*,' pp. 187-201 in *Symposion 1990.* Ed. M. Gagarin. Köln/Vienna.
- Maier 1959: F.G. Maier, I *Griechische Mauerbauinschriften.* Heidelberg.
- Maier 1961: F.G. Maier, II *Untersuchungen.* Heidelberg.
- Oliver 1935: J.H. Oliver, 'Greek Inscriptions,' *Hesperia* 4: 5-19.
- Osborne 1981-83: M. Osborne, *Naturalization in Athens*, vols. 1-4.
- Piérart 1974: M. Piérart, 'A propos de l' élection des stratèges athéniens,' *BCH* 98: 125-46.
- Rhodes 1981: P. Rhodes, *A Commentary on the Aristotelian Athenaion Politeia.* Oxford.
- Stroud 1974: R. Stroud, 'An Athenian Law on Silver Coinage,' *Hesperia* 43: 157-188, with Pl. 25-27.
- Thür 1985: G. Thür, 'Prozessrechtliches in der Mauerbauinschrift IG II² 244', pp. 66-69, in *Lebendige Altertumswissenschaft Festgabe H. Vettors.* Vienna.
- Thür/Taeuber 1978: G. Thür and Hans Taeuber, 'Prozessrechtlicher Kommentar zur "Krämerinschrift" aus Samos,' in *Anz. d. phil.-hist. Klasse der ÖAW* 115: 205-226.

LIN FOXHALL (LEICESTER)

A RESPONSE TO ADELE SCAFURO

In this paper Adele Scafuro has examined a term, *hegemonia dikasterion*, ‘the power to preside over a court,’ attached to magistracies, which proves on her analysis to be remarkably interesting, though unclear and problematic in its meaning and application. In the course of her examination she investigates the nature of fourth century B.C. office holding in some detail. Her prime example in the forensic orators, Aeschines 3, is taking advantage of this lack of precision, she argues (and I agree) to mislead the jury about the remit of his opponent Demosthenes’ activities. However in the course of analysing this particular term she has opened up broader issues about the nature and remit of office holding and magistracies in fourth c. Athens which are well worth further exploration.

Aeschines 3 and Demosthenes’ 20 *On the Crown*

After the battle of Chaeronea (338 B.C.) at which Athens was defeated by Philip, the city undertook repairs to the Long Walls as a matter of urgency. The work was democratically divided among the ten tribes, and Demosthenes’ tribe covered section around Piraeus. Demosthenes himself was chosen (*hairetos*) for the responsibility of *teichopoios* (and I agree with Scafuro that this means he was managing wall repairs). Demosthenes’ management of the task eventually became the subject of litigation (the trial took place in 330) between one of his supporters and Demosthenes’ main political opponent Aeschines. It is one of the few cases from fourth century Athens where we have speeches surviving from the opposing sides.

Demosthenes claims he was allocated 10 talents of public money to carry out the work, but supplemented this with a considerable sum of his own. According to Aeschines (3.18), however, Demosthenes only contributed 100 minai. Allegedly because of his generosity in supplementing state funds, and the zeal with which Demosthenes performed his role as *teichopoios*, one of his supporters, Ktesiphon proposed in the *ekklisia* that a crown and an honorific decree should be awarded to Demosthenes, the former to be presented in theatre. After a delay of six years after the proposal, Aeschines attacked it in court as illegal, on what we might call a technicality: that the crown would have been improperly presented before he turned in his accounts and they passed the scrutiny (*euthynai*) expected of magistrates at the end of their term of office (that is someone holding an *arche*).

Scafuro’s paper asks us to consider the ‘law on *archai*’ embedded within Aeschines’ misleading invective. If this is indeed a law (and I wonder) – is this really a ‘law on *archai*,’ or a law more generally about public office specifying those who might either handle public money in substantial amounts for some time or might manage major public affairs – and thus be liable for *dokimasia* (scrutiny) at the start of term of office and *euthyne* (rendering accounts) at the end? Aeschines

attempts to convince his listeners (or readers, in the case of the modern audience) that the law is very precise in its definition of *arche*— is he pulling the wool over our eyes as well as those of the jurors?

As part of his argument Aeschines (3.12) claims that all magistrates in charge of public works have *hegemonia dikasterion* which Scafuro demonstrates is plainly not the case in regard to the specific provisions of IG II² 244. She asks us to consider how *hegemonia dikasterion* was conferred on an office, and suggests the hypothesis that it evolved from the archaic period as a power which developed as temporary offices became permanent. I prefer to ignore the archaic period aspects of the question because I am not sure they are relevant to the most interesting issues raised by our sources. What is clear is that *hegemonia dikasterion* was conferred, in historic times at least, and in the fourth century in particular, by the Thesmothetai, and it was important in the character of fourth century office-holding.

Scafuro also argues, persuasively in my view, that for any type of office, whether *ad hoc* or ‘extraordinary’ magistracies, or for normal, well-established *archai*, that once the office had been granted the privilege of *hegemonia dikasterion* by the state there was no need to grant it again on future occasions when either the office (*arche*) came into existence again after a gap or needed to operate the power after a period of disuse. In other words, the privilege went with the office, not the office-holder, to ask for a court when the occasion arose when it was needed. Scafuro compares the information gleaned from Aeschines 3 with several inscriptions where the term is used or might be applicable, confirming the conclusion that it was not part of all offices or duties and, in the available epigraphical examples, it appears in times of crisis or emergency. Scafuro’s convincing discussion of *hegemonia dikasterion* in this wider context, however, raises two larger issues worth exploring: 1) the degree to which legal terminology is ‘technical’ terminology and 2) the border (or no man’s land) between *archai* and *leitourgiai*, offices or magistracies and liturgies, in fourth century Athens.

Technical language and formal structures.

A term like *hegemonia dikasterion*, sounds like technical language, but is it as technical as it seems? What is legal technical language in such a case, and what weight did it carry? Is Aeschines trying to make semi-technical terminology sound more technical and precise than it actually was? This is surely Demosthenes’ implication in *On the Crown* when he says (Dem. 18.111):

Of the words which this man spoke, jumbling them up and down, concerning the laws which had been summarized, by the gods, I do not think that you were able to understand, nor was I able to make sense of most of it.

Many Greek words have both a ‘technical’ meaning in specific contexts, and a range of broader meanings applicable in other situations. One good example is the word *homologia*. With the broad meaning of ‘agreement’ it can also mean ‘contract,’ but it is difficult to press the case for the word as exclusively technical in

nature. Or, the word *onos*: though the basic meaning is ‘donkey,’ the word can be used in technical contexts to refer to almost any moving part of a machine (e.g. a spindle, millstone or windlass). Rhetors clearly exploited the ambiguities created by the gaps between the technical meanings of words and their more general meanings to muddy the waters and persuade jurors.

From the point of view of this case, the most interesting aspect of Aeschines 3 are sections 14-16 and 29-30: Aeschines’ interpretation of a law supposedly about the accountability of office holders. Aeschines uses it to define what magistracy (*arche*) meant and what posts it covered. Much of the discussion concerns the technicalities and terminology of office holding. At 3.15 he specifically mentions elected office (*tas cheirotonetas archas*), the magistrates in charge of public works (*tous epistatas ton demosion ergon*), ‘those who administer something for the state for more than thirty days,’ and ‘as many as take *hegemonias dikasterion*’ (with the off-hand comment that all epistatai in charge of public works would have *hegemonias dikasterion* – which is probably incorrect as Scafuro convincingly argues). At 3.29 the same argument is compressed and re-arranged into three categories of office holders liable for *dokimasia* (scrutiny before holding office): 1) allotted and elected officials, 2) ‘those who administer something for the state for more than thirty days’ and ‘magistrates in charge of public works’ and 3) if any others received *hegemonia dikasterion*. The sleight of hand here, in section 30 is to lump all tribal and deme officials into the second category, including Demosthenes’ role as *teichopoios*, for which both Aeschines and Demosthenes agree he was neither elected nor selected by sortition, but ‘chosen’ (*hairetos*).

Throughout both discussions Aeschines treats *dokimasia* and *eythyne* as interchangeable. Though the two procedures certainly go together, at either end of office holding, they are not the same. So, for example, *bouleutai* were subject to *dokimasia*, but not *euthyne* since they were not in charge of public monies. This may, of course be more sleight of hand on the part of Aeschines, and may indicate that the law he claims to paraphrase was not as relevant to the case of Demosthenes’ crown as he insists.

With each of these passages, Aeschines has to fend off the argument he expects from the opposition that the post of *teichopoios* does not fit any of these categories but is a duty (*epimeleia*) or a service (*diakonia*) (3.13): ‘What does it [the law] order these men to do? Not to serve (*diakonein*) but to govern (*archein*), having been examined (*dokimasthentas*) in court.’ This is virtually repeated at 3.31. Clearly a whole spectrum of words could be used to describe office-holding in common parlance, which might or might not exactly fit the legal and constitutional parameters of specific magistracies. The way in which this ambiguity is manipulated in Aeschines 3 makes it extremely difficult to ascertain the aim or content of the law which he purports to paraphrase. My guess is that the three groups of magistrates at 3.29 is Aeschines’ own category system, devised to suit his purposes on this occasion, rather than a set of categories extracted from a law.

Office or liturgy?

The impression that Aeschines' discussion of the terminology of office holding makes on a modern audience is that under fourth century Athenian law and constitutional practice the difference between magistracies and liturgies was not entirely clear-cut, thereby leaving room for this kind of politicised legal manoeuvring. But there is more to it than that. David Whitehead,¹ in a perceptive discussion of the language of *philotimia* in honorific decrees, observed that there are clear changes in their formulation from the 360s. Honorific decrees began as *proxenos* decrees, aimed a generous foreigners for the most part, praised as *andres agathoi*. However, from the mid fourth century, distinctions between foreigners and citizens fade, there came to be a clear link to generosity on behalf of the state and the community, and '*philotimia* was held to be the appropriate virtue not only of private individuals but of those holding office.'²

The language of both Aeschines 3 and Demosthenes 18 strongly suggests that Whitehead's observations about *philotimia* and euergetism in the epigraphical record can be applied to forensic oratory as well. When holding office became a subject of *philotimia*, and thus subject to the ambition of office holders and competitive generosity, then the boundaries between magistracies and liturgies, as well as between different kinds of magistracies, must have begun to break down. Demosthenes' one-off job as *teichopoios* must have fallen in the grey area between the two. It is interesting that the term *leitourgia* is avoided in both speeches. However, the very fact that the bone of contention is the presentation of a crown to Demosthenes in the theatre suggests the practice of liturgy, not that of ('traditional') office-holding. Demosthenes himself indeed claims that his role as *teichopoios* is fundamentally euergetic (Dem. 18. 112):

What law is so unjust and full of misanthropy that it robs of gratitude (charitos) a man giving something and doing things motivated by philanthropy and generosity (philodoron), leads him to the sycophants, and gives them the authority to administer euthyne? There is none. If he says there is, let him show it, and I shall be satisfied and silenced.

As well as implying that Aeschines' paraphrase of the law might have limited relevance, this passage is full of the language of those honorific decrees, the language of *philotimia* and liturgy. Moreover, use of the word *hairetos* ('chosen') throughout both speeches to describe Demosthenes' appointment also has overtones of benefaction, in contrast to magistrates who were generally allotted or elected. In these two speeches perhaps we see the radical democracy of Athens transforming into something else before our very eyes, as financial pressures on the *polis*, the result of military pressures imposed by Macedon, induced the *demos* to redefine good office holding as generosity rather than good management.

¹ Whitehead, D., 'Competitive outlay and community profit: philotimia in democratic Athens,' *Classica et Mediaevalia* 34 (1983), pp. 55-74.

² Whitehead, 'Competitive outlay,' p. 65.

ROBERT W. WALLACE (EVANSTON)

WITHDRAWING GRAPHAI IN ANCIENT ATHENS – A CASE STUDY IN “SYCOPHANCY” AND LEGAL IDIOSYNCRASIES

Most Attic legal historians believe that for public suits (*graphai*) as well as for *phaseis*, *ephegeseis*, and *apographai*, a prosecutor who failed to receive one-fifth of the *dikasts*' votes or a plaintiff who did not “follow through” (*epexelthein*) his case to trial were both subject to two punishments: a 1,000 drachma fine, and some permanent restriction of their ability to prosecute future cases – a form of partial *atimia*.¹ Most scholars also believe that this restriction consisted of losing the capacity to bring the same type of prosecution.² Edward Harris has challenged this belief, arguing that such prosecutors lost the right to bring any type of public case (see, e.g., Dem. 18.266, 26.9, 53.1). Harris's point is well taken, within the terms of the arguments below.³

With one qualification I accept the standard view that in most (although not necessarily all) of the legal proceedings of the types listed, these two punishments were imposed on any prosecutor who did not receive one-fifth of the *dikasts*' votes. As for not “following through” a case of these types, I shall argue three points.

First, barring one reconstructed fragment of Theophrastos, both the case evidence and contemporary descriptions of Attic law nowhere indicate that those

¹ See e.g., M.H. Hansen, *Apagoge, Endeixis and Ephegesis against Kakourgoi, Atimoi and Pheugontes* (Odense 1976) 65; D.M. MacDowell, *The Law in Classical Athens* (Ithaca/N.Y. 1978) 64-65; S.C. Todd, *The Shape of Athenian Law* (Oxford 1993) 143. U. Paoli, *Studi di diritto attico* (Florence 1930) 322-23, followed by A.R.W. Harrison, *The Law of Athens II* (Oxford 1971) 83 and 175-76, believed that offenders of both types were liable to 1,000 drachma penalties, but were not forbidden to bring future cases. D.M. MacDowell, *Demosthenes against Meidias* (Oxford 1990) 327, has shown that this view is untenable.

These works, and E.M. Harris, “The penalties for frivolous prosecution in Athenian law,” *DIKE 2* (1999) 123-42, will be cited by author's name and date of publication.

I am grateful to Gerhard Thür for comments on an earlier draft of this essay, first written in 1997.

² See, e.g., Hansen, MacDowell, and Todd, as in n. 1 above.

³ *CP 87* (1992) 79-80. Harris's case may be reinforced by the Theophrastos passage discussed later in this essay. According to my current thesis, however, in most cases only prosecutors who failed to win one-fifth of the *dikasts*' votes lost the power to prosecute public cases, not prosecutors who failed to follow through.

who did not follow through a public suit were subject to any form of partial atimia, except when the charge was battlefield desertion (*lipotaxion*). The conclusion that such men were not subject to partial atimia eliminates the main category of evidence that the Athenians often turned a blind eye to continued public activity by atimoi.⁴

My second argument addresses the question of what was wrong in not “following through” a public suit. As again Edward Harris (1999) has shown, the evidence makes clear that withdrawing most *graphai* was common. To be sure, the association of this practice with sycophants sometimes made people hesitant to admit that they had done so, or keen to say that their opponent had. Various factors could necessitate withdrawals, in most cases without penalty. What then was not “following through”? Harris argues that a plaintiff was subject to penalties if he brought a public charge but then did not appear at the *anakrisis*, or (after the *anakrisis*) in court (1999: 132 and *passim*). I would like to present an alternative possibility. I shall show that, except perhaps in cases of *hubris*, those who did not follow through a public suit were subject to a fine only if they were convicted of having been paid not to follow through. [Demosthenes] 58.11 calls the regulation against not following through a provision against sycophants. The harder question will be whether the text of the law itself mentioned the factor of payment, or whether this statute could technically have been used against anyone who failed to see an indictment through, but in practice was used only against alleged sycophants. The general point of the law, as [Demosthenes] 58.11 says, was to prevent people from harrasing others by bringing public lawsuits which they then did not prosecute. For the Athenians, as their concept of sycophant shows, the principal reason for doing so was money.

My third and more general argument is that the evidence for Athenian legal regulations and procedures is complex in part because different laws sometimes contained their own, idiosyncratic provisions. Statute regulations for example about *lipotaxion* or *hubris* did not necessarily apply to other legal offenses. In *Symposion* 1999 I argued that idiosyncrasies also characterized the different procedures collectively called “showing” (*phainein*).⁵ It may be that this identification of a characteristic of Attic laws will prove useful in other contexts.

* * *

⁴ Cf. in particular Hansen 1976: 59-60. A distinct category of persons is that of public debtors, who are sometimes distinguished from atimoi even in Attic laws, and who were often allowed to continue their public activities, presumably in order that the Athenians could come to recoup the money owed to them. For further information and discussion, see R.W. Wallace, “Unconvicted or potential atimoi in ancient Athens,” *DIKE* 1 (1998) 63-78.

⁵ R.W. Wallace, “*phainein* in Athenian laws and legal procedures,” in *Symposion 1999. Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte*, ed. G. Thür and F. Fernández Nieto (Cologne/Vienna 2003) 167-81.

The sources document a number of cases where Athenians withdrew public suits without penalty. The crime of “not carrying through” a public suit therefore cannot mean simply withdrawing it. The following four cases are typical of many.

(1) According to [Dem.] 59.53, Phrastor indicted (*graphesthai*) Stephanos before the thesmothetai for giving an alien woman in marriage to an Athenian. Fearing conviction, Stephanos “came to terms with Phrastor and relinquished his claim to the dowry and withdrew his dike for alimony, and Phrastor on his part withdrew his graphe from the thesmothetai.” Phrastor apparently attested to all this in court (s. 54). The speaker gives no indication that these arrangements were illegal or problematic, or that anyone was penalized.

(2) According to [Dem.] 59.68-69, after Epainetos brought a graphe against Stephanos for wrongful imprisonment on a charge of *moicheia*, Stephanos, again fearing conviction, submitted his dispute for arbitration on condition that Epainetos withdraw his graphe. Epainetos agreed, withdrew his graphe, and the arbitrators reached a settlement between them.

(3) Dem. 20.145: “And yet I hear that you say that three distinct persons indicted [*graphesthai*] you [Leptines, on a charge *paranomôn*] before Apsephion did, but they did not carry through. Well, if your complaint against them is that they did not endanger you, you must be fonder of danger than other people.” Demosthenes says that one of these three persons may have died [in fact, Apsephion’s father Bathippos had died], or been persuaded to “draw a line through” (*diagrapasthai*: i.e., drop) the charges, or simply been suborned (*paraskeuazesthai*) by Leptines, “but these things are not *kalon* even to mention.” If any of these men had been penalized for not prosecuting, this would have supported Demosthenes’ argument. Demosthenes is however happy to insinuate that Leptines may have bought off one of his prosecutors.

(4) In [Dem.] 25 *Against Aristogeiton*, the anonymous plaintiff seeks to establish that Aristogeiton cannot bring prosecutions or act in other ways as epitimos, principally because he is a public debtor. In s. 47, in a list of Aristogeiton’s scandalous deeds that illustrate “the sort of man” he is, the plaintiff remarks, “you [dikasts] remember” that Aristogeiton “abandoned (*exelipen*) his graphai against Demades.” The speaker mentions no penalty for these alleged actions. They are cited only as examples of Aristogeiton’s bad character.

In these cases, no fine or partial atimia is linked with withdrawing a public suit. Under certain circumstances (Leptines [case 3], Aristogeiton [case 4]) withdrawing a graphe is said to be bad, but other cases (Phrastor [case 1], Epainetos [case 2]) seem neutral in this regard.

Other cases indicate that a 1,000 drachma fine was imposed on Athenians who were paid to neglect or withdraw public prosecutions. None of these testimonia mention the further penalty of partial atimia.

(5) In [Dem.] 58, through an *endeixis*, Epichares prosecutes Theokrines for bringing indictments even though (Epichares claims) Theokrines is a state debtor

three times over. The first of these alleged debts involves a penalty of 1,000 drachmas which (according to Epichares) Theokrines *should* have paid for “giving up” a *phasis* against the shipowner Mikon. In s. 6, Epichares quotes part of the terms of his *endeixis*: “I declare that according to this *endeixis* Theokrines is liable for having made a *phasis* against Mikon of Cholleidai and having taken money (*argurion labont'*) to have given up (*apodounai*) the affair.” Up to the time of this trial, we may note, Theokrines had not been fined or punished for allegedly giving up his *phasis* against Mikon. Immediately before this passage (ss. 5-6), Epichares has the clerk read to the court what seems to be a general procedural law “regarding those who make *phaseis* and do not carry them through but are reconciled in defiance of the laws,” and which regulated the introduction of *graphai*, *phaseis* “or the other things written in the law.” Although the text of this law is not quoted, Epichares repeats or paraphrases his understanding of its terms: “if a man carries through and does not receive a fifth part of the votes, he shall pay 1,000 drachmas, and if he does not carry through, Theokrines, he shall also pay a thousand, so that no one *sukophantêi* or having impunity make a profit for himself and compromise the interests of the city.”

Immediately after these comments, Epichares narrates how Theokrines’ *phasis* against Mikon was displayed for a long time at the port, until “taking money [Theokrines] allowed it to be crossed out (*diagraphênai*), just when the magistrates were calling him to the anakrasis.” In s. 12, Epichares states that if Theokrines “has compromised the matter and come to terms” with Mikon, “he wrongs all of you and would justly be fined 1,000 drachmas.” Ss. 13 (*kerdanai*), 24 and cf. 28-29 make explicit Epichares’ charge that Theokrines came to terms for financial gain, that he was “sycophanting,” that he was “compromising in defiance of the laws.” Thus according to Epichares, if a plaintiff withdrew this type of public suit after making a financial arrangement with the defendant, he was to be fined 1,000 drachmas.

Epichares’ principal argument is that Theokrines had no right to prosecute because he was a public debtor (ss. 14-22, 69). He makes no mention that Theokrines was subject to the further most serious penalty of partial *atimia*. Why would he not, if Theokrines were so liable? This would have provided Epichares with a further, most potent argument that Theokrines was not qualified to bring indictments.

In his response that follows this essay, Harris seeks to discount this “argument from silence.” He points out that Epichares also does not mention the fact that prosecutors who received less than one-fifth the votes were also subject to partial *atimia*. I would note, however, that Epichares had no particular reason to detail that additional penalty for not receiving sufficient votes, because the provision on not receiving sufficient votes did not apply to Theokrines. Epichares had every reason to mention it if those who did not follow through, like Theokrines, were *atimoi*. This speech nowhere says that such offenders were subject to partial *atimia* – and its “silence” on this point is by no means unique.

[Dem.] 58.8 is one of two passages that Harris adduces to support the further hypothesis that the regulation against “not following through” specifically penalized not appearing at the *anakrisis* (or later in court). According to [Dem.] 58, Theokrines had his indictment crossed off the whitened board of written charges just at the time of the *anakrisis*. Was that act in itself illegal? I think not. Epichares’ charge was that Theokrines had “settled in defiance of the law” by taking money, not that he did not turn up for the *anakrisis*. Had Theokrines been able to avoid legal trouble simply by going to the *anakrisis* and withdrawing his charge there, it is unclear why he would not have done so. Epichares mentions the *anakrisis* only to show how long Theokrines had toyed with Mikon. As Harrison (1971: 102) and surely everyone will agree, if a litigant did not turn up at the *anakrisis* or in court, the punishment was the immediate loss of his case by default. If avoiding the *anakrisis* was a crime, it was a blatant and obvious crime – and up to the time of [Demosthenes] 58, Theokrines had not been charged with it. More difficult was proving bribery. No one was prepared to take up that charge against Theokrines, until Epichares sought revenge for Theokrines’ alleged wrongs against Epichares’ father.

The element of financial gain is also stressed in the other cases which Epichares alleges against Theokrines: that he dropped an indictment in exchange for 200 drachmas (ss. 30-32), that he would have dropped his indictment of Epichares’ father in exchange for 1,000 drachmas (s. 33), and that he dropped indictments of several others including Demosthenes and Hypereides in exchange for money (ss. 34-35). None of these passages mention the *anakrisis*.

One last point about [Dem.] 58 will recur later in this essay. Ss. 10-11 of this speech mention a special law regulating the laying of baseless charges specifically against merchants and shipowners. Plaintiffs of this kind were subject to *apagoge* and to other punishments here unspecified.

(6) According to Aeschines (2.93, 3.51, 212), Demosthenes withdrew a *graphe* for wounding against his cousin Demomeles at the Areopagos court, and the Areopagos fined him for this. In 3.212, Aeschines alleges that Demosthenes had taken money (*misthous eilêphe*) to withdraw the case. Athenian magistrates, including the Areopagos ([Dem.] 59.80), were competent to levy fines up to a certain amount on their own authority. The Areopagos may have levied such a fine against Demosthenes, possibly on an ad hoc basis. (Its decision to fine Theogenes for having a foreign wife [(Dem.) 59.80] was presumably ad hoc.) To be sure, the facts of Aeschines’ story are most uncertain. In addition to the question of whether a charge of wounding was a *graphe* or a *dike*,⁶ Demosthenes is alleged to have prosecuted his own cousin – and for wounds which Aeschines says he gave to himself! He is alleged to have taken money from a family member not to continue

⁶ M.H. Hansen, “*Graphe* or *dike traumatōs*?,” *GRBS* 24 (1983) 307-20 (our passage on pp. 308-11) argues that *graphai* and *dikai* both could be applied to wounding. He accepts Aeschines’ account.

the prosecution. Aeschines does not mention the size of the fine, and 1,000 drachmas might seem a large sum for an undemocratic body to impose (but cf. M.H. Hansen in n. 6, p. 315). Finally, Demosthenes is alleged to have been fined by the Areopagos, a council with which he had the closest political ties.⁷ Aeschines was Demosthenes' enemy. This would not be the first blatant lie these men directed against each other.

Despite any doubts about the event itself, however, Aeschines implies that a court *could* fine a plaintiff who sold a graphe. As Gerhard Thür has observed to me, the constitutional facts must have made sense to the dikasts.

These two cases – there will be others – indicate that those who were paid not to follow through a public prosecution were liable to a fine. Neither Aeschines nor Epichares says anything about atimia, although that further charge would have strengthened their arguments. As for accusations of sycophancy, in [Lys.] 6.12 we are told that Andokides brought a graphe against Archippos for impiety and Archippos countered with a sworn denial. “But so as not to be troubled by a man of Andokides' sort, he got his release by paying money.” How far this story may be fabricated is again uncertain: Andokides was the speaker's bitter enemy. However, the implication is that Andokides was a sycophant, harassing a wealthy citizen by a frivolous prosecution only to be bought off.

In addition to the case evidence, four texts mention Athens' legal provisions against “not carrying through.” First as we have seen, in [Dem.] 58 against Theokrines, Epichares has the clerk read out a procedural law “regarding those who make *phaseis* and do not carry them through but are reconciled in defiance of the laws.” This law regulated the introduction of *graphai*, *phaseis* “or the other things written in the law.” The published speech does not include the text of this law, but Epichares repeats or paraphrases his understanding of its terms: “if a man prosecutes and does not receive a fifth part of the votes, he shall pay 1,000 drachmas, and if he does not prosecute, Theokrines, he shall also pay a thousand, so that no one *sukophantēi* or having impunity make a profit and compromise the affairs of the city.” It is unclear how far Epichares' final remarks reflect the wording of the law, or only his interpretation of it. Earlier, he indicated that the law forbade some form of compromising. His later comments indicate that was for money.

(7) The following statement is attributed to Theophrastos (fr. 636C Fortenbaugh et al.), as reconstructed from the *Lexicon Cantabrigense*, Harpokration, and a Demosthenes scholion:⁸

πρόστιμον. ἔκειτο τῷ μὴ μεταλάβοντι τὸ πέμπτον μέρος τῶν ψήφων, ὡς Θεόφραστος ἐν πέμπτῳ Περὶ νόμων. ἐν δὲ τοῖς δημοσίοις ἀγῶσιν ἐζημιούντο χιλίας καὶ πρόσσεστί τις ἀτιμία, ὥστε μὴ ἐξεῖναι μήτε γράψασθαι παράνομον μήτε φαίνειν

⁷ See R.W. Wallace, *The Areopagos Council, to 307 B.C.* (Baltimore 1989) 177, and O. de Bruyn, “L'Aréopage et la Macedoine à l'époque de Démosthène,” *LEC* 57 (1989) 3-12.

⁸ For the reading *paranomon* (MSS) rather than editors' *paranomōn*, see Harris (n. 3 above).

μήτε ἐφηγεῖσθαι. ἐὰν (δέ τις) γραψάμενος μὴ ἐπεξέλθῃ, ὁμοίως. περὶ δὲ τῆς εἰσαγγελίας, ἐὰν τις μὴ μεταλάβῃ τὸ πέμπτον μέρος τῶν ψήφων, οἱ δικασταὶ τιμῶσιν.

Additional penalty. It was laid down in law for the one who does not get a fifth part of the votes, as Theophrastos says in the fifth book of On Laws. In public trials they were fined 1,000 drachmas, and there was added some loss of civic rights, so that they could not indict a public crime, or bring a phasis or an ephesis. If someone indicts for a public crime and does not follow through, the same. Regarding eisangelia, if someone does not receive a fifth part of the votes, the dikasts assess the penalty.

This fragment includes the single extant, general claim that those who did not follow through a public indictment suffered partial atimia, losing the right to bring such indictments in future. In contrast to [Dem.] 58 and other passages, it does not mention that withdrawals had to be “sold.” This omission leaves open the possibility that the law did not expressly include the latter clause. On the other hand, in brief, compressed, and fragmentary texts, arguments from silence (I agree) are certainly dangerous.

(8) Dem. 21.47 reports the text of a law specifically against *hubris*, including the following clause: “Of those who submit graphai according to the law, if anyone does not carry through, or when carrying through does not get one-fifth of the votes, let him pay 1,000 drachmas to the public treasury.” Although the authenticity of the laws in Demosthenes’ speeches is controversial, Fisher and MacDowell – following Lipsius and Harrison – argue that this law is authentic.⁹ If they are right, two points are important. First, this law itself specifies the penalties for withdrawing indictments for *hubris* or not receiving one-fifth of the dikasts’ votes. It does not refer to or rely on other procedural statutes which might specify such penalties generally. Second, it therefore is a question how far the procedures regarding *hubris* necessarily reproduced legal practice in other types of cases. One difference between this law and other Athenian legal practices is immediately evident. This law does not specify the penalty of partial atimia *either* for not gaining one-fifth of the votes *or* for not following through. As we may also note, it also does not specify that criminalizing the withdrawing of a graphe for *hubris* depended on money changing hands. On this point too, the provisions for *hubris* may have been different from those for other offenses.

(9) Another case may support the hypothesis that the law regulating indictments for *hubris* did not stipulate (and was understood not to stipulate) that the criminalization of withdrawing prosecutions depended on bribery. According to Dem. 45.3-5, on his return from service as trierarch Apollodoros was unhappy to

⁹ N.R.E. Fisher, *Hybris. A Study in the Values of Honour and Shame in Ancient Greece* (Warminster 1992) 36-37 (“The text of the law”); MacDowell 1990: 263-64. But cf. Harris (n. 3 above) 77-78.

find that by the terms of his father Pasion's will (which Apollodoros thought forged), the ex-slave Phormio had married his mother and occupied a large property which Apollodoros thought belonged to him.

Although I was greatly incensed and took it much to heart, I was unable to bring a private action (for there were no dikai at that critical time, but you had put them off because of the war [371-362 B.C.]). So I brought a graphe of hubris against [Phormio] before the thesmothetai. However, with time passing, and the graphe being put off (ekkrouomenês), and private actions not being held, children were born by my mother to Phormio. And after this (for the whole truth will be told to you, dikasts), many kindly overtures were made by my mother, and pleas on behalf of this man Phormio, and many both moderate and humble overtures came from Phormio himself. And in order to abbreviate these matters, men of Athens, he would not do one of the things which he had agreed to ...

Here Apollodoros reveals that he had indicted Phormio for *hubris* but that the case was “put off” or delayed. After many years, many intercessions, and the birth of children to his mother, Apollodoros came to a settlement with Phormio (which according to Apollodoros Phormio then reneged on). Apollodoros seems deliberately vague about the status of his earlier indictment of Phormio for *hubris*. He uses the passive voice *ekkrouomenê*, and links this however improperly with the suspension of private suits. It appears he merely let the case drop. If the law on *hubris* indicated that any formal withdrawal of an indictment for *hubris* was a criminal act regardless of payment, it may not be coincidental that Apollodoros – a wealthy man who could not readily be accused of sycophancy or such illegalities for gain – did not withdraw his indictment but neglected it.

(10) Our penultimate text is fragment a of Lysias *Against Antigenes, Concerning Abortion*, from the *Lexicon Cantabrigiense*, which I cite in Stephen Todd's translation: “*There was a sort of assessed penalty against those who neglected [oligôrein] a graphe. <Thus> Lysias in the <prosecution speech> Against Antigenes Concerning Abortion: ‘You see how my opponent Antigenes has behaved. After initiating a public prosecution [grapsamenos] against our mother, he thinks it right to receive the sister, and on the one hand to be involved in litigation, in order that he may not have to pay the 1,000 drachmai which any person has to pay if he initiates a public prosecution and does not carry it through ...’ Demosthenes as well says the same thing in the <speech> Against Theokrines.*”

This passage, and the speech it is assigned to, raise many questions as Todd says. In particular, what type of graphe is involved? Homicide was a dike, and a graphe for abortion is unattested. Todd therefore suggests that this suit might represent an “extended use of the catch-all *graphê hubreôs*.” If he is right, this passage is consistent with our previous passage on the *graphe hubreôs*. It was illegal to withdraw such a graphe, even if no money changes hands.

Yet again, no mention is made that not following through a public prosecution was punished by *atimia*.

What may we conclude from these data? In [Dem.] 58, the wording of Epichares' *endeixis*, his allegations of Theokrines' sordid legal manoeuvrings for money, and his paraphrase of what appears to be a general provision regarding the withdrawal of public prosecutions, all indicate that not carrying through a public prosecution in exchange for money was subject to a fine. Aeschines indicates that the Areopagos could levy fines for withdrawing a prosecution for money. These data support the argument that withdrawing a prosecution in exchange for money was illegal and subject to a fine. In [Lys.] 6.12 the speaker's allegation that his opponent Andokides was paid to come to terms with Archippos criminalizes what was otherwise an acceptable act. Because the evidence of [Dem.] 58 and Aeschines about the Areopagos could be more explicit, it must remain possible that the statute did not itself specify that a payoff was required to criminalize withdrawing a graphe. On the other hand, it clearly was legal to withdraw most types of graphe. Epichares construes this law within the context of sycophany. That would certainly make clear the type of withdrawal that the Athenians prohibited.

None of the case evidence so far considered – [Demosthenes] 58, Aeschines on the Areopagos, Apollodoros, Demosthenes 21, Lysias *Against Antigenes* – mentions that in the types of cases at issue, those who did not follow through were subject to partial atimia. I therefore question a single, fragmentary statement in late reports of Theophrastos, that the Athenians had a general provision of that kind.

Finally, one passage indicates that a person who did not follow through an indictment specifically for *lipotaxion* did face some form of partial atimia. Why might the Athenians have increased the penalty in this case?

(11) According to Dem. 21.103, Meidias's lackey Euktemon did not follow up a graphe *lipotaxiou* against Demosthenes and *etimêken heauton*, "made himself atimos."¹⁰ Demosthenes later mentions this man as a habitual sycophant, part of a gang of paid witnesses in court, "who do not openly force themselves on you, but readily give a silent nod of assent to [Meidias's] lies" (21.139). If Euktemon was in court, a place forbidden full atimoi, then at most he was subject to partial atimia.

Was the situation reflected in Dem. 21.103 atypical and idiosyncratic, deriving from the specific law regulating *lipotaxion*? As we have seen, the idiosyncratic law about *hubris* seems to have indicated that anyone who withdrew a charge of *hubris* was liable to a 1,000 drachma fine whether or not he had received money. In other examples of idiosyncratic offenses subject to special punishments, the Athenians forbade anyone to address the Assembly who had beaten his parents, not maintained his ancestral estate, prostituted himself, *not performed the requisite military service*,

¹⁰ Demosthenes' expression, "he has dishonored himself," when we might expect "you dikasts dishonored him," could suggest that no formal pronouncement of atimia was made against Euktemon. As MacDowell says (1990: ad loc.), he may have been subject to "automatic" atimia, which followed directly on the commission of an offense, without the need for a court conviction (see, e.g., Harrison 1971: 171-72 and Wallace n. 4 above passim).

or thrown away his shield. Why the Athenians thought these particular offenses particularly bad we cannot here decide. We must note, however, that offenders against this Assembly provision were punished with partial *atimia*. Meidias had brought against Demosthenes the most serious charge of not properly performing his military service, a charge which could lead to his disfranchisement. He then refused to pursue it, potentially damaging the orator's civic standing. Such charges could not be made casually. In this case, the Athenians made not following up such a charge punishable by partial *atimia*.

Demosthenes reveals that Euktemon did not attend the *anakrisis* for the charge which he had brought. This is the second passage which Harris adduces for his hypothesis that not appearing at the *anakrisis* (or later in court) marked the crime of "not following through." However, we must again ask whether not appearing at the *anakrisis* was itself the critical element. Identifying Euktemon as a sycophant implies that he was paid not to follow up his charge against Demosthenes. The fact that Euktemon did not turn up at the *anakrisis* was bad and an indication that his charge was bogus. It was probably not in itself the decisive element.

* * *

Why were those who withdrew public prosecutions for money treated differently from prosecutors who did not receive one-fifth the vote? Surely the punishments fit the crime. Those who sold a public prosecution had to pay 1,000 drachmas, while those who wasted the *dikasts'* time had to pay and were forbidden to prosecute other public cases.

The larger topic broached by this paper is the inconsistencies and idiosyncrasies of individual Attic laws. Despite the existence of certain generalizing procedural measures, each law might specify its own procedures or provisions for specific offenses. As I have mentioned, the different types of *phainein* are best explained as reflecting the absence of a single procedural statute. Just so, [Dem.] 58. 10-11, we have noted, mentions a special law regulating the laying of baseless charges specifically against merchants and shipowners. Plaintiffs of this kind were subject to *apagoge* and to other punishments not applied to other frivolous prosecutors. A grasp of this phenomenon may aid in understanding other anomalies in Athenian laws and legal practices.

EDWARD HARRIS (NEW YORK)

A RESPONSE TO ROBERT WALLACE

In the Classical period the Athenians were concerned about individuals abusing their legal system and enacted several measures to discourage frivolous suits. In an article published in *Dike* in 1999, I studied the penalties for those who either did not follow through a prosecution after initiating a public suit or failed to win one-fifth of the votes cast at the trial.¹ Wallace accepts most of my analysis of the evidence for these penalties, but differs with me on two points of detail. His proposals are based on a careful reading of the relevant texts and merit serious consideration.

Our main point of agreement is about the intent of the law about frivolous prosecutions. Wallace agrees with me that the aim of this law was to discourage sycophants, those who abused the legal system for private gain.² The Athenians did not want litigants to use the courts to pursue private feuds and to harass opponents by bringing suits without legal merit. They therefore established serious penalties for the sycophants who attempted to abuse the legal system.³ Wallace also accepts my arguments for retaining the manuscript reading *παρὰ νόμον* in the scholion to Demosthenes 22.3 and rejects Reiske's emendation *παρὰ νόμων*.⁴ Finally, Wallace follows my analysis of Theophrastus *Laws* fr.636c (Fortenbaugh).⁵ We agree that the penalty for the person who brought a public action and failed to gain one-fifth of the votes was a form of partial *atimia*: the offender lost his right to bring any kind of public action in the future, not just the kind of action for which he had failed to win one-fifth of the votes.

So far, so good. Our two main disagreements concern the offense of not following through on a public action. The first disagreement relates to the penalty for this offense. In my essay in *Dike* I saw no reason to reject the evidence of the ancient sources that state the punishment for failing to follow through a public suit was a fine of 1,000 drachmas as well as partial *atimia*, that is, loss of the right to

¹ Harris (1999). The earlier view, found in e.g. MacDowell (1990) 327-28, was that the accuser who failed to gain one-fifth of the votes only lost the right to bring the same kind of public charge.

² Wallace believes that the main aim of the law was to prevent bribery by sycophants. I find this too narrow a view of the threat posed by sycophants, who practiced various kinds of abuses. On sycophants in general see Harvey (1990).

³ On the Athenian attitude toward litigation see Harris (2005).

⁴ See Harris (1992) 79.

⁵ See Harris (1992) 79.

bring any public action in the future.⁶ Wallace prefers to reject this evidence and argues that the penalty was only a fine of 1,000 drachmas. Our second disagreement relates to the meaning of the phrase “not following through” (οὐκ ἐπεξελθόν, μὴ ἐπεξελθεῖν, etc.). In my *Dike* essay I collected several passages which show that accusers might withdraw a public action at the *anakrisis* without penalty.⁷ I then examined several other passages which indicate that the law on frivolous prosecutions made it illegal to initiate a public suit and then either not show up at the *anakrisis* or not bring the case before a court. Wallace agrees with my point that it was possible to withdraw a public suit without penalty provided that one did it in the proper way. But he argues that those who did not follow through a public suit were subject to a fine only if they were paid not to follow through. Wallace’s argument is a little hard to follow because he argues for both of his points at once in his analysis of the evidence. For the sake of clarity I will deal with each of his arguments separately.

Wallace’s claim that there was no *atimia* for failing to follow through rests mainly on an *argumentum e silentio*. Wallace notes that in the demosthenic speech *Against Theocrines* and in several other passages the speaker does not mention *atimia* as a penalty for failing to follow through a public action, but can we conclude from their omission that this penalty was not contained in the law about frivolous prosecutions? As Robin Osborne once remarked to me, “Absence of evidence is not evidence of absence.” In *Against Theocrines* (Dem 58. 6) Epichares does not mention the penalty of *atimia*, but he may be selective in his summary of the law and merely leave out the penalty. In this same passage Epichares says that there was a fine of 1,000 drachmas for failure to gain one-fifth of the votes but does not mention *atimia* as a penalty in this case – is Wallace prepared to argue from this passage that there was also no *atimia* for the person whose case won less than one-fifth of the votes cast by the judges? If Wallace consistently applies this type of *argumentum e silentio*, he will have to contradict the view expressed at the beginning of his paper that the failure to gain one-fifth of the votes did bring with it a form of *atimia*.

Wallace then tries to argue away the evidence of the *lexicon Cantabrigiense* (which is one of the three sources for Theophrastus fr. 636 [Fortenbaugh]):

πρόστιμον ἔκειτο τῷ μὴ μεταλάβοντι τὸ πέμπτον μέρος τῶν ψήφων ὡς Θεόφραστος ἐν πέμπτῳ περὶ νόμων. ἐν δὲ τοῖς δημοσίοις ἀγῶσιν ἐζημιοῦντο χιλίαις καὶ πρόσεστί τις ἀτιμία ὥστε μὴ ἐξεῖναι μήτε γράψασθαι παρανόμον μήτε φαίνειν μήτε ἐφηγεῖσθαι. ἐὰν δὲ τις γραψάμενος μὴ ἐπεξέλθῃ, ὁμοίως.

The source states that in public suits there was a penalty of 1,000 drachmas and partial *atimia* for the person who did not gain one-fifth of the votes. The same was

⁶ Harris (1999) 126-27.

⁷ Harris (1999) 130-38.

true for the person who did not follow through.⁸ Wallace prefers to reject this evidence solely on the basis of his *argumentum e silentio* about several passages in the Attic orators. If one does not accept this argument (as one should not), Wallace's objection to the evidence of Theophrastus falls to the ground. And if Wallace does not question the reliability of the information in the first part of the fragment, why does he arbitrarily reject the information in the last part? In fact, the evidence of Theophrastus is actually confirmed by Demosthenes 21.103 where the orator says that Euktemon did not follow through and thus incurred *atimia* (ἠτίμωκεν αὐτὸν οὐκ ἐπέξελθόν). Wallace attempts to evade the clear implication of this passage by claiming that the penalty of *atimia* applied only in the charge of *lipotaxion*. I see nothing in the passage that compels us to adopt the view that this charge was somehow exceptional – why should it be? Wallace does not explain. He admits the penalty for failure to win one-fifth of the votes applied generally – why not the penalty for failure to follow through? Indeed, the evidence of Dem. 58.10ff. indicates that this penalty was part of a general provision applying to all public charges, not just one or two. Finally, Demosthenes states that Euctemon incurred *atimia* for not following through, not for failing to follow through on this particular type of charge. There is no good reason to reject the evidence of Theophrastus or to adopt a strained interpretation of Demosthenes 21.103. On the contrary, the two passages confirm each other and make it certain that the failure to follow through incurred a form of *atimia*. This is not a hypothesis of mine; it is what the ancient sources plainly state. Wallace presents no compelling argument to reject this evidence.

Wallace bases another argument on a document which was inserted into Demosthenes' speech *Against Meidias* and which contains what purports to be the law about *hybris*. It is important to have the full text of the document before us:

ἐάν τις ὑβρίσῃ εἰς τινα, ἢ παῖδα ἢ γυναῖκα ἢ ἄνδρα, τῶν ἐλευθέρων ἢ τῶν δούλων, ἢ παράνομόν τι ποιήσῃ εἰς τούτων τινά, γραφέσθω πρὸς τοὺς θεσμοθέτας ὁ βουλόμενος Ἀθηναῖον οἷς ἕξεστιν, οἱ δὲ θεσμοθέται εἰσαγόντων εἰς τὴν ἡλιαίαν τριάκοντα ἡμερῶν ἀφ' ἧς ἂν ἢ ἡ γραφή, ἐὰν μὴ τι δημόσιον κωλύῃ, εἰ δὲ μὴ, ὅταν ἢ πρῶτον οἶόν τε. ὅτου δ' ἂν καταγῶ ἢ ἡλιαία, τιμάτω περὶ αὐτοῦ παρχρημα, ὅτου ἂν δοκῇ ἄξιος εἶναι παθεῖν ἢ ἀποτεῖσαι. ὅσοι δ' ἂν γράφονται γραφὰς ἰδίας κατὰ τὸν νόμον, ἐάν τις μὴ ἐπέξέλθῃ ἢ ἐπεξίων μὴ μεταλάβῃ τὸ πέμπτον μέρος τῶν ψήφων, ἀποτισάτω χιλίας δραχμὰς τῷ δημοσίῳ. ἐὰν δὲ ἀργυρίου τιμηθῇ τῆς ὑβρεως, δεδέσθω, ἐὰν ἐλεύθερον ὑβρίσῃ, μέχρι ἂν ἐκτίσῃ.

His argument here runs into a similar difficulty. Wallace notes that the document lists the penalty of 1,000 drachmas for failing to follow through, but omits the penalty of *atimia*. True enough, but the document also omits the penalty of *atimia* for not gaining one-fifth of the votes. Is Wallace also prepared to argue on the

⁸ A scholion to Demosthenes 22.3 and an entry in Harpocration contain similar information but omit the penalty for failure to follow through a prosecution.

basis of this document that there was no penalty in this case and thus contradict himself again? It would be better to admit with Drerup that the document is a forgery.⁹ There are strong grounds for this view: 1) the unparalleled application of the law not just to *hybris* but to all possible offenses, 2) the equally unparalleled and nonsensical expression γραφὰς ἰδίᾳς, 3) the final clause (where the subject is the accuser) does not fit well with the previous clause (where the subject is the defendant). Like the *nomoi* at 8 and 12 in this speech this document is a fake, and the omission of the penalty of *atimia* is another reason to deny its authenticity.¹⁰

The second area of disagreement concerns the offense of “not following through.” In my article in *Dike* I showed that this must mean to fail to show up at the *anakrasis* or to bring the case before a court on the basis of three passages. One was Demosthenes 21.103, another was Demosthenes 58.10, and Antiphon 6.37. In his analysis of Dem. 58.12 Wallace claims that Theocrines’ offense was settling for money, not failing to appear at the *anakrasis*. Wallace appears to assume that we must make a choice: either Epichares accuses him of settling for money or failing to show up at the *anakrasis*, and that only one of these actions could have been illegal. But the summary of the law at 5 and 6 indicates there were three actions on which the law imposed a penalty: 1) bringing a public action and not gaining one-fifth of the votes, 2) not following through, and 3) reaching a settlement contrary to the laws (διαλυομένων παρὰ τοὺς νόμους). Epichares charges Aristogeiton with both offenses #2 and #3. At 10 he clearly states Theocrines did not show up at the *anakrasis* and thus did not follow through (εἰς τὴν ἀνάκρισιν καλούμενος οὐχ ὑπήκουσεν). He is thus subject to the penalty of 1,000 drachmas. Nothing is said here about settling for cash. At 12 he accuses Theocrines of settling in violation of the law, that is, offense #3. Epichares provides more information about this charge at 20. Here he says that while one can come to a settlement in private matters, in cases involving the Treasury one must not make an illegal settlement, that is, one which does not deprive the Treasury of a fine.¹¹ To sum up, I see no reason to reject the evidence of the ancient sources about the penalty for not following through on a public suit and about the meaning of the term ἐπεξελεθεῖν. Once more, this is not a hypothesis – it is what the ancient sources plainly state.

As for Wallace’s general point about idiosyncrasies in Athenian law, I do not basically disagree, but would not use the word “idiosyncrasy” and would use different evidence to illustrate the point. The word “idiosyncrasy” conveys the impression that Athenian law was quirky, irrational, and capricious. I would prefer to say that Athenian law contained some actions with distinctive procedural features

⁹ Drerup (1898) 297-300. This work appears to be unknown to Wallace. MacDowell (1990) 263-69, followed by Wallace, accepts the document as genuine, but see the next note.

¹⁰ For a discussion of the forged laws in this speech see Harris (1992) 75-8.

¹¹ I thought I made this point clear in Harris (1999) 141-2.

suit to the nature of the substantive offense.¹² For instance, mercantile suits differed from normal private suits in providing for imprisonment until the award was paid by the defendant.¹³ The reason for this “idiosyncrasy” was that the defendants were often foreigners who might abscond without paying. According to Hyperides (2.12) there was no penalty for the accuser who failed to gain one-fifth of the votes in an *eisangelia*.¹⁴ This may have been done so as not to discourage citizens from prosecuting serious public crimes. But there were also some general procedural rules that applied to all or many private or public actions such as this one, which was aimed at discouraging frivolous prosecutions in general. Instead of making assumptions about the existence of idiosyncrasies, I think it is better to study the substantive content of individual statutes to understand their procedural features.¹⁵

BIBLIOGRAPHY

- Carey, C. (2004). “Offence and Procedure in Athenian Law” in Harris and Rubinstein (2004): 111-36.
- Cartledge, P.P./Millett, P./Todd, S. (1990). *Nomos: Essays on Athenian Law, Politics and Society*. Cambridge.
- Cohen, E.E. (1973). *Ancient Athenian Maritime Courts*. Princeton.
- Drerup, E. (1898). “Über die bei den attischen Rednern eingelegten Urkunden,” *Jahrbücher für Classische Philologie*, Supplementband 24: 221-366.
- Harvey, D. (1990). “The Sykophant and Sykophancy: Vexatious Redefinition?” in Cartledge/Millett/Todd (1990): 103-21.
- Harris, E.M. (1992). Review-Discussion of D.M. MacDowell, Demosthenes’ *Against Meidias*, *Classical Philology* 87: 71-80.
- Harris, E.M. (1994). “In the Act or Red-Handed? *Furtum Manifestum* and *Apagoge* to the Eleven” in *Symposion 1993: Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte*, ed. G. Thür, 129-46.
- Harris, E.M. (1999). “The Penalties for Frivolous Prosecution in Athenian Law,” *DIKE* 2 123-42.

¹² On this general point see C. Carey (2004).

¹³ See Dem. 33.1 and 56.4 with the discussion of Cohen (1973) 75-83.

¹⁴ Pollux 8.52-3 states that there was a penalty of 1,000 drachmas, but no *atimia*. Some scholars think this penalty was added around 330 B.C.E., but see Rubinstein (2000) 115-22.

¹⁵ I made this point in Harris (1994).

- Harris, E.M. (2005). "Feuding or the Rule of Law? The Nature of Litigation in Classical Athens" *Symposion 2001*, ed. M. Gagarin/R.W. Wallace, 125-41.
- Harris, E.M./Rubinstein, L. (2004). *The Law and the Courts in Ancient Greece*, London.
- MacDowell, D.M. (1990). *Demosthenes: Against Meidias (Oration 21)*. Oxford.
- Rubinstein, L. (2000). *Litigation and Cooperation: Supporting Speakers in the Courts of Classical Athens*, Stuttgart.

EDWARD E. COHEN (PHILADELPHIA)

CONSENSUAL CONTRACTS AT ATHENS

A. The Greek Law of Sale

“The Greek Law of Sale” is not of ancient origin. In 1950, in a massive volume that has come to dominate its subject “more than perhaps any other” study in the entire field of Greek legal history (Todd 1993: 255), the German legal scholar Fritz Pringsheim first enunciated the “Greek Law of Sale.” Scholars have accorded virtually universal acceptance to Pringsheim’s fundamental rule – which “Greek law never abandoned” (Pringsheim 1950: “Thesis”) – that a sale attains juridical significance (that is, gives rise to a legal action for claims relating to the transaction) only through simultaneous payment of the purchase price and delivery of the good being purchased.¹ This rule renders sale, for legal purposes, an instantaneous transaction: immediately prior to the exchange, neither party has any juridical obligation or right relative to the other. Since a legal relationship, and hence a basis for court enforcement of an obligation between the parties, could thus arise only upon actual performance of services (or delivery of goods) against actual payment of the full purchase price, Greeks could not enter directly into legally-enforceable “executory” (i.e. future) obligations, such as deferred delivery of merchandise or delayed transfer of ownership of commodities being purchased. The “Greek Law of Sale” was thus juridically simple: unconsummated agreements were legally irrelevant and hence unenforceable.

B. Consensual Agreements at Athens

Athenian sources enunciate, with repetitive consistency, a single fundamental principle entirely incompatible with the modern academic “Greek Law of Sale”: a mere consensual agreement (*homologia*²) is “legally binding” (*kyria*³) from the

¹ See Pringsheim 1950: 86-90, 179-219. In accord: Gernet 1954-60: I.261; Jones 1956: 227-32; Wolff [1957] 1968, 1961; MacDowell 1978: 138-40; Harris 1988: 360; Millett 1990: 174; von Reden 2001: 74; Maffi 2005: 261.

² For *homologia* as “contract” at Athens, see Vélissaropoulos-Karakostas 1993: 163-65; 2002: 131-36. Refuting Wolff’s attempt (1957 [1968]: 53-61) to define *homologia* as “acknowledgement,” Kussmaul offers numerous examples where *homologeîn* conveys future promissory obligations (1969: 30-37). For Hellenistic and Roman usage of *homologia*, see Soden 1973.

moment of mutual consent, even when the *homologia* is clearly anterior to provision of the service, delivery of the good or payment in full of the anticipated purchase price. Athenian law thus holds “legally binding ... whatever arrangements one party might agree upon with another” (Demosthenes 47.77).⁴ Hypereidês records that “the law states: whatever arrangements one party might agree upon with another are legally binding.”⁵ Demosthenes 42 similarly refers to “the law” that “mutual agreements (*homologiai*) are legally binding.”⁶ Deinarkhos insists that the “law of the polis” imposes legal liability on anyone who violates any agreement (*homologêsas*) made with another citizen.⁷ Isokratês cites the Athenian rule that agreements between individuals (“private agreements”: *homologiai idiai*) be “publicly” enforceable, and insists on the importance of complying with these consensual arrangements (*hômologêmena*).⁸ In fact, as Pringsheim concedes,⁹ some texts even emphasize this mutuality of commitment as essential to the creation of a legally-enforceable obligation. Thus Demosthenes 56.2 confirms the binding effect of “whatever arrangements a party might willingly agree upon with another,”¹⁰ and Demosthenes 48 cites “the law” governing agreements “which a willing party has agreed upon and covenanted with another willing party.”¹¹ Epigraphic evidence also demonstrates the legal significance of executory agreements:¹² the sale of real estate without payment of the full purchase price – impossible under the Pringsheim thesis

³ For the translation of *kyria* as “legally binding,” see below pp. 82ff.

⁴ τὸν (νόμον) ὃς κελεύει κύρια εἶναι ὅσα ἂν ἕτερος ἐτέρῳ ὁμολογήσῃ. Scholars have assumed, in the absence of evidence to the contrary, that a naked promise by one party was not itself actionable: Wolff 1966a: 322; Vélissaropoulos-Karakostas 1993: 165-66.

⁵ *Athên.* § 13: ὁ νόμος λέγει, ὅσα ἂν ἕτερος ἐτέρῳ ὁμολογήσῃ κύρια εἶναι. The speaker does add a condition, otherwise unattested, to this general statement – “but only if they are fair” (τά γε δίκαια). As has been often noted (cf. Whitehead 2000: 267-69; MacDowell 1978: 140; Dorjahn 1935: 279), Epikratês is unable to cite any explicit Athenian legal precept supporting his assertion.

⁶ Dem. 42.12: τὸν (νόμον) κελεύοντα κυρίας εἶναι τὰς πρὸς ἀλλήλους ὁμολογίας.

⁷ 3.4: καὶ ὁ μὲν κοινὸς τῆς πόλεως νόμος, ἐάν τις εἰς ἕνα τινὰ τῶν πολιτῶν ὁμολογήσας τι παραβῆ, τοῦτον ἔνοχον εἶναι κελεύει τῷ ἀδικεῖν. The text (Nouhaud 1990) incorporates Lloyd-Jones’ emendation (εἰς ἕνα τινά) for manuscripts A and N’s ἐναντίον.

⁸ τὰς μὲν ἰδίας ὁμολογίας δημοσίᾳ κυρίας ἀναγκάζει εἶναι (18.24); ἀναγκαῖον εἶναι τοῖς ὁμολογημένοις ἐμμένειν (18.25). On this enforcement of private agreements through public procedures, see Carawan (forthcoming).

⁹ “... ἐκὼν merely emphasizes that contracts depend on consent, whereas delicts do not” (1950: 36).

¹⁰ τοῖς νόμοις τοῖς ὑμετέροις (sc. Ἀθηναίοις) οἱ κελεύουσι, ὅσα ἂν τις ἐκὼν ἕτερος ἐτέρῳ ὁμολογήσῃ κύρια εἶναι. For the effect of fraud or improper influence on requisite volition, see Wolff [1957] 1968: 484, n. 3; Maschke 1926: 162; Simōnetos 1939: 193ff.; Jones 1956: 222. Cf. Plato, *Kritôn* 52e, *Nomoi* 220d.

¹¹ §§ 11, 54: τὸν νόμον ... καθ’ ὃν τὰς συνθήκας ἐγράψαμεν πρὸς ἡμᾶς αὐτούς ... ἃ μὲν ὁμολογήσεν καὶ συνέθετο ἐκὼν πρὸς ἐκόντα.

¹² Cf. Finley [1951] 1985: Nos. 3, 112, 113, 114, 115.

– is confirmed by a *horos* (“mortgage”) inscription published some decades after the appearance of *The Greek Law of Sale*.¹³ In contrast to the paucity of evidence supporting many generally-accepted modern “reconstructions” of Athenian law,¹⁴ consensual contracts at Athens are thus attested by a multitude of examples occurring not in a single context, but over a broad range of situations – taxation, personal services, testamentary transmission of wealth, the obtaining of judgments, the transfer and mortgaging of real estate, business transactions, maritime finance. Even popular discourse recognized the primacy of consensual agreements among willing parties: in a discussion of the demands of erotic love, the acclaimed playwright Agathōn alludes to the city laws sanctifying “that which a willing person should agree upon with another willing person.”¹⁵ Aristotle in the *Rhetoric* similarly confirms that “the laws” deem “legally binding” (*kyria*) whatever the parties agree upon (provided that these private arrangements are consistent with prevailing law).¹⁶

C. Modern Efforts to Refute the Ancient Evidence

Because of the profusion and variety of evidence supporting the existence of consensual contracts at Athens, virtually all scholars before Pringsheim had recognized the legal efficacy of such agreements.¹⁷ But the existence of legally-significant consensual agreements contradicts Pringsheim’s principal thesis that only actual payment of the purchase price or physical delivery of goods entitled a buyer or a seller to pursue judicial remedies. Accordingly, Pringsheim insisted that “the possibility of an informal and binding Greek contract of sale has to be eliminated from the very outset” (1950: 14): “Greek law did not know consensual contracts” (1950: 47). Yet in some 70 pages of dense argumentation on this theme, Pringsheim does not attempt to “eliminate” consensual contracts by offering persuasive counter-

¹³ SEG 34 (1984): 167= Millett 1982: No. 12A: ὄρος χωρίου καὶ οἰκίας καὶ κήπων πεπραμένων ἐπὶ λύσει Φιλίῳι Ἀλαιεῖ τιμῆς ἐνοφειλομένης τοῦ ἡμίσεος χωρίου ζξξξ. See Millett’s discussion of this document in Finley [1951] 1985: xvii.

¹⁴ Scholars often consider the text of a law or the existence of a legal principle to be incontrovertibly well-established if it is confirmed by two or three testimonia. The accuracy of a portion of the Law against Hybris, for example, is “assured” because it is quoted in two independent texts (Fisher 1992: 36, n. 1).

¹⁵ Plato, *Symp.* 196c 2-3: ἃ δ’ ἂν ἐκόντι ὁμολογήσῃ, φασὶν “οἱ πόλεως βασιλῆς νόμοι” δίκαια εἶναι.

¹⁶ *Rhet.* 1375b9-10, 1376b8-9: ὁ μὲν κελεύει κύρια εἶναι ἅπτ’ ἂν συνθῶνται, ὁ δ’ ἀπαγορεύει μὴ συντίθεσθαι παρὰ τὸν νόμον ... αἱ μὲν συνθήκαι οὐ ποιοῦσι τὸν νόμον κύριον, οἱ δὲ νόμοι τὰς κατὰ νόμους συνθήκας. Cf. Dem. 24.117, 46.24.

¹⁷ See Beauchet [1897] 1969: 4.12ff.; Lipsius [1905-15] 1966: 684ff.; Vinogradoff 1922: 230; Ferrari 1910: 1198, 1911: 538; Mitteis and Wilcken [1912] 1963: 73, n. 1; Simōnetos 1943: 293. *Contra*: Gneist 1845: 413-82. Maschke (1926: 165) recognized a limited number of specific consensual contracts. After the acceptance of Pringsheim’s thesis by Wolff ([1957] 1968: 26ff., 1961: 129ff.), only Biscardi continued to assert the legal significance of such agreements (1991: 232ff.).

evidence. Instead he offers an *explanation* that he believes “sufficient to refute our texts” (1950: 40): not all consensual agreements were enforceable in the courts, but only those made in the presence of witnesses. Wolff, in an influential 1957 article, similarly argues in effect that not all consensual agreements were enforceable in the courts, but only – those accompanied by oaths!¹⁸ Yet, like Pringsheim, Wolff too had an ulterior motivation for denying legal significance to consensual agreements: their very existence contradicted Wolff’s cardinal thesis that contractual legal obligation arose only as the result of a “real act,” a “disposition for a determined purpose” (*Zweckverfügung*) that thereby imposed some obligation on the recipient.¹⁹ Wolff’s thesis is entirely incompatible with the existence (or even the possibility) of legally-significant consensual contracts. Accordingly, as Wolff’s formulation has become generally accepted,²⁰ it has further reinforced (and itself taken confirmation from) Pringsheim’s denial of the legal significance of consensual contracts.²¹ Under the Pringsheim/Wolff theory, Athenian assertions that mutual covenants are *kyria* (“legally binding”) can mean no more than that reciprocal promises are determinative of the parties’ legal rights if, and only if, a “hand-to-hand” physical exchange has previously created a legal relationship between the parties. In the absence of such a “real” element, the parties’ mutual covenants have no legal significance and cannot be enforced through the legal system.²² In effect, the frequent statement in the ancient sources that a consensual agreement (*homologia*) is “legally binding” (*kyria*) has been transformed into an expression conveying precisely the opposite meaning, viz. that a consensual agreement (*homologia*) is “of no legal effect” (*kyria*), in the absence of a “real element” – an interpretation that defies philological or semantic sense, and mutilates the plain meaning of the Greek.²³ To be sure, in classical Greek the word *kyria* does carry a multitude of significations and implications: the Liddell-Scott-Jones Greek Lexicon offers more than a dozen basic meanings – and a multitude of nuanced differentiations within the basic divisions. But in all contexts *kyria* conveys – in the Lexicon’s words – such meanings as “having power,” “having authority,” being “decisive” or “valid,” being “authorized” or “ratified,” or, as a substantive, being “lord,” “master,” or “owner.” God, for prime example, is *kyrios* – “all-powerful,” “omnipotent.” When described

¹⁸ See below Section C3.

¹⁹ 1957 [1968]: 63. Cf. Wolff 1961.

²⁰ For its prevailing sway, see Trôianos and Vélissaropoulos-Karakostas 1997: 89-92; Vélissaropoulos-Karakostas 2002: 130-31; Jakab (this volume).

²¹ Wolff explicitly acknowledges the interdependence between his thesis and that of Pringsheim (“dem wir die Aufhellung der Wege verdanken” [1957] 1968: 487).

²² Vélissaropoulos-Karakostas 2002: 131: “Here, in brief, is the concept of Greek contract formulated by H.J. Wolff ... Everyone ... had to resort to the same contractual paradigm, the contract ‘from hand to hand,’ if they wanted to benefit from the protection of the civic courts.”

²³ Cf. Gernet [1955] 1964: 219: “valable et efficace (κύρια).”

as *kyrios*, a law (*nomos*) or decree (*psêphisma*) is “in force” or has “legal effect.”²⁴ A court that is *kyrios* is one having legal authority.²⁵ In the context of covenants, “legally binding” is thus clearly the closest modern equivalent for *kyria*.²⁶ Carawan (forthcoming) correctly describes a “*kyria* clause” as a “contractual agreement (that) cancels prior claims and considerations. Parties to (such) an agreement have this capability to demand that one or both do thus-and-such in future, beyond any *quid pro quo* in hand,” even when there is no other formalistic element (such as an oath) to create a legal obligation. Legal historians have differed in interpreting fourth-century “*kyria* clauses” as either absolutely determinative of the matter in question or as highly persuasive.²⁷ But, to my knowledge, no one has ever directly suggested that *kyria* should be understood in any context as “ineffective” or “non-binding.” Let us therefore consider the justifications offered by Pringsheim and Wolff for their singular interpretation.

1. Legal Evolution.

In a formulation akin to Maine’s conceptualization of inexorable legal movement “from status to contract,”²⁸ Pringsheim saw Greek law as embodying an early stage of juridical immaturity in which only physical payment of the purchase price or physical delivery of the good could effectuate a legal relationship. For him, “the early history of legal transactions is always dominated by formalism; independence of form is a later gradual growth” (1950: 15). Hence, his evolutionary imperative: “Greek law like other laws developed from mere formalism to more convenient forms; but it never recognized informal agreements, it did not know consensual contracts” (1950: 47). (Wolff offers a similar evolutionary conceptualization in a discussion of contract law “in the light of comparative legal history” [1961]).

Although an evolutionary conception of law and society never again attained the dominance reached in the nineteenth century,²⁹ evolutionary theories of legal development, and especially of the evolution of contract, were still somewhat acceptable at the time that Pringsheim was writing, now more than a half-century

²⁴ See Dem. 24.117 (τοὺς ἄλλους νόμους ἀκύρους οἶεται δεῖν εἶναι, αὐτὸν δὲ καὶ τὸν αὐτοῦ νόμον κύριον); Dem. 50.1 (περὶ τῶν νόμων, πότερα κύριοι εἰσιν ἢ οὐ). Cf. Dem. 23.32 (τὸν νόμον κύριον).

²⁵ See Dem. 13.16; 26.9; 57.56. *Akyros* (lacking legal authority): Dem. 24.2, 79, 102, 148, 154.

²⁶ Gernet [1955] 1964: 218: “ὅσ’ ἂν τις ἕτερος ἐτέρῳ ὁμολογήσῃ εἶναι, on peut traduire ‘toutes conventions font loi entre les parties.’” Cf. Gernet [1955] 1964: 219.

²⁷ Determinative: Partsch 1909: 149, 1913: 447. Persuasive: Segrè 1925: 127ff.; Hässler 1960: 17ff., 42, 60, 71, 92; Rupprecht 1967: 61, 1971: 19, 72. In the Hellenistic period, such provisions appear to have become formulaic, lacking persuasive force (Schwarz 1920: 1104ff.; Wolff 1978: II.161). Cf. Vélissaropoulos-Karakostas 2001.

²⁸ 1861: 169. On the inapplicability of Maine’s evolutionary theory to Athenian life and law, see Todd 1994 and E. Cohen 1994.

²⁹ See Burrow 1966: 17-41; Stein 1980: 86-98; Kuper 1988: 17-41; Cocks 1988: 52-78.

ago.³⁰ In the twenty-first century, however, few scholars envision legal history as a process of progression from a lower, simpler, or worse state to a higher, more complex or better arrangement. For the overwhelming majority of contemporary scholars, conclusions based upon an historical assumption of legal evolution are dismissed as “naïve” (Todd 1993: 253), and even among those who do recognize the possibility of patterns in legal history, a growing consensus seems to hold that “the path of development of legal institutions does not always follow a straight line. Often it is actually circular.”³¹ In contrast, there seems to be increasing acceptance, from anthropological and historical perspectives, of the “Liberal Theory of Contract,” which suggests that from time immemorial, promises have been enforced by legal bodies because of a fundamental human moral belief that individuals should be bound by obligations that they impose on themselves by an exercise of free will, and that the consensual contract accordingly lies at the beginning, not toward the end of legal history.³² Athenian recognition of oral consensual agreements, far from defying the pattern of legal “development,” may instead be seen as conforming to a universal imperative.

2. Witnessing

Despite Pringsheim’s insistence, on evolutionary grounds, that consensual contracts could not have existed in classical Athens, he still had to acknowledge the ancient evidence supporting their existence and legal efficacy (1950: 34-43). He therefore proposed a general rule giving legal force not to all *homologiai* but “only to witnessed *homologiai*” (1950: 22-25, 43). There is, however, no sign of a general requirement in Athenian law attributing legal significance only to mutual promises made before witnesses. Pringsheim was able to find only a single equivocal passage, Demosthenes 42.12, that appends to the usual formulation of the law (“mutual agreements [*homologiai*] are legally binding”) the phrase “which they undertake in the presence of witnesses.”³³ But even this citation is ambiguous. Because the Athenian orators often interpose among verbatim legal citations their own extraneous comments,³⁴ two interpretations are possible: (1) the speaker here is dealing with the facts peculiar to this specific case, describing agreements which were in fact witnessed, but not purporting to establish a legal rule at variance with the multitude of formulations (quoted above) which do not allude to witnessing, or (2) the orator is actually quoting verbatim a legal text that adds a requirement not otherwise known. Various considerations, including other passages in Demosthenes

³⁰ For the alleged evolution of contracts under the Common Law, see especially Simpson 1975 and Baker 1981.

³¹ Vélissaropoulos-Karakostas 1993: 269.

³² See Kimel 2003: 7-32; Scanlon 2001; Fried 1981.

³³ ἀλλ’ ἀνθ’ ἐνός δύο νόμους ἴκει πρὸς ὑμᾶς παραβεβηκώς ... ἕτερον δὲ τὸν κελεύοντα κυρίας εἶναι τὰς πρὸς ἀλλήλους ὁμολογίας, ὡς ἂν ἐναντίον ποιήσωνται μαρτύρων.

³⁴ Cf. Dover 1978 [1989]: 23-31; Harris 1992: 77.

42, favor the first explanation. In the paragraph immediately following 42.12, for example, the speaker, inveighing against his opponent's violation of agreements, makes no mention of witnesses in noting the "hatred" that Athenians would feel toward anyone suggesting that a consensual contract (*homologia pros allêlois*) was not legally enforceable.³⁵ Later he rebukes his adversary for behaving as though the law bade a party to "do none of the obligations which he had agreed to,"³⁶ again without adding "in front of witnesses," or some such qualifier.

In any event, a rule restricting the enforceability of consensual agreements to those that were witnessed would still not have established that "Greek law did not know consensual contracts" (1950: 47). To the contrary, such an evidentiary rule would merely confirm the juridical significance of consensual contracts that did comply with the evidentiary standard³⁷ – just as the Anglo-American Statute of Frauds, by denying legal enforceability to oral agreements for the sale of real-estate, confirms the actionability of executory real-estate contracts that do comply.³⁸ (Similarly the "new obligations" ["les nouveaux devoirs"] imposed in recent years on parties to contracts in France implicitly confirm the enforceability of those terms actually agreed upon).³⁹

Moreover, a procedural requirement mandating the witnessing of consensual agreements would have been of no practical significance at Athens where the involvement of witnesses was an inherent aspect of virtually all commercial activity. Because the simple written receipt was unknown in classical Greece,⁴⁰ and because documents were generally destroyed concurrently with a party's compliance with the obligations imposed by written arrangements,⁴¹ witnesses uniformly were gathered to note such mundane phenomena as delivery of goods⁴² and the repayment of loans.⁴³

3. Oaths

"What may be called the contractual obligation under Greek law always needed some real basis ... some material sacrifice. Lacking such a sacrifice, there was no room for any liability." (Wolff 1966 a: 131)

Like Pringsheim, Wolff created an elaborate legal theory that insisted on the need for a "real" element – for Wolff a disposition or other "material sacrifice" – in

³⁵ § 13: ὦν εἴ τις ἄκυρον ἠγήσαιτο δεῖν εἶναι τὴν πρὸς ἀλλήλους ὁμολογίαν, μισήσαιτ' ἂν αὐτὸν ὡς ὑπερβάλλοντα συκοφαντία.

³⁶ § 14: ὡσπερ τοῦ νόμου προστάττοντος μηδὲν ποιεῖν ὦν ἂν ὁμολογήσῃ τις ...

³⁷ As Biscardi observed: 1991: 237-38.

³⁸ See Posner 2000: 161-66; Attiya 1986: 151-58; Kennedy 1973.

³⁹ Jourdain 1997: 73ff.

⁴⁰ Hasebroek 1923: 393ff.; Pringsheim 1955: 287-97.

⁴¹ See Dem. 33.12, 34.31, 56.14-15. Cf. E. Cohen 1992: 125; Jones 1956: 220.

⁴² Cf. Dem. 27.21; Hyper. *Athên*.

⁴³ See, for example, Dem. 27.58 (3,000 *dr.* payment before numerous observers in the Agora), 33.12 (many witnesses to repayment of 3,000 *dr.* loan). Cf. Dem. 34.30; 48.46.

order to create a juridically enforceable contractual obligation. Wolff insists that the Greeks did not conceive of a contract as an “agreement”;⁴⁴ rather it was “in its origins a promise made on oath.”⁴⁵ But since Greek law did not recognize mere mutual promises as a basis for liability – “the contractual obligation under Greek law always needed some real basis” – a consensual agreement, even fortified by oath, could not itself create a binding obligation.⁴⁶ As a result, according to Wolff, the courts were constrained to extend the action of “damage” (*blabê*) “to cover any kind of deterioration of the plaintiff’s material interests caused by any wrongful act or conduct of the defendant,” thus providing the Athenians with their only “system of contractual liabilities.”⁴⁷

Wolff’s thesis – which fills the theoretical lacuna created by the denial of the existence of consensual contracts at Athens – has long commanded general acceptance.⁴⁸ Nonetheless, in recent years, it has drawn criticism as “speculative” (Todd 1993: 267) and as “solving one puzzle by introducing another,” viz. “what it is that creates a duty” to rectify “material sacrifices” (Carawan [forthcoming] 7). On this point, Wolff argued that the religious element inherent in oaths imposed a duty on the recipient of a “disposition for a determined purpose” (*Zweckverfügung*) and that a “real” act (*praxis*) violative of that duty triggered legal liability ([1957] 1968: 530ff.). To show that his views were not mere theory lacking an ancient evidentiary basis, Wolff offered Demosthenes 48 as “eine Illustration” of his thesis. In Demosthenes 48, a case involving a purported agreement to share a contested estate and to coordinate strategy and action against other claimants, the speaker makes explicit reference to “the law” pursuant to which the parties entered into their agreement (“wrote up their contract” [*synthêkai*]).⁴⁹ The speaker has the text of the law (making such consensual agreements binding) read to the jurors (§ 11), and insists that his opponent must be “insane” to disregard this law requiring that a party “do whatever he has willingly agreed upon and covenanted with another.”⁵⁰ Wolff correctly points out that the parties added oaths, promising to abide by these agreements,⁵¹ but for this provision they called upon the gods as witnesses. (They

⁴⁴ Wolff [1957] 1968: 522-23; 1966: 129-30.

⁴⁵ Todd 1993: 267.

⁴⁶ Wolff [1957] 1968: 529.

⁴⁷ Wolff 1966a: 130-31. Cf. Wolff 1943 and Wolff 1966 b.

⁴⁸ Todd 1993: 267; Kussmaul 1969: 9; Hamza 1989: 14-16.

⁴⁹ § 10: τὸν νόμον ... καθ’ ὃν τὰς συνθήκας ἐγράψαμεν πρὸς ἡμᾶς αὐτούς. Cf. § 9: συνθήκας ἐγράψαμεν πρὸς ἡμᾶς αὐτούς περὶ πάντων ... καὶ μηδ’ ὅτι οὖν πλεονεκτήσῃ τὸν ἕτερον ὃν κατέλιπεν Κόμων, καὶ τὰλλα πάντα κοινῇ ζητήσῃ, καὶ πράξῃ μετ’ ἀλλήλων βουλευόμενοι ὅτι ἂν αἰεὶ δέη.

⁵⁰ § 54: πῶς γὰρ οὐ μαίνεται ὅστις οἶεται δεῖν, ἃ μὲν ὠμολόγησεν καὶ συνέθετο ἐκὼν πρὸς ἐκόντα καὶ ὤμοσεν τούτων μὲν μηδ’ ὅτι οὖν ποιεῖν;

⁵¹ § 9: ὄρκους ἰσχυροὺς ὠμόσαμεν ἀλλήλοις, ἧ μὴν τὰ τε ὑπάρχοντα φανερὰ ὄντα καλῶς καὶ δικαίως διαιρήσεσθαι. § 10: ἐγράψαμεν τὰς συνθήκας καὶ ὄρκους ὠμόσαμεν,

also made use of human witnesses, entrusted the agreement to a third party and recorded their undertakings in writing.⁵²) But the text provides no linkage at all between these additional elements (oaths, witnesses, writing) and the legal efficacy of the parties' arrangements. "The law pursuant to which the parties entered into their agreement"⁵³ is the same provision we have encountered in so many other Athenian citations, the statute holding that a consensual agreement (*homologia*) is "legally binding" (*kyria*). Demosthenes 48 thus provides yet another example of the legal significance of reciprocal promises at Athens. Once again, Athenian law providing that "a *homologia* is *kyria*" offers a far simpler and far more credible explanation of the Athenian approach to "contracts" than that provided by the *recherché* modern concept of *Zweckverfügung*.

BIBLIOGRAPHY

- Attiya, P. 1986. *Essays on Contract*. Oxford.
- Beauchet, L. [1897] 1969. *Histoire du droit privé de la république athénienne*. 4 Vols. Amsterdam.
- Biscardi, A. 1991. Αρχαίο ελληνικό δίκαιο. Translated by P. Dimakis. Athens. (Originally published as *Diritto greco antico*. [Milan 1982]).
- Burrow, J. 1966. *Evolution and Society: A Study in Victorian Social Theory*. Cambridge.
- Carawan, E. (forthcoming). "The Athenian Law of Agreement."
- Cocks, R. 1988. *Sir Henry Maine: A Study in Victorian Jurisprudence*. Cambridge.
- Cohen, E. 1992. *Athenian Economy and Society: A Banking Perspective*. Princeton.
- 1994. "Status and Contract at Athens." In *Symposion 1993*, edited by G. Thür, pp. 141-52. Köln.
- Dorjahn, A. 1935. "Anticipation of Arguments in Athenian Courts." *Transactions of the American Philological Association* 55: 274-95.
- Dover, K. 1978 [1989]. *Greek Homosexuality*. London.
- Ferrari, G. 1910. *Atti R. Ist. di Sc. Lett. ed Arti* 69: 1098ff.
- 1911. *Byzantinische Zeitschrift* 20: 538ff.
- Finley, M. 1951 [1985]. *Studies in Land and Credit in Ancient Athens*. With new introduction by P. Millett. New Brunswick, N.J.
- Fisher, N. 1992. *Hybris*. Westminster.

ὅπως ἂν ... μηδετέρῳ ἐξουσία ἡμῶν γένηται μηδ' ὅτιοῦν ἰδίᾳ πράξαι ... Cf. § 54 (preceding note).

⁵² § 11: μάρτυρας ἐποίησάμεθα περὶ τούτων πρώτων μὲν τοὺς θεοὺς οὓς ὠμόσαμεν ἀλλήλοις, καὶ τοὺς οἰκείους τοὺς ἡμετέρους αὐτῶν, ἔπειτ' Ἀνδροκλείδην Ἀχαρνέα, παρ' ᾧ κατεθέμεθα τὰς συνθήκας.

⁵³ τὸν τε νόμον καθ' ὃν τὰς συνθήκας ἐγράψαμεν πρὸς ἡμᾶς αὐτοῦς (§ 11).

- Fried, C. 1981. *Contract as Promise: A Theory of Contractual Obligation*. Cambridge, Mass.
- Gernet, L. [1951] 1964. "Le droit de la vente et la notion du contrat en Grèce d'après M. Pringsheim." *Revue historique de droit français et étranger* 29: 560-84 (Reprinted in [1955] 1964.)
- ed. 1954-60. *Démosthène, Plaidoyers Civils* (Collection des Universités de France). 4 Vols. Paris.
- [1955] 1964. *Droit et société dans la Grèce ancienne*. Paris.
- Gneist, R. 1845. *Die formellen Verträge des neueren römischen Obligationenrechts in Vergleichung mit den Geschäftsformen des griechischen Rechts*. Berlin.
- Hasebroek, J. 1923. "Die Betriebsformen des griechischen Handels im IV. Jahrhundert." *Hermes* 58: 393-425.
- Jakab, É. (forthcoming). Antwort zu E. Cohen. Symposium 2003, Köln/Wien.
- Jones, J. 1956. *The Law and Legal Theory of the Greeks*. Oxford.
- Jourdain, 1997. "Réflexion sur la notion de responsabilité contractuelle." In *Les métamorphoses de la responsabilité*, pp. 73ff. Paris.
- Kennedy, D. 1973. "Legal Formality." *Journal of Legal Studies* 2: 351ff.
- Kimel, D. 2003. *From Promise to Contract: Towards a Liberal Theory of Contract*. Oxford.
- Kuper, A. 1988. *The Invention of Primitive Society: Transformations of an Illusion*. London.
- Kussmaul, P. 1969. *Synthekai. Beiträge zur Geschichte des attischen Obligationenrechtes*. Diss. Basel.
- Lipsius, J. [1905-15] 1966. *Das attische Recht und Rechtsverfahren*. 3 Vols. Hildesheim.
- MacDowell, D. 1978. *The Law in Classical Athens*. London.
- Maffi, A. 2005. "Family and Property Law." In *The Cambridge Companion to Greek Law*, pp. 254-266. Cambridge.
- Maine, H. 1861. *Ancient Law*. London.
- Maschke, R. 1926. *Die Willenslehre im griechischen Recht*. Berlin.
- Millett P. 1982. "The Attic *Horoi* Reconsidered in the Light of Recent Discoveries." *Opus* 1: 219-49.
- 1990. "Sale, Credit and Exchange in Athenian Law and Society." In *Nomos: Essays in Athenian Law, Politics and Society*, edited by P. Cartledge, P. Millett and S. Todd, pp. 167-94. Cambridge.
- Mitteis, L./U. Wilcken. [1912] 1963. *Grundzüge und Chrestomathie der Papyruskunde*. Vol II. Juristischer Teil. Leipzig.
- Nouhaud, M. 1990. *Dinarque: Discours*. Paris.
- Partsch, J. 1909. *Griechisches Bürgerschaftsrecht*. Leipzig.
- Posner, E. 2000. *Law and Social Norms*. Chicago.
- Pringsheim, F. 1950. *The Greek Law of Sale*. Weimar.

- 1955. “The Transition from Witnessed to Written Transactions in Athens.” In *Aequitas und Bona Fides: Festgabe für A. Simonius*, pp. 287-97. Basel.
- Reden, S. von. 2001. “The Politics of Monetization in Third Century B.C. Egypt.” *Money and its Uses in the Ancient Greek World*, edited by A. Meadows and K. Shipton, pp. 65-76. Oxford.
- Rupprecht, H.-A. 1967. *Untersuchungen zum Darlehen im Recht der graeco-ägyptischen Papyri der Ptolemäerzeit*. Munich. (Münch. Beiträge 51).
- 1971. *Studien zur Quittung im Recht der graeco-ägyptischen Papyri*. Munich. (Münch. Beiträge 57).
- Scanlon, T. 2001. “Promises and Contracts.” In *The Theory of Contract Law: New Essays*, edited by P. Benson, pp. 86-117.
- Schwarz, A. 1920. *Die öffentliche und private Urkunde im römischen Ägypten*. (Abh. der Philol.-Histor. Klasse der Sächs. Ak. der Wiss. 31.3). Leipzig.
- Simōnetos, G. 1939. “Das Verhältnis von Kauf und Übereignung im altgriechischen Recht.” In *Festschrift für Paul Koschaker*, edited by M. Kaser, H. Kreller and W. Kunkel, 3: 172-98. Weimar.
- 1943. “Τὰ ἐλαττώματα τῆς βουλήσεως εἰς τὰ δικαιοπραξίας.” *Ἀρχεῖον ἰδιωτικῶν δικαίων* 14: 290-313.
- Soden, H. von. 1973. *Untersuchungen zur Homologie in den griechischen Papyri bis Diokletian*.
- Stein, P. 1980. *Legal Evolution: The Story of an Idea*. Cambridge.
- Todd, S. 1993. *The Shape of Athenian Law*. Oxford.
- 1994. “Status and Contract in Fourth-Century Athens.” In *Symposion 1993*, edited by G. Thür, pp. 125-40. Köln.
- Trôianos, S./J. Vélissaropoulos-Karakostas. 1997. *Ιστορία Δικαίου, από την αρχαία στη νεώτερη Ελλάδα*. 2nd edition. Athens.
- Vélissaropoulos-Karakostas, J. 1993. *Λόγοι Εὐθύνης*. Athens.
- 2001. “Remarques sur la clause κυρία ἢ συγγραφή.” In *Symposion 1997*, edited by E. Cantarella and G. Thür, pp. 103-15. Cologne.
- 2002. “Merchants, Prostitutes and the ‘New Poor’.” In *Money, Labour and Land: Approaches to the Economies of Ancient Greece*, edited by P. Cartledge, E. Cohen and L. Foxhall, pp. 130-39. London.
- Vinogradoff, P. 1922. *Outlines of Historical Jurisprudence*. II. *The Jurisprudence of the Greek City*. Oxford.
- Whitehead, D. 2000. *Hypereides: The Forensic Speeches*. Oxford.
- Wolff, H. 1943. “The δίκη βλάβης in Demosthenes, or. 54.” *American Journal of Philology* 64: 316-324. (German translation in *Beiträge zur Rechtsgeschichte Altgriechenlands und des hellenistisch-römischen Ägyptens*, pp. 91-101. Weimar 1961).

- [1957] 1968. “Die Grundlagen des griechischen Vertragsrechtes.” *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Romanistische Abteilung* 74: 26-72. (Reprinted in *Zur griechischen Rechtsgeschichte*, edited by E. Berneker, pp. 483-533. Darmstadt 1968.)
- 1961. “Zur Rechtsnatur der Misthosis.” In *Beiträge zur Rechtsgeschichte Altgriechenlands und des hellenistisch-römischen Ägyptens*, pp. 129-54. Weimar. (Published in English in the *Journal of Juristic Papyrology* 1946: 55-79.)
- 1966a. “Debt and Assumpsit in the Light of Comparative Legal History.” *The Irish Jurist* 3: 316-27 (reprinted in *Opuscula Dispersa*, edited by J. Wolf and F. Wieacker, pp. 123-34. Amsterdam 1974).
- 1966b. “La structure de l’obligation contractuelle en droit grec.” *Revue historique de droit français et étranger* 44: 569ff.
- 1978. *Das Recht der griechischen Papyri Aegyptens in der Zeit der Ptolemaer und des Prinzipats*. Vol. 2: *Organisation und Kontrolle des privaten Rechtsverkehrs*. Handbuch der Altertumswissenschaft Abt 10, T. 5, Vol. 2. Munich.

ÉVA JAKAB (SZEGED)

ANTWORT AUF EDWARD COHEN

Edward Cohen gliedert seine Untersuchung der umstrittenen Problematik der Konsensualverträge im attischen Recht in drei Abschnitte: Zunächst behandelt er die einschlägigen Quellen und kommt zum Schluß, daß diese gegen Pringsheim sprechen. Anschließend erläutert er Pringsheims These in ihrem historisch-geistesgeschichtlichen Kontext und verweist auf gewisse Schwächen in der Argumentation. Schließlich überlegt er die Gründe, warum Pringsheims Auffassung so lange maßgeblich geblieben ist.

I. Zu den begrifflichen Grundlagen.

Im folgenden möchte ich den Pflichten des Koreferenten nachkommen und mich vor allem mit den wichtigsten Aussagen des ersten Abschnittes auseinandersetzen. Es scheint notwendig, zunächst die begrifflichen Prämissen zu klären.

Pringsheims Bewertung der antiken Quellen baut auf der Terminologie der europäischen Privatrechtsdogmatik seiner Zeit auf, die stark im antiken römischen Recht wurzelt: In das Substantiv *contractus* wird bereits ab dem 1. vorchristlichen Jahrhundert das Element der vertraglichen Einigung hineingelegt; so kommt man zum technischen Begriff des Schuldvertrags, aus dem mit einer *actio* des *ius civile* geklagt werden kann. Es ist zwischen Willenserklärung, Konsens (als übereinstimmender Willenserklärung zweier oder mehrerer Personen), und dem Konsensualvertrag zu unterscheiden. Der letzte läßt sich aus Gaius' Gliederung der Verträge ableiten¹.

Die vertragliche Einigung wird nicht nur als äußeres Zusammenwirken, sondern als die auf den Vertragszweck gerichtete Willenseinigung aufgefaßt² (Ulp. D. 2, 14, 1, 3): „Der Begriff *conventio*, Übereinkommen, Einigung, Vertrag ist ... derart allgemein, daß Pedius treffend sagt, es gebe keinen Vertrag, kein Schuldverhältnis, das nicht ein Übereinkommen in sich trage ..., denn auch die Stipulation, die durch Worte zustandekommt, ist, wenn sie keinen Konsens enthält, nichtig.“

Die Kontraktobligationen teilt Gaius (im 2. Jh. n.Chr.) – wie bekannt – in solche, die durch Sachhingabe (*re*), durch Worte (*verbis*), durch Schrift (*litteris*) und

¹ Dazu s. H.L.W. Nelson/U. Manthe, *Studia Gaiana VIII. Gai Institutiones III* 88-181, Die Kontraktobligationen, Berlin 1999, 68ff.; vgl. auch F. De Zulueta, *The Institutes of Gaius II*, Oxford 1953, 140ff.

² Vgl. dazu auch Th. Mayer-Maly, *Der Konsens als Grundlage des Vertrages*, in: *Fschr. Seidl*, hg. von H. Hübner/E. Klingmüller/A. Wacke, Köln 1975, 118-129.

durch Konsens (*consensu*) begründet werden. Nur bei den letzten, bei den Konsensualverträgen, genügt der formfrei erklärte *consensus*, die Willenseinigung, um ohne Sachleistung und ohne Formalakt eine klagbare Verpflichtung zu erzeugen (Gai. 3, 135)³. Pringsheim denkt in diesen Kategorien, wenn er betont, daß der Kauf in Athen kein Konsensualkontrakt gewesen sei: Aus der formfreien, bloßen Willenseinigung seien keine Klagen auf die Erfüllung der primären Leistungspflichten, auf die Übergabe der Sache oder die Zahlung des Kaufpreises, entstanden⁴. E. Cohen behauptet hingegen das Gegenteil und will die Existenz des Konsensualkaufs in den attischen Quellen des 4. Jhs. v. Chr. nachweisen.

II. Die Belege.

Werfen wir einen Blick auf die von E. Cohen vorgelegten Quellen. Die Belege lassen sich in zwei markante Gruppen einteilen: Einerseits Zitate aus den Gerichtsreden über die Homologie; andererseits Hypereides' Rede gegen Athenogenes.

a) *Zunächst zur Homologie.* Das Verbum *homologein* bedeutet wörtlich „gleichsprechen, gemeinsam sprechen, dasselbe sprechen“⁵. Das technische Wort erwähnt Demosthenes fünf Mal; es kommt bei Isokrates zwei Mal, bei Deinarchos und bei Platon jeweils einmal vor⁶. E. Cohen stellt darauf ab, daß in diesen Fällen die bloße konsensuale Vereinbarung der Parteien (*homologia*) juristisch bindend (*kyria*) gewesen sei.

Die Redner verweisen in der Tat ausdrücklich auf einen *nomos*, „der anordnet, daß gegenseitige Homologien (Das-Gleiche-Sprechen) maßgeblich seien, die vor Zeugen geleistet werden“⁷. Handelt es sich dabei aber wirklich um eine materielle Norm?

Demosthenes erwähnt das Gesetz im Zusammenhang mit den Handlungen der Parteien, die dem Prozeßbeginn vorangehen. So läßt etwa Phainippos (der künftige Beklagte) seinem Gegner ausrichten, daß er mit ihm an einem bestimmten Tag Verhandlungen über einen Vergleich führen möchte; er erscheint aber nicht zu dem

³ S. dazu M. Kaser/R. Knütel, *Römisches Recht*, 17. Aufl. München 2003, 239; M. Kaser, *RPR I*², München 1971, 474ff.

⁴ Anders formuliert jedoch E. Cohen zu Beginn seines Vortrags: „that a sale attains juridical significance (that is, gives rise to a legal action for claims relating to the transaction) only through simultaneous payment of the purchase price and delivery of the good being purchased.“ Dagegen betont bereits A. Kränzlein, *Bemerkungen zu den hellenistischen Vertragsurkunden auf Papyrus*, Fschr. Wilburg, Graz 1975, 190 Anm. 14, daß „ein Haftungsgeschäft ‚Kauf‘ ... es bei den Griechen nie gegeben“ habe. „Der Kauf war ein Austauschgeschäft, aus einer Kaufabrede entsprangen keine Klagen. Erst in der Zukunft erbringende Leistungen wurden als Kreditgeschäfte konstruiert.“

⁵ Vgl. Kränzlein, *Bemerkungen* (o. Anm. 4) 197; näheres s. u. Anm. 10.

⁶ Dem. 47.77; 42.12; Dem. 56.2, 48.11, 48.54; Dein. 3.4; Isokr. 18.24 und 25; Plat. Symp. 196c; Cohen bezieht sich weiterhin auf SEG 34, 167 (Millett Nr. 12A).

⁷ Dem. 42.12.

genannten Termin. Die Homologie betraf allein die gegenseitig ausgehandelte Frist und diesen prozessualen Zusammenhang.

Lange war es herrschende Lehre, daß das prozessuale Anerkenntnis den Ursprung der attischen Homologie bedeute⁸; dem vor Gericht abgegebenen sei durch Gesetz das außergerichtliche, rein vertragliche Anerkenntnis gleichgestellt worden⁹.

Bereits H.J. Wolff mahnt aber zur Vorsicht und schränkt die technische Bedeutung des Wortes erheblich ein: „Bei streng juristisch-technischer Verwendung, bei der der wahre Sinn des Wortes herauskommt, liegt dieser mehr auf der Linie des Anerkennens, Nicht-Bestreitens, Einvernehmlich-Feststellens. Objekt des *homologeîn* ist eine Tatsache; insbesondere drückt *homologeîn* das Zugestehen eines Sachverhalts oder einer gegnerischen Behauptung, auch einer Rechtsbehauptung, im Prozeß aus“¹⁰.

Gerhard Thür hat bereits 1977 nachgewiesen, daß die Homologien in den von Cohen zitierten Gerichtsreden allein auf die vorbereitenden Schritte zur Klärung der Prozeßstandpunkte zu beziehen seien. Thür unterscheidet zwischen zwei Arten der Homologie: der im gerichtlichen Vorverfahren abgegebenen und der außerprozessualen. Beide ergehen in derselben Form, durch bloßes Zustimmung zu einer von der anderen Partei einseitig formulierten Erklärung¹¹ und beide haben dieselbe Wirkung: der Zustimmende darf den Inhalt der Erklärung vor dem Dikasterion nicht mehr abstreiten.

Die rhetorische und philosophische Literatur des 4. Jhs. v.Chr. versucht zwar die Homologie-Gesetze umzudeuten und aus ihnen „mit einem gewissen moralischen Pathos“ die allgemeine Pflicht zum Worthalten abzuleiten¹². Dies hat aber mit dem positiven Recht nichts zu tun: „Das positive Recht ist jedoch bescheidener: Es verbietet lediglich, daß jemand sein Wort im Prozeß abstreitet“¹³.

⁸ J. Partsch, Arch. Pap. 7 (1924) 273.

⁹ J. Partsch, Nachgelassene Schriften, Berlin 1931, 262ff.; s. bereits auch A.B. Schwarz, JJP 13 (1961) 196.

¹⁰ H.J. Wolff, Die Grundlagen des griechischen Vertragsrechts, SZ 74 (1957) 54; auch in dem von E. Berner herausgegebenen Band, Zur Griechischen Rechtsgeschichte, Darmstadt 1968, 514. Zustimmend bereits Kränzlein, Bemerkungen (o. Anm. 4) 192. E. Cohen bezieht sich mehrmals auf die Arbeiten von J. Vélissaropoulos-Karakostas; sie stellt jedoch darauf ab, daß mit dem Homologie-Gesetz „die einseitigen Rechtsgeschäfte geregelt“ worden seien, betont aber, daß die Verletzung der Verpflichtung eine deliktische Haftung nach sich gezogen habe, vgl. J. Vélissaropoulos-Karakostas, Altgriechische *πίστις* und Vertrauenshaftung, Symposium 1993, hg. von G. Thür, Köln/Weimar/Wien 1994, 187.

¹¹ G. Thür, Beweisführung vor den Schwurgerichtshöfen Athens. Die Proklesis zur Basanos, Wien 1977, 157f.

¹² P. Kußmaul, Synthekai. Beiträge zur Geschichte des attischen Obligationenrechts, Diss. Basel, 1969, 30ff.

¹³ Thür, Beweisführung (o. Anm. 11) 158.

b) *Hypereides' Rede gegen Athenogenes*¹⁴. Athenogenes besaß in Athen mehrere Parfümläden; in einem davon arbeitete sein Sklave Midas mit seinen Söhnen. Epikrates verliebte sich in einen der Knaben und wollte ihn freikaufen. Athenogenes ließ ihn überzeugen (verlocken), alle drei Sklaven samt Laden für 40 Minen zu erwerben. Der von Sehnsucht brennende Epikrates gab nach und die Parteien setzten einen schriftlichen Kaufvertrag auf, mit der Klausel, daß Epikrates auch die Haftung für die Schulden des Midas übernehme. Die Urkunde zählte gewisse Gläubiger mit den ausständigen Beträgen genau auf; schließlich wurde hinzugefügt „und was Midas wem immer noch schuldet“. Bald stellte sich heraus, daß die Schulden den Wert von 5 Talenten (300 Minen) erreichten. Epikrates wirft in der Rede Athenogenes vor, er habe gewußt, daß Midas schwer verschuldet sei und habe es ihm arglistig verheimlicht. Wir haben hier zweifelsohne einen Kaufvertrag und einen Prozeß – es stellt sich jedoch die Frage, ob aus dem Kaufvertrag gehaftet bzw. geklagt wird.

Epikrates wird angehalten, die Schulden zu zahlen, weil er die Haftung dafür – ohne den schriftlichen Text genau zu studieren – vertraglich übernommen hat. Seine Erklärung (Einstehen für fremde Schuld) wäre auch ohne den begleitenden Kaufvertrag wirksam; mit den Rechtswirkungen aus einem unterstellten Konsenskauf hat dies nichts zu tun.

Epikrates gründet seine Klage gegen Athenogenes ebenfalls nicht auf die Haftungsregeln aus dem Kaufvertrag (das Recht Athens kennt dafür keine gerichtlich durchsetzbare Auslegungsprinzipien)¹⁵. Vielmehr versucht er die Richter mit weit hergeholten Analogien zu beeindrucken: Die Argumentation läuft nicht auf der juristischen, eher auf einer moralischen Ebene, etwa: Es sei ungerecht und in gewissen Situationen sogar gesetzlich verboten, den Partner zu betrügen, zu hintergehen, die Mängel der Kaufsache vor ihm zu verheimlichen. Das Recht schütze allgemein nur rechtmäßige Handlungen, die rechtswidrigen seien hingegen unwirksam. Als weitere Analogie bezieht er sich sogar auf die Verkaufsvorschriften auf der Agora, die Betrug und Lügen allgemein verbieten und die redliche Bekanntgabe der Mängel des veräußerten Sklaven anordnen¹⁶. Das vorher besprochene Homologie-Gesetz wird ebenfalls bewußt aus dem Zusammenhang gerissen, weil Hypereides den Mangel an einschlägigen Normen vor dem Dikasterion verschleiern will.

¹⁴ Hyp. 5.15.

¹⁵ Das Fehlen einer direkten Klage, sogar wegen Betrugs, betont bereits H. Meyer-Laurin, *Gesetz und Billigkeit im attischen Prozeß*, Weimar 1965, 35ff. Er beschäftigt sich später noch einmal mit der Quelle: H. Meyer-Laurin, *Die Haftung für den noxa non solutus beim Sklavenkauf nach griechischem Recht*, Symposium 1974, hg. von A. Biscardi, Köln/Wien 1979, 263-279. In diesem Aufsatz argumentiert er – gegen die herrschende Lehre – für die Geltung des Prinzips *noxa caput sequitur* auch im attischen Recht. Davon ausgehend leitet er die Haftung des Verkäufers in unserem Fall aus einer Art Eviktionshaftung ab; Cohen scheint die letztgenannte Arbeit nicht berücksichtigt zu haben.

¹⁶ Nachzutragen wären hier meine Überlegungen, É. Jakab, *Praedicere und cavere beim Marktkauf. Sachmängel im griechischen und römischen Recht*, München 1977, 86-88.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die von E. Cohen als entscheidend vorgeführten Quellen bei näherer Untersuchung keineswegs die von ihm unterstellten Aussagen vermitteln.

III. Die Entwicklung der Vertragslehre nach Pringsheim.

Schließlich fühle ich mich verpflichtet, einen kurzen Überblick über den Stand der Forschung in den letzten Jahrzehnten zu skizzieren, weil E. Cohen deren Ergebnisse in seinen Ausführungen offensichtlich nicht berücksichtigt hat.

Bereits Pringsheim sieht den Anachronismus der Frage, ob die Griechen Konsensual-, Real- oder Formalverträge gekannt hätten¹⁷. Diese drei Typen passen nämlich nur auf den Schuldvertrag im römisch-pandektistischen Sinne, an dem sie entwickelt worden sind¹⁸. H.J. Wolff beginnt seine Vorlesung zum griechischen „Schuldrecht“ mit der Feststellung, daß das griechische Recht keinen Obligationenbegriff, kein „Leistensollen“ im Sinne eines *iuris vinculum* gekannt habe¹⁹. Die griechische Obligation sei vielmehr „ein dem sachenrechtlichen nahestehendes Rechtsverhältnis“ gewesen²⁰.

Auch Seidl hat versucht, den griechischen Vertrag neu zu definieren. Er baut auf dem von Pringsheim betonten Surrogationsprinzip auf, hebt aber dazu das Element der „notwendigen Entgeltlichkeit“ als entscheidend hervor: „Ein Recht wird nur dann richtig erworben, wenn eine Gegenleistung dafür gegeben wird ... In den griechischen [Urkunden] gilt ein materielles Prinzip der notwendigen Entgeltlichkeit ...“²¹.

H.J. Wolff ist bereits 1957 mit einer radikal neuen These²² aufgetreten, die er „Zweckverfügung“ nennt. Damit legt er die Grundsteine einer alternativen Vertragslehre: „Nicht die Willenseinigung zwischen den Vertragspartnern (*consensus*) habe das Forderungsrecht des ‚Gläubigers‘ bzw. die Leistungspflicht des ‚Schuldners‘ erzeugt, sondern indirekt das Delikt der Schädigung des Gläubigervermögens durch das abredewidrige Verhalten des Schuldners. Als Grundlage für diese Vorstellung habe es einer Verfügung – normalerweise des Gläubigers – zu einem bestimmten

¹⁷ F. Pringsheim, *The Greek Law of Sale*, Weimar 1950, 14f.

¹⁸ H.J. Wolff, *Der Rechtshistoriker und die Privatrechtsdogmatik*, in: F Schr. von Hippel, hg. von J. Esser/H. Thieme, Tübingen 1967, 708ff.; D. Behrend, *Attische Pachturkunden*, München 1970, 26.

¹⁹ H.J. Wolff, *Vorlesungen über Juristische Papyruskunde*, Berlin 1998, 111.

²⁰ A.a.O.

²¹ E. Seidl, *Ptolemäische Rechtsgeschichte*, Glückstadt/Hamburg/NewYork 1962, 334. Hauptsächlich ihm scheint Vélissaropoulos-Karakostas, *Altgriechische pistis* (o. Anm. 10) 190 zu folgen: „Der reale Charakter der altgriechischen Verträge und das Prinzip der gleichzeitigen Erfüllung von Leistung und Gegenleistung (Surrogationsprinzip) bedeuten, daß die Klagbarkeit auf dem Vorliegen der Gegenleistung beruht (notwendige Entgeltlichkeit) ...“

²² Gegen Seidl vgl. H.J. Wolff, *Zum Prinzip der notwendigen Entgeltlichkeit*, in: F Schr. Seidl, hg. von H. Hübner/E. Klingmüller/A. Wacke, Köln 1975, 231-241.

Zweck bedurft. Dessen Vereitelung durch den Schuldner sei die Schädigung gewesen²³. In der jüngeren Forschung gilt dieses dogmatische Leitprinzip für das griechische Vertragsrecht als allgemein anerkannt.

H.-A. Rupprecht²⁴ vertieft die Definition als Ergebnis seiner Studien über das Darlehen in den graeco-ägyptischen Papyri. Er betont, daß das technische Wort *daneizein* einen einseitigen Akt bezeichne, wovon „die Willenseinigung zweier Personen aufgrund zweier einander entsprechender Willenserklärungen“ nicht umfaßt gewesen sei. Entscheidend sei die Verfügung des Darlehensgebers, dem „begleitenden Willensmoment“ komme nur eine „determinierende Bedeutung“ zu²⁵.

Anschließend möchte ich nur auf einige Namen hinweisen, die Wolffs These etwas weiter entwickelt haben. A. Kränzlein findet den terminus technicus „Zweckverfügung“ nicht ganz geglückt und schlägt die Wendung „Übernahme zu anerkanntem Zweck“ vor. Den Unterschied sieht er darin, daß „der Entscheidende der Eingang in den Nutzungsbereich des Empfängers und nicht der Ausgang aus dem Herrschaftsbereich des Verfügenden“ sei²⁶.

D. Behrend betont noch stärker den dinglichen Charakter, indem er „die Vorstellung der Griechen über die Natur privatrechtlich-vertraglicher Beziehungen“ von zwei Aspekten her definieren will: „der Auffassung des subjektiven Rechts und der Entwicklung des gerichtlichen Rechtsstreits“²⁷. Das „subjektive Recht“ wird im Rahmen von Gewaltverhältnissen, als Herrschaftsrecht erfaßt²⁸. Die Rechtsgeschäfte hätten unmittelbar „die Verschiebung dieser Befugnisse“ bzw. „ihre Neubegründung“ zum Inhalt gehabt. „Soweit diese Geschäfte gegenseitige in dem Sinne sind, daß die Übertragung der Befugnis im Hinblick auf eine Gegenleistung erfolgt, wird die Erbringung der Gegenleistung zur Bedingung des Übertragungserfolges“. Beim Kauf etwa: „mit der Erbringung der verabredeten Preiszahlung hat der Käufer den Kaufgegenstand erworben, unabhängig von irgendeiner Übergabe“²⁹.

²³ So zusammengefaßt von G. Thür, *Der Neue Pauly* 12/2 (Stuttgart 2002) 850. Im Original ist sie nachzulesen bei Wolff, *Vorlesungen* (o. Anm. 19) 120; Ders., *LAW* (Stuttgart 1965) 2526; Ders., *Grundlagen* (o. Anm. 10) 26-72; weiterhin H.J. Wolff, *Zum Problem der dogmatischen Erfassung des altgriechischen Rechts*, Symposium 1979, hg. von P. Dimakis, Köln/Wien 1983, 9-20, wo er die Kritik von A. Biscardi, *Diritto greco e scienza del diritto*, Symposium 1974, Köln/Wien 1979, 1ff. bekämpft. S. dazu auch noch A. Biscardi, *Sulla cosiddetta consensualità del contratto dotale in diritto attico*, Symposium 1988, hg. von G. Nenci/G. Thür, Köln/Wien 1990, 3-13.

²⁴ *Untersuchungen zum Darlehen im Recht der graeco-ägyptischen Papyri*, München 1967, 57f.

²⁵ Ihm folgt H. Kühnert, *Zum Kreditgeschäft in den hellenistischen Papyri Ägyptens bis Diokletian*, Diss. Freiburg 1965, 18f.

²⁶ Kränzlein, *Bemerkungen* (o. Anm. 4) 190.

²⁷ D. Behrend, *Attische Pachturkunden. Ein Beitrag zur Beschreibung der *misthosis* nach den griechischen Inschriften*, München 1970, 16.

²⁸ Behrend, *Pachturkunden* (o. Anm. 27) 18.

²⁹ Behrend, *Pachturkunden* (o. Anm. 27) 19.

J. Herrmann vertieft die dogmatische Struktur für gewisse Geschäftstypen (*misthosis, daneion, parakatatheke, systasis* und *prasis*), wo der Terminus „Zweckverfügung“ nicht ausreicht. Das vertragliche Rechtsgeschäft definiert er als „Akzeptierung der unter Auflagen getroffenen Verfügungsermächtigung“³⁰. Für den Werkvertrag wird die Definition von G. Thür präzisiert³¹: Es war allgemein üblich, daß „der Besteller den Werklohn oder zumindest einen Teil davon vorleistet ... Der Unternehmer unterwirft sich mit dem Empfang dieser Zahlung einer Haftung, wie sie in der vorher aufgestellten Syngraphe oder Homologie durch Strafklauseln ausgestaltet ist“.

Die oben kurz zitierten Autoren und die von ihnen vertretene reiche Literatur zum griechischen Vertragsrecht im Laufe der mehr als fünfzig Jahre nach dem Erscheinen von Pringsheims Werk zeigen, daß E. Cohen die Quellen zum altgriechischen Vertragsrecht gründlich mißversteht.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal betonen, daß der Konsensualvertrag in der römisch-pandektistischen Terminologie den Schuldvertrag bezeichnet, womit der bloße Konsens (übereinstimmende Willenserklärung) gegenseitige Verpflichtungen erzeugt: Die Pflichten der Parteien auf die Erfüllung der vereinbarten primären Leistungen bzw. die Klagen, diese gerichtlich zu fordern. Die von Edward Cohen behandelten Quellen haben keinerlei Belege für solche Schuldverhältnisse oder Klagemöglichkeiten bestätigt.

Der Respondent muß weiterhin feststellen, daß Edward Cohen sich mit der oben kurz skizzierten Forschung der letzten fünfzig Jahre nicht auseinandersetzt; er geht auf deren Ergebnisse nicht einmal mittelbar ein. Er kehrt vielmehr für das attische Recht zum römisch-pandektistischen Vertragsbegriff zurück und behauptet, daß die Konsensualverträge im Recht Athens des 4. Jhs. bekannt gewesen seien und rechtlich anerkannt worden wären.

Es würde den Rahmen dieser Ausführung sprengen, auf die Ausführungen zu Pringsheims Motivation und zu seiner Bewertung im Spiegel der neuesten Vertragslehren einzugehen. Zustimmung kann ich nur der Bemühung, daß die Rolle des Vertrages im Verkehrsrecht und dessen Verhältnis zum dispositiven Recht neu überlegt werden sollte. Ich würde jedoch das Problem umgekehrt anpacken und die Dominanz der Konsensualverträge sogar in der römischen Vertragspraxis in Frage stellen.

³⁰ J. Herrmann, Verfügungsermächtigungen als Gestaltungselemente verschiedener griechischen Geschäftstypen, in: Symposium 1971, hg. von H.J. Wolff, Köln/Wien 1975, 321-332, insbes. 331.

³¹ G. Thür, Bemerkungen zum altgriechischen Werkvertrag, F Schr. Biscardi, Bd. 5, Milano 1984, 471-514, insbes. 507f.

STEPHEN C. TODD (MANCHESTER)

SOME NOTES ON THE REGULATION OF SEXUALITY IN ATHENIAN LAW¹

1) Homosexual prostitution and legal overlaps

The legal regulation of homosexual prostitution at Athens has played a major part in recent discussions of Athenian sexuality.² The leading piece of evidence, which has provided the focus for much of this work, is the first oration of Aiskhines.³ This is the published version of a speech delivered in 346/5 BC, and it is one of relatively few cases in the Attic Orators of which the result is known: facing an accusation of treasonable misconduct as ambassador (*parapresbeia*) brought by his political opponent Timarkhos, Aiskhines pre-empted the charge by using the otherwise rarely attested procedure of *dokimasia rhêtôrôn* ("scrutiny of orators") against his would be prosecutor, and succeeded in persuading the court that the latter was himself a former prostitute and was consequently debarred from such political activity.⁴

¹ My thanks are due to the organisers of the *Symposion 2003* conference and editors of this volume for the invitation to participate, to the British Academy for a travel grant, and in particular to Douglas MacDowell and Lorenzo Gagliardi for allowing me to use the drafts of unpublished work (cf. n. 18 below).

² A full bibliographical survey is beyond the scope of the present article, but of recent work in English we may highlight the legal analysis of Aiskh. 1 at the start of the chapter on law in Dover's *Greek Homosexuality* (Dover, 1978: 19-39); chapters by Winkler in *Constraints of Desire* and Halperin in *One Hundred Years of Homosexuality* (Winkler, 1990: 45-70, with analysis of Aiskh. 1 at pp. 56-61; Halperin, 1990: 88-112, using Aiskh. 1 as the starting-point); several studies by David Cohen (e.g. 1987: esp. 5-6, and 1991: 171-202, esp. pp. 175-178); and Davidson's *Courtesans and Fishcakes* (1997, passim: the index s.v. "Aeschines: attack on Timarchus" has no fewer than 21 entries). For more detail and further references, see following note. The work of MacDowell is discussed below rather than being cited here because it focuses specifically on the legal regulations themselves rather than on their broader sexual context.

³ There is a comprehensive and judicious analysis of recent scholarship in Fisher's Clarendon commentary (Fisher, 2001: esp. 36-53); the introduction to Carey's Texas translation (Carey, 2000: 19-21) offers a much briefer discussion of recent trends.

⁴ The law as reported by Aiskhines relates specifically to speaking in the Assembly (1. 28), and Timarkhos' behaviour as speaker there is later discussed in detail (1. 81-85, cf. also 1. 26, on which see n. 24 below). It is clear that his defeat rendered Timarkhos unable to continue with his prosecution of Aiskhines, but we do not know whether Aiskhines would have been able to use the procedure by extension if Timarkhos had confined his activity as speaker to the lawcourt, or what would have been his chances of using e.g. the *graphê hetairêsêōs* (for which cf. below at n. 10).

Nothing further is known about Timarkhos, though Aiskhines mentions him twice in his subsequent defence speech on the substantive *parapresbeia* charge (Aiskh. 2. 144, cf. 2. 180). The first of these passages suggests an awareness that his use of evidence in the earlier trial had been somewhat creative (cf. below); and seeks to constrain Demosthenes, who had taken over the prosecution following Timarkhos' disgrace, from deploying similarly tendentious arguments against Aiskhines himself (Dem. 19. 241-244). More striking, however, is Demosthenes' depiction of Timarkhos and his family as figures of pity, unjustly ruined by defeat at Aiskhines' hands (Dem. 19. 283-286).⁵ For a law-court orator to represent disfranchisement as wrongful conviction is always a risky strategy, because it can easily come across as criticism of a properly constituted court rather than of one's current opponent;⁶ and in this case we happen to know that Aiskhines was acquitted, albeit by a fairly narrow margin.⁷

Aiskh. 1 raises a number of points of socio-legal interest which have attracted considerable attention from recent scholars. It is notable for instance that what he alleges against Timarkhos is not homosexual activity (as might have been the case in many early-modern or modern jurisdictions, at least until the 1960s), but having been a homosexual prostitute. Little attempt is made, however, to prove that any money has changed hands. Indeed, the idea that financial details can legitimately be demanded as evidence of prostitution is one that Aiskhines repeatedly belittles, on the grounds that clients will rarely be willing to publicise socially embarrassing transactions (Aiskh. 1. 71-73, 119-120); to which modern scholars have added the further point, that it might have been difficult at least in some cases to distinguish between fees and love-gifts.⁸ Instead, Aiskhines relies on general inferences from the defendant's having lived in the houses of other men (1. 40, 42, 53-54), and on general assertions about Timarkhos' reputation (1. 119-131). The latter is a bold strategy, which as we have noted was turned against Aiskhines himself in the subsequent *parapresbeia* trial (Dem. 19. 241-244). It is therefore tempting to suggest that Aiskhines in this speech was inventing a new method or perhaps a new minimalist standard of proof, which may indeed help to explain why such prosecutions are so rare in our sources.

⁵ Cf. esp. Dem. 19. 284: ὁ μὲν ταλαίπωρος ἄνθρωπος ἡτιμώσεται ("the unfortunate [Timarkhos] suffered *atimia*").

⁶ There is a limited parallel at Dem. 21. 95, but in that case Straton's conviction is represented primarily as an abuse of process by the prosecutor (the emphasis is on his inability to stand up to the much more powerful Meidias) rather than as an unfair conviction by the court.

⁷ Both Pseudo-Plutarch (*Life of Aiskhines*, 840c2-4) and Idomeneos (FGrH 338 fr. 10, in Plutarch, *Demosthenes*, § 15) suggest that he won by thirty votes: given that it was a public trial, the jury will have been either five hundred or possibly a multiple of that number.

⁸ Dover (1973: 68) cites Aristophanes, *Wealth*, 153-159; and Carey (2000: 21) describes "the question of payment [as] necessarily a grey area."

A second point of socio-legal interest is that the alleged sexual behaviour attributed to Timarkhos does not seem in itself to have been illegal.⁹ This is an issue to which we shall return, but for the moment it is sufficient to note that the *dokimasia rhêtorôn* is one of two overlapping procedures which could be used against current or former prostitutes, the other being the *graphê hetairêseôs* (“public prosecution relating to prostitution”). A key feature shared by both these procedures, however, is that they were not available for use against any prostitute, but only against one who attempted to speak in a public context.¹⁰ There is no clear evidence that low-level political activity, such as voting in the assembly or the lawcourt, rendered a prostitute liable to the *graphe hetairêseôs*,¹¹ nor indeed can we be sure that it was prohibited by conviction at a *dokimasia rhêtorôn*.¹² To that extent, Athens operated an implicit double standard of behaviour, with higher expectations being imposed on political leaders than on other citizens.¹³ The idea that certain forms of transgressive behaviour might debar you from performing particular activities is not without parallel in Athenian law, though usually what was prohibited was entering specific locations, especially those with religious significance.¹⁴ The list of

⁹ Gagliardi (forthcoming) is the exception among recent scholars in arguing that to be a prostitute was itself illegal (on the grounds that prostitute suffered an automatic loss of rights), albeit not prosecutable. But this distinction may have been less relevant at Athens, where substantive rules of law seem to have arisen out of legal procedure. Moreover, it is by no means the case that a loss of rights can necessarily be regarded as proof of illegality: there is some evidence that men who were disabled were ineligible for the Arkhonship (Lys. 24. 13), but that does not mean that being disabled was a crime.

¹⁰ The *dokimasia rhêtorôn* seems to relate to those who spoke specifically in the Assembly (Aiskh. 1. 28), whereas the *graphê hetairêseôs* covered other public contexts as well (Aiskh. 1. 19-20); cf. further below.

¹¹ MacDowell (2000: 23-24) notes that several other categories of prohibited activity are omitted from Aiskhines’ quotation of the *graphe hetairêseôs* law at 1. 19-20: speaking in a lawcourt (implied at Andok. 1. 100), and entering sanctuaries or the *agora* (for which see Aiskh. 1. 164, Dem. 24. 126, and Dem. 22. 73 = 24. 181). He speculates that voting in the Assembly or the lawcourts may also have been banned, but notes that we do not have evidence for this.

¹² The question of whether the verdict in a *dokimasia rhêtorôn* was simply a confirmation of existing restrictions or the imposition of a penalty is discussed at the end of this section of the paper.

¹³ See e.g. Fisher (2001: 39).

¹⁴ Those accused of homicide, for instance, were instructed to keep away from the *agora* (Ant. 5. 10) and perhaps other sacred places also (*hiera*, Dem. 23. 80). Women who had been caught with adulterers were prohibited from entering *hiera dêmotelê* (“public sanctuaries,” Dem. 59. 85-87). A ban on entering *hiera* was similarly imposed by the decree of Isotimides on those who had admitted impiety (Andok. 1. 71), but this appears to have been an *ad hominem* regulation aimed specifically at undermining the value of the immunity that had been granted to Andokides himself. De Ste Croix (1972: 225-289) has argued that impiety was the reason for the decree(s) banning Megarians from entering “the Athenian *agora* and the harbours of the Athenian empire,” but harbours are not obviously sacred sites, and most scholars have rejected this explanation.

transgressive behaviours falling within the scope of the *dokimasia rhêtorôn* was not restricted to prostitution, as we shall see, but it is noticeable that all the other behaviours so covered were themselves actionable in their own right, and were thus unlawful in a sense that prostitution was apparently not.

Thirdly, and more briefly, is the question of age-coding. Our sources, as we shall see, tend to view homosexual activity as being to some extent a rite of passage,¹⁵ and we might therefore have expected the law to be concerned with restricting the political activity of those who were currently prostitutes, but in fact the allegation that you had been a prostitute is something that could be brought at any time during your subsequent political career. To that extent, even though as we have seen prostitution is not in itself legally actionable, it is nevertheless something that marks you out for life. There is no hint of any statute of limitations (*prothesmia*) in such matters, as there was for most categories of transgressive behaviour at Athens.¹⁶ The concept of a reformed or retired prostitute was not something that the law recognised.¹⁷

In contrast with the wealth of attention devoted to the broader socio-legal aspects of Timarkhos' case, the details of legal procedure have until recently been less well served. This gap, however, has to a considerable extent been rectified in a pair of papers by Douglas MacDowell, including one delivered at the *Symposion 2001* conference, together with the response made on that occasion by my current respondent Lorenzo Gagliardi.¹⁸ The most important contribution here, made in the first of MacDowell's papers, has been to collect and differentiate the various statutes dealing not simply with prostitution but with homosexuality more broadly, and above all to distinguish conclusively between the *graphê hetairêseôs* and the *dokimasia rhêtorôn*.¹⁹ Earlier scholars had tended to conflate these two procedures,

¹⁵ This pattern however should not however be exaggerated: cf. n. 46 below.

¹⁶ A law on *prothesmia* is referred to at Dem. 36. 27 (in a context which seems intended to suggest that it relates to private contractual disputes). The absence of *prothesmia* for prostitutes brackets them together with those who have committed impiety (Lys. 7. 17) and homicide (Lys. 13. 83).

¹⁷ The use of the perfect participle *πεπορευμένος* and *ἡταρηκώς* in the *dokimasia* law quoted by Aiskhines at 1. 29 may be significant (the perfect tense in Greek denotes a present condition resulting from a past action), but I have no explanation for the consistent use of the present tenses to denote maltreatment of parents at 1. 28. (The *graphê hetairêseôs* law at 1. 19 is phrased as a future open condition, with aorist subjunctive *ἔταρῆση*).

¹⁸ MacDowell (2000) on the laws relating to homosexuality; MacDowell and Gagliardi (both forthcoming) on the *dokimasia rhêtorôn*: cf. n. 1 above.

¹⁹ MacDowell (2000), laws [D. 1] (*graphê hetairêseôs*) and [D. 2] (*dokimasia rhêtorôn*). The separate existence of the second of these has indeed been doubted by Lane Fox (but Fisher 2001: 158 notes that there are other attestations, which cannot easily be explained away); and of the first one e.g. by E. Cohen (2000a: 158 n. 11) and (2000b: 115 n. 9). The distinction between the two procedures has since been explored independently, though primarily in terms of rhetorical tactics, by Fisher (2001: 144).

or to discuss their significance jointly without specifying which of the two was under discussion. There are indeed many overlaps. Both procedures, as we have seen, are aimed not at prostitutes in general but at those prostitutes who attempted to take some part in public life; and the regulations governing them are summarised in some detail by Aiskhines at 1. 19-20 and 1. 28-32 respectively. In each case what is presented to us seems to be verbatim quotation interspersed with the orator's own comments, but the extent of the latter is fairly clear on close reading, and the fact that he seems to have had the clerk read out the first of these laws at 1. 21 will presumably have constrained his capacity for misrepresentation,²⁰ at least at this point in his argument.²¹

Various differences between the two procedures are explored by MacDowell, including for instance the issue of penalty: Timarkhos' own case makes clear that *atimia* (loss of civic rights) was imposed on those convicted at *dokimasia rhêtôrôn*, though as we shall see, there is room for dispute about the precise judicial status of this; Aiskhines on the other hand speaks of *graphê hetairêseôs* as resulting in "the most severe penalties," which presumably means death.²² More significantly, however, MacDowell argues that because *graphai hetairêseôs* are said elsewhere to have been presided over by the Thesmothetai,²³ this means that the charge will have been laid at the end of the relevant Assembly meeting, whereas the *dokimasia rhêtôrôn* was preceded by a formal challenge (*epangelia*) which he suggests will have taken immediate effect, barring the opponent from continuing to address the Assembly until the case was resolved.²⁴ He uses this as the basis of what is

²⁰ The law quoted at Aiskh. 1. 21 is generally thought like the other documents in this speech to be a forgery, though in this case the restrictions quoted end with a group of religious locations and occasions (public sanctuaries, public wearing of garlands, the *perirhantêria* of the *agora*) which do not appear to be taken from Aiskhines' speech. In theory, the phrase at 1. 20 with which the law is introduced (λέγε αὐτοῖς καὶ τοῦτον τὸν νόμον "read them this law as well") could have served to denote a law about something completely different, but this would have looked distinctly odd to the jury.

²¹ Contrast the general consensus that there is significant misrepresentation in Aiskhines' statement of the law at § 72 (referring back to texts read out much earlier in the speech): cf. n. 30 below.

²² On the assumption that § 21 is a forged document (see last-but-one note), then as often in these documents its mention of "death" represents no more than an interpretation of Aiskhines *megistai epitimiai* (§ 20), but it is likely to be a correct interpretation: to my knowledge, nowhere in the orators is this phrase used to denote anything less than the death penalty (Lys. 3. 42-43 speaks of exile as *megalai timôriai*, but not *megistai*).

²³ Dem. 22. 21.

²⁴ It is not certain, however, that this point can be regarded as settled. Given that Aiskhines' *dokimasia* against Timarkhos came to court before Timarkhos' *paraprosbeia* charge against Aiskhines, it seems reasonable to infer that the former did block the latter. (Cantarella [1989: 155] describes his prosecution of Timarkhos as an *antigraphê*, presumably in a loose rather than a technical legal sense.) However, the wording of the law as reported at § 28 would suggest that *dokimasia rhêtôrôn* was available only because Timarkhos had spoken specifically in the Assembly. We are not given any

essentially a chronological explanation for the existence of two overlapping procedures, proposing that the *dokimasia rhêtôrôn* was a later addition to the statute book, introduced with the specific aim of making it possible to block suspect speakers at the outset.²⁵

I have to admit to being slightly wary of the logic behind this reconstruction. What worries me is partly the fact that we do know of at least one form of *graphê* – the *graphê paranomôn* – where an undertaking to proceed appears to have had the sort of immediate blocking effect that MacDowell predicates only of the *dokimasia rhêtôrôn*, though admittedly what was blocked here was a piece of legislation rather than a man's right to continue speaking.²⁶ Perhaps a closer parallel is that the right to speak (or indeed to appear) in public contexts is known to have been blocked by a formal charge of homicide, as most famously in one of Antiphon's speeches, where it is alleged that the prosecution had been suborned by the speaker's political opponents into charging him with homicide specifically in order to block the *eisangelia* (impeachment) in which he was prosecuting those opponents for embezzlement of public funds.²⁷ So I am not convinced that the Athenians would have regarded it as necessary to invent another procedure if they had simply wanted to enable the bringing of a *graphê hetairêseôs* to take immediate effect: they could have achieved it by revising the *graphê hetairêseôs* itself.

It is perhaps worth noting that the categories of persons listed by Aiskhines as liable to *dokimasia rhêtôrôn* are nearly all of them potentially subject to other forms of public legal action: those who maltreat their parents can be prosecuted by the *graphê* or *eisangelia kakôseôs goneôn*, military defaulters by the group of procedures related to *graphê astrateias*, and those who mismanage their estates possibly by the *graphê argias*. (The same applies, incidentally, to other forms of *dokimasia* such as that of the Nine Arkhons, where the series of set questions posed to each candidate includes treatment of parents, payment of taxes, and military

details of this, though it is tempting to identify it with his allegedly recent and notorious performance mentioned in § 26: if so, however, the admittedly implausible claim at § 33 that this occasion had led to a change in Assembly procedures might suggest that any *dokimasia rhêtôrôn* brought on that occasion had not had the effect of stopping him in mid-flow.

²⁵ Fisher (2001: 158) similarly suggests that the *graphê hetairêseôs* is the older procedure, but for different reasons: he sees the *dokimasia rhêtôrôn* as representing an extension of the principle that those in public life should show higher standards.

²⁶ Hansen notes the consistent use of the term *probouleuma* to denote the proposals under consideration in two of Demosthenes' *graphê paranomôn* speeches: it is clear that both proposals were suspended until the trial, even though the delay in each case was considerable (at least a year in Dem. 23, and about six years in Dem. 18: Hansen 1974: 33 and 38 with refs.).

²⁷ Ant. 6. 34-39.

service, all of them actionable offences in their own right.²⁸) To that extent, I am not convinced that the overlap of procedures is something that needs a separate explanation that is specific to the *graphê hetairêseôs*, and it may simply be characteristic of at least certain forms of *dokimasia* that they deal with what is also prohibited under separate cover.

But there are two respects in which the *dokimasia rhêtorôn* and to some extent the *graphê hetairêseôs* are different from the parallels that have just been cited. The first of these relates to the scope of those affected by the regulation. There is, as we have seen, general though not universal agreement among scholars that the core Athenian regulations dealing with homosexual prostitution were aimed not at criminalising the activity itself, but rather at regulating the activities of prostitutes.²⁹ There was certainly no legal sanction against those who hired the services of a male citizen prostitute, provided he was an adult;³⁰ and to be a serving or former prostitute was not in itself an offence,³¹ unless and until the man concerned sought to take part in public affairs – such that it was public participation by an (ex-)prostitute rather than prostitution itself that was prohibited, albeit (as we have seen) by means of a lifelong prohibition. We can emphasise the oddness of this by reiterating the contrast with tax-evasion, maltreatment of parents, or failure to perform military service, all of which render the offender (and I use the term deliberately) liable to immediate prosecution in his capacity as a private citizen.

The second point to make here is that the *dokimasia rhêtorôn* is in a range of ways wholly unlike the five other forms of *dokimasia*. All of the others are prospective, in that they deal with somebody who is about to take up a right or privilege, whereas the *dokimasia rhêtorôn* is aimed against somebody who has at least started speaking; all five of them are required to be held before certain forms of public administration can take place,³² whereas the *dokimasia rhêtorôn* requires the equivalent of a prosecutor to take the initiative of *epangelia* or formal challenge; and

²⁸ This is of course preceded by questions about parental identity and family cult (*Ath.Pol.* 55. 2). What the various groups of *dokimasia* questions presumably have in common is that they explore areas of what it meant (at least ideally or ideologically) to be an Athenian citizen. To the best of my knowledge, there is no *graphê* procedure attested as dealing with tax evasion, but *apographê* would be available.

²⁹ There were regulations to which this did not apply: e.g. those dealing with the prostitution of minors, for which cf. Aiskh. 1. 13 and 1. 14 (MacDowell's laws [B. 1] and [B. 2]).

³⁰ Dover (1978: 28) has argued powerfully that Aiskh. 1. 72 and 1. 89 represent an illicit extension of the penalty imposed on those who hire an Athenian citizen boy as a prostitute. This was accepted by e.g. Cantarella (1989: 156-57; 1992: 50), and now by MacDowell (2000: 27) and by Fisher (2001: 209), though D. Cohen (1987: 5-6; 1991b: 181) is prepared at least to contemplate the possibility that Aiskhines is referring to a separate statute at 1. 72.

³¹ For Gagliardi's argument that prostitution was an offence but not prosecutable, see n. 9 above.

³² [Xen.] *Ath.Pol.*, 3. 4; cf. Lys. 26. 6.

none of the five so far as we know impose any legal punishment on an unsuccessful candidate, even though they might destroy his chance of a political career.³³

I used to believe that it might be appropriate to regard the verdict in a *dokimasia rhêtorôn* as simply declaratory (in other words, that the result of Timarkhos' conviction would be to formalise the loss of those rights that even previously he had not been entitled to exercise).³⁴ But on reflection MacDowell is probably right in believing that there was more to it than this. I am not wholly convinced by what I take to be his use of Dem. 19. 283-4 to argue that Timarkhos' conviction imposed some sort of penalty on his family,³⁵ since the passage might simply refer to the humiliation that his conviction had caused them. MacDowell himself (forthcoming) sees Timarkhos' status prior to the trial as an example of what Wallace (1998) has called "unconvicted or potential *atimoi*"³⁶ – though Wallace himself is careful to gloss this term as being "subject to many or all of the restrictions associated with *atimia*" (1998: 74), and rightly emphasises that all those concerned in the case, including Aiskhines himself, are careful not to apply the term *atimos* to Timarkhos until after his conviction (1998: 70-71, 75). An obvious parallel here, which has not I think been discussed in this context, is that of Andokides under the terms of the decree of Isotimides, which itself raised all sorts of legal uncertainties.³⁷

³³ *Ath. Pol.*, 42.1, makes clear that a judicial penalty is imposed at the *dokimasia* of ephebes only if there is a further stage in the process (in cases where a young man loses a subsequent appeal against the deme's decision that he is not of citizen birth, he is penalised by enslavement). In the case of public office, the evidence is negative but consistent: both Leodamas' rejection in Lys. 26. 14-15, and that of Theramenes in Lys. 13. 10, are described with the verb *apodokimazô*, even though it would have suited the speaker in both cases (particularly the latter) to have used stronger language if the result of the decision had been e.g. a penalty of *atimia*.

³⁴ Thus tentatively Todd (1993: 116 n. 15). This view would evidently be shared by Gagliardi (forthcoming), who argues that it is the prostitution (cf. n. 9 above) rather than the public speaking which is the core of the offence in *dokimasia rhêtorôn*, on the grounds that the defendant had not actually spoken at the moment when the charge was laid. I am not convinced, however, that Athenians would have classified as a non-offender somebody whose clear attempt to commit an offence had been prevented by circumstances outside his control.

³⁵ Thus MacDowell (2000: 25): it is however hard to see how Timarkhos' mother (as opposed to his children) would have been legally implicated in any form of *atimia*.

³⁶ MacDowell (2000: 22) is surely right to infer from the text of Aiskh. 1. 19-20 that the law dealing with *graphê hetairêseôs* specified the things that a former prostitute was not allowed to do rather than simply saying "let him be *atimos*," but he appears to accept that these things together constituted the form of partial *atimia* described at Andok. 1. 75 as *kata prostaxeis* ("according to specifications"), thereby implying that an unconvicted prostitute could legitimately be described as *atimos*. On the question of Aiskhines' omissions here, see n. 11 above.

³⁷ Andok. 1. 71-80. The fact that nobody could decide whether the restrictions imposed on Andokides had or had not lapsed under the decree of Patrokleides, which repealed nearly every category of *atimia*, suggests that his status was problematic; and his own attempt at

2) Aiskhines' age-classes: law and social practice

A standard technique of an Athenian orator when faced with a difficult case is to cite in evidence large numbers of laws that are not directly relevant to his case, and Aiskh. 1 is no exception here.³⁸ It is generally and in my view rightly held that with some possible exceptions the laws to which he refers are on the whole genuine, though the ways in which he interprets them may well not be.³⁹ In particular, it is part of his strategy to emphasise the extent to which the various laws on particular topics form a coherent conceptual unity.

One of the most striking features of Aiskhines' treatment of the law is the way in which he promises at 1. 7-8 to divide up his material and deal successively with the legal regulation first of *paides* (boys), secondly of *meirakia* ("youths," but cf. below), and finally of other age groups (*hêlikiai*), a category which he classifies as covering both private individuals (*idiôtai*) and also politicians (*rhêttores*). In the first of these categories he places together a rag-bag of regulations dealing with schools, gymnasia, and dithyrambic choruses (1. 9-12),⁴⁰ followed by rules on the hiring out specifically of boys for prostitution, on the procuring of free boys or women (*proagôgeia*), and on *hubris*, here envisaged specifically as sexual assault (1. 13-18). The second category of laws he glosses as referring to those who have recently joined their deme registers as adults, and consists only of the *graphê hetairêseôs* (1. 18-21). The third group is introduced as "laws dealing with *eukosmia* (good discipline)" (1. 22), beginning with rules on the conduct of Assembly meetings (1. 23-24),⁴¹ drifting into a contrast between ancient and modern styles of public speaking (1. 25-26), covering in considerable detail the *dokimasia rhêtôrôn* (introduced as a law designed to distinguish those who should and should not be allowed to address the Assembly, 1. 27-33), and culminating in the one law which

§§ 7-79 to blind the jury with a detailed survey of these categories (none of which seem to apply to his own case) suggests that he was aware of this.

³⁸ It is perhaps worth noting that Aiskhines' *eukosmia* and tribal supervision laws are so marginal to the issue of homosexuality that MacDowell (2000) quite reasonably omits them.

³⁹ For the tendentious interpretations elsewhere in the speech, see n. 30 above. Fisher (2001: 129) envisages at least the possibility that some of Aiskhines' school regulations here may be "bold inventions."

⁴⁰ This is the one of this group of laws which can plausibly be shown to be of fourth-century institution, because it did not apply at the time of Lys. 21. 4, where the speaker claims without hesitation to have been *chorêgos* for a boys' dithyrambic chorus while still in his mid-twenties.

⁴¹ This includes an otherwise unattested rule granting precedence to speakers aged over 50, which is the only one he cites that fulfils his promise to deal successively with the various adult *hêlikiai*, cf. above. His other promise, to cover the laws relating both to private individuals and to orators, is fulfilled only insofar as orators form the subject of the *dokimasia rhêtôrôn*: none of his regulations are specific to private individuals.

he recognises as having a recent origin, and which deals with the tribal supervision of Assembly meetings (1. 33-34).⁴²

The question arises as to how far Aiskhines' grouping of his material is one which would naturally have been shared by his hearers, and how far he is engaged in persuasive definition. The answer appears to be a complex one. As far as the regulations dealing with boys are concerned, there are internal reasons to believe that some at least of the prostitution-laws relate specifically and only to those who are legal minors: most notably the one penalising any parent or guardian who hired out a boy as a prostitute and anybody who paid for such hire (1. 13).⁴³ The promise to deal with the various adult *hêlikiai*, on the other hand, receives virtually no attention in 1. 22-34, barring perhaps the claim that those aged over 50 were invited to be the first to address the Assembly (1. 23).⁴⁴ And certainly the proposition that there were separate regulations dealing with the sexual activities of *meirakia* is unconvincing: Fisher (2001: 144) rightly notes that Aiskhines' claim that the *graphê hetairêseôs* was aimed at *meirakia* and the *dokimasia rhêtorôn* at adults is highly artificial, and suggests that it was designed simply to justify his own choice of the latter procedure.

This raises the further question, of course, of how far the word *meirakion* (or indeed any other age-related term) has a clearly defined meaning in law. Aiskhines himself, as we have seen, glosses it as referring specifically to those who have newly been entered onto their deme registers and are therefore adult. But his failure to find a group of laws that genuinely do deal specifically with the sexual activities of *meirakia* may suggest that the word may not have had such clear parameters – unlike for instance the terms *ephebe*, or in certain contexts *pais*.⁴⁵

Presumably one of the reasons that Aiskhines can get away with inventing *meirakion* as a legal concept is that this matches the social expectations of the audience, for whom normative homoerotic relationships were age-coded, with the typical *erastês* being in his twenties or early thirties and the typical *erômenos* being in his late teens or early twenties.⁴⁶ *Meirakion* is certainly the term which Lysias

⁴² The laws quoted in our manuscripts at 1. 35 are less obviously derived from Aiskhines' surrounding remarks than elsewhere in this speech, but this does not make them necessarily reliable: see Fisher (2001: 164).

⁴³ The context suggests that this relates only to citizen boys, rather than to non-citizens.

⁴⁴ Aiskhines is the only evidence for this regulation, and his attribution to "the lawgiver" need not necessarily mean that it was effective at the time of the speech (certainly thirteen years later he claims that it was no longer in force: Aiskh. 3. 4). Some scholars have indeed suggested that the regulation is something that he has invented: a range of views on this question are surveyed in Fisher (2001: 148-149).

⁴⁵ Aristoph., *Wasps.*, 578, and *Ath.Pol.*, 42. 1, both suggest that *pais* could be used in contexts of citizenship law where there is a need to distinguish adults from non-adults.

⁴⁶ This is a generalisation, and as such may over-state the reality: Aiskhines himself is probably in his mid forties at the time of the speech (some scholars emend the text of 1. 49 to make him still older), and there is no suggestion at 1. 135-136 that his activity as

uses repeatedly to denote Theodotos, whom he is evidently seeking at that stage to construct as the speaker's *erômenos* rather than as a prostitute, and it may be that he is deliberately playing with the ambiguity of the term,⁴⁷ just as he may also be playing with the ambiguity of Theodotos' civic status elsewhere in the speech.⁴⁸

If we abandon Aiskhines' tendentious treatment of *meirakia*, we are left with something of a dissonance between law and social practice. In law, the crucial distinction here seems to be the age of majority.⁴⁹ Below this age, a range of penal sanctions were available primarily against fathers or guardians who hired out a boy for prostitution or clients who hired his services;⁵⁰ above it, as we have seen, the only consequences seem to have been prohibitory rather than penal, and to have applied only to the prostitute himself. In social practice, however, the normative age-span for an *erômenos* does not seem to have taken account of this. David Cohen has

an *erastês* as something that is now in his past. He is somewhat defensive about this, though he displays nothing like the embarrassment shown by the speaker of Lys. 3 (perhaps because the latter's opponent Simon was significantly younger and therefore more plausible as an *erastês*, or perhaps because Theodotos was more obviously a prostitute).

⁴⁷ If Theodotos is still legally a minor, and if he is a citizen (both of these are big "if"s), then for either Simon or the speaker to have hired his sexual services would presumably have rendered them liable to the law cited at Aiskh. 1. 13.

⁴⁸ The key passage here is Lys. 3. 33, which claims that "this *paidion* (little boy) could not have given me any assistance but was capable of denouncing me under torture if I did anything illegal." I am not convinced by the suggestion that *paidion* here denotes somebody other than Theodotos (a view which goes back to Dobree 1874: 194 and Blass 1887: 586 n. 3, and has recently been restated by E. Cohen 2000a: 170-1 [cf. 2000b: 128 n. 63] and by Cairns 2002), since the person referred to clearly plays the same rôle in the fight as is attributed to Theodotos at § 29 (thus rightly Bushala 1968: 66-68). *Paidion* is the normal word for a small child, but in normal Greek usage it can also denote a slave, and Lysias seems to be playing on both meanings: the former allows him to emphasise the lack of physical support, while the latter is reinforced by the terms *basanizomenon* and *mênusai* (both terms associated with slavery, but *mênusis* is normally found in religious contexts where a slave is permitted to denounce without being tortured).

⁴⁹ There is some evidence that other ages mattered in particular contexts: for instance, *Ath. Pol.* 42. 5 claims that those who had reached their majority were not eligible to prosecute or be prosecuted in most categories of case during the two years of the *ephêbeia*, and Hansen (1987: 7) suggests that the same rule is likely to have restricted them from speaking in the Assembly also.

⁵⁰ Thus 1. 13 (though the name of the *graphê* is not stated) = MacDowell's law [B. 1]: Aiskhines' claim at 1. 13 that the law does not permit a *graphê* to be brought against the boy at first sight suggests that he faced no legal consequences, but the reference to the boy's loss of *parrhêsia* at 1. 14 makes clear that he faced the same prohibitory consequences as an adult prostitute. Similarly 1. 14 = MacDowell's law [B. 2] (*graphê proagôgeias* against anyone who procures a free boy or woman for prostitution). Cf. also 1. 15-17 = MacDowell's law [C. 3] (*graphê hubreôs* against anybody who commits *hubris* against any boy, man or woman, free or slave), though this does not restrict the offence to prostitution.

put forward the unprovable but attractive suggestion that Athens may have had some equivalent of the common-law concept of the age of consent, albeit informally rather than defined in law: in other words, that although the *erastês* of a minor would in principle be liable to an action for *hubris* brought by the boy's father, nevertheless the defence of consent would be much more persuasive if the boy was aged 17 than if he was aged 10.⁵¹

The sexual significance of *hubris* has recently been further developed by Ed. Cohen,⁵² for whom the *hubris* law constituted "effective protection against the sexual abuse of children, slaves and women," but this seems to me to overstate the case. Cohen's most powerful argument, to my mind, draws attention to a passage in Deinarkhos which at first sight would seem to provide examples to back up the notoriously unsupported assertion of Demosthenes that Athenian courts had often executed people for *hubris* against slaves.⁵³ But Dein. 1. 23 is by no means as clear as might at first seem. Admittedly at least one and possibly all three of his examples relate to citizen offenders,⁵⁴ but one of the victims is explicitly stated to be free,⁵⁵ the second is unspecified, and the third would seem to fall into a category whose capacity to be enslaved was rejected on ideological grounds by at least some Athenians.⁵⁶ Perhaps most significant, however, is a passage not discussed in this context by Ed Cohen, but which in my view tends to confirm more broadly David Cohen's hypothesis that whatever the wording of the law, there are certain situations where it is recognised that an Athenian jury will never convict: this seems to me to be clearly implied by Apollodoros' claim that his hostile neighbours had sent a

⁵¹ D. Cohen (1991b: 182).

⁵² E. Cohen, e.g. (2000a: 165-167).

⁵³ Dem. 21. 49: πολλοὺς ἤδη παραβάντας τὸν νόμον τοῦτον ἐζημιώκασιν θανάτῳ. The sweeping generalisation would be considerably strengthened by examples, and Demosthenes' failure to cite any may indicate that he did not have them ready to hand.

⁵⁴ Themistios has an Athenian demotic, though Menon and Euthymakhos do not.

⁵⁵ The nameless boy from the Peloponnesian *polis* of Pellene (or the Athenian deme of Pallene: the latter is perhaps more likely to be found within Athenian jurisdiction, and the emendation is accepted without comment by Worthington [1992: 169], but I am not aware of any manuscript authority). Incidentally, although the third case (the Olynthian) is clearly and the second (the Rhodian) arguably sexual, the location of the crime in the first case suggests kidnapping or slaving (a free orphaned boy might find it very difficult to prove his status, especially if foreign).

⁵⁶ Demosthenes' story of the Olynthian *paidiskê* at the ambassadorial party (Dem. 19. 196-198) implies that the jury could be expected to regard the girl's enslavement as illegitimate. Citizens of Olynthos were certainly granted *isoteleia* at Athens (Harpok. s.v. *isoteles*) following the fall of the city to Philip in 348. Indeed, it is possible that the Souda (s.v. *Karanos*) is right to claim that they received Athenian citizenship *en masse*: this is rejected by M.J. Osborne (1981-83. iii: 125-6) on the grounds that Aiskh. 2. 154, delivered in 343, produces a witness named Aristophanes of Olynthos; but given that Aristophanes' Olynthian ethnicity is what makes him a credible witness, I am not convinced that the use of a foreign ethnic here is sufficient to prove him to be a metic.

young boy who was *paidarion aston* (young citizen boy) onto his land to pick the roses, “in order that if I seized and tied him up or struck him in the belief he was a slave, they would be able to bring a *graphê hubreôs*.”⁵⁷

3) Heterosexuality and homosexuality

Modern work on Athenian male homosexuality has tended to focus fairly closely on Aiskh. 1 and issues of prostitution, and vice versa. This however raises a series of questions about other forms of sexual activity. We have, as Cantarella notes, no evidence for the legal regulation of lesbianism,⁵⁸ which may reflect the male focus of our texts or alternatively the male focus of the legal system that they represent. As far as female prostitution is concerned, Lysias quotes (as an example of archaising language in a law he attributes to Solon) a phrase which presumably denotes some category of prostitute,⁵⁹ and we are told of a *pornikon telos* or prostitution tax which appears to have been levied on both sexes: Aiskhines makes clear that Timarkhos’ supporters are using the absence of his name from the relevant register as evidence that he is not a registered prostitute, and Androtion is said to have arrested for non-payment two women who are explicitly described as *pornai*.⁶⁰ But the wording of the laws quoted at Aiskh. 1. 13-14 makes me wonder how close the parallels are between male and female prostitution, and whether for instance any penal sanctions would have been imposed on men who hired or hired out the sexual services of an under-age citizen girl.⁶¹

⁵⁷ Dem. 53. 16: ἴνα, εἰ καταλαβὼν αὐτὸν ἐγὼ δῆσαιμι ἢ κατὰξαιμι ὡς δοῦλον ὄντα, γραπήν με γράψαιντο ὕβρεως. E. Cohen (cf. n. 74 below) would dispute the translation “citizen” for *astos*, but even on his reading the boy here is clearly free, since the alleged trick would not have worked if he were a slave.

⁵⁸ Cantarella (1989: 153), who suggests that it was also a private matter with no legal significance (which is probably true if one rules out prostitution).

⁵⁹ Lys. 10. 19: ὅσαι δὲ πεφασμένως πωλοῦνται, which he interprets to mean “those women who walk about in public.” Plutarch, *Solon*, § 23, glosses this phrase as referring to *hetairai*, and claims that they were exempted from rules governing *proagôgeia*, for which see n. 50 above. Dem. 59. 67, however, offers a longer version of the phrase including a clear reference to brothels (ὅποσαι ἂν ἐπ’ ἐργαστηρίου καθῶνται ἢ πωλῶνται ἀποπεφασμένως), which suggests that it may have been from a law defining categories of women with whom sexual relations did not constitute *moikheia* and/or provide an opportunity for justifiable homicide.

⁶⁰ Timarkhos: Aiskh. 1. 119-120. Androtion’s arrest of Sinope and Phanostrate (ἄνθρώπους πόρνας): Dem. 22. 56. (Strictly speaking, what this latter passage denies is they had arrears of *eisphora*, but the point is presumably that it was *eisphora*-defaulters that Androtion was supposed to be pursuing.)

⁶¹ The *proagôgeia* law at Aiskh. 1. 14 does refer to women (of any age) as well as boys, but MacDowell (2000: 18: his law [B. 2]) has tentatively suggested that this might apply only to “somebody who made a regular business of sexual exploitation;” there is no mention of girls or women in the law cited at 1. 13.

While on the subject of brothels, incidentally, I am not wholly convinced by the argument that the existence of the *pornikon telos* indicates equal state-support for the practice of both male and female prostitution.⁶² The fact that an activity is taxed does not necessarily indicate that it has the full support of the law, as was noted in a recent UK case where a defendant sought unsuccessfully to appeal against her income tax assessment by pleading that prostitution did not have all the legal characteristics of a trade and could not therefore be taxed as trading income.⁶³ We do have one passage from comedy which describes the purchase of cheap female prostitutes as a populist measure on the part of Solon,⁶⁴ but it is hard to know what to make of this; nor of the rules capping the charges for flute-girls,⁶⁵ which could have been designed to focus on situations where sexual competition could generate undesirable levels of street-brawling.

One might at first sight seek to explore issues of gender differentiation via the strikingly different way in which Lysias describes the sex-objects in a matching pair of speeches: Theodotos, the male Plataian in Lys. 3, is repeatedly named, whereas the woman in Lys. 4 is not simply never identified by name – and I doubt if this anonymity can be seen as a mark of respectability of the sort suggested for citizen women by Schaps (1977) – but is referred to repeatedly and disparagingly as a slave prostitute.⁶⁶ But there may be more important issues possibly of civic status and certainly of rhetorical strategy here. For one thing, the woman in Lys. 4 is unquestionably a slave, whereas the status of Theodotos is much less certain. Moreover, whereas the aim in the one speech is to represent Theodotos as an agent whose affections are to be courted (3. 5, 3. 31), the affections of his female counterpart in the other speech are depicted as fickle (4. 8) and the point of interrogating her is simply to determine the factual question of ownership (4. 9). A better parallel to Theodotos might perhaps be Neaira in Dem. 59, a woman who is repeatedly named (albeit disparagingly so), and who has at least some say over her own affairs (in every sense of the word).⁶⁷

To the extent that the law of *hubris* covers issues of sexual assault, it is striking that the formulation quoted by Aiskhines draws few formal distinctions of gender or

⁶² Thus e.g. E. Cohen (2000a: 185-186).

⁶³ “It was submitted that for an activity to be a trade within the Taxes Act, it must have all the attributes of a trade including the right to enter into enforceable contracts, to advertise, to enter into partnership, to employ people and to rent premises; and since it was illegal for a prostitute to do many of these things her activity could not be treated as constituting a trade” (*Inland Revenue Commissioners v Aken* [= the Lindi St Claire case], reported in *Simon’s Tax Cases* [1990] p.497).

⁶⁴ *Dēmotikon pragma*: Philemon, *Adelphoi*, fr. 3, line 7 (Kassel/Austin vii [1989] p. 230) quoted in Athenaios 13. 25 = 13. 569de.

⁶⁵ *Ath.Pol.* 50. 2 and Hyp., *Euxen.*, § 3.

⁶⁶ πόρνης ἀνθρώπου at Lys. 4. 9, πόρνην καὶ δούλην ἀνθρώπων at Lys. 4. 19.

⁶⁷ Though Carey (1992: 16) notes that it is the men who undertake all the negotiations e.g. at Dem. 59. 47, with no apparent reference to Neaira’s wishes.

status for the victim: “boy or man or woman, whether free or slave,”⁶⁸ though it may be that in practice certain types of *hubris* were envisaged as more likely to affect certain categories of victim.⁶⁹ The *dikê biaiôn*, on the other hand, is represented by Lysias as dealing separately first with males (whether man or boy) and then with females (specified categories evidently excluding prostitutes),⁷⁰ but since the penalty in each case is the same, it is not absolutely clear that this differentiation will have been laid down in the text that he has had quoted.

4) Marriage: public and private in Athenian law

One area where there is necessarily clear gender differentiation is of course marriage, but it is perhaps worth emphasising the limited extent to which this was legally regulated. With the exception of the epiklerate, where there were clear issues of public policy (including the protection of citizen girls and the orderly transmission of citizen households), marriage at Athens does not seem to have required any form of legally registered ceremony.⁷¹ In part this may have been because inheritance law at Athens, as at Rome, does not seem to have made spouses into each other’s heirs:⁷² in modern jurisdictions it can be legally important to determine the moment at which a marriage has taken place (e.g. for intestate succession in case one of the parties drops dead during the ceremony), but in the classical world the existence of a marriage is only of legal significance when children become involved, so the moment of marriage is legally much less important than the continuing fact of marriage.⁷³ It is worth noting here that Perikles’

⁶⁸ Aiskh. 1. 15: ἔάν τις ὑβρίζῃ εἰς παῖδα ... ἢ ἄνδρα ἢ γυναῖκα, ἢ τῶν ἐλευθέρων τινὰ ἢ τῶν δούλων.

⁶⁹ The type of *hubris* that Demosthenes claims to have suffered at Meidias’ hands, for instance, relies on his representing himself as a citizen acting in an official public capacity, such that the offence was committed against the *polis*.

⁷⁰ Lys. 1. 32: ἔάν τις ἄνθρωπον ἐλεύθερον ἢ παῖδα αἰσχρόνῃ βία, διπλὴν τὴν βλάβην ὀφείλειν· ἔάν δὲ γυναῖκα, ἐφ’ αἴσπερ ἀποκτείνειν ἕξεσθιν, ἐν τοῖς αὐτοῖς ἐνέχεσθαι (“if anybody indecently assaults a free man or boy, he shall pay twice the damages; but if he assaults a woman, in those categories where the death-sentence is applicable, he shall be liable to the same penalty”).

⁷¹ I am not of course denying that there were rituals, but rather that there was any form of state registration of such rituals. Given the extent to which recent scholarship has highlighted the rôle of the phratry in the Athenian *polis*, however, it is worth noting the extent to which custom and practice seems to have dictated that the bridegroom should mark his wedding with a feast for his phratry-members: Isaios 3. 76, 79; 8. 18, 20; Dem. 57. 43, 69.

⁷² A question to which I am not sure that an answer can be given: the dowry certainly gets returned to the wife’s agnates in case of divorce, but who gets it if she dies without children?

⁷³ Hart (1963: 39) emphasises the oddity of how bigamy is treated in English Common Law, by noting that what is penalised is not cohabitation or even pretending to be married, but specifically going through a ceremony of marriage. I suspect, however, that he may be underplaying the rôle of Christian sacramental theology as a historical

citizenship law of 451/0 (even on a conventional reading) was framed not in terms of banning certain categories of marriage, but rather of restricting the civic status of offspring.⁷⁴ Admittedly this seems to have changed by the time of Apollodoros' case against Neaira in the 340s, but the fact that the law in question speaks of "cohabitation" even when it apparently means "marriage" suggests a certain linguistic and perhaps conceptual awkwardness.⁷⁵

This may be relevant to the vexed question of *moikheia*. I am still not wholly sure what my view is of David Cohen's famous argument that *moikheia* is used in our sources specifically with reference to married women, or in other words that it should be translated as "adultery" rather than "seduction."⁷⁶ There are certainly a lot of attractive features in Cohen's thesis. In particular, he appears to have succeeded in demolishing some of the more implausible arguments of Paoli, whose theory that *moikheia* was an offence against the household led him to believe not simply that it was only *moikheia* if it took place within the house, but also that the right to kill the *moikhos* reflected a residual jurisdiction of the household which remained outside the competence of the *polis*.⁷⁷ This seems to me highly implausible: there are admittedly many areas of life (and death) in which the classical Greek *polis* chose

explanation, which would not have applied in antiquity. It is not clear to me whether we have any evidence as to whether bigamy (or indeed incest) would have been regarded as specifically legal offences (rather than simply as transgressive behaviour) in Athens.

⁷⁴ *Ath.Pol.* 26. 3: μὴ μετέχειν τῆς πόλεως, ὅς ἂν μὴ ἐξ ἀμφοῖν ἀστοῖν ἢ γεγονώς ("that nobody should have a share in the *polis* unless he is born of two *astos*"). The unconventional reading alluded to here is that of E. Cohen (1997 and 2000a: 49-78), for whom the term *astos* denotes not "citizen" but "local," thus transforming Perikles' law from a restrictive measure to an inclusive one permitting full assimilation of second-generation immigrants into the community. Nobody to my knowledge has succeeded in refuting this hypothesis, but I have yet to find anybody who agrees with it.

⁷⁵ Law quoted in Dem. 59. 16: ἐὰν δὲ ξένος ἀστῆ συνοικῆ τέχνη ἢ μηχανῆ ἠτινιοῦν ("if a male *xenos* cohabits with a female *astê* by any manner or contrivance whatever"), paraphrased at 59. 17: ὅς οὐκ ἐᾷ τὴν ξένην τῷ ἀστῷ συνοικεῖν οὐδὲ τὴν ἀστὴν τῷ ξένῳ, οὐδὲ παιδοποιεῖσθαι, τέχνη οὐδὲ μηχανῆ οὐδεμιᾷ ("[the law] does not permit a female *xenê* to cohabit with a male *astos*, nor a female *astê* with a male *xenos*, nor to produce children, by any manner or contrivance"). Compare the difficulty faced by Lys. 1. 31 in finding a single word to denote specifically a wife, for which he has to use the periphrasis *gametê gunê* ("married woman").

⁷⁶ D. Cohen (1984), cf. (1991a: 98-132), tentatively followed by Todd (1993: 277). For some detailed criticisms of this view, see n. 79 below.

⁷⁷ Paoli (1950: 144 = 1976: 270). Carey (1995: 416) does not confront the issue of residual jurisdiction, but notes that there is no basis for Paoli's view that it was only *moikheia* if it took place within the *oikos* (and in fact this is surely disproved by Aristoph. *Thesm.*, 476-89 and esp. *Ekkles.*, 522). This is not to say, of course, that entering the house might not be rhetorically significant, as it is in Lys. 1 (§ 4, § 23, § 25, § 38, § 40), where it reinforces the transgressive nature of Eratosthenes' act. (I have sometimes wondered whether there is a play on "penetration" here, but I am not aware that the word *eiserkhomai* could have sexual connotations.)

not to intervene, but like the mediaeval papacy it seems to have permitted no rival claims to jurisdiction.

Cohen is certainly right to emphasise that the term *moikhos* is not used in the law listing those categories of women whose violation by a man can justify his being killed, and subsequent scholars have indeed emphasised that this law does not appear to differentiate between seduction and rape.⁷⁸ A lot depends on how one interprets the apparent counter-example in Dem. 59. 65-67, where Epainetos is described as *moikhos* at the moment of his capture with Nikarete apparently after her divorce.⁷⁹ But I am beginning to wonder whether the view of marriage that I have been presenting in the final section of this paper, as something in which the law took no very great interest, might if anything be an argument against Cohen's thesis.

Looking at the question overall, I think I am probably coming to agree with the consensus of recent scholars for whom sexuality is regarded at Athens as largely a private matter in which the law did not choose to concern itself, except and unless issues of public policy were involved. But of course what constitutes the boundary between public and private is always open to negotiation.

BIBLIOGRAPHY

- Blass, F. (1887), *Die attische Beredsamkeit*. Vol. 1, ed.². Leipzig.
- Bushala, E.W. (1968), "Torture of Non-Citizens in Homicide Investigations," *GRBS*, 9: 61-68.
- Cairns, F. (2002), "The civic status of Theodotos in Lysias 3," *Emerita*, 70. 2: 197-204
- Cantarella, E. (1989), "L'omosessualità nel diritto ateniese," in G. Thür, ed., *Symposion 1985: Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte*, pp. 153-175. Cologne/Vienna.
- Cantarella, E. (1992), *Bisexuality in the Ancient World*. New Haven.
- Carey, C. (1992), *Greek Orators, vol. 6: Apollodoros, Against Neaira ([Demosthenes] 59)*. Warminster.
- Carey, C. (1995), "Rape and Adultery in Athenian Law," *CQ*, 45. 2: 407-17.
- Carey, C. (2000), *Aeschines*. Translation with introductions and notes. (*The Oratory of Classical Greece* series.) Austin, Texas.
- Cohen, D. (1984), "The Athenian Law of Adultery," *RIDA*, 31: 147-65.

⁷⁸ Text in Dem. 23. 53. Absence of clear differentiation between adultery and rape: Omitowaju (2002). For the claim at Lys. 1. 32-33 that Athenian law regarded seduction more seriously than rape, see variously Cole (1984: esp. 103-104), Harris (1990) and Carey (1995).

⁷⁹ For challenges to Cohen on this point, see e.g. Carey (1995: 408 with n. 3) and Omitowaju (2002: 78-79).

- Cohen, D. (1987), "Law, Society and Homosexuality in Classical Athens," *Past & Present*, 117: 3-21.
- Cohen, D. (1991a), *Law, Sexuality and Society: the enforcement of morals in classical Athens*. Cambridge.
- Cohen, D. (1991b), "Sexuality, Violence, and the Athenian Law of *Hubris*," *G&R*, 38: 171-188.
- Cohen, E.E. (1997), "The *Astoi* of Attika: Nationality and Citizenship at Athens," in G. Thür/J. Vélissaropoulos-Karakostas, eds., *Symposion 1995: Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte*, pp. 57-95. Cologne/Vienna.
- Cohen, E.E. (2000a), *The Athenian Nation*. Princeton.
- Cohen, E.E. (2000b), "'Whoring under contract': the legal context of prostitution in fourth-century Athens," in Hunter, V.J./Edmondson, J., eds. (2000), *Law and Social Status in Classical Athens*, pp. 113-148. Oxford.
- Cole, S.G. (1984), "Greek Sanctions against Sexual Assault," *Classical Philology* 79: 97-113.
- Davidson, J. (1997), *Courtesans and Fishcakes*. London.
- Dobree, P.P. (1874), *Adversaria*, pp. 172-262. Berlin.
- Dover, K.J. (1978), *Greek Homosexuality*. London.
- Fisher, N.R.E. (2001), *Aeschines Against Timarchos: introduction, translation and commentary* (Clarendon Ancient History series). Oxford.
- Gagliardi, L. (forthcoming), "The Athenian procedure of *dokimasia* of orators: a response to Douglas M. MacDowell," in R. Wallace, ed., *Symposion 2001: Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte*.
- Halperin, D.M. (1990), *One Hundred Years of Homosexuality, and other essays on Greek love*. New York/London.
- Hansen, M.H. (1974), *The Sovereignty of the People's Court in Athens in the Fourth Century B.C. and the Public Action against Unconstitutional Proposals*. Odense.
- Hansen, M.H. (1987), *The Athenian Assembly in the Age of Demosthenes*. Oxford.
- Harris, E.M. (1990), "Did the Athenians Regard Seduction as a Worse Crime than Rape?" *CQ*, 40: 370-377.
- Hart, H.L.A. (1963), *Law, Liberty and Morality*. New York.
- Lane Fox, R. (1994), "Aeschines and Athenian democracy," in Osborne, R.G./Hornblower, S., *Ritual, Finance, Politics: Athenian democratic accounts presented to David Lewis*, pp. 135-155. Oxford.
- MacDowell, D.M. (2000), "Athenian laws about homosexuality," *RIDA*, ser. 3, vol. 47 = 55: 13-27.
- MacDowell, D.M. (forthcoming), "The Athenian procedure of *dokimasia* of orators," in R. Wallace, ed., *Symposion 2001: Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte*.
- Omitowaju, R. (2002), *Rape and the Politics of Consent in classical Athens*, Cambridge.

- Osborne, M.J. (1981-83), *Naturalization in Athens*. 4 vols. in 3. Brussels.
- Paoli, U.E. (1950), "Il reato di adulterio (μοιχεία) in diritto attico," *SDHI*, 16: 132-182, repr. in Paoli, *Altri studi di diritto greco e romano* (1976), pp. 251-307. Milan.
- Ste Croix, G.E.M. de (1972), *The Origins of the Peloponnesian War*. London.
- Schaps, D.M. (1977), "The Women Least Mentioned: etiquette and women's names," *CQ*, 27: 323-330.
- Todd, S.C. (1993), *The Shape of Athenian Law*. Oxford.
- Wallace, R.W. (1998), "Unconvicted or Potential 'Atimoi' in Ancient Athens," *Dike*, 1: 63-78.
- Winkler, J.J. (1990), *The Constraints of Desire: the anthropology of sex and gender in ancient Greece*. New York/London.
- Worthington, I. (1992), *A Historical Commentary on Dinarchus*. Ann Arbor.

LORENZO GAGLIARDI (MILANO)

RISPOSTA A STEPHEN TODD

Le ricerche sul tema della sessualità dei Greci sono rimaste sporadiche e scarse di numero fino alla pubblicazione del famoso libro di Dover nel 1978¹. Da allora si è aperto un considerevole dibattito. In questo contesto di studi si colloca la relazione di Stephen Todd, che, come il suo autore preliminarmente avverte, non contiene nuove ipotesi ricostruttive, ma si limita a presentare alcune riflessioni, che mirerebbero a consentire di tirare le fila su svariati punti intorno ai quali si articolano le discussioni degli studiosi. Allo stesso obiettivo si cercherà di improntare anche questa breve replica, nella quale troveranno spazio alcune considerazioni sistematiche, unitamente a riflessioni più di dettaglio.

1. – Il primo aspetto che vorrei affrontare è quello del rapporto tra la legge e l'omosessualità maschile ad Atene. Assai frequentemente si sostiene in dottrina l'esistenza di leggi ateniesi riguardanti l'omosessualità, soprattutto sulla base delle informazioni contenute nella *Contro Timarco*. Mi riferisco in modo peculiare all'articolo pubblicato recentemente da MacDowell con il titolo *Athenian Laws about Homosexuality*², ma già il libro di Dover sulla *Greek Homosexuality* conteneva un capitolo intitolato "The law". In realtà, un tale approccio, dal quale, tuttavia, a mio avviso correttamente Todd si discosta, presta il fianco a qualche rilievo.

Alla lettura dell'orazione di Eschine, si nota che l'oratore classificava le leggi, che egli citava, in tre categorie³.

Alla prima, appartenevano le leggi che (1) regolavano l'accesso alle scuole e ai ginnasi (orari di apertura, età degli individui ammessi)⁴, che (2) vietavano lo sfruttamento della prostituzione di minori e donne⁵ e che (3) punivano l'*hybris* verso chiunque (il riferimento alla *hybris*, in questo contesto, è da intendersi ovviamente

¹ K.J. Dover, *Greek Homosexuality*, London 1978 (trad. it. di M. Menghi, *L'omosessualità nella Grecia antica*, Torino 1985).

² *RIDA.*, 3^{ème} s., 47 (2000), 13-27.

³ Aeschin. 1.7.

⁴ Aeschin. 1.9-14.

⁵ Aeschin. 1.14.

limitato esclusivamente alla sfera sessuale)⁶. Poi Eschine citava la legge sulla *graphe hetaireseos*⁷ e, infine, quella sulla *dokimasia rhetoron*⁸.

Queste ultime due leggi riguardavano i cittadini che si prostituivano: la prima prevedeva la pena di morte; la seconda, una forma di *atimia* parziale che escludeva il condannato dal prendere la parola in assemblea. Di esse si è discusso nel corso del Symposium 2001. MacDowell aveva allora sostenuto⁹ che vi fosse un'incoerenza di sistema tra le due norme, attesa la differenza tra le due pene da esse previste. Io ebbi invece ad affacciare l'ipotesi¹⁰ che le due leggi riguardassero fattispecie diverse: la legge sull'*hetairisis* avrebbe riguardato soggetti che, dopo essersi prostituiti, avessero svolto vita politica attiva. La legge sulla *dokimasia* avrebbe invece consentito di impedire preventivamente a un prostituito di svolgere vita politica¹¹.

In relazione a questo insieme di leggi, l'omosessualità era certo un elemento tenuto in considerazione dal legislatore. Purtroppo, mi sembrerebbe erroneo pensare che tali leggi avessero a oggetto l'omosessualità. Mi parrebbe preferibile ritenere che le tre leggi della prima categoria riguardassero la prevenzione e la punizione della violenza (in special modo, con riferimento all'ambito sessuale) e che le altre riguardassero invece la prostituzione. L'omosessualità era presente, implicitamente, solo come qualificazione di fatto delle specie di illeciti che si intendevano considerare¹².

Nelle leggi su *graphe hetaireseos* e su *dokimasia* ciò è particolarmente evidente. In esse si considerava la prostituzione dal punto di vista delle sue conseguenze: la perdita dei diritti politici (e, quindi, la pena di morte, in caso di esercizio di quei diritti che si sono perduti). È evidente che da una siffatta prospettiva al legislatore non interessava la posizione delle donne, ma solo quella degli uomini, i soli che avessero diritti politici. È anche evidente che se un uomo si prostituiva lo faceva nei confronti di un altro uomo e non di una donna. Di qui, la rilevanza dei rapporti

⁶ Aeschin. 1.15-17 (e, in parte, 18).

⁷ Aeschin. 1.19-21 (e, in parte, 22).

⁸ Aeschin. 1.22-32.

⁹ D.M. MacDowell, *The Athenian Procedure of "Dokimasia" of Orators*, in *Symposium 2001*, in corso di stampa.

¹⁰ L. Gagliardi, *A Response to Douglas M. MacDowell*, *ivi*.

¹¹ Todd non si è espresso a proposito di questo dibattito e sul punto ha solo giustamente negato che la legge sulla *graphe hetaireseos* riguardasse i *meirakia* e la legge sulla *dokimasia* attinesse agli adulti (come invece le premesse di Eschine – 1.7 – alla considerazione dei tre tipi di leggi potrebbero lasciare pensare; ma si tratta di un'incongruenza interna all'orazione: mi sembra innegabile che tanto l'una quanto l'altra legge si applicasse ad adulti).

¹² Possiamo rafforzare l'assunto con un'altra considerazione esemplificativa: Solone era stato autore di una legge sulla violenza sessuale alle donne: chi violentava una donna, doveva pagare cento dracme (Plut. *Sol.* 23.1). Nessuno direbbe mai che si trattava di una legge sull'eterosessualità: era ovviamente una legge sulla violenza sessuale.

omosessuali. Ma questo non cambia l'oggetto della legge, che rimane la prostituzione (maschile).

Per quanto riguarda le altre leggi, quelle della prima categoria di Eschine, la prima di esse mirava a proteggere i fanciulli da relazioni sessuali che non rispondessero a certi canoni educativi. Questi fanciulli stavano nei ginnasi, dove non si trovavano invece le fanciulle o le donne. Anche qui era inevitabile che la legge si riferisse all'omosessualità, ma non intendeva disciplinarla. Piuttosto, voleva regolamentare e tutelare l'educazione dei fanciulli, che era condotta in un ambiente pederastico, affinché fossero rispettate determinate regole¹³. Quanto infine alle altre due leggi di questa categoria, esse erano a loro volta protettive: dal lenocinio e dall'*hybris*. Una legge vietava e puniva la prostituzione di fanciulli e di donne; l'altra proibiva l'*hybris* tanto nei confronti di uomini, quanto nei confronti di donne, fossero di *status* libero o servile. In questi casi, l'omosessualità era contemplata così come lo era l'eterosessualità.

2. – Il secondo punto che vorrei toccare riguarda la discussa legge sull'*hybris* citata da Eschine (1.15). In vari testi antichi¹⁴ è indicato – e, d'altronde, la dottrina moderna¹⁵, nelle linee generali, concorda – che l'*hybris* (pur da Eschine non definita) costituiva, in ambito sessuale, una qualche forma di offesa, sicuramente consistente quantomeno in una certa violenza nell'atteggiamento e in una coercizione a rapporti non consensuali. C'è dissenso in relazione alla questione se altri comportamenti, diversi dalla violenza, ricadessero nel concetto di *hybris* in materia sessuale.

Questo tema è stato particolarmente affrontato da David Cohen, sulle cui ipotesi si possono proporre alcune riflessioni. Secondo D. Cohen, *hybris* era qualsiasi atto sessuale, che recasse disonore a qualcuno, quand'anche vi fosse il consenso della persona, nei cui confronti l'atto sessuale era rivolto. L'autore ha rivolto le sue considerazioni ai rapporti etero- e a quelli omosessuali.

Circa i rapporti eterosessuali, egli ha ricordato che in relazione alla *mocheia* si legge nelle fonti che l'amante di un'adultera commetteva *hybris* oltreché verso il

¹³ E. Cantarella, *Secondo natura*, Milano 1995², 35ss.

¹⁴ Li si trovano indicati in D. Cohen, *Sexuality, Violence and the Law of "Hybris"*, in *G&R*. 38 (1991), 171-188, part. 175. Il più chiaro è Plat. *leg.* 874c4. Non citerei invece a questi propositi Dinarco *Dem.* 23 (come fa Cohen, *op. cit.*, 180, 184), in relazione al caso di Menone, il mugnaio giustiziato perché aveva tenuto segregato nel suo mulino un ragazzo libero di Pellene. Difetta ai miei occhi la prova che il fatto fosse correlato a rapporti sessuali tra Menone e il ragazzo. Più probabilmente, il ragazzo era fatto lavorare come uno schiavo. In ogni caso, come pur Cohen, *op. cit.*, 180, riconosce, di *hybris* non si parla in relazione alla vicenda del mugnaio, ma solo in relazione alla seguente citata dall'oratore.

¹⁵ Vd. D.M. MacDowell, "*Hybris*" in *Athens*, in *G&R*. 23 (1976), 14-31. Vd. anche, più cauto, C. Hindley, *Law, Society and Homosexuality in Classical Athens*, in *P&P*. 133 (1991), 167-183.

marito di lei, anche verso la donna stessa¹⁶, nonostante che in questo caso non ci fosse violenza, ma consenso da parte di lei. Ciò appare vero¹⁷ e la parola *hybris* sembra al proposito utilizzata nella sua accezione tecnica, tanto che l'atteggiamento "hybristico" dell'offensore rendeva quest'ultimo assoggettabile a un'azione giudiziaria: certamente la *graphe moicheias*, mentre non vi sono testimonianze di un ricorso alla *graphe hybreos* per casi del genere¹⁸ (per quanto l'opinione dell'ammissibilità di un ricorso a tale azione sia assai diffusa in dottrina¹⁹). La ragione per cui, pur essendovi il consenso della donna, si poteva parlare di un'*hybris* nei suoi confronti, mi pare potrebbe spiegarsi col fatto che la *moicheia* era percepita come un reato commesso contro l'*oikos*, che ne era offeso e oltraggiato, risultandone contaminata la purità sacrale e venendo frustrata la procreazione di prole legittima²⁰. Se questo è esatto, l'*hybris* verso la donna derivava allora, necessariamente, dal suo esser parte dell'*oikos*.

Per quanto concerne i rapporti omosessuali, D. Cohen ha espresso l'opinione, secondo cui da svariate testimonianze²¹ si dovrebbe dedurre che colui che pagava i

¹⁶ D. Cohen, *Sexuality*, cit., 175s. Secondo D. Cohen (cfr. *The Athenian Law of Adultery*, in *RIDA.*, 3^{ème} s., 31 [1984], 147-165; *Law, Sexuality and Society*, Cambridge 1991, 98-132), si aveva *moicheia* solo se il rapporto sessuale era con donna sposata (diversa dalla propria moglie). L'opinione tradizionale (riferita dallo stesso Cohen, *The Athenian Law*, cit., 148, con bibliografia), che pare ancora preferibile, è che potesse integrare il reato di *moicheia* un rapporto sessuale con qualunque donna libera (secondo alcuni [U.E. Paoli, *Il reato di adulterio ("moicheia") in diritto attico*, in *SDHI.* 16, 1950, 123-182, part. 126, 137ss.]: a partire dal 451-450, libera e cittadina ateniese) diversa dalla propria moglie o concubina, purché non fosse una prostituta.

¹⁷ La fonte più significativa è *Lys.* 1.16, ove viene detto che l'adulterio comportava *hybris* verso il marito e verso la moglie (e cfr. anche 1.26, ove si legge che l'adulterio era un *amartema* verso la donna e verso i figli).

¹⁸ Cfr. C. Hindley, *Law*, cit., 170.

¹⁹ A.L.W. Harrison, *The Law of Athens*, I, Oxford 1968, 34ss.; N.R.E. Fisher, "*Hybris*", Warminster 1992, 41. Si vd. anche U.E. Paoli, *Il reato*, cit., 142s., 168, 180, secondo cui, in caso di rapporto sessuale con una cittadina diversa dalla propria moglie o concubina, si aveva semplice *hybris* (con conseguente esperibilità della *graphe hybreos*) se il reato era commesso fuori dalle pareti domestiche; si aveva *moicheia* (e *graphe moicheias*) se vi era violazione dell'*oikos* (diversamente – e preferibilmente – E. Cantarella, *Studi sull'omicidio in diritto greco e romano*, Milano 1976, 145ss.; Id., *L'omicidio legittimo*, in *Diritto greco. Appunti dalle lezioni*, Milano 1994², 235-257, part. 248ss., secondo cui il reato era quello di *moicheia* in entrambi i casi). Continua a essere peraltro poco chiara l'esatta portata generale della *graphe hybreos*, soprattutto nel rapporto con le azioni circonvicine, quali, oltre alla citata *graphe moicheias*, la *dike biaion*, la *dike kakegorias* e la *dike aikeias*. Vd. sul punto E. Ruschenbusch, "*Hybreos graphe*", in *ZSS.* 82 (1965), 302-309; D.M. MacDowell, "*Hybris*", cit., 25.

²⁰ Così, condivisibilmente, U.E. Paoli, *Il reato*, cit., 140.

²¹ Le fonti rilevanti che D. Cohen cita (*Sexuality*, cit., 177s.) sono Arist. *E.N.* 1148b30; Dem. 22.58; Xen. *Mem.* 2.1.30; Aeschin. 1.15 (vd. sul tema anche D. Cohen, *Law, Society and Homosexuality in Classical Athens*, in *P&P.* 117 [1987], 3-21). Non mi paiono rilevanti tre passi della *Contro Timarco*, pur indicati da Cohen, in cui si dice che

servizi di un prostituto commetteva *hybris* nei suoi confronti, nonostante il consenso. Ciò su cui, a mio parere, occorre riflettere, tuttavia, è se, in tali fonti, la parola *hybris* fosse utilizzata nel suo significato tecnico-giuridico e non in un'accezione generica. Aggiungerei che potremmo propendere per la prima alternativa, qualora dimostrassimo che chi pagava un prostituto poteva essere perseguito con un'azione giudiziaria (*graphe hybreos* o altra). Sennonché, su questo punto difettano appigli testuali forti. La sola fonte che potrebbe apparire significativa è Eschine 1.15, in cui si dice che chi faceva violenza a un fanciullo poteva essere perseguito con *graphe hybreos* e si aggiunge che anche chi prendeva a nolo un fanciullo era analogamente considerato commettere *hybris* verso di lui. Sennonché, quest'ultima precisazione non era contenuta nel testo della legge, ma con ogni probabilità costituiva solo un'interpretazione da parte di Eschine²². Tutte le altre fonti citate da D. Cohen non testimoniano che la *graphe hybreos* fosse impiegata contro coloro che si servivano di prostituti.

Da un punto di vista giuridico, allora, la sola certezza che abbiamo è che chi si prostituiva perdeva il diritto di partecipare alla vita politica. La ragione di ciò era nel fatto che egli compiva un'azione molto vergognosa, quale vendere il proprio corpo a un concittadino, e che perciò doveva essere punito, ma in teoria egli aveva compiuto un atto libero e volontario.

In che cosa poteva dunque consistere la *hybris* di chi pagava per i servizi di un prostituto? La risposta si trova a mio avviso se si riflette sul fatto che normalmente la *hybris* era considerata in generale l'atteggiamento proprio di chi era più ricco, più forte e più potente, nei confronti del più povero, del più debole²³. Nel caso della prostituzione, colui che pagava per i servizi sessuali altrui era sicuramente l'individuo prevalente nel rapporto e in un certo senso sfruttava l'altro individuo, che era o fragile moralmente, o rammollito nei costumi, o bisognoso di denaro. E il prostituto, per avere ceduto alla sua debolezza anche una sola volta era in teoria escluso per sempre dalla vita politica. Questa era secondo me la ragione per cui poteva essere definito "hybristico" il comportamento di chi pagava la prestazione del prostituto: perchè lo umiliava.

Ora, l'umiliazione e la *hybris* corrispondente erano sicuramente percepite da tutti, nell'ambito della sfera morale e di quella sociale: chi si serviva abitualmente di prostituti era ritenuto un individuo dalla scarsa moralità e uno sfruttatore dei più deboli. Come detto, tuttavia, che egli fosse perseguito in giudizio con la *graphe hybreos*, sebbene forse teoricamente ammissibile, doveva essere praticamente impossibile e, comunque sia, non è documentato.

Timarco, prostituendosi, vendette il suo corpo alla *hybris* (1.29), o commise *hybris* su se stesso (1.108 e 185): si tratta di affermazioni generiche e poco significative dal punto di vista giuridico.

²² Cfr. N.R.E. Fisher, "Hybris", cit., 41s.

²³ D.M. MacDowell, "Hybris", cit., 15ss.

3. – Un'altra tematica, che offre spunti di riflessione, si prospetta in relazione al dubbio, che si trova nella dottrina moderna, se la prostituzione maschile ad Atene fosse lecita o illecita.

Todd sostiene che “the core of Athenian regulations dealing with homosexual prostitution were aimed not at criminalising the activity itself, but rather at regulating the activities of prostitutes”. E aggiunge che “the only consequences seem to have been prohibitory rather than penal”²⁴.

Tali affermazioni si inseriscono in un dibattito dottrinale ampio, al quale importanti contributi sono stati recentemente recati anche da Edward Cohen, le cui considerazioni vale qui la pena di commentare.

Ed Cohen ha cercato di dimostrare che “the sale of sexual services by both men and women, including citizens, was a commonplace and lawful aspect of Athenian life”²⁵. Il punto centrale del suo argomento è che, come si legge nella *Contro Timarco* (165), ad Atene era frequente che gli uomini che si prostituivano ricorressero a un contratto scritto (*syngraphe*)²⁶. Conferma dell'esistenza di accordi (non scritti, ma alla presenza di testimoni) si ricava inoltre da Lys. 3.22 (*synthekai*)²⁷. Da Eschine 1.165 Ed Cohen ha poi potuto desumere che nei tribunali ateniesi frequentemente si chiedeva di produrre la documentazione scritta che la tal persona si era prostituita²⁸. Da Eschine 1.119 ha invece rilevato che ogni anno la Bulè dava in appalto agli esattori la tassa sulla prostituzione, segno che esistevano liste di prostituti/e²⁹. Cohen ha poi rilevato che in molti casi è attestata la prostituzione di uomini e donne ateniesi³⁰. Da qui la conclusione che anche la prostituzione maschile sarebbe stata una pratica del tutto lecita. Sarebbe dunque solo colpa di “[c]ontemporary Western thought and governmental regulation”, se si continua a vedere la prostituzione “as morally degenerate”³¹. Al contrario, “consensual arrangements for sexual services did not evoke moral outrage at Athens”³².

Sulla correttezza di una tale complessiva ricostruzione mi sembra possibile sollevare alcune perplessità. In primo luogo, si può constatare quante volte nella

²⁴ S. Todd, *Regulation of Sexuality in Athenian Law*, §§ 1-2.

²⁵ E. Cohen, “Whoring Under Contract”: *The Legal Context of Prostitution in Fourth-Century Athens*, in V. Hunter, J. Edmondson eds., *Law and Social Status in Classical Athens*, Oxford 2000, 113-147, part. 115 (la sottolineatura è mia).

²⁶ E. Cohen, *Whoring*, cit., 129.

²⁷ E. Cohen, *Whoring*, cit., 127s.

²⁸ E. Cohen, *Whoring*, cit., 129.

²⁹ E. Cohen, *Whoring*, cit., 131s.

³⁰ Sul punto, in part., E. Cohen, *The Athenian Nation*, Princeton 2000, 167ss. e nt. 66.

³¹ E. Cohen, *Whoring*, cit., 130.

³² E. Cohen, *Whoring*, cit., 131. A sostegno di ciò egli aggiunge che “Attic law ... mandated the recognition of ‘whatever arrangements either party willingly agreed upon with the other’” (ma occorre notare che egli cita al proposito passo di Dem., 56.2, che è di senso generale e non riferito alla prostituzione).

Contro Timarco Eschine dica che il suo avversario si è disonorato, per avere venduto se stesso e il suo corpo³³. Inoltre, non bisogna trascurare l'esistenza di quelle leggi, che abbiamo citato, per cui il cittadino ateniese che si fosse prostituito, se avesse cercato di prendere parte all'assemblea, avrebbe potuto essere bloccato, condannato e dichiarato *atimos* e se avesse svolto attività politica avrebbe potuto essere condannato a morte. Prostituirsi era dunque più che semplicemente vergognoso dal punto di vista morale. Aveva conseguenze negative in base alla legge.

Ed Cohen cerca di sminuire tali conseguenze, fondandosi su Eschine 1.195: "(Giudici,) ordinate a coloro che hanno disonorato il proprio corpo di non importunarvi oltre e di smettere di parlare davanti all'assemblea, poiché la legge si occupa della condotta non dei privati cittadini, ma degli uomini politici". Secondo Cohen, "Aiskhines contends to an audience of Athenian jurors that there would be only limited impact from enforcement of the laws precluding political activity by those who had engaged in proscribed activities"³⁴. Eschine, in realtà, diceva una cosa diversa. Egli si riferiva al fatto che, secondo le leggi attiche, il cittadino avrebbe potuto prostituirsi, ma, in tal caso, avrebbe dovuto accettare di essere fuori per sempre dalla vita politica, perché, in caso contrario, sarebbe stato condannato e dichiarato *atimos*.

La prostituzione aveva dunque conseguenze per così dire intermedie fra il "del tutto lecito" e il "del tutto illecito", comportando una sanzione, che consisteva in uno stato di *atimia* implicita e automatica (che possiamo chiamare *atimia "ipso iure"*³⁵), che non sarebbe stata dichiarata e che per l'individuo non avrebbe avuto conseguenze, se egli si fosse mantenuto a condurre vita privata. Essa sarebbe invece diventata rilevante e avrebbe potuto essere dichiarata, qualora egli avesse agito in politica. A questo intendeva riferirsi Eschine nel passo citato, e non invece al fatto che le leggi su *dokimasia* e su *graphe etaireseos* riguardassero solo gli uomini politici e che pertanto avessero un *limited impact* sulla società. Tutti erano uomini politici nel momento in cui parlavano nell'assemblea³⁶. Presumiamo che, normalmente, coloro che si prostituivano fossero persone che non avevano l'intenzione di agire mai in ambito politico e spesso fossero professionisti della prostituzione.

³³ Aeschin. 1.29, 108, 185.

³⁴ E. Cohen, *The Athenian Nation*, cit., 173.

³⁵ Cfr. U.E. Paoli, *Studi di diritto attico*, Firenze 1930, 328-334. Una prospettiva dogmatica lievemente diversa, seppur, forse, sostanzialmente non inconciliabile, è quella di R.W. Wallace, *Unconvicted or Potential "Átimoi" in Ancient Athens*, in *Dike* 1 (1998), 63-78.

³⁶ Vd. sul tema i lavori di M.H. Hansen, *The Athenian "Politicians", 403-322 B.C.; "Rhetores" and "Strategoí" in Fourth-Century Athens; The Number of "Rhetores" in the Athenian "Ecclesia"*, 355-322 B.C., ora in *The Athenian Ecclesia II*, Copenhagen 1989, 1-23, 25-33, 93-125.

Per questo probabilmente avevano contratti scritti con i clienti più frequenti ed erano iscritti in liste ai fini delle tasse. E probabilmente tali liste agevolavano anche l'esigenza pubblica di conoscere chi si era prostituito e quindi doveva condurre vita privata. Ma, naturalmente, come dal testo della *Contro Timarco* si può desumere³⁷, un individuo si prostituiva anche senza contratti scritti e senza essere incluso in lista alcuna.

A ciò si aggiunga che quando Eschine parlava dei contratti dei prostituti, sottolineava marcatamente che l'uso che di essi si faceva in giudizio era solo quello di produrli per smascherare chi li aveva sottoscritti e quindi si era prostituito. Precisava che mai e poi mai si sarebbe potuto agire in giudizio con un'azione di inadempimento contrattuale, sulla base di essi³⁸.

³⁷ Aeschin. 1.160 e 165 in fine.

³⁸ Aeschin. 1.160-164.

DOUGLAS M. MACDOWELL (GLASGOW)

MINING CASES IN ATHENIAN LAW

The silver mines in the Laureion district of south-east Attika formed an important part of the Athenian economy, but the surviving evidence about them is not easy to interpret. Modern study began with Boeckh and, after other nineteenth-century contributions, reached its apogee in Ardaillon's book, published in 1897.¹ The most significant contribution of the twentieth century was the mining leases inscribed on stone by the officials called *poletai*, the sellers of state property; these were published by Crosby² and discussed at length by Hopper.³ The inscriptions have thrown much light on the system used for leasing the mines, but not much on the relevant legal proceedings. The best account of Athenian mining law and legal procedure is still Ardaillon's,⁴ but since a century has passed since its appearance, I think it is time to present some of his points afresh and add a few others of my own.

The literary evidence for legal proceedings, including references in the later lexica, is probably all related to the second half of the fourth century BC, and the inscriptions of the leases all date from the period between 367 and 300. Consequently my comments about the legal proceedings all refer to that period; we cannot say how far the same procedures were used in earlier times.

Before coming to the legal actions I must first explain briefly the principles of tenure of the mines. This used to be a very controversial subject, but since Crosby's publication of the inscriptions and Hopper's discussion of them it seems to be generally agreed that the mines were all regarded as belonging to the state, which let them on lease to the individuals operating them.⁵ This was true even when the surface of the ground above a mine was the private property of an individual citizen. A few bits of evidence have in the past been thought to show that privately owned

¹ Edouard Ardaillon, *Les Mines du Laurion dans l'antiquité* (Paris, 1897).

² Margaret Crosby, "The Leases of the Laureion Mines," *Hesperia* 19 (1950) 189-312, and "More Fragments of Mining Leases from the Athenian Agora," *Hesperia* 26 (1957) 1-23. The texts have been republished with minor revisions by Merle K. Langdon, "Poletai Records," *The Athenian Agora* 19 (1991) 53-143.

³ R.J. Hopper, "The Attic Silver Mines in the Fourth Century B.C.," *BSA* 48 (1953) 200-54, and "The Laurion Mines: A Reconsideration," *BSA* 63 (1968) 293-326. On the social and economic significance of the mines see also Robin Osborne, *Demos: The Discovery of Classical Attika* (Cambridge, 1985) 111-26.

⁴ Ardaillon, *Les Mines* 200-9.

⁵ For discussion of the prices see Hopper, *BSA* 48 (1953) 224-39; K.M.W. Shipton, "The Prices of the Athenian Silver Mines," *ZPE* 120 (1998) 57-63.

mines also existed, the most significant being a passage of Hypereides which tells us that a jury decided that a certain mine was ἴδιον.⁶ But it is now generally agreed that this expression can mean simply that Epikrates was the lessee of the mine, not that he owned it outright, and there is no clear evidence that any mines were owned outright by private individuals.⁷ Distinct from a mine (μέταλλον) was a workshop (ἐργαστήριον), which was a building or area on the surface for processing ore obtained from a mine.⁸ A workshop was owned by an individual, not by the state.

If we accept that all mines belonged to the state, it naturally follows that anyone who opened up a new mine, even if it was under land belonging to himself, was required to report it to the authorities and pay the appropriate rent for it. It is also likely that sometimes a man who dug a shaft and found a vein of silver under his own land, or perhaps in a rough area not farmed by anyone, might avoid reporting it, so as to be able to keep the silver without paying the rent. This explains one kind of legal action mentioned by Hypereides and the lexica.

Hyp. *Eux.* 34: Τείσιδος ... ὑπισχνουμένου τὴν Φιλίππου καὶ Ναυσικλέους ἀπογράψειν, καὶ λέγοντος ὡς ἐξ ἀναπογράφων μετάλλων πεπλουτήκασι ...

"When Teisis promised to list the (sc. property) of Philippos and Nausikles, and said that they had got rich from unregistered mines ..."

Names of Cases (Δικῶν ὀνόματα, Bekker *Anecdota Graeca* 1) 184.27-8: ἀγράφου μετάλλου διὰ τῶν λάθρα ἐργαζομένων ἀργύριον εἰσήγοντο οἱ συγγινώσκοντες.

"For an unregistered mine, those who shared knowledge of it were brought in (sc. to court) by those working silver secretly."

Phot. *Lex.* α 255: ἀγράφου μετάλλου δίκη· οἱ τὰ ἀργύρεια μέταλλα ἐργαζόμενοι, ὅπου βούλονται καινοῦ ἔργου ἄρξασθαι, φανερόν ἐποιοῦντο τοῖς ἐπ' ἐκείνοις τεταγμένοις ὑπὸ τοῦ δήμου καὶ ἀπεγράφοντο τοῦ τελεῖν ἕνεκα τῷ δήμῳ εἰκοστὴν τετάρτην τοῦ καινοῦ μετάλλου. εἴ τις οὖν ἐδόκει λάθρα ἐργάζεσθαι μέταλλον, τὸν (μὴ) ἀπογραψάμενον ἐξῆν τῷ βουλομένῳ γράφεσθαι καὶ ἐλέγχειν.

"Case of an unregistered mine: men working the silver mines, wherever they wanted to open up new work, declared it to those appointed for that purpose by the people, and registered it for payment to the people of a twenty-fourth of the new mine. If anyone was found to be working a mine secretly, anyone who

⁶ Hyp. *Eux.* 36 ἔγνωσαν ἴδιον εἶναι τὸ μέταλλον, regarded as proof of private ownership by J.H. Lipsius, *Das attische Recht und Rechtsverfahren* (Leipzig, 1905-15) 311 note 8.

⁷ Hopper, *BSA* 48 (1953) 206-7; A.R.W. Harrison, *The Law of Athens* 1 (Oxford, 1968) 203 note 1.

⁸ On the nature of an ἐργαστήριον for a silver mine see Crosby, *Hesperia* 19 (1950) 194-5.

wished was allowed to prosecute him who had not registered it, and to prove him guilty.”

The entry in the *Souda* lexicon α 345 is identical.

In all these passages it is clear that it was an offence to operate a mine which had not been registered with the proper authorities, presumably the *poletai*. Hypereides uses the adjective *ἀναπόγραφος*, the lexicographers *ἄγραφος*, but there is no need to imagine a distinction of meaning between those two words; they are just synonyms meaning “unregistered.” But we should distinguish *ἀπογράφω* from *ἀπογράφομαι*: the middle voice is regularly used in the inscriptions for registering a mine for one’s own use, but the active voice denotes a method of public prosecution. Prosecution by *apographe* (listing) involved submitting a list of property which the prosecutor asserted should be forfeited to the state.⁹ If it is correct that this procedure was used to prosecute for an unregistered mine, presumably the prosecutor would list items of the defendant’s property or money equal in value to the amount of silver which he was alleged to have obtained from the mine illegally. In the particular case mentioned by Hypereides, Teisis, alleging that unregistered mines were the sole source of the wealth of Philippos and Nausikles, may have threatened to list the whole of their property. However, Photios does not call prosecution for this offence *apographe*, but uses the simple verb *γράφεσθαι*, implying that the method of prosecution was an ordinary *graphe*. The rest of the passage from Photios casts no light on this discrepancy. His reference to “a twenty-fourth” is not to be taken as meaning the penalty on conviction for this offence, but a tax which the defendant had avoided paying; the figure, though, is not mentioned elsewhere and may be an error.¹⁰

As for the *Names of Cases* entry, it does not name the prosecution procedure at all, but seems to be saying that other persons who knew about an unregistered mine (neighbouring farmers, for example) could be brought into the case. How that would happen is obscure. More useful, perhaps, are some passages in the Demosthenic speech *Against Phainippos*. This speech belongs to a case of *antidosis*, but the speaker, whose name is not known, mentions several times an earlier case which he lost.

Dem. 42.3: τὸ τελευταῖον νυνὶ με δεῖ τῇ πόλει τρία τάλαντα καταθεῖναι, τάλαντον κατὰ τὴν μερίδα· μετέσχον γάρ, ὡς μή ποτ’ ὄφελον, κἀγὼ τοῦ δημευθέντος μετάλλου.

“Now finally I have to pay the city 3 talents, a talent for each part; for I too had a share in the confiscated mine – I wish I hadn’t!”

⁹ On *apographe* generally see A.R.W. Harrison, *The Law of Athens* 2 (Oxford, 1971) 211-17, but he does not consider its application to cases of unregistered mines.

¹⁰ Cf. Crosby, *Hesperia* 19 (1950) 203 note 44.

Dem. 42.20: πόλλ' ἐκ τῶν ἔργων τῶν ἀργυρείων ἐγώ, Φαίνιππε, πρότερον αὐτὸς τῷ ἑμαυτοῦ σώματι πονῶν καὶ ἐργαζόμενος συνελεξάμην· ὁμολογῶ. νυνὶ δὲ πλὴν ὀλίγων ἄπαντ' ἀπολώλεκα.

"I previously amassed a substantial amount from the production of silver, Phainippos, by my own physical labour and work; I admit it. But now I have lost it all, except for a little."

Dem. 42.32: καὶ γὰρ εἰ οἰκέτης ὑμῶν, μὴ πολίτης ἦν, ὀρώντες ἄν μου τὴν φιλεργίαν καὶ τὴν εἰς ὑμᾶς εὖνοιαν, ἀνεπαύσατ' ἄν με τῶν ἀναλωμάτων καὶ ἐπὶ τὸν δραπετεύοντα τῶν ἄλλων ἤλθετε. τὸν αὐτὸν τρόπον καὶ νῦν, ἐπειδὴν ἀποτείσω τὰ τρία τάλανθ' ἃ ὦφλον, ...

"For if I had been your servant, not a citizen, on seeing my industriousness and goodwill towards you, you would have relieved me of expenditure and turned to someone else who shirked it. In the same way, as it is, after I pay the 3 talents which I was condemned to pay, ..."

The speaker has been ordered to perform an expensive liturgy, but he claims that he now has little money and Phainippos, who is richer, ought to perform it in his place. He is therefore proceeding against Phainippos by *antidosis*, challenging him either to perform the liturgy or to exchange properties with him. The sentences which I have quoted explain why he has become poor. The reason is that he was condemned to pay a heavy fine in a previous case concerning a silver mine. He says that he worked hard at the mine, but now it has been confiscated and he has been condemned to pay 3 talents to the state. But several things remain obscure.¹¹ He does not explain why the mine was confiscated or why he had to pay a fine. He says that he shared the mine, and the words "3 talents, a talent for each part" imply that he had two partners; but in that case why did he have to pay all three shares of the fine? Clearly he is assuming that the jurors listening to his speech already have some knowledge of the affair concerning the mine; for he speaks of "the confiscated mine" as if it were one of which the jurors were already aware, and he says "I too had a share" implying that the jurors are already aware of the other partners. Perhaps the affair of the mine was one of general notoriety in Athens; perhaps Phainippos had been talking about it in public. I find it intriguing that in 42.32 the speaker imagines himself as a servant of the Athenians, and I wonder whether he was indeed a servant in some sense. One possibility is that the other two partners were prominent men who employed the speaker as manager of the mine, and when they were found guilty on a charge related to the mine they fled from Athens leaving the manager to pay the whole penalty. Then, when Phainippos declares that the manager has got rich on the proceeds from the mine, he retorts that he was not merely an employee of the two partners, as might have been assumed, but was actually a third

¹¹ Cf. Ardaillon, *Les Mines* 186-7.

partner himself, and as the only partner now left in Athens he has been landed with the whole of the fine.

That is just a speculative explanation of the wording of 42.3, and may be wrong. But here I am concerned rather with the legal case against the partners: why was the mine confiscated and a large fine imposed in addition? We cannot say for certain, but the best suggestion is Hopper's,¹² that the mine had not been officially registered; so a prosecution for an unregistered mine was brought by some citizen (Phainippos?) against the men operating it, and when found guilty they had not only to hand the mine over but also to pay a large sum, which may have been the estimated value of the silver which they had already extracted from it. This seems to me the best way of explaining the double character of the penalty: confiscation of the mine and a heavy fine in addition. But if it is right, we should notice that the legal procedure does not look like *apographe*. The speaker talks of a fine of a specified amount which he will have to pay; he does not say that some of his property is being forfeited. That seems to imply that the procedure is *graphe*. So perhaps both procedures, *graphe* and *apographe*, were available for prosecution for an unregistered mine, and we can accept the apparent reference to *graphe* in Photios as well as the reference to *apographe* in Hypereides.

We may next look at the sentences which follow almost immediately in the speech *Against Euxenippos*.

Hyp. *Eux.* 35-6: φήναντος γὰρ Λυσάνδρου τὸ Ἐπικράτους μέταλλον τοῦ Παλληνέως (ὡς) ἐντὸς τῶν μέτρων τετμημένον, ὃ ἠργάζετο μὲν ἤδη τρία ἔτη, μετεῖχον δ' αὐτοῦ οἱ πλουσιώτατοι σχεδόν τι τῶν ἐν τῇ πόλει, ὃ δὲ Λύσανδρος ὑπισχνεῖτο τριακόσια τάλαντα εἰσπράξειν τῇ πόλει (τοσαῦτα γὰρ εἰληφέναι αὐτοὺς ἐκ τοῦ μετάλλου)· ἀλλ' ὅμως οἱ δικασταὶ ... ἔγνωσαν ἴδιον εἶναι τὸ μέταλλον.

“When Lysandros revealed that the mine of Epikrates of Pallene had been cut inside the limits – a mine which he had already been working for three years, and pretty well the richest men in the city were partners in it – and Lysandros promised to exact 300 talents for the city (for that was the amount he said they had obtained from the mine), still the jurors ... decided that the mine was his own.”

In this case, by contrast with the previous one, the legal procedure is clear, and it is the definition of the offence which is obscure. The procedure is clear from the first word, φήναντος, which I have translated “revealed.” This refers to the procedure of *phasis*, which I have discussed previously.¹³

¹² Hopper, *BSA* 48 (1953) 225.

¹³ Douglas M. MacDowell, “The Athenian Procedure of *Phasis*,” *Symposion 1990* (1991) 187-98, with a response by M.H. Hansen on pages 199-201.

In that paper I distinguished three types of *phasis*, and in a more recent paper Wallace has argued that its range was wider still.¹⁴ However, the case of Lysandros and Epikrates clearly belongs to the best known type, in which the prosecutor initiated the action by pointing out some object or property with which an offence had been committed. In this case the property which Lysandros pointed out was a silver mine. Hypereides does not tell us to which magistrates he pointed it out, but we can guess that it was the *poletai*, because they were the officials in charge of leasing mines. But two problems in this passage remain unsolved.

First, there is the definition of the offence. The text says that the mine had been cut *ἐντός τῶν μέτρων*, literally “inside the measures.” Although the word *μέτρον* has a variety of applications, I think we can safely assume that the “measures” of a mine are the definition or limits within which digging should take place. But surely it would be an offence to cut a mine outside, not inside the limits. Many suggestions have been made to explain the phrase, but they are almost entirely unconvincing. The simplest is Cobet’s: he proposed to alter the text by changing *ἐντός* to *ἐκτός*, “outside.” That gives perfect sense, but the objection to it is that virtually the same phrase, *τῶν μέτρων ἐντός*, is used in a sentence of Demosthenes’ speech *Against Pantainetos* (37.36, quoted below) referring to what must be the same offence, although *phasis* is not mentioned there. It is difficult to believe that exactly the same scribal error occurred in both places. But if we keep *ἐντός*, how can that be interpreted to mean cutting a mine beyond the proper limits? Hopper at first suggested that cutting a mine “inside the boundaries” means cutting through them.¹⁵ Later he suggested that it means either cutting down supporting pillars or exceeding some regulation distance between them.¹⁶ It seems to me that, if *ἐντός* is correct, the reference can only be to cutting within the limits of a neighbouring mine.¹⁷ But the sense required is given so exactly by *ἐκτός* that I would not rule out Cobet’s emendation of the text, even though it does mean postulating a coincidence of errors.

The other problem concerns the penalty. In *phasis* the normal penalty on conviction was that the object or property concerned in the offence was confiscated and sold, and the proceeds were divided equally between the successful prosecutor and the public treasury. But clearly the present case was a little different. A mine belonged to the state anyway. Probably Epikrates, if he had lost the case, would have forfeited his lease, but the prospective penalty mentioned by Hypereides is a payment to the state of 300 talents, the total amount which Epikrates and his partners were alleged to have obtained from the mine. The best way to explain this is to assume that, when *phasis* concerned a mine, the property at which it was directed

¹⁴ Robert W. Wallace, “*Phainein* in Athenian Laws and Legal Procedures,” *Symposion 1999* (2003) 167-81, including a brief discussion of mining cases on pages 173-4.

¹⁵ Hopper, *BSA* 48 (1953) 220-1.

¹⁶ Hopper, *BSA* 63 (1968) 306.

¹⁷ For this and other views, see David Whitehead, *Hypereides: The Forensic Speeches* (Oxford, 2000) 248-9.

was not the mine itself but the silver extracted from it. This (or its value in money) is what was confiscated to the state, and – though Hypereides does not mention it – half of it (in this case that would have been 150 talents) was then handed over to the prosecutor.

The measures or limits (μέτρα) of a mine must have been a distance measured horizontally underground from the vertical shaft or other starting-point of the mine. Miners digging a tunnel horizontally, if they went beyond the limits, would not necessarily meet the tunnel of the neighbouring mine (and indeed would gain little by entering a tunnel from which the ore had already been extracted), but would probably be trying to dig down to a lower level not already exploited. I believe therefore that we have further references in the lexica to *phasis* for cutting beyond the limits.

Lex. Cant. 25.15-17:¹⁸ Καϊκίλιος δὲ φάσιν φησὶν εἶναι ἢν κατὰ τῶν τὰ δημόσια μέταλλα ὑπορυττόντων ἀποφέρουσι καὶ καθόλου κατὰ τῶν τὰ κοινὰ κλεπτόντων.

“*Kaikilios says it is phasis which they bring against those digging under public mines, and in general against those stealing public property.*”

Lex. Rhet. (Bekker *Anecdota Graeca* 1) 315.16-18: φάσις· μήνυσις πρὸς τοὺς ἄρχοντας κατὰ τῶν ὑπορυττόντων τὸ μέταλλον, ἢ κατὰ τῶν ἀδικούντων χωρίον ἢ οἰκίαν ἢ τι τῶν δημοσίων.

“*Phasis: denunciation to the magistrates against those digging under a mine, or against those committing offences against land or a building or any public property.*”

The entry in the *Souda* lexicon at the end of φ 125 is similar.

Kaikilios was a rhetorician of the first century BC who wrote important studies of the Attic orators and is likely to have got his information directly from them. Although only one of these lexical entries mentions him by name, both are probably derived from him and through him from some Athenian speech now lost. It appears that in that speech *phasis* was mentioned as the procedure used for an offence called μέταλλον ὑπορύττειν. The verb ὑπορύττω means “dig under” or “undermine,” and the offence of digging under a mine must be that of digging into the area belonging to a neighbouring mine.¹⁹ I suggest that this is simply a different form of words having the same meaning as ἐντὸς (or ἐκτὸς) τῶν μέτρων τέμνειν, and confirms that *phasis* was the procedure used for prosecution for that offence.

¹⁸ *Lexicon Rhetoricum Cantabrigiense*, ed. E.O. Houtsma, reprinted in *Lexica Graeca Minora*, ed. K. Latte and H. Erbse (Hildesheim, 1965) p. 85.

¹⁹ Hopper, *BSA* 48 (1953) 222, takes ὑπορύττειν τὸ μέταλλον to be synonymous with τοὺς μεσοκρινεῖς ὑφελεῖν, but that is a less obvious interpretation of “dig under.”

Another public offence concerning the mines is mentioned in the section on Lykourgos in the *Lives of the Ten Orators* attributed to Plutarch.

[Plu.] *Ethika* 843d-e: ἔκρινε δὲ καὶ Δίφιλον, ἐκ τῶν ἀργυρείων μετάλλων τοὺς μεσοκρινεῖς, οἱ ἐβάσταζον τὰ ὑπερκείμενα βάρη, ὑφελόντα καὶ ἐξ αὐτῶν πεπλουτηκότα παρὰ τοὺς νόμους· καὶ θανάτου ὄντος ἐπιτιμίου ἀλῶναι ἐποίησε, καὶ πεντήκοντα δραχμὰς ἐκ τῆς οὐσίας αὐτοῦ ἐκάστω τῶν πολιτῶν διένειμε, τῶν πάντων συναχθέντων ταλάντων ἑκατὸν ἐξήκοντα· ἢ, ὡς τινες, μῶν.

“(Lykourgos) also put Diphilos on trial because he had removed from the silver mines the pillars which supported the weight above, and had enriched himself from them illegally. The penalty was death; he got him convicted, and distributed 50 drachmas from his property to each of the citizens, the total amount being 160 talents – or, according to some people, a mna.”²⁰

The μεσοκρινεῖς were pillars of the original rock, perhaps containing ore, which had been left in place to support the roof.²¹ Removal of those supports would increase the risk of a collapse of the roof and endanger the lives of those who worked in the mine. Consequently it was regarded as a very serious offence. The word ἐπιτίμιον usually means a penalty fixed by law,²² rather than one assessed by a jury, and so the present passage probably means that there was a law prescribing death, with confiscation of property, as the penalty for removing the pillars from a mine. The text does not say what procedure was used to prosecute for this offence, but it must surely have been a public case of some sort, probably *graphe*.

That completes our information about public prosecutions concerning the mines, but there were also private prosecutions, for Arist. *Ath. Pol.* 59.5 includes μεταλλικὰς in a list of private cases taken into court by the thesmothetai. For details we rely entirely on the speech *Against Pantainetos* (Dem. 37). This is a speech written by Demosthenes for delivery by a man named Nikoboulos in a *paragraphe* trial, probably in 346 BC. Pantainetos was the lessee of a mine and had a workshop (ἐργαστήριον) near the mine with thirty slaves for processing the ore. He did not own the workshop and workmen outright; Nikoboulos and his friend Euergos were the owners (or part-owners), and Pantainetos held the workshop and workmen by lease or “sale with right of redemption” – the terminology and details of the arrangement are difficult and need not be discussed here.²³ Pantainetos failed to pay

²⁰ A total of 160 talents would provide 50 drachmas (half a mna) each for 19200 citizens, or a mna for 9600. The number of citizens at this time is not known, but the latter figure is certainly too low.

²¹ Pollux 3.87. Hopper, *BSA* 48 (1953) 222-3, rejects this definition on grounds which seem inadequate.

²² E.g. Ant. 4.1.4, Lyk. *Leo.* 4, Dem. 18.14.

²³ See Edward M. Harris, “When is a Sale not a Sale? The Riddle of Athenian Terminology for Real Security Revisited,” *CQ* 38 (1988) 351-81.

the rent or interest, and so Euergos, in Nikoboulos' absence abroad, repossessed the workshop and workmen; but Pantainetos then prosecuted Euergos for this and some related incidents, and won the case. He also prosecuted Nikoboulos, after his return to Athens, on the same charge. This was a prosecution for damage (βλάβη, in the sense of causing him financial loss). Much of the charge is quoted in the surviving speech. The following were apparently the principal accusations.

- 1 Nikoboulos ordered his slave Antigenes to seize the money which was to have been taken to the state treasury to pay the rent for Pantainetos' mine, thus causing Pantainetos to incur an additional payment as a debtor to the treasury.
- 2 Nikoboulos sent Antigenes to repossess the workshop and workmen.
- 3 Nikoboulos told the workmen to stop working for Pantainetos.
- 4 Nikoboulos took over the ore in the workshop and kept the silver extracted from it.
- 5 Nikoboulos sold the workshop and workmen to other purchasers, in contravention of the agreement giving Pantainetos the right to buy it.
- 6 There were other accusations involving "assault and insolence and offences of violence and against heiresses" (37.33), but details of these are not given.

Nikoboulos then resorted to the *paragraphe* procedure to try to prevent Pantainetos' prosecution from coming to trial, and the surviving text is his speech arguing that it is illegal. His main argument is that Pantainetos had previously given him release from all charges, but here we are concerned with his secondary argument, which is that some of Pantainetos' accusations are ones which should have been taken to different magistrates, not to the thesmothetai who were the magistrates responsible for mining cases. He calls for the mining law (τὸν μεταλλικὸν νόμον) to be read out. The text of the law is not preserved, but after it is read he makes these comments.

Dem. 37.35-6: οὗτος σαφῶς ὁ νόμος διείρηκεν ὧν εἶναι δίκας προσήκει μεταλλικάς. οὐκοῦν ὁ μὲν νόμος, ἐάν τις ἐξίλλη τινα τῆς ἐργασίας, ὑπόδικον ποιεῖ· ἐγὼ δ' οὐχ ὅπως αὐτὸς ἐξίλλω, ἀλλ' ὧν τοῦτον ἄλλος ἀπεστέρει, τούτων ἐγκρατῆ κατέστησα καὶ παρέδωκα, καὶ πρατῆρ τούτου δεηθέντος ἐγενόμην. ναί, φησίν· ἀλλὰ κἄν ἄλλο τι ἀδικῆ τις περὶ τὰ μέταλλα, καὶ τούτων εἰσὶν δίκαι. ὀρθῶς γ' ὦ Πανταίνετε· ἀλλὰ ταῦτα τί ἐστιν; ἂν τύφη²⁴ τις, ἂν ὄπλ' ἐπιφέρῃ, ἂν ἐπικατατέμῃ τῶν μέτρων ἐντός. ταῦτ' ἐστὶν τᾶλλα, ὧν οὐδὲν δῆπου πέπρακται πρὸς ὑμᾶς ἐμοί, πλὴν εἰ τοὺς κομιζομένους ἅ προεῖντό σοι, μεθ' ὄπλων ἤκειν νομίζεις. εἰ δὲ ταῦθ' ἤγει, πρὸς ἅπαντας τοὺς προῖεμένους τὰ ἐαυτῶν εἰσὶ σοι δίκαι μεταλλικαί. ἀλλ' οὐ δίκαιον.

²⁴ On the alternative reading ὑφάψη, see Ardaillon, *Les Mines* 203 note 2.

“This law clearly defines the proper subjects for mining cases. The law, then, makes liable to prosecution anyone who excludes anyone from his workings; but I, so far from excluding him myself, have given him control of what someone else was keeping from him, and handed it over to him, and acted as vendor at his request. ‘Yes,’ he says, ‘but prosecutions can be brought also for other offences concerning the mines.’ Quite right, Pantainetos, but what are they? Causing smoke; attacking with weapons; cutting a mine inside the limits. Those are the other offences, and surely I haven’t committed any of them against you – unless you consider that creditors recovering their money from you are armed attackers! If you think that, you can bring mining cases against all men who lend you their money. But that’s not right.”

Elsewhere in the speech he remarks that these are monthly cases (δίκαι ἔμμηνοι, Dem. 37.2), which Edward Cohen some years ago showed to be cases for which prosecutions were accepted every month.²⁵ We may therefore say that on a certain day every month the thesmothetai²⁶ received applications to prosecute for the offences of excluding a lessee from the mine he had leased, for raising smoke or attacking someone with weapons in a mine, or for cutting a mine inside the limits. The last offence in this list gives us another instance (in fact the only other instance) of the expression “inside the limits,” which I have already discussed in connection with Hyp. *Eux.* 35.

But that raises a question about the procedure. The case of Pantainetos in Dem. 37 is a private *dike*; Arist. *Ath. Pol.* 59.5 includes mining cases in a list of private *dikai* assigned to the thesmothetai; two lost λόγοι μεταλλικοί attributed to Deinarkhos are listed by Dionysios as speeches for private cases;²⁷ and one might assume that the offences listed in Dem. 37.35-6 as being included in the mining law were all subjects of private *dikai*. Yet in Hyp. *Eux.* 35 it is clearly stated that the procedure used by Lysandros to denounce Epikrates’ mine as cut inside the limits was *phasis*, a type of public prosecution; the public nature of that case is confirmed by the statement that the penalty on conviction was to be payment of a large sum to the state. There are two possible explanations. One is that the procedure for prosecuting for cutting inside the limits was always *phasis*, and that the same law about mining provided for that type of public prosecution as well as for private prosecutions for other mining offences. The other is that the offence of cutting inside the limits appeared in two different laws providing for different methods of

²⁵ Edward E. Cohen, *Ancient Athenian Maritime Courts* (Princeton, 1973) 23-59.

²⁶ The *hypothesis* to Dem. 37 mentions τῷ μεταλλικῷ δικαστηρίῳ but this may be a misapprehension by Libanios. It is unlikely that the thesmothetai had a special building for mining cases.

²⁷ Dion. Hal. *Deinarkhos* 12 (p. 319.2 Radermacher) and 13 (p. 320.20 Radermacher). Details of the former case are not given; in the latter the speaker complained of being turned out of his mine by the lessee of neighbouring mines.

prosecution, so that either a public case of *phasis* or a private *dike* could be raised. Since we know that there were other offences which could be the subject of either a public or a private case,²⁸ I am inclined to think this latter explanation preferable. If it is right, a private *dike* for cutting inside the limits could be brought only by the lessee of a neighbouring mine of which the boundaries had been invaded, and he, if successful, would receive financial compensation. A public *phasis* for this offence could be brought by anybody (ὁ βουλόμενος), and any penalty paid would be shared between the state and the prosecutor; this would be the only procedure available if the mining rights to the neighbouring ground had not been leased.

We cannot be sure that Nikoboulos' list of offences included in the mining law is complete; there may have been other offences connected with mining which he does not mention. But he is surely correct in saying that some of the things of which Pantainetos accused him were not mining offences. Among the accusations as I have numbered them, no. 1 was about theft of money, no. 5 was about a breach of contract involving sale with right of redemption, and no. 6 included offences against heiresses; none of those can have been matters for the mining law. As Nikoboulos himself points out (Dem. 37.33), prosecutions for some of these offences needed to be taken to different magistrates, not to the thesmothetai. But what evidently happened is that Pantainetos wanted to make several accusations against Nikoboulos, and because some of those accusations concerned a mine he took the whole list to the thesmothetai on the day for acceptance of monthly cases about mines. Nikoboulos by his *paragraphe* objected that it was illegal to bring a hybrid prosecution in that way. Whether the jury agreed with him, we do not know.

I conclude by listing the legal procedures for which we have evidence in mining cases.

- 1 For operating an unregistered mine, either *graphe* or *apographe*.
- 2 For removing a mine's supporting pillars, some kind of public case, probably *graphe*.
- 3 For cutting a mine inside the limits (whatever that means), either *phasis* or a private *dike*.
- 4 For excluding a lessee from his mine, or for raising a smoke or attacking with weapons in a mine, a private *dike*.

²⁸ The best known example is theft; cf. Dem. 22.26-7.

MARIO TALAMANCA (ROMA)

INTERVENTO SULLA RELAZIONE DI DOUGLAS MACDOWELL

Non è, di certo, compito del “discussant” fare un’altra relazione: né ciò sarebbe possibile nel poco tempo di cui dispongo, soprattutto perché una certa – seppur ormai molto lontana – consuetudine, almeno con i passi della Πρὸς Πανταίετον¹, mi porterebbe ad allungare eccessivamente il mio discorso, tenendo conto delle mie abitudini e di quella tendenza all’analisi minuziosa che mi rende ormai difficile portare a termine qualsiasi lavoro.

Il “restatement” cui ha proceduto il collega MacDowell è molto preciso, anche perché, in modo puntuale, è stato sapientemente orientato su due punti. Sotto un primo profilo, esso tende a fornire – sul piano testuale, sul quale si è del resto attestata una dottrina non certo abbondante, ma che è discutibile possa venir ulteriormente incrementata, tenendo conto della documentazione di certo non

¹ Acquistata, come ho già detto e scritto in varie occasioni, in una ricerca, durata abbastanza nel tempo (direi dal 1968 al 1975). Essa partiva da uno dei corsi tenuto alla Scuola di perfezionamento in diritto romano e diritti dell’Oriente mediterraneo della Facoltà di giurisprudenza dell’Università di Roma, nella quale ho insegnato, per opera e per incitamento di Edoardo Volterra, Diritti greci dal 1965 al 1985, anno in cui la Scuola tacque a seguito delle riforme legislative, continuando ad insegnare fino al 1991 la stessa materia nel Corso di perfezionamento in diritto romano, che alla Scuola era succeduto, ed in cui, per mancanza d’interesse nei perfezionandi, con quell’anno tacque l’insegnamento dei diritti greci, durante il quale ho avuto spesso l’impressione di parlare soltanto per me stesso. Nel 1968, se non ricordo male, avevo preso lo spunto per le lezioni dalla monografia di H.J. Wolff, *Die attische Paragraphe. Ein Beitrag zum Problem der Auflockerung archaischer Prozessformen* (Weimar 1966), e da esse si era sviluppato il progetto di un articolo a proposito, che si è poi successivamente ampliato fino ad investire, si può dire, il processo attico nel suo insieme. Dello stato della ricerca ho dato rapido conto nella relazione al primo Symposium (cfr. M. Talamanca, *Giudizio paragrafico ed ammissibilità dell’azione nel sistema processuale attico*, in *Symposion 1971* [Köln/Wien 1975]), e di essa fra il 1971 ed il 1978 sono apparsi in vari luoghi dei subseciva o degli spezzoni (*L’oggetto dell’azione di Apollodoro contro Formione. Contributo allo studio di Demostene, “or.” 36 e 45*, in *Scritti A. Raselli 2* [Milano 1971] 1509ss.; *Qualche osservazione sull’ “or.” 17 di Lisia*, in *Xenion. Festschrift P.J. Zepos 1* [Athen/Freiburg i.Br./Köln 1973] 599ss.; *La legge di Dem., “or.” 21, 94 e l’appellabilità delle pronunce dell’arbitro privato in diritto attico*, in *BIDR. 78* [1975] 93ss.; *“Dikázein” e “krínein” nelle testimonianze greche più antiche*, in *Symposion 1974* [Athina 1978] 103ss.): di essi nessuno, però, verteva sulle δίκαι μεταλλικαί.

copiosa – una ricognizione del dato istituzionale, anche se, sempre per lo stato delle fonti, non è neppure possibile tentare, ed il relatore non l’ha in effetti tentato, la ricostruzione del dettato o dei dettati legislativi.

È vero che le fonti – mi riferisco a Dem. 37. 35 – ricordano, in materia di esperibilità delle δίκαι μεταλλικαί un νόμος μεταλλικός, sintagma del resto non troppo frequente nella nostra documentazione (direi ignoto al di là delle fonti retoriche): ma, a parte questi generici accenni, non v’è la possibilità neppure di intravedere anche parzialmente quale ne potesse essere la formulazione letterale, sulla base eventualmente di documenti inseriti “après coup” nei λόγοι δικανικοί, ma non per questo soltanto inattendibili².

Sotto il secondo dei profili cui dianzi accennavo, all’approccio meramente istituzionale corrisponde il rigoroso attenersi del relatore ai “mining cases”, senza andare, come avrebbe fatto sicuramente il controrelatore, a divagare su ciascuno dei punti toccati: ed è proprio su questi punti, anzi soprattutto su di uno, quello della struttura del processo paragrafico, che ha qualche idea personale chi vi parla. Vi rassicuro, non ve la esporrò: le mie idee al proposito sono rimaste – soprattutto perché non vi ho continuato a lavorare – quelle di più di trent’anni fa, esposte sinteticamente in una relazione fatta a Rheda nel primo dei Symposia³.

Dato l’equilibrio mostrato, come sempre, dal collega MacDowell, sui dati istituzionali e sul modo in cui essi sono stati filologicamente ricostruiti si può – a mettersi dal punto di vista seguito dal relatore – facilmente concordare, soprattutto sui risultati, estremamente sintetici, cui egli perviene alla fine del suo “paper”. È indubbio che a conclusioni parzialmente differenti, si potrebbe giungere ad approfondire i vari aspetti, o ad assumere punti di partenza diversi.

V’è forse un solo punto – quello della valutazione di [Dem.] 42. 32 – su cui avrei dei dubbi abbastanza precisi, sul piano della valutazione filologica. Siamo nell’epilogo dell’orazione, anzi alla fine della stessa (il discorso si chiude proprio

² Come dimostra il caso di Dem. 21. 94, sul quale ho avuto occasione di intrattenermi (cfr. M. Talamanca, *La legge di Dem.*, “or.”, 21, 94), in maniera un po’ farraginoso che ne ha con tutta probabilità impedito la lettura.

³ Già ricordata *supra*, nt. 1. Il testo comparso negli atti è solo schema, riassuntivo, di quella relazione, di poi ampiamente sviluppato nell’esposizione orale, anch’essa estremamente riduttiva rispetto allo stato della ricerca che, nelle grandi linee, s’era ormai conclusa, ed assommava, già in una prima stesura, a qualche centinaio di cartelle (ma debbo confessare che alla fine si superavano le due migliaia), entrate poi in un coma profondo, dal quale, insieme al loro autore, attendono di passare alla morte. Nonostante che tale conciso “resumé” fosse stato redatto in stile abbastanza più comprensibile di quello a me abituale, esso è rimasto praticamente ignorato o, comunque, né capito né discusso dai giustrecisti che non provengono dalla giustromanistica e che, ormai, sono purtroppo in maggioranza: e, ad aggravare la situazione, si aggiunge l’isolazionismo – che non fa certamente cultura – che spinge non pochi studiosi di area anglosassone a non apprendere in modo da padroneggiarle le lingue, in cui sono scritte cose dalle quali avrebbero molto da imparare.

con questo paragrafo). Il relatore ha trovato “intriguing” la comparazione che l’oratore fa di sé come di un servo, e ne vuole trarre determinate conclusioni sulla posizione dell’ignoto “plaideur”: mi sembra che in ciò non si sia tenuto conto del contesto retorico e della circostanza che – se fosse vero che l’oratore si fosse trovato in una posizione di “manager” subordinato, mentre i grossi profitti andavano ad altri – non si comprenderebbe perché di un così forte argomento egli non avrebbe fatto uso nel corpo dell’orazione, limitandosi a questa allusione finale, del tutto vaga.

Anche quando non si concordi, va sottolineato che si tratta sempre di questioni al limite opinabili e su cui, del resto, il relatore si schiera su altrui opinioni. È il caso delle δίκαι μεταλλικαί come δίκαι ἔμμηνοι, cui v’è stata un’indiretta allusione con un rinvio all’opinione di Edward Cohen che viene adottata. Sulla base dei due possibili significati di ἔμμηνος, la categoria delle δίκαι μεταλλικαί può intendersi sia come quella delle azioni che danno luogo a processi che debbono essere risolti in un mese, sia come quella di azioni che possono esser introdotte, presso i θεσμοθέται competenti a riceverle, in un solo giorno del mese.

A mio avviso, legittime (sulla base dell’interpretazione più o meno letterale delle fonti, sul punto invero non decisive) entrambe le opzioni, bisogna usare di quella ragionevolezza che è virtù tanto rara quanto indispensabile allo storico che non voglia fare sulle fonti mere esercitazioni di logica formale sul “wording” dei testi analizzati: cosa alla quale – lo riconosco – siamo tutti, più o meno, portati d’istinto, non foss’altro perché ci dilettiamo di studi che, in definitiva, trovano, o dovrebbero trovare?, in quella logica un referente non di scarsa portata.

Ora δίκαι μεταλλικαί e δίκαι ἐμπορικαί – come δίκαι ἔμμηνοι – sono azioni le quali tutelano affari di fondamentale importanza nell’economia ateniese e ricevono, sotto altri ed accertati profili, un trattamento nel senso dell’accelerazione dei processi (si pensi soltanto all’esenzione dalla δίαιτα come arbitrato pubblico preventivo all’εἰσαγωγή della δίκη): perché mai dovrebbero ricevere un trattamento sfavorevole in ordine ai giorni in cui poteva avvenire il δίκην λαγχάνειν rispetto alle altre azioni per cui non consta – per quanto posso ricordare – che vi fosse al riguardo una disciplina così rigida? Si potrà discutere se o meglio a chi l’accelerazione dei processi sia vantaggiosa o svantaggiosa, perché spesso succede che quello che va bene all’uno vada male all’altro dei contendenti, ma si tratta tuttavia di un aspetto che mi fa propendere nettamente per l’opinione che le δίκαι ἔμμηνοι siano azioni che, come regola, andavano concluse entro un mese, anche se mi raffiguro senz’altro ampie possibilità di δισσὸς λόγος⁴.

Proprio perché m’è toccato di discutere di una relazione che si distingue per essere alla lettura particolarmente corretta nell’ambito di quella che chiamerei la metodologia dei “Realien” (dalla quale si può aver qualche dubbio che gli studi

⁴ Ad es., sulla base della necessità di limitare i giorni in cui commercianti ed esercenti delle miniere potessero esser distolti dalle loro occupazioni per attendere agli affari giudiziari.

giusgreco-cistici riescano facilmente ad uscire), m'interessa, però, molto più di fare qualche considerazione per l'appunto sul metodo.

Il problema sta nel fatto – troppo noto per dovervi insistere – che il mondo greco non ha elaborato la scienza del diritto positivo, la quale non può esser sostituita dalla filosofia del diritto, come qualche volta pensano anche i più grandi dei filologi: e, quasi quarant'anni fa nella discussione seguita ad una conferenza tenuta a Trieste (nella quale avevo ribadito questo punto), vi si rifaceva il carissimo e compianto amico Marcello Gigante per falsificare una mia affermazione sull'assenza in Grecia di una scienza del diritto. E, d'altro lato, tutti sappiamo che la Grecia è la patria del νόμος (più o meno esattamente traducibile con *lex*), mentre Roma è la culla del *ius* (termine, codesto, praticamente intraducibile in greco, ché certamente non può essere reso – soprattutto per il greco dell'epoca classica, quella su cui ho fatto qualche esperienza – con l'ambiguo δίκαιον).

E, d'altro canto, la nostra documentazione non offre neppure per Atene – il contesto al quale più o meno tutti ci riferiamo come a quello meglio conosciuto, se si lascia da parte la prassi documentale dell'Egitto greco-romano e, sotto questo profilo o quello legislativo, qualche altro fortunato contesto epigrafico, che sempre io sento un po' come tante ipostasi, nel nostro campo, dell'isola del dottor Moreau – un panorama così completo da permettere una storia della legislazione, che potrebbe avere un notevole interesse sul piano della storia politica, anche se, per valutarla appieno, bisognerebbe poi vedere come funzionavano legislazione ed istituzioni⁵.

È questo il *punctum dolens* di qualsiasi ricostruzione di un aspetto della realtà istituzionale nel mondo greco, il che, con qualche ampiezza, può in definitiva avvenire per Atene e per la prassi documentale greco-egizia, oltre che, in misura molto minore, per Gortina, dove abbiamo, fra l'altro, il privilegio di poter disporre dei più ampi squarci autenticamente conservati di una legislazione cittadina⁶, che non permettono però molto di più che un'analisi strutturale della legge in sé considerata, e qualche raffronto diacronico, quando possibile. Ma una legge letta da un moderno, dal collega Maffi o da me (per fare i nomi di due persone che valutano in modo diverso specifiche disposizioni di quel νόμος) quale garanzia dà – nell'astrattezza di una simile lettura – di essere quello che vi leggevano allora gli abitanti di Gortina?

⁵ Per qualche considerazione sul modo in cui, a tale riguardo, io vedo le cose, cfr. M. Talamanca, *Il diritto in Grecia*, in M. Bretone/M. Talamanca, *Il diritto in Grecia e a Roma* (Bari 1981) 5ss.; *Politica, equità e diritto nella pratica giudiziaria antica*, in "Mneme G.A. Petropoulou" 2 (Athina 1984) 333ss.

⁶ Diverso è il discorso sull'"Αθηναίων πολιτεία di Aristotele, in cui si descrive l'ordinamento attico e se ne narra la storia, mentre dei Νόμοι di Teofrasto (una sorta di trattato di legislazione comparata) troppo poco è stato conservato per desumerne con certezza in che modo si sarebbe orientata l'importanza dell'opera, se essa ci fosse pervenuta nella misura dell'"Αθηναίων πολιτεία dianzi ricordata: l'impressione per Teofrasto è che si trattasse non di una riproduzione letterale del testo dei νόμοι, anche se forse più vicina alle proposizioni normative di quanto non fosse l'opera di Aristotele.

Il diritto, le istituzioni sono quelli che vivono nella rappresentazione dei contemporanei: nel pensiero dei giuristi e nella prassi degli operatori del diritto, insieme o contrapposti (ovvero nell'uno o nell'altra, a seconda dei contesti storici), che sono attivi nell'epoca considerata: don Álvaro d'Ors diceva sempre, ed aveva perfettamente ragione anche in un paese di diritto codificato com'è la Spagna, che "derecho es lo que aprueban los jueces", e nella nostra civiltà moderna, in effetti, il ruolo del giurista teorico tende a divenire secondario rispetto a quello attualmente svolto dalle corti di giustizia, che non sono del resto paragonabili ai grandi tribunali dell'"Ancien Régime", i quali non erano di certo composti da giudici ignoranti: effetto, senz'altro, della cultura – se la si può chiamar così – di massa. Pur rispetto ad un codice (ed il discorso diverrebbe molto più complesso nei confronti di un diritto giurisprudenziale o giudiziale), il diritto vive soltanto nel modo in cui lo vede chi lo pensa, ché, a fronte dell'interprete (nel senso alto degli *interpretes iuris* romani), l'unico dato oggettivo sono le proposizioni normative, una lettera morta che si vivifica soltanto attraverso l'intelligenza, se c'è, dell'interprete stesso. E non si dimentichi, d'altronde, che il diritto ed il processo vengono in ballo solo quando il rapporto è ormai turbato sul piano socio-economico, pur costituendo ovviamente l'astratta disciplina giuridica, quando di facile accertamento, un aspetto che viene valutato nelle decisioni prese su tale piano. Con ciò il discorso s'allargherebbe a dismisura: e, in definitiva, almeno per l'esperienza attica, qui immediatamente considerata in ordine ai "mining cases", rileva essenzialmente il momento del giudizio, della "crisi" in senso moderno ed in senso antico.

Se anche ricostruissimo – fino all'ultima lettera – il νόμος μεταλλικός, avremmo un punto della dialettica giudiziale, con il quale gli antichi, e noi sulla loro scorta, avrebbero potuto costruire una serie di massime di decisione: il che sarebbe, però, vero, se non fossimo ad Atene, dove, come in tutto il mondo greco, la prassi non era assistita da una qualsiasi scienza del diritto. Ma il *modus procedendi* dei tribunali attici non poteva, com'è noto, generare se non la retorica giudiziaria, perché è questa soltanto che può convincere delle giurie laiche, soprattutto in un complessivo contesto sociale nel quale, a differenza ad es. che in Roma, anche le persone colte non potevano sapere di una scienza del diritto per il semplice fatto che questa non esisteva, e dove una democrazia – più o meno bene interpretata – impediva il funzionamento di quell'*auctoritas* su cui si fondava la *scientia iuris* dei *prudentes* romani⁷.

⁷ Per marcare, al proposito, una differenza fra la patria del diritto e quella della retorica, ho sempre ritenuto altamente significativo l'episodio narrato in [Dem.] 47. 68-72: l'attore nell'attuale processo ed avversario di Teofemo, che persegue Evergo e Mnesibulo per una falsa testimonianza prestata in una delle tante vicende giudiziarie che si erano avute nel caso, descrive i passi cui ha proceduto dopo la morte di una sua vecchia nutrice e liberta che era seguita al parapiglia sorto durante gli atti d'esecuzione privata messi in essere dallo stesso Teofemo contro l'attuale attore. Quest'ultimo vorrebbe agire per la morte della nutrice stessa, e si rivolge agli ἐξηγηταί, un collegio sacerdotale che

Da questo punto di vista, bisognerebbe aver sempre presente l'ammonimento che Hans Julius Wolff aveva fatto ad interpretare i discorsi degli oratori attici, la fonte più "tecnica", se vogliamo usare di questa *amplificatio* (in sé infondata), che ci è pervenuta dalla Grecia pre-ellenistica, tenendo conto delle necessità della difesa retorica, anche se ciò non sia spesso facilmente praticabile sulla base di un'astratta razionalità. Ammonimento, ahimé, raramente seguito se non da Gerhard Thür, che penso poter definire come allievo del grande maestro.

A questo avevo pensato leggendo in precedenza – ed ora ascoltando – il “paper” del collega MacDowell sull’*or.* 37 di Demostene. Non credo, per fare un esempio concreto, che vi sia molto da meravigliarsi sul fatto che – secondo quanto risulta dai §§ 33-34 – Panteneto abbia cumulato nella δίκη μεταλλική esercitata contro Nicobulo una serie di pretese che sembrerebbero fuoriuscire, anzi sicuramente fuoriescono, dalle previsioni del νόμος μεταλλικός, onde – oltre all’ἄφεσις καὶ ἀπαλλαγὴ – il convenuto ebbe a dedurre nella παραγραφή anche l’incompetenza dei θεσμοθέται, come risulta dal § 34 (καὶ οὐκ ὄντων εἰσαγωγέων τῶν θεσμοθετῶν ὑπὲρ ὧν λαγχάνει Πανταίνετος): ed il problema è, per l’appunto, offerto dalla contestuale notizia fornita dal convenuto che questa parte della παραγραφή era stata eliminata dai θεσμοθέται stessi.

Che le disposizioni dei νόμοι sulle δίκαι μεταλλικαί e su quelle ἐμπορικαί non venissero applicate dai θεσμοθέται alla lettera – per usare un “understatement” – risulta con chiarezza dai λόγοι ἐμπορικοί, se vogliamo chiamarli così, del *corpus Demosthenicum* (di cui, com’è noto, nessuno è genuino): ed a ciò corrisponde il fatto che, nella maggior parte dei casi, il convenuto eccepisce, per l’appunto, quella che noi chiameremmo l’incompetenza dei tesmoteti, i quali, però, se, a differenza che in Dem. 37, accettano l’eccezione, non ricorrono ai loro poteri d’ufficio per denegare – si direbbe con terminologia romanistica – l’azione.

Già in ciò si potrebbe vedere qualcosa di contraddittorio, ma non è questa la sede per parlarne. Per chiudere il discorso sulla Πρὸς Πανταίνετον ed il νόμος μεταλλικός vorrei solo osservare come, in effetti, si assista – nei fatti descritti nel § 34 – a qualcosa che non è facile spiegare⁸: se, come ha detto esattamente il relatore e come risulterebbe a tutta evidenza da quanto dice Nicobulo (ma il problema, qui ed

potrebbe esser più o meno alla lontana paragonato ai *pontifices* romani, i quali – in via di consiglio (perché non possono dare pareri vincolanti al di fuori dei νόμιμα riguardanti l’aspetto religioso del caso) – gli fanno presente che, non essendo la donna né una parente né una schiava dell’attore stesso, egli non può esercitare la δίκη φόνου. Ricevuto tale – insoddisfacente – parere, quest’ultimo non si acquieta ad esso, ma va a leggere τοὺς νόμους ... τοὺς τοῦ Δράκοντος ἐκ τῆς στήλης e si consulta sul da farsi con gli amici. La differenza con quello che sarebbe successo in Roma con un *responsum* dei *pontifices* è palmare.

⁸ Anche perché bisognerebbe risolvere una serie di questioni preliminari, ad es., se fosse possibile dedurre più motivi in ordine al fatto che la δίκη non fosse εἰσαγωγίμος, il che del resto deve raccordarsi all’analogia questione in relazione all’ἔγκλημα dell’attore, tenendo anche conto della – da molti ipotizzata – tipicità delle δίκαι attiche.

altrove, è che noi veniamo a sapere dei fatti di causa da una fonte viziata dall'ottica di parte), l'azione era, in ordine a molte delle *causae petendi*, irricevibile⁹, per quale mai ragione i tesmoteti non l'hanno rilevato d'ufficio, ed hanno invece stralciato il relativo capo dell'eccezione proposta dal convenuto?

Situazioni di questo genere sono frequenti nell'utilizzazione dei logografi attici per una storia del diritto attico che non si limiti ad una raccolta di "Realien" (per cui il *corpus oratorum Atticorum* non offre – come dianzi dicevo – che materiale pregiudicato dall'ottica di parte): e sono molti i dubbi che ne sorgono sulla praticabilità di un metodo che si presenterebbe, in astratto, come idoneo a fornire dei risultati di qualche rilievo. Ma è un discorso che si dovrebbe riprendere nel corso della discussione sulla relazione sullo stato dell'unione che sarà presentata da Eva Cantarella¹⁰.

⁹ Per raffigurarsi la complessità dei dati in questione, si tenga però presente quanto fosse lontano il fondamento della δίκη ἐμπορική nella pseudodemostenica παραγραφή πρὸς Ἀπατούριον ([Dem.] 33), dove tuttavia i tesmoteti accettano sia la δίκη che la παραγραφή fondata sull'assenza del συμβόλαιον Ἀθήνηθεν ἢ Ἀθήναζε richiesto dal νόμος ἐμπορικός.

¹⁰ Ma che non è stato, sostanzialmente, ripreso per varie ragioni: un po', perché tale relazione non ha puntualmente affrontato i punti di vista qui esposti; un po', perché chi interveniva era di tutt'altre faccende preoccupato; un po', per mia colpa, dato che non ho preso la parola, in quanto ero in condizioni fisiche, e quindi psicologiche, non buone, ma, forse, anche perché in base a quello che avevo sentito ero un po' sfiduciato sulla possibilità di aprire una reale discussione.

MICHELE FARAGUNA (TRIESTE)

LA CITTÀ DI ATENE E L'AMMINISTRAZIONE DELLE MINIERE DEL LAURION

In un'interessante discussione sulla "natura" della *polis* e sulle categorie interpretative più adatte a definirne la tipologia quale forma di organizzazione politica, M.H. Hansen e M. Berent sono in tempi recenti pervenuti a conclusioni tra loro del tutto antitetiche, il primo caratterizzando la città greca come "città-stato" e quindi, pur con tutte le differenze rispetto al tipo dello Stato moderno, come una forma di Stato, il secondo negando invece radicalmente ad essa la dimensione della statualità e classificandola di conseguenza quale "stateless community"¹. Mi sembra utile rilevare come uno degli elementi decisivi sottesi a così opposte prospettive di indagine² risieda nel diverso grado di complessità che i due studiosi sono propensi ad attribuire alle strutture amministrative della *polis*. Secondo Berent, infatti, le città greche erano pressoché prive di burocrazia e non vi era in esse una significativa differenziazione tra i magistrati e il corpo dei *politai*, ovverossia tra governo e popolo, mentre nella visione di Hansen, pur in assenza di un apparato amministrativo sviluppato in senso gerarchico, esse potevano contare su un sofisticato *network* di magistrati investiti di considerevoli poteri, esecutivi e coercitivi, per l'attuazione delle decisioni dell'assemblea³.

Pur non essendo possibile in questa sede entrare nel merito di tale dibattito, è chiaro come simili costruzioni teoriche siano per la loro stessa natura esposte al rischio dell'eccessiva generalizzazione e come possa risultare di conseguenza produttivo metterle alla prova alla luce di *test-case* specialmente significativi o dotati di particolare valore euristico. In

¹ Si vedano, rispettivamente, M.H. Hansen, *Polis and City-State. An Ancient Concept and its Modern Equivalent*, Copenhagen 1998; Id. (ed.), *A Comparative Study of Thirty City-State Cultures*, Copenhagen 2000; Id., *Was the Polis a State or a Stateless Society?*, in T.H. Nielsen (ed.), *Even More Studies in the Ancient Greek Polis*, "Historia" Einzelschr. 162 (2002), pp. 17-47; e M. Berent, *Hobbes and the 'Greek Tongues'*, "History of Political Thought" 17 (1996), pp. 36-59; Id., *Anthropology and the Classics: War, Violence, and the Stateless Polis*, "CQ" 50 (2000), pp. 257-289.

² Per una rassegna critica dei temi in discussione v. M. Faraguna, *Individuo, Stato, comunità. Studi recenti sulla polis*, "Dike" 3 (2000), pp. 217-229; cfr. anche Hansen, *Was the Polis a State* cit., e, da ultimo, M. Giangiulio, *Stato e statualità nella polis: riflessioni storiografiche e metodologiche*, in S. Cataldi (ed.), *Poleis e politeiai. Esperienze politiche, tradizioni letterarie, progetti costituzionali*, Alessandria 2004, pp. 31-53.

³ Si confrontino Berent, *Anthropology and the Classics* cit., pp. 259-263, e Hansen, *Was the Polis a State* cit., pp. 26-30.

questa prospettiva, mi è sembrato che, con riferimento alla *polis* di Atene, nella fattispecie quella su cui tanto Hansen quanto Berent fondano buona parte delle proprie argomentazioni, il caso dell'amministrazione delle miniere del Laurion risponda pienamente ad entrambi i requisiti. Da un lato, infatti, l'argento dei μέταλλα del Laurion e le monete che con esso venivano prodotte erano già dagli antichi riconosciuti come uno dei "segreti" del successo politico, militare ed economico di Atene⁴, ed è quindi lecito già *a priori* attendersi che gli Ateniesi avessero provveduto a regolare i processi di estrazione, di lavorazione e di monetazione del metallo nella maniera *secondo il loro punto di vista* più efficiente, dall'altro, lo stato della documentazione, nonostante i molteplici problemi rimasti ancora aperti, si presenta per quantità e per qualità tutto sommato piuttosto favorevole. In un recente studio dedicato al regime di sfruttamento delle miniere in Francia tra il Medioevo e l'Età Moderna S. Gauché ha rilevato come l'evoluzione del diritto minerario nel caso esaminato segua di fatto quella dello Stato e come, parallelamente all'affermarsi della monarchia e di un sistema amministrativo centralizzato a scapito degli interessi feudali e locali, si assista nella lunga durata, attraverso una serie di tappe intermedie, al passaggio da un regime caratterizzato dalla libertà di sfruttamento ad un regime sottoposto ad un sempre maggiore intervento dello Stato e dell'amministrazione centrale culminante, nel secolo XVIII, nell'obbligo tassativo dell'autorizzazione da parte delle autorità statali⁵. Pur con tutte le differenze, appare di conseguenza legittimo prospettare, almeno a titolo di ipotesi di lavoro, la possibilità dell'esistenza di un'analoga correlazione tra regime di sfruttamento delle miniere e complessità del sistema amministrativo anche nel caso dell'Atene classica.

Un primo punto che vorrei sottolineare è che, qualunque definizione si voglia adottare per esso, almeno dalla seconda metà del V secolo (Ar. Eq. 362) la *polis* di Atene deteneva una sorta di monopolio sui diritti minerari che, indipendentemente dai proprietari dei fondi in cui erano posti i *metalla*, dava in concessione ai privati per lo sfruttamento⁶. Ciò si evince nel modo più chiaro dalle διαγραφαί dei poleti in

⁴ E' sufficiente fare qui riferimento ai *Poroi* di Senofonte, nel cui piano "finanziario" l'incremento delle entrate derivanti dal Laurion occupa una posizione centrale (1,5 e 4,1-52). Particolarmente significativa inoltre l'affermazione secondo cui, mentre le monete delle altre città erano "inutili" al di fuori della *polis* di origine, quelle di Atene costituivano una "bella merce" (καλὴν ἐμπορίαν) che si poteva negoziare ovunque ricavandone un profitto (3,2, con il commento di Ph. Gauthier, *Un commentaire historique des Poroi de Xénophon*, Paris/Genève 1976, pp. 76-80, e G. Le Rider, *À propos d'un passage des Poroi de Xénophon: la question du change et les monnaies incuses d'Italie du Sud*, in G. Le Rider/K. Jenkins/N. Waggoner/U. Westermark [edd.], *Kraay/Mørkholm Essays. Numismatic Studies in Memory of C.M. Kraay and O. Mørkholm*, Louvain-la-Neuve 1989, pp. 159-167). Sul ruolo delle miniere del Laurion nella storia di Atene cfr. Faraguna, *Atene nell'età di Alessandro. Problemi politici, economici, finanziari* ("MAL" s. IX,2,2), Roma 1992, pp. 289-293, 311-322; E. Photos-Jones/J. Ellis Jones, *The Building and Industrial Remains at Agrileza, Laurion (Fourth Century B.C.) and their Contribution to the Workings at the Site*, "BSA" 89 (1994), pp. 309-310.

⁵ S. Gauché, *La formation du droit minier français. L'exemple du Dauphiné (XIV^e-début XIX^e siècle)*, "RHD" 81 (2003), pp. 75-89.

⁶ Gli studiosi hanno generalmente parlato di *Bergregal*, cioè di "sistema regalistico"; v. R.J. Hopper, *The Attic Silver Mines in the Fourth Century B.C.*, "BSA" 47 (1953), pp. 207-209 e 227-231; G. Thür, *Gedanken zu "Bergregal" und "Bergfreiheit" in der griechisch-römischen Antike*, in H. Valentinitzsch/M. Steppan (edd.), *Festschrift für*

cui la localizzazione delle miniere viene, tra le altre cose, espressa mediante il riferimento al proprietario del terreno in cui erano ubicate. Le origini di tale diritto eminente della *polis* rimangono oscure⁷, ma il fatto è di per sé significativo perché non sembra avere confronti nell'Antichità, neppure nel diritto romano⁸. A ciò si aggiunge che, per quanto risulta dalla documentazione, i demi dell'Attica meridionale in cui era ripartito il distretto del Laurion non sembrano avere avuto alcuna parte nell'amministrazione delle miniere⁹. Ciò contrasta, sul piano giuridico, con il regime di sfruttamento delle cave di pietra, per il quale sono documentati contratti d'appalto tanto al livello della *polis* (Agora XIX, P 26, ll. 483-485) quanto a quello locale dei demi (SEG 28,103) e che risulta perciò essere stato più diversificato e articolato di quello delle miniere¹⁰. Se ne deve evincere una precisa

Gernot Kocher zum 60. Geburtstag, Graz 2002, pp. 317-322; Id., *Prospektion und Bergregal* in IG II² 411, in ΑΤΤΙΚΑΙ ΕΠΙΓΡΑΦΑΙ. ΠΡΑΚΤΙΚΑ ΣΥΜΠΟΣΙΟΥ ΕΙΣ ΜΝΗΜΗΝ Adolf Wilhelm (1864-1950), Athenai 2004, pp. 175-184. Per una definizione di *Bergregal* cfr. E. Schönbauer, *Beiträge zur Geschichte des Bergbaurechts*, München 1929, pp. 10-13. Schönbauer, peraltro, negando l'esistenza di tale monopolio, riteneva che il diritto dello Stato sulle miniere derivasse dal fatto che queste si trovavano in territorio demaniale (*Staatsdomäne*) (13-31); cfr. anche Id., *Vom Bodenrecht zum Bergrecht. Studien zur Geschichte des Bergbaurechts*, "ZSS" 55 (1935), pp. 193-207. Sui tipi di regime giuridico delle miniere storicamente attestati v. *Enciclopedia giuridica*, XX, Roma 1990, s.v. *Miniere*, p. 2.

⁷ U. Kahrstedt, *Staatsgebiet und Staatsangehörige in Athen*, Stuttgart/Berlin 1934, p. 26, riteneva che ciò fosse avvenuto come risultato della confisca, da parte della città, delle miniere appartenute a Pisistrato e della conseguente estensione di tale regime a tutto il distretto del Laurion; cfr. anche, seppure dubitativamente, D.M. Lewis, *Public Property in the City*, in O. Murray/S. Price (edd.), *The Greek City: From Homer to Alexander*, Oxford 1990, pp. 248-249 e 258. Critico A.R.W. Harrison, *The Law of Athens*, I, Oxford 1968, p. 315. A. Momigliano, *Sull'amministrazione delle miniere del Laurio*, "Athenaeum" 10 (1932), pp. 253-254 (rist. in *Quinto contributo alla storia degli studi classici e del mondo antico*, I, Roma 1975, p. 538), considerava invece "il diritto di regalia ateniese ... espressione di un forte elemento di solidarietà tra tutti i membri della medesima comunità, per cui il plus-valore del sottosuolo deve andare a vantaggio di tutti".

⁸ Secondo Schönbauer, *Beiträge* cit., lo studio più sistematico dedicato al diritto minerario nell'Antichità, il concetto di *Bergregal* si sarebbe anzi sviluppato soltanto nel Medioevo. Il diritto romano non distingueva tra prodotti del suolo e prodotti del sottosuolo e pertanto la disciplina delle miniere rientrava nel diritto fondiario (Schönbauer, *Beiträge* cit., p. 158; Id., *Vom Bodenrecht* cit., pp. 183-225, in part. 221-225; G. Negri, *Diritto minerario romano*, I, Milano 1985; C. Domergue, *Les mines de la péninsule ibérique dans l'Antiquité romaine*, Rome 1990, pp. 229-240). Per questa ragione non sarebbe tecnicamente corretto parlare di un "diritto minerario" romano; cfr. per una discussione Negri, *Diritto minerario* cit., pp. 1-9.

⁹ Significativamente le miniere del Laurion non figurano nell'indice di D. Whitehead, *The Demes of Attica, 508/7-ca. 250 B.C.*, Princeton 1986.

¹⁰ La più convincente discussione dei problemi giuridici legati al regime di sfruttamento delle cave di pietra in Attica si deve a C. Ampolo, *Le cave di pietra dell'Attica: problemi giuridici ed economici*, "Opus" 1 (1982), pp. 251-260. Non è condivisibile la posizione

volontà da parte della *polis* di mantenere, anche dopo la riforma clistenica, un controllo quanto possibile diretto sulla sfruttamento dei *metalla*.

Il secondo punto da evidenziare è che, nonostante questo quadro nei suoi contorni fondamentali apparentemente lineare, un simile regime organizzativo doveva dar luogo ad una serie di situazioni giuridiche la cui complessità possiamo soltanto intuire, ma, causa il silenzio delle fonti, non sempre adeguatamente indagare. L'attività mineraria presupponeva infatti non soltanto il rapporto tra il concessionario e la città, bensì implicava sul piano concreto anche quelli tra i titolari di concessioni confinanti, i quali vennero ad un certo momento regolati dal νόμος μεταλλικός (Dem. 37,35-38)¹¹, nonché quelli che si venivano a costituire tra i concessionari e i proprietari dei terreni interessati dai lavori di estrazione, ad esempio in relazione all'accesso alle gallerie e ai pozzi, ai depositi di minerale e di scorie e agli impianti per la lavorazione del minerale e la purificazione dell'argento¹². Sono in particolare proprio questi ultimi aspetti ad essere lasciati nell'ombra dalle testimonianze antiche. Oggetto di questa mia relazione saranno soprattutto alcuni problemi attinenti al rapporto tra la città, detentrica dei diritti minerari, e i concessionari che tali diritti prendevano in appalto per un certo ben definito periodo di tempo (Arist. *Ath. Pol.* 47,2). La questione su cui intendo focalizzare la mia attenzione, anche alla luce di alcune recenti discussioni del problema, è in particolare quella del regime degli appalti e delle modalità attraverso cui la città beneficiava da essi, anche in funzione della produzione e della coniazione della moneta argentea, le celebri "civette del Laurion" (γλαυκεῖς Λαυρειωτικαί) degli *Uccelli* di Aristofane (1106).

Prima di passare ad esaminare nel dettaglio i problemi posti dalle fonti, mi sembra utile cercare di inquadrare brevemente sul piano teorico la questione, in questo contesto fondamentale, del rapporto esistente in antico tra argento non coniato, in altri termini l'argento in lingotti (ἀργύριον ἄσημον), e argento monetato

di R. Osborne, *Demos: The Discovery of Classical Attika*, Cambridge 1985, pp. 103-107, secondo cui l'accesso alla pietra delle cave sarebbe stato sostanzialmente libero e bisognerebbe quindi distinguere tra la pietra in astratto, la quale "would cost nothing at all", e il suo taglio e lavorazione (*lithotomia*), cui si riferirebbero i "pagamenti" documentati dalle iscrizioni.

¹¹ Cfr. Hopper, *The Attic Silver Mines* cit., pp. 219-224.

¹² Schönbauer, *Vom Bodenrecht zum Bergrecht* cit., pp. 199-201; Osborne, *Demos* cit., p. 118; G.G. Aperghis, *A Reassessment of the Laurion Mining Lease Records*, "BICS" 42 (1997-1998), pp. 16-17. Sui processi tecnici di lavorazione del minerale e di produzione dell'argento cfr. C.E. Conophagos, *Le Laurium antique*, Athènes 1980; T.E. Rihll, *Money Making in Classical Athens*, in D.J. Mattingly/J. Salmon (edd.), *Economies Beyond Agriculture in the Classical World*, London/New York 2001, pp. 115-142. Sugli ἐργαστήρια indagati dagli archeologi v. inoltre Photos-Jones/Ellis Jones, *The Building and Industrial Remains* cit., pp. 307-358; M. Salliora-Oikonomachou, ΔΥΟ ΑΡΧΑΙΑ ΕΡΓΑΣΤΗΡΙΑ ΣΤΗΝ ΠΕΡΙΟΧΗ ΤΟΥ ΘΟΡΙΚΟΥ, "AD" 51-52 (1996-1997) [2000], A, pp. 125-140; E. Kakavoyannis, *The Silver Ore-Processing Workshops of the Lavrion Region*, "BSA" 96 (2001), pp. 365-380.

(ἀργύριον ἐπίσημον)¹³. Gli studiosi, anche in considerazione dell'elevatissimo contenuto di argento della moneta attica (con una percentuale costantemente superiore al 95% e di norma vicina al 97%)¹⁴, sono per lo più concordi nel postulare l'esistenza di una correlazione diretta tra l'intensità dell'attività mineraria nel Laurion e la produzione di moneta da parte della zecca di Atene, cosicché agli alti e bassi della prima corrisponderebbero tra l'inizio del V sec. e la fine del IV parallele variazioni della quantità di moneta emessa¹⁵. Questo non deve tuttavia fare dimenticare che *non* tutto l'argento estratto era destinato alla monetazione. Anche lasciando da parte la possibilità della semplice tesaurizzazione (Xen. *Vect.* 4,7), è chiaro che l'argento veniva impiegato in notevoli quantità in ambito artistico e per la produzione di offerte e oggetti da dedicare alle divinità (Thuc. 2,13,3-5) e, nello stesso tempo, che esso veniva esportato, presumibilmente in quantità non trascurabili, per lo più sotto forma di lingotti. Analisi condotte con sofisticati procedimenti tecnici hanno rivelato che città come, per fare un esempio, Corinto utilizzavano in ampia misura l'argento del Laurion – è difficile dire se già monetato o in lingotti – per le proprie emissioni di moneta¹⁶, e, d'altra parte, i ritrovamenti dei tesoretti indicano che l'argento ateniese, questa volta senza alcun dubbio anche in forma non monetata, era molto richiesto in Egitto e circolava anche nel Mediterraneo occidentale, innanzitutto in Sicilia¹⁷. Si deve perciò concludere che l'argento non coniato aveva un suo “mercato” parallelo, ma anche indipendente rispetto a quello dell'argento monetato. E' comunemente ammesso che tra la dracma monetaria e la dracma commerciale, in altri termini tra l'argento monetato e l'argento a peso, vi fosse ad Atene una differenza del 5% intesa a coprire le spese di coniazione e a garantire un piccolo margine di guadagno alla città, in maniera tale che il valore nominale della moneta risultava superiore, appunto del 5%, rispetto al suo valore intrinseco¹⁸.

¹³ M. Caccamo Caltabiano/P. Radici Colace, *Dalla premoneta alla moneta. Lessico monetale greco tra semantica e ideologia*, Pisa 1992, pp. 58-60 e 72.

¹⁴ Le Rider, *À propos d'un passage des Poroi* cit., p. 162.

¹⁵ J.H. Kroll, *The Athenian Agora, XXVI: The Greek Coins*, Princeton 1993, pp. 4-10; Th. Figueira, *The Power of Money. Coinage and Politics in the Athenian Empire*, Philadelphia 1998, pp. 180-197; cfr. anche Faraguna, *Atene* cit., pp. 289-293, e, per il III sec. a.C., G. Oliver, *The Politics of Coinage: Athens and Antigonos Gonatas*, in A. Meadows/K. Shipton (edd.), *Money and its Uses in the Ancient Greek World*, Oxford 2001, pp. 43-49.

¹⁶ N.H. Gale/W. Gentner/G.A. Wagner, *Mineralogical and Geographical Silver Sources of Archaic Greek Coinage*, in D.M. Metcalf/W.A. Oddy (edd.), *Metallurgy in Numismatics*, I, London 1980, pp. 5-54, in part. 43-44; J.B. Salmon, *Wealthy Corinth*, Oxford 1984, pp. 170-174.

¹⁷ Cfr. da ultimo Kroll, *A Small Find of Silver Bullion from Egypt*, “AJN” 13 (2001), pp. 1-20.

¹⁸ Kroll, *Three Inscribed Greek Bronze Weights*, in D.G. Mitten/J.G. Pedley/J.A. Scott (edd.), *Studies Presented to George M.A. Hanfmann*, Mainz 1971, pp. 87-90; O. Mørkholm, *Some Reflections on the Production and Use of Coinage in Ancient*

Tenendo questi concetti sullo sfondo, possiamo ritornare alla questione del regime delle concessioni delle miniere e dei pagamenti che lo Stato esigeva in cambio della cessione, seppure a titolo temporaneo, dei diritti per lo sfruttamento. Il punto di partenza di ogni discussione rimane sempre costituito dalle διαγραφαί dei poleti. Sin dalla loro pubblicazione negli anni 50 del secolo scorso¹⁹, esse sono state la base di ogni trattazione dell'argomento. Gli elementi costantemente ricorrenti in ogni registrazione sono rappresentati dal nome del concessionario, definito ὠνητής (*a*), dalla classificazione della miniera, la sua denominazione e localizzazione con riferimento al terreno in cui si trovava e ai confini (*b*), e dal prezzo pagato per la concessione (*c*). Un aspetto che mi pare importante rilevare è che, a differenza di quanto avveniva per l'appalto dei τέλη, è regolarmente assente l'indicazione del nome del garante (ἐγγυητής). E' inevitabile concludere che per tale tipo di contratti non ve n'era per qualche ragione bisogno.

Riguardo alle somme dei pagamenti, sono necessarie alcune osservazioni. Due fatti meritano di essere menzionati. Il primo è costituito dalla singolare variabilità delle cifre registrate, tale da far sì che gli estremi dello spettro siano rappresentati rispettivamente dalle somme di 20 e di 17750 dracme (P 19, ll. 26-30). E' vero che i prezzi più frequentemente ricorrenti sono quelli di 20 e 150 dracme²⁰, ma il problema si pone soprattutto per le somme più elevate, per le quali una spiegazione plausibile non è del tutto ovvia. Il secondo è la constatazione che tutti i prezzi documentati sono multipli di 10 e quindi, necessariamente, anche di 5. Per questa ragione, in un recente articolo, K. Shipton ha proposto di mettere in rapporto tale ultima periodicità con il τέλος della ἐν τοῖς ἔργοις πεντεδραχμία, unicamente testimoniata da P 26, ll. 474-477, e di interpretare i prezzi delle *diagraphai* non con riferimento alle dimensioni o alla tipologia delle miniere bensì soltanto all'aspetto temporale, cioè alla durata delle concessioni, cosicché cinque dracme avrebbero rappresentato il pagamento standard per ciascuna pritanìa e 150 dracme, per fare l'esempio della somma attestata con maggior frequenza, quanto dovuto per l'intero periodo di tre anni di una concessione (cfr. Arist. *Ath. Pol.* 47,2)²¹. Per quanto ingegnosa, tale soluzione non mi pare tuttavia convincente. Da un lato, infatti, secondo questa ipotesi 20 dracme, un prezzo che ricorre con regolarità, verrebbero a corrispondere al pagamento dovuto per quattro pritanie, un periodo troppo breve

Greece, "Historia" 31 (1982), pp. 290-296; C.J. Howgego, *Why Did Ancient States Strike Coins?*, "NC" 150 (1990), pp. 17-19; Le Rider, *La naissance de la monnaie. Pratiques monétaires de l'Orient ancien*, Paris 2001, pp. 247-260.

¹⁹ M. Crosby, *The Leases of the Laureion Mines*, "Hesperia" 19 (1950), pp. 189-312; Ead., *More Fragments of Mining Leases from the Athenian Agora*, *ibid.* 26 (1957), pp. 1-23. La più recente edizione dei testi si deve a M.K. Langdon, *Poletai Records, in The Athenian Agora*, XIX, Princeton 1991, pp. 55-143 (da cui le citazioni [P] che seguono).

²⁰ Crosby, *The Leases* cit., pp. 286-292; K.M.W. Shipton, *The Prices of the Athenian Silver Mines*, "ZPE" 120 (1998), pp. 57-63.

²¹ Shipton, *The Prices* cit., seguita da S. Lazzarini, *Lex metallis dicta. Studi sulla seconda tavola di Vipasca*, Roma 2001, pp. 78-82.

perché una concessione possa dimostrarsi economicamente vantaggiosa, dall'altro i prezzi più elevati dello spettro, quali 1550 (P 5, ll. 47-51), 6100 (P 26, l. 93) o 9000 dracme (Dem. 37,22)²², diventano difficilmente giustificabili, anche ipotizzando concessioni di lunga durata (10 anni) e la presenza di "società" che prendevano in appalto più sezioni (μερίδες) all'interno di una stessa miniera²³. La somma di quasi tre talenti (17750 dracme), che rimane "scomoda" per qualsiasi tipo di spiegazione, diverrebbe poi, alla luce di questa teoria, del tutto impossibile.

Pur non nascondendomi le incertezze che rimangono, e confessando di non avere un'idea ben precisa sul concreto significato dei termini, chiaramente di natura tecnica, relativi alla classificazione delle miniere²⁴, mi sembra tuttavia che la spiegazione più plausibile per le considerevoli variazioni nei prezzi pagati per le concessioni sia sempre da individuare nei meccanismi di vendita all'asta, con i quali diviene possibile giustificare tanto il frequente ricorrere di alcuni prezzi minimi di base (appunto 20 e 150 dracme) quanto la presenza di alcune somme molto elevate da riconnettere verisimilmente all'aggiudicazione di miniere particolarmente

²² Per altri casi di prezzi superiori alle 1000 dracme cfr. Shipton, *The Prices* cit., p. 61 n. 19.

²³ Così Shipton, *The Prices* cit., pp. 61-62.

²⁴ La più recente discussione del problema si deve a Aperghis, *A Reassessment* cit., pp. 3-12 (cfr. *SEG* 48,149; *BE* 2000, nr. 298). L'A. conclude, rovesciando il quadro in origine ipotizzato da Hopper, *The Attic Silver Mines* cit., pp. 201-203, 231-239, che un μεταλλων del tipo ἐργάσιμον fosse una miniera potenzialmente produttiva, il cui sfruttamento poteva essere iniziato, mentre l'hapax ἀνασάξιμον si riferirebbe a miniere in effettivo esercizio (e παλαιόν ἀνασάξιμον ad una miniera "in esercizio" il cui sfruttamento veniva ripreso dopo un'interruzione). Due punti mi sembrano condivisibili nell'analisi di Aperghis, e cioè (a) che in ἐργάσιμος, da un punto di vista strettamente linguistico, il suffisso -μοσ conferisce all'aggettivo un valore potenziale e (b) che, al di là dei problemi connessi all'esegesi etimologica dell'aggettivo ἀνασάξιμος, nelle *diagrapheis* dei poleti le miniere classificate come ἀνασάξιμα sono di gran lunga più numerose di quelle definite ἐργάσιμα e che quindi ciò suggerisce che quest'ultimo termine difficilmente avrebbe potuto riferirsi alla categoria della miniera normalmente attiva. Non posso invece non rilevare come, in quest'ottica, il prezzo di 150 dracme che compare regolarmente in associazione ai *metalla ergasima* ponga qualche difficoltà. Ci si attenderebbe infatti che la concessione di una miniera "in esercizio" dovesse costare più di una la cui prospettiva di successo era soltanto potenziale. Poco convincente mi sembra anche l'ipotesi che le *καιντομιαί*, cioè i "nuovi tagli", venissero assegnate a titolo gratuito (pp. 6-7 e 9). I documenti dei poleti erano documenti di carattere *finanziario* e le registrazioni erano sempre in rapporto a entrate derivanti alla *polis* dall'attività di tali magistrati. Aperghis nota che in P 38, ll. 5-9; 44, ll. 8-14; e 51, ll. 5-6, non compare mai il prezzo pagato per la concessione di una *kainotomia*. Andrebbe peraltro rilevato che nei tre frammenti in questione, causa lo stato dei testi, non è conservato alcun prezzo, nemmeno in relazione agli altri tipi di *metalla*. Per una diversa interpretazione dei termini in questione v. D. Vanhove, *Aristote et les mines du Laurion. A propos de la Constitution d'Athènes XLVII.2*, "AC" 65 (1996), pp. 243-249.

produttive e per questa ragione molto appetite²⁵. Un simile fenomeno e simili variazioni nei prezzi si riscontrano, per fare un parallelo, anche nelle vendite di terre pubbliche documentate dalle *Rationes centesimarum*²⁶, per le quali l'ipotesi dell'aggiudicazione mediante asta pubblica, per quanto non dimostrabile con certezza, è stata più volte ragionevolmente avanzata²⁷.

Il problema diventa allora quello di dar conto del significato e della natura dei prezzi registrati nelle *diagraphai* alla luce delle testimonianze offerteci dalle fonti letterarie, in particolare, direttamente o indirettamente, dall'oratoria di IV secolo. Da un lato, infatti, i discorsi degli oratori riportano a questo proposito una serie di dati che sembrano essere tutto sommato in linea con quelli della documentazione epigrafica. Demostene ci fornisce in particolare la notizia di pagamenti per l'acquisto di diritti minerari (40,52: εἰς ὄνην τινα μετάλλων) di 2000 (40,52) e di 9000 dracme (37,22), i quali si collocano nell'ordine dei prezzi più elevati attestati dalle registrazioni dei poleti²⁸. Dall'altro, la tradizione lessicografica, la cui dipendenza, per tale genere di notizie, dall'oratoria di IV sec. è pressoché totale ed esclusiva²⁹, sembra rimandare invece ad un diverso sistema caratterizzato non da pagamenti fissi bensì da versamenti di *quote proporzionali* del minerale estratto, in altri termini da un regime di compartecipazione dei profitti tra i concessionari e la polis. La Suda (s.v. ἀργύρου μετάλλου δίκη, di norma corretto, sulla scorta di Hyp. 3 (Eux.), 34, in ἀναπογράφου μετάλλου δίκη) fa infatti riferimento alla quota di 1/24 richiesta dalla città per le καινοτομῖαι³⁰, ma è soprattutto un lemma di

²⁵ In tal senso Hopper, *The Attic Silver Mines* cit., p. 235; Langdon, *Public Auction in Ancient Athens*, in R. Osborne/S. Hornblower (edd.), *Ritual, Finance, Politics. Athenian Democratic Accounts Presented to David Lewis*, Oxford 1994, pp. 253-265; Aperghis, *A Reassessment* cit., p. 7.

²⁶ Per una riedizione dei testi e un'eccellente discussione di tutti i problemi da essi sollevati v. S.D. Lambert, *Rationes Centesimarum. Sales of Public Land in Lykourgan Athens*, Amsterdam 1997.

²⁷ Lewis, *The Athenian Rationes Centesimarum*, in M.I. Finley (ed.), *Problèmes de la terre en Grèce ancienne*, Paris 1973, pp. 187-212 (rist. in *Selected Papers in Greek and Near Eastern History* [ed. P.J. Rhodes], Cambridge 1997, pp. 263-293); Lambert, *Rationes* cit., pp. 229-233, 243-253 e 257-263.

²⁸ Cfr. anche [Dem.] 42,3 e 32, in cui il debito verso lo Stato di tre talenti nel quale era incorso l'attore per una miniera confiscata potrebbe corrispondere a due volte la somma di 9000 dracme dovuta per la concessione della miniera stessa (Aperghis, *A Reassessment* cit., p. 15); altre soluzioni sono prospettate da Hopper, *The Attic Silver Mines* cit., pp. 224-225.

²⁹ Cfr. G. Wetzel, *Beiträge zur Geschichte der griechischen Lexikographen*, "SAWB" 1895, pp. 477-487 (rist. in K. Latte/H. Erbse [edd.], *Lexica Graeca Minora*, Hildesheim 1965, pp. 1-11).

³⁰ οἱ τὰ ἀργύρεα ἐργαζόμενοι ὅπου βούλοιντο καινοῦ ἔργου ἄρξασθαι, φανερόν ἐποιοῦντο τοῖς ἐπ' ἐκεῖνοις τεταγμένοις ὑπὸ τοῦ δήμου, καὶ ἀπεγράφοντο τοῦ τελεῖν ἕνεκα τῷ δήμῳ εἰκοστὴν τετάρτην τοῦ καινοῦ μετάλλου. εἴ τις οὖν ἐδόκει λάθρα ἐργάζεσθαι μέταλλον, τὸν μὴ ἀπογραφάμενον ἐξῆν τῷ βουλομένῳ γραφέσθαι καὶ ἐλέγχειν.

Arpocrazione a essere meritevole di un'analisi più approfondita: ἀπονομή· ἢ ἀπόμοιρα. ὡς μέρος τι τῶν περιγυνομένων ἐκ τῶν μετάλλων λαμβανούσης τῆς πόλεως, ἢ ὡς διαιρουμένων εἰς πλείους μισθωτάς, ἴν' ἕκαστος λάβῃ τι μέρος· Δείναρχος ἐν τῷ Πρὸς τοὺς Λυκούργου παῖδας πολλάκις.

Nelle sue linee generali il contenuto del lemma, che si ritrova anche nella Suda, in Fozio e nei *Lexica Segueriana* (p. 432 Bekker), non presenta soverchi problemi di interpretazione. Da esso apprendiamo che il termine ἀπονομή, che è di fatto un *hapax* nella letteratura greca classica (cfr. peraltro Philo, *Spec. leg.* 4, 57), aveva carattere tecnico, e che esso era un sinonimo del più comune ἀπόμοιρα³¹, venendo ad indicare la parte dei proventi (τὰ περιγυνομένα) dalle miniere che spettava alla polis. Significativo è inoltre il fatto che tale termine compariva più volte (πολλάκις) nell'orazione dinarchea *Contro i figli di Licurgo* (LXXXVI Conomis), che, come è noto, venne intentata per questioni legate alla funzione di preposto alla διοίκησις del politico e oratore Licurgo³²: l'interesse per le miniere del Laurion nell'ambito dell'amministrazione finanziaria di quest'ultimo, seppure in maniera vaga e generica, è non a caso anche altrimenti documentato (Hyp. 3 (*Eux.*), 36³³; [Plut.] *Mor.* 843D). A differenza del lemma della Suda, che si riferisce soltanto alle miniere classificate come “nuovi tagli” e la cui collocazione cronologica è discussa, l'importanza della notizia di Arpocrazione mi sembra quindi da sottolineare, sia perché essa ha valore generale sia perché da un punto di vista temporale risulta contemporanea alle *diagraphai* dei poleti.

Le fonti, in definitiva, conservano memoria di due forme di pagamento per la concessione delle miniere apparentemente parallele: la prima è costituita da canoni fissi documentati dalle iscrizioni e da alcuni passi demostenici, la seconda, di cui a prima vista resta traccia soltanto nella tradizione lessicografica (ma v. sotto), dal versamento di una quota proporzionale dell'argento (o del minerale) estratto che, a quanto sembra, veniva tecnicamente definita ἀπονομή. La soluzione che ho già avuto modo di proporre è che la prima rappresentasse una sorta di tassa di registrazione versata in un'unica soluzione (Dem. 37,22) dagli appaltatori al fine di assicurarsi la concessione e di definirne con precisione i limiti e i confini³⁴. I prezzi più elevati registrati nelle *diagraphai* non sono infatti in alcun modo compatibili con

³¹ Sul ricorrere di ἀπόμοιρα come “Bezeichnung für die Abgabe des schuldigen Teiles eines Ertrages” cfr. A. Wilhelm, *Zu den Inschriften aus dem Heiligtum des Gottes Σινυρι*, “SAWW” 224 (1947), pp. 16-20 (rist. in *Akademischeschriften zur griechischen Inschriftenkunde*, III, Leipzig 1974, pp. 264-268); cfr. anche M. Wörle, *Epigraphische Forschungen zur Geschichte Lykiens II*, “Chiron” 8 (1978), pp. 223-224 con n. 114; Chr. Chandezon, *L'élevage en Grèce (fin V^e-fin I^{er} s. a.C.)*, Bordeaux 2003, pp. 257-258 e 317.

³² Faraguna, *Atene* cit., pp. 195-209; Lewis, *On the Financial Offices of Eubulus and Lycurgus*, in *Selected Papers* cit., pp. 221-229.

³³ Per una discussione delle possibili implicazioni di questo passo v. il commento *ad locum* di Whitehead, *Hypereides. The Forensic Speeches*, Oxford 2000, pp. 247-254.

³⁴ Cfr. Harpocr. e Suid. s.v. διαγραφή· ἢ διατύπωσις τῶν πιπρασκομένων μετάλλων, δηλοῦσα διὰ γραμμάτων ἀπὸ ποίας ἀρχῆς μέχρι πόσου πέρατος πιπράσκειται.

l'ipotesi di scadenze annuali o, addirittura, come prospettato da Hopper, di pagamenti dovuti ad ogni pritanìa. Ciò potrebbe dare anche conto della già rilevata assenza del garante (ἐγγυητής) nei documenti dei poleti, garante che sarebbe stato tutto sommato inutile dopo che il versamento iniziale per la registrazione della concessione era stato effettuato. Per converso, qualora si aderisca a questa teoria, le somme delle *diagraphai* – fatti tutti i calcoli, M. Crosby ipotizza un totale nell'ordine dei 16 talenti per l'anno 342/1 – divengono da sole insufficienti a giustificare l'importanza delle entrate dalle miniere nel bilancio di Atene. La seconda forma di pagamento, con cui la città si garantiva una compartecipazione ai profitti dei concessionari³⁵, sarebbe invece stata in ragione del maggior o minor successo delle attività estrattive³⁶.

Tale conclusione non è di piccolo significato se si considerano le sue implicazioni su un piano più generale. Da un lato, infatti, essa consente di capire in qual modo la *polis* si assicurava almeno una parte dell'argento che utilizzava per la produzione di moneta, quelle "civette" di cui Aristofane sottolineava lo stretto rapporto con il Laurion (Av. 1106). E' infatti alquanto improbabile che essa si procurasse l'argento esclusivamente scambiandolo con moneta e sfruttando in tal modo quella differenza del 5% che, come abbiamo visto, esisteva, per unità di peso, tra l'argento monetato e l'argento non coniato: il profitto che la città ricavava dalle miniere sarebbe stato in questo caso troppo esiguo³⁷. Ciò è di particolare rilevanza

³⁵ Rimane sempre aperto il problema dell'entità di tale quota proporzionale. Aperghis, *A Reassessment* cit., pp. 18-19, la valuta nell'ordine del 10%. La mia impressione è, tuttavia, che il regime dovesse essere ben più gravoso per gli appaltatori. Ciò sia perché altrimenti la stessa quantità della moneta emessa da Atene nel V e nel IV sec. diverrebbe difficile da giustificare, sia perché, come evidenziato da un'analisi della classe liturgica ateniese, l'attività di concessionario non era di per sé sufficiente a raggiungere un censo elevato. I membri delle famiglie più abbienti attive nel Laurion dovevano infatti la loro ricchezza per lo più al fatto di essere *nello stesso tempo* ὀνηταί di miniere ma anche proprietari di *ergasteria* per la lavorazione del minerale e di terreni siti proprio nel distretto dell'Attica meridionale (S. Ito, *Pheidippos an Athenian Miner*, in *Studien zur alten Geschichte Siegfried Lauffer zum 70. Geburtstag am 4. August 1981 dargebracht*, II, Roma 1986, pp. 455-461; cfr. anche Shipton, *Money and the Élite in Classical Athens*, in Meadows/Shipton [edd.], *Money and its Uses* cit., pp. 129-144). Quest'ultima osservazione sembra suggerire che, causa il prelievo fiscale della *polis*, le attività estrattive da sole non bastavano per raggiungere un importante livello di ricchezza.

³⁶ Faraguna, *Atene* cit., pp. 293-311; cfr. anche, in maniera del tutto indipendente, Aperghis, *A Reassessment* cit., pp. 17-19; L.J. Samons II, *Empire of the Owl. Athenian Imperial Finance*, "Historia" Einzelschr. 142 (2000), pp. 202-204. In un altro contributo (*Intorno alla nuova legge ateniese sulla tassazione del grano*, "Dike" 2 [1999], pp. 63-97, in part. 90-97) ho cercato di mostrare come tale sistema presenti forti analogie con i meccanismi del regime d'appalto della δωδεκάτη riflessi nella *grain-tax law* pubblicata da R.S. Stroud, *The Athenian Grain-Tax Law of 374/3*, "Hesperia" Suppl. 29 (1998) (SEG 48,96).

³⁷ Si deve peraltro tenere conto anche della possibilità che i privati facessero coniare, in cambio di una commissione, il proprio argento, provvedendo poi a metterlo essi stessi

per il IV secolo perché, se per il V sec., dopo il libro di Th. Figueira, rimane ancora discusso se, o in qual misura, Atene avesse proceduto alla riconiazione delle monete d'argento delle città alleate³⁸, per quello successivo, come evidenziato dalle variazioni nelle emissioni di moneta tra la prima e la seconda metà del secolo, è legittimo concludere che essa fosse totalmente dipendente dall'argento del Laurion.

Dall'altro lato, se ritorniamo al problema dei caratteri del sistema amministrativo della *polis* è chiaro che un simile regime di sfruttamento dei *metalla* per poter funzionare in maniera efficiente rendeva necessario un elevato grado di complessità organizzativa. Un problema fondamentale doveva ad esempio essere rappresentato dal controllo delle autorità statali sulle attività dei concessionari e sui volumi di produzione. Questa è, non a caso, una delle questioni regolate, nel mondo imperiale romano, dalla cosiddetta seconda tavola di Vipasca (*FIRA*² 104 = P.F. Girard/G. Senn, *Les lois des Romains*, II, Napoli 1977⁷, pp. 586-589), in cui, al fine di evitare atti fraudolenti, si stabiliscono norme secondo cui i concessionari, i quali erano tenuti a versare al fisco la metà del minerale estratto (*venae*) (§ 5), potevano procedere al trasporto di questo alle *officinae* per la lavorazione e la fusione *soltanto* nello spazio del giorno compreso tra l'alba e il tramonto (§ 9)³⁹. P. Ørsted ha perciò ipotizzato che la divisione tra la parte di minerale del *colonus* e quella che spettava al *fiscus* avvenisse in occasione dei processi di fusione e di produzione dei lingotti⁴⁰.

Nel caso di Atene non disponiamo di notizie specifiche a questo proposito, fatta eccezione per l'ovvia interdizione di procedere allo sfruttamento di miniere non registrate (e quindi non assegnate in regolare concessione) (*ἀναπόγραφα μέταλλα*), nel cui caso la procedura prescritta era quella dell'*ἀπογραφή* (Hyp. 3,34; Suid. s.v. *ἀγράφου μετάλλου δίκη* [v. sopra])⁴¹. Che la città fosse direttamente interessata ad esercitare una qualche supervisione sulle attività del distretto del Laurion in rapporto

gradualmente in circolazione (cfr. F. de Callatay, *Guerres et monnayages à l'époque hellénistique. Essai de mise en perspective suivi d'une annexe sur le monnayage de Mithridate VI Eupator*, in J. Andreau/P. Briant/R. Descat [edd.], *Économie antique. La guerre dans les économies antiques*, Saint-Bertrand-de-Comminges 2000, pp. 343-344, il quale peraltro rileva come il fenomeno della "frappe libre" dovesse sempre avere un carattere di eccezionalità).

³⁸ Figueira, *The Power of Money* cit.; cfr. anche O. Picard, *Monnaie et guerre en Grèce classique*, in *Guerres et sociétés dans les mondes grecs à l'époque classique*, "Pallas" 51 (1999), pp. 208-211; Id., *Guerre et économie dans l'alliance athénienne* (490-322 av. J.-C.), Liège 2000, pp. 85-87; Samons, *Empire* cit., pp. 330-332.

³⁹ Schönbauer, *Beiträge* cit., pp. 92-94; Domergue, *La mine antique d'Aljustrel (Portugal) et les tables de bronze de Vipasca*, Paris 1983, pp. 146-147; P. Ørsted, *Roman Imperial Economy and Romanization*, Copenhagen 1985, p. 209.

⁴⁰ loc. cit.; Id., *Roman State Intervention? The Case of Mining in the Roman Empire*, in E. Lo Cascio/D.W. Rathbone (edd.), *Production and Public Powers in Classical Antiquity*, "PCPhS" Suppl. 26 (2000), pp. 70-76, in part. 74-75.

⁴¹ R.W. Wallace, *Phainein in Athenian Laws and Legal Procedures*, in G. Thür/ F.J. Fernández Nieto (edd.), *Symposion 1999*, Köln/Weimar/Wien 2003, pp. 173-174.

ai processi di monetazione è tuttavia rivelato, nei limiti di ciò che per ora è lecito sapere, da un documento ancora inedito. Si tratta di una legge (νόμος) ateniese della metà del IV sec. (*Agora* I 7495), purtroppo in un cattivo stato di conservazione, sul cui contenuto ho avuto qualche anticipazione grazie alla cortese disponibilità di M.B. Richardson che, assieme a J.McK. Camp, è incaricata di curarne l'*editio princeps* e che desidero qui ringraziare vivamente. Il testo conteneva disposizioni in relazione alla coniazione di moneta nella zecca di Atene ma, ciò che è per noi più interessante, nella seconda parte essa si occupava anche del minerale argentifero (ἀργυρίτις) e della purificazione dell'argento, operazioni che con tutta probabilità avevano luogo nel distretto del Laurion. Significativo è in particolare il fatto che nella legge vengano a questo proposito espressamente menzionate anche delle fornaci (κόμιννοι), verisimilmente quelle utilizzate per la fusione del minerale⁴². Dai *Poroi* di Senofonte apprendiamo che la città di Atene traeva entrate regolari (πρόσοδοι) dalle fornaci (4,49), forse nella forma di un τέλος⁴³, e, sull'analogia del regime ipotizzabile per le miniere di Vipasca, si potrebbe allora pensare che era proprio in connessione con i processi di fusione del minerale che la *polis* ateniese percepiva la propria parte del minerale estratto⁴⁴. Non è forse irrilevante che, secondo gli autori del più recente studio dei resti archeologici del complesso della "zecca", identificato nell'angolo sud-orientale dell'agorà di Atene, in cui, di fronte alla notevole quantità di reperti, tondelli e barre, di bronzo, non è praticamente venuta alla luce alcuna traccia di argento, il luogo di produzione delle monete d'argento deve con ogni probabilità essere cercato altrove, forse, almeno nella prima fase della storia della monetazione ateniese, proprio nel distretto meridionale dell'Attica⁴⁵.

⁴² Sui processi di fusione e di cupellazione mediante i quali si separava prima il piombo argentifero dalle scorie e poi l'argento dal piombo cfr. Conophagos, *Le Laurium* cit., pp. 274-337; Rihll, *Money Making* cit., pp. 118-126.

⁴³ Rihll, *Money Making* cit., p. 118. La misteriosa ἐν τοῖς ἔργοις πεντεδραχμία di P 26, ll. 474-475 (v. sopra) potrebbe anche essere stata una tassa gravante sugli ἐργαστήρια. Gauthier, *Un commentaire* cit., pp. 187-188, ritiene che i *prosodoi* cui alludeva Senofonte derivassero da fornaci di proprietà *pubblica*.

⁴⁴ Il controllo poteva in questo caso essere agevolato dal fatto che il processo di fusione richiedeva una notevole capacità tecnica e che il numero delle fornaci attive in un certo momento sembra essere stato abbastanza limitato, comunque di molto inferiore a quello degli *ergasteria* in cui il minerale veniva tritato, "lavato" e vagliato; v. Conophagos, *Le Laurium* cit., pp. 287-298; Photos-Jones/Ellis Jones, *The Building and Industrial Remains* cit., pp. 311-333; Rihll, *Money Making* cit., pp. 118-121.

⁴⁵ J.McK. Camp II/J.H. Kroll, *The Agora Mint and Athenian Bronze Coinage*, "Hesperia" 70 (2001), pp. 127-162, in part. 142-145; cfr. anche P.G. Calligas, *A Bronze Die from Sounion*, in K.A. Sheedy/Ch. Papageorgiadou-Banis (edd.), *Numismatic Archaeology – Archaeological Numismatics. Proceedings of an International Conference Held to Honour Dr. Mando Oeconomides in Athens 1995*, Oxford 1997, pp. 141-147; Kroll, *The Athenian Agora*, XXVI cit., pp. 292-295.

Due punti vanno ulteriormente menzionati. Il primo è che il *nomos* di IV sec. cui ho appena fatto riferimento non poteva ovviamente rappresentare il primo intervento legislativo di Atene su simili questioni. Già per la seconda metà del V sec. disponiamo ad esempio di un frammento di iscrizione, purtroppo estremamente mutilo, contenente parte del margine destro di un decreto nelle *Inscriptiones Graecae* datato al 416 (?) e intitolato *de nummis* (IG I³ 90). Il frustolo, sin dall'*editio princeps* del Meritt (*SEG* 10, 87), ha richiamato l'attenzione degli studiosi soprattutto per le possibili connessioni con il decreto sulla monetazione imperiale (IG I³1453) o con il decreto di Callia⁴⁶, anche se un più recente riesame della pietra ha messo a nudo la fragilità di molte delle integrazioni proposte⁴⁷. Ciò che si può affermare con sicurezza è che esso doveva occuparsi di questioni attinenti alla moneta, come è rivelato dal ricorrere, in almeno due occasioni, del sostantivo νόμισμα e dalla presenza di termini ad esso tematicamente connessi, quali καταλλάττειν e τράπεζα (o τραπεζίτης). Di grande interesse diventa allora il riferimento al Laurion alla l. 11. Meritt aveva creduto di poter individuare nel testo la disposizione data ai pritani della tribù *Aiantis* di inserire l'argomento delle miniere del Laurion nell'ordine del giorno della prima seduta in cui si discutesse della moneta (ll. 10-13: [τὸς δὲ πρυτάνες τῆς Αἰ]αντίδος πρυτανείας [γνόμεν ἔχσενεγκῆν περὶ τῶν μετάλλων τῶν ἐ]πὶ Λαυρείου ἥπος ἄν [φσερίσεται ἡ δῆμος ἐν τῇ πρότει ἡδῆραι ἡ]όταμπερ εἰ περὶ τῷ νο[μίσιματος])⁴⁸, ma, se anche si vuole negare il fondamento di tali integrazioni, emerge comunque lo stretto rapporto esistente, dal punto di vista della *polis*, tra le miniere del Laurion e la monetazione. Se ne deve inferire nuovamente che l'intervento della città in proposito non si limitava al solo appalto delle concessioni ma si concretizzava in più ampie forme di controllo.

La stessa conclusione vale per la seconda testimonianza che intendo esaminare, offertaci questa volta dai rendiconti dei tesoriери di Atena del 344/3 (IG II² 1443, ll. 12-88). Qui viene registrato il deposito nel tesoro della dea di 28 ῥυμοί di circa un talento ciascuno di ἀργύριον ἄσημον "messo da parte"⁴⁹ dal tesoriere della cassa militare Nicerato di Cidantide (ll. 12-14: [ἀσή]μου ἀργυρίου τοῦ εἰς τὰ στρατιωτικὰ ἐξαιρεθέντ[ος] παρὰ ταμίου στρατιωτικῶν παρελάβομεν Νικηράτ[ου] Κυδαντίδου; segue l'enumerazione dei 28 ῥυμοί, ciascuno dei quali costituito da un gruppo di 5

⁴⁶ Per un'ampia discussione dei problemi posti dal frammento e della bibliografia ad esso dedicata cfr. Figueira, *The Power* cit., pp. 424-430.

⁴⁷ Stroud, *Three Attic Decrees*, "CSCA" 7 (1974), pp. 283-290.

⁴⁸ Cfr. anche P.J. Rhodes, *The Athenian Boule*, Oxford 1972, p. 259: [τὸς δὲ πρυτάνες τῆς Αἰ]αντίδος πρυτανείας [χρεματίζεν ἐπ'ἀνάγκης περὶ τῶν ἔργων τῶν ἐ]πὶ Λαυρείου ἥπος ἄν [φσερίσεται ἡ δῆμος ἐν τῇ πρότει ἡδῆραι ἡ]όταμπερ εἰ περὶ τῷ νο[μίσιματος].

⁴⁹ Per il significato di ῥυμός, con il quale bisogna intendere un "gruppo di oggetti pesati insieme" (*weighing-lot*), cfr. D.B. Thompson, *The Golden Nikai Reconsidered*, "Hesperia" 13 (1944), pp. 185-187; T. Linders, *The Treasurers of the Other Gods*, Meisenheim am Glan 1975, p. 88 n. 71. Sull'uso del verbo ἐξαιρέω ad indicare un fondo "protetto" v. Figueira, *The Power of Money* cit., p. 372-373.

lingotti [φθοῖδες] di quasi uguale peso)⁵⁰. E' lecito domandarsi attraverso quali meccanismi il *tamias ton stratotikon* fosse giunto a detenere una quantità così considerevole (28 talenti) di argento non coniato, ma alla luce del coinvolgimento diretto di tale magistrato nelle procedure di appalto delle concessioni minerarie (Arist. *Ath. Pol.* 47, 2)⁵¹, la soluzione più plausibile rimane sempre quella che l'argento venisse dalle miniere del Laurion e avesse origine in quella parte del metallo estratto che la città si riservava in cambio dei diritti minerari. Nuovamente, si vede in maniera abbastanza chiara come l'interesse del tesoriere della cassa militare per i *metalla* d'argento andasse ben al di là della mera supervisione sulle operazioni di "vendita" delle miniere registrata da Aristotele⁵².

Un caso analogo, ma ancora più oscuro, ci viene inoltre offerto dalla menzione in alcuni documenti epigrafici di V sec. di un fondo speciale per Efesto e per Atena Efestia⁵³. Esso compare quasi certamente nel decreto ateniese sui pesi, le misure e la moneta (*IG I³ 1453*, § 7)⁵⁴ e forse in quello sulle Efestie (*IG I³ 82*, l. 15)⁵⁵ e può, a mio giudizio, essere con buona probabilità identificato con lo Ἡφαιστικόν che nei rendiconti relativi alla costruzione dei Propilei e del Partenone figura come una delle fonti di entrata per gli *epistatai* preposti ai lavori (*IG I³ 444*, ll. 249-250; 445, ll. 294-295; 464, ll. 103-104; 465, ll. 126-127). Se tale ipotesi è corretta⁵⁶, diviene allora interessante rilevare come in tutte e quattro le registrazioni, in cui l'integrazione del

⁵⁰ D. Harris, *The Treasurers of the Parthenon and Erechtheion*, Oxford 1995, pp. 123-127 (nr. 67). Sul significato di φθοῖδες, "ingots", "cakes", v. Kroll, *A Small Find* cit., p. 9 con n. 11.

⁵¹ Sugli στρατιωτικά v. Rhodes, *A Commentary on the Aristotelian Athenaion Politeia*, Oxford 1981, pp. 513-514; P. Brun, *Eisphora – Syntaxis – Stratiotika*, Paris 1983, pp. 170-175; Faraguna, *Atene* cit., pp. 187-193.

⁵² La notizia aristotelica secondo cui i tesoriere degli *stratiotika* avrebbero preso parte, oltre che alle procedure di appalto delle miniere, anche a quelle dei *tele* è ora indirettamente confermata dalla nuova legge sulla δωδεκάτη gravante sul grano di Lemno, Sciuro e Imbro (*SEG* 48,96), in cui viene prescritto che il denaro da essa ricavato dovesse essere assegnato alla cassa militare (ll. 54-55: καὶ ἔστω στρατι[ω]τικ(ᾶ) τὰ ἐκ τῷ σίτῳ γενόμενα); cfr. Stroud, *The Athenian Grain-Tax Law* cit., pp. 77-78.

⁵³ Sull'associazione tra le due divinità cfr. M. Delcourt, *Héphaistos ou La légende du magicien*, Paris 1982², pp. 191-197; G. Capdeville, *Volcanus. Recherches comparatistes sur les origines du culte de Vulcain*, Rome 1995, pp. 283-287.

⁵⁴ Si veda l'ampia discussione di questo § del decreto in Figueira, *The Power of Money* cit., pp. 368-375, il quale, pur integrando diversamente rispetto ai primi editori (cfr. *ML* 45, pp. 112-114), nondimeno accetta l'esistenza del fondo; dubbi sono sollevati da Stroud, *Three Attic Decrees* cit., pp. 280-282.

⁵⁵ H.B. Mattingly, *The Protected Fund in the Athenian Coinage Decree (ATL D 14, par 7f)*, "AJPh" 95 (1974), pp. 281-282. Scettico è W.E. Thompson, *The Protected Fund for Athena and Hephaistos*, *ibid.* 98 (1977), pp. 249-251. Cfr. anche F. Sokolowski, *Lois sacrées des cités grecques*, Paris 1969, nr. 13; V. Rosivach, *The System of Public Sacrifice in Fourth-Century Athens*, Atlanta 1994, p. 154.

⁵⁶ La possibilità è già prospettata, seppure con cautela, da Figueira, *The Power of Money* cit., pp. 372-375.

testo, anche quando fortemente frammentario, è da considerarsi sicura, l'origine del fondo viene regolarmente indicata nel Laurion (e.g. *IG I³ 465*, l. 126: *παρὰ ταμίῳν ἡφα[ισ]τικῷ ἀπὸ Λ[αυ]ρ[εί]ου*). Gli studiosi hanno, a dire il vero, generalmente seguito la proposta del Dinsmoor che individuava nello *Hephaistikon* una miniera⁵⁷, ma che ciò sia impossibile, e che debba invece trattarsi di un fondo speciale, è rivelato tanto dal fatto che, come oggi per lo più si ammette, non esistevano ad Atene miniere pubbliche direttamente sfruttate dallo Stato⁵⁸, quanto dalla constatazione che una miniera difficilmente avrebbe avuto un suo tesoriere (*ταμίας*) – cosa che sarebbe stata al contrario del tutto normale nel caso di una cassa speciale. L'ipotesi più probabile, suggerita da *IG I³ 1453*, § 7, è quindi che il fondo debba essere messo in rapporto con il processo di conversione in moneta dell'argento del Laurion. Già in Solone Efesto *πολυτέχνης* e Atena sono associati per i loro *ἔργα* (fr. 1, ll. 49-50 Gentili-Prato; cfr. *h.Hom. in Volc.* [20], ll. 2-3) e, in considerazione dello stretto rapporto tra Efesto e la metallurgia, non sarebbe per nulla sorprendente se, come gli Ateniesi riservavano ad Atena la sessantesima parte del tributo (*φόρος*) degli alleati, così essi dedicassero ad Efesto e Atena Efestia un'*ἀπαρχή* sull'argento del Laurion destinato alla coniazione⁵⁹.

Emerge quindi tra le righe di una documentazione certo frammentaria e incoerente come Atene avesse un forte interesse ad esercitare un controllo fiscale sulle attività di sfruttamento dei filoni argentiferi nel distretto del Laurion e come, conformemente al quadro presentatoci dalle fonti letterarie da Eschilo (*Pers.* 238) a Erodoto (7, 144, 1: *ἐν τῷ κοινῷ*), ad Aristofane (*Vesp.* 656-660) fino a Senofonte (*Vect.* 4,1 e 49) e Aristotele (*Ath. Pol.* 22, 7), essa beneficiasse *direttamente* sul piano economico da esse in una molteplicità di forme, la più importante di queste essendo costituita dalla quota proporzionale dell'argento estratto che spettava alla *polis* in cambio delle concessioni. Non possiamo precisare di qual natura fosse, nei dettagli, il sistema amministrativo messo a punto al fine di attuare tale controllo ma è chiaro che, se anche il modello dominante sembra essere stato quello dell'appalto, documentato, come si è visto, tanto nel caso della "vendita" dei diritti minerari da parte dei poleti quanto con riferimento alla non bene identificabile *ἐν τοῖς ἔργοις πεντεδραχμία*, esso doveva articolarsi sia al livello centrale della *polis*, dove più magistrati (i poleti, la *boule*, i tesoriere degli *stratitotika* e i preposti al *theorikon* [Arist. *Ath. Pol.* 47, 2], il *ταμίας Ἡφαιστικῷ* e, si potrebbe ipotizzare, i soprintendenti della zecca [*ἐπιστάται τοῦ ἀργυροκοπίου*]) risultavano a titolo diverso, e in momenti diversi, direttamente coinvolti, sia a livello locale – ciò che

⁵⁷ W.B. Dinsmoor, *Attic Building Accounts*, V: *Supplementary Notes*, "AJA" 25 (1921), p. 239; cfr. ML 60, p. 166; S. Hornblower, *A Commentary on Thucydides*, I, Oxford 1991, p. 254; A. Blamire, *Athenian Finance, 454-404 B.C.*, "Hesperia" 70 (2001), p. 106.

⁵⁸ Hopper, *The Attic Silver Mines* cit., pp. 207-209.

⁵⁹ Efesto ed Atena Efestia sono non a caso menzionati anche nella legge ateniese sulla moneta (*Agora I 7495*) di cui si attende la pubblicazione.

avrebbe tanto più significato nel caso in cui veramente i demi, come per lo più si assume, non avessero parte alcuna nei processi di gestione delle risorse minerarie⁶⁰.

Proprio quest'ultima dimensione locale è, causa il silenzio delle fonti, quella per noi più sfuggente, ma per avere un'idea della complessità dei problemi amministrativi che si ponevano mi sembra utile ritornare alla definizione di *διαγραφή* offertaci da *Αγοκραzione*: ἡ διατύπωσις τῶν πιπρασκομένων μετάλλων, δηλοῦσα διὰ γραμμάτων ἀπὸ ποίας ἀρχῆς μέχρι πόσου πέρατος πιπράσκεται. Le *diagraphai* erano dunque le registrazioni scritte che descrivevano i limiti spaziali di una miniera. Di esse, come abbiamo visto, possiamo farci un'idea attraverso i documenti dei poleti venuti alla luce nell'agorà di Atene. Le miniere sono in essi per lo più identificate mediante l'indicazione del demo nel cui territorio erano ubicate, spesso con il riferimento ulteriore (o alternativo) al nome di uno specifico distretto (e.g. ἐν Νάπηι, ἐν Μαρωνέαι, ἐπὶ Λαυρείωι, ἐμ Φιλομηλιδῶν, ἐν Ἀυλῶνι, ecc.)⁶¹, quindi con la loro particolare denominazione (nella maggioranza dei casi connessa al nome di una divinità tutelare: Artemisiakon, Diakon, Poseidoniakon, Apolloniakon, ecc.) e con l'indicazione del nome del proprietario del terreno e la descrizione, più o meno estesa, secondo i punti cardinali, dei confini. Va tuttavia osservato che, nonostante l'impressione di linearità e chiarezza che ne risulta, molti sono gli elementi di potenziale confusione e incertezza insiti in un tale sistema di registrazione. Gli stessi nomi talora si applicano infatti non solo a miniere site in demi diversi ma, ciò che qui importa, anche a miniere poste nello stesso demo e presumibilmente adiacenti (P 5, ll. 72-76; 26, ll. 223-227; 29, ll. 7-13). Più miniere potevano essere localizzate nello stesso fondo (cfr. e.g. P 5, ll. 44-47: ἐπὶ Σουνίωι ἐν τοῖς Χαρμύλο παιδῶν, ὧι γει: βορρᾶ Κλεόκριτος Αἰγι, νοτό: Λεύκιος Σουνι, ὦνη: Φεΐδιππος Πιθεύς ΔΔ, con 5, ll. 79-81: ἐπὶ Σουνίωι ἐν Νάπηι ἐν τοῖς Χαρμύλο παιδῶν, ὧι γει βορρᾶ: Πύρρακος Αἰγι:, νοτό: Λεύκιος Σουνι, ὦνη: Φεΐδιππος Πιθεύς: ΔΔ), il che rende evidente come la "geografia" dei rapporti di "proprietà" del sottosuolo non corrispondesse nella maggioranza dei casi a quella prodottasi al livello del suolo e della superficie. Un altro fenomeno documentato dalle fonti letterarie, ma che non trova un immediato riscontro nelle iscrizioni, è quello delle *μερίδες*. Tanto il *corpus* demostenico ([Dem.] 42,3) quanto la tradizione lessicografica fanno infatti riferimento alle "sezioni" o "parti" in cui erano suddivise le miniere e ai pilastri che ne segnavano, sottoterra, i confini (*Lex. Seg.*, p. 205: ἀποσέσχεν (sic!) τοὺς ὄρμους τοῦ μετάλλου: ἀποσέξαι τὸ διασεῖσαι καὶ κινήσαι. ὄρμοι δὲ εἰσιν ὡσπερ κίονες τοῦ μετάλλου. οὗτοι δ' ἦσαν καὶ ὄροι τῆς ἐκάστου μερίδος, ἦν ἐμισθώσαντο παρὰ τῆς πόλεως; p. 287: ὄροι: ὅτι κατὰ μέρη τινὰ ἐμισθοῦντο τὰ ἀργύρεια, ὄροις διακεκριμένα; cfr. anche Phot. s.v. μεσοκρινεῖς). E'

⁶⁰ Si noti che, significativamente, nelle *diagraphai* dei poleti (v. sotto) l'indicazione del demo compare frequentemente ma non sembra essere stata tassativa.

⁶¹ Cfr., oltre all'*Index of Geographical Names in The Athenian Agora*, XIX cit., pp. 236-237, Hopper, *The Attic Silver Mines* cit., pp. 217-219; Aperghis, *A Reassessment* cit., pp. 11-12.

tuttavia incerto come tali *merides* venissero trattate da un punto di vista amministrativo, se come suddivisioni della stessa miniera e, come tali, oggetto di un appalto unico o come concessioni separate, anche se l'esempio sopra considerato di miniere site nello stesso fondo, verisimilmente confinanti e portanti lo stesso nome, il cui concessionario è evidentemente lo stesso personaggio, mi fa propendere – qualora sia legittimo riconoscere in esse le *merides* del medesimo *metallon* – per la seconda ipotesi.

Un ulteriore fattore di disturbo è rappresentato dal fatto che il quadro fin qui presentato non deve essere immaginato come statico. Al contrario, esso era in continuo movimento. Non soltanto, infatti, la coltivazione delle miniere, come rivelato, sul piano della terminologia, dalla distinzione tra μέταλλα ἀνασάξιμα e παλαιά ἀνασάξιμα, poteva essere interrotta e poi ripresa a qualche distanza di tempo, ma era la natura stessa dei lavori di prospezione, scavo ed estrazione a far sì che nuove gallerie venissero in continuazione aperte e che quelle che in origine erano state semplici ramificazioni o “appendici” di una miniera (per le quali nelle *diagraphai* si usano i termini κατατομή, ἐπικατατομή e συντομή), acquisissero con il tempo lo statuto di miniere in regolare esercizio, divenendo oggetto di concessioni autonome e ricevendo il medesimo nome della miniera “madre”⁶². Di rilievo è inoltre il fatto che, in numerosi casi, i limiti di un *metallon* sono indicati mediante il riferimento ad una o più miniere confinanti, ciò che non doveva mancare di causare incertezze e controversie⁶³ e sfociare in azioni legali non soltanto di diritto privato (le δίκαι μεταλλικά [Arist. *Ath. Pol.* 59,5; Dem. 37,35-38]) per quanto atteneva ai rapporti tra i concessionari, ma anche di diritto pubblico, nella forma della φάσις o dell'ἀπογραφή⁶⁴, in relazione al rapporto tra i concessionari e la *polis*. A tutto ciò si deve, infine, aggiungere il problema amministrativo della classificazione delle miniere. *Kainotomia*, *metallon ergasimon*, *anasaximon* o *palaion anasaximon*, così come i citati *katatome*, *syntome* e *epikatatome*, erano evidentemente termini tecnici, allo stesso modo in cui con ogni verosimiglianza lo erano χωρίον, ἔσχατιά, οἰκόπεδον, γύης e altri nei documenti relativi alla vendita o all'affitto di terre pubbliche⁶⁵, e le miniere e le gallerie che venivano con essi designate dovevano corrispondere, entro certi ragionevoli limiti, a ben determinate e riconoscibili tipologie.

⁶² Questo punto è ottimamente evidenziato da Aperghis, *A Reassessment* cit., pp. 8-9. Con questo processo di “gemmazione” delle miniere si potrebbe forse spiegare anche il fenomeno delle *merides*.

⁶³ Hopper, *The Attic Silver Mines* cit., pp. 217-218.

⁶⁴ Fonti e discussione in Harrison, *The Law of Athens*, II, Oxford 1971, pp. 211-221; cfr. anche le successive osservazioni di D.M. MacDowell, *The Athenian Procedure of Phasis*, in M. Gagarin (ed.), *Symposion 1990*, Köln/Weimar/Wien 1991, pp. 187-188; e Wallace, *Phaenon in Athenian Laws* cit., pp. 167-181.

⁶⁵ Faraguna, *Atene* cit., pp. 329-330, 348-350; Id., *Un nuovo studio sulle “Rationes Centesimalum”*, “*Dike*” 1 (1998), pp. 176-177; v. inoltre Lambert, *Rationes Centesimalum* cit., p. 228.

Ci si può di conseguenza domandare se tutto questo non trascurabile e complesso lavoro amministrativo, di cui le *diagraphai* sono per noi il tangibile risultato – Aperghis ha recentemente ipotizzato, per il periodo documentato da queste ultime, un numero minimo di 500 miniere attive nello stesso momento⁶⁶ –, avrebbe potuto essere svolto esclusivamente “a tavolino” nell’ufficio dei poleti, senza verifiche o controlli in prima persona sul campo. Certo le *diagraphai* in più occasioni menzionano rinnovi di concessioni ἐκ τῆς στήλης, fatte cioè sulla base delle liste, iscritte su stele, di anni precedenti, puntualmente richiamati con il nome dell’arconte (P 5, ll. 47-83; 18, ll. 17 e 84; 26, ll. 227-251; 27, ll. 19-20, 61, 76, ecc.). In molti casi, come testimoniato dal frequente ricorrere dei prezzi “base” di 20 e 150 dracme, non è inoltre forse necessario immaginarsi l’assegnazione della concessione come il risultato di una vera e propria asta pubblica. E’ probabile che i personaggi interessati semplicemente si presentassero dai poleti e comunicassero la loro volontà di prendere in appalto una determinata miniera, cosicché, se nessun altro si faceva avanti, l’assegnazione poteva avvenire pressoché automaticamente. La città poi si limitava a mediare nel caso di controversie tra privati e anche per procedure come la *phasis* o l’*apographe* l’iniziativa era, al solito, lasciata a ὁ βουλούμενος. Nondimeno, sono gli elementi identificativi e la descrizione dei confini dei singoli *metalla* a risultare più di ogni altra cosa indicativi e, a mio giudizio, dirimenti. Nelle *diagraphai*, numerose miniere, ma significativamente non tutte le miniere, vengono individuate mediante la formula στήλην ἔχον, il che, da un lato, ha ricevuto piena conferma dagli *horoi* ritrovati nell’Attica meridionale, che segnalano la “presa di possesso” di una concessione da parte di un certo personaggio⁶⁷, dall’altro rivela come, preliminare rispetto alla registrazione, dovesse essere una verifica autoptica della situazione sul terreno⁶⁸. Alla stessa conclusione si giunge anche attraverso l’esame delle indicazioni relative ai limiti spaziali delle miniere, le quali variano sensibilmente per ampiezza e grado di precisione⁶⁹ e presentano come punti di riferimento sia elementi del paesaggio naturale (come, per limitarsi all’esempio dei due testi più completi, P 5, ll. 40-83 e 26, ll. 200-251, una collina o

⁶⁶ Aperghis, *A Reassessment* cit., pp. 18-19.

⁶⁷ Per una lista dei documenti v. Hopper, *The Attic Silver Mines* cit., pp. 218-219, da integrare con IG I³ 1141; SEG 28,204; 29,155; 32,233; 34,171. Si noti che uno di questi *horoi* (IG I³ 1141, da Thorikos) sarebbe da attribuire al V sec. Sul significato, in questo contesto, di κατέλαβε cfr. S. Lauffer, *Die Bergwerkssklaven von Laureion*, Wiesbaden 1979², p. 276.

⁶⁸ Questo è tanto più vero se, come suggerito da Hopper, *The Attic Silver Mines* cit., p. 233, in P 26, ll. 227-230: τάδε αὐτοὶ ἀπεγράψαντο ἐργάσιμα ἐκ τῶν στηλῶν ἐπὶ τῆς Κεκροπίδος πρώτης πρυτανείας ἐκ τῆς στήλης τῆς ἐπὶ Καλλιμάχο ἄρχο: (cfr. anche P 18, l. 84), “ἐκ τῶν στηλῶν must refer to the mine markers, though not all mines had them, ἐκ τῆς στήλης to the year’s list of leases”. In svariati casi, le *diagraphai* esplicitamente segnalano l’assenza di un *horos* con la formula στήλην οὐκ ἔχον.

⁶⁹ Hopper, *The Attic Silver Mines* cit., pp. 217-218.

un torrente)⁷⁰ sia del paesaggio “umano”, quali una strada o un *ergasterion*, un *πύργος* o un *περίβολος*, sempre caratterizzati con il nome del proprietario, elementi questi ultimi non necessariamente permanenti o definitivi e tali da rendere quindi necessarie nel tempo verifiche e aggiornamenti. Chi eseguisse in concreto tali operazioni sul terreno, allo stato attuale delle nostre conoscenze è impossibile dire. Si potrebbe pensare ai poleti stessi, di cui è documentato almeno in un’occasione un *ὑπογραμματεύς* (Antiph. 6, 49), ma non è nemmeno del tutto escluso che si debba seguire l’ipotesi dell’Aperghis, incline ad ammettere che i demì, nonostante il silenzio delle fonti, dovessero dopo tutto avere una qualche parte in questo sistema amministrativo⁷¹. Quest’ultima proposta ha, in particolare, il vantaggio di essere coerente con quanto ho creduto di poter dimostrare, in maniera del tutto indipendente, in relazione all’esistenza e alla tipologia dei registri fondiari ad Atene, che essi cioè venivano tenuti nei singoli demì e che i demarchi fungevano da elemento di raccordo tra le realtà periferiche locali e le istituzioni centrali della *polis*, fornendo in certe occasioni ai magistrati di Atene informazioni che essi custodivano nei propri archivi⁷².

In conclusione, per ritornare al problema, da cui eravamo partiti, dei caratteri del sistema amministrativo di una città greca, mi sembra che l’analisi fin qui condotta abbia consentito di raccogliere un certo numero di dati sufficientemente indicativi per avere anche un valore più generale. La città di Atene deteneva un monopolio sui diritti di estrazione dell’argento del Laurion, che assegnava in concessione ai privati per lo sfruttamento. Essa si riservava una quota proporzionale dell’argento estratto e per tale finalità fiscale aveva elaborato un sistema organizzativo di una certa complessità, tra le altre cose basato su un ampio uso della scrittura⁷³. Più magistrati interagivano a livello centrale nell’ambito di questo sistema e vi sono buoni motivi per ritenere che il regime delle concessioni, e l’esazione da parte della città della quota d’argento di sua spettanza, non sarebbero state possibili senza un controllo amministrativo esercitato “sul campo” anche *all’interno* del distretto del Laurion. Sono noti inoltre, seppure in forma frammentaria, alcuni provvedimenti legislativi

⁷⁰ V.H. Lohmann, *Atene. Forschungen zu Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur des klassischen Attika*, I, Köln/Weimar/Wien 1993, pp. 77-79.

⁷¹ Aperghis, *A Reassessment* cit., pp. 11 e 19.

⁷² Faraguna, *Registrazioni catastali nel mondo greco: il caso di Atene*, “*Athenaeum*” 85 (1997), pp. 7-33; Id., *Vendite di immobili e registrazione pubblica nelle città greche*, in Thür/Fernández Nieto (edd.), *Symposion 1999* cit., pp. 103-107.

⁷³ Sul rapporto tra scrittura e amministrazione nelle città greche v. da ultimo J. Sickinger, *Literacy, Documents and Archives in the Athenian Democracy*, “*The American Archivist*” 62 (1999), pp. 229-246; L. Migeotte, *Information et vie politique dans la cité grecque*, in J. Andraeu/C. Virlouvet (edd.), *L’information et la mer dans le monde antique*, Rome 2002, pp. 21-32; Faraguna, *Gli archivi e la polis (problemi vecchi e nuovi alla luce di alcuni recenti documenti)*, in corso di stampa in *La circulation de l’information dans les structures de pouvoir dans l’Antiquité* (Bordeaux, 18-19 gennaio 2002).

miranti a disciplinare questa materia così come, con riferimento al sistema giudiziario, siamo relativamente ben documentati sull'esistenza di un articolato complesso di procedure, tanto a livello pubblicistico che privatistico, volte a dirimere le controversie specificamente attinenti alle attività minerarie. Ultimo elemento, anch'esso da non trascurare, abbiamo più volte riscontrato l'esistenza di un numero di termini tecnici, in alcuni casi non altrimenti attestati, specificamente propri del linguaggio in uso per questo particolare settore dell'amministrazione pubblica. Non mancano naturalmente le zone d'ombra e i punti che sfuggono alla nostra possibilità di indagine, ad esempio in rapporto ad un'eventuale articolazione in senso verticale di tale sistema organizzativo. Nondimeno mi sembra che, come in un recente contributo P. Christesen ha posto l'accento sulla razionalità delle scelte e dei calcoli economici di quegli Ateniesi che privilegiavano l'investimento nello sfruttamento delle miniere rispetto alle altre attività economiche⁷⁴ – Aristotele, non a caso, classificava la μεταλλευτική come terzo *eidos* della χρηματιστική che si poneva a metà strada tra la μεταβλητική e la crematistica naturale (*Pol.* 1258b27-35) –, allo stesso modo si possa parlare di una razionalità sottesa al modello organizzativo e amministrativo che abbiamo tentato qui di ricostruire⁷⁵. Si potrà in altri termini continuare a discutere sulla natura e i limiti della statualità della *polis* – molto naturalmente dipende dalla definizione di “Stato” che si assume come punto di partenza⁷⁶ – ma quello che, a mio giudizio, è certo è che la *polis* greca non era in nessun modo una “stateless community”, non era in altri termini una “società senza Stato”.

⁷⁴ P. Christesen, *Economic Rationalism in Fourth-Century BCE Athens*, “G&R” 50 (2003), pp. 31-56, in part. 39-46.

⁷⁵ Sulla “razionalità” della città greca v. O. Murray, *Cities of Reason*, in Murray/Price (edd.), *The Greek City* cit., pp. 1-25; Ampolo, *Le cave di pietra* cit., pp. 255-256; Id., *Economia e amministrazione ad Atene: il contributo dell'Athenaion Politeia e il ruolo dei misthoi*, in G. Maddoli (ed.), *L'Athenaion Politeia di Aristotele 1891-1991. Per un bilancio di cent'anni di studi*, Napoli 1994, pp. 280-281.

⁷⁶ Hansen, *Was the Polis a State* cit. Sulla parabola della nozione di Stato nella storia della civiltà europea cfr. ora W. Reinhard, *Storia del potere politico in Europa*, Bologna 2001 (ed. or. *Geschichte der Staatsgewalt*, München 1999).

GERHARD THÜR (GRAZ)

ANTWORT AUF MICHELE FARAGUNA

Unerschrocken hat Michele Faraguna wieder ein großes Thema der griechischen Rechtsgeschichte aufgegriffen. In seinem Hauptanliegen, dem Streit um die „Staatlichkeit“ Athens, möchte ich ihm voll zustimmen. Anhand der Verwaltung der Silberminen im Laurion kann man deutlich zeigen, daß die Polis Athen nicht ohne kompliziert aufgebaute staatliche Verwaltung auskam. Man könnte die Beispiele noch weiter ausdehnen: Die Verwaltung der Flotte, das gesamte hypertroph organisierte demokratische Justizwesen, die überbordende Verwaltung der Kulte und Festspiele mit den zahlreichen Choregien (und überhaupt das Liturgiesystem) erforderten einen hohen Einsatz von Fachkräften, über die wir in den Quellen fast nie etwas hören. Freilich unterscheidet sich die Polis Athen auch wesentlich vom modernen Staat, und zwar nicht nur durch die geringere Dichte der Bürokratie, sondern auch durch das Fehlen einer bürgerlichen Schicht entnommenen Standes des Berufsbeamtentums. Die rege unprofessionelle Teilnahme der Bürger an fast allen Agenden der staatlichen Verwaltung unterscheidet Athen von einem modernen Staat, selbst von der direkten Demokratie der Schweiz. Ich möchte also einleitend der Hauptthese Faragunas zustimmen und stimme hierin auch voll mit unserem Kollegen Mogens Herman Hansen überein, Athen weiterhin als „Stadtstaat“ – die Betonung liegt auf -staat – zu bezeichnen und nicht als „stateless community“. Letztlich wird die Antwort auf diese Frage aber von der jeweils gewählten Definition des „Staates“ abhängen.

Nicht voll kann ich Faraguna allerdings in seinem engeren Thema, der Minenverwaltung, beipflichten. Hierauf will ich mich in meinem Antwortreferat beschränken. Zunächst fasse ich seine Thesen zusammen: Über die Ansätze der bisherigen bergrechtlichen Arbeiten hinausgehend untersucht Faraguna verdienstvollerweise den gesamten Weg des Silbers vom Abbau des Erzes bis zur Münzprägung. Aus diesem Aspekt kommt er in der Streiffrage, ob es in Athen ein „Bergregal“ gegeben habe, zu folgendem Befund: Die alte Theorie, z.B. Schönbauers¹, zum Bergbau sei der Eigentümer des Grundes berechtigt gewesen, ist überholt. Im Laurion befindet sich keine zusammenhängende Staatsdomäne, sondern ein buntes Gemenge von

¹ E. Schönbauer, Beiträge zur Geschichte des Bergbaurechts (München 1929) 158; dagegen bereits G. Thür, Gedanken zu ‚Bergregal‘ und ‚Bergfreiheit‘ in der griechisch-römischen Antike, in: Festschrift für G. Kocher, hg. v. H. Valentinitich/M. Steppan (Graz 2002) 322.

Privatgrundstücken und von vom Staat kraft Hoheitsrecht vergebenen Minen. Für ein vom Grundeigentum unabhängiges „Monopol“ der Polis spreche auch, daß die Demen keinerlei Einfluß auf die Verpachtung der Minen hatten. Weiters stellt Faraguna fest, daß der bei der Münzprägung anfallende „Schlagschatz“ von 5% den Reichtum Athens nicht erklären könne. Als nächsten Schritt behandelt er folglich die Verpachtung der Silberminen. Die wichtigsten direkten Quellen dafür, die Poletenschriften, belegen ein System von festen Preisen (20, 150, 1.550 bis 17.750 Drachmen). Ein anderes, von Faraguna – wie ich meine, zu Unrecht – in den Vordergrund gerücktes System, den Pachtzins zu bestimmen, ist angeblich in den Lexika belegt, nämlich eine Quote des Ertrags, ausdrücklich freilich nur ein rätselhaftes Vierundzwanzigstel (4,16%)². In Parenthese wird die Theorie Shiptons³ abgelehnt, diese Preise seien nach Länge der Pachtzeit gestaffelt gewesen, je 5 Drachmen für eine Prytanie (ein Jahreszehntel). In einer Fußnote (Anm. 24) wird die Qualifikation einer Mine mit ἐργάσιμον als „möglich zum Abbau“ statt wie bisher „aktiv, im Abbau befindlich“ gedeutet.

Auf diesen Angaben fußt Faragunas wichtigstes Ergebnis: Die in den Poletenlisten angeführten Summen, für die auch keine Bürgen gestellt werden, seinen bereits bezahlte „Registrierungsgebühren“. Daneben habe die Polis aber auch am Silberertrag mit profitiert, und zwar in einem bestimmten, nicht belegten Prozentsatz, vielleicht mit 10% oder mehr (Anm. 35).

In seinen weiteren Ausführungen nimmt Faraguna auf eine unpublizierte Inschrift Bezug, welche die Aktivität von Münzbeamten im Laurion belegen soll. Der Beweis dafür scheint mir bereits aus den übrigen sorgfältig interpretierten Quellen gelungen, ohne daß man den Text der neuen Inschrift kennen müßte. (Hoffentlich wird sie publiziert, bevor der Tagungsband erscheint.)

Diskussionswürdig scheint mir vor allem Faragunas Hauptthese von der doppelten Abgabe an den Staat, nämlich in Form einer fixen „Registrierungsgebühr“ und einer nach Bruchteilen berechneten Quote des Gewinnes an Silber. Ich will mich dabei auf ein bisher übersehenes Detail in der Pantainetosrede (Dem. 37) und auf eine auch von Faraguna nicht beachtete Inschrift zum Silberbergbau, IG II² 411⁴, beziehen.

² Vom Vierundzwanzigstel ist nur in der Suda s.v. ἀγράφου μετάλλου δίκη die Rede (von Faraguna in Anm. 30 zitiert). Die Angaben sind insgesamt zu vage, um von „quote proportionali“ als „Pachtzins“ – Faragunas Hauptanliegen – zu sprechen.

³ K.M.W. Shipton, *The Prices of the Athenian Silver Mines*, ZPE 120, 1998, 57-63.

⁴ Zu benützen nach der Neuedition von B. Palme, *Ein attischer Prospektorenvertrag?* Tyche 2, 1987, 113-139, Tafel 8; s. SEG XXXVII 1987, Nr. 77, auf dessen umsichtig vorgenommenen Ergänzungen und Deutungen G. Thür, IG II² 411: Pacht- oder Werkvertrag? In: *Iurisprudentia universalis*, Festschrift für Th. Mayer-Maly, hg. v. M.J. Schermaier u.a. (Köln u.a. 2002) 779-784, und Gedanken (o. Anm. 1) aufbaut; zusammenfassend, Prospektion und Bergregal in IG II² 411, in: *Attikai Epigraphai. Praktika Symposiou is Mnimin Adolf Wilhelm*, hg. v. A. Matthaïou (Athen 2004) 175-184.

Fixe, einmalig als Registrierungsgebühren zu zahlende Beträge sind allenfalls im Bereich der oft erwähnten 20 Drachmen (eventuell auch für die höheren Standardsummen von 150 oder 1.550 Drachmen) denkbar. Die wenigen, bis 17.750 Drachmen steigenden Summen erklärt auch Faraguna als Ergebnis von Versteigerungen (τὰ μέταλλα πολούσι, AP 47, 2 über die Poleten). Daß eine Versteigerung durchgeführt wurde, nur um die höchste Registrierungsgebühr zu erreichen, ist wenig wahrscheinlich. Die hohen Beträge in den Poletenlisten sind jedenfalls als Pachtzins zu erklären.

Das wird unmittelbar aus mehreren Gerichtsreden bestätigt, auf die auch Faraguna hinweist. Von besonderem Interesse scheinen mir die Angaben in der Rede gegen Pantainetos (Dem. 37). In § 22 läßt der Sprecher, Nikoboulos, das Enklema verlesen, das Pantainetos gegen ihn eingereicht hat. Pantainetos behauptet in seiner Klageschrift, er habe die Silbergrube um 90 Minen (das sind 9.000 Drachmen) „gekauft“, d.h. gepachtet. Antigenes, Nikoboulos' Sklave, habe die καταβολή (die Ratenzahlung an die Polis) im Auftrag von Nikoloulos und Euergos, die beide Gläubiger des Pantainetos waren, gepfändet. Bereits Gernet vermutet in seiner Edition in einer Anmerkung zu § 22, daß diese καταβολή, die in der Rede nirgends beziffert ist, ein Drittel der gesamten Pachtsumme von 90 Minen betragen habe, also 30 Minen (das sind 3.000 Drachmen oder ein halbes Talent). Das schließt Gernet ansprechend aus Aristoteles AP 47, 2, wonach μέταλλα ἐργάσιμα auf drei Jahre verpachtet werden. (Daß Pantainetos' Silbermine aktiv war und Silbererz gefördert wurde, geht aus der Rede, § 28, klar hervor.) Die Vermutung Gernets stimmt auch mit einer weiteren Angabe der Rede, die bisher meines Wissens noch niemand beachtet hat, bestens überein. In § 50 behauptet der Sprecher, Pantainetos verfolge ihn nun wegen zweier Talente (das sind 120 Minen oder 12.000 Drachmen). Dieses Timema von 12.000 Drachmen ist leicht zu erklären: Da Pantainetos die καταβολή von 3.000 Drachmen wegen der Pfändung an die Polis nicht bezahlt hat, wurde er für den doppelten Betrag, für 6.000 Drachmen (1 Talent), als Staatsschuldner eingetragen (§§ 22 und 24). In seiner δίκη βλάβης gegen Nikoboulos verlangt nun Pantainetos wiederum genau das Duplum jener Summe, 2 Talente (12.000 Drachmen), als Buße. (Von Nikoboulos' Partner, Euergos, hat er den gleichen Betrag bereits erstritten, also ein gutes Geschäft gemacht.) Den Zusammenhang des Timema von 2 Talenten mit der καταβολή von einem halben Talent hat bisher der Umstand verstellt, daß Nikoboulos in seinem Enklema eine lange Liste von Vorwürfen erhebt. Im Timema beziffert hat er aber allein den Hauptvorwurf, die Pfändung jenes halben Talents durch eigenmächtige Beschlagnahme. Alle übrigen Vorwürfe hat Pantainetos nur deshalb in das Enklema aufgenommen, um vor Gericht nicht ἔξω τοῦ πράγματος zu sprechen⁵.

⁵ Zur Rede s. H.J. Wolff, Die attische Paragraphe (Weimar 1966) 47-52; S. Isager/M.H. Hansen, Aspects of Athenian Society in the Fourth Century B.C. (Odense 1975) 191-200; vgl. G. Thür, Beweisführung vor den Schwurgerichtshöfen Athens (Wien 1977) 226 u. 250f. Das Timema von zwei Talenten wurde bisher noch nicht mit der

Diese kurze prozeßrechtliche Exegese der Pantainetos-Rede zeigt, daß die μέταλλα ἐργάσιμα, die nach AP 47, 2 auf drei Jahre verpachtet wurden, aktive (Ertrag abwerfende) Minen waren, und nicht, wie Faraguna meint, „minere potenziellente produktive“, also Minen mit „Hoffnung auf Ertrag“.

Nun zur Hauptthese Faragunas, Athen habe aus den Minen auf doppelte Weise, sowohl durch eine einmalige Registrierungsgebühr als auch durch eine prozentuelle Abgabe vom Ertrag Gewinn gezogen. Eine Quote von 10% ist reine Vermutung und durch keine einzige Quelle belegt. 10% scheinen mir äußerst wenig; die *lex metallis dicta* von Vipasca (FIRA I² 104, 5-7 [§ 2]) geht von einer Beteiligung des Staates mit 50% des Ertrags aus⁶. Die nur in den Lexika erwähnte Quote von einem Vierundzwanzigstel (4,16%)⁷ könnte sich auf die von Xenophon, Poroi 4, 49 erwähnte Abgabe ἀπὸ κομίνων (von den Schmelzöfen) beziehen, wie schon Boeckh 1815/16 vermutet hat⁸. Faraguna erwähnt diese Abgabe - zweifellos richtig - in dem Zusammenhang, daß Vertreter des Staates nicht nur in der Stadt Athen, sondern auch „vor Ort“ im Laurion tätig waren. Doch von der vermutlich geringen, sonst nirgends belegten Abgabe „von den Schmelzöfen“ konnte die Polis nicht reich geworden sein. Andere Quoten sind nirgends belegt.

Über den möglichen Zusammenhang zwischen den festen Zahlungen der Grubenpächter, wie sie in den Inschriften und Reden belegt sind, und der geringen Quote von 4,16% (vermutlich „von den Schmelzöfen“) dürfte eine Inschrift Auskunft geben, die in der Diskussion um den Silberbergbau bisher zu wenig beachtet wurde, IG II² 411⁹. Auch Faraguna legt ihr offenbar kein Gewicht bei. Der zugegebenermaßen schlecht erhaltene Text wurde von Bernhard Palme einer genauen Revision unterzogen und in umfassender Diskussion neu gedeutet. Nach seiner Auffassung liegt ein „Prospektorenvertrag“ vor, den der Unternehmer Sokles mit der Polis abgeschlossen hat. Nirgends sonst gibt eine Quelle Aufschluß über das Auffinden von Silbererz. In unserem Zusammenhang ist ein einziges Wort in Z. 22 wichtig, τ[ι]μή[σεως], wie im Anschluß an Koehler gewiß richtig ergänzt ist: Der Ertrag der von Sokles gefundenen und anschließend vom Staat verpachteten Minen wurde „geschätzt“. Diese Schätzung wurde, meine ich, von den staatlichen Funktionären „bei den Schmelzöfen“ vorbereitet. Nach dem Gesamtertrag, der für die Berechnung

konkreten Schädigung von einem halben Talent (zwei Mal verdoppelt) in Beziehung gesetzt. Zur Pflicht der Parteien, nur „zur Sache“ zu sprechen, s. AP 67, 1 (dazu A.R.W. Harrison, *The Law of Athens II*, Oxford 1971, 163; P.J. Rhodes, *Keeping to the Point*, in: *The Law and the Courts in Ancient Greece*, hg. v. E.M. Harris/L. Rubinstein, London 2004, 137-58).

⁶ S. dazu D. Flach, *Die Bergwerksordnungen von Vipasca*, in: *Chiron* 9, 1979, 399ff.; S. Lazzarini, *Lex metallis dicta* (Rom 2001) 131-136 (mit Besprechung G. Pfeifer, *ZSSStRom*, 129, 2003, 239-242).

⁷ S.o. Anm. 2.

⁸ A. Boeckh, *Über die Laurischen Silberbergwerke in Attika*, in: *Abh. Ak. Berlin h-ph.* 1815/16, 111-119 (= *Kl. Schr. V* 1871, 32-41); s. dazu Thür, *Gedanken* (o. Anm. 1) 320f.

⁹ S. die oben Anm. 4 zitierte Literatur.

der Abgabe ἀπὸ καμίνων zu erheben war, konnte nach Ablauf der Pachtzeit der Zins für die nächsten drei Jahre – wenn es sich, eventuell nach einer Anlaufzeit, um μέταλλα ἐργάσιμα, aktive Minen, handelte – festgelegt werden, und zwar durch „Schätzung“ nach dem Ertrag der Vorjahre.

Diese Vorgehensweise wirft auch neues Licht auf die Verpachtung der Minen. Meiner Ansicht nach wurden die Minen nicht „versteigert“, sondern an den seriösesten Unternehmer vergeben. Dafür spricht bereits der Text in AP 37, 2: „Und sie (= die Poleten) bestätigen (κυροῦσιν) die Person, welcher die Boule die Mine durch Abstimmung (χειροτονήσῃ) zuteilt.“ Bei dieser Abstimmung durch die Boule kann es nur um die Person des Pächters, der zum Zuge kommen soll, nicht aber um den Pachtzins gegangen sein. Die 500 Bouleuten konnten schwerlich eine Auktion geleitet haben, in welcher der Meistbietende den Zuschlag erhält, aber sehr wohl aus mehreren Bewerbern die geeignetste Person ausgewählt haben. Der Pachtzins wird aus dem gegenwärtigen, genau bekannten Ertrag der Mine von den Poleten vorher durch Schätzung (τίμησις) festgelegt. So kann der Staat seinen Ertrag maximieren. Das Risiko, daß die Mine in den nächsten drei Jahren erschöpft ist, trägt der Pächter. Bürgen braucht der Staat bei der Verpachtung von Minen deshalb nicht, weil der Pächter, der die καταβολή nicht rechtzeitig bezahlt, als Staatsschuldner eingetragen wird und von Atimie bedroht ist. Zum Zuge dürften nur Pächter gekommen sein, die ausreichend Grundstücke in Attika besaßen, die konfisziert werden konnten. Vermögenslose Glücksritter waren also ausgeschlossen.

Die Hoheit des Staates über die Silberproduktion – Faraguna gebraucht treffend den Ausdruck „Monopol“ anstelle von „Bergregal“ – drückt sich auch in der Sokles-Inschrift aus: Nach Z. 6/7 soll Sokles κύριος (zur Prospektion befugt) sein an allen Grundstücken, wo er Silberadern vermutet. Wird Sokles fündig, fallen die Grundstücke unter staatliche Hoheit, ohne jedoch ihren privaten Charakter zu verlieren. Sokles muß nach Z. 8/9 alle gewinnträchtigen Fundstellen melden (φανεράν καταστήσει). Diese Nachricht ergänzt den bekannten Beleg aus Hypereid. 3, 34, wonach die Ausbeutung nicht registrierter Minen unter Strafe stand. Ein weiterer Beleg für das „Monopol“.

MARIETTA HORSTER (ROSTOCK)

DIE OLIVENBÄUME DER ATHENA UND DIE TODESSTRAFE*

Nach einem bekannten Mythos soll die Göttin Athena einen Olivenbaum auf der Akropolis gepflanzt haben¹. Die Auseinandersetzung zwischen Poseidon und Athena um Athen und die übernatürliche Schaffung des ersten Olivenbaumes durch Athena ist eines der Sinnbilder für die Ankunft der Zivilisation in Attika. Die Oliven der Athena haben daher über den konkreten Mythos hinaus eine besondere politisch-religiöse Funktion für die Identität und das Selbstbewußtsein der athenischen Bürger². Ein solcher Baum galt geradezu als ἄσπὴ ἐλαία, als Baum, der zu den Bürgern Athens gehörte³. Zwölf aus Ablegern des Baumes der Athena gewonnene Olivenbäume standen im Garten der Akademie⁴. Sie sollen von der Akropolis in die Akademie gebracht worden sein, schon kurz nachdem Athena dieses besondere Geschenk gemacht hatte. Auch die weiteren Olivenbäume der Athena, μορίαί genannt, die es in historischer Zeit in Athen und Attika gab, sollen alle aus Ablegern dieses ursprünglichen Olivenbaums entstanden sein. Die heiligen Bäume, die auf privatem Land standen, wurden dadurch weder zu Privateigentum und noch wurden sie profanisiert. Sie galten weiterhin als heilig, als Besitz der Athena, und unterstanden besonderem Schutz. Am Ende des 5. und zu Beginn des 4. Jhs. soll es nach Lysias (7, 25) zum Schutz der heiligen Olivenbäume eine regelmäßige Überprüfung des Bestandes gegeben haben. Für die jährliche Überprüfung hatte nach Lysias der Areopag besondere ἐπιγνώμονες beauftragt⁵. Sie hatten vor allem darüber zu wachen, daß das Land in unmittelbarer Umgebung der Bäume nicht genutzt und bepflanzt wurde und auch nicht zu nahe an den Bäumen gebaut wurde. Bei Zuwiderhandlung konnten sie dem Besitzer des Landes Strafsummen auferlegen. Welche weiteren Aufga-

* Ich danke den Teilnehmern des Symposions für zahlreiche Hinweise und Denkanstöße, und insbesondere Hartmut Leppin für seine intensive Auseinandersetzung mit meinen Darlegungen in seinem konstruktiven Koreferat.

¹ Hdt. 8, 55.

² Cf. M. Detienne/L' Olivier: un mythe politico-religieux, in: Problèmes de la terre, hrsg. v. M.I. Finley, Paris/La Haye 1973, 293-306 (= Revue de l'histoire des Religions 3, 1970, 5-23).

³ Pollux 9, 17 (p. 362 ed. Bekker) in der 2. Hälfte des 2. Jhs. n.Chr.; Hesych. s.v. ἄσπὴ ἐλαία; (I p. 305 ed. Schmidt) im 5./6. Jh. n.Chr., vgl. auch Detienne (Anm. 2) 297.

⁴ Ar. *Nub.* 1005-1008; Schol. Soph. *OC* 701; Schol. Ar. *Nu.* 1005. Photios s.v. μορίαί ἐλαία; Suidas s.v. μορίαί und σηκοί.

⁵ Lys. 7, 25; cf. auch *Anecdota Graeca* (ed. Bekker), s.v. γνώμονες.

ben sie im Detail hatten und wie sie ihre Überprüfung durchführten, bzw. auf der Basis welcher Aufzeichnungen, wird aus der Lysiasrede jedoch nicht deutlich. Darüber hinaus erwähnt Lysias an dieser Stelle noch, daß sich auch der Areopag selbst monatlich mit den Angelegenheiten der heiligen Bäume befasst habe. Es gibt keinen Anhaltspunkt, worum es dabei ging, oder ob dies nur ein ständiger monatlicher Tagesordnungspunkt in den Sitzungen war, der dann auch mit einem „keine besonderen Vorkommnisse“ beendet werden konnte. Auch haben wir keine Kenntnisse darüber, ob, und wenn ja wie lange, die Institution der jährlichen Begehung des Geländes durch die beauftragten Epimeleten und die monatliche Beschäftigung des Areopags auch weiterhin Bestand hatte. Zumindest wird auch aus der Athenaion Politeia deutlich, daß der Umfang des Bestandes von Olivenbäumen, nicht nur der heiligen, mit Ortsangaben zumindest dem Archon bekannt gewesen sein dürfte, da auf dieser Grundlage die jährlichen Abgaben der Besitzer des Baumbestandes an Olivenöl erfolgte.

In diesem Beitrag wird untersucht, wie die divergierenden Angaben zum Strafmaß für das Entfernen von Olivenbäumen in der Athenaion Politeia und der Lysiasrede zu verstehen sind. Im folgenden wird zunächst die Darstellung in der Athenaion Politeia wiedergegeben, in der von der Todesstrafe für ein gewaltsames Entfernen solcher heiligen Bäume die Rede ist. Dann wird auf einen durch eine Lysiasrede überlieferten Prozeß eingegangen, der zu Beginn des 4. Jhs. in Athen stattgefunden hat. Die Anklage lautete, daß der Angeklagte einen Olivenbaum (bzw. einen „Sekos“) der Athena auf seinem Grundstück entfernt haben soll, worauf Verbannung und Konfiskation des Vermögens stehen. In weiteren Abschnitten wird dann die Frage nach dem Öleinzug, sowie die Frage nach einer möglichen Datierung von Änderungen im Strafmaß diskutiert. Dann wird auf die überlieferte Rechtssetzung zum Schutz heiliger Bäume in verschiedenen griechischen Städten näher eingegangen. In einem letzten Teil wird abschließend die Überlieferung der Athenaion Politeia noch einmal bewertet werden.

1. Die Darstellung der Athenaion Politeia

Im 60. Kapitel der Athenaion Politeia werden die Aufgaben von zehn Athlothen beschrieben, die durch Los für vier Jahre bestellt wurden. Sie waren für den reibungslosen Ablauf der Panathenäen verantwortlich. Die Athlothen kümmerten sich um das heilige Olivenöl und die Preise für die verschiedenen musischen und athletischen Wettbewerbe sowie die Pferderennen, die im Rahmen des Festes der Panathenäen stattfanden. Sie waren auch für die Herstellung des heiligen Gewandes der Athena zuständig. Das Olivenöl sollten sie den Siegern der athletischen Wettkämpfe überreichen (60, 1). In den folgenden Abschnitten zwei und drei des 60. Kapitels

geht der Autor der Athenaion Politeia dann näher auf das Öl ein, das von den Oliven der heiligen Bäumen gewonnen wurde⁶.

„(2) Das Öl wird von den heiligen Olivenbäumen gesammelt. Der Archon nimmt es von denen ein, auf deren Land heilige Olivenbäume wachsen und zwar drei halbe Kotylen von jedem Baum. Früher hatte die Stadt Athen dieses Recht verkauft [i.e. einen Pachtvertrag für das Einsammeln des Öls vergeben M.H.]. Und wenn jemand einen heiligen Olivenbaum ausgrub oder fällte, dann hielt der Aeropag Gericht über ihn. Wenn der Angeklagte für schuldig befunden wurde, so wurde er zum Tode verurteilt. Heutzutage aber, da das Öl von den Besitzern des Landes eingesammelt wird, besteht zwar das Gesetz noch, aber derartige Prozesse finden nicht mehr statt. Denn die Stadt (Athen) erhält das Öl nur noch vom Besitz (des Landes mit Bäumen), nicht aber mehr direkt von den einzelnen Stämmen. (3) Der Archon sammelt das Öl ein, das während seines Amtsjahres produziert wurde. Er übergibt es den Tamiai der Athena auf der Akropolis. Der Archon darf solange seinen Platz im Aeropag nicht einnehmen, bis er das Olivenöl an die Tamiai übergeben hat. Die Tamiai bewahren das Öl auf der Akropolis auf und weisen es dann für die Panathenäen den Athlotheten zu. Die Athlotheten geben es den jeweiligen Siegern der Wettbewerbe. Die Preise für die Wettkämpfe bestehen aus Geld und Gold für die Gewinner der musischen Wettbewerbe, aus Schilden für die Sieger in (Mann gegen Mann) Wettkämpfen, dagegen bei den athletischen Wettbewerben und den Pferderennen aus dem Olivenöl.“

In der Darstellung der Athenaion Politeia gibt es einen Wandel in der Wortwahl. Zunächst ist in Bezug auf die frühere Zeit vom Öl der *ἐλάαι μορίαί* die Rede. Die Abgabe auf ihren Ertrag war verpachtet. Zum Schutz der *ἐλάαι μορίαί* konnte der Aeropag Anklage erheben, wenn sich jemand an ihnen vergangen hatte. Hierfür galt die Todesstrafe. Für die Jetztzeit, die beschrieben wird, ist aber nur von *ἐλαιον* die Rede, vom Öl, das für die Panathenäen durch den Archon erhoben wird. Es wäre

⁶ 2) Συλλέγεται δὲ τὸ ἐλαιον ἀπὸ τῶν μοριῶν· εἰσπάττει δὲ τοὺς τὰ χωρία κεκτημένους ἐν οἷς αἱ μορίαί εἰσὶν ὁ ἄρχων, τρί' ἡμικοτύλια ἀπὸ τοῦ στελέχους ἐκάστου. πρότερον. δ' ἐπῶλει τὸν καρπὸν ἢ πόλις, καὶ εἴ τις ἐξορύξειεν ἐλάαν μορίαν ἢ κατάξειεν, ἔκρινεν ἢ ἐξ' Ἀρείου πάγου βουλή, καὶ εἴ του καταγνοίη, θαν[ά]ται τοῦτον ἐζημίουν. ἐξ οὗ δὲ τὸ ἐλαιον ὁ τὸ χωρίον κεκτημένος ἀποτίνει, ὁ μὲν νόμος ἔστιν, ἡ δὲ κρίσις κατατέλνεται. τὸ δὲ ἐλα[ίον] ἐκ τ[ο]ῦ κτήματος, οὐκ ἀπὸ τῶν στελεχῶν ἐστὶ τῆι πόλει. (3) συλλέξας οὖν ὁ ἄρχων τὸ ἐφ' ἑαυ[τοῦ] γιγνόμενον τοῖς ταμίαις παραδίδωσιν εἰς ἀκρόπολιν καὶ οὐκ ἔστιν ἀναβῆναι πρότερον εἰς Ἄρειον πάγον, πρὶν ἂν ἅπαν παραδῶ τοῖς ταμίαις. οἱ δὲ ταμίαι τὸν μὲν ἄλλον χρόνον τηροῦσιν ἐν ἀκροπόλει, τοῖς δὲ Π[α]ναθηναίοις ἀπομετροῦσι τοῖς ἀθλοθέταις, οἱ δ' ἀθλοθέται τοῖς νικῶσι τῶν ἀγωνιστῶν· ἔστι γὰρ ἄθλα τοῖς μὲν τὴν μουσικὴν νικῶσιν ἀργύριον καὶ χρυσᾶ, τοῖς δὲ τὴν εὐανδρίαν ἀσπίδες, τοῖς δὲ τὸν γυμνικὸν ἀγῶνα καὶ τὴν ἵπποδρομίαν ἐλαιον. (ed. M. Chambers, Stuttgart/Leipzig² 1994).

denkbar, daß nach einer neuen Abgaberegulung das Öl auf den Besitz von Olivenbäumen insgesamt und nicht mehr nur auf den von heiligen Bäumen erfolgte. Dementsprechend wäre dann auch eine ausreichende Menge des für die Panathenäen notwendigen Öls als Abgabe für die Athener sichergestellt, unabhängig davon, wie viele heilige Olivenbäume z.B. durch Kriegseinwirkungen verbrannt oder anderswie zu Schaden gekommen wären.

2. Die Lysiasrede über die Anklage einen Sekos entfernt zu haben

Es gibt ein zweites Zeugnis, das genauere Hinweise auf den Schutz und die Nutzung der heiligen Olivenbäume der Athena gibt. Der Text entstand gut siebzig vor der Athenaion Politeia und will anders als diese keineswegs einen Einblick in die wesentlichen Institutionen der Stadt geben. Lysias hat eine Verteidigungsrede für einen wohlhabenden Landbesitzer geschrieben, der kurz nach 397/6 angeklagt worden war, gegen die Vorschriften zum Schutz der Ölbäume der Athena verstoßen zu haben. Die Anklage durch Nikomachos ist nicht bekannt, es finden sich davon jedoch einige Reflexe in der Verteidigungsschrift. Allerdings könnten durch den Zweck der Rede Verzerrungen nicht nur im Detail, sondern sogar den eigentlichen Anklagepunkt betreffend, gegeben sein. Nach der Auskunft des Angeklagten (bzw. seines Redenschreibers Lysias) lauteten die Vorwürfe wie folgt (Lys. 7, 2)⁷:

„Der Prozeß wird dadurch besonders schwierig (ἄποργος), weil mir zunächst vorgeworfen wurde, daß ich einen Olivenbaum von meinem Land entfernt hätte, woraufhin sie eine Untersuchung bei den Pächtern (ἐωνημένους) der Ernte der heiligen Oliven darüber machten. Dann aber, da sie hierdurch nichts gegen mich finden konnten, werfe sie mir nun vor, ich habe einen ‚Sekos‘ entfernen lassen. Sie denken, daß diese Anklage von mir sehr viel schwieriger zu widerlegen sei, und sie dafür um so besser irgendwelche Dinge vorbringen und behaupten könnten.“

Die wesentlichen Punkte der Anklage sind die folgenden:

Der Ankläger soll, ohne Zeugen anzuführen, behauptet haben, daß der Angeklagte einen einzigen Olivenbaum (ἐλάα) von seinem Grundstück habe entfernen lassen (7, 2; 7, 26).

⁷ 7,2· Οὕτω δ' ἄπορος ὁ ἀγών μοι καθέστηκεν ὥστε ἀπεγράφην τὸ μὲν πρῶτον ἐλάαν ἐκ τῆς γῆς ἀφανίζειν, καὶ πρὸς τοὺς ἐωνημένους τοὺς καρποὺς τῶν μορίων πυθθανόμενοι προσῆσαν· ἐπειδὴ δ' ἐκ τούτου τοῦ τρόπου ἀδικουντά με οὐδὲν εὐρεῖν ἐδυνήθησαν, νυνὶ με σηκόν (φασιν) ἀφανίζειν, ἡγούμενοι ἐμοὶ μὲν ταύτην τὴν αἰτίαν ἀπορωτέραν εἶναι ἀπελέγξαι, αὐτοῖς δὲ ἐξεῖναι μᾶλλον ὅ τι ἂν βούλωνται λέγειν. (ed. L. Gernet/ M. Bizos, Paris ⁹1992).

Die ursprüngliche Anklage, er habe einen einzelnen Baum entfernen lassen, sei wieder fallengelassen worden; dafür würde er nun angeklagt, einen *σηκός* entfernt zu haben (7, 2)⁸.

Im Weiteren wird ausgeführt:

Der Angeklagte habe auf seinem Grundstück gestanden, während Sklaven die Wurzeln ausgeschnitten und der Fahrer eines Ochsenkarrens das Holz auf den Wagen geladen und damit weggefahren sei (7, 19).

Der Ankläger behauptete, deswegen keine Zeugen beibringen zu können, da der Angeklagte zu reich und zu einflussreich sei (7, 21).

Die Verteidigung des Angeklagten beruht vor allem darauf, daß sich erstens nie ein solcher Ölbaum, *ἔλαια*, oder auch ein *σηκός* auf seinem Grundstück befunden habe, seit er der Eigentümer dieses Landes sei (7, 14. 28), was seit dem Jahr 404 der Fall gewesen sein dürfte⁹. Aus 7, 14 kann wohl geschlossen werden, daß dieses Land ohne Bäume vor allem dem Weinanbau gedient hat. Zweitens habe der Areopag, der ja die Aufsicht über die heiligen Bäume hatte, ihn noch nie für derartige Übergriffe belangt und er sei auch noch nie für die Entfernung eines Baumes angeklagt worden. Drittens besitze er auch Land, auf dem zahlreiche Olivenbäume ständen, einige davon verbrannt (wohl als Auswirkungen des Krieges). Aber auch in Bezug auf dieses Land sei er nie in Konflikt mit dem Gesetz gekommen, obwohl doch die Entfernung eines einzelnen Baumes auf diesem Land wohl weniger aufgefallen wäre, hätte er vorgehabt, einen heiligen Baum zu fällen (7, 27). Außerdem sei er, der Angeklagte, fünftens, ein viel zu kluger und bürgerbewusster Mann, als daß er, wenn er es denn vorgehabt hätte, sich nach Abwägung der Vor- und Nachteile eines Abholzens eines solchen Baumes für das Abholzen entschieden habe. Schließlich

⁸ Zum Begriff des *σηκός* siehe weiter unten. Wesentliche Textpassagen sind in der vorigen Anm. 7 wiedergegeben.

⁹ Die Daten, die in der Rede über den Besitzerwechsel des betreffenden Landes gegeben werden, sind die folgenden: Das Land befand sich zunächst in Peisanders Besitz. Dessen gesamtes Eigentum wurde während des Krieges konfisziert (7, 4). Da er einer der 400 war, dürfte diese Konfiskation um 411 stattgefunden haben. Nach der Konfiskation blieb das betreffende Land für mehr als drei Jahre unveräußert (7, 6). Apollodoros erhielt es dann als Geschenk des athenischen Volkes und bewirtschaftete es auch (7, 4). Dies dürfte nach 409/8, aber noch vor dem Ende des Jahres 404 geschehen sein. Kurz vor der Machtübernahme durch die Dreißig im Jahr 404 kaufte Antikles das Grundstück von Apollodoros (7, 4). Er verpachtete es. Nach dem Frieden von 404/3 kaufte der Angeklagte das Grundstück von Antikles und verpachtete es ebenfalls mit mehreren aufeinanderfolgenden Verträgen für die Dauer von sieben Jahren (7, 9-10). Zum Zeitpunkt an dem der Angeklagte den Baum entfernt haben soll, 397/6 datiert durch das Archontat des Souniades (7,11), dürfte der Angeklagte das Land dann selber bewirtschaftet haben, da sonst die Anklage – sofern die Verteidigungsrede überhaupt im wesentlichen die Anklagepunkte wiedergibt – wenig Sinn ergeben würde, gäbe es doch einen Pächter, in dessen Verantwortung alles liegt, was sich auf dem Land zum Zeitpunkt der Pacht befindet.

habe er so viele Liturgien (Trierarchie, Choregie und andere) übernommen und sei ein engagierter Bürger, daß er wohl kaum Exil und den Verlust seines Vermögens in Kauf genommen hätte, nur um einen solchen Baum loszuwerden (7, 31-32), um dann, so kann man annehmen, das Holz gewinnbringend zu verkaufen.

2.1 Zum Begriff des Wortes Sekos

Aus dem Text wird deutlich, daß Olivenbaum – ἐλάα oder auch μορία ἐλάα – und σηκός nicht identisch sind. Um den Begriff und seine Bedeutung wird gerungen. Der σηκός dürfte zunächst einmal der Zaun sein, mit dem die heiligen Bäume der Athena geschützt und als solche von den anderen Olivenbäumen visuell und räumlich getrennt wurden. In der Literatur wird üblicherweise davon ausgegangen, daß es sich bei dem bei Lysias genannten Sekos, um einen Baumstumpf eines heiligen Baumes gehandelt habe¹⁰. Der Sekos stünde unabhängig davon, ob er den Baum, den Baumstumpf mit Zaun oder nur den Zaun bezeichne, immer für den heiligen Baum selbst. Dies beruht vor allem auf der Aussage des kaiserzeitlichen Lexikographen Harpokration, der in seiner knappen Erläuterung des Wortgebrauchs von σηκός bei Lysias erklärt, σηκός und μορία würden dieselbe Sache bezeichnen¹¹. Diese These ist allerdings nicht ganz einleuchtend, reiht doch Lysias an mehreren Stellen seiner Rede μορία oder auch ἐλάα und σηκός aneinander¹², sofern dies nicht nur eine stilistische Tautologie sein soll, auch wenn er im Kontext der Rede sonst meist ἐλάα und μορία als Synonyme gebraucht.

Selbst dann, wenn man eine endgültige Entscheidung über den eigentlichen Sachverhalt und Vorwurf, die der Anklage zugrunde liegen, nicht treffen möchte oder kann, sollte m. E. dennoch davon ausgegangen werden, daß im entscheidenden Punkt, dem Angriff auf einen heiligen Baum der Athena, nicht zwischen den verschiedenen Vorwürfen unterschieden worden sein dürfte. Der σηκός wäre ebenso sichtbarer Ausdruck für die Heiligkeit des Baumes, oder das was von ihm übrig war, zum *pars pro toto* geworden. Damit wird jedoch nicht erklärt, warum in der Rede von einer ersten Anklage, ein ἐλάα sei entfernt worden, abgerückt wurde, da dies schwerer zu beweisen gewesen sei, und statt dessen behauptet wurde, ein σηκός sei entfernt worden.

Denkbar wäre, wie dies Lin Foxhall vermutet, daß durch die Entfernung des Zauns der Baum damit nicht mehr als heiliger Baum erkennbar gewesen sei, somit auch nicht mehr besonderem Schutz zum einen und der Abgabepflicht an Öl zum

¹⁰ Vgl. e.g. die Übersetzung von L. Gernet/M. Bizos, Paris 1924 und öfter (1992) mit „tronc d’ Olivier“. So bspw. auch J.H. Lipsius, Das attische Recht und Rechtsverfahren, Leipzig 1905, I 128. S.C. Todd, Lysias, Austin, Texas 2000, 77 Anm. 1 verweist auf die beiden Bedeutungen Zaun und Stumpf und behält den Begriff Sekos in seiner Übersetzung bei, um keine Bedeutung des Begriffes zu präjudizieren.

¹¹ Harpocr. s.v. σηκός (I p. 272 Dindorf).

¹² 7, 5: οὔτ’ ἐλάα οὔτε σηκός; 7, 10: οὔτε ἰδίαν ἐλάαν οὔτε μορίαν οὔτε σηκόν; cf. 7, 28.

anderen unterlegen hätte¹³. Allerdings wird m. E. die Interpretation von σηκός als Zaun dadurch unwahrscheinlich, als sich zumindest nach Aussage der Verteidigung überhaupt kein Baum auf dem Grundstück befunden haben soll. Zumindest ein Olivenbaum müsste dann aber doch zu einem früheren Zeitpunkt noch unumzäunt auf dem Grundstück zu finden gewesen sein sollen, würde die Behauptung einen sinnvollen Bezug haben. Die Argumentation des Angeklagten zu seiner Verteidigung geht jedoch vielmehr dahin, daß es weder einen Baum, noch einen Sekos auf seinem Grundstück gegeben habe, seit er es in Besitz habe¹⁴. Die Tatsache, daß der Ankläger die ursprünglich gemachte Aussage, der Angeklagte haben einen heiligen Baum entfernt, zurückgezogen hat, und statt dessen nun den Vorwurf, einen σηκός entfernt zu haben, in den Mittelpunkt stellt, hängt zumindest nach der Lysiasrede ja nur damit zusammen, daß dieser Vorwurf weniger leicht zu widerlegen sein¹⁵. Gerade in Anbetracht der Tatsache, daß offenbar auf dem betreffenden Landstück überhaupt kein Baum stehen soll¹⁶, erscheint es wenig wahrscheinlich, daß es bei der Anklage nur noch um einen Zaun ohne Baum gegangen sein soll. Sonst hätte doch noch die Entfernung des ursprünglich umzäunten Baumes weiterhin als Anklagepunkt aufrecht erhalten werden müssen. Die Entfernung eines Baumstumpfes dagegen, der dann weder von den Pächtern für die Abgabe von heiligem Öl und offenbar auch nicht mehr von den Epignomonen des Areopags erfaßt worden wäre, würde dagegen wahrscheinlich wirklich schwieriger zu widerlegen gewesen sein. So erscheint mir die Interpretation von σηκός als Baumstumpf die plausibelste im Kontext der Rede zu sein. Die Strafe, die bei Lysias für das Entfernen des σηκός-Baumstumpfes genannt wird, ist wie schon gesagt, Konfiskation und Verbannung und nicht die in der Athenaiion Politeia angeführte Todesstrafe.

3. Veränderung im Einzugsmodus des heiligen Öls

Hilfestellung bei der Frage nach einem möglichen Wandel im Strafmaß für Vergehen an den heiligen Bäumen könnte die Verknüpfung dieses Wandels mit der Ver-

¹³ Von σηκός als Zaun geht Lin Foxhall in einer bisher unpublizierten Studie „Olive Cultivation in Ancient Greece: Seeking the Ancient Economy“ aus, auf die S.C. Todd, *The Shape of Athenian Law*, Oxford 1993, 308 Anm. 21 und Todd (Anm.10) 79 Anm. 5 verweist. Ähnlich auch die beim Marburger Symposium gemachten Äußerungen von Lin Foxhall, der ich an dieser Stelle für ihr besonderes Engagement in der Diskussion danken möchte.

¹⁴ Lys. 7, 9-11. 28.

¹⁵ Dies ist möglicherweise ein weiteres Argument, das für die Interpretation des Sekos in der Lysiasrede als Zaun sprechen könnte. Andererseits wird im Kontext der Ausführungen über die Vorwürfe im Detail explizit gemacht, daß auch die im Boden liegenden Wurzeln des Baumes (οἱ δ' οἰκέται ἐξέτεμνον τὰ πρέμνα) von einem Sklaven ausgeschnitten worden sein sollen (7, 19).

¹⁶ 7, 28: Πῶς δ' ἄν, εἰ μὴ πάντων ἀνθρώπων ἐμαυτῷ κακονούστατος ἦ, ὑμῶν οὕτως ἐπιμελομένων ἐκ τούτου τὴν μορίαν ἀφανίζειν ἐπεχείρησα τοῦ χωρίου, ἐν ᾧ δένδρον μὲν οὐδὲ ἓν ἐστι, μιᾶς δὲ ἐλάας σηκός, ὡς οὐ τός φησιν, ...

änderung in der Art des Einzugs des heiligen Öls geben, wie sie in der Athenaion Politeia vorgenommen wird.

Der Zeitpunkt der Verfahrensänderung bei der Kollekte des heiligen Öls für die Panathenäen ist jedoch nicht bekannt. In der Lysiasrede wird von einem Verfahren des Einsammelns des heiligen Öls durch Verpachtung gesprochen¹⁷. Dieses Verpachtungsverfahren dürfte mit dem von der Athenaion Politeia angesprochenen identisch sein. Das bedeutet aber, daß der Zeitpunkt an dem die Verpachtung der Erträge der heiligen Olivenbäume üblich war, nicht identisch ist mit dem Zeitpunkt, zu dem auch die Todesstrafe für Vergehen an diesen Bäumen gültig war, schließlich droht dem Angeklagten in der Lysiasrede nur Verbannung und Konfiskation. Von den bei der Athenaion Politeia miteinander verknüpften Aussagen – Einsammeln heiligen Öls aufgrund von Verpachtung und Verfahren vor dem Areopag einerseits und Androhung der Todesstrafe andererseits –, gilt also nur eine der beiden Aussagen für die Lysiasrede, die der Verpachtung des Ölaufkommens. Die andere trifft nicht zu, ist doch die Strafandrohung eine andere. Wenn man davon ausgeht, daß die Todesstrafe vor der Lysiasrede bestanden hat, so ist die Aussage der Athenaion Politeia in jedem Fall falsch, gab es dann doch einen Wandel im Strafmaß noch vor der Änderung des Einzugsverfahrens. D.h. in der Athenaion Politeia müßte unzulässigerweise ein Rückbezug auf einen früheren Rechtszustand unter Vernachlässigung eines späteren Wandels des Strafmaßes gemacht worden sein. Um die Aussage der Athenaion Politeia als richtig zu erweisen, müßte demnach also die Änderung des Strafmaßes nach der Lysiasrede erfolgt sein, so daß zum Zeitpunkt als das neue Einzugsverfahren eingeführt wurde, die Todesstrafe galt. Die Verknüpfung des Wandels in der Art des Einzugs mit dem Wandel in der Rechtsdurchsetzung durch die Athenaion Politeia ist daher kaum nachvollziehbar und beide Aussagen sollten daher getrennt voneinander bewertet werden.

Für den Wandel des Abgabemodus und der Verantwortungsübertragung an den Archon kann zwar ein Zusammenhang mit den zahlreichen anderen Reformen des Eubulos und Lykurg vermutet werden, aber dafür gibt es keinen konkreten Anhaltspunkt. Denn auch in der Zeit ab den 350er Jahren waren in Athen Verpachtungen von heiligen Land ebenso weiterhin üblich wie auch die Verpachtung von anderen Einnahmen des Staates zugunsten von religiös-kultischen Angelegenheiten der Athener¹⁸. So sind beispielsweise Einkünfte aus Pacht von Land, Nea genannt, aus einer Inschrift für die Jahre 336-330 bekannt, von denen 41 Minen für den Kauf von 100 Opferrindern für die Panathenäen verwendet werden sollten¹⁹. Außerdem ist

¹⁷ Lys. 7, 2: die Ankläger versuchen durch die Pächter der Ölernte etwas herauszubekommen ..., καὶ πρὸς τοὺς ἐωνημένους τοὺς καρποὺς τῶν μορίων πυνθανόμενοι προσῆσαν· ... Ἐωνημένους kann nicht anders interpretiert werden.

¹⁸ Zu Verpachtungen im Zusammenhang mit dem kultisch-sakralen Bereich vgl. M. Horster, Landbesitz griechischer Heiligtümer in archaischer und klassischer Zeit, Berlin 2004, 139-191.

¹⁹ IG II² 334 = Agora XIX L 7.

beispielsweise die Verpachtung von Eintrittsgeldern für den Asklepiostempel seit den späten 360er Jahren bekannt²⁰.

Was aber wurde nach Angaben der Athenaion Politeia durch den Archon eingesammelt? Nicht mehr allein das Olivenöl, das von den heiligen Bäumen der Athena stammt, das ist sicher. Dagegen geht aus dem Text nicht eindeutig hervor, ob nun von allen Olivenbaumbesitzern, unabhängig davon, ob sie heilige Bäume oder nur profane Bäume hatten, eine bestimmte Ölmenge als Abgabe erhoben wurde, oder ob nur diejenigen, auf deren Land *μοῖρια ἐλάαι* standen, Öl abzugeben hatten, wobei dann das Öl nicht mehr nur von den heiligen Bäumen stammte, sondern auch vom Ertrag der anderen Bäume herrühren würde²¹. Meines Erachtens sollte man der ersten Annahme den Vorzug geben, daß also von allen Olivenbaumbesitzern eine Abgabe erhoben wurde. Sonst ergibt die weitere Aussage in der Athenaion Politeia keinen Sinn, daß dies der Grund dafür sei, daß es nunmehr keine Verfahren vor dem Areopag wegen der heiligen Olivenbäume gebe, da sie nicht mehr in die Berechnung der Abgabe einbezogen würden.

4. Wandel im Strafmaß schon vor Lysias?

Die Strafe, die in der Lysiasrede auf Vergehen an heiligen Bäumen genannt wird, ist nicht die Todesstrafe, sondern Exil und Konfiskation des Vermögens (7, 32. 41)²².

Wenn man der Athenaion Politeia (60, 2) Glauben schenken möchte, so ist die Todesstrafe für ein solches Vergehen zwar am Ende des 4. Jhs. noch rechtsbindend, jedoch würde sie deswegen nicht mehr ausgesprochen, weil es solche Prozesse nicht mehr gebe. Dies hinge damit zusammen, daß die Abgaben von Öl von Personen, auf deren Land sich Ölbäume befänden, nicht mehr auf den einzelnen heiligen Baum bezogen seien, Aussagen, die wie eben dargelegt, aber als nicht zusammengehörig gelten können.

²⁰ In einer fragmentarischen Inschrift wird unter den Zahlungssäumigen ein *Metöke* genannt, der ein *τέλος* für Asklepios gepachtet hatte, das eine Drachme pro Person betrug (B.D. Meritt, *Hesperia* 5, 1936, 393-404 Nr. 10 col. IV Z. 142-150). Die aus dem Rückstand zu errechnende Gesamtsumme der Pacht für ein Jahr waren 366 Drachmen und 4 Obolen gewesen. Nach S.B. Aleshire, *The Athenian Asclepieion: The People, their Inventories, and their Dedications*, Amsterdam 1989, 99, war die Pacht vergeben worden, als der Kult des Asklepios zu einem staatlichen Kult wurde. Es dürfte sich um eine Abgabe von einer Drachme von jedem Besucher des Heiligtums handeln.

²¹ P.J. Rhodes, *A Commentary on the Aristotelian Athenaion Politeia*, Oxford 1981, 674 bleibt hier unspezifisch.

²² 7, 32: *Καίτοι ταῦτα μὲν μετρίως ποιῶν, ἀλλὰ μὴ προθύμως, οὔτ' ἂν περὶ φυγῆς οὔτ' ἂν περὶ τῆς ἄλλης οὐσίας ἠγωνιζόμεν, ...* In 7, 15 ist unspezifisch von schweren und schwersten Strafen die Rede. Lipsius (Anm. 10) 128f. geht dagegen davon aus, daß das bei Lysias genannte Exil nur dadurch zu begründen ist, daß einem überführten Angeklagten die Wahl zwischen Todesstrafe und der Flucht gegeben worden sei. Vgl. mit weiteren Hinweisen auf die ältere Literatur dagegen deutlich Todd (Anm. 13) 308 und O. DeBruyn, *La compétence de l'Aréopage en matière de procès publics*, Stuttgart 1995, 113-116.

Wann die Todesstrafe als Sanktion für Vergehen an den Bäumen der Athena festgelegt worden sein soll, sagt der Autor der *Athenaion Politeia* nicht. Von modernen Interpreten wie Detienne oder Rhodes wird angenommen, daß diese Kapitalstrafe in archaischer und frühklassischer Zeit eingeführt und wenn überhaupt dann auch nur in dieser Zeit verhängt worden sein dürfte²³.

Allerdings hatte der Areopag, der nach Aristoteles für diese Prozesse zuständig gewesen sein soll, jedoch in der Zeit Solons nur die Blutgerichtsbarkeit in Mordfällen übertragen bekommen²⁴. Welchen Zuwachs an Zuständigkeiten es für den Areopag in der Zeit danach bis in das frühe 5. Jh. gegeben hat²⁵ und wie groß der Kompetenzverlust dieser Institution in den 460er und 450er Jahren durch die Reformen des Kleisthenes und Ephialtes war, ist umstritten. Nicht überzeugen kann DeBruyn (Anm. 22, 115f.), die einzig aufgrund der Aussage der *Athenaion Politeia* davon ausgeht, daß es sich bei der Todesstrafe wegen Frevels an den heiligen Bäumen um eine Strafzumessung im Rahmen eines Eisangelieverfahrens gehandelt haben müsse, die in der Zeit vor Ephialtes eingeführt worden sein soll²⁶.

In Athen war es vor allem der Archon Basileus, der für rituelle und sakralrechtliche Vergehen zuständig war (Ath. Pol. 57, 2), der Areopag hatte lediglich neben wenigen anderen konkreten Aufgaben im religiös-kultischen Bereich (s. unten Anm. 36) die Aufsicht über die Bäume der Athena zu führen.

Gegen ein Verfahren vor dem Areopag für Vergehen an den Bäumen der Athena vor der Mitte des 5. Jhs., für das als Sanktion die Todesstrafe verhängt hätte werden können, spricht außerdem, daß – soweit bekannt – die von Menschen verhängten Strafen für Sakrilegien in archaischer und frühklassischer Zeit keineswegs besonders hart waren, sondern im Gegenteil die 'Rechtsdurchsetzung' den Göttern und ihrer Rache überlassen wurden²⁷. Diese Rache fiel nach den überlieferten Mythen und Erzählungen oft besonders grausam aus. Die Menschen aber hielten sich mit den

²³ Detienne (vgl. Anm. 2), Rhodes (Anm. 21) 673.

²⁴ Cf. Ch. Schubert, *Der Areopag als Gerichtshof*, ZRG 117, 2000, 103-132, hier 113-115.

²⁵ Diskutiert werden u.a. Eisangelie, Euthyna und Dokimasia.

²⁶ Wesentlich zurückhaltender ist R.W. Wallace, *The Areopagus Council to 309 B.C.*, Baltimore/London 1989, 106f., der sich zwar nicht dezisiv zu dieser Stelle äußert, aber meines Wissens als einziger anmerkt, daß hier möglicherweise ein Fehler des Autors der *Athenaion Politeia* vorliegen könnte.

²⁷ Zu Homer, Hesiod und Solon und der strafenden Gewalt der Götter und Gottheiten vgl. K. Latte, *Heiliges Recht. Untersuchung zur Geschichte der sakralen Rechtsformen in Griechenland*, Tübingen 1920, 48-56 sowie zu diesen und den wenigen frühen inschriftlich überlieferten Strafordrohungen ausführlich Horster (Anm. 18) Kap. 1.6. Häufig wird auch im 5. Jh. noch ein solcher Zusammenhang von religiösem Frevel und göttlicher Strafe nicht nur in epigraphisch überlieferten Rechtsetzungen überliefert, sondern auch bei Herodot evoziert, vgl. bspw. die Geschichte des Artayktes (8, 105f.), die Strafen für Kleomenes (6, 66; 6, 74-84) oder auch die Bestrafung der Lakedaimonier (7, 133-137). Ähnlich spricht auch Sophokles häufig von der Rache der Götter, vgl. e.g. *Aias* 172ff.; 186. Vgl. hierzu S. Ranulf, *The Jealousy of the Gods and Criminal Law at Athens. A contribution to the sociology of moral indignation*, London/Copenhagen 1933, I 20-32.

Sanktionen eher zurück²⁸. Ab der zweiten Hälfte des 5. Jhs. nimmt nicht nur die Anzahl der Inschriften mit sakralen Vorschriften zu, sondern innerhalb dieser Texte auch die von Menschen angedrohten Sanktionen²⁹. Dabei bleibt häufig neben den Strafandrohungen durch Menschen auch der Verweis auf göttliche Strafen und auf Verfluchungen bestehen. In einigen Fällen werden beide Arten, die göttliche und die menschliche Sanktion, auch miteinander kombiniert. Einige Beispiele aus dem 5. Jh. werden weiter unten im Abschnitt 6 genannt werden.

5. Wandel im Strafmaß nach Lysias?

Eine Veränderung der Gesetzgebung und des Strafmaßes in der Zeit nach dem Prozeß gegen Lysias muß vermutet werden, sollte die Angabe in der Athenaion Politeia richtig sein, daß zum Zeitpunkt des Wandels in der Form der Abgabe die Todesstrafe noch Bestand hatte.

Der Areopag war zwar seit 462/1 das Gremium, welches die Blutgerichtsbarkeit innehatte, diese war aber nicht am Strafmaß, sondern an den Strafbeständen orientiert³⁰. Die Kompetenzen des Areopag im religiös-kultischen Bereich lagen, zumindest in der Zeit der Lysiasrede und wohl auch noch danach, in der Aufsicht über den Schutz der heiligen Ölbäume und in der Mitte des 4. Jhs. nach einer Rede, die Demosthenes zugeschrieben wird, offenbar auch in der Wahl weniger bestimmter *ἱεροποιοί*³¹. So soll ebenfalls in der Mitte des 4. Jhs. nach der Interpretation von Engels der Areopag grundsätzlich auch die Prozesse geführt haben, die Übergriffe

²⁸ Auch die Verfluchungen, die den Delinquenten der Rache der Götter überlassen, entsprechen ebenfalls dieser Auffassung von göttlicher Rechtsdurchsetzung. Dies wird bspw. in der Gründungsabsprache von Kyrene mit Thera deutlich, für deren Durchsetzung Eide und Flüche ausreichen sollten, SEG 9, 3 Z. 42ff. Auch die öffentliche zur Schaustellung (der deutschen 'An den Pranger stellen' vergleichbare Institution) wie in Gortyn bei Ehebruch z.B., ist in Kombination mit reinigenden Attributen nach L. Gernet, *Anthropologie de la Grèce ancienne*, Paris 1968, 289f. ein religiös begründeter kathartischer Akt.

²⁹ Vgl. Horster (Anm. 18), 43-49; 92-138 mit zahlreichen Beispielen.

³⁰ Cf. D.M. MacDowell, *Athenian Homicide Laws in the Age of the Orators*, Manchester 1963. Eine knappe Beschreibung der Blutsgerichtsbarkeit und den Zuständigkeiten von Areopag, Palladion und Delphinion als den zuständigen Gerichten gibt A.R.W. Harrison, *The Law of Athens II. Procedure*, Oxford 1971, 36-43. Zu den Anfängen der Blutgerichtsbarkeit für Verbrechen gegen Leib und Leben und der Kompetenz des Areopag vgl. Wallace (Anm. 26) 7-31.

³¹ [Dem.] 59, 80 und Schol. Dem. 21, 114f. Zur Datierung der Rede in die Zeit zwischen 348 und 344 vgl. R.W. Wallace „Investigations and Reports“ by the Areopagos Council and Demosthenes' Areopagos Decree, in: *Polis & Politics. Studies in Ancient Greek History presented to Mogens Herman Hansen on his Sixtieth Birthday*, hrsg. v. P. Flenstedt-Jensen/T.H. Nielsen/L. Rubinstein, Kopenhagen 2000, 581-595, hier 591, Appendix 1. J. Engels, Das Eukratesgesetz und der Prozeß der Kompetenzerweiterung des Areopagos in der Eubulos- und Lykurgära, in: *ZPE* 74, 1988, 181-209 hier 183, spricht allerdings unzulässig verallgemeinernd in diesem Zusammenhang von der Wahl der Opferbesteller und der Überwachung der Staatsopfer durch den Areopag.

auf Heiligtümer und Asebeiaklagen gegen Amtsinhaber betrafen. Dies ist sicher eine zu weitgehende Interpretation der wenigen einschlägigen Zeugnisse³².

Auch die Erweiterung der Kompetenzen des Areopag in der Zeit des Eubulos und des Lykurg waren nicht mit dem Strafrecht verbunden³³, wenn man einmal von den Verfahren nach der Niederlage von Chaironea absieht, in denen der Areopag kurzzeitig 338/7 im Rahmen der Verfolgung von Landesverrätern und Deserteuren tätig wurde³⁴, Verfahren, die offensichtlich Ausnahmecharakter hatten und höchst umstritten waren. Auch nach der Reform des Jahres um 355, sowie auch durch das Psephisma des Demosthenes, das wohl schon in die Jahre 346-340 zu datieren ist, oder auch durch das Eukratesgesetz zum Schutz der Demokratie von 337/6, blieb der Areopag vor allem Untersuchungsbehörde und Gericht, erhielt aber zusätzlich einige politische Kompetenzen, als er nun häufiger mit ζήτησις und ἀπόφασις, mit Untersuchung und empfehlendem Gutachten, beauftragt bzw. (selten) auch in dieser Weise selbstständig tätig wurde³⁵.

In der Literatur des 4. Jhs. werden Fälle erwähnt, in denen der Areopag im sakralrechtlichen Bereich tätig wurde³⁶, und er erhielt auch nach inschriftlicher Überlie-

³² Engels (Anm. 31) 183 verweist nur auf die Rede des Demosthenes (59) gegen Theogenes. Er räumt allerdings ein, daß 59, 80, 83 und 109 „nur eine geringe Strafkompetenz“ des Areopag nahelegen. Zu den wenigen Zeugnissen vgl. unten Anm. 35.

³³ Cf. Wallace (Anm. 26) 106ff. sowie Engels (Anm. 31).

³⁴ E.g. bei Lyk. 1, 52; Aisch. 3, 252. Vgl. E.M. Carawan, Apophasis and Eisangelia: The Role of the Areopagos in Political Trials, GRBS 26, 1985, 115-139, hier 129sq., 135sq., P.J. Rhodes, Judicial Procedures in Fourth-Century Athens: Improvement or Simply a Change?, in: Die athenische Demokratie im 4. Jahrhundert, hrsg. v. W. Eder, Stuttgart 1995, 303-319, hier 313.

³⁵ Cf. DeBruyn (Anm. 22) 117-146 mit einem Katalog der bekannten Apophaseis des Areopags, Wallace (Anm. 26) 113-119 sowie dens. (Anm. 32), dort auch ausführlich zur Problematik der Datierung des Demosthenischen Nomos, eine Argumentation für eine Datierung vor Chaironea. Deinarch (1, 62sq.; 83) weist auf dieses Gesetz im Jahr 323 bei seiner Anklage gegen Demosthenes hin. Dies sagt allerdings nichts über die Gültigkeit des Gesetzes zu diesem Zeitpunkt aus, auch nicht darüber, ob das von Deinarch nur kurz angesprochene Gesetz, noch allgemein bekannt war, wie dies aber Engels (Anm. 31) 189 vermutet. Eukratesgesetz: SEG 12, 8, hierzu Wallace (Anm. 26) 179-184, der die Furcht vor antidemokratischer Tendenz des Areopag betont, während Engels (Anm. 31) 195-205 hierin eher die hohe Reputation des Areopag reflektiert sehen will, nicht aber den latenten Vorwurf möglicher protyranischer oder oligarchischer Tendenzen dieser Institution.

³⁶ Vgl. aber hierzu sowie zu der auch für das 5. Jh. angenommen Kompetenz des Areopag in religiösen Angelegenheiten aufgrund verschiedener literarischer Quellen, in den meisten Fällen ablehnend Wallace (Anm. 26) 106-112; 204sq. Es bleiben das Entsenden der Epimeleten (*epignomones*) für die Ölbäume in den frühen 390er Jahren (Lys. 7, 7, 29), der Schutz an geheimen Orten befindlicher Gräber τὰ ἀπόρρητα (Dein. 1, 9) im Jahr 323, wie das des Ödipus (Paus. 1, 28, 7 u.a.), die oben angeführte Inschrift zum Schutz heiligen Landes 352/1 sowie das Zeugnis eines Scholion zu Dem. 21, 115, daß der Areopag die Hieropoioi für den Tempel der Semnai auswählte. In diesen Kontext gehört auch das Verfahren gegen Theogenes in den 350er Jahren, [Dem.] 59, 79-83, cf. Wallace (Anm. 26) 108-112 und Engels (Anm. 31) 183 Anm. 7. Die Grundlage der Verfügung ei-

ferung zusammen mit der Boule und anderen Institutionen die Aufsicht über das heilige Land an der Grenze nach Megara sowie über andere Heiligtümer in Athen und Attika (IG II² 204, Z.16ff. aus dem Jahr 352/1). Jedoch hat Wallace (Anm. 26) 109 betont, daß dieser Beschluss in die Zeit der Auseinandersetzung mit Megara um die *ἱερὰ ὄργαζ* datiert und damit keinen Hinweis darauf gibt, daß der Areopag und die anderen Institutionen auch in der Folgezeit mit einer besonderen Wachsamkeit beauftragt und dieser Kompetenz betraut waren. Dieser Kontext allein reicht also nicht, um eine erweiterte Kompetenz des Areopags im Bereich der Religion und damit auch für den Schutz der Moriai durch das gravierende Strafmaß Todesstrafe für die Mitte oder 2. Hälfte des 4. Jhs zu unterstellen. Der Areopag dürfte aber auch weiterhin das Gremium gewesen sein, das die Prozesse im Zusammenhang mit den Olivenbäumen zu führen hatte³⁷.

Nach dem bisher Bekannten scheint es zwar naheliegend anzunehmen, daß es solche Prozesse, die Verbannung und Konfiskation nach sich zogen, wirklich nicht mehr gab, weil es durch Veränderungen im Einzugsverfahren, keine Notwendigkeit mehr für derartige Anklagen und auch nicht mehr für eine solche Strafe gegeben hat. Andererseits erscheint es jedoch unwahrscheinlich, daß heiliger Besitz nicht mehr unter besonderem Schutz gestanden haben soll. Für den Weiterbestand von Strafen gegen Vergehen an heiligen Bäumen der Athena spricht auch, daß es für die Olivenbäume in Athen, also auch die im Privatbesitz, zumindest in der Mitte des 4. Jhs. noch besondere Schutzbestimmungen gab, auf die gleich näher eingegangen werden wird.

6. Strafen für Vergehen an heiligem Besitz

Die Todesstrafe für Vergehen gegen heiliges Gut, heiligen Besitz ist weder aus der Zeit vor der Mitte des 5. Jhs. noch für die Zeit danach im griechischen Rechtsraum bekannt³⁸.

ner Strafsumme in diesem Fall ist allerdings unsicher, dürfte aber nach Wallace mit dem Schutz geheimer Riten zusammenhängen.

³⁷ Dies könnte erklären, weshalb Ath. Pol. 60, 3 angibt, der Archon dürfe erst dann seinen Sitz im Areopag einnehmen, bis er das eingesammelte Öl für die Panathenäen abgeliefert habe. Zum einen war die Ablieferung des Öls für den Archon nach Ablauf seines Amtsjahres sozusagen seine letzte Amtshandlung, d.h. er hatte erst danach alle seine mit dem Amt verbundenen Aufgaben erfüllt und konnte wirklich als gewesener Archon gelten. Zum anderen sollte aber vielleicht auch bei potentiellen Streitfällen kein Interessenskonflikt für den mit dem Verfahren beauftragten Amtsträger entstehen können, auch wenn dieser nach Ablauf des eigentlichen Amtsjahres schon Mitglied im Areopag hätte sein können.

³⁸ Anders dagegen die Asebeia Delikte, die im attischen Recht bekannt sind. Dazu gehören die bei Plutarch (Per. 32) genannten Eisangelieklagen wegen mangelnden Glaubens und wegen gottloser Lehren, sowie möglicherweise auch das bei Josephus überlieferte Gesetz über das Verbot der Einführung neuer Götter (Jos. Ap. 2, 267). Vgl. J. Rudhardt, La définition du délit d' impiété d' après la législation attique, MusHelv 17, 1960, 87-105.

Üblich waren dagegen Geldstrafen für Freie und körperliche Züchtigung für Sklaven. Im folgenden werden nur einige wenige Beispiele genannt³⁹. Aus dem 5. Jh. stammt eine *lex sacra* aus Paros⁴⁰. Danach war das Schlagen von Bäumen in einem Heiligtum verboten. Für den Schutz und das Anzeigen eines solchen Vergehens waren θεωροί verantwortlich. Derjenige, der unrechtmäßiges Fällen anzeigte, sollte selbst die Hälfte der dann fälligen Strafsumme erhalten. Ebenfalls aus dem 5. Jh. stammt ein Gesetz aus Kos, in welchem das Fällen von Zypressen nicht nur mit 1000 Drachmen unter Strafe gestellt, sondern außerdem der Täter verflucht und als Frevler bezeichnet wird⁴¹. Thukydides (3, 70, 4) berichtet, daß im Jahr 428 in Kerkyra ein gewisser Peithas die fünf reichsten Bürger der Stadt (fälschlicherweise) angeklagt habe, daß sie Rebstöcke aus dem heiligen Bezirk des Zeus und des Alkinoos geschnitten hätten. Die Strafe sollte ein (Gold?)Stater pro Rebstock sein. Auch aus dem 4. Jh. und späteren Jahrhunderten gibt es eine Reihe epigraphischer Zeugnisse, die das Schlagen oder Wegnehmen von Gottheiten geweihtem Baumbestand verboten⁴². Auch hier sind die Strafen für Freie üblicherweise Straf gelder.

Nicht vorenthalten werden soll aber, daß es einen Hinweis auf eine Todesstrafe für das Fällen heiliger Bäume gibt, allerdings erst aus der 2. Hälfte des 1. Jhs. v. Chr. Dessen Überlieferung ist jedoch ganz offensichtlich eine historiographische Konstruktion, die die *pietas* von Octavian als Caesars Sohn und den paternalistischen Charakter der Herrschaft des Octavian und späteren Augustus unterstreichen sollte. Nach Cassius Dio (51, 8, 3) hatte Octavian den Flottenkommandanten P. Turullius hinrichten lassen. Während dessen Kommando im Jahr 44/3 soll er in einem Heiligtum auf Kos Bäume für die Schiffe gefällt haben. Seine Hinrichtung fand im Jahr 30 v. Chr. auf Kos statt, da man, so Dio, annahm, daß auf diese Weise Asklepios wieder versöhnt werde. Dio macht in seiner Darstellung jedoch durchaus deutlich, daß das Motiv für die Hinrichtung des Turullius keineswegs das Sakrileg gewesen war, das er auf Kos durch das Schlagen heiliger Bäume begangen hatte. Vielmehr sei Turullius hingerichtet worden, da dieser Senator nicht nur einer der Mörder Caesars gewesen sei, sondern zudem auch noch ein Parteigänger Mark Antons, den dieser zudem noch ausgeliefert hatte. Abgesehen von dieser nachvollziehbaren und einleuchtenden Motivation für die Hinrichtung des Turullius könnte es sich außerdem noch um ein willkommenes Exempel gehandelt haben, das Octavian statuieren wollte, um seinen Respekt vor den Heiligtümern zu demonstrieren und zu zeigen, daß er Übergriffe

³⁹ Vgl. K. Latte, s.v. *Moriai*, in RE 16, 1933, col. 302, sowie ausführlicher zum Schutz heiliger Haine und des auf dem Landbesitz von Gottheiten befindlichen Gutes Horster (Anm. 18) Kap. 4.

⁴⁰ IG XII 5, 108 (LSCG Nr. 111 und R. Koerner, *Inchriftliche Gesetzestexte der frühen griechischen Polis*, Köln/Weimar/Wien 1993, Nr. 58). Die Strafsumme wird nicht genannt.

⁴¹ R. Herzog, *Heilige Gesetze aus Kos*, in: *Abhandlungen der preussischen Akademie der Wissenschaften, phil.-histor. Klasse* Nr. 6, 1928, 32f. Nr. 11 (LSCG Nr. 150 A, Z. 1-7).

⁴² Vgl. e.g. aus dem 4. Jh. aus Kos Herzog (Anm. 41) 32f. Nr. 12 (LSCG Nr. 150 B) und aus Athen IG II² 1362 (LSCG Nr. 37).

gegen die Provinzbevölkerung nicht dulden werde. So wird auch die Wahl des Ortes Kos und die vorgebliche Begründung nachvollziehbar. Auf keinen Fall aber kann aus diesem Beispiel geschlossen werden, daß im 1. Jh. v.Chr. auf Kos die Todesstrafe für das Abholzen der heiligen Bäume des Asklepios gegolten habe⁴³.

7. Der Schutz von Olivenbäumen in Athen (Demosthenes)

Aus Athen gibt es ein weiteres Zeugnis, das das Fällen von Bäumen und eine Geldstrafe betrifft. Allerdings ist nicht von heiligen Bäumen, sondern nur allgemein von Olivenbäumen, *ἐλάαι*, die Sprache. Nach einem Nomos, das in einer Rede des Demosthenes gegen Makartatos im Zusammenhang mit Erbstreitigkeiten überliefert ist, standen alle Olivenbäume in Athen unter besonderen Schutz⁴⁴.

„Jeder der einen Olivenbaum in Attika ausreißt, muß eine Strafe von 100 Drachmen für jeden Olivenbaum an das Demosion zahlen und einen Zehnt an die Göttin Athena sowie an denjenigen, der dieses Vergehen anzeigt ebenfalls 100 Drachmen pro Baum. Ausnahmen sind, wenn dies für die Nutzung für einen Tempel der Stadt (δημόσιον) oder einen einer Deme (δημοτικόν) geschieht, oder aber für seinen persönlichen Bedarf (ἑαυτῷ χρῆσθαι) bis zu zwei Bäume pro Jahr oder für eine Weihung für die Toten.“

Das Verfahren soll vor den Archonten stattfinden, diese sollen sich dann entsprechend an die Praktores für das Demosion und die Tamiai der Athena wenden. Im Falle einer Unterlassung hafteten sie selbst für den Schaden. Regelungen dieser Art sind vor allem aus *leges sacrae* bekannt, auch wenn es sich in diesem Fall offensichtlich nicht darum handelt, da nicht die heiligen Bäume der Athena, sondern die Olivenbäume allgemein im Zentrum des Gesetzes stehen. Die Intention war im Kontext der demosthenischen Rede weniger der Schutz der Bäume als solcher, sondern das Verbot jeder Form kommerzieller Nutzung des Holzes. Da für verschiedene Verbote in Athen und in anderen Städten nicht immer automatisch auch die Kassen der Heiligtümer die Begünstigten der Strafsummen waren, liegt es in diesem Fall dennoch nahe, daß die mögliche Intention nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine religiöse war: waren die Olivenbäume doch letztlich ein Geschenk der

⁴³ So aber fälschlicherweise D.E. Birge, *Sacred Groves in the Ancient Greek World*, Ph.D. Univ. of California, Berkeley 1982, 153.

⁴⁴ Dem. 43, 71: Ἐάν τις ἐλάαν Ἀθήνησιν ἐξορύττη ἐάν μὴ εἰς ἱερὸν Ἀθηναίων δημόσιον ἢ δημοτικόν, ἢ ἑαυτῷ χρῆσθαι δυοῖν ἐλάαιν τοῦ ἐνιαυτοῦ ἐκάστου, ἢ ἐπὶ ἀποθανόντα δέη χρῆσασθαι, ὀφείλειν ἑκατὸν δραχμὰς τῷ δημοσίῳ τῆς ἐλάας ἐκάστης, τὸ δὲ ἐπιδέκατον τοῦτου τῆς θεοῦ εἶναι, ὀφειλέτω δὲ καὶ τῷ ἰδιῳ τῷ ἐπεξίοντι ἑκατὸν δραχμὰς καθ' ἑκάστην ἐλάαν. τὰς δὲ δίκας εἶναι περὶ τούτων πρὸς τοὺς ἄρχοντας, ὧν ἕκαστοι δικασταὶ εἰσι. πρυτανεῖα δὲ τιθέτω ὁ διώκων τοῦ αὐτοῦ μέρος. ὅτου δ' ἂν καταγνωσθῆ, ἐγγραφόντων οἱ ἄρχοντες, πρὸς οὓς ἂν ἦ ἡ δίκη, τοῖς πράκτορσιν, ὃ τῷ δημοσίῳ γίγνεται· (ὃ δὲ τῇ θεῷ γίγνεται) τοῖς ταμίαις τῶν τῆς θεοῦ. ἐάν δὲ μὴ ἐγγράφωσιν, αὐτοὶ ὀφειλόντων.

Göttin Athena an die von ihr beschützten Bürger. Außerdem sollten die Einkünfte der Erträge der Bäume, das Öl, für das Fest der Athena gesichert werden. Über das Alter des Gesetzes wird diskutiert. Einige meinen sogar archaische und damit solonische Wurzeln vor allem in der Bezeichnung der Archonten als Richter (δικασταί) zu erkennen. Erst in nachkleisthenischer Zeit sei dann die Regelung für die Demenheiligtümer in das Gesetz eingefügt worden⁴⁵. Wenn dies der Fall sein sollte, was wohl kaum zu beweisen ist, dann könnten allerdings ursprünglich durchaus alle Olivenbäume, auch die der Athena, gemeint gewesen sein. In diesen frühen Kontext könnte auch eine Erzählung des Herodot (5, 82) gehören. Es geht dabei um den Ursprung der Feindschaft zwischen Athenern und Aigineten. Die Pythia in Delphi soll von den Epidauriern verlangt haben, daß diese zwei Kultbilder aus dem Holz eines Olivenbaums (ἐλαίη) anfertigen sollten. Die Epidaurier baten die Athener um einen ihrer Bäume, da sie meinten, diese seien die heiligsten (ἱερωτάτα). In einer anderen Variante der Erzählung, die ebenfalls von Herodot berichtet wird, soll es zu dieser Zeit Olivenbäume nur in Athen gegeben haben, was der Grund der Bitte der Epidaurier gewesen sei. In der Mitte des 5. Jhs. scheint also zumindest von einigen die Vorstellung geteilt worden zu sein, daß in grauer Vorzeit alle Olivenbäume Athens als heilig gegolten haben. Für den Fall einer Frühdatierung des Nomos in der demosthenischen Rede bestünde dann auch die Möglichkeit, daß auch die heiligen Bäume zumindest ursprünglich in die Regelung eingeschlossen worden waren⁴⁶. Es ist unbestritten, daß es in Athen private neben den heiligen Olivenbäumen gab⁴⁷. Der

⁴⁵ E.g. L. Gernet, *Démosthène: Plaidoyers civils II*, Paris 1957, 120 Anm. 1. Vgl. in diesem Sinn auch S. Adam, *Environnement et droit dans l'Antiquité Grecque*, in: *Symposium 1999*, hrsg. v. G. Thür/F.J. Fernández Nieto, Köln u.a.O. 2003, 371-386, die das Gesetz nicht nur für authentisch, sondern außerdem für „une loi ancienne“, wohl im Sinne von „archaisch“, hält.

⁴⁶ Auch wenn in Ath. Pol. 60, 2 nahegelegt wird, daß – wie es auch Rhodes (Anm. 21) 157 vermutet – ursprünglich nur bestimmte Olivenbäume von den Athenern als heilig betrachtet wurden, und erst später dann eine Abgabe von allen Landbesitzern mit Olivenbäumen erhoben wurde, so ist doch aus der Wortwahl in der Lysiasrede als auch aus der genannten Athenaion Politeia Aussage nicht auszuschließen, daß zumindest ursprünglich alle Olivenbäume in Athen als Sprösslinge des ersten Baumes galten. In diesem Sinn auch V.P. Kazanskiene, *Land Tenure and Social Position in Mycenaean Greece*, in: *Politeia. Society and State in the Aegean Bronze Age*, hrsg. v. R. Laffineur/W.-D. Niemeier, Liège 1995, II 603-612, bes. 606 (Hinweis von H. Leppin).

⁴⁷ Diese Kenntnis verdanken wir zwei Stellen der Lysiasrede, in der er von ἰδίαι καὶ μορίαί ἐλάαι spricht, solchen im Privatbesitz und solche, die heilig sind (7, 7. 10) Der Begriff ἐλάαι ist für ihn neutral, und er benutzt ihn nicht nur hier auch für die heiligen Bäume. Direkt zu Beginn der Rede (7, 2) spricht er davon, daß er zunächst angeklagt worden sei, einen Olivenbaum – ἐλάαι – entwurzelt zu haben, im nächsten Satz ist dann von der Befragung der Pächter für die Abgabe an Öl der μορίαί, der heiligen Bäume die Rede. Der Wandel der Wortwahl ist hier offensichtlich aus stilistischen Gründen erfolgt. Dies gilt auch für 7, 5. Der Angeklagte sagt, daß seit er im Besitz des Landes sei, sich dort weder eine ἐλάαι noch ein σηκόξ befunden habe, auch wenn zu einem früheren Zeit-

Wortgebrauch zur Charakterisierung und Bezeichnung dieser Bäume scheint zumindest in den literarischen Zeugnissen jedoch nicht einheitlich. Nach Aristophanes und einem Scholion zu Sophokles sowie den Grammatikern der Kaiserzeit und späten Lexikographen, sind Moriai immer nur die Olivenbäume in der Akademie, nie aber die über Attika verstreuten heiligen Olivenbäume der Athena⁴⁸.

Festgehalten werden muss, daß das Gesetz weder als authentisch gesichert ist, noch es im Falle der Authentizität ein sicheres Kriterium für eine Frühdatierung des Nomos gibt, und daß außerdem nicht sicher ist, ob im Falle einer Frühdatierung ursprünglich auch heilige Bäume in das Gesetz eingeschlossen waren.

Dagegen kann sicher davon ausgegangen werden, daß wenn es ein in der Mitte des 4. Jhs. geltendes Gesetz zum Schutz der profanen Olivenbäume in Athen gab, mit Sicherheit Übergriffe auf die heiligen Bäume mindestens gleich, eher doch stärker geahndet wurden. Für sie galt immer auch der besondere Schutz heiligen Besitzes, der in ungeschriebenem oder geschriebenem Recht in allen griechischen Staaten galt, auch wenn dieses auf verschiedene Weise gestaltet war. Daher kann man durchaus davon ausgehen, daß eine besondere Regelung für die *ἐλάαι μορίαί*, so wie von der Athenaion Politeia angesprochen, auch noch am Ende des 4. Jhs. Bestand hatte: Allerdings dann mit einem anderen Strafmaß als der Todesstrafe, möglicherweise immer noch mit der Androhung von Konfiskation und Exil.

8. Mögliche Gründe für die Fehlinterpretation der Athenaion Politeia

Über die Ursachen, weshalb es zu der Erwähnung der Todesstrafe für Vergehen an den heiligen Bäumen der Athena in der Athenaion Politeia gekommen sein könnte, kann nur spekuliert werden.

Bekannt ist, daß in Platos Entwurf für einen gerechten und guten Staat religiöse Vergehen ebenso wie politische Vergehen gleichermaßen als Verbrechen gegen den Staat gewertet wurden. In beiden Fällen waren nach Plato die Straftäter unheilbar und unbelehrbar und sollten daher getötet werden, da keine Hoffnung auf Besserung bestünde (Nom. 862d, 863a)⁴⁹. Auch wurden trotz der Erzählungen beispielsweise der rächenden Gottheiten gegenüber den frevelnden Persern in Delphi (Hdt. 8, 36-38) auch gegenteilige Erfahrungen überliefert, wie e.g. Thuk. 3, 81-82, der Frevel im Heiligtum der Hera durch das Töten der dorthin geflüchteten Kerkyrener oder auch die Festnahme des Theramenes auf den Stufen des Altars in Athen während des Bürgerkrieges in der Stadt (Xen. Hell. 2, 3, 52). Selbst wenn ein Xenophon (Hell. 5, 4, 1) betont, daß die Götter denjenigen strafen werden, der es an Ehrfurcht fehlen lasse und heilige Gebote verletzte, so wurde diese Einsicht offenbar nicht von allen geteilt.

punkt sich dort durchaus viele μορίαί befunden haben könnten, die aber von anderen als von ihm oder seinen Pächtern entfernt oder vernichtet worden seien.

⁴⁸ Die Nachweise hierzu vorne in Anm. 4 und 11.

⁴⁹ Vgl. hierzu B. Calvert, *The Death Penalty in Plato's Law*, in: *Justice v. Law in Greek Political Thought*, hrsg. v. L.G. Rubin, Lanham u.a.O. 1997, 243-262.

Die Idee, die Todesstrafe für derartige Verbrechen einzuführen, könnte möglicherweise aus den Erfahrungen in der Mitte des 4. Jhs. erwachsen sein. Die Verbrechen gegen das Zeus – Heiligtum in Olympia durch die Arkader 364/3 (Xen. Hell. 7, 4, 33f.) oder auch gegen das Heiligtum des Apollo von Delphi durch die Phoker 357/6 (Diod. 16, 14, 3; 16, 30, 1. 36, 1) wurden nach der Überlieferung keineswegs durch die Rache der Götter gestraft, wie dies noch in der herodoteischen Erzählung der Rache an den Persern der Fall gewesen war. Die von den Göttern unbehelligten Frevler mussten vielmehr durch kriegerische Auseinandersetzungen von den Menschen zur Rechenschaft gezogen werden. Die darüber hinaus später verhängten Strafen, waren vor allem Reparationszahlungen, nicht aber Individual- oder Kollektivstrafen, die den Frevel als solchen strafen sollten. In Athen kam es außerdem im 4. Jh. zu Anklagen, die unter anderem einen Zusammenhang mit vermeintlichen Vergehen an Tempelgut herstellten, offensichtlich ein besonders diskreditierender Vorwurf⁵⁰.

Es ist denkbar, daß vor diesem Hintergrund Ideen und Entwürfe geschaffen, vielleicht sogar konkrete Anträge für schärfere Strafen bei sakralrechtlichen Vergehen in Athen gestellt worden sind.

Aber selbst wenn diese Vermutungen falsch sein sollten, so bleibt doch, daß die in der Athenaion Politeia gemachte Angabe, es habe ein Strafverfahren vor dem Areopag gegeben, bei dem in Attika Vergehen an den heiligen Bäumen der Athena mit der Todesstrafe sanktioniert werden konnten, wohl eine Fehlinformation sein dürfte⁵¹.

9. Zusammenfassung

Der von der Athenaion Politeia suggerierte Zusammenhang zwischen der Berechnungsgrundlage für die Abgabe und der Art des Einzugs des Öls und der Strafandrohung Todesstrafe ist nicht nachvollziehbar, wenn es nicht zu einer Verschärfung der Strafandrohung noch nach der Lysiasrede gekommen sein sollte. In der Lysiasrede ist zwar von Verpachtung der Erträge an heiligem Öl die Rede, die Strafandrohung ist aber Verbannung und Konfiskation. Selbst wenn es einen Wandel des Strafmaßes in der Zeit vor der Lysiasrede von der Todesstrafe hin zu Verbannung

⁵⁰ Hier sei e.g. nur an den (haltlosen) Vorwurf des Demosthenes gegen Androtion erinnert, er habe Kränze, die Votive für die Göttin Athena waren, einschmelzen lassen, Dem. Andr. 22, 69ff. cf. Dem. Tim. 24, 177ff. Zur Praxis des Einschmelzens von Votiven aus Edelmetall vgl. T. Linders, *The Melting down of Metal Offerings in Greek Sanctuaries*, in: *Atti del convegno internazionale Anathema: Regime delle offerte e vita dei santuari nel mediterraneo antico* 1989, Rom 1991, 281-285.

⁵¹ Von Wallace (Anm. 26) 66 als „certainly fictitious“ bezeichnet wird Ath. Pol. 23, 1, wonach der Areopag im Jahr 480 an jeden Seemann 8 Drachmen ausgezahlt habe und auf diese Weise für den Sieg bei Salamis über die Perser verantwortlich gewesen sei. Ähnlich problematisch dürfte auch der bei Ath. Pol. 4, 4 und 25, 2 gemachte Hinweis auf die Normenkontrolle des Areopag zu werten sein. Vgl. auch Rhodes (Anm. 21) 117 und 315-317, Engels (Anm. 31) 184 Anm. 9.

und Konfiskation gegeben hätte, so wäre auch dann die Angabe der Athenaion Politeia falsch, da zum Zeitpunkt des Wandels des Einzugsverfahrens dann schon ein anderes Strafmaß gegolten hätte. Hinweise, daß es in der Zeit nach der Lysiasrede zu einer Strafverschärfung gekommen sein sollte, gibt es nicht.

Es ist durchaus wahrscheinlich, daß es wie in der Athenaion Politeia angegeben, auch weiterhin ein noch gültiges Gesetz für den besonderen Schutz der heiligen Olivenbäume gab. Die Bäume galten als Besitz der Göttin und müssten als solcher auch weiterhin geschützt worden sein. Sie wurden nicht dadurch profanisiert, daß nicht mehr überprüft wurde, ob das Öl für die Sieger bei den Panathenäen von ihnen stammt, oder von einem 'profanem' Olivenbaum. Daher dürfte ein Vergehen an ihnen auch in der Zeit der Athenaion Politeia weiterhin unter Strafe gestellt worden sein, wie dies dort auch angegeben wird, wie auch immer das Strafmaß gewesen sein mag.

Es gibt keinen Hinweis auf Todesstrafen im Kontext mit Vergehen am Besitz der Götter, weder in Athen noch in griechischen Rechtsraum. Der in der griechischen Staatenwelt der klassischen Zeit üblichen Strafandrohung durch Geldbuße entspricht im Grundsatz eher der bei Dem. 48 überlieferte Nomos, nicht aber im Detail (Nutzung für privaten Bedarf).

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Information in der Athenaion Politeia nicht richtig ist. Weder dürfte es zu einem früheren Zeitpunkt die Todesstrafe für das Entfernen von $\mu\omicron\rho\iota\alpha$ gegeben haben, noch dürfte ein solches Gesetz (unabhängig vom Strafmaß) nicht mehr angewendet worden sein, nur weil die Berechnungsgrundlage für die Abgabe an Öl verändert wurde.

Über die Gründe für die meines Erachtens offenbare Fehlinformation kann nur spekuliert werden. Sie könnten z.B. im geistigen Klima der Mitte des 4. Jhs. entstanden sein, bspw. im Umfeld platonischen Gedankengutes oder auch der Ohnmachtserfahrung gegenüber Tempelraub und mangelndem Respekt vor göttlichem Eigentum in den Kriegen des 5. und 4. Jhs.

HARTMUT LEPPIN (FRANKFURT AM MAIN)

ANTWORT AUF MARIETTA HORSTER¹

Marietta Horster hat in einer scharfsinnigen Analyse auf ein Problem hingewiesen, das bisher weitgehend ignoriert wurde. Sie vermochte deutlich zu machen, wie schwer verständlich es ist, daß laut der Athenaion Politeia auf die Beseitigung von Heiligen Ölbäumen die Todesstrafe stand. Allerdings frage ich mich, ob durch die vorgetragene Interpretation nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, und möchte ein Gegenmodell vorstellen, das keineswegs zwingend, möglicherweise aber doch plausibel, wenn nicht gar plausibler ist.

Ich neige dazu, der Athenaion Politeia auf der faktologischen Ebene in einem hohen Maße Glauben zu schenken, natürlich nicht in Hinblick auf den ersten Teil, der in weiten Teilen bekanntlich ein historisches Konstrukt darstellt, sehr wohl aber in Hinblick auf den zweiten, den systematischen Teil, in dem der Autor ja im wesentlichen die zeitgenössischen Verhältnisse schildert. Horster muß nun unterstellen, daß der Autor ausdrücklich auf ein bestehendes Gesetz Bezug nimmt (νόμος ἔστιν: 60.2) und auch noch einräumt, daß das Prozeßverfahren nicht mehr durchgeführt werde, daß er also eine ziemlich differenzierte Stellungnahme abgibt, aber einem Irrtum unterliegt, der ja doch schwerwiegend wäre.

Zudem zeigt eben die Notiz bei Aristoteles zumindest, um einen Minimalkonkordanz herzustellen, daß eine Todesstrafe für ein solches Delikt offenbar ohne weiteres denkbar und nicht kommentierungsbedürftig war. Das Verfahren des Turullius im 1. Jh. v.Chr. liefert natürlich schon wegen der zeitlichen Ferne und der anderen räumlichen Verhältnisse kein starkes Argument, beweist aber erneut die Denkbarkeit solch harter Sanktionen für Vergehen gegen Heilige Bäume. Wir haben es also nicht mit etwas zu tun, was absurd wäre, wenn Aristoteles von der Todesstrafe spricht.

Wir haben andererseits als Zeugnis zu dem Problemkomplex die mehrfach herangezogene 7. Rede des Lysias aus dem beginnenden 4. Jahrhundert. Sie bezeugt zwar nicht die Todesstrafe für ein Vergehen, das die Heiligen Ölbäume betrifft, aber doch eine harte Sanktion, nämlich Konfiskation und Exil. Lipsius hat das als Ersatz für die Todesstrafe interpretiert, ein Argument, das ich nach wie vor für denkbar halte, auch wenn Hinweise auf eine zweite Phase des Prozesses fehlen². Andernfalls

¹ Ich habe bewußt den kolloquialen, tentativen Charakter des Textes beibehalten und ihn nur sparsam mit Belegen versehen.

² J.H. Lipsius, *Das attische Recht und Rechtsverfahren*, Leipzig 1905, I 128f.; vgl. zum Problem Horster, Anm. 22.

müßte man, wie es ja verschiedentlich getan wird, eine Veränderung der Sanktion annehmen, die wiederum von der Athenaion Politeia ignoriert worden wäre.

Auf jeden Fall bezeugt die Rede des Lysias, auch das sei wieder im Sinne des Minimalkonsenses expliziert, ein nachhaltiges öffentliches Interesse an den Olivenbäumen bzw. ihren Überresten, seien es nun Stümpfe oder Zäune.

Andererseits sind Horsters Argumente, die dagegen sprechen, die Einführung der harten Strafe in die archaische oder frühklassische Zeit zu verlegen, sehr stark. Bei einer solchen frühen Datierung müßte zumindest ein präziserer Kontext angegeben werden, als es bisher geschah. Die Frage ist für mich indes, ob die Alternative tatsächlich lediglich darin besteht, das Gesetz entweder früh zu datieren oder für erfunden zu erklären. Das heißt konkret: Ist eine andere Datierung der Einführung der Todesstrafe für dieses Vergehen denkbar?

Ich würde sagen, ja, sie ist denkbar. Die Datierung, die Aristoteles gibt (60,2: πρότερον), ist wenig hilfreich, legt uns andererseits auch nicht fest.

Welche Bedingungen müßte ein Datierungsvorschlag erfüllen? Der Erlaß eines solchen Gesetzes würde eine Phase der Athener Geschichte voraussetzen, in der man es einerseits für bedeutsam hielt, die Götter und deren Gut nicht zu verletzen, in der andererseits die Sicherheit darüber schwand, daß die Götter tatsächlich ihre Verantwortung zu strafen ausübten. Es müßte zudem eine Phase sein, in der gerade die Ölbäume im weitesten Sinne einer Gefährdung ausgesetzt waren. Es müßte drittens eine Phase sein, in welcher der Areopag hohen Respekt genoß, so daß man ihn mit einer Aufgabe betraute, die nicht ganz leicht in seine sonstigen Kompetenzen einzuordnen ist, was ja sehr deutlich geworden ist.

Ich denke, diese drei Kriterien erlauben eine begründete Spekulation, um mehr kann es sich ja nicht handeln. Während des Peloponnesischen Krieges herrschte eine Phase religiöser Aufgeregtheit. Auch wenn die religiösen Prozesse zu Beginn des Krieges, die sich mit Namen wie Anaxagoras oder Protagoras verbinden, quellenkritisch problematisch sind, so ist unbestreitbar, daß die Aufgeregtheit in der Zeit des Hermenfrevels massiv war.

Die Ölbäume wiederum waren in jener Zeit unstrittig gefährdet, da sie unter den zahlreichen spartanischen Vorstößen gelitten hatten. Auch wenn die Verwüstungen in Attika nicht so schwerwiegend gewesen sein müssen, wie man früher angenommen hat, bezeugt die Rede selbst – vor einem zeitgenössischen Publikum – kriegsbedingte Zerstörungen (7,6; wohl auch 7,24). Ausdrücklich ist von Zerstörungen an Heiligen Bäumen die Rede. Sollte da nicht der eine oder andere die Möglichkeit genutzt haben, seine Felder zu bereinigen, indem er die störenden Ölbäume bzw. deren Stümpfe beseitigte? Für einen Bauern waren sie gewiß eine Last. Und sollte man nicht dann die Notwendigkeit verspürt haben, hier gegenzusteuern, indem man die religiöse Pflicht staatlich sanktionierte?

Schließlich der Areopag. Es ist wohlbekannt, daß er spätestens seit 403 eine Aufwertung erlebte. In einer diffusen Weise ist von der Aufsicht über Gesetze die

Rede (Andoc. 1,84). In diesem Zusammenhang wäre es vorstellbar, daß er auch Aufgaben erhielt, die ihm originär nicht zukamen.

Es gäbe somit einen Kontext, in dem die Einführung eines solchen Gesetzes vorstellbar wäre, das ja letztlich lediglich festschrieb, was ohnehin religiöse Pflicht war. Daß dann seine Regelungen im Einzelnen als zu harsch empfunden worden wären, könnte zu den bei Aristoteles geschilderten Modifikationen geführt haben. Wie gesagt, es handelt sich hier um eine Spekulation, die nicht beweisbar ist, die aber vielleicht doch eine ernstzunehmende Alternative zu Horsters Versuch darstellt, die Überlieferung bei Aristoteles völlig zu verwerfen.

Eine Schwierigkeit liegt, so könnte man einwenden, in der 7. Rede des Lysias. Hätte der Redner es nicht hervorheben müssen, wenn es sich bei den strengen Sanktionen in Hinblick auf die *sekoï* um ein jüngeres Gesetz handelte? Hätte er damit nicht seine Argumentation stärken können? Ich denke, nein. Denn er sprach ja eben vor dem Areopag, einer Behörde, die auf ihr Alter und ihre alten Rechte stets allergrößten Wert legte. Es wäre ein Schlag ins Gesicht der Richter gewesen, hätte er ihnen vorgeworfen, daß sie nach einem jungen Gesetz urteilten. Zudem muß man gar nicht annehmen, daß das Gesetz tatsächlich als neu empfunden wurde. Was seit dem Ende des Peloponnesischen Krieges geschah, wurde ja als Wiederherstellung der alten Verfassung, der *Patrios Politeia*, gefaßt. Warum nicht auch dieses Gesetz?

Die Todesstrafe auf die Beseitigung des Ölbaumes wäre damit ein Zeugnis der religiösen Krise Athens, ein Indiz für den mangelnden Glauben an die Strafe der Götter, zugleich auch ein Zeichen für den Willen der Athener, das zu sichern, was sie als religiöse Pflicht verstehen mußten.

Bemerkenswert ist der Verzicht auf die Todesstrafe und der Wandel des Abgabemodus, den Aristoteles schildert, den ich folgendermaßen interpretieren würde: Statt den Ertrag der Bäume zu verpachten, wird jetzt lediglich für jeden Baum oder Baumstumpf eine Abgabe erhoben: Das bedeutet faktisch die Umwandlung einer heiligen Gabe in eine Art von Steuer, die möglicherweise von der Weiterexistenz der Bäume unabhängig war. Eine solche Entwicklung wäre nicht überraschend. Sie würde vielmehr einerseits, in Hinblick auf die Finanzgeschichte, in den säkularen Prozeß der Verstetigung des Abgabewesens gehören, der dazu führte, daß die Polis verläßlich ihre Einnahmen planen konnte, in diesem Fall unabhängig von der Ernte³. Sie würde andererseits demonstrieren, wie die religiösen Bedenken, die an einzelnen Objekten hafteten, langsam schwanden. Das Detail der Strafen für die Beseitigung der Öl bäume würde mithin auf zentrale Probleme der Entwicklung des religiösen Bewußtseins in Athen führen.

Die Rationalisierung des Staatswesens, von der Herr Faraguna gesprochen hat, wäre demnach auch hier spürbar, allerdings unter den spezifischen Bedingungen der

³ H. Leppin, Zur Entwicklung der Verwaltung öffentlicher Gelder im Athen des 4. Jahrhunderts v.Chr., in: W. Eder (Hg.), Die athenische Demokratie im 4. Jahrhundert v.Chr., Stuttgart 1995, 557-571.

attischen Demokratie. Der kontinentalen Demokratie geht ja der bürokratische Absolutismus und die Aufklärung voraus, der attischen Demokratie nicht. Und so blieb es in Athen lange bei einem Nebeneinander von Elementen, die modern anmuten, und solchen, die archaisch wirken. Möglicherweise ist das in der Athenaion Politeia bezeugte Gesetz zum Schutz der Heiligen Ölbäume ein Beispiel dafür.

JEAN-MARIE BERTRAND (PARIS)

À PROPOS DE LA *RHÉTORIQUE* D'ARISTOTE
(I, 1373b1-1374b23), ANALYSE DU PROCESSUS
JUDICIAIRE*

II. anakrisis/érôtèsis

Le discours du tribunal se préparait de longue main dans les cités grecques évoluées. Les audiences publiques étaient nécessairement précédées par une phase dialoguée servant à la mise en place des divers éléments de fait et de droit sur lesquels les juges auraient à se prononcer. Cette période d'instruction était connue comme étant celle de l'*anakrisis* et l'on sait qu'elle était d'abord l'affaire des magistrats, chacun d'entre eux ayant sa propre sphère de compétence¹. R. Sealey² a insisté sur le fait que ceux-ci n'étaient pas dans la situation des prêteurs romains qui imposaient au juge leur formule et il a repris la doctrine de la *Rhétorique à Hérennius*³ selon laquelle ce que la théorie appelle la *stasis* de définition se serait effectuée en Grèce directement devant le tribunal alors qu'à Rome, elle était antérieure à la tenue de l'audience, *hæc pars constitutionis Graeci in judiciis, nos in jure*. On peut se demander si cette façon de présenter la situation rend bien compte de ce que l'on peut connaître des règles de la procédure en usage à Athènes comme, sans doute, dans une partie, au moins, du monde grec.

Tout laisse penser que les séances d'instruction, qui imposaient à chacune des parties de comparaître sur convocation des magistrats compétents⁴ pouvaient être nombreuses⁵. Ainsi est-il question dans le *Contre Nicostratos* de Démosthène d'une

* Voir notre note, «À propos la *Rhétorique* d'Aristote (I, 1373 b 1-1374 b 23), analyse du processus judiciaire, l'*épigrama*, l'*egklèma*», *Dike*, 5, 2002, p. 161-185.

¹ Un excellent résumé des problèmes posés par le traitement du sujet est donné par S. Todd, *The shape of athenian law*, Oxford, 1993, p. 126-128.

² Traitant spécifiquement, après H.J. Wolff, des problèmes de la *paragraphè*, R. Sealey, *The justice of the Greeks*, Ann Harbor, 1994, p. 136, évoque les moments précédant l'audience. Il semble distinguer une évolution entre ce qui serait, à l'époque d'Aristote une *proanakrisis* (*Constitution des Athéniens*, 3, 5) et aurait cessé d'être une *anakrisis*. Cela n'a pas de réelle pertinence car on comprend bien de 56, 6 que le magistrat se voit communiquer les causes et qu'il doit se charger, de les instruire et transmettre au tribunal. Ce qu'il ne peut pas faire c'est trancher sans intervention des juges, comme on le sait de *Politique*, 1298 a 31.

³ *Rhétorique à Hérennius*, I, 22.

⁴ Le problème de la compétence, traité de façon récurrente par Aristote dans la *Constitution des Athéniens*, fait aussi l'objet d'un développement précis de Démosthène, *Contre Panténéto*s, 33.

⁵ Démosthène, *Contre Théocrinès*, 8.

première, où la partie adverse avait proposé de soumettre ses esclaves à la torture, elle fut suivie d'une autre, au moins⁶. Antiphon indique, dans une plaidoirie concernant un meurtre qu'il aurait dû se tenir, devant l'archonte-roi, trois séances préjudicielles séparées d'un mois chacune, le procès aurait dû avoir lieu le quatrième mois mais rien ne permet de penser qu'il s'agisse d'un chiffre canonique⁷. La lecture des discours d'Isée fait comprendre que les réunions des parties devant le magistrat pouvaient se multiplier⁸, et être d'autant plus espacées que l'une ou l'autre était fondée à demander des délais à comparaître sous prétexte de faire venir des témoins ou rassembler des preuves. On peut penser, comme M. Gagarin⁹, que le fait de multiplier ainsi les obstacles à une solution rapide permettait de faire prévaloir une certaine modération chez les parties en ouvrant ce qu'il appelle *a cooling off period*. Il faut, sans doute, admettre, surtout, qu'elles étaient faites pour que le procès fût autre chose qu'un affrontement personnel et que la cause fût traitée sur des fondements proprement juridiques.

Il ne s'agissait pas seulement, pour les parties, de faire part de leurs revendications, il leur fallait déjà présenter les éléments de preuves qu'elles considéraient comme nécessaires à la manifestation de la vérité. Le magistrat était légalement fondé à exiger qu'on répondît aux questions qu'il posait, Isée est très clair sur ce point. La loi citée à la demande de Démosthène signifiait que ce jeu d'interrogation impliquait la tenue d'un dialogue entre les parties¹⁰. Cet échange discursif était plus ou moins réussi et il pouvait arriver qu'un plaideur prétendît devant les juges que son adversaire ne l'avait pas laissé l'interroger lors des audiences préalables comme il l'eût souhaité¹¹. Il ne fallait pas, non plus, se payer d'affirmations péremptoires mais donner à ses assertions l'apparence, au moins, de la vérité en les étayant sur des témoignages pertinents¹². Le devoir du magistrat était d'interroger les deux parties, de constater qu'elles étaient d'accord sur ce qui les opposaient et, après qu'elles eussent couché par écrit la nature de leur différent, il devait transmettre les éléments de son enquête au tribunal. Son rôle n'était pas aussi mineur qu'on a pu le croire puisqu'il était garant de ce que les plaideurs avaient donné toutes les réponses exigibles aux questions posées, qu'elles fussent les siennes propres ou celles qu'ils s'étaient réciproquement adressées. Il pouvait intervenir dans la rédaction de l'acte d'accusation et faire ajouter, quand besoin était, les éléments nécessaires à sa pertinence juridique. Ainsi fallut-il que l'un des clients

⁶ Démosthène, *Contre Nicostratos*, 22.

⁷ Antiphon, *Sur le Choreute*, 42. Le mot *prodikasia* est rare et semble bien être un *hapax* dans le corpus des orateurs attiques. M. Gagarin, dans son édition d'Antiphon, *The speeches*, Cambridge, 1997, p. 224 (et *ad loc.*) montre de quelle liberté le roi dispose pour accepter ou rejeter la tenue du procès.

⁸ Isée, *Philoctémon*, 12.

⁹ M. Gagarin, Antiphon, *The speeches*, Cambridge, 1997, p. 243.

¹⁰ Démosthène, *Contre Stéphanos, Faux-témoignage*, 9.

¹¹ Isée, *Philoctémon*, 13.

¹² Isée, *Philoctémon*, 15.

d'Isée ajoutât au texte de sa plainte au cours de l'enquête préalable mention que sa mère était bien la sœur d'Aristarque¹³. Il semble que; de même, dans une procédure d'*apagôgè* connue par un discours de Lysias, il fut imposé ou du moins suggéré de façon particulièrement convaincante par le magistrat en fonction que fût adjoint au texte de la plainte qui ne la contenait pas initialement, par la formule canonique *ep'autophorôî*, mention d'un surprenant flagrant délit¹⁴. Cela lui avait paru nécessaire pour que la procédure pût être menée à terme et S. Todd a bien compris que les responsables de l'instruction tenaient, en l'affaire, à s'exonérer par avance du reproche d'avoir accepté que fût conduite une action dont la légalité aurait pu être sujette à caution si elle était restée en sa forme première.

Admettre ce point revient à signifier que les magistrats, n'échappant pas au contrôle de leur activité judiciaire, devaient être attentifs à la façon dont ils allaient introduire devant les juges les dossiers qui leur étaient soumis. E. Harris¹⁵ a montré que le fait que le système juridique fût ouvert offrait à l'accusateur une grande latitude dans le choix de ses moyens d'action à condition que le magistrat l'admît. Néanmoins, dans la mesure où le tribunal souverain pouvait se montrer réticent à accepter des interprétations hétérodoxes de la législation, *unusual interpretations of statutes*, il devait se montrer d'autant plus prudent que les défenseurs ne manquaient pas de moyens pour interrompre le cours du processus, par le biais notamment de la *paragraphè*¹⁶ car il était soumis au risque de se voir demander des comptes par les plaideurs en cas de faute avérée. Cela laisse d'ailleurs penser qu'il tenait des archives précises de son activité, ne fût-ce que pour pouvoir se défendre en cas d'accusation au moment de sa sortie de charge.

On peut se demander si cette façon de mener la procédure était particulière à Athènes. À Sparte, si l'on en croit un texte dont on pense qu'il est un fragment des *Lois* de Théophraste¹⁷, les procès donnaient lieu à une *anakrisis* préalable qui semble, si l'on veut bien admettre la restitution un peu violente d'un mot,

¹³ Isée, *Aristarque*, I. P. Roussel signale dans la présentation du discours (édition CUF) que cela pouvait ruiner l'argumentation du demandeur dans la mesure où cela invalidait son argumentation sur l'inexistence de liens de famille entre sa mère et les parents du défendeur.

¹⁴ Lysias, *Contre Agoratos*, 85. Voir S. Todd, *The shape of athenian law*, Oxford, 1993, p. 275-276 et la traduction qu'il a donnée des *Discours* de Lysias (Austin, 2000, p. 139). Sur le sens même du flagrant délit, voir E. Harris, «In the act» or «red handed»? *Apagoge* to the Eleven and *Furtum manifestum*, *Symposion 1993*, p. 169-184.

¹⁵ E. Harris, «Open texture in Athenian law», *Dike*, 3, 2000, p. 27-79 (p. 34).

¹⁶ S. Todd, *The shape of athenian law*, Oxford, 1993, p. 135-139.

¹⁷ Voir l'édition des *Nomoi* de Théophraste par Szegegy-Maszak, New-York, 1981, p. 91-115, J. Keaney, «Theophrastus on greek judicial procedure», *TAPhA*, 104, 1974, p. 179-194, qui donnent l'ensemble des références aux éditions antérieures, la plus riche étant celle de J.H. Oliver, «The vatican fragment of greek political theory», *GRBS*, 13, 1977, p. 321-339. N. Richer, *Les éphores, études sur l'histoire et l'image de Sparte*, Paris, 1998, p. 434-453, reprend, sur nouveaux frais, l'analyse, nous acceptons, pour l'essentiel, ses conclusions.

kat'exetasmon, avoir été menée comme un véritable examen des moyens mis en œuvre par l'accusation et la défense. Les résultats de cette enquête consistant en une série d'auditions étalées sur plusieurs jours, étaient reportés sur une scytale plate¹⁸ avant que n'intervinssent les juges, les gérontes, sans doute, convoqués au moment convenable par le collège des magistrats instructeurs, s'ils considéraient que les charges retenues étaient suffisantes. Le texte concerne aussi bien, sans doute, les procès publics que les affaires privées, car on comprendrait mal qu'il y soit question de la *pléonexia* de plaideurs amateurs de chicane s'il n'y était question que d'importantes affaires d'État. Les Spartiates étant tout aussi intéressés par le règlement de leurs conflits privés que les autres Grecs, les éphores rendaient tous les jours des décisions judiciaires concernant les contrats, que l'armée fût en campagne ou non, comme on le sait d'un apophtegme rapporté par Plutarque¹⁹.

Dans la plupart des cas, à Athènes, l'enquête du magistrat préluait à une phase d'arbitrage. C'est alors qu'était finalisé le travail de recollection des éléments de preuves, qu'elles fussent ou non techniques²⁰ et des moyens que chacune des parties souhaitait utiliser pour faire valoir ses droits. Cela pouvait aboutir à leur réconciliation, quand elles trouvaient une solution à leur différent, ou à la mise en état définitive de l'affaire. Il ne semble pas, en tout cas, que l'arbitre ait eu le droit ou les moyens de mener, pour sa part, une véritable enquête destinée à établir la matérialité des faits. Platon²¹ lui reprochait, en effet, d'être incapable de prendre la parole et de devoir laisser les adversaires s'exprimer sans pouvoir intervenir. Il est possible qu'il ait dû se contenter d'enregistrer les déclarations des uns et des autres, les laissant confronter leurs versions du litige, se contentant de relayer, quand il en était besoin, les questions posées. Ainsi, Démosthène put plaider devant le tribunal qu'il avait demandé que tel point fût explicité et que l'accusé, interrogé par l'arbitre sur le détail des faits, n'avait fourni aucune réponse²². Cette phase de la procédure semble, donc, avoir donné lieu entre les plaideurs à un nouveau dialogue dans lequel l'arbitre public tenait le rôle d'un tiers comme l'avait fait, avant lui, le magistrat. Si tout rapprochement entre les adversaires se révélait impossible et qu'il fallait en venir à l'audience publique, l'ensemble des pièces produites, l'état des questions posées et des réponses fournies étaient consignés dans deux dossiers, l'un pour le défendeur, l'autre pour l'accusation, consistant en deux boîtes scellées par l'arbitre sous sa responsabilité²³. Après y avoir adjoint une tablette sur laquelle il avait écrit

¹⁸ Keaney (*op. cit.*, p. 191, note 29) souligne que cette tablette inscrite ressemble à ce que sont les dossiers constitués et scellés par les arbitres athéniens une fois l'affaire mise en état (Aristote, *Ath. Pol.* 52, 2-3), Richer ne semble pas être d'accord (*op. cit.* p. 437 note 33).

¹⁹ Plutarque, *Apophtegmes laconiens*, 221A11-B3.

²⁰ Aristote, *Rhétorique*, 1354a14.

²¹ Platon, *Lois*, 766d-e.

²² Démosthène, *Contre Aphobos I*, 49-51

²³ Aristote, *Constitution des Athéniens*, 53, 2.

quel était son avis, il les faisait tenir aux magistrats chargés de convoquer le tribunal. Nul n'était censé pouvoir faire valoir devant les juges un moyen dont il n'aurait pas été fait état durant le temps de l'arbitrage. Cette phase du procès était, ainsi, essentielle parce que les parties y définissaient une stratégie qu'ils ne pourraient désormais modifier, l'existence de pièces écrites témoignant exhaustivement de ce qui avait été produit et permettant de vérifier qu'il n'était pas apporté d'élément nouveau pouvant surprendre et déstabiliser l'adversaire durant l'audience.

On peut se demander en quoi cet arbitrage était différent de l'*anakrasis* à laquelle procédait le magistrat dans la mesure où paraissent similaires les façons dont étaient mises en présence les parties comme le rôle d'intermédiaire que tenait face à elles l'un et l'autre des ministres publics. On pourrait penser que cela tient à une redondance qui aurait superposé deux instances s'étant partagé une fonction confiée à une unique institution dans une période plus ancienne. Le fait que l'arbitre, en effet, énonçait une opinion motivée après avoir prêté serment a été considéré par Gernet comme le signe de ce que son institution prolongeait certaines des formes les plus archaïques de jugement²⁴. Il peut sembler que, le magistrat ayant perdu, par l'effet de l'évolution institutionnelle, le pouvoir de prononcer une sentence, avait gardé celui d'être l'introducteur nécessaire de toute procédure puisqu'il n'en était pas une qui ne mît en cause la puissance publique dont il était le représentant. Il conservait, ainsi, sa compétence d'investigation préalable et contrôlait la pertinence juridique de l'accusation, s'intéressant à la forme tandis que l'arbitre se prononçait en équité²⁵. Il est possible d'imaginer, ainsi, que le pouvoir judiciaire exercé par le roi et son conseil avait été partagé entre plusieurs instances dont les rôles s'étaient progressivement spécialisés pour plus de précision dans la mise en œuvre de la procédure et l'application des règles.

La part de la tâche qui restait l'apanage du magistrat aurait reçu le nom d'*anakrasis*, étant ainsi distinguée des étapes juridictionnelles conclues par des sentences, qu'elles fussent ou non définitives. Le mot pouvait, par ailleurs, être utilisé dans le domaine juridique en des emplois moins restreints. Un discours d'Isée témoigne, en, effet, de ce que des arbitres, dans une affaire complexe, avaient procédé à une enquête, *anakrasis*, qui leur avait permis de connaître les événements en cause²⁶ et il s'agissait, en l'occurrence, de personnes privées choisies par les parties. Il ne faut pas confondre ce type de conciliateurs²⁷ dont les adversaires sollicitaient l'intervention en acceptant publiquement de s'en tenir au verdict qu'ils prononceraient avec les arbitres officiels, citoyens tenus, en raison de leur âge

²⁴ L. Gernet, «L'institution des arbitres publics à Athènes», dans *Droit et société dans la Grèce ancienne*, Paris, 1955 (article de 1939), p. 103-119 (p. 110-112).

²⁵ Aristote, *Rhétorique*, 1374 b 20.

²⁶ Isée, *Contre Dikaiogenès*, 32.

²⁷ E. Karabelias, «L'arbitrage privé dans l'Athènes classique», *Symposion* 1995, éd. G. Thür/J. Vélissaropoulos, Vienne, Vienne, 1997, p. 135-149 (cf. *Recueils de la Société J. Bodin*. 63, p. 9-35).

avancé, à exercer, en toute visibilité, cette mission de service public. Platon voulait, pour sa part, confier au tribunal même une enquête par questions et réponses et les juges de la cour la plus haute, siégeant, à Magnésie, en matière criminelle auraient eu pour mission de conduire en audience publique durant trois jours consécutifs une *anakrisis* avant de se prononcer par un vote exprimé de façon particulièrement solennelle²⁸. Il s'agissait, bien entendu, d'une proposition utopique mais il est évident que le mot employé devait rester dans le cadre du réel possible pour que la construction garde sens²⁹.

Si l'on admet que les parties engagées dans un procès n'en venaient pas, ainsi, de but en blanc à l'audience publique, mais que celle-ci n'intervenait qu'à l'issue d'un long et complexe processus dialogique, il faut se poser la question de la façon dont il fallait conduire l'adversaire à la reconnaissance de ce que la situation n'était pas tout à fait conforme à ce qu'il en prétendait, à le faire renoncer à telle ou telle de ses prétentions ou bien à lui faire reconnaître une faute ou une coupable maladresse. L'un des moyens rhétoriques disponibles à cette fin consistait en l'interrogation de l'adversaire que l'on connaît sous le nom devenu technique d'*érôtèsis*³⁰. Tout le problème est de savoir jusqu'à quel moment du processus judiciaire se prolongeait ce type d'échange dialogique.

La doctrine semble claire. D.M. Mac Dowell, par exemple, l'exprime de façon nette, l'*érôtèsis* serait limitée à la phase d'*anakrisis*³¹. E.M. Carawan a voulu aller, néanmoins, contre l'opinion reçue. Il pense que l'interrogation se prolongeait jusque devant la cour, *in such summary procedures as apagoge and endeixis only the defendant plea and the legality of charges were decided at the anakrisis; in many cases the major questions at issue were first debated in court. ... In logographic speeches and in speeches for publication erotesis is not a stylistic ornament but a sign of common practice in the courts*³². Le point de départ de l'analyse est une remarque de Démosthène qui énonce le fait que les plaideurs doivent répondre aux questions qui leur sont posées³³. Rien ne dit qu'il s'agisse de devoir le faire devant le tribunal. Il est, donc, possible de reprendre le dossier en partant du principe inverse de celui qui anime E. Carawan, le fait qu'il en revienne au pont-aux-ânes qu'est, trop souvent, le bouclier d'Achille ou aux *Euménides* n'apportant pas grand chose à son argumentation et pourrait faire penser à qui oublierait qu'il est un fin connaisseur de la procédure qu'il la situe dans la sphère du primitivisme.

²⁸ Platon, *Lois*, 855e-856a.

²⁹ A. Helms traite d'une importante inscription de Calymna dans la réponse à notre communication (voir *infra*).

³⁰ Aristote, *Rhétorique*, 1418b40-1419b1. Pseudo-Aristote, *Rhétorique à Alexandre*, 1444b8-20.

³¹ D.M. Mac Dowell, *The law in classical Athens*, Londres, 1978, p. 241-250.

³² E.M. Carawan, «*Erotesis*. Interrogatio in the courts of Fourth-century Athens», *GRBS*, 24, 1983, p. 209-226. Je remercie S. Todd d'avoir bien voulu me faire tenir les épreuves de son article nuancé et précis «*Advocacy, logography and érôtèsis in Athenian law courts*», *Mnemosyne* 231, 2002, p. 151-165. Démosthène, *Sur la couronne*, 124.

³³ Démosthène, *Contre Stéphanos II*, 10,7.

Si l'on reprend les textes sans préjugé, on s'aperçoit que les interrogations à la partie adverse ne sont pas nécessairement des appels à réplique immédiate. Quand Démosthène prétend, ainsi, vouloir savoir d'Eschine lui-même s'il n'est pas un ennemi public plutôt que l'ennemi personnel de son adversaire³⁴, attend-il une réponse? Quand Andocide demande si la loi dont il veut convaincre les juges qu'il eût fallu que son accusateur la respectât est valide ou non, il pose une vraie question, étant donné le contexte, ce n'est pourtant pas à son adversaire qu'il s'adresse mais au tribunal qui, par le prononcé de sa sentence, doit trancher³⁵. Peut-on imaginer, d'autre part, qu'il y ait la moindre chance que les juges aient pu devoir accéder à une demande comminatoire faite par Démosthène d'interroger son adversaire, pour le pousser dans ses derniers retranchements³⁶. Si les membres du jury ne furent pas toujours aussi muets et impassibles que l'on imagine qu'ils eussent dû l'être et ne s'interdisaient pas les mouvements d'humeur ou même le chahut³⁷, ils étaient nécessairement interdits d'une initiative de ce type.

Le caractère purement rhétorique de ce genre de questionnement peut être mis en évidence dans l'un des cas, notamment, dont fait état E.M. Carawan. L'idée selon laquelle tel passage du discours d'Andocide *Sur les mystères*, serait *an elaboration of extempore debate* qui se serait tenu devant un tribunal ne semble pas fondée puisque le procès dont l'orateur évoque l'éventualité n'a pas eu lieu³⁸. Le dialogue dont il est fait état aurait pu s'être tenu durant les phases de son instruction mais on peut même douter qu'il ait pu prendre cette forme. La structure de l'échange prétendu ressemble trop à une leçon se voulant exemplaire de ce que peut la rhétorique par l'effet du jeu de questions et réponses, le fait qu'il y soit donné une clôture de la forme d'un apophtegme renforce cette impression. L'édition de ce discours propose un exemple de ce qui serait formalisé par les traités dont on peut se demander, d'ailleurs, s'ils évoquent les audiences de procès publics ou des moments antérieurs du processus judiciaire ou toute autre situation de discours. Ainsi, le chapitre de la *Rhétorique* d'Aristote, «*Peri erôtèseôs*»³⁹, ne prétend pas se référer à ce qui se passait réellement devant un tribunal sauf quand il évoque le procès de Socrate sur lequel nous reviendrons et la reddition de comptes d'un éphore dont on peut se demander en quoi elle peut être significative de ce que serait l'exercice ordinaire de la justice⁴⁰. Le dialogue entre Périclès et Lampon ressemble à une

³⁴ Démosthène, *Sur la couronne*, 124.

³⁵ Andocide, *Sur les mystères*, 99.

³⁶ Démosthène, *Contre Androtion*, 41 (cf. *Contre Aphobos I*, 51, 59, *Contre Phormion*, 34, *Contre Stephanos I*, 88, *Contre Théocrines*, 88).

³⁷ L'article essentiel, malheureusement trop rapide, sur ce thème est celui de V. Bers, «*Dikastic thorubos*», *History of political thought*, 6, 1985, p. 1-15.

³⁸ Andocide, *Sur les mystères*, 101. Ce texte est évoqué par E. M. Carawan, *op. cit.* p. 215, ainsi que par S. Todd, *op. cit.* p. 156 avec lequel je suis parfaitement en accord.

³⁹ Aristote, *Rhétorique*, 1419 a-1419 b 1.

⁴⁰ N. Richer, *Les éphores, études sur l'histoire et l'image de Sparte*, Paris, 1998, p. 443.

conversation de banquet, celui qui met en scène Sophocle⁴¹ s'entretenant avec Pisandre⁴² n'est, sans doute, pas conflictuel mais de connivence cynique, quant au cas de l'adversaire incompetent et incapable de répondre à une question, il fait penser à une controverse intellectuelle devant un auditoire savant plus qu'à une affaire judiciaire.

Le Pseudo-Aristote sait que le jeu des questions et réponses permet d'imposer à l'adversaire les aveux que l'on attend de lui⁴³. L'essentiel est d'aboutir à ce que le discours antagoniste soit retourné, par la mise en évidence de contradictions internes irréductibles, de telle sorte qu'il finisse par innocenter celui qu'il dénonce et accuser ses auteurs⁴⁴. Ce semble devoir s'être fait au moment où l'on a discuté des modalités de mise en état de la cause⁴⁵ mais, à l'audience, l'orateur se contente de reprendre le matériau fourni par la phase d'instruction⁴⁶. Ce qui est prononcé peut, alors, prendre la forme d'un dialogue mais celui-ci est une composition de même nature que celles que proposent les auteurs d'œuvres conjuguant questions et réponses qu'Isocrate appelle *antilogiciens*⁴⁷. Pour produire l'effet attendu, l'orateur doit, néanmoins, procéder par interpellation rhétorique comme on s'en rend compte d'un passage très souvent cité du discours *Sur la couronne* où Démosthène demandait à Eschine d'analyser quelle était sa médiocre situation sociale au regard de la sienne propre et feignait de l'interroger sur le fait de savoir laquelle devait être considérée comme étant la meilleure⁴⁸.

Le dialogue qui se serait tenu entre Socrate et Méléto⁴⁹ participe de ce genre littéraire. L'examen de l'argumentation de l'accusateur est censé s'être fait devant le tribunal, Méléto ayant été invité à se venir montrer par son silence son incapacité à répondre⁵⁰. Cette aporie constatée, ou du moins attendue, semble pouvoir signifier qu'il n'y avait pas de texte écrit issu de l'enquête et précédant l'échange auquel l'interrogé aurait pu se référer, elle témoigne, au contraire, du caractère purement rhétorique de l'interpellation. Une des réplique prétendument reprise est faite pour faire croire que Méléto, saisi par une sorte de désarroi, se serait adressé directement aux juges, pour leur faire partager son indignation de ce que le prévenu enseignait

⁴¹ Un orateur, Aristote, *Rhétorique*, 1374 b 36.

⁴² Sur ce personnage, membre de la coterie des Quatre Cents, Thucydide, *Guerre du Péloponnèse*, 8, 98 (Lysias, *Sur l'olivier sacré*, 4).

⁴³ Pseudo-Aristote, *Rhétorique à Alexandre*, 1445a30.

⁴⁴ Outre Gorgias, *Défense de Palamède*, 22, voir Antiphon, *Sur le choreute*, 32.

⁴⁵ A. Maffi, «L'exestastikon eidos nella Rhetorica ad Alexandrum» dans *Retorica e storia nella cultura classica*, éd. A. Pennaccini, Bologne, 1985, p. 29-41.

⁴⁶ Pseudo-Aristote, *Rhétorique à Alexandre*, 1445a7.

⁴⁷ Isocrate, *Sur l'échange*, 45-46.

⁴⁸ Démosthène, *Sur la couronne*, 255-256.

⁴⁹ Platon, *Apologie*, 22e (cf. 23c). Voir, dans une bibliographie surabondante, l'article relativement récent de M.H. Hansen, «The trial of Socrates from the athenian point of view», dans *Démocratie athénienne et culture*, Colloque international éd. M. Sakellariou, Athènes, 1996, p. 137-169, qui semble croire à l'évidence du dialogue devant le tribunal, p. 159).

⁵⁰ Platon, *Apologie*, 27 a.

que le soleil était pierre et la lune terre⁵¹. Le fait que Platon ait tenu à citer *in-extenso* une phrase qu'il considérait évidemment comme ridicule témoigne sans doute de ce qu'il avait utilisé pour construire la séquence dialoguée de l'Apologie certains éléments du discours prononcé par l'accusateur, Socrate l'avait, peut-être, fait avant lui.

L'idée que les parties pouvaient être contraintes de venir devant la cour pour être interrogée directement par leur adversaire semble, néanmoins, corroborée par le discours de Lysias *Contre Ératosthène*⁵². Il peut sembler que le plaignant avait demandé à faire venir l'accusé à la tribune pour qu'il répondît à ses questions. On ne sait pas si Lysias a prononcé ou non ce réquisitoire, et si l'on admet qu'il l'ait fait, on ne sait devant quelle instance l'échange a pu avoir lieu même si l'adresse aux juges est récurrente. Il est assez clair, d'abord, que, si l'on reste au niveau de réalité auquel prétend le texte dont nous disposons, les réponses rapportées ne sont ni spontanées, ni crédibles sous la forme qui leur est prêtée, ni vraisemblables au regard des circonstances. Les questions sont habiles, la dernière l'étant particulièrement de ce qu'elle ne prétend pas préjuger de la culpabilité de l'accusé qui admet en clôture que la famille de Lysias a subi un sort injuste, reconnaissant ainsi qu'un crime a été commis par les Trente. Ce n'est pas un aveu de complicité mais cela peut passer pour tel. L'accusateur n'a plus à se soucier d'établir la valeur de l'événement considéré comme injuste de part et d'autre, son seul travail est désormais d'insister sur le fait qu'il est déraisonnable de nier toute responsabilité dans le prononcé de la condamnation de Polémarque alors qu'on l'a conduit au supplice. On passe facilement du *adika* se rapportant aux crimes des Trente à l'idée qu'Ératosthène a avoué sa propre culpabilité⁵³. Tout le passage donne l'impression d'être, sinon une fabrication pure, du moins l'utilisation dans le cours du discours d'audience d'un dialogue tenu ailleurs. Peut-être est-ce, tout simplement, la reprise du procès-verbal de l'enquête préalable où l'accusé avait dû répondre aux questions posées par son accusateur, rédigé sous la forme précise mais laconique d'un document de fonction mémoriale.

Dans le discours *Contre les marchands de grain* prévenus d'entente illicite, le même type d'interrogatoire est présenté sous une forme similaire, l'un des accusés est censé avoir dû monter à la tribune, devant les juges, pour se voir interroger de telle sorte. Ainsi, était présenté, comme en un prélude, l'essentiel de leur système de défense. Ils se seraient, ainsi, décrits comme des métèques ayant toujours obéi aux lois et reconnaissant avoir acheté du blé en quantité beaucoup plus importante que ne l'autorisait la législation mais l'avoir fait sur l'ordre des archontes⁵⁴. Les archontes avaient, pour leur part, nié devoir être impliqués dans l'affaire dont ils affirmaient ne rien connaître⁵⁵. Il paraît difficile d'admettre que l'interrogatoire

⁵¹ Platon, *Apologie*, 26 d.

⁵² Lysias, *Contre Ératosthène*, 24-26, E. Carawan admet évidemment la chose de même que S. Todd dans la traduction annotée des *Discours*, ainsi que dans l'article cité *supra*.

⁵³ Lysias, *Contre Ératosthène*, 34.

⁵⁴ Lysias, *Contre les marchands de grain*, 5.

⁵⁵ Lysias, *Contre les marchands de grain*, 8.

spontané d'un métèque soumis depuis un certain temps à une accusation capitale, dans des conditions aussi difficiles qu'elles semblent l'avoir été, ait pu se conclure, en dernière instance, par une dénégation aussi ferme mais aussi peu argumentée du témoignage apporté au dossier par les principaux magistrats de la cité. On sait que la procédure d'*eisangélie* suivie dans cette affaire avait imposé que fût réuni le Conseil préalablement à la comparution des accusés devant les juges, il n'est pas impossible que ce soit elle, ou une commission qu'elle aurait désignée, qui avait procédé à une *anakrisis* ayant permis de mettre le procès en l'état. Le discours ferait ainsi état du jeu des questions et réponses ayant prélué à la rédaction finale de l'acte d'accusation⁵⁶. Les commerçants auraient admis avoir fait quelque chose d'interdit mais l'avoir fait pour des raisons les exonérant de toute intention criminelle⁵⁷. À l'acte d'accusation avait répondu un texte développant quels moyens de défense ils avaient l'intention de développer qui est, sans doute, ce qui est présenté par le rédacteur du discours comme le résultat d'un interrogatoire mené devant la cour.

Il est un point qui peut, en tout cas, faire douter du caractère littéral de l'invite faite à quelqu'un, accusé ou non, par un orateur à se présenter en personne devant le tribunal pour y répondre à des questions ou simplement dire quelque chose. En effet, les verbes *anabibazein* et *anabainein*, qui sont utilisés pour signifier que quelqu'un devait se présenter à la tribune, étaient souvent employés de façon métaphorique. Le corpus donne de nombreux exemples du maintien durable de leur usage dans des formules qui témoigneraient de la venue de témoins devant les juges alors qu'il est admis que, dès les années 370, leurs témoignages étaient recueillis durant l'enquête préalable et étaient lus par le greffier. Lycurgue, ainsi, prétend que les témoins vont se présenter devant les juges à l'issue de son prélude⁵⁸, pourtant, quand il est question de savoir ce qu'ils ont à dire, il demande au greffier de lire leurs déclarations. Même Isée qui, en professionnel pointilleux, ne cesse de demander l'intervention du greffier pour fonder son propos, peut laisser entendre que les témoins, dont la parole déjà donnée à l'écriture suffit à ce qu'ils soient présents dans l'enceinte du tribunal, viennent devant lui⁵⁹. La façon d'introduire des témoignages dans le discours suivi montre que, si l'écrit authentifié avait remplacé le témoignage oral, les praticiens continuaient d'user d'un formulaire ancien.

Il en fut, sans doute, de même pour l'interrogation. Ainsi dans tel discours de Lysias, l'invitation à répondre paraît de pure forme car la réponse est connue par avance. Il s'agit, en effet, de paroles tenues en public dont le texte, connu par les archives publiques, a abondé l'enquête préalable⁶⁰. Ce qui laisse, d'autre part, supposer que l'interrogatoire ne s'est pas tenu devant la cour est le fait que le texte

⁵⁶ Voir l'article cité en une note liminaire.

⁵⁷ Aristote, *Rhétorique*, 1374a1, montre que c'est le premier des arguments que l'on doit utiliser pour se défendre.

⁵⁸ Lycurgue, *Contre Léocrate*, 20

⁵⁹ Isée, *Asthyphilos*, 28-30.

⁶⁰ Lysias, *Contre Agoratos*, 32-33, la même technique au § 30.

des questions et réponses n'est pas cité *in-extenso* mais est remplacé dans le discours publié, de la même façon que le sont les témoignages écrits et repris, par la mention, *érôtèsis*. Cette mention n'apparaît pas ailleurs dans le corpus des orateurs judiciaires mais on peut la mettre en parallèle avec la façon dont on il est rapporté que l'on avait fait lire de nombreuses pièces de procédure quand cela avait paru nécessaire, l'édition du discours l'indiquant, par exemple, par les mentions, *apokrisis marturiai proklèsis*⁶¹. L'échange dialogique était antérieur à l'audience et cela permettait de répondre par avance aux questions de la partie adverse. Démosthène savait de quel moyen allait se servir Timocrate pour sa défense⁶². Accusant le mari de Néère de mauvaise foi, il savait très bien qu'il allait lui répondre qu'elle n'était pas sa femme mais sa concubine⁶³. Eschine savait ce que Démosthène se préparait à lui répondre⁶⁴. Tout cela était contenu dans le dossier d'instruction.

Proposer de procéder à l'interrogation de la partie adverse dans l'enceinte du tribunal peut, ainsi, être comparé à la demande d'y soumettre des esclaves à la question⁶⁵. Chacun savait que c'est impossible, Démosthène était conscient, comme tout le monde⁶⁶, de ce que faire cette proposition n'était que gesticulation. Eschine prétendit, dans *La fausse ambassade*, vouloir que vînt le bourreau pour torturer les serviteurs devant les juges. Ils devaient en donner l'ordre pour que l'on y passât le temps nécessaire, le reste du jour, éventuellement. Il ordonna de son propre chef à ceux-ci de se présenter à la tribune⁶⁷. C'était beaucoup de bruit pour rien Démosthène ne l'avait pas accepté. Comment imaginer que les juges auraient eu le pouvoir de procéder à un acte d'instruction que Démosthène avait eu le droit de refuser, donner un ordre qui n'aurait eu de sens qu'avec l'assentiment du tribunal et son adversaire lui-même. Son effet joué, Eschine s'est contenté de faire lire par le greffier les témoignages de ses compagnons de voyage et le texte de la demande qu'il avait faite de faire interroger les serviteurs, pour que le tribunal constate que

⁶¹ Isée, *Philoctemon*, 16.

⁶² Démosthène, *Contre Timocrate*, 144.

⁶³ Démosthène, *Contre Néère*, 119.

⁶⁴ Eschine, *Contre Ctésiphon*, 55, 135, 189, 217, 225 ...

⁶⁵ Je n'ai pas l'intention de traiter du problème de la torture qui a donné lieu à tant de publications parfois antagonistes, après G. Thür, *Beweisführung vor den Schwurgerichtshöfen Athens. Die Proklèsis zur Basanos*, Vienne, 1977, voir, M. Gagarin, «The torture of slaves in Athenian law», CP, 91, 1996, p. 1-18, D.C. Mirhady, «Torture and rhetoric», JHS, 116, 1996, p. 119-131 (p. 121 essentiellement pour ce qui nous préoccupe) avec une réponse de G. Thür, p. 132-134, et, sur nouveaux frais D.C. Mirhady, «The athenian rationale for torture», dans *Law and social status in classical Athens*, éd. V. Hunter et J. Edmonson, Oxford, 2000, p. 53-74.

⁶⁶ Démosthène, *Contre Stéphanos I*, 16. G. Thür, *op. cit.*, p. 190-192.

⁶⁷ Eschine, *Sur la fausse ambassade*, 126-128, (G. Thür, *op. cit.* p. 99-101, 191, *ein rhetorischer Trick*), néanmoins, à propos de Antiphon, *I Tetralogy*, 4, 8, M. Gagarin, *Antiphon the Athenian*, Austin, 2002, p : pense que déclare le fait de proposer une telle épreuve à l'audience *unusual though perhaps not illegal*.

Démosthène n'avait pas souhaité l'accepter, laissant les juges apprécier cette dérobade. Il est, ensuite, passé à autre chose.

L'audience était, ainsi, un moment où les discours, ceux des principaux intéressés et ceux de leurs synégores⁶⁸, se succédaient sans se croiser. Le discours judiciaire, *dikanikos*, était discours long, c'est en privé que le propos procédait par échange de questions et réponses⁶⁹. Chacun allait son train, posant pour le développement de son argumentaire, en un discours interrompu seulement par les interventions du greffier des questions dont il connaissait la réponse depuis la fin de l'instruction, répondant par avance, s'il se trouvait jouer le rôle d'accusateur, à celles dont il savait qu'elles lui seraient posées, laissant de côté celles qui le gênaient sans crainte qu'on le pressât. Le verdict seul tranchait.

Il me semble que rien ne peut permettre de soutenir que les parties procédaient à des interrogatoires en plein tribunal. Cela ne veut pas dire que l'exercice de la justice n'imposait pas aux adversaires de dialoguer de façon approfondie, ils le faisaient dans les divers moments que réservait une procédure beaucoup plus complexe qu'il ne semble. La difficulté qui naissait de ce type de pratique est que le juge, absent de la procédure d'instruction dont il ne connaissait le déroulement que par ce qu'on lui en disait, n'était pas pleinement au fait de l'affaire qui lui était présentée. Pour pallier cet inconvénient Platon voulait rendre publique la phase d'instruction et proposait que, pour les grands procès au moins, le tribunal en corps, sous le regard de la cité toute entière, appréciait, sans aucun intermédiaire, les cas qui lui, étaient soumis, redonnant librement la parole aux parties et aux juges eux-mêmes. Cela pouvait répondre à certaines frustrations qui avaient pu conduire les orateurs athéniens à proposer parfois, pour prétendre donner aux *dikastai* responsabilité plus grande, de reprendre à l'audience les étapes procédurales antérieures de telle sorte qu'ils eussent le sentiment de participer de façon plus active à la mise en évidence de ce qu'ils présentaient comme la vérité. Il faut comprendre aussi pourquoi les théoriciens de la rhétorique ont accordé une place relativement importante à une phase d'interrogation qui n'avait guère de place dans le discours public. On peut se contenter de penser que, leur propos n'étant pas de traiter de la seule éloquence judiciaire, ils souhaitaient codifier les règles du jeu dialectique dans le but d'y faire briller leurs élèves. On peut aussi imaginer que les contraintes propres à la phase d'instruction étaient assez lourdes pour qu'une erreur commise dans son cadre fût difficilement rattrapable. Il était bon de savoir fixer l'adversaire dans des situations intenables pour lui et le forcer à reconnaître ses erreurs ou ses fautes, à les faire inscrire au dossier dont on sait qu'il était intangible un fois bouclé, éviter pour soi-même les aveux inutiles et préparer en toute connaissance de cause les matériaux de son propre discours d'audience. Il n'était pas possible d'y réussir sans un bon entraînement.

⁶⁸ L. Rubinstein, *Litigation and cooperation, Historia*, Einz., 147, Wiesbaden, 2000.

⁶⁹ Platon, *Sophiste*, 225 b (cf. 232b).

ANDREAS HELMIS (ATHÈNES)

RÉPONSE À JEAN-MARIE BERTRAND

Dans les documents grecs d'Égypte le terme ἀνάκρισις a une signification différente selon qu'on envisage la période hellénistique ou romaine. A l'époque hellénistique, ἀνάκρισις se réfère à une étape préparatoire de la procédure judiciaire, alors qu'à l'époque romaine le vocable se spécialise à une enquête administrative, destinée à vérifier le statut d'un esclave.

A l'époque hellénistique, le terme ἀνάκρισις a une signification proche de celle de l'époque classique: d'un côté il a un sens technique qui se réfère à la procédure préliminaire devant le tribunal royal à Alexandrie, d'un autre côté il est utilisé avec le sens de l'enquête ou interrogation dans les documents de la *chôra*.

En ce qui concerne Alexandrie, il existe un fonctionnaire qui porte le titre ὁ πρὸς ταῖς ἀνακρίσεις; il est sans doute chargé de mener les procédures préliminaires concernant les affaires relevant de la compétence du tribunal royal à Alexandrie¹. Le pouvoir judiciaire du roi, illimité théoriquement, s'exerce en fait dans les affaires particulièrement graves, dont la plupart devaient présenter un caractère pénal. On comprend alors l'importance du poste de celui qui était responsable d'effectuer les enquêtes préparatoires et qui appartenait à l'entourage royal. Nous ignorons la portée exacte ainsi que les éventuelles formalités auxquelles serait soumise cette étape de la procédure, qui conditionne en grande partie la sentence finale. C'est du moins ce que laissent entendre deux lettres adressées à Zénon, l'intendant du diocèse Apollonios dans la *dôrea* de Philadelphie.

Les deux lettres concernent un certain Hermocratès, détenu à Alexandrie, en vue de sa comparution devant le roi. Zénon, qui avait certainement des relations dans les milieux influents de la capitale, était sollicité afin d'accorder son appui. Pour ce faire, Hermocratès lui-même l'informe que «l'instruction (ἀνάκρισις) avait été close en [sa] faveur et remise à la cour», alors que l'autre personne qui intervient, Philon, un clérouque alexandrin, lui écrit que «le rapport concluant l'instruction préliminaire (ἀνάκρισις), qui le [=Hermocratès] disculpe de toutes les accusations dirigées

¹ *PLond.* VII 2188, l. 89; *PFay.* 15, l. 4; *PTebt.* I 86, l. 1-2, 3 (documents datant du II^e siècle av. J.-C.); *PYale* I 57, l. 9 (I^{er} siècle av. J.-C.); cf. R. Taubenschlag, *The Law of Greco-Roman Egypt in the Light of the Papyri. 332 B.C.-640 A.D.*, Varsovie 1955², p. 495;

H.-J. Wolff, *Das Justizwesen der Ptolemäer*, Munich 1970², p. 6-7.

contre lui, est déjà entre les mains de l'hypomnématographe Dôsthéos pour que le roi en prenne connaissance avant de prononcer sa libération»².

En dehors de l'ἀνάκρισις qui désigne l'instruction des affaires devant être jugées par le roi, il est admis que le droit alexandrin prévoyait également une phase d'instruction: le terme même ne figure pas dans les *Dikaïomata*, mais il y est probablement fait allusion, lorsque, à propos du témoignage, la loi alexandrine précise que le témoin dépose aussi bien devant le magistrat, qui est censé mener l'instruction, que devant le tribunal (ἐ[π]ὶ τ[ῆ]ι ἀρχῆι καὶ ἐπὶ τ[ῶ]ι δικαστηρίωι)³.

S'agissant de la déposition des témoins, un document épigraphique mérite d'être mentionné ici, même s'il nous fait quitter le territoire égyptien: c'est l'inscription qui nous a conservé l'arbitrage de Cnidos dans le différend qui opposait Cos à Calymna (début du III^e siècle av. J.-C.). Seul un aspect de la procédure présente un intérêt pour nous, celui de l'audition des témoins: il est précisé que les stratèges, qui président l'audience, «donneront à chacune des parties le droit d'adresser des questions aux témoins (διδόντω δὲ καὶ ἀνάκρισιν τοῖς στρατηγοῖς τῶν μαρτύρων) pris un à un, après les premières plaidoiries. Chacune des parties interrogera les témoins (ἀνακρινάντω δὲ καὶ τοὺς μάρτυρας ἕκαστεροι) sur des faits relatifs au procès, mais non sur autre chose»⁴. Dans ce texte l'ἀνάκρισις aurait donc lieu pendant l'audience et consisterait en l'interrogation des témoins par les parties.

Dans les documents concernant la pratique judiciaire de la *chôra*, ἀνάκρισις (ou sa forme verbale ἀνακρίνειν) est assez rarement employé. Dans tous les cas qui nous sont connus ce terme désigne une interrogation faite dans le cadre des investigations en rapport avec un comportement malfaisant (détenion arbitraire, recel d'objets, brigandage), au sujet duquel, la plupart des fois, un emprisonnement avait eu lieu⁵. Ce sont ces enquêtes judiciaires qui ont fait l'objet d'une intervention législative de Ptolémée V Épiphane (184-183 av. J.-C.): s'adressant à l'épistate des

² *PMichZen.* 55; *PSI* IV 392; R. Taubenschlag (*Law*, p. 615) voit à propos de ce dernier texte un examen en vue d'un devoir liturgique. Sur l'hypomnématographe Dosthéos, fils de Drimylos, personnage célèbre de la cour ptolémaïque, voir A. Fuks, Dositheos Son of Drimylos. A Prosopographical Note, *JJP* 7/8 (1954), p. 205-209, repris dans: M. Stern/M. Amit (éd.), *Social Conflict in Ancient Greece*, Jérusalem-Leyde, 1984, p. 307-311; J. Mélèze-Modrzejewski, *Les Juifs d'Égypte, de Ramsès II à Hadrien*, Paris 1997, surtout p. 82-90.

³ *PHal.* 1, l. 225-226 et commentaire p. 128, 174 ainsi que p. 32; cf. J. Vélissaropoulos, Ἀλεξανδρινοὶ νόμοι. Πολιτική αὐτονομία καὶ νομικὴ αὐτοτέλεια τῆς πτολεμαϊκῆς Ἀλεξανδρείας, Athènes-Komotini 1981, p. 135.

⁴ *Syll.*³ 953 (= *IKnidos* 221), A, l. 67-70 (traduction R. Dareste).

⁵ *PCairZen.* III 59368; *PLond.* VII 1932; *PEnt.* 28; *PHeid.* VI 363; *PRossGeorg.* III 4; *PTebt.* III.1 742; *BGU* VIII 1807. Dans *PTebt.* III.1 701, il est question d'un différend, dans lequel plusieurs personnes étaient impliquées au sujet du paiement d'un certain nombre de biens (sésame, bœuf, veau, esclave); l'affaire avait été portée «devant une session des nomarques» (l. 274: συνεδρευόντων τῶν νομαρχῶν); les intéressés étaient présents, mais «interrogés à ce sujet, ils n'avoient pas» (l. 300-301: καὶ περὶ τούτων ἀνακρινόμενοι οὐχ ὁμολόγουν).

phylacites, commandant des forces de l'ordre au niveau du nome, le roi lui rappelle que «les enquêtes [doivent être] menées (τὰς δ' ἀνακρίσεις διεξάγετε) conformément aux *diagrammata* et aux *prostagmata* décrétés par nous, par notre père et par nos ancêtres»⁶. Par cette ordonnance le roi cherche à sévir contre les abus des fonctionnaires et à imposer le respect de la légalité dans un domaine, celui des travaux d'enquête en matière judiciaire, d'où l'arbitraire avait du mal à être déraciné.

Phase préparatoire des procès jugés par le tribunal royal à Alexandrie, interrogation des témoins dans le droit alexandrin, enquête préliminaire dans le cadre du fonctionnement de la justice administrative dans la *chôra*, voici les principales acceptions du terme ἀνάκρισις à l'époque hellénistique. Après une éclipse d'environ deux siècles, le terme apparaît de nouveau, entre la fin du II^e et le IV^e siècle ap. J.-C., concernant cette fois une formalité administrative en rapport avec la vente d'esclaves⁷.

Les documents en question sont de deux sortes: requêtes adressées à des fonctionnaires afin de procéder à l'ἀνάκρισις d'un esclave et contrats de vente d'esclaves. Dans un premier temps, on avait associé la procédure de l'ἀνάκρισις aux transactions concernant une catégorie d'esclaves qui présentait une particularité quant à ses origines: pour E. P. Wegener, par exemple, l'ἀνάκρισις avait lieu lorsque des esclaves étaient importés en Égypte ou dans le cas de la vente d'un esclave de la *chôra* à Alexandrie et inversement; I. Biezunska-Malowist, quant à elle, avait avancé l'hypothèse selon laquelle la formalité de l'ἀνάκρισις ne s'appliquait qu'aux transactions portant sur des esclaves «provenant du commerce» et non sur ceux «nés dans la maison» (οἰκογενεῖς)⁸. La publication de nouveaux documents a rendu ces hypothèses caduques; on admet maintenant que l'ἀνάκρισις est indépendante de l'origine des esclaves faisant l'objet d'une transaction.

Il est donc établi que lorsqu'un esclave changeait pour la première fois de propriétaire, une attestation était requise établissant son statut servile; selon toute vraisemblance, ce certificat, appelé ἀνάκρισις, était délivré une seule fois dans la vie de l'esclave et il était par la suite transmis aux éventuels acquéreurs successifs. Cette formalité avait certainement été introduite par des mesures législatives, ce que suggère l'expression employée par les acheteurs, qui présentent leurs demandes d'ἀνάκρισις «conformément aux ordonnances». Les fonctionnaires compétents en cette matière sont notamment les hypomnèmatographes, les stratèges ou les

⁶ *COrdPtol.* 31, l. 10.

⁷ I. Biezunska-Malowist, *L'esclavage dans l'Égypte gréco-romaine, II: Période romaine*, Varsovie 1974, p. 54-63; H.-J. Wolff, *Das Recht der griechischen Papyri Aegyptens*, II, Munich 1978, p. 255-260.

⁸ E.P. Wegener, *Miscellanea papyrologica*, *JJP* 9/10 (1955/6), p. 104-109; I. Biezunska-Malowist, Le recensement et le contrôle public des esclaves, *Proceedings of the Twelfth International Congress of Papyrology*, Toronto 1970, p. 27-40.

nomarques; selon toute vraisemblance, le choix de l'autorité est fonction de la localité où est enregistrée la vente⁹.

Nous pouvons nous faire une idée de la portée de la procédure de l'ἀνάκρισις d'un esclave par un texte du IV^e siècle ap. J.-C. que H.-J. Wolff a interprété comme contenant le procès-verbal d'une telle formalité¹⁰. Un certain Firmus, par l'intermédiaire de son avocat Clématius, présente son esclave Patricius, récemment acquis, à deux hypomnématographes et demande «qu'il soit interrogé sur son statut (περὶ τῆς τύχης ἐρωτᾶσθαι)». Dans la suite du document nous sont rapportées huit questions posées par les deux fonctionnaires à l'esclave même ainsi que les réponses données. Ces questions portent sur son statut, son maître, sa provenance, le nom et le statut de sa mère et de ses frères. La condition servile étant établie sur la foi des réponses fournies par l'esclave, les autorités acquiescent à ce que la transaction soit enregistrée aux archives.

Cette procédure a donc comme objet de vérifier qu'un esclave venant de faire l'objet d'une transaction n'est pas de condition libre et vise ainsi à protéger les intérêts de l'acheteur. On ne peut qu'être étonné de constater que la vérification du statut servile se fait sur la seule base des déclarations de l'esclave. En tout état de cause, si cette procédure administrative a pris le nom d'ἀνάκρισις – et, par extension, le même terme désigne le certificat délivré à l'issue de l'enquête – c'est parce qu'elle est fondée sur un jeu de questions et réponses. En d'autres termes, l'ἀνάκρισις administrative de l'époque romaine ne conserve de son passé judiciaire que la forme interrogatoire.

⁹ Voir à ce sujet J.A. Straus, Les autorités responsables de l'ἀνάκρισις des esclaves dans l'Égypte romaine, *Chr. d'Ég.* 77 (1997), p. 332-340; dans une annexe de cet article (p. 338-339) on trouvera la liste des documents papyrologiques relatifs à l'ἀνάκρισις.

¹⁰ *PHermRees* 18 (323 ap. J.-C.); cf. H.-J. Wolff, Beaufsichtigung des Sklavenhandels im römischen Ägypten: Die Anakrisis, *ZSS.RA* 1966, p. 340-349.

FRANCISCO JAVIER FERNÁNDEZ NIETO (VALENCIA)

TITULARIDAD Y CESIÓN DE LOS DERECHOS DE LA PESCA MARÍTIMA EN LA ANTIGUA GRECIA

La regulación jurídica del aprovechamiento de la riqueza piscícola en el mundo griego clásico, a saber, si las aguas fueron consideradas como un dominio abierto o si estuvieron adscritas a la propiedad del Estado, que podía vender o ceder su disfrute a los particulares, no fue objeto de tratamiento directo por parte de nuestras fuentes antiguas ni tampoco se halla exactamente sistematizada en la investigación actual, si exceptuamos la ya lejana y valiosa aportación de Höppener (1931). Precisamente, la reducción del interés de casi todos los estudiosos a unos pocos ejemplos aislados ha conducido a conclusiones generales muy imprecisas y abiertamente contrapuestas. Mientras unos señalan que la pesca se configura sobre todo como una lucrativa regalía o monopolio del Estado, y estiman incluso que las *poleis* marítimas controlaban toda la actividad dentro de sus aguas¹, otros han escrito con mayor acierto que aun cuando comprobemos que el Estado se reserva un derecho sobre la pesca, no cabe hablar de monopolio porque nunca sucede que la *polis* haya tomado directamente en sus manos la captura de especies, sino que tan sólo ejerce el traspaso de sus derechos a contratistas privados². No me parece fuera de lugar, por tanto, destinar nuestro esfuerzo a la revisión de viejos testimonios y la inclusión de otros nuevos para tratar de reconstruir la base jurídica que sustentaba y desarrollaba los distintos títulos legales para ejercer el dominio sobre la pesca.

El único texto que podría reflejar las condiciones legales vigentes que afectaban a la pesca lo debemos a Platón (*Leg.* VII 824 a), y al terminar nuestro estudio volveremos sobre el mismo a fin de verificar su importancia y exactitud. El pasaje en cuestión dice: ἐνυγροθηρευτὴν δέ, πλὴν ἐν λιμέσι καὶ ἱεροῖς ποταμοῖς τε καὶ ἔλεσι καὶ λίμναι, ἐν τοῖς ἄλλοις δὲ ἐξέστω θηρεύειν, μὴ χρώμενον ὁπῶν ἀναθολώσεται. “Al pescador, excepto en los puertos y en los ríos, pantanos y lagos sagrados, que en todas las demás partes se le permita realizar capturas, a condición de que no recurra al enturbiamiento por medio de zumos³”. No encontramos aquí ninguna referencia a la singularidad de derechos por parte del Estado en las aguas

¹ Francotte (1909: 58); Busolt (1920: 607); Andreades (1931: 158s.); Brun (1996: 135).

² Hasebroek (1928: 167); Höppener (1931: 153s.).

³ Platón se refiere aquí a los venenos obtenidos del jugo de ciertas plantas, cuyo uso no era infrecuente entre algunos pescadores: véase, por ejemplo, Aristot., *H. A.* IV 8, 534 b; VII 20, 602 b-603 a; Opian., *Hal.* IV 647-693; Aelian., *N. A.* I 58; Filostr., *Imag.* I 13, 7-10 (390-391 K); Plin., *N. H.* XXV 98; 116.

marítimas ni en los ríos y lagos interiores, excepto los que son de propiedad sagrada – y según la costumbre griega pertenecen al dios, representado por las autoridades sagradas y civiles –, ni parece existir más limitación fuera del ámbito sacral que la ejercida sobre los puertos. Sin embargo, se conserva una información en Ps. Aristóteles (*Econom.* II 2, 3a, 1346 b) por la que sabemos que en cierta coyuntura la ciudad de Bizancio, urgida por la necesidad de contar con fondos, enajenó las tierras que pertenecían a las cofradías religiosas, pero en compensación vendió luego a los miembros de aquellas cofradías, entre otras cosas, τῆς θαλάττης τὴν ἀλιείαν, es decir, los derechos de pesca en el mar⁴. Esta indicación histórica, que podría referirse a hechos sucedidos en la segunda mitad del siglo V⁵, ha sido normalmente mencionada para sustentar la idea de que el Estado controlaba todo tipo de pesca marítima y de que la ciudad poseía el derecho exclusivo sobre su captura, cosa que está en abierta contradicción con el anterior pasaje de Platón. Solamente Höppener⁶ arguyó que no era verosímil que una actividad tan extendida entre la población como era la de pescador llegase a constituir un monopolio o hubiese sido de repente transformada en tal dentro de una polis; además, recuerda que en el resto de Grecia existieron lugares costeros aptos para la pesca que pertenecieron bien al Estado, bien a particulares, o bien quedaron libres de dominio y fueron comunes, por lo que piensa que el texto debe entenderse en el sentido de que Bizancio vendió no un monopolio de pesca, sino el total de las pesquerías incluidas en el patrimonio del Estado. Pero esta interpretación, que en líneas generales inspira confianza, no elimina la aparente divergencia entre los textos de ambos eruditos desde el momento en que concediendo a la expresión θαλάττης ἀλιεία el valor de pesquería marina – lo que es correcto –, nos encontramos con que junto a los puertos, los ríos y los lagos sagrados existen otros puntos concretos del territorio en los que al pescador libre se le impedía faenar, contra lo que quiere Platón. Es necesario así pues que ordenemos el mayor número posible de ejemplos y testimonios producidos en el mundo griego e intentar extraer de su confrontación la estructura legal del régimen de pesca.

I. Lugares de propiedad pública o privada que llevan anejo un derecho de pesca.

Son aquellos puntos del litoral marítimo de la χώρα de un Estado especialmente aptos para la extracción de determinadas especies (peces, moluscos, esponjas). Su

⁴ Hay que introducir, sin embargo, dos matizaciones. Seguramente no se trató de una venta definitiva, sino de una venta temporal, pues respecto a los recintos sagrados de titularidad estatal el propio pasaje indica que las tierras no productivas fueron vendidas para siempre, pero las fértiles lo fueron sólo por un período fijo de tiempo: luego a las fecundas pesquerías debió aplicárseles el mismo criterio. Es improbable, en cambio, que la venta encubra en este caso una cesión temporal de las rentas pagadas al Estado como canon por los arrendatarios públicos de las pesquerías: sobre ello *cf.* Migeotte (1980: 167; 1984: 395s.).

⁵ Véase Fernández Nieto (1998: 36s.).

⁶ A quien siguió Van Groningen (1933: 58).

importancia radica no sólo en la presencia de una rica ictiofauna, sino también en que ofrecen buenas condiciones para llevar a cabo las correspondientes labores de captura (abrigos, fondeaderos, muelles, atalayas, playas de arrastre).

En Halicarnaso, durante el siglo V, se vendieron las propiedades de los deudores de Apolo y de Atenea Parthenos, por no haber cumplido sus compromisos de pago. Uno de sus habitantes (Hyssoia Arbesio) compró la tierra de un deudor (Diótimo hijo de Sarisollo), que antes había sido de Cacras (ἐπρίατο γῆν τὴν Διοτίμο ... ἦτις ἦν Κακράδος), así como τὴν θάλασσαν ὅπου τὸ ὄρκυνεῖον, es decir, el derecho de pesca en el lugar en que se encontraba un observatorio o puesto de vigilancia para detectar la llegada de los bancos compuestos por un género especial de atunes (el llamado ὄρκυνος)⁷. Sobre este tipo de atalayas de pesca (σκοπία, θυννοσκοπεῖον, ἡμεροσκοπεῖον) me he ocupado en un reciente trabajo, y únicamente quiero recordar aquí que constituían elementos imprescindibles para avistar un espacio de mar bastante amplio y poder capturar mediante un refinado sistema de pesca (almadrabas, madraques, Thunfischnetze) bandadas de grandes peces compuestas por cientos de ejemplares⁸. Es evidente que el vendedor poseía la propiedad de este observatorio junto con el derecho exclusivo a la pesca, pero el epígrafe en sí no permite conocer de qué manera la obtuvo el primer transmisor, aunque resulta lógico pensar que debió adquirirla del Estado halicarnasio.

Crates proporciona la noticia de que en uno de los demos atenienses denominados Halas se levantaba un θυννεῖον (= θυννοσκοπεῖον) que reportaba a la ciudad un πρόσοδος μεγάλη⁹. Esto significa que aquel punto de la costa ática y el pedazo de mar que estaba alrededor formaban parte de los bienes estatales y eran objeto de arriendo, como otros muchos δημόσια.

Estos observatorios con derechos de pesca existían asimismo en la isla de Cos y figuran relacionados en un epígrafe bastante conocido¹⁰. El texto de Cos no es sino un reglamento sagrado destinado a regular qué personas dentro de la comunidad se hallaban obligadas anualmente a costear sacrificios ofrecidos a las divinidades poliadas (magistrados, arrendatarios de impuestos, de servicios y de trabajos públicos, artesanos). Dicho reglamento fija, entre otros supuestos, que aquella obligación incumbía: a) A quienes hubiesen comprado el derecho a utilizar la atalaya pública (l. 10: σκοπὰ δαμοσία). b) A quien hubiese tomado en arriendo el otro observatorio (asimismo del Estado), ὁ τὰν ἄλλ(λ)αν μισθωσάμενος σκοπὰν τὰν

⁷ *Syll.*³ 46, l. 42-44.

⁸ Rohde (1892); Gallant (1985: 21-23); Fernández Nieto (2002: 242-247). Son inexactas las explicaciones que proporciona Dittenberger sobre θάλασσα y ὄρκυνεῖον en la edición del epígrafe, pues ni el primer término alude a una albufera, conectada o no con el mar, sino a los rendimientos marítimos anejos a la propiedad del observatorio, ni el segundo define un tipo de vivero o piscina (?).

⁹ Crates *F Gr Hist* 362 F 2 (= Photius, s.v. Κύννειος); *vid.* también Suid., s.v. Κυνήειος.

¹⁰ *Syll.*³ 1000; Vreeken (1953) 70-73; Sokolowski, *LSCG* 168. El reglamento pertenece al siglo I a.C. Véase asimismo Ziebarth (1896: 21s.); Francotte (1900: 127s.) y Debord (1982: 198s.)

ἐπὶ Ναυτιλέοι (l. 11); esta pesquería se hallaba situada en el lugar llamado Nautileo. c) A cuantos hubiesen puesto en alquiler cualquier atalaya (privada) y a cuantos se hubiesen adjudicado el alquiler de alguna de las atalayas de propiedad particular (l. 18-20: ὅσσοι κα σκοπὰς μισθοποιήσωνται ἢ ἔχωντι ἰδιωτικὰν μεμισθωμένοι ... ἐς ὃ κα ἦ συνεστηκῶα ἅ σκοπὰ). Resulta evidente que todos estos puestos de observación se hallan ligados a la pesca, de forma que la expresión σκοπὰ es sinónima aquí de *thynnoskopeion*¹¹. La importancia de este documento para nuestro estudio estriba no sólo en proporcionarnos una serie de datos que con naturalidad pueden retrotraerse a la época clásica, sino también en ratificar la práctica documentada en Halicarnaso de que estos observatorios podían ser propiedad de particulares, disponiendo también como tales titulares del derecho de pesca en aquel punto.

Los observatorios de pesca propiedad del Estado estaban extendidos también por la Argólida, según demuestran varias inscripciones de época helenística. En la primera mitad del siglo II a.C., jueces enviados desde Tenos realizaron un arbitraje territorial entre las ciudades de Zárax y, probablemente, Epidauro Limera¹². Una de las marcas que delimitaban la zona en disputa era una σκοπὰ (l. 5), y dos líneas más abajo se sitúa otro de los vértices del territorio en un λιμῆν. Podría perfectamente tratarse, por tanto, no de un puesto de vigilancia utilizado por una guarnición militar, sino de un observatorio pesquero que llevaría aparejado el derecho de pesca. Si este punto marítimo estuvo incluido dentro del propio litigio, no podría haber sido más que un *thynnoskopeion* que anteriormente habría conocido un uso común entre ambas ciudades, pero de cuya explotación se habría apropiado una de las dos. Esto significaría que el observatorio pesquero gozaba del estatuto de titularidad pública. El decreto recoge también los honores concedidos a los árbitros, en agradecimiento por su labor, y entre ellos figura la concesión por dos años de la mitad de un llamado θαλάσσιον τέλοσ (l. 29) que, como luego diré, debe hallarse en relación con los derechos de pesca, lo que vendría a reforzar el argumento de que la σκοπὰ mencionada en el arbitraje era un puesto de pesca, y no una torre interior de vigilancia. Satisfecha por la resolución del problema, la ciudad de Epidauro habría cedido por dos años la mitad de las rentas de la pesca capturada en los observatorios que de nuevo comparte con Zárax; si la concesión abarca un período bianual es porque los arrendamientos de propiedades públicas se hacían siempre en Grecia por el plazo de un año.

¹¹ Como ya advirtió Toepffer (1891: 411ss.). La σκοπὰ mencionada en l. 20 es interpretada por Reinach (1891: 369s.) como otro observatorio público cuya construcción todavía no ha terminado (συνεστηκῶα). Se entiende que cuando finalicen las obras, los arrendatarios de atalayas privadas que se adjudiquen la pública estarán obligados por un solo concepto.

¹² El texto del arbitraje figura en Ager (1996: n° 80, 221-223); *vid.* también Wilhelm (1951: 60-67)

El segundo testimonio concierne al arbitraje realizado por altos funcionarios de Ptolomeo VI para solucionar otra disputa territorial entre Arsínoe (Metana) y Trecén a mediados del siglo II a.C.¹³ La resolución arbitral manifiesta que ambas ciudades habían dispuesto de un territorio común ribereño del golfo sarónico y de unas *θυννεῖα* en régimen de copropiedad y uso compartido. La reconstrucción de lo sucedido es bastante simple. Ciertamente, antes de que estallasen las diferencias entre ambas *poleis* estas pesquerías habían sido aprovechadas en común, siguiendo una alternancia, pero al producirse el enfrentamiento aquella *polis* que logró controlar en exclusiva la parte del territorio que incluía los *thynnoskopeia* procedió sin más a arrendar los observatorios a contratistas privados, que serían prioritariamente ciudadanos propios. A su vez, la ciudad desposeída de un pedazo de territorio común, así como de su condición de copropietaria del uso y disfrute de los productivos *θυννεῖα*, se vio obligada a recurrir al ejercicio de la compensación mediante represalia (*ῥύσιον, ῥυσιάζειν*), arrebatando a sus oponentes cualquier objeto de valor como prenda para resarcir la injuria. Esto explica bien dos de las decisiones de los árbitros para poner fin a la querrela y hacer tabla rasa con los incidentes del pasado, cuales fueron la prohibición de llevar a nadie ante los tribunales por reclamaciones relativas a las rentas de las pesquerías (l. 39-40: *περὶ τῶν ποθόδων τῶν ἐκ τῶν θυννεῖων γ]ενομε[νῶν] | ἐν τοῖς ἔμπροσθε[ν χρόνοις μὴ δικάζασθαι μηθένα]*) y el arbitrar la indemnización de quienes hubiesen padecido tales represalias recurriendo, entre otras cosas, a las rentas generadas en el futuro por las pesquerías (l. 43-44: *ἀπὸ τῶν κοιν]ῶν ποθόδων [τῶν] ἐκ τῶν θυννε[ῖων ἐπιλυθῆμεν τοὺς ἐρρυτιασμένους]*).

Otro documento del final de la época helenística testimonia que la ciudad de Cízico poseía una pesquería de este género, la cual era objeto de arrendamiento público para su explotación por los particulares¹⁴. A J. y L. Robert corresponde el mérito de haber caído en la cuenta de que en la segunda línea del epígrafe el término *σκοπιῶς* era el apelativo usado para referirse a un observatorio marítimo que fue tomado en arriendo por una sociedad de pescadores representada por un *ἀρχώνης* (l. 2); otras dos personas atendían los aspectos gerenciales y de intervención de fondos (l. 3-4: *ἐπὶ τοῦ χρηματισμοῦ*). La *σκοπία* se hallaba emplazada en un lugar de la costa cuyo nombre ya no resulta completamente legible en la estela. Es muy verosímil que, como sugirió Robert, ésta no fuera la única sociedad constituida en Cízico para explotar la pesca del atún en el dilatado litoral de que disponía la ciudad, incluyendo la isla de Mármara, lo que invita a suponer que el Estado poseía más instalaciones para la detección de los bancos migratorios, y que éstas eran aprovechadas por otras sociedades.

¹³ Ager (1996: n° 138, 381-385); y acerca de los *θυννεῖα* mencionados en el instrumento del arbitraje, en particular, véase Robert (1960: 159, n.2) y Magnetto (1997: 260, n.5).

¹⁴ Michel 1225, epígrafe a corregir con las acertadas indicaciones de Robert (1950: 94-97).

Que Hierapitna disponía de emplazamientos públicos para la pesca, bien en forma de σκοπιά, bien de λιμὴν pesquero, puede deducirse indirectamente del texto del tratado suscrito entre Rodas y los hierapitnios hacia finales del siglo III a.C.¹⁵. En una de las cláusulas del pacto (l. 66-70) se determina que los rodios enviarán dos trirremes en ayuda de los hierapitnios, entre otros supuestos, εἰ δὲ τίς κα τὰς ἀπὸ τοῦ δικαίου γινομένας ποθόδους ἐκ θαλάσσας παραιρήται Ἱεραπυτνίων. Según creo, estos πρόσοδοι obtenidos del mar por Hierapitna no hacen referencia, como se ha sugerido¹⁶, a las tasas percibidas por el comercio marítimo, puesto que dichas tasas se cobraban en los puertos y el hecho de que alguien acabase violentamente con ellas (παράίρεσις) sólo es concebible si Hierapitna sufría un ocupación de su puerto o un bloqueo, contingencia ya cubierta por la *symmachía* cuando prevé el auxilio al aliado en caso de ataques contra su territorio (l. 64-66). Tampoco cabe imaginar que este punto sea un aspecto ligado a la ayuda que debían prestar los rodios si alguien atentaba en Hierapitna contra la democracia (l. 68-69), pues de producirse un cambio violento de gobierno parece evidente que peligraban toda clase de πρόσοδοι, y no solamente los obtenidos ἐκ θαλάσσας. No deja de ser cierto que el mismo tratado de alianza contiene una cláusula análoga relativa a los rodios (l. 12-14), la cual prescribe que los hierapitnios remitirán ayuda a sus aliados εἴ τίς κα ἐπὶ πόλιν ἢ χῶραν στρατεύεται τῶν Ροδίων ἢ τοὺς νόμους ἢ τὰς ποθόδους ἢ τὰν καθεστακυῖαν δημοκρατίαν καταλύη, y esta misma obligación se repite en un tratado de alianza contemporáneo cerrado entre Rodas y la ciudad de Olunte¹⁷. Pero eso sólo indica que Rodas quería prevenir la eventualidad de cambios radicales que condujesen a la supresión de las leyes, a la pérdida de todos los recursos de la ciudad y a la extinción del régimen democrático; en cambio Hierapitna no coloca bajo la tutela de su nuevo aliado las leyes ciudadanas ni el conjunto de las rentas estatales, sino sólo a una clase de ellas – las de procedencia marítima –, así como al régimen democrático. Por último, resulta cuando menos llamativo que para defender ambos intereses (rentas marítimas+democracia) los hierapitnios no exijan a los rodios que participen παντὶ σθένει, puesto que se conforman con el envío de una pareja de trirremes; semejante actitud tal vez refleja la confianza de los hierapitnios en que estos supuestos no van a producirse y cabe neutralizarlos con escaso aparato militar.

La segunda posibilidad apuntada por Vélissaropoulos es que dicha mención de las rentas procedentes del mar comprendería no sólo las tasas sobre el comercio marítimo, sino también el derecho de los hierapitnios a entrar en propiedad de los naufragios que las olas arrastrasen hasta sus playas. No negaré que esa preocupación rondase por la cabeza de algunas autoridades cuando negociaron el tratado, pero parece insuficiente como para generar una cláusula tan precisa. En primer lugar, pudiera ser que aquella parte de Creta no registrase demasiados naufragios;

¹⁵ Schmitt, *Staatsverträge* 551.

¹⁶ Vélissaropoulos (1980: 205, n.3).

¹⁷ Schmitt, *Staatsverträge* 552, fr. a 28-30; fr. b 15-17.

tendríamos que suponer, por otra parte, que las *poleis* vecinas conocían rápidamente los naufragios habidos en el litoral de Hierapitna y acudían sin tardanza a pillar los restos, antes de que lo hiciesen los lugareños; por último, no deja de ser extraño que esa intromisión fuese tan difícil de evitar que recomendase avisar a un aliado, cuyas dos trirremes llegarían cuando hubiesen desaparecido ya todos los bienes que transportaba el pecio hundido. En mi opinión, los πρόσοδοι ἐκ θαλάσσης que los hierapitnios protegen son los derechos de pesca en las costas de su territorio, derechos que podían verse amenazados y disputados por las ansias de anexión de algunas ciudades vecinas, e incluso por piratas corsarios sostenidos por *poleis* cretenses. Es bien conocida la importancia de la pesca de la púrpura en Creta desde época minoica, y éste era uno de los productos del mar que procuraba mayores ingresos a muchas ciudades insulares y de Asia Menor. Si a esto añadimos que el mosaico político de Creta fue especialmente propicio a generar tensiones fronterizas, se hace muy probable la hipótesis de que los hierapitnios hubiesen tenido ya que defender, en momentos anteriores de su historia, los lugares y caladeros de pesca en donde obtendrían muy buenos ingresos mediante arrendamiento. La cláusula del tratado estaría orientada, ante todo, a impedir que si otra *polis* cretense consumaba la ocupación de un puesto de pesca hierapitnio, abriendo así un grave incidente, los rodios se comprometían a acudir con dos trieres para que se restableciese el status original en las zonas de pesca propiedad de su aliado cretense.

La ciudad jonia de Iasos disponía de un golfo marino (Mar Menor o μικρὴ θάλασσα), que debía poseer el estatuto de propiedad estatal. En efecto, una inscripción de Iasos ligeramente anterior al año 323 a.C. registra el hecho de que dos hermanos realizaron gestiones ante Alejandro Magno y consiguieron que éste devolviese la posesión sobre el mismo al *demos* de Iasos (*Syll.*³ 307). La satisfacción de la *polis* por haber recuperado ese espacio de mar apunta al hecho de que la ciudad arrendaba las pesquerías instaladas en la ribera o imponía cargas a quienes practicaban la pesca en el interior de sus aguas; pero el sátrapa de Caria les habría privado total o parcialmente de este ingreso, para sumarlo a la hacienda del Gran Rey¹⁸. Otro epígrafe de Iasos nos transmite el texto de una carta remitida a la ciudad por Aristóbulo, funcionario del rey Ptolomeo I Soter, a finales del siglo IV a.C.¹⁹ Una embajada enviada por la ciudad había pedido al soberano lagida que se le reconociera el derecho a percibir rentas sobre los puertos (λιμένες, τῶν λιμένων πρόσοδοι). Aristóbulo confirmó a los iasios que quedaban garantizadas todas las rentas, incluidas las procedentes de los puertos. Como estos πρόσοδοι incluían, según expondré más adelante, los ingresos cobrados por la concesión de los permisos de pesca, y en ciertos casos hasta pueden significar exclusivamente eso, nuestro documento certificaría que algo después de la decisión de Alejandro Magno

¹⁸ Como planteó Höppener (1931: 157s.).

¹⁹ Pugliese Carratelli (1969: 437ss., n° 1); vid. J. y L. Robert, *Bull. Épigra.* 1971, 620.

el Estado continuaba en posesión del derecho de pesca en su mar interior, y luchaba para que su titularidad fuese reconocida y confirmada por los soberanos helenísticos.

El establecimiento de observatorios de pesca de propiedad estatal en la Propóntide figura de nuevo certificado por dos testimonios de Pario, muy interesantes para conocer el aprovechamiento de los *thynnoskopeia* públicos por sociedades de pescadores²⁰. Ambas inscripciones son ligeramente posteriores a la fundación por César de la colonia *Iulia Pariana*, pero no hay duda de que este sistema se había iniciado siglos antes y estaba consolidado ya en época helenística. Las dos sociedades de pescadores fueron constituidas para tomar como arrendatarios (τελωναρχήσαντες) un puesto de vigía con su correspondiente almadraza, y constaban de un elevado número de miembros asociados; todos ellos participaban a la vez en el arrendamiento del lugar y en las acciones de pesca. Como sucedía en Cízico, también en Pario comprobamos que el Estado efectuaba un registro completo de los lugares cuya propiedad se había reservado y cuyo disfrute adjudicaba anualmente al mejor postor, de forma que una de las sociedades explota la atalaya llamada *Neilaios*, mientras que la otra ocupa la σκοπιά de *Frou* – (el topónimo no está completo en la lápida)²¹. La sociedad contaba con un apoderado que los representaba en el contrato de arrendamiento (ἀρχώνης), así como con un secretario que hacía la función de interventor de fondos (ἀντιγραφεύς)²².

Ya en época romana refiere Estrabón que las ciudades de Bizancio y de Sinope conservaban sus instalaciones para la pesca del atún, que evidentemente eran continuidad de otras más antiguas. Los bizantinos poseían τόποι especialmente adecuados para capturar a los pequeños bonitos que la corriente marina conducía por sus costas hacia la salida del Mar Negro²³, y estos observatorios pertenecientes a la *polis* eran sin duda arrendados; la ciudad obtenía así considerables ingresos, que beneficiaban también al Estado romano: παρέχει τοῖς Βυζαντίοις καὶ τῷ δήμῳ τῶν Ῥωμαίων πρόσδοτον ἀξιόλογον (Strab. VII 6, 2 [C 320]). Sinope se levantaba en una península y había construido en ambas partes del istmo un grupo de puertos (λιμένες), que sin duda fueron pequeñas ensenadas habilitadas para la práctica de la pesca, así como una serie de πηλαμυδεῖα θαυμαστά, es decir, de observatorios terrestres para detectar la salida hacia el Mediterráneo de los pequeños atunes denominados *pelamydes*. Esta forma de pescar era un derecho perteneciente al Estado (θήραν οἱ Σινωπεῖς ἔχουσι), y los puestos de vigía, con el anejo derecho de pesca, estarían presumiblemente arrendados por sociedades de pescadores.

Pero el ejemplo más evidente y completo del arrendamiento de los derechos de pesca nos lo proporciona, sin duda, la isla de Delos, cuyas costas y las de las dos islas dependientes, Renea y Micono, eran explotadas para la captura de los múrices,

²⁰ J. y L. Robert (1950: 80-97); Frisch (1983: 10-15; 85) = IK 25, 5 y 6.

²¹ IK 25, 5, l. 3; 6, l. 3.

²² IK 25, 5, l. 3-4 (ἀρχονοῦντος Πολυλίου Ἀουίου Λυσιμάχου); l. 11-12 (ἀντιγραφομέλ-νου Σεκο[ύν]δου τοῦ Ἀ(ο)υίου Λυσιμάχου).

²³ Dumont (1976-1977: 96ss.).

así como de peces. El documento delio más antiguo concerniente a la pesca data del año 410/9 a.C. (*IG I² 377*). Por ésta y otras inscripciones conocemos que las mejores zonas de estas islas donde practicar la pesca formaban parte de los dominios de Apolo y eran arrendadas a particulares por períodos de diez años, al igual que los dominios rurales²⁴. Diez años era también la duración de los arriendos de bienes públicos en Atenas (*Arist., Athen. Pol.* 48, 4), y esta regla venía en Delos prescrita por la *ἱερὰ συγγραφή*, ordenanza general que regulaba los arrendamientos y otros procedimientos legales (fianzas, órdenes de pago, penalizaciones por atrasos, deudores, embargos ejecutorios)²⁵. La *μίσθωσις* de los derechos de pesca se orientaba a dos actividades. Por una parte, a la extracción de la púrpura (*μίσθωσις πορφύρας*), un molusco que podía ser pescado en grandes cantidades en las zonas poco profundas contiguas al perímetro de las islas, en particular en Delos, en Renea y en torno al istmo. Por otra, a la captura de otras especies dentro de las pequeñas bahías o de los estanques regularmente invadidos por las aguas marinas, según la interpretación de Hansen sobre el pasaje de *IG I² 377*, l. 24: *τὴν θάλατταν τὴν πολύκολπον περὶ Ρηνεΐας*, que fue arrendado por diez años (l. 25 *ἐμίσθωσαν δέκα [ἔτη]*)²⁶. Naturalmente, la administración del santuario arrendaba a publicanos la percepción de las tasas establecidas por la concesión de estos derechos de pesca, como se comprueba en un calendario de cultos de Micono que prevé, para comprar las víctimas de un sacrificio, destinar 20 dracmas que se descontarán del dinero pagado por el arriendo de percepción de aquellas tasas: *ἀπὸ τοῦ τέλους τῶν ἰχθ[ύ]ων βουλή πριαμένη ἱερεΐα εἴκοσι δραχμῶν διδῶτω*²⁷.

Muchas otras ciudades griegas controlaron dentro de su territorio litoral uno o varios *thynnoskopeia*, y conocemos de su presencia tanto en la zona de Tanais, dentro de la laguna Meótida, como en el extremo occidental del Mediterráneo (Antípolis, Massalia, Hemeroskopeion)²⁸. Pero la mera indicación de su existencia no nos permite averiguar cuál era su condición legal, ni si formaban parte del patrimonio público de cada *polis* y eran objeto de arrendamiento (así debió suceder en la mayoría de los casos), o bien se hallaban en poder y disfrute de particulares.

II. Cuotas relativas a derechos de pesca y tasas adscritas a la venta de pescado.

Todavía hoy podemos compartir la idea de Busolt, según el cual “*der Charakter der Fischereiabgabe läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen*”²⁹. No hay duda de que, como todos los productos que eran comercializados en los mercados de las ciudades,

²⁴ Höppener (1931: 159-161); Bruneau (1969: 759ss.).

²⁵ Durrbach (1919); Ziebarth (1926); Weiss (1927); Tréheux (1944-1945; 1948: 1009); Kent (1948: 267-285); Charre y Couilloud-Le Dinahet (1999).

²⁶ Hansen (1987: 100).

²⁷ *Syll.*³ 1024 (= Sokolowski, *LSCG* 96; Le Guen-Pollet 63).

²⁸ Las *σκοπαί* de los clazomenios en el territorio cimerio de la laguna Meótida están mencionadas en Estrabón XI 2, 4 (C 494); sobre el resto Fernández Nieto (2002: 247).

²⁹ Busolt (1920: 608).

también los peces estaban sujetos a las tasas habituales que regían esta actividad pública (*ἀγοραῖα τέλη*). La venta del pescado fresco se realizaba en Atenas en una parte especial del mercado (Aristof., *Ran.* 1068; Aten. VI 227 e). La importancia del pescado como medio de alimentación hizo que el número de pescadores y comerciantes en las ciudades costeras fuese bastante elevado; ambos oficios, por lo demás, estaban separados³⁰. Así pues, todo el pescado que a través de comerciantes de la reventa llegaba al mercado tributaba en éste sus correspondientes tasas, como figura claramente expresado en el *Schol. Hom. Iliad.* XXI 203: ἐν τῷ ἀγορανομικῷ νόμῳ Ἀθηναίων διέσταλται ἰχθύων καὶ ἐγγελεύων τέλη. Sin embargo, conservamos otros datos alusivos a cantidades o porcentajes de tipo variable que si a menudo han sido interpretadas como impuestos sobre el valor de venta del pescado, pueden también entenderse como simples porcentajes tomados sobre el arrendamiento de los derechos de pesca o sobre el arrendamiento de su percepción por publicanos. Y conviene además que precisemos con exactitud qué cosa significa valor sobre las ventas de pescado.

Una inscripción del siglo IV nos informa de que la ciudad de Colofón recibió un empréstito para financiar sus murallas y decidió ofrecer entre las garantías de la deuda una parte (el 20%) de los ingresos a obtener por dos conceptos, en concreto la *πέμπτη τῶν ἰχθύων* y la *πέμπτη τῶν ἐμπορβίων*³¹. Tradicionalmente se ha tenido a esta cifra como expresión de un alto impuesto que gravaría directamente la venta de peces³². Apoyándose en esa hipótesis, Wilhelm postuló que de la misma forma deberíamos interpretar otras dos problemáticas expresiones³³. En su opinión, también la *πέμπτη* que aparece registrada en el arbitraje de Cnido sobre los préstamos reclamados por dos ciudadanos de Cos a la ciudad de Calimna (hacia el 300 a.C.)³⁴ sería un impuesto del 20% sobre la venta de peces, y esto le lleva a suponer que la *τετάρτη* (25%) aludida en una inscripción de Cízico del siglo VI a.C. (*Syll.*³ 4 B, l. 8), de la cual no se exceptúa a un ciudadano que ha sido beneficiado con exenciones fiscales, constituiría asimismo una tasa sobre la venta del pescado³⁵. Pero lo cierto es que ambas deducciones no son correctas, puesto que la *πέμπτη* del arbitraje de Calimna es prácticamente seguro que se refiere no a un impuesto, sino a la cuota de participación que poseen uno y otro acreedor³⁶, y la naturaleza de la

³⁰ Gallant (1985).

³¹ Maier 70 = Migeotte 87, l. 30 s., l. 83.

³² Wilhelm (1939: 361-363); Maier (1959: 235); Brun (1996: 135); pero Migeotte (1984: 285) escribe solamente "cinquième des poissons", sin pronunciarse.

³³ Wilhelm (1939: 361s.)

³⁴ Texto en Migeotte (1984: n° 59) y Magnetto (1997: n° 14).

³⁵ Wilhelm basa su conjetura ante todo en el hecho de que tampoco se le exceptúa de la *ἱππωνίη* y de la *ἀνδραποδωνίη*, que son manifiestamente tasas sobre el valor de la venta de équidos y esclavos.

³⁶ Migeotte (1984: 208s.); Magnetto (1997: 93s.).

τετάρτη de Cízico mantiene su opacidad por cuanto podría estar encubriendo tasas patrimoniales, derechos de aduana o impuestos extraordinarios sobre la renta³⁷.

Otra indicación similar a la de Colofón emerge en el acuerdo suscrito a comienzos del siglo III a.C. entre las ciudades cretenses de Praisio y Estalas para regular la situación jurídica de esta segunda comunidad, dependiente de los praisios³⁸. En el correspondiente decreto se reconoce que ambos firmantes compartirán para siempre, por mitad, una serie de diezmos que generen los estalitas: καὶ ἔλλιμενίου καὶ πορφύρας καὶ ἰχθύων δεκά[τα]ς, τούτων πάντων τὸ ἥμισσον, ἰχθύωμ μὲν καθάπε[ρ] | [καὶ] πρότερον (A, l. 6-8). ¿De qué clase de diezmo se trata? Aquí sí parece evidente que nos hallamos ante una tasa sobre el valor de venta del pescado y del molusco de la púrpura, conclusión que, por el contrario, resulta bastante problemática al analizar el caso anteriormente citado de Colofón. En efecto, la πέμπτη τῶν ἰχθύων de Colofón podría no reflejar la existencia de un impuesto de venta: precisamente por haberse constituido dicha cuota en garantía de la deuda, cabría considerarla como el 20% a retener por los acreedores sobre el total de los arrendamientos por derechos de pesca que Colofón hubiese concedido (observatorios, puntos y puertos pesqueros); y el hecho relevante de que este porcentaje figure en paralelo a la πέμπτη τῶν ἐμπορβίων, es decir, al 20% de los derechos de pasto (es decir, de la suma obtenida por su arrendamiento), refuerza sólidamente esta segunda alternativa en detrimento de la primera (que sean tasas sobre la venta).

En cambio, las δεκάται de Praisio/Estalas nunca pueden representar el diezmo del arrendamiento de los derechos de pesca, sino que deben dejar constancia de una tasa porcentual sobre operaciones comerciales. Si atendemos a la reconstrucción efectuada, siguiendo las cláusulas del tratado, por Gschnitzer y Chaniotis, las relaciones entre ambas comunidades habrían seguido el siguiente proceso³⁹. Estalas habría sido en origen una *polis* independiente conquistada en el siglo IV a.C. por los praisios, quienes habrían mantenido en su poder y beneficio el territorio y la ciudad, aunque dejando en posesión de los estalitas las islas y el mar, puesto que para Praisio, cuyo emplazamiento urbano se encuentra en la zona interior de Creta, se hacía arduo controlar aquellos espacios del litoral. Mas a cambio de dicho usufructo obligaron a Estalas a entregarles la totalidad de los derechos de puerto, así como el diezmo sobre la púrpura y la mitad del diezmo sobre los peces. En mi criterio, es esta última expresión la que pone de manifiesto que el diezmo sobre los peces no era una cifra fijada por los praisios para hacerse con una parte del dinero ingresado por Estalas en concepto de arrendamiento de derechos de pesca⁴⁰, sino que constituía una tasa creada por los estalitas para gravar una operación relacionada con los peces

³⁷ Andreades (1931: 161s.).

³⁸ *Syll.*³ 524 = Chaniotis, *Verträge* 64.

³⁹ Gschnitzer (1975); Chaniotis (1996: 388s.).

⁴⁰ Como entiende Chaniotis (1996: 390) al traducir 'der Zehnte aus dem Fischfang und dem Purpurschneckenfang'.

y la púrpura, y ésta sólo podía ser la venta de las capturas. De haber querido Praisios llevarse un porcentaje de los ingresos de Estalas por los derechos de pesca, lo lógico habría sido imponer directamente una εικοστή τῶν ἰχθύων (un 5%), y nunca se habría hablado de la mitad de un diezmo; además, en tal supuesto el juramento de los praisios nunca podría haber incluido la manifestación de que entregaban la propiedad del mar a los estalitas, τὰν θάλασσαν ἑάσομεν ἔχειν (A, l. 17-20). Estamos pues, tanto en el caso de la púrpura como en el de los peces, frente a una tasa preexistente en Estalas antes de ser conquistada por los praisios y de caer bajo su dependencia, y esa tasa afectaría a las ventas de pescado y de moluscos purpurígenos celebradas en sus puertos. Éste sería justamente el mismo impuesto decretado en Delos para la pesca, el llamado en numerosos documentos contables de la isla δεκάτη ἰχθύων, que correspondería a una tasa del diez por cien aplicada al valor de la venta del pescado⁴¹; y en el mismo sentido sería lícito interpretar, si es que no se refiere al arriendo de la percepción de los derechos de pesca (*vid. supra*), la expresión τέλος τῶν ἰχθύων del calendario de cultos de la isla de Micono⁴², lo que supondría que las veinte dracmas para comprar las víctimas saldrían de las tasas por la venta del pescado.

Ahora bien, al manejar el concepto ‘valor de venta’ resultaría incorrecto que imaginásemos un gravamen sobre las ventas realizadas en los correspondientes mercados públicos, que se regían por sus propias τέλη, sino que afecta tan sólo a las compraventas llevadas a cabo entre los pescadores y los asentadores o revendedores, tal como las conocemos hoy en las modernas lonjas del pescado; en el caso de la púrpura, afecta a las ventas directas que hacían los pescadores a los fabricantes del tinte, aunque con frecuencia el mismo pescador de púrpura era a la vez fabricante del tinte, como prueba el término griego πορφυρεύς, que se aplica por igual a ambas actividades.

La tarea del pescador era ya suficientemente dura como para sumar sobre sus espaldas el oficio de transportar sus capturas al mercado y proceder a su venta; podían ocuparse de ello otros miembros de la familia, pero resultaba más cómodo vender el total de la pesca a un comerciante de pescado. Además, determinadas formas de pesca conducían a acumular en una sola jornada tan grandes cantidades de presas (atunes, *pelamydes*, caballa, albacora, sardina) que era necesario destinarlas de inmediato para su tratamiento en fábricas especiales que producían salazón de pescado (ταρίχη, ταριχηρά, ταριχεύματα). Es cierto que una parte de estas tareas de conservación en sal la asumían los propios marineros, aunque lo habitual era que el pescador (sobre todo los grupos o asociaciones de pescadores) diesen inmediata salida a su mercancía vendiéndola a comerciantes de víveres al por mayor

⁴¹ Höppener (1931: 163s.). La tasa denominada en Delos ὑποτρόπιον, que según Homolle (1890: 442) sería otra forma de denominar la δεκάτη ἰχθύων, me planteo si no pudo ser la tasa del 10% que se aplicó a la venta de los caracoles de la púrpura (que se izaban en nasas).

⁴² *Syll.*³ 1024 (= Sokolowski, *LSCG* 96; Le Guen-Pollet 63).

(asentador), a los revendedores del mercado o itinerantes (ἰχθυοπώλης, κάπηλος), a los fabricantes/vendedores de salazones marinas (ταριχοπώλης, ταριχέμπορος), a los fabricantes de púrpura (πορφυρέύς, πορφυροβάφος). Tales operaciones de venta debían llevarse a cabo en los puertos, tanto en los mixtos (comerciales y pesqueros) como en los estrictamente pesqueros; pero también se procedería a vender el global de las capturas en las playas y puntos donde existía una σκοπιά y su correspondiente almadraba, o donde había caladeros arrendados para la extracción de moluscos.

La realidad de estas prácticas viene certificada por algunos testimonios. El más elocuente es la inclusión de los llamados μετάβολοι τοὶ ἐν τοῖς ἰχθύσιν como personas obligadas a sacrificar en la inscripción de Cos antes mencionada (*Syll.*³ 1000, l. 21), y la carga que se les impone lo es del mismo modo y con el mismo título que a los adjudicatarios de las rentas públicas, seguramente porque sobre ellos recaía un ἐπώνιον o impuesto concreto de venta, aunque no es claro si estos comerciantes constituían en Cos una asociación propiamente dicha⁴³, sino que eran invitados a hacerlo distinguiéndolos individualmente y recaudando entre ellos la suma con que adquirir las víctimas. Mas lo que interesa a nuestro tema es que el reglamento nos descubre la vigencia de este oficio en Cos y la entidad que había alcanzado, hasta el punto de ser expresamente incluido entre los ciudadanos acomodados que ejercían actividades lucrativas. La función de los μετάβολοι era concretamente la de comerciante/revendedor⁴⁴, y la de estos τοὶ ἐν τοῖς ἰχθύσιν en concreto consistía en comprar al por mayor las capturas de los pescadores y bien distribuir las en el mercado, bien venderlas por el interior, bien destinarlas a las fábricas de salazón. Que había tales fábricas en la isla de Cos se desprende de la propia inscripción, que prescribe también la obligación de sacrificar para quienes habían tomado en arrendamiento el impuesto sobre el τάριχος (*Syll.*³ 1000, l. 15).

Otra de las tareas de los μετάβολοι en Grecia, la de traficar con el pescado para abastecer a las zonas del interior, se refleja perfectamente gracias a un testimonio procedente de Epidauro. Entre los milagros atribuidos a Asclepio figura el realizado con la mercancía llevada hasta el mercado por un tal Amfimmasto, quien había transportado desde la costa de la Argólide hasta Arcadia (Tegea) el pescado que compró, seguramente, en puerto. Pero por medio de alguna artimaña (ἐξαπάτη) eludió pagar una δεκάτη al dios, y éste obró en público un prodigio (resucitar los peces), forzando a Amfimmasto a confesar su falta⁴⁵. De la anécdota podría inferirse que las autoridades de Epidauro habían establecido un diezmo en beneficio de la

⁴³ Véase Andreades (1931: 161s.); Vélissaropoulos (1980: 99). Para Francotte (1900: 210) y Poland (1909: 124) no eran una corporación; para Ziebarth (1896: 99) y Vreeken (1953: 83s.) serían un grupo subvencionado por la ciudad para hacer los sacrificios.

⁴⁴ Robert (1933: 142s. = *OMS* III: 1597s.).

⁴⁵ *JG* IV 1², 123, 47, y las precisiones de J. y L. Robert, *Bull. Épig.* 1964, 180 sobre la posible naturaleza del milagro.

caja del santuario⁴⁶, el cual repercutía sobre las ventas de pescado hechas por los *μετάβολοι*, y es probable que esta *δεκάτη* se cobrase asimismo en los demás puertos de la Argólide. A su vez, un pasaje de Aristóteles (*Ret.* I 7, 1365 a 26-27) nos permite averiguar que un olimpiónico argivo se dedicó durante un tiempo a transportar a sus espaldas las cestas de pescado desde Argos a Tegea, un trayecto de casi cuarenta kilómetros por caminos incómodos. La acción de estos comerciantes/revendedores era, pues, constante y debió dar lugar a un tráfico regular y suficientemente importante como para generar ingresos no desdeñables en los puertos de adquisición de la mercancía⁴⁷. En una de sus cartas Alcifrón presenta al pescador Egialeo quejándose de que vende su mercancía a poco precio, y cómo le gustaría abastecer las cestas de Erasicles de Esfeto o de Filóstrato de Colargo, que eran dos adinerados revendedores⁴⁸.

Parece por lo tanto bastante evidente que algunas ciudades griegas poseían una flota de pesca permanente y de cierta entidad, que no se limitaba a lo estrictamente necesario para el abastecimiento de la población, sino que perseguía también grandes capturas, sobre todo en los momentos del año más adecuados para la pesca de las especies migratorias (desde primavera al otoño). Este alto rendimiento facilitaba la distribución de pescado entre las poblaciones de tierra adentro, alcanzando a menudo un radio de acción bastante amplio, y además proporcionaba a la industria de salazón importantes surtidos de depósito. Varios autores antiguos mencionan como producto especialmente afamado las sardinas del puerto ateniense de Falero (*ἄφουαι Φαληρικαί*)⁴⁹, y no resulta ocioso preguntarse por qué recibieron esa denominación. Cabe suponer que obedece al hecho de que se extraerían en las cercanías de la costa ática y serían luego desembarcadas y comercializadas en aquel puerto, e incluso que una parte de ellas era preparada para salazón en el mismo Falero, donde se realizarían todas las ventas a los *μετάβολοι*. Es lógico, en definitiva, que casi todas las *poleis* considerasen la conveniencia de imponer una

⁴⁶ La inscripción contiene lagunas y no resulta fácil reconstruir todo lo sucedido, y aun cuando se relata que Amfimmasto se había comprometido por voto a ofrecer τὸν δεκάτων (el diezmo; no se precisa más, de forma que el artículo determina poco), más adelante se asegura que no saldó su deuda con Asclepio utilizando las ganancias conseguidas con los peces (ἐμπολαὶ τῶν ἰχθύων). Pero este planteamiento falla, puesto que la intervención del dios ocurre cuando nuestro hombre se encuentra en el mercado y las ganancias todavía no se habían producido. Cabe sospechar con fundamento que la actuación de Amfimmasto se limitó a privar al dios, usando una trampa, del diezmo que estaba obligado a pagar a raíz de la compraventa del pescado.

Sobre la importancia de la pesca para Epidauro deja constancia indirecta el conflicto territorial que la enfrentó a Hermíone y que fue arbitrado por jueces de Mileto y Rodas [Magnetto (1997: n° 69)]; dentro del territorio objeto de litigio se hallaban los llamados *Agrioi Limenes*, o puertos salvajes, relacionados sin duda con la explotación del mar (*vid. infra*, n. 62).

⁴⁷ Baladié (1980: 219)

⁴⁸ Alciph. I 9, 1-2.

⁴⁹ Aristof., *Acarn.* 901; *Aves* 76, Aten. 135 a.

tasa por las operaciones de la venta de pescado en el puerto, gravando por el valor del negocio cerrado, y esa tasa no fue otra sino la δεκάτη de que tenemos constancia en Estalas, Delos y, probablemente, Epidauro⁵⁰.

No juega aquí para nada la idea de compensar la cesión del derecho de pesca, sino la de intervenir fiscalmente el mercado colocando bajo tributación una mercancía en cuya venta se cruzaban sustanciosas sumas. De haber sucedido así, y parece obvio, es seguro que la *polis* arrendaría las tasas a publicanos, y éstos ya se ocuparían de cobrarlas en los lugares adecuados. Tal vez algunas reglamentaciones de la δεκάτη habían previsto que no se realizara ningún negocio en puerto con los μετόβολοι sin haber avisado previamente al magistrado competente; pero ciertos comerciantes serían proclives a cerrar el trato con los pescadores y recoger la mercancía en lugares difíciles de controlar, para escapar al pago de la tasa, y ésa podría haber sido la trampa efectuada por Amfimmasto en Epidauro (pero al dios no logró ocultárselo).

El estudio de Tenger sobre el *phoros* entregado a la liga marítima ático-délica por algunas ciudades costeras de Asia Menor traza un panorama aproximado sobre la importancia económica de los ingresos que proporcionaba la pesca⁵¹, ingresos que sin duda provenían, como vengo sosteniendo, de la concesión por arrendamiento de los derechos de pesca y de la percepción de tasas por la venta de los productos a los comerciantes y revendedores del ramo. El *phoros* se evaluaba en función de los recursos de cada ciudad, y sabemos que la principal riqueza de algunas era precisamente la pesca, lo cual significaría que las aportaciones a la liga de Abidos, Pario, Lámpsaco y Sigeion deberían basarse, esencialmente, en los ingresos estatales obtenidos por los derechos de capturas de atunes, caballa y púrpura⁵². Con todo, la nómina de productos marinos explotados debía ser más extensa e incluir los arrendamientos por la captura de otros moluscos, como ostras y navajas⁵³, o la de langostas y esponjas⁵⁴.

III. Las llamadas rentas de los puertos (πρόσοδοι τῶν λιμένων) y el arrendamiento de los derechos de pesca.

Desde el comienzo de mi trabajo he utilizado conscientemente la expresión puntos o puertos de pesca para significar que, existiendo observatorios de propiedad estatal cuya explotación se arrendaba, hubo también caladeros muy rentables, en torno a los

⁵⁰ Si la cuota del 25% (τετάρτη) que Cízico había estatuido en el s. VI en su sistema impositivo hubiera sido realmente una tasa sobre el valor de la venta del pescado (*supra*, n. 35), deberíamos pensar que era satisfecha a razón de un 12,5% por el comprador y otro 12,5 por el vendedor.

⁵¹ Tenger (1995: 144s.;155)

⁵² Atunes en Abidos y Pario; caballas en Pario; púrpura en Sigeion (Aristot., *H.A.* V 15, 547^a 5-6; Aten. III 88 F) y en Lámpsaco (*Vita S. Parthenii* 9 [PG 114, 1357]).

⁵³ Ostras en Abidos (Ateneo III 92 D); navajas (σωλήν) en Dídimas (J. y L. Robert, *Bull. Épigr.* 1961, 560) y en Mileto (*OGIS* 756, l. 6).

⁵⁴ Langostas en Sigeion (Aristot., *H.A.* V 17, 549b 16-17; Aten. III 105 D).

cuales se habían habilitado rudimentarios puertos, que pertenecían también a la *polis* y estaba oportunamente distribuidos por las mejores zonas litorales – ícticamente hablando – del territorio de esa ciudad⁵⁵. Determinadas ciudades multiplicaron el número de esos sencillos puertos, que no pasaban de ser simples abrigo, y esa política provocó fricciones con las *poleis* vecinas a consecuencia de la indeterminación de las fronteras marítimas y del uso común de ciertos tramos de costa o de islotes sin población.

No debemos olvidar que cuando ciertos textos nos hablan de puerto o puertos no se refieren necesariamente a puertos convencionales destinados a fines mercantiles, puesto que existe un segundo valor del término *λιμὴν* con el significado de ‘lugares de la costa adaptados para el albergue de embarcaciones con fines de pesca’. Así define esta realidad, por ejemplo, un reconocido especialista en el estudio geográfico del antiguo Peloponeso: ‘*λιμὴν* s’applique à un port artificiel aussi bien que naturel; dans ce dernier cas, ce qui distingue un *limén* d’un simple mouillage, c’est à la fois la sécurité plus grande qu’il offre aux embarcations et les aménagements qu’on y trouve, dont le minimum doit être un appontement, un quai de bois ou de pierre pour faciliter l’accostage’. Y un segundo elemento propio de esta clase de puertos es la de concentrar un pequeño grupo de población que vive y negocia con la explotación de los productos del mar: ‘Quand la ville n’est pas construite autour du port et pour lui, quand celui-ci est à part, encore que tout proche, on ne peut se le représenter simplement comme l’endroit où stationnent des embarcations, ce n’est jamais un lieu désert, mais environné d’habitations où logent ceux qui vivent de la mer, dans un quartier distinct menant sa vie propre. Les bords de la Méditerranée nous en donnent encore d’innombrables exemples; les choses n’ont pu beaucoup changer depuis l’Antiquité’⁵⁶.

Puesto que la razón de ser de muchos *λιμένες* era exclusivamente la pesca, el Estado tuvo que intervenir de dos formas, y cada ciudad aplicaría el criterio legal más favorable a su programación económica, al igual que se hacía con cualquier observatorio o *σκοπιά*. La forma más extendida sería la de reservarse la propiedad y proceder al arriendo de uso del puerto-pesquería. Esta opción viene reforzada por el hecho de que tales puertos pesqueros surgieron precisamente en zonas especializadas en una clase concreta de pesca (esencialmente púrpura), que no podía obtenerse en otros lugares, por lo que el arriendo de ocupación del lugar otorga como extensión indivisible el derecho al usufructo de la parcela marina circundante. También sería posible que otros puertos fuesen de propiedad particular y pudieran pasar de mano en mano, como sucedió con la *σκοπιά* de Halicarnaso o la de Cos. Y una última porción, en fin, pudo recibir el status de puertos de pesca libres y

⁵⁵ Un ejemplo arquetípico de esta clase de puertos en ensenada, donde las barcas fondean y al final del mismo se han instalado dos grandes escaleras de madera, desde arriba de las cuales los vigías otean la llegada del atún, puede verse en Faber (1883: 65), reproducido por Gallant (1985: Plate 14, Tunny Watchtowers).

⁵⁶ Baladié (1980: 235s.).

abiertos, al igual que lo eran los comerciales, en cuyo caso es indudable que se habrían establecido tasas por utilizar el lugar como fondeadero y amarre; y no habría nada de extraño en que ese τέλος se denominase, como en los puertos mercantiles, ἔλλιμένιον. Doy por sentado que el mayor número de puertos griegos era mixto, es decir, que además de contar con verdaderos muelles y permitir el estacionamiento de naves comerciales, un sector del mismo era utilizado con fines de pesca por abundar los peces y moluscos allí mismo o en el entorno inmediato, o como base de salida de las embarcaciones que faenaban lejos de la costa⁵⁷. Fuese cualquiera de ellas la condición jurídica de los pequeños λιμένες pesqueros (λιμένας), el Estado no renunciaría a imponer la correspondiente tasa sobre el valor de la pesca que fuese objeto de venta⁵⁸.

Las premisas anteriores nos allanan el análisis de los textos pertinentes. En el tratado que cerraron Filipo II y los tesalios en el 353 a.C. el rey macedonio dio su conformidad para que éstos siguieran gozando de las rentas de sus puertos y mercados: τοὺς λιμένας καὶ τὰς ἀγοράς ... καρποῦσθαι (Demosth., *Olynth.* I 22), lo que fue glosado por los escoliastas como νέμεσθαι ... τὰ χρήματα τὰ ἐκ τῶν λιμένων καὶ τὰς ἀγοράς (Schol. Dem. *Olynth.* I 22)⁵⁹. Nada impide sospechar que una parte de aquellos puertos que generaban ingresos a la liga tesalia fuesen fondeaderos-pesquería instalados a lo largo de la costa, de ahí el interés en defender, junto a los ingresos por tasas sobre el comercio naval, la propiedad de cuanto se recaudase por derechos de pesca y por tasas en los mercados públicos: los mercados porque movían un volumen considerable no tanto de productos manufacturados (que vende el artesano en su taller), como de animales y frutos de la tierra y del mar; los puertos porque son la lonja donde afluyen grandes cantidades de pescado, que generan buenas tasas de venta y abastecen los mercados.

⁵⁷ Como, por ejemplo, los barcos mencionados por Jenofonte en *Hell.* V 1, 23: el comandante espartano Teleutias realizó en el año 387/6 a.C. una operación naval contra Atenas, y después de abandonar el Pireo, donde se adueñó de algunos barcos, fue siguiendo la costa del Atica y capturó también muchas barcas de pesca (πολλὰ καὶ ἀλιευτικὰ ἔλαβε). Por otra parte, es muy probable que en el interior de estos puertos comerciales la pesca no fuera libre, sino que estuviera sujeta a limitaciones y tasas. Platón recomendaba, en efecto, que al pescador no se le permitiese faenar dentro de puerto, pero un pasaje de Filarco (*FGrHist* 81 F 45) manifiesta que en Síbaris quisieron levantar la tasa que pesaba sobre los pescadores de anguilas (μηδὲ τοὺς τὰς ἐγγέλεις παλοῦντας τέλος ἀποτίνειν, μηδὲ τοὺς θηρεύοντας), y es muy probable que estas personas llevaran a cabo su tarea en el puerto de la ciudad.

⁵⁸ Naturalmente, las capturas realizadas en un puerto exclusivamente pesquero podían ser vendidas allí mismo (y controladas por alguna persona para que pagasen el τέλος de venta), o ser conducidas hasta el puerto principal de la ciudad y enajenadas a los revendedores bajo control oficial. En el segundo caso, es evidente que el puerto principal, de carácter eminentemente mercantil, adquiriría por añadidura mayor dimensión de puerto-lonja de pescado.

⁵⁹ Sobre el tratado en cuestión Bengtson, *Staatsverträge* 315.

El tratado establecido hacia el 216 a.C. entre la liga acarnania y la ciudad de Anactorio tuvo como objeto regular la celebración de la fiesta de Apolo Actio y la organización de su santuario (Schmitt, *Staatsverträge* 523). En una de sus cláusulas los miembros de la liga declaran el reconocimiento y confirmación de los derechos de Anactorio sobre las rentas de sus puertos y sobre el resto de ingresos semejantes, pero exceptúan las tasas que se perciban coincidiendo con los días de celebración de los actos religiosos en Actio (l. 43-45): κυρίους δὲ εἶμεν τοὺς | [Ἀνακτοριεῖς τῶ]ν τε λιμέ[ν]ων καὶ τῶν λοιπῶν πο[θ]όδων ἀπασῶν πλὴν τῶν ἐν | [αὐτῇ τῇ παναγύρῃ]? | πιπτόντων τελέων ἐκ τῆς Ἀκτιάδος. Del texto no se deduce si lo ingresado revertirá en provecho de la liga o deberá compartirse entre la ciudad y la liga, aunque esto último es lo más probable. Pero de nuevo, bajo la expresión πρόσοδοι τῶν λιμένων cabría entender que se han incluido las rentas públicas generadas por la pesca, y en concreto por una razón. Dada la configuración geográfica de Acarnania, la mayoría de los miembros de la liga acudirían por tierra hasta el santuario, y no hay constancia de que en estas fechas la πανήγυρις atrajese a griegos de otro origen hasta el promontorio Actio. Tiene explicación, desde luego, que la liga desee beneficiarse de todas las recaudaciones con rango de τέλη, pues aquéllas aumentaban considerablemente con ocasión del festival sagrado, pero no alcanzo a discernir cómo se justifica que, además de citarlas globalmente, se haga mención expresa de aquellas que provienen ‘de los puertos’. ¿No sería porque durante los días de la fiesta se producía una explotación masiva de las pesquerías que tenía Anactorio en el golfo de Ambracia, y que convenía hacer constar con claridad que también las rentas derivadas de los derechos de pesca y de la venta de las capturas formaban parte de los πρόσοδοι a transferir a la liga? Ciertamente, las autoridades de la liga podían supervisar sin problemas el cobro de las tasas, registrándolas e ingresándolas en caja, pero sólo de aquellas exigidas por operaciones que se realizasen en el santuario y sus instalaciones y en la ciudad y puerto de Anactorio; sin embargo, no sería fácil controlar las que tuviesen lugar en los puertos de pesca, pues éstos se hallaban diseminados por el golfo ambraciota, y justo en esos días la pesca experimentaría un gran incremento para atender a la manutención y a los banquetes de los participantes en las Actia. La disposición pactada persigue que si los anactorios adjudican ahora nuevos arrendamientos de sus λιμένες o los revendedores compran el pescado en estos pequeños puertos, liquidando allí mismo la tasa, y lo traen luego hasta el lugar de la fiesta, la ciudad no puede reservarse ni el dinero pagado por el arriendo ni la tasa porcentual sobre el valor de venta, puesto que tales ingresos son consecuencia directa del festejo reorganizado por la liga. Tiene, pues, que entregarlo o compartirlo.

Especial interés ofrece el caso de Caudos. La comunidad que ocupaba esta pequeña isla, situada al sur de Creta, había quedado bajo la dependencia de Gortina. Los gortinios acordaron otorgar un estatuto especial (ἐπιχώρησις) a Caudos (s.

III/II)⁶⁰, y entre las numerosas disposiciones del pacto se imponía a los habitantes de la isla la obligación de entregar una *dekate* de todo cuanto producía el territorio, pero quedaban exentos de pagar diezmo por los animales jóvenes (¿comprendidos los esclavos?), por los ingresos de los puertos y por las verduras. Dice así: φέρεν δὲ τὸνς ἰ ἐν Καυδοῖ φοικίοντανς τῶν γιννομένων πάντων ἐν τῷ χώρῳ ἰ δεκάταν καθὼς οἱ Γορτύνιοι, πλὰν θνατῶν καὶ τῶν λιμένων τὰς ἰ προσόδω καὶ λαχάνων· ταῦτα δ' αὐτοὶ ἐχόντων (l. 8-11). Esta redacción suscita en principio perplejidad, pues como ha escrito Chaniotis 'es ist auffällig, daß die Hafeneinkünfte, die gleichfalls von den Gortyniern nicht mit einer Dekatezahlung belegt sind, als Teil der Landesprodukte verstanden werden'; por otra parte, llama asimismo su atención que entre los bienes de Caudos que no se someten a diezmo o se exceptúan del mismo, no figure la pesca: 'Der Fischfang, der mit Sicherheit eine der wichtigsten Einnahmequellen der Bevölkerung von Kaudos darstellte, wird hier nicht erwähnt. Da er kaum unter τὰ γινόμενα ἐν τῷ χώρῳ verstanden werden kann und für alle Meereserträge (Salzproduktion, Strandgut) besondere Regelungen getroffen wurden, müssen wir annehmen, daß die Gortynier entweder keinen Anspruch auf einen Zehnten hatten oder dass der Fischfang in der verlorenen Zeilen des Vertrags behandelt wurde'⁶¹. Sin embargo, todas las dificultades se desvanecen si consideramos, en la línea de nuestra exposición, que la indicación sobre los πρόσοδοι τῶν λιμένων implica no sólo la idea de puerto comercial, sino también la realidad de los distintos λιμένες operativos en la isla para la explotación de la pesca, puertos que generarían bastantes ingresos mediante arrendamiento del derecho a las capturas y por las τέλη sobre la venta del pescado allí recaudadas. Es normal, entonces, que los πρόσοδοι de la pesca sean entendidos como formando parte de la χώρα, porque los λιμένες se consideran plataforma inmueble necesaria para generar los frutos del mar, y el puerto más la zona marítima circundante constituyen una unidad de explotación. Desde esa perspectiva, los peces son producidos por la isla y representan un rendimiento más, como los rebaños y las verduras. Los caudios obtuvieron, pues, de los gortinios la ventajosa condición de conservar su sistema propio de arrendamiento y explotación de los puntos de pesca con caladero, sin tener que entregar el diezmo de esa renta.

Gracias al arbitraje dictado hacia finales del siglo III a.C. por jueces de Mileto y de Rodas en la disputa territorial entre Epidauro y Hermíone sabemos que uno de los elementos objeto de litigio eran los llamados ἸΑγριοὶ λιμένες ο 'puertos salvajes', que correspondían a la costa que forma hoy la bahía de Vurlia⁶². Este topónimo es bien elocuente y refleja abiertamente la existencia de varias instalaciones de pesca dentro de esa bahía, sobre cuya propiedad y explotación discrepaban ambas ciudades. Ya que en otros puntos de la costa occidental del golfo argólico se

⁶⁰ Chaniotis, *Verträge* 69.

⁶¹ Chaniotis (1996: 415); también Pleket (1958: 133) había destacado la ambigüedad de la expresión.

⁶² Magnetto (1997: n° 69, I, l. 14; II, l. 13 y 37); *vid.* Wilhelm (1948: 57-59)

documentan topónimos en relación con las *θυννεῖα* y la pesca del atún⁶³, es más que probable que los *Ἄγριοι λιμένες* constituyeran la base de grupos de pescadores que tendían sus almadrabas al paso de los atunes, y esta riqueza periódica sería explotada por ambas ciudades arrendando a particulares la utilización y usufructo de aquellos rústicos puertos.

Los *πρόσοδοι τῶν λιμένων* que Ptolomeo I Soter reconoce a la ciudad de Iasos (*supra*, n. 19) tienen que englobar no sólo el concepto de transacciones comerciales, sino también los ingresos obtenidos por aquella ciudad en sus distintos puertos de pesca. La realidad es que la ciudad de Iasos poseía la titularidad de los derechos de pesca en todo su golfo, y dentro del mismo tuvo que haber numerosos abrigos para los barcos de pesca que allí faenaban. Estos refugios y amarraderos debieron ser considerados *λιμένες* y concentrar alrededor pequeñas poblaciones de pescadores. Es muy probable que Iasos arrendase estos puntos a quienes practicaban la pesca y que la cantidad recaudada fuese tan importante como para esforzarse en conseguir que el soberano lagida declare su voluntad de respetarlos.

En esta misma línea cabría interpretar un ingreso anotado por los hieropos en Delos, llamado *λιμήν*, que figura seguido de una cifra⁶⁴. Gauthier se preguntó si este término designaría no el puerto, sino el producto de una tasa (¿derecho de fondeadero?) percibida en el puerto⁶⁵. Es posible responder que ambas cosas: la práctica administrativa debía registraría aquí el arrendamiento a un particular de la explotación de un puerto-pesquería, de un *λιμένιον* habilitado para faenar en la extracción de púrpura o practicar la pesca en caladero, mientras que la cifra representa una cantidad en relación a la tasa de arrendamiento (ya sea pagada por quien disfruta del emplazamiento, ya por el arrendatario de los *τέλη*). También expusimos antes que en el acta del arbitraje entre Arsínoe (Metana) y Trecén se contemplaban unos *πρόσοδοι ἐκ τῶν θυννείων*⁶⁶. Tales *θυννεῖα* eran las almadrabas anejas a una *σκοπιὰ* o a un puerto (*λιμήν*) más o menos rudimentario. Por eso me parece bastante significativo que dentro de la zona territorial en conflicto el acta de arbitraje registre un puertecillo o *λιμένιον* (l. 27), que tal vez fue una más de entre las varias pesquerías de atún que ambas ciudades compartían. Llegado el caso, tales ingresos podrían legalmente calificarse de *πρόσοδοι τοῦ λιμένιου* (= *πρόσοδοι θυννείου*).

Ahora bien, algunas veces se prefiere utilizar otro giro lingüístico como referencia a los ingresos generados por la pesca. Ya antes advertimos que la formulación *πρόσοδοι ἐκ θαλάσσης* del tratado entre Rodas y Hierapitna (*supra*, n. 15) se había insertado para proteger no sólo las tasas percibidas sobre el comercio marítimo, sino principalmente las rentas que Hierapitna lograba cediendo en arriendo la explotación del mar a través de una *σκοπιὰ* o de unos *λιμένες*, y que el

⁶³ Robert (1960: 159, n. 2).

⁶⁴ *ID* 353 A, l. 28; 354, l. 25; *IG* XI 2, 287 A, l. 39.

⁶⁵ Gauthier (1976: 174); para Vélissaropoulos (1980: 219) sería un derecho de anclaje.

⁶⁶ Ager (1996: n° 138, l. 43-44); *supra*, n. 13.

compromiso de los rodios consistía en ayudar a sus aliados si estas pesquerías se encontraban amenazadas por un tercero.

En el acuerdo establecido entre las comunidades de Praisio y Estalas⁶⁷, los praisios se limitaron a exigirles la entrega de la mitad de los ingresos que obtuviesen por la tasa que gravaba la venta de la pesca de púrpura y del pescado (A, l. 6-8: δεκάτη πορφύρας καὶ ἰχθύων). Por eso nos interesa destacar que en el texto del juramento pronunciado por los praisios se fijó el siguiente compromiso: Σταλίταις ... καὶ τὰν θάλασσα[ν] ... ἐάσομεν ἔχειν ἀ[σφαλέως εἰς τὸν ἅπαντ]α χρόνον⁶⁸. Lo cual significa que si dejaban en manos de Estalas la propiedad y posesión del mar, quedaban automáticamente transferidos los derechos de pesca; a partir de entonces, los estalitas son libres de proceder al arrendamiento de tales derechos en la forma y al precio que estimen oportuno. Y esto se ve muy claro en el juramento: allí no dice que los estalitas disfrutarán de los πρόσοδοι τῆς θαλάσσης, porque esto sería falso desde el momento en que una parte de los ingresos del mar está constituida por los τέλη que se cobran en la venta del pescado y de la púrpura a los μετᾶβολοι, y de esa tasa los praisios retuvieron la mitad.

El último testimonio procede del arbitraje ya mencionado entre Zárax y, presumiblemente, Epidauro Limerá (*supra*, n. 12). En agradecimiento a la labor realizada como abogados defensores de su causa, Epidauro concedió a los dos hermanos Angeles y Teodoro el arrendamiento del θαλάσσιον τέλος] por una duración de dos años. Wilhelm (1951: 60-67) quiso identificar esta tasa con el *ellimenion*, pero su hipótesis no resulta nada verosímil por cuanto, como argumenta Vélissaropoulos (1980: 218), esa denominación de *thalassion* no encaja ni con los derechos de aduana ni con el *ellimenion*, que cubriría las tasas percibidas por la entrada y utilización del puerto; por eso sugiere que podría referirse a una cierta tasa sobre la navegación (ναυκληρία). Sin embargo, conviene no perder de vista que el beneficio procurado a la ciudad por ambos hermanos se tradujo seguramente en la recuperación de un territorio disputado que incluía, al menos, un observatorio de pesca del atún (σκοπιά) con el derecho a la explotación del pedazo de mar circundante, y hemos tenido ocasión de ver que esos observatorios son ofrecidos a particulares y llevan anejo la ocupación del lugar y el usufructo de la pesca. Como el dinero a satisfacer por una σκοπιά era a su vez adjudicado a los arrendatarios de τέλη, y es muy probable que Epidauro poseyera varios observatorios y caladeros (λιμένες), estoy convencido de que este θαλάσσιον τέλος se refiere estrictamente a los arrendamientos de pesca hechos por la ciudad, que debían constituir un magnífico negocio para los publicanos. Supuso una elocuente prueba de generosidad honrar a ambos hermanos con la adjudicación directa, sin competencia, del más boyante arrendamiento de tasas, que nuevamente florecía gracias al arbitraje impulsado por ambos hermanos.

⁶⁷ Syll.³ 524 = Chaniotis, *Verträge* 64.

⁶⁸ Chaniotis, *Verträge* 64, A, 17-20.

IV. Recapitulación.

Si establecemos una retrospectiva sobre cuanto hemos examinado, se llega a varias conclusiones. Todos los datos parecen confirmar que el criterio que Platón consideró deseable para regir la pesca responde básicamente a la situación que se vivía en su época. El mar era un bien común, a excepción de aquellas parcelas que necesitan de un puesto o emplazamiento en tierra para realizar una forma determinada de pesca o, si se prefiere, conseguir la captura de unas especies concretas (esto era palmario en los casos del atún y de la púrpura)⁶⁹. Estos puntos son los observatorios y los puertos; el resto del mar es libre y ningún Estado griego reivindicó los derechos de pesca en mar abierto dentro de su plataforma marina⁷⁰. Tanto sobre la *σκοπιά* como sobre el *λιμήν* se sitúa la autoridad de la *polis*, que quiso regular el acceso de todos sus miembros a esas fuentes visibles de riqueza, imprescindiblemente unidas a la costa. La fórmula hallada es que el Estado se convierta en propietario del lugar concebido como coto de pesca, es decir, que la propiedad de las tierras del litoral arrastra consigo la propiedad de la franja marítima lindante, determinando un derecho de aguas; se establece, en definitiva, una dependencia del mar a tierra firme. El correspondiente espacio marítimo adscrito al coto debió delimitarse de forma totalmente arbitraria, aunque conocida por todos. En la medida de lo posible contaría con hitos o referencias de límite, y en el caso de los observatorios se trazaría un radio mar adentro que llegaría hasta el punto del horizonte a partir del cual se detectaban, desde las atalayas, los bancos migratorios. La solución no fue problemática para el caso de los cotos situados en territorio no controvertido, pero planteó dificultades cuando la pesquería ocupaba un pedazo de costa vecino a la *χώρα* de otra *polis* o estaba enclavada en islotes deshabitados. Los varios arbitrajes encaminados a componer conflictos territoriales donde se ventilaban, entre otros intereses, el derecho a explotar una *σκοπιά* o un *λιμήν* (Hermíone-Epidauro, Zárax-Epidauro, Arsínoe-Trecén), son un buen testimonio de la inestabilidad del título en exclusividad del derecho de pesca y su impugnación por parte de Estados vecinos.

Como dueño de la posesión de tales lugares, el Estado puede dejar en suspenso la pesca aneja – caso normal en épocas de guerra y en ciertos puertos – o cederla mediante arriendo a los particulares. Dada la productividad de aquellos caladeros, debió ser frecuente que se constituyesen sociedades de pescadores para tomarlos en arriendo, el cual se licitaba, como el de los restantes bienes públicos, por el plazo de un año. Las cantidades a percibir por estas adjudicaciones seguían el sistema general administrativo, siendo arrendadas al Estado por publicanos. Algunas de estas ‘pesquerías de tierra firme+coto marino’ eran participadas por dos (¿o más?) *poleis*,

⁶⁹ Los animales purpurígenos ocupan el suelo marino a profundidades de entre 1 y 10 metros, de manera que ha habido siempre lugares especialmente fecundos en capturas gracias a los bajos fondos circundantes.

⁷⁰ En la práctica, pocas embarcaciones de pesca se arriesgarían a faenar cerca de las costas de otras ciudades, que podían ejercer sobre ellas el derecho de presa; lo habitual sería permanecer en el *περὶ τὴν χώραν θάλαττα* propio (Jenof., *Por.* I 3)

que habrían de establecer alguna fórmula de ejercicio de la copropiedad; lo más probable es que se turnasen anualmente en la posesión del lugar, o bien que repartiesen las fechas de pesca (por meses), arrendando cada ciudad separadamente sus derechos. No sabemos si las diferentes pesquerías se arrendaban una a una o en conjunto, y ambas decisiones serían lógicas, puesto que el arrendamiento conjunto perseguiría la adjudicación de las menos solicitadas con la recompensa de las más rentables. Por supuesto, el adjudicatario podría proceder al subarriendo: tal vez ésta es la situación que subyace en la inscripción de Cos respecto a una de las atalayas-coto.

Cotos de pesca del Estado fueron, además de los observatorios, numerosos λιμénéες habilitados en lugares del litoral donde la abundancia y calidad de capturas aconsejó establecer una dependencia del mar circundante respecto a la tierra. Si esa dependencia se generaba en un λιμήν de carácter urbano, entonces el puerto principal de la ciudad adquiriría la doble naturaleza de enclave comercial y de pesca. Desde el momento en que los ingresos estatales generados por las actividades de los observatorios y de los puertos pesqueros, así como por la venta de los moluscos y del pescado, mostraron ser una fuente notable de riqueza, las ciudades se preocuparon por mantener y defender estos πρόσοδοι, que califican como πρόσοδοι τῶν λιμένων οἱ ἐκ θαλάσσης. Es incluso bastante probable que en determinados textos, por ejemplo en Jenofonte, *Por.* IV 40, el término ἐλλιμένιον deba comprenderse como el conjunto de todas las tasas habidas en puerto, incluidas las de pesca (arrendamiento de derechos de pesca y tasa por venta de las capturas)⁷¹.

Hubo circunstancias concretas que condujeron a ciertas *poleis*, en su calidad de propietarias, a enajenar su derecho sobre una pesquería, que pasaba así a manos de un particular. No fue frecuente, pero es sabido que algunas ciudades pasaron por momentos que obligaron a sacrificar diferentes bienes públicos. Un observatorio de atunes en Halicarnaso y otro en Cos pertenecían a particulares, y en el caso de Halicarnaso se señala expresamente cómo el comprador adquiere un derecho de aguas sobre el mar circundante (τὴν θάλασσαν ὅπου τὸ ὄρκυνεῖον). Por otra parte, es probable que la venta de la ἀλιεία τῆς θαλάττης efectuada por Bizancio (Ps. Aristot., *Econom.* II 2, 3^a, 1346 b) comprendiera no sólo la enajenación del arrendamiento de sus derechos de pesca, sino también la transferencia de propiedad de algún ‘coto-pesquería’ (σκοπιά, λιμήν) de entre los muchos que Bizancio poseyó⁷². Así pues, la pesca alcanzó en la Grecia clásica y helenística un nivel muy destacado dentro de las actividades económicas de numerosas ciudades marítimas y generó, a través del arrendamiento de sus derechos sobre los cotos de pesca y los

⁷¹ Ya Gauthier (1976: 174) consideró que este término, aun comprendiendo la tasa de la *pentekosté*, es sin embargo más general, por lo cual pensaba que no debe rechazarse la posibilidad de que hubiese englobado otras tasas, tales como los derechos de fondeadero o las tasas de descarga; *vid.* asimismo Thiel (1926), Pleket (1958) y Vélissaropoulos (1980: 218-231).

⁷² Véase Dumont (1976-1977), con remisión a las fuentes.

impuestos sobre la venta de todas las capturas controlables (ya procediesen de pesquerías, ya del mar libre), un aporte saneado a las arcas de la *polis*.

BIBLIOGRAFÍA

- S.L. Ager (1996). *Interstate Arbitrations in the Greek World, 337-90 B.C.*, Berkeley/Los Angeles/London.
- A. Andreades (1931). *Geschichte der griechischen Staatswirtschaft, I. Von der Heroenzeit bis zur Schlacht bei Chaironeia*, München.
- R. Baladié (1980). *Le Péloponnèse de Strabon. Étude de géographie historique*, Paris.
- P. Brun (1996). *Les archipels égéens dans l'antiquité grecque (V^e-II^e siècles av. notre ère)* [Annales Littéraires de l'Université de Franche-Comté, 616. Centre de Recherches de Histoire Ancienne, Vol. 157], Paris.
- Ph. Bruneau (1969). 'Documents sur l'industrie délienne de la pourpre', en BCH 93, 759-791.
- G. Busolt (1920). *Griechische Staatskunde, I³*, München.
- A. Chaniotis (1996). *Die Verträge zwischen kretischen Poleis in der hellenistischen Zeit*, Stuttgart.
- R. Charre/M.-Th. Couilloud-Le Dinahet (1999). 'Sites de ferme à Rhénée', en M. Brunet (ed.), *Territoires des cités grecques. Actes de la Table Ronde Internationale organisée par l'École Française d'Athènes, 31 octobre-3 novembre 1991* (BCH, Supplément 34), Paris, 153-157.
- P. Debord (1982). *Aspects sociaux et économiques de la vie religieuse dans l'Anatolie Gréco-romaine* (EPRO 88), Leiden.
- J. Dumont (1976-1977). 'La pêche du thon à Byzance à l'époque hellénistique', en REA 78-79, 96-119.
- F. Durrbach (1919). 'La ΙΕΡΑ ΣΥΓΓΡΑΦΗ de Délos', en REG 32, 167-178.
- G.L. Faber (1883). *The Fisheries of the Adriatic and the Fish Thereof*, London.
- F.J. Fernández Nieto (1998). 'El cálculo de los gastos y la indemnización de Samos (IG I³ 363)', en Dike 1, 27-37.
- (2002). 'Hemeroskopeion = thynnoskopeion. El final de un problema histórico mal enfocado', en Mainake 24, 231-255.
- H. Francotte (1900). *L'industrie dans la Grèce ancienne* (Bibliothèque de la Faculté de Philosophie et Lettres de l'Université de Liège, Fasc. VII), Bruxelles.
- (1909). *Les finances des cités grecques*, Liège/Paris.
- P. Frisch (1983). *Die Inschriften von Parion* (IK 25), Bonn.
- T.W. Gallant (1985). *A Fisherman's Tale: an Analysis of the Potential Productivity of Fishing in the Ancient World* (Miscellanea Graeca, fasc. 7), Gent.

- Ph. Gauthier (1976). Un commentaire historique des Poroi de Xénophon (Centre de Recherches d'Histoire et de Philologie de la IV^e Section de l'EPHE, III. Hautes Études du Monde Gréco-Romain, 8), Genève/Paris.
- F. Gschnitzer (1975). 'Ἐπὶ τοῖσδε ἔδωκαν Πράσιτοι Σταλίταις τὸν χώραν. Zu einem Geschäftstypus des griechischen Völkerrechts', en H.J. Wolff (ed.), Symposium 1971. Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte, Köln/Wien, 79-102.
- O. Hansen (1987). 'Epigraphica varia', en *Eranos* 85.
- J. Hasebroek (1928). *Staat und Handel im alten Griechenland*, Tübingen.
- H. Höppener (1931). *Halicutica. Bijdrage tot de kennis der oud-grieksche visscherij*, Amsterdam.
- Th. Homolle (1890). 'Comptes et inventaires des temples déliens en l'année 279', en BCH 14.
- J.H. Kent (1948). 'The Temple Estates of Delos, Rheneia and Mykonos', en *Hesperia* 17, 243-338.
- B. Le Guen-Pollet (1991). *La vie religieuse dans le monde grec du V^e au III^e siècle avant notre ère. Choix de documents épigraphiques traduits et commentés*, Toulouse.
- A. Magnetto (1997). *Gli arbitrati interstatali greci, Volume II. Dal 337 al 196 a.C.*, Pisa.
- F.G. Maier (1959). *Griechische Mauerbauinschriften, I. Texte und Kommentare (Vestigia, Bd. 1)*, Heidelberg.
- L. Migeotte (1980). 'Engagement et saisie de biens publics dans les cités grecques', en *Mélanges d'études anciennes offerts à Maurice Lebel, St.-Jean-Chrysostome*, 161-171.
- (1984). *L'emprunt public dans les cités grecques. Recueil des documents et analyse critique*, Québec/Paris.
- H.W. Pleket (1958). 'Note on a Customs-Law from Caunus', en *Mnemosyne* 11, 128-135.
- F. Poland (1909). *Geschichte des griechischen Vereinswesens*, Leipzig.
- G. Pugliese Carratelli (1969). 'Supplemento epigrafico di Iasos', en *ASAA* 45-46 (N. S. 29-30), 437-486.
- Th. Reinach (1891). 'Inscription de l'île de Cos', en *REG* 4, 357-376.
- J. y L. Robert (1950). *Hellenica. Recueil d'épigraphie, de numismatique et d'antiquités grecques, IX*, Paris.
- L. Robert (1933). 'Inscriptions grecques inédites au Musée du Louvre', *RA*, 142 s. (= *OMS III*, 1597 s.).
- (1960). *Hellenica ...*, XI-XII, Paris.
- P. Rohde (1892). 'Thynnorum captura quanti fuerit apud veteres momenti', en *Jahrbücher für classische Philologie, Suppl. Bd. XVIII*, Leipzig.

- B. Tenger (1995). 'Phoroshöhe und Bevölkerungszahl. Die Athener Tributlisten als Indikator für die Grösse der Einwohnerschaft einer Polis?', en *Asia Minor Studien*, Bd. 16 (Studien zum antiken Kleinasien, III), Bonn.
- J.H. Thiel (1926). 'Zu altgriechischen Gebühren', en *Klio* 20, 62-67.
- J. Toepffer (1891). 'Koisches Sakralgesetz', en *Ath. Mitt.* 16, 411-432 (= Toepffer, *Beiträge zur griechischen Altertumwissenschaft*, Berlin 1897, 204-223).
- J. Tréheux (1944-1945). 'Études d'épigraphie délienne', en *BCH* 68-69, 284-295.
— (1948). 'Les dernières années de Délos sous le protectorat des Amphictions', *RA* 31-32, 1008-1032.
- B.A. Van Groningen (1933). *Aristote. Le second Livre de l'Économique*, Leiden.
- J. Vélissaropoulos (1980). *Les nauclères grecs. Recherches sur les institutions maritimes en Grèce et dans l'Orient hellénisé* (Centre de Recherches d'Histoire et de Philologie de la IV^e Section de l'EPHE, III. Hautes Études du monde Gréco-romain, 9), Genève-Paris.
- W.A.L. Vreeken (1953). *De lege quadam sacra Coorum* (Ditt. Syll.³ 1000), Diss. Groningae.
- E. Weiss (1927). 'ΙΕΡΑ ΣΥΓΓΡΑΦΗ', en *ΕΠΙΤΥΜΒΙΟΝ* Heinrich Swoboda dargebracht, Reichenberg, 325-335.
- Ad. Wilhelm (1939). 'Athen und Kolophon', en W.M. Calder/J. Keil (eds.), *Anatolian Studies presented to William Hepburn Buckler*, Manchester, 361-362.
— (1948). 'Ein Gebietsstreit in der Argolis', en *Anzeiger der Akademie der Wissenschaften in Wien, philosophisch-historische Klasse*, 57-80 [= *Akademieschriften zur griechischen Inschriftenkunde* (1895-1951), Teil 3 (Opuscula, Bd. VIII, 3), Leipzig 1974, 319-342].
— (1951). *Griechische Inschriften rechtlichen Inhalts* (Πραγματεῖαι τῆς Ἀκαδημίας Ἀθηνῶν, 17, Ἀριθ. 1), Athenai.
- E. Ziebarth (1896). *Das griechische Vereinswesen*, Leipzig.
— (1926). 'Die ΙΕΡΑ ΣΥΓΓΡΑΦΗ von Delos', en *Hermes* 61, 87-109.

LÉPOLD MIGEOTTE (QUÉBEC)

LA GESTION DES BIENS SACRÉS DANS LES CITÉS GRECQUES

Il s'agit ici des sanctuaires intégrés ou rattachés aux cités grecques et participant aux traditions civiques. Il n'est donc pas question des «États sacerdotaux» ni des «sanctuaires théocratiques» ni des «villages sacrés» ni d'autres types de sanctuaires, connus surtout en Asie Mineure, dont l'étude pose des problèmes différents et qui ont fait l'objet de plusieurs études récentes¹. On sait que, dans chaque cité, un certain nombre de biens matériels, meubles et immeubles, étaient considérés comme «sacrés», *hiéra*. Aux yeux des Grecs, ils «appartenaient» alors à une divinité précise et non aux sanctuaires, qui étaient eux-mêmes des biens sacrés, ni aux prêtres qui leur étaient attachés². Or, les sources elles-mêmes présentent souvent les sanctuaires et leurs biens comme «appartenant» à une cité ou à une communauté, en utilisant exactement les mêmes tournures que dans les autres cas de «propriété»³: soit des verbes comme εἶναι, γίγνεσθαι, ὑπάρχειν, προσήκειν ou καθήκειν accompagnés de compléments au génitif ou au datif, soit des pronoms ou des adjectifs possessifs. Vers 220, par exemple, dans sa lettre aux Mylasiens au sujet du sanctuaire de Labraunda, Philippe V a employé les deux types de tournures: «le sanctuaire ne revient pas aux Chrysaoriens ni aux autres Cariens, mais il est vôtre»⁴.

¹ Notamment Debord 1982, Boffo 1985 et Dignas 2002, volumes dans lesquels sont étudiés aussi les sanctuaires poliades. Voir également les articles de Virgilio 1987 et d'Isager 1990.

² Cf. Brunet/Rougemont/Rousset 1998, p. 211-212. Sur la diversité des biens sacrés, voir déjà Guiraud 1893, p. 363-367 et Lécivain 1926, p. 706. La situation resta sensiblement la même jusqu'à la période romaine (D'Haucourt 1999, p. 253-258). Voir aussi mon article à paraître sous le titre «Téménéè dêmosia» (*Mélanges M. Casevitz*).

³ Voir notamment Kränzlein 1963, p. 13-21.

⁴ Crampa 1969, n° 5, lignes 14-16: τὸ [μὲν] ἱερὸν οὔτε Χρυσαιορέουσιν προσήκει[ν] οὔτε [τοῖς] λοιποῖς Καρσῖν ἀλλ' ὑμέτερον εἶναι. Voir aussi les lignes 22-26: τὸ ἱερὸν ὑμέτερον εἶναι ἰδρυθὲν ὑπὸ τῶν προγόνων καὶ τὸν τόπον καὶ τὴν χώραν τὴν κατὰ Λαβραῦνδα εἶναι τοῦ δήμου καὶ τὰ προσόδια τὰ ἐκ ταύτης. Parmi de nombreux autres exemples, on peut voir également comment Thucydide (IV, 98, 2) s'est exprimé pour rappeler qu'une règle ou une tradition (*nomos*) commune aux Grecs faisait toujours passer les sanctuaires d'un pays conquis aux mains des vainqueurs: τούτων καὶ τὰ ἱερὰ αἰεὶ γίγνεσθαι. De même, quand le sanctuaire d'Apollon à Actium fut pris en charge par la Confédération acarnanienne, en 216, le décret stipula: κοινὸν εἴμεν τὸ ἱερὸν πάντων τῶν Ἀκαρνάνων (Cf. Migeotte 2001, avec les références aux études antérieures). Voir aussi la note 45.

Cette confusion de vocabulaire peut sembler déroutante. En fait, elle est liée au flou qui entourait, chez les Grecs, la notion même de propriété. Dans la pratique, celle-ci existait évidemment à différents niveaux, sacré, public et privé. Mais, comme dans beaucoup d'autres domaines, les Grecs agissaient et s'exprimaient à ce propos sans aucun formalisme et sans se référer à de claires notions de droit. Pour signifier la propriété, l'appartenance ou la possession, ils utilisaient une grande variété de termes et de tournures plus ou moins équivalents, sans distinguer réellement la propriété de la possession. En fait, ils n'ont jamais défini ces notions de manière théorique, en termes légaux ou juridiques, et percevaient la propriété avant tout de manière concrète, comme un droit d'usage. Ils ne lui donnaient pas non plus le caractère absolu et exclusif auquel la tradition du droit romain nous a accoutumés, si bien que la propriété pouvait subir des restrictions nettement plus importantes que celles que nous connaissons aujourd'hui⁵. Ce caractère fluctuant et ces limites ont marqué notamment les relations, complexes et difficiles à définir, dans le monde hellénistique, entre les rois, les dynastes, les sanctuaires, les cités et les peuples dépendants⁶. Quant à la propriété des biens sacrés, elle revenait indubitablement aux dieux, mais les Grecs pouvaient dire également, sans contradiction, que les sanctuaires appartenaient aux cités.

Il est vrai qu'on trouve, dans un arbitrage de Magnésie-du-Méandre entre Itanos et Hiérapytna, à la fin du II^e siècle, une définition de la *κυριεία κατὰ τῶν τόπων*, littéralement la «maîtrise (ou l'autorité) sur les territoires», notion proche de notre droit de propriété. Cette *kyrieia* découlait, d'après le texte, soit d'un héritage, soit d'un achat, soit d'une conquête, soit d'un don⁷. On voit que cette définition, formulée à l'occasion d'un conflit d'ordre public, valait également pour le domaine privé. Mais, même si elle était présentée comme universelle, elle décrivait plutôt les origines de la *kyrieia* et ne peut pas être considérée comme une véritable règle de droit, puisque les juges de Magnésie ont éprouvé le besoin de la formuler à leur propre usage.

Dans chaque cité, les biens des dieux tendaient à obéir au même modèle de gestion et posaient, *mutatis mutandis*, le même problème de juridiction. Celui-ci est connu depuis longtemps, mais il a reçu au fil du temps des réponses contradictoires et parfois excessives. J'y reviens ici en retournant aux textes anciens pour tenter de voir comment les Grecs eux-mêmes l'ont abordé.

⁵ L'ouvrage fondamental sur ces questions reste celui de Kränzlein 1963, sur lequel il faut cependant lire le compte rendu de H.J. Wolff, *Zeitschrift der Savigny Stiftung* 81 (1964), p. 333-340. Voir aussi Gernet 1959, Harrison 1968-1971, I, p. 200-205, Biscardi 1982, p. 177-178, Maffi 1997, p. 345-357, et mon article annoncé à la note 2.

⁶ Outre les volumes signalés à la note 1, voir Boffo 2001 et 2003.

⁷ Ager 1996, n° 158-II, lignes 133-134: [ἄν]θρωποι τὰς κατὰ τῶν τόπων ἔχουσι κυριείας ἢ παρὰ προγόνων [α]ραλαβόν]τες αὐτοὶ [ἢ] πριάμενοι κατ' ἀργυρίου δόσιν ἢ δόρατι κρατήσαντες ἢ παρὰ τινος τῶν κρείσσό[νων]σχόντες]. Voir aussi les commentaires de Bertrand 1991 et de Guizzi 1997.

I. La gestion des biens sacrés

Il est évident qu'aucune divinité ne pouvait s'occuper personnellement de ses biens. Jusqu'à la période archaïque et même jusqu'au début de la période classique, comme de nombreuses études l'ont montré, la plupart des sanctuaires ont été gérés par des prêtres et ont joui d'une assez large autonomie. Par la suite, leur gestion s'est élargie à la communauté de leurs usagers. Ceux-ci pouvaient être des individus, des familles ou des associations privées. Mais, la plupart du temps, ils agissaient au nom d'une autorité publique, selon trois types principaux. Au plus haut niveau, celui de la cité, la gestion était exercée par l'assemblée des citoyens, qui prenait les décisions, par le conseil qui exerçait un contrôle continu et recevait les comptes, et par divers magistrats qui assuraient les tâches d'exécution. Dans d'autres cas, la gestion se faisait également dans des subdivisions de la cité, comme les *dèmes*, par le moyen de l'assemblée et des magistrats ou des prêtres locaux, qui pouvaient cumuler les tâches «sacrées» et les tâches «civiles». Plus rarement, la gestion était partagée entre une cité et un groupe de cités ou de peuples, comme dans le cas de l'Amphictionie de Delphes; la situation pouvait alors être complexe, car divers organes se côtoyaient et mêlaient parfois leurs compétences⁸.

Ce contrôle progressif des biens sacrés est connu de manière assez précise à Athènes: à partir du milieu du V^e siècle, la cité a multiplié les *épimélétai*, les *épistatai* et les *hiéropoioi*, à qui elle a confié l'achat des animaux de sacrifice, le maintien de l'ordre lors des cérémonies, la gestion des finances des sanctuaires et à qui elle a demandé des comptes⁹. Ailleurs, surtout à la période hellénistique, de nombreuses inscriptions mentionnent des collègues spécialement chargés des biens des dieux: trésoriers sacrés, *exétastai*, naopes, néocores, hiéromnémons, hiéropes, etc.¹⁰ Au IV^e siècle, Aristote avait déjà noté que le «soin» ou «service» (*épiméleia*) des dieux était d'une nature particulière et devait être assuré par des prêtres et divers magistrats comme des épimélètes, des hiéropes, des naophylakes et des trésoriers¹¹. Les uns et les autres avaient sans doute à cœur les intérêts des dieux et des sanctuaires, mais tous étaient redevables à la cité ou à l'une de ses composantes. Or, cette responsabilité ultime conférait aux pouvoirs civils une marge de manoeuvre considérable, dont il faut examiner les limites et la définition.

II. Limites de la gestion publique

La plupart des savants ont été frappés par le caractère apparemment illimité du pouvoir des cités et l'ont parfois qualifié d'absolu. Plusieurs ont traité la distinction

⁸ Sur cette évolution, voir les articles fondamentaux, et trop peu cités, de Swoboda 1888-1889, puis notamment Guiraud 1893, p. 369-370, Sokolowski 1951, Bogaert 1968, p. 299-301.

⁹ Garland 1984.

¹⁰ Voir les références données à la note 8 et Debord 1982, p. 257-262 (avec de nombreux exemples dans les notes, p. 435-440).

¹¹ *Politique*, notamment VI, 8, 18-19. Voir aussi IV, 15, 2-3.

entre la fortune sacrée et la fortune publique comme un principe sans portée réelle ou une sorte de fiction et en ont conclu que la première était une «annexe» ou une «dépendance» de la seconde¹². D'autres ont étudié l'affermage des terres sacrées et des terres publiques comme une seule entité administrative¹³. D'après A.M. Andreades, la distinction entre fonds sacrés et fonds publics était purement apparente et les deux budgets étaient virtuellement fusionnés¹⁴. Pour M.I. Finley, la technique administrative consistant à manipuler de l'argent par l'intermédiaire d'un temple, à Athènes et ailleurs, «had no special significance, legally or otherwise»¹⁵. A.R.W. Harrison a nié que la propriété sacrée ait constitué, à Athènes, «a separate legal category»¹⁶. Quelques savants ont même accusé les cités de traiter les biens des dieux avec désinvolture, sans scrupule, de manière arbitraire et même malhonnête¹⁷.

Il est vrai que les cités et leurs composantes appliquaient habituellement aux biens sacrés, en particulier aux biens-fonds, les mêmes procédures administratives qu'aux biens publics et qu'elles devaient alors être guidées, au moins en partie, par leur propre intérêt. Ainsi, à Héraclée de Lucanie, à la fin du IV^e siècle ou au début du III^e, le contrat des terres de Dionysos prévoyait non seulement des pénalités pour les fermiers qui manqueraient à leurs devoirs, mais aussi la confiscation de leurs plantations et de leurs constructions *au profit de la cité*; en outre, si un fermier mourait sans enfants et intestat, tous les fruits de sa terre revenaient également à la cité¹⁸. Il est vrai aussi que les fonds sacrés étaient parfois détournés de leur destination et que les sanctuaires pouvaient être victimes de malversations et d'usurpations¹⁹, voire de pillages. Il arrivait même à des cités d'engager ou d'hypothéquer des biens sacrés lors de leurs emprunts, par exemple des phiales et des bois sacrés à Calymna, vers 300, ou les terres d'Apollon à Akraiphia, au III^e siècle, et à Sicyone vers 200, ou des vases sacrés à Olbia au III^e siècle ou au début du II^e²⁰.

¹² Voir, parmi beaucoup d'autres, Guiraud 1893, p. 374, Lécivain 1926, p. 706, Uguzzoni/Ghinatti 1968, p. 212 et 218, Ampolo 2000, p. 14-15, Lefèvre 2002, p. 250, n. 14.

¹³ Ainsi notamment Osborne 1985 et 1988.

¹⁴ Andreades 1933, p. 192-193.

¹⁵ Finley 1952, p. 95.

¹⁶ Harrison 1968-1971, I, p. 235. Sans aller aussi loin, j'ai moi-même écrit que les biens sacrés «étaient en fin de compte des biens publics»: Migeotte 1994, p. 5 et, dans le même sens, Migeotte 1984, p. 78, 79, 107 et 328.

¹⁷ Notamment Sokolowski 1951, p. 392, et Vial 1984, p. 275-277.

¹⁸ Uguzzoni/Ghinatti 1968, p. 17, lignes 107-112 (τὰ ἐν τῷ γῶ πεφυτευμένα καὶ οἰκοδομημένα πάντα τὰς πόλιος ἔσσονται) et p. 19-20, lignes 151-152 (τὰς πόλιος πᾶσαν τὴν ἐπικαρπίαν ἤμεν).

¹⁹ Voir des exemples chez Robert 1945, p. 36, Bogaert 1968, p. 301, et Debord 1982, p. 149-151.

²⁰ Migeotte 1984, n° 16, 17, 44 et 59. Voir aussi le n° 28: en concluant un traité d'isopolitie, au II^e siècle, les cités de Stiris et de Médéon ont déclaré que leurs sanctuaires, de même

Peut-être y avait-il à Héraclée une sorte d'osmose entre les finances sacrées et les finances publiques²¹. Mais les mesures prises par la cité visaient les plantations, les constructions et les récoltes, non la terre elle-même, et pouvaient répondre à des raisons particulières, que nous ignorons. De leur côté, la plupart des usurpations et des détournements sont connus par des textes qui révèlent en fait la volonté des cités (ou des rois) de mettre fin aux abus et de rétablir les dieux dans leurs droits²². Les pillages, comme celui du sanctuaire de Delphes par les Phocidiens lors de la troisième guerre sacrée (355-346), étaient réprouvés comme sacrilèges et le stratège Philomèlos lui-même a plusieurs fois tenté de justifier ses actes en invoquant des droits ancestraux des Phocidiens sur le sanctuaire, en promettant de respecter l'oracle et les fonds sacrés, de ne rien faire d'illégal et même de rendre des comptes²³. Quant aux biens engagés ou hypothéqués, si les bois et les phiales de Calymna ont effectivement été saisis par les créanciers, les terres sacrées d'Akraiphia et de Sicyone, de même que les vases d'Olbia, ont été libérés avant de connaître le même sort. En fait, les exemples de tels engagements sont peu nombreux et la plupart montrent que les cités tenaient à sauvegarder les biens de leurs dieux. En outre, les hypothèques sur les terres sacrées portaient normalement sur les revenus que les créanciers pouvaient en saisir plutôt que sur la propriété elle-même²⁴.

Comme le prouvent les nombreux inventaires qui nous sont parvenus, les trésors sacrés étaient pieusement conservés durant des générations²⁵. Les objets précieux n'étaient habituellement fondus qu'en vue de fabriquer de nouvelles offrandes et ne servaient à la frappe de monnaies qu'en cas d'extrême urgence²⁶. D'autre part, quand les fonds monnayés étaient utilisés à des fins civiles, comme à Athènes et à Délos, c'était normalement sous la forme d'emprunts remboursables, généralement avec intérêt²⁷. Il est évident que, si les comportements humains n'étaient pas toujours irréprochables, les biens des dieux étaient protégés par des règles et des tabous et que les hommes ne pouvaient pas en faire n'importe quoi. Rappelons d'ailleurs que ceux-ci pouvaient connaître la volonté divine par la consultation des oracles et des exéètes. Certes, on peut dénigrer ces recours à cause des manipulations auxquelles ils étaient exposés, mais les Grecs y croyaient et les

que leurs biens publics, étaient «libres» d'hypothèque. Je comprends mal pourquoi Dignas 2002, p. 27-28, n'a pas trouvé ces exemples convaincants.

²¹ Uguzzoni/Ghinatti 1968, p. 212.

²² Les exemples en sont nombreux et celui d'Héraclée est caractéristique. Voir les références données à la note 19 et Migeotte 1998, p. 182, n. 2.

²³ Outre les textes de Diodore cités en notes 39 et 42, voir *ibid.*, 24, 5.

²⁴ Migeotte 1980, p. 168-171.

²⁵ Cf. notamment Harris 1995 et Hamilton 2000.

²⁶ Voir Migeotte 1998, p. 182, avec des références à des études antérieures.

²⁷ Cf. *ibid.*, p. 184-185, et mon article à paraître «L'endettement des cités grecques dans l'Antiquité».

utilisaient fréquemment²⁸. Sans doute s'en servaient-ils davantage pour des questions culturelles que pour des problèmes financiers ou administratifs, mais ces différents aspects étaient toujours liés dans la pratique. En voici deux exemples. En 352/1, les Athéniens ont consulté l'Apollon de Delphes pour savoir si la terre sacrée d'Éleusis pouvait ou devait être mise en culture²⁹. À la fin du III^e siècle ou au début du II^e, c'est après avoir consulté un oracle, probablement celui d'Apollon Ptoios, que la cité de Tanagra décida de rebâtir en ville le sanctuaire et le temple de Déméter et de Corè³⁰.

Comme on le voit, les positions extrêmes ne sont guère défendables et la plupart des savants reconnaissent que, malgré le resserrement des contrôles administratifs, la fortune divine a généralement perduré comme catégorie spécifique et ne fut pas confondue avec la fortune publique³¹. Certes, il pouvait y avoir des exceptions. Outre le cas d'Héraclée, déjà mentionné, mais dont l'interprétation n'est pas évidente, on peut relever celui de Sinuri où, dans le milieu restreint de la *syngéneia* locale, «les revenus sacrés et communs», αἱ ἱερὰ καὶ κοινὰ πρόσοδοι, étaient gérés par le même collège de trésoriers, ce qui signifie peut-être qu'ils ne faisaient qu'un³². Mais ce type de formule, comparable à celle des «fonds publics et sacrés» qu'on lit dans d'autres textes, ne veut pas dire que les deux fortunes étaient confondues. On la trouve en effet à Delphes³³, alors que la distinction entre fonds sacrés et fonds publics y est bien attestée. Il s'agissait donc d'une tournure elliptique. Ainsi, la règle était bien la séparation entre la fortune publique et la fortune sacrée. Il reste à voir comment le principe de la propriété divine cohabitait avec la pratique de l'administration civile.

III. Définition de la gestion publique

La meilleure méthode consiste à chercher dans les textes anciens comment les Grecs ont formulé le droit de gestion des cités. On découvre alors une grande variété de mots et de tournures, aussi bien chez les auteurs que dans les inscriptions et sans qu'aucune évolution notable ne soit perceptible dans leur usage du V^e au I^{er} siècle avant J.-C. Beaucoup étaient manifestement synonymes. On les trouve parfois utilisés dans des expressions composées ou au superlatif, dans le cas des adjectifs,

²⁸ Voir entre autres Garland 1984, p. 80-120.

²⁹ Sokolowski 1969, n° 32.

³⁰ Migeotte 1992, n° 28.

³¹ Comme Swoboda 1888-1889 l'avait déjà montré et comme Dignas 2002, p. 13-35, vient de le rappeler. Voir aussi Migeotte 1995, p. 15, avec plusieurs références en note 17, et Migeotte 1998 (Dignas 2002, p. 26, n. 50, a mal interprété l'opinion défendue dans le premier article et a ignoré le second).

³² Voir Robert 1945, n° 10, 14 et 25, et les commentaires p. 25-26 et 53-55.

³³ *Sylloge*³, n° 671A, ligne 4 ([ῶσ]περ καὶ οἱ τὰ ἄλλα ποθίερα καὶ δαμ[ό]σια [χε]ρίζοντες), et n° 672, ligne 72 (καθὼς καὶ τὰλ[λ]α δαμόσια καὶ ποθίερα πράσσονται). Voir aussi Mulliez 1992, p. 328.

par souci de précision ou d'insistance, ce qui révèle *a contrario* la faiblesse de certaines notions de base. Ils se partagent en quatre groupes.

1. Il s'agit d'abord du substantif *προστασία* et du verbe correspondant *προιστάναι*. On sait qu'ils étaient fréquemment utilisés aux périodes classique et hellénistique, comme le substantif *προστάτης*, pour signifier la position éminente d'un citoyen dans la cité³⁴, la présidence de fêtes et de concours par des magistrats³⁵, le protectorat d'un État sur un autre³⁶ ou la dignité d'un roi ou d'une cité (du moins dans le cas du substantif)³⁷. Or, pour décrire les droits de gestion de la cité de Pisa sur le sanctuaire d'Olympie, Xénophon a plusieurs fois utilisé *προιστάναι*³⁸ et Diodore a qualifié de *προστασία* les prétentions du Phocidien Philomèlos sur le sanctuaire de Delphes lors de la troisième guerre sacrée³⁹. De même, un décret athénien en l'honneur d'un cosmète, voté en 122/1, a employé *προστασία* pour rappeler les droits ancestraux de la cité sur l'Amphiarion d'Oropos⁴⁰.

2. Dans d'autres textes, on rencontre *ἐξουσία*, terme plus tardif, semble-t-il (fin de la période hellénistique et période romaine), mais bien connu dans le domaine politique, légal ou juridique pour désigner le pouvoir, l'autorité, la magistrature⁴¹. On le trouve chez Diodore, renforcé par *προστασία*, pour qualifier les mêmes prétentions de Philomèlos sur le sanctuaire de Delphes⁴², et chez Polybe pour désigner le contrôle du sanctuaire que Philippe V et ses alliés voulaient rendre à l'Amphictionie lors de la guerre de 220-217⁴³. Mais c'est une loi de Gytheion, du début du I^{er} siècle, qui est la plus explicite⁴⁴. Elle remettait entre des mains privées le

³⁴ Par exemple Thucydide II, 65, 11 et VI, 89, 4, et Démosthène, XIX (*Sur l'ambassade*), 295.

³⁵ Voir entre autres les références données par Robert 1969, p. 53.

³⁶ Holleaux 1952, p. 187, n. 2 (article de 1913), et Welles 1934, p. 360.

³⁷ Holleaux 1968, p. 451 et n. 1, 455 et n. 3 (article de 1923) et Welles 1934, p. 360.

³⁸ *Helléniques*, III, 2, 31 (τοῦ μὲντοι προεστάναι τοῦ Διὸς τοῦ Ὀλυμπίου ἱεροῦ) et VII, 4, 28 et 35 (même expression).

³⁹ XVI, 23, 6 (ἔφη δεῖν ἀμφισβητεῖν περὶ τῆς τοῦ μαντείου προστασίας ὡς οὔσης πατρίου τοῖς Φωκεῦσιν), 24, 1 (τῆς προστασίας ἐὰν ἐγκρατῆς γένηται τὰ δόγματα τῶν Ἀμφικτύωνων ἀκυρώσει), 24, 5 (τῆς δὲ προγονικῆς προστασίας ἀμφισβητῶν), 27, 3 (τῆς τοῦ ἱεροῦ προστασίας ἀμφισβητῶν). Voir aussi la note 42. Sur la signification plus ou moins large du terme à Delphes, voir la discussion de Lefèvre 2002, p. 250, avec plusieurs références en notes 12 et 13.

⁴⁰ *IG* II², 1006, ligne 70: [τὴν γερονει]αν τοῦ ἱεροῦ [ἀπὸ ἀρχ]αίω[ν] χρόνων ὑπὸ [τ]οῦ δήμου προστασίαν.

⁴¹ Outre le dictionnaire de Liddell-Scott-Jones, voir Robert 1964, p. 26, Robert 1965, p. 196, et Robert 1977, n° 523.

⁴² XVI, 23, 5: τὸ γὰρ παλαιὸν τοῦ μαντείου τὴν ἐξουσίαν καὶ προστασίαν ἐσχηκέναι τούτους.

⁴³ IV, 25, 8: συνανακομιεῖσθαι δὲ καὶ τοῖς Ἀμφικτύοσιν ἔγραψαν τοὺς νόμους καὶ τὴν περὶ τὸ ἱερὸν ἐξουσίαν.

⁴⁴ *IG* VI, 1144, Sokolowski 1969, n° 61. Il ne s'agissait pas d'un simple décret, comme l'écrivait Sokolowski, mais d'une loi (*nomos*, ligne 36), qui fut votée par le peuple lors des Grandes Apellai, fête d'Apollon.

sanctuaire et la prêtrise d'Apollon et, en précisant les devoirs et les pouvoirs des nouveaux maîtres, décrivait en fait les prérogatives qui étaient jusque-là celles de la cité. Après avoir signifié le transfert, d'une manière générale, par le verbe εἶναι et ses compléments⁴⁵, elle ajoutait les précisions suivantes concernant les prêtres (lignes 31-35): καὶ ἔχειν αὐτοὺς τὴν ἐξουσίαν τοῦ τε ἱεροῦ καὶ τοῦ θεοῦ καὶ τῶν ἀπὸ τοῦ ἱεροῦ πάντων, προστασίαν ποιουμένων καὶ ἐπιμέλειαν καθὼς ἂν αὐτοὶ προαιρῶνται. On voit que le terme-clé, qui ouvrait l'énumération et s'appliquait au dieu aussi bien qu'au sanctuaire et à toutes ses dépendances, était ἐξουσία: il signifiait la responsabilité générale du culte et du lieu où celui-ci se déroulait, comme dans les passages de Polybe et de Diodore cités plus haut. Quant à la προστασία qui vient ensuite, elle est complétée par ἐπιμέλεια, ce qui donne à la tournure un sens pratique, à propos duquel la liberté des prêtres était explicitement affirmée: il s'agissait, semble-t-il, de la présidence des affaires sacrées et du soin qu'elle exigeait.

3. On trouve aussi κυριεία et les mots apparentés κύριος et κυριεύειν. Ils semblent avoir été aussi fréquents que προστασία, προιστάναι et προστάτης pour exprimer un pouvoir ou une autorité sur des personnes ou sur des biens, au sens politique, légal ou juridique, notamment l'autorité bien connue du père sur sa fille et du mari sur son épouse⁴⁶. Outre la κυριεία κατὰ τῶν τόπων que j'ai évoquée en introduction, on retrouve κυριεία dans des inscriptions hellénistiques pour exprimer les droits de particuliers, de cités ou de dieux sur des terres, notion encore une fois très proche de notre droit de propriété: ainsi dans un règlement frontalier entre Ambracie et Charadros, vers 166, à propos d'une *chôra* contestée⁴⁷, dans l'un des décrets de Kymé en l'honneur d'Archippè, à la fin du II^e siècle, pour des terres promises à la cité par la bienfaitrice⁴⁸, et dans deux décrets d'Olymos, dans la seconde moitié du II^e siècle ou au début du I^{er}, pour des terrains nouvellement acquis par le sanctuaire⁴⁹. Dans un arbitrage de Pergame entre Mytilène et Pitane, entre 150

⁴⁵ Εἶναι τὸ ἱερὸν τὸ τοῦ Ἀπόλλωνος Φιλήμονος τοῦ Θεοξένου καὶ Θεοξένου τοῦ Φιλήμονος τῶν πολιτῶν ἀμῶν καὶ εἶναι αὐτοὺς ἱερεῖς τοῦ Ἀπόλλωνος καὶ ἐγγόν[ο]υς αὐτῶν ἀεὶ διὰ βίου καὶ εἶναι παραδόσιμον τ[ὸ] προγεγραμμένον ἱερὸν τοῖς ἐγγόνουσι αὐτῶν ἀεὶ διὰ βίου (lignes 23-27).

⁴⁶ Voir entre autres Kränzlein 1963, p. 24, 89 et 100.

⁴⁷ SEG 35, n° 665 et 1845, A, ligne 39 ([- κ]υριείαν τὰς χώρας), et B, ligne 10 (κυρίους εἶμεν Ἀμβρακιώτας). Voir aussi Ager 1996, p. 518, n° 18, avec des références aux publications antérieures. Cet exemple et les suivants sont mentionnés par Bousquet/Gauthier 1994, p. 332, n. 52, qui les ont interprétés dans le sens d'un droit de possession ou de propriété. On sait que Kränzlein 1963 (note 46) avait exclu ce sens, en se fondant essentiellement sur des textes athéniens de la période classique.

⁴⁸ SEG 33, 1041, ligne 5: ὄν τὴν κυριείαν παρεχώρει τῷ δημῷ.

⁴⁹ I. Mylasa II, n° 802, ligne 6 (ἀναγραψαμένους τὰς κυριείας αὐτῶν εἰς τοὺς θεοὺς), et 829, lignes 6-7 ([ἀναγράψαι δὲ τοῦτο] τὸ ψήφισμα καὶ τὰς κυ[ριείας] τῶν ἀγορασθέντων). Dans son édition des textes d'Olymos, W. Blümel a interprété le terme dans le sens de «Eigentumsrechte».

et 133, on lit même une expression renforcée, *παγκτητική κυριεία*, qui confirmait à Pitanè la «pleine possession» ou la «pleine propriété» d'un territoire contesté sur le continent⁵⁰. Mais *κυριεία* pouvait également signifier la «maîtrise» ou «les pleins droits» d'une cité sur ses propres taxes et revenus⁵¹ et les «pleins pouvoirs» donnés par une cité à des citoyens en mission particulière⁵².

Dans le domaine qui nous occupe, Thucydide a utilisé le superlatif *κυριώτατοι* pour rappeler qu'en 419 les Argiens occupaient une position dominante au sanctuaire d'Apollon Pythaios à Asiné⁵³. Plus tard, Polybe a employé *κύριος* pour signifier qu'Onomarchos et Philomèlos avaient fait main basse sur les fonds sacrés de Delphes⁵⁴. Dans un décret de 228-226, l'autorité sur le sanctuaire d'Apollon Ptoïos fut exprimée elle aussi par l'adjectif *κύριος*, mais son partage entre plusieurs titulaires fut détaillé ainsi: *κυρίους δ' εἶναι οἰκονομούντας τὰ κατὰ τὸ ἱερὸν τὸν τε προφήτην καὶ τὸν ἱερέα τοῦ Ἀπόλλωνος τοῦ Πτωίου καὶ τὴν πόλιν τῶν Ἀκραϊφιδίων καὶ τὸ κοινὸν τῶν Βοιωτῶν καθὼς καὶ ἔνπροσθεν καὶ τὸν ἀγωνοθέτην τὸν εἰρημένον ἐπὶ τὸν ἀγῶνα τῶν Πτωίων*⁵⁵. On voit que cette énumération mêlait deux niveaux d'autorité, la *kyrieia* proprement dite, qui convenait à la cité d'Akraiphia et au *koinon* des Béotiens, et l'administration pratique, *oikonomia*, qui relevait du prophète, du prêtre et de l'agonothète désigné pour le concours⁵⁶. En 189, le préteur Spurius Postumius transmet à l'Amphictionie de Delphes une décision du sénat romain accordant divers privilèges au sanctuaire et à la cité et ajoutant que les Delphiens se gouverneraient en toute indépendance, «en étant maîtres de la terre sacrée et du port sacré, comme c'était la tradition pour eux depuis le début»: *[οἰκοῦν]τας καὶ πολιτεύοντας αὐτοὺς καθ' αὐ[τοὺς καὶ] κυριεύοντας τῆς τε ἱερᾶς χώρ[ας] καὶ τοῦ ἱεροῦ λι]μένου, καθὼς πάτριον αὐτοῖς ἐξ ἀρχῆς [ἦν]*⁵⁷. Enfin, dans

⁵⁰ Ager 1996, n° 146, lignes 137 (ή *παγκτητική τ[ῆ]ς χ[ώρας] κυριε[ί]α*) et 143 (*[συγχωροῦμε]ν δὲ καὶ τ[ῆ]ς χώρας εἰς τὸν αἰὲ χρόνον τὴν ἀναμφισ[βή]τη[τ]ρον καὶ ὁμολογουμέ[ν]ην κυριείαν τὴν παγκτητικ[ή]ν*). De même, la *πανκτησία* du décret de Colophon en l'honneur de Ménippos, à la fin du II^e siècle, également à propos d'un territoire contesté. Voir Robert 1989, p. 73-75.

⁵¹ Dans des formules comme *ὄν ἡ πόλις κυρία ἐστίν*. Voir plusieurs exemples et références chez Robert 1954, p. 298.

⁵² Bousquet/Gauthier 1994, p. 331-332 (des ambassadeurs *ἔχοντες τὴν κυριείαν* dans un accord d'isopolitie entre Xanthos et Myra, dans la seconde moitié du II^e siècle ou au début du I^{er}). Voir *ibid.*, note 52, des exemples de *κυρία* *ἔχειν* chez Polybe pour désigner les pouvoirs reconnus au peuple ou au sénat romains.

⁵³ V, 53, 1: *κυριώτατοι δὲ τοῦ ἱεροῦ ἦσαν Ἀργεῖοι*. Voir à ce sujet Piérart 1995, p. 299-302. Sur l'emploi de *kyrios* pour des sanctuaires gérés par des cités, voir aussi Lefèvre 2002, p. 250, n. 14.

⁵⁴ IX, 33, 4: *ἀσεβῶς καὶ παρανόμως ἐγένοντο κύριοι τῶν τοῦ θεοῦ χρημάτων*.

⁵⁵ *IG VII, 4135, Sylloge³, 635A, Sokolowski 1969, n° 73, lignes 12-16.*

⁵⁶ Dans deux inscriptions de Mylasa (Crampa 1969, n° 1, lignes 2-3, et n° 3, lignes 20-21), la gestion que le prêtre de Labraunda continuait à exercer sur la terre sacrée, avec l'agrément de la cité, était évoquée par le verbe *διοικεῖν*.

⁵⁷ Lefèvre 2002, p. 246-251, lignes 6-7, avec traduction et commentaire.

un décret athénien en l'honneur des éphèbes, voté la même année et gravé sur la même pierre que le décret cité plus haut en l'honneur de leur cosmète, les droits d'Athènes sur l'Amphiaraiion étaient rappelés dans des termes quasi identiques, mais cette fois avec κυριεία⁵⁸.

4. Dans d'autres textes encore, on trouve ἐπιμέλεια, terme banal, plus vague et plus faible, qu'on lit dans de multiples inscriptions honorant des magistrats ou des prêtres qui avaient bien accompli leur tâche. On l'a rencontré plus haut dans un texte d'Aristote, précisément au sujet du «soin» ou du «service» des dieux, et dans le décret de Gytheion, avec un sens concret. Or, en 191/0, le consul M. Acilius Glabrio a non seulement restitué ou attribué «au dieu et la cité» de Delphes un grand nombre de biens fonciers et immobiliers, confisqués à des étrangers, mais il a également donné (ou rendu) à la cité de Delphes l'*épiméleia* de deux terres consacrées à Apollon: τούτων [.]πέδωκε Μ[ά]νιος Ἀκίλιος στρα[τη]γὸς ὑπατος Ῥωμαίων τὰν ἐπιμέλε[ι]αν τῆι πόλει τῶν Δελφῶν⁵⁹. Il est vrai que cette décision avait une portée plus réduite que celle de 189, pour laquelle le préteur a employé κυριεύειν, comme on l'a vu. Mais, qu'il y ait eu ou non controverse au sujet de ces deux terres, l'*épiméleia* désignait ici le droit de gestion confié à la cité et non simplement le soin qu'on attendait d'elle. Quelques décennies plus tard, en 115, lors d'un conflit entre Latô et Olonte, des juges de Cnossos attribuèrent aux Latiens, entre autres, le sanctuaire d'Arès et d'Aphrodite situé à Déra, avec les *téménè* attenants, en utilisant simplement la tournure ἤμεν Λατίων. Deux ans plus tard, cinq *legati* romains confirmèrent le jugement en précisant que l'*ἐπιμέλεια* du sanctuaire et de sa terre revenaient au peuple dans le territoire duquel ils se trouvaient: ὁποτέροις δὲ ἐν ὀρίοις ἱερὸν Ἄρεος ἐν [τ]ῆι Δ[ερ]αίαι ἐστὶν καὶ ἡ χώρα τούτου τοῦ ἱεροῦ, ἐκείνου τοῦ δήμου ἐπιμέλειαν δοκεῖ εἶναι⁶⁰. Or ce texte était une traduction, d'ailleurs maladroite, du latin, où *ἐπιμέλεια* transposait probablement *cura*. Il est remarquable que, dans un cas semblable qui mettait en cause un droit général de gestion sur un sanctuaire et sur sa terre, un Romain ait utilisé un terme aussi faible, qui n'avait assurément aucune portée juridique.

En fait, on le voit bien, tous ces termes étaient plus ou moins équivalents et pouvaient s'appliquer à des prétentions illégitimes aussi bien qu'à des situations normales, comme dans le cas de Delphes. Le contrôle des cités était souvent exprimé par des termes signifiant la présidence, le pouvoir ou l'autorité, mais pouvait également être qualifié, tout simplement, d'*épiméleia*. Même des Romains, certes contraints de s'adapter aux habitudes grecques, mais *a priori* sensibles aux réalités

⁵⁸ IG II², 1006, lignes 27-28: τὴν γεγονείαν ἐκ παλαιῶν χρόνων ὑπὸ τῶν πατέρων τοῦ ἱεροῦ [κ]υριείαν.

⁵⁹ Rousset 2002, p. 250-269, B, lignes 54-61. Sur le contexte, voir aussi Ferrary 1988, p. 114.

⁶⁰ Chaniotis 1996, p. 327 (lignes 8-11) et 329 (lignes 11-13), Ager 1996, n° 164-III (lignes 49-52) et 164-V (lignes 92-94), avec les références aux études antérieures. J'ai indiqué les dates de Chaniotis.

juridiques, ont utilisé indifféremment *kyrieia* et *épiméleia* pour résoudre des problèmes comparables. À nous donc de fuir également tout formalisme et d'éviter, sauf par analogie, des notions qui n'étaient pas familières à l'esprit grec, comme la nue propriété, la copropriété, la possession ou la libre disposition.

IV. Conclusion

On comprend donc que la propriété divine se soit accommodée d'une grande liberté d'action de la part des cités. La notion qui paraît la plus appropriée à la position du gestionnaire est celle de la délégation de pouvoir, qui pouvait précisément être exprimée, on l'a vu, par *kyrieia*. Il faut rappeler en outre que les pouvoirs civiques étaient aux mains, non d'un «État» abstrait et lointain, mais des citoyens eux-mêmes, réunis en assemblée ou en conseil et investis des charges exécutives: de même que les biens publics étaient les biens de tous, les biens sacrés étaient sous leur responsabilité commune, situation qui pouvait favoriser le respect des règles et des traditions. Ainsi, la propriété divine et la gestion civile cohabitaient dans une sorte d'équilibre, certes fragile et parfois rompu, mais qui traduisait l'osmose typiquement grecque entre le «profane» et le «sacré».

BIBLIOGRAPHIE

- Ager 1996: S.L. Ager, *Interstate Arbitrations in the Greek World, 337-90 B.C.*, Berkeley/Los Angeles/London.
- Ampolo 2000: C. Ampolo, «I terreni sacri nel mondo greco in età arcaica e classica», E. Lo Cascio-D.W. Rathbone (éd.), *Production and Public Powers in Classical Antiquity*, Cambridge, p. 14-19.
- Andreades 1933: A.M. Andreades, *A History of Greek Public Finance*, vol I, trad. de C.N. Brown, Cambridge Mass.
- Bertrand 1991: J.-M. Bertrand, «Territoire donné, territoire attribué: note sur la pratique de l'attribution dans le monde impérial de Rome», *Cahiers du Centre G. Glotz* II, Paris, p. 125-164.
- Biscardi 1982: A. Biscardi, *Diritto greco antico*, Milano.
- Boffo 1985: L. Boffo, *I re ellenistici e i centri religiosi dell'Asia Minore*, Firenze.
- Boffo 2001: L. Boffo, «Lo statuto di terre, insediamenti e persone nell'Anatolia ellenistica. Documenti recenti e problemi antichi», *Dike* 4, p. 233-255.
- Boffo 2003: L. Boffo, «Centri religiosi e territori nell'Anatolia ellenistica», C. Bearzot-F. Landucci-G. Zecchini (éd.), *Gli stati territoriali nel mondo antico*, Milano, p. 253-269.
- Bogaert 1968: R. Bogaert, *Banques et banquiers dans les cités grecques*, Leyde.
- Bousquet/Gauthier 1994: J. Bousquet/Ph. Gauthier, «Inscriptions du Létôon de Xanthos», *REG* 107, p. 319-361.

- Brunet/Rougemont-Rousset 1998: M. Brunet/G. Rougemont/D. Rousset, «Les contrats agraires dans la Grèce antique. Bilan historiographique illustré par quatre exemples», *Histoire et Sociétés Rurales* 9, p. 211-245.
- Chanotis 1996: A. Chanotis, *Die Verträge zwischen kretischen Poleis in der hellenistischen Zeit*, Stuttgart.
- Crampa 1969: J. Crampa, *Labraunda. Swedish Excavations and Researches*. Vol. III, Part 1. *The Greek Inscriptions. Part I: 1-12 (Period of Olympichus)*, Lund.
- D'Haucourt 1999: A. D'Haucourt, «Les cités grecques et les revenus de leurs sanctuaires. L'exemple de l'Asie Mineure à l'époque romaine», *Il capitolò delle entrate nelle finanze municipali in Occidente ed in Oriente. Actes de la Xe Rencontre franco-italienne sur l'épigraphie du monde romain*, Rome, p. 249-260.
- Debord 1982: P. Debord, *Aspects sociaux et économiques de la vie religieuse dans l'Anatolie gréco-romaine*, Leiden.
- Dignas 2002: B. Dignas, *Economy of the Sacred in Hellenistic and Roman Asia Minor*, Oxford.
- Ferrary 1988: J.-L. Ferrary, *Philhellénisme et impérialisme. Aspects idéologiques de la conquête romaine du monde hellénistique, de la seconde guerre de Macédoine à la guerre contre Mithridate*, Rome.
- Finley 1952: M.I. Finley, *Studies in Land and Credit in Ancient Athens, 500-200 B.C. The Horos-Inscriptions*, New Brunswick.
- Garland 1984: R.S.J. Garland, «Religious Authority in Archaic and Classical Athens», *ABSA* 79, p. 75-123.
- Gernet 1959: L. Gernet, «Aspects du droit de propriété en Grèce» (Conférence du 6 février 1959), *ASNP* 10 (1980), p. 1311-1328.
- Guiraud 1893: P. Guiraud, *La propriété foncière en Grèce jusqu'à la conquête romaine*, Paris.
- Guizzi 1997: F. Guizzi, «Conquista, occupazione del suolo e titoli che danno diritto a la proprietà: l'esempio di una controversia interstatale cretese», *Athenaeum* 85, p. 35-52.
- Hamilton 2000: R. Hamilton, *Treasure Map. A Guide to the Delian Inventories*, Ann Arbor.
- Harris 1995: D. Harris, *The Treasures of the Parthenon and Erechteion*, Oxford.
- Harrison 1968-1971: A.R.W. Harrison, *The Law of Athens*. I. *The Family and Property*. II. *Procedure*, Oxford.
- Holleaux 1952: M. Holleaux, *Études d'épigraphie et d'histoire grecques*. T. IV, Paris.
- Holleaux 1968: M. Holleaux, *Études d'épigraphie et d'histoire grecques*. T. I, Paris.
- Isager 1990: S. Isager, «Kings and Gods in the Seleucid Empire», P. Bilde et alii (éd.), *Religion and Religious Practice in the Seleucid Kingdom*, Aarhus.

- Kränzlein 1963: A. Kränzlein, *Eigentum und Besitz im griechischen Recht des fünften und vierten Jahrhunderts v.Chr.*, Berlin.
- Lécrivain 1926: Ch. Lécrivain «Prosodoi», *Dictionnaire des Antiquités*. T. IV, Paris, p. 702-709.
- Lefèvre 2002: F. Lefèvre, *Documents amphictioniques*, Athènes-Paris (Corpus des inscriptions de Delphes, t. IV).
- Maffi 1997: A. Maffi, «Forme della proprietà», S. Settis (éd.), *I Greci: storia, cultura, arte, società*. 2. *Una storia greca*. 2. *Definizione*, Torino, p. 345-368.
- Migeotte 1980: L. Migeotte, «Engagement et saisie de biens publics dans les cités grecques», *Mélanges d'études anciennes offerts à M. Lebel*, Québec, p. 161-171.
- Migeotte 1984: L. Migeotte, *L'emprunt public dans les cités grecques. Recueil des documents et analyse critique*, Québec/Paris.
- Migeotte 1992: L. Migeotte, *Les souscriptions publiques dans les cités grecques*, Genève/Québec.
- Migeotte 1994: L. Migeotte, «Ressources financières des cités béotiennes», J.M. Fossey (éd.), *Boeotia Antiqua*. IV. *Proceedings of the 7th International Congress on Boiotian Antiquities (and other) Epigraphy*, Amsterdam, p. 3-15.
- Migeotte 1995: L. Migeotte, «Les finances publiques des cités grecques. Bilan et perspectives de recherche», *Topoi. Orient-Occident* 5, p. 7-32.
- Migeotte 1998: L. Migeotte, «Finances sacrées et finances publiques dans les cités grecques», *Actas del IX Congreso Español de Estudios Clásicos, Historia y Arqueología*, Madrid, p. 181-185.
- Migeotte 2001: L. Migeotte, «Les concours d'Aktion en Acarnanie: organisation financière et fiscale», *The Ancient World* 32, p. 164-170.
- Mulliez 1992: D. Mulliez, «Un document financier inédit de la fin du II^e siècle av. n. è.», J.-F. Bommelaer (éd.), *Delphes. Centenaire de la «Grande fouille» réalisée par l'École française d'Athènes (1892-1903)*, Leiden, p. 317-332.
- Osborne 1985: R. Osborne, «The land-leases from Hellenistic Thespiai: a re-examination», *La Béotie antique. Lyon-Saint-Étienne 16-20 mai 1983*, Paris, p. 317-323.
- Osborne 1988: R. Osborne, «Social and Economic Implications of the Leasing of Land and Property in Classical and Hellenistic Greece», *Chiron* 18, p. 279-329.
- Piérart 1995: M. Piérart, «'Υπ' Ἀργείων ἐπεβλήθη ζημίη (Hérodote, VI 92). Aspects des relations extérieures d'Argos au V^e siècle», Ed. Frézouls/A. Jacquemin (éd.), *Les relations internationales. Actes du Colloque de Strasbourg 15-17 juin 1993*, Strasbourg, p. 297-308.
- Robert 1945: L. Robert, *Le sanctuaire de Sinuri près de Mylasa*. I. *Les inscriptions grecques*, Paris.
- Robert 1954: L. et J. Robert, *La Carie. Histoire et géographie historique, avec le recueil des inscriptions antiques*. T. II. *Le plateau de Tabai et ses environs*, Paris.

- Robert 1964: L. Robert, *Nouvelles inscriptions de Sardes I*, Paris.
- Robert 1965: L. Robert, *Hellenica. Recueil d'épigraphie, de numismatique et d'antiquités grecques*. Vol. XIII, Paris.
- Robert 1977: J. et L. Robert, «Bulletin épigraphique», *REG* 90, p. 314-448.
- Robert 1989: L. et J. Robert, *Claros I. Décrets hellénistiques*, Paris.
- Rousset 2002: D. Rousset, *Le territoire de Delphes et la terre d'Apollon*, Athènes/Paris.
- Sokolowski 1951: F. Sokolowski, «Problème financier dans les rapports de l'État et du temple en Grèce», *Actes du Ier Congrès de la Fédération internationale des Associations d'études classiques*, Paris, p. 387-392.
- Sokolowski 1969: F. Sokolowski, *Lois sacrées des cités grecques*, Paris.
- Swoboda 1888-1889: «Über griechische Schatzverwaltung», *Wiener Studien* 10, p. 278-307, et 11, p. 65-87.
- Uguzzoni/Ghinatti 1968: A. Uguzzoni/Fr. Ghinatti, *Le tavole greche di Eraclea*, Rome.
- Vial 1984: Cl. Vial, *Délos indépendante (314-167 avant J.-C.). Étude d'une communauté civique et de ses institutions*, Athènes-Paris (BCH Suppl. X).
- Virgilio 1987: B. Virgilio, «Strutture templari e potere politico in Asia Minore», *Athenaeum* 65, p. 227-231 (repris dans *Epigrafia e storiografia*, Pisa, 1988, p. 182-190).
- Welles 1934: C.B. Welles, *Royal Correspondence in the Hellenistic Period. A Study in Greek Epigraphy*, London.

MARTIN DREHER (MAGDEBURG)

ANTWORT AUF LÉOPOLD MIGEOTTE

Als einer der besten Kenner des griechischen Finanzwesens hat Léopold Migeotte einen souveränen und wohlfundierten Überblick über die Vermögensverwaltung der griechischen Heiligtümer vorgelegt¹.

Migeotte hat in seiner Einleitung auf die sehr beachtenswerte Einheitlichkeit der sakralen Eigentumsverhältnisse in den vielen griechischen Poleis hingewiesen. Zuständig für die Verwaltung dieses Vermögens sei in der klassischen und hellenistischen Zeit die Polis gewesen, die durch ihre ständigen politischen Institutionen oder durch spezifische Priester und Amtsträger vertreten worden sei (I). Trotz der dadurch gegebenen Zugriffsmöglichkeiten wurden, so Migeotte, die göttlichen Güter nicht einfach zu einer Unterabteilung der öffentlichen Finanzen degradiert, sondern blieben eine eigenständige, im Prinzip respektierte und selten angetastete Kategorie (II)². Wem die heiligen Güter gehörten, hätten die Griechen mit zwar unterschiedlichen, letztlich aber doch weitgehend äquivalenten Termini ausgedrückt. Die doppelte Formel, ein Heiligtum gehöre einer Gottheit *und* einer Polis, müsse als vereinfachter Ausdruck für die Koexistenz von göttlichem Eigentum und dessen öffentlicher Verwaltung verstanden werden (III). Von daher sei, so schließt der Verfasser, auch der große Spielraum zu verstehen, den die Städte bei der Verwaltung gehabt hätten: der gesamten Bürgerschaft sei die Verantwortung für die heiligen Güter zugekommen.

Den Ausführungen und Schlüssen Migeottes kann ich im wesentlichen nur zustimmen. Insbesondere möchte ich unterstreichen, daß trotz gelegentlicher Übergriffe keine Rede davon sein kann, daß die Griechen das Vermögen ihrer Heiligtümer als jederzeit nutzbare Verfügungsmasse der aktuellen Politik behandelt hätten³. Das

¹ Die i.f. abgekürzt zitierte Literatur ist in der Bibliographie Migeottes aufgelistet. Zusätzliche Titel werden mit vollständigen Angaben zitiert.

² Diese These wird auch in dem Aufsatz Migeottes von 1998 verfochten.

³ Interessant ist u.a. die auch von Migeotte im mündlichen Vortrag herangezogene Thukydides-Stelle (2, 13, 3-5) über die finanziellen Reserven Athens zu Beginn des Peloponnesischen Krieges. Wie auch Migeotte an anderer Stelle (1998, 184) anzunehmen scheint, sind meines Erachtens unter diesen öffentlichen Mitteln die gesamten von Perikles genannten 6000 Talente zu verstehen, bevor Thukydides mit der Nennung von Weihegeschenken auf eine andere Kategorie von Vermögen, nämlich auf das Tempeleigentum, übergeht. Diese Differenzierung wird anscheinend auch von M. Nilsson, *Geschichte der griechischen Religion I*, München 1967³, 85, und sehr dezidiert von Gomme, *HCT ad loc.* p. 26, Zitat s.u., getroffen. Daher sind die 6000 Talente gemünzten Silbers (der frü-

wird zunächst noch von einer zusätzlichen quellenkritischen Überlegung her bekräftigt: Gerade die historische Überlieferung ist vorwiegend an den aufsehenerregenden, spektakulären Fällen von Mißachtung oder gar Raub von Tempeleigentum interessiert, nicht zuletzt weil sich damit die Moral vermitteln läßt, die diesen Autoren besonders am Herzen liegt, daß nämlich Frevler gegen die religiösen Gebote und Traditionen mit darauf zurückzuführenden Schicksalsschlägen, mit der Rache der Götter also, zu rechnen haben⁴. Dasselbe Prinzip finden wir z.B. bei einem verwandten Phänomen, der Hikesie, der Zuflucht zu den Heiligtümern also. Auch hier berichten die Quellen vorwiegend von den skandalösen, oft mit Details ausgeschmückten Verletzungen des „Asylrechts“ und von den darauf folgenden göttlichen Strafen, ohne daß wir daraus schließen dürften, daß die Mißachtung des göttlichen Schutzes die Regel gewesen sei⁵. Der wirkliche Normalzustand hingegen, also die Respektierung der göttlichen Sphäre, war in diesen und anderen Fällen oft zu „trocken“ und zu unergiebig für die Absichten der antiken Schriftsteller.

Nun aber haben wir für die Tempelverwaltungen eine Quellengattung, die im Gegensatz zu anderen Bereichen sogar positiv belegt, daß das göttliche Vermögen

here Höchststand betrug nach Thukydides 9700 Talente) als Eigentum der Polis zu verstehen, das zwar im Tempel deponiert war, aber jederzeit von der Polis ausgegeben werden konnte. Daß es sich nicht um Tempeleigentum handelte, ergibt sich auch aus folgender Überlegung: Die Einkünfte Athens aus den Tributen der Verbündeten betrugen nach Thukydides (a.a.O.) meist 600 Talente jährlich. Davon wurden, wie auch die Tributlisten bestätigen, ein Zehntel, jährlich „nur“ rund 60 Talente, der Göttin als Aparche geweiht. Für die angesammelten 6000 Talente hätten die Athener also bereits rund 100 Jahre lang die Aparche ansparen müssen (für die 9700 Talente noch mehr), die in Wirklichkeit aber erst seit dem Jahr 454 an Athena ging!

Man muß allerdings einräumen, daß Thukydides selbst keine so klare Unterscheidung vornimmt, sondern daß sich diese nur implizit ergibt. Bei der Aufzählung der finanziellen Mittel kam es ihm, bzw. dem Perikles, offenbar nur darauf an, daß die Gesamthöhe der finanziellen Ressourcen großen Eindruck auf die Hörer der Rede machen sollte. Die weitere Bemerkung des Thukydides (§ 5), daß die zur Rettung der Polis eventuell benötigten Gelder der Göttin gegebenenfalls wiederzuerstatten seien, muß also eigentlich mit Gomme (a.a.O.) so verstanden werden: „This refers, I feel sure, only to the gold and silver, public and private, of §§ 4-5, which belong to the temple, not to the reserve fund of § 3, which was only deposited with Athena“. Daß Thukydides selbst keine so genaue Unterscheidung trifft, mag auch damit zusammenhängen, daß die Athener nachträglich beschlossen haben, die Inanspruchnahme ihres Reserveguthabens auf der Akropolis wie eine Anleihe aus dem Tempelschatz zu behandeln und dafür auch Zinsen zu zahlen (vgl. Gomme a.a.O.). Und zumindest in Kriegszeiten, in denen die Reserve immer wieder in Anspruch genommen wurde, hatte es in der Tat keine praktische Bedeutung, ob in die Kasse das Kapital oder die Zinsen zurückgezahlt wurden (vgl. Gomme 689ff.)

⁴ Vgl. z.B. Diodor 16,23ff. zum Dritten Heiligen Krieg.

⁵ Vgl. U. Sinn, Das Heraion von Perachora. Eine sakrale Schutzzone in der korinthischen Peraia, MDAl(A) 105, 1990, 53-116, hier 76ff. 83ff; M. Dreher, Das Asyl in der Antike von seinen griechischen Ursprüngen bis zur christlichen Spätantike, Tyche 11, 1996, 79-96, hier 88.

separat und im allgemeinen sorgfältig verwaltet wurde, nämlich die auch von Migeotte erwähnten, in Inschriftenfragmenten erhaltenen Abrechnungen der zuständigen Amtsträger⁶. Man kann nur beeindruckt davon sein, wie wichtig den Poleis die immerhin recht aufwendige Aufzeichnung auf Steinplatten gewesen zu sein scheint, und wie minutiös diese Abrechnungen gehalten sind⁷. Offenbar sollte jedermann vor Augen geführt werden, wie sorgfältig man mit dem göttlichen Vermögen umging.

Schließlich, so ein letztes zusätzliches Argument, ist, wenn überhaupt, nur das von den Menschen in vielen separaten Vorgängen gespendete mobile Vermögen der Tempel in Anspruch genommen worden. Der teils beträchtliche Grundbesitz wurde zwar in Einzelfällen verpfändet, wie Migeotte gezeigt hat⁸, aber offenbar selbst in Notsituationen nicht verkauft⁹ und dürfte deshalb den besonders respektierten Kernbestand des göttlichen Eigentums gebildet haben.

Nach diesen Bekräftigungen der Kernthesen Migeottes sollen im folgenden drei abweichende oder anders akzentuierte Gesichtspunkte vorgebracht werden.

(1) Heiligtum und Polis

Nach Migeotte wurden die Heiligtümer bis zum Beginn der klassischen Zeit von Priestern verwaltet und genossen eine beträchtliche Autonomie. Erst danach habe die Polis die Kontrolle mehr und mehr an sich gezogen¹⁰. Der Anschein einer grundsätzlichen Veränderung entsteht meines Erachtens dadurch, daß die Polis im 5. Jahrhundert neue Institutionen entwickelte bzw. bestehende Institutionen, wie die Volksversammlung, durch die Herausbildung der Demokratie eine neue Bedeutung erhielten und mehr in die Öffentlichkeit traten (nicht umsonst weist Migeotte besonders auf das athenische Beispiel hin). Das heißt aber nicht, daß die Verwaltung der Heiligtümer bis dahin eine private Angelegenheit der jeweiligen Priester gewesen wäre, wie sich z.B. auch an der hochpolitischen Geschichte des Heiligtums von Olympia im einzelnen gut zeigen ließe. Die Priester erfüllten auch in der vorklassi-

⁶ Vgl. Migeotte mit Anm. 25; im allgemeinen wurden für die Tempelanleihen Zinsen gezahlt, vgl. Migeotte mit Anm. 27.

⁷ Vgl. z.B. für Athen IG I³ 369 (ML 72); für Delos IG I² 1635 = I. Délos 98 (Marmor sandwicense, dazu u.). Vgl. im selben Sinn Migeotte 1998, 182.

⁸ Migeotte mit Anm. 20. Ob es je zur Einlösung eines immobilien Pfandes kam, läßt sich nicht feststellen.

⁹ Vgl. Migeotte 1998, 181f.

¹⁰ Migeotte zu Beginn von I. An anderer Stelle hat Migeotte diese Veränderung früher, nämlich auf den Beginn der archaischen Zeit, datiert, Migeotte 1998, 181. Die im Text referierte Ansicht Migeottes findet sich schon lange in der Literatur, vgl. z.B. Nilsson a.a.O. 713 mit A. 3: „Die Inschrift Hesperia XI, 1942, S. 338ff. (lies: 329ff.) belehrt uns, daß der Staat früh im 5. Jahrh. die Kontrolle der Herakleen in Marathon an sich nahm.“ In Wirklichkeit enthält der Text lediglich Vorschriften für die Auswahl von Helfern bei der Durchführung der Agone und belehrt uns also dahingehend, daß die Organisation der Spiele zu Beginn des 5. Jahrhunderts in der Hand der Polis lag. Ob das vorher anders war und es also eine Veränderung gegeben hat, lehrt uns der Text hingegen nicht.

schen Zeit schon öffentliche Funktionen – natürlich nur, sofern sie einen öffentlichen Kult betreuten. Die Priesterämter gehörten in ebendem Maß zur Polis, wie deren adlige Inhaber zur Polis gehörten. Und im Gegensatz zur früheren Forschung neigt man heute zu der Ansicht, daß die Adelsgeschlechter die archaische Polis geformt und getragen haben¹¹. Daß sie, wie zuweilen andere Amtsträger auch, verschiedentlich lebenslang amtierten oder das Amt in der Familie erblich war, ändert an ihrer Polisgebundenheit ebensowenig wie die bekannte Tatsache, daß sich solche Traditionen im religiösen Bereich länger als in anderen Bereichen halten konnten. Im Unterschied zu Migeotte sehe ich insofern keine grundsätzliche Neuentwicklung zum genannten Zeitpunkt. Ich sehe ferner, was den Umgang mit heiligem Vermögen betrifft, keinen grundsätzlichen Gegensatz zwischen Priestern und Polis und auch keinen zwischen Priestern und Amtsträgern¹²; im klassischen Athen unterlagen die Priester ebenso der Rechenschaftspflicht (den euthynai) wie alle anderen Magistrate oder Nichtmagistrate, die öffentliche Gelder verwalteten. Damit soll nicht abgestritten sein, was sich in der neueren Forschung als Tendenz abzeichnet, daß nämlich die Priester eine eigene, von den Amtsträgern unterschiedene Gruppenidentität besessen haben¹³. Wenn zunehmend epimeletai, epistatai oder hieropoioi zur Verwaltung der Heiligtümer eingesetzt wurden, dann hing das zum einen mit einem Anwachsen der Aufgaben und der absoluten Menge z.B. der angesammelten Weihegaben zusammen, zum anderen aber auch mit der Tendenz gerade der demokratischen Poleis, alle gesellschaftlichen Bereiche einer stärkeren politischen Kontrolle zu unterwerfen. Die Heiligtümer stellten hier keine Ausnahme dar, es kann aber auch keine Rede vom Eindringen der Polis in einen bisher autonomen Bereich sein. Amtsträger zur Verwaltung der Heiligtümer wurden vor allem in den größeren Poleis und den größeren Heiligtümern eingesetzt. Die Priester waren in diesen Fällen stärker auf ihre Kernaufgabe, die Durchführung der Kulthandlungen, beschränkt. In kleineren Orten und Heiligtümern kamen den Priestern auch durch die hellenistische Zeit hindurch

¹¹ Migeotte scheint hingegen der früher verbreiteten Meinung zu folgen, nach der die Adelsgeschlechter erst gegen Ende der archaischen Zeit in die Polis integriert worden seien.

¹² In anderen Formulierungen gegen Ende des ersten Abschnitts (vor Anm. 11) scheint allerdings auch Migeotte die Priester den anderen Magistraten eher gleichzuordnen, wie es im übrigen auch die von ihm zitierte Stelle Aristot. Pol. 6,8,18 (1322 b19) tut: ἱερείς τε καὶ ἐπιμεληταί. Die vor Anm.55 zitierte Inschrift läßt meines Erachtens nicht „deux niveau d'autorité“ erkennen, sondern zeigt schon dadurch, daß Prophet und Hiereus vor, der Agonothet aber nach den politischen Institutionen genannt sind, daß diese drei Amtsträger nicht als klar abgegrenzte Gruppe, sondern eher als vor Ort agierende Repräsentanten der Polis und des Koinon verstanden sind.

¹³ Vgl. Dignas 33, die darauf aufmerksam macht, daß eine Studie über das Verhältnis zwischen Priestern und Amtsträgern noch aussteht. Immerhin ist von einigen Gelehrten klar gestellt worden, daß Priester keine archai, keine Amtsträger waren, vgl. zuletzt M.H. Hansen, Die Athenische Demokratie im Zeitalter des Demosthenes (Deutsch von W. Schuller), Berlin 1995, 64.

alle mit dem Heiligtum zusammenhängenden Aufgaben, darunter auch die Vermögensverwaltung, zu.

(2) Menschliches und göttliches Eigentum

Was die Stellung der Polis in Bezug auf das heilige Vermögen betrifft, so will Migeotte in der mehrfach belegten Doppelformel, ein Heiligtum gehöre der Gottheit *und* der Polis, keine Bestätigung für die vor allem in der angelsächsischen Welt verbreitete Meinung sehen, die Güter von Heiligtum und Polis seien ein und dasselbe. Vielmehr und, wie ich glaube, grundsätzlich zu Recht, sieht er darin eine verkürzte Ausdrucksweise für die sehr genau unterscheidbaren und auf zwei verschiedenen Ebenen liegenden Bestandteile „göttliches Eigentum“ („*propriété divine*“) und „öffentliche Verwaltung“ („*gestion publique*“). Nach diesem Modell hätte die Polis allerdings nur die klar untergeordnete Stelle eines Verwalters oder Treuhänders inne. Ein Verwalter muß zwar eine Vertrauensperson sein, führt aber doch nur einen fremden Auftrag aus und hat am verwalteten Eigentum selbst keinen Anteil; bei den Griechen (und Römern) konnte diese Aufgabe sogar ein Sklave übernehmen. Ich frage mich allerdings, ob die Stellung der Polis damit hinreichend beschrieben ist, und zwar deshalb, weil die Polis zu der jeweiligen Gottheit nicht nur eine formale oder geschäftsmäßige Beziehung hatte wie ein Eigentümer zu seinem Verwalter, sondern weil Polis und Gottheit existentiell miteinander verbunden waren¹⁴. Nach griechischer Vorstellung hing das Wohl und Wehe der ganzen Gemeinschaft von den Göttern ab. Um deren Wohlwollen zu gewinnen und zu bewahren, pflegte man ihre Kulte. Aber das Verhältnis zu den Göttern war ein Geben und Nehmen. Die Götter hatten Anspruch auf Opfer, aber die Polis hatte auch Anspruch auf göttlichen Schutz! Athen z.B. war eine Stadt Athenas, aber Athene Polias war auch die Hauptgöttin der Athener¹⁵. Die Heiligtümer dieser Götter lagen innerhalb der Grenzen einer Polis und gehörten daher auch der Polis¹⁶. Wenn der Feind (vor allem die Perser) die Heiligtümer zerstörte und plünderte, schädigte er nicht nur die Götter, sondern auch die betroffene Polis, und zwar ideell und materiell.

Die Polibürger zogen daher vielleicht keinen so klaren Trennungsstrich zwischen den Göttern als Eigentümern und sich selbst als Verwaltern, wie es bei Migeotte, der berechtigterweise begriffliche Trennschärfe anstrebt, den Anschein haben mag. Auch die mögliche juristische Unterscheidung zwischen Eigentümer (Gottheit) und Besitzer (Polis), die Migeotte ganz vermieden hat, erschien mir für das griechische Rechtsdenken noch zu scharf. In einem athenischen Volksbeschluß aus dem Jahr 333 erhalten die Kaufleute (*emporoi*) aus Kition das Recht (*enktesis*), ein Grundstück zu kaufen, um darauf ein Aphroditeheiligtum zu errichten, so wie die

¹⁴ Vgl. e. g. J. Triantaphyllopoulos, *Das Rechtsdenken der Griechen*, München 1985, 50; Nilsson a.a.O. 708ff.

¹⁵ Vgl. Dignas 8: „Athens is the polis of Athena, Athena is the patron of the polis“.

¹⁶ Vgl. Migeotte vor Anm. 60 und die dort zitierte Inschrift.

Ägypter bereits ein Isis-Heiligtum gebaut hatten¹⁷. Wie die Eigentumsverhältnisse nach dem Bau des Tempels sein würden, ist in der Inschrift naheliegenderweise nicht erwähnt, ich würde aber nicht annehmen, daß dann ausschließlich die Göttin als Eigentümerin betrachtet wird und die Kaufleute, denen man extra die Enktesis verliehen hat, keinen Anteil mehr an dem Grundstück haben sollten. Ins allgemeine gewendet könnte sich also die Bürgerschaft einer Polis, deren wirkliches Bewußtsein wir natürlich nur schwer erkennen können, eher als Miteigentümer oder auch Untereigentümer des göttlichen Vermögens verstanden haben. Die Gottheit mag, wie es in anderen Religionen deutlicher zum Ausdruck gebracht wird¹⁸, ideeller Eigentümer gewesen sein, reelle Eigentümer waren die menschlichen Gemeinschaften. Als solche war ihre Mitverantwortung, aber auch ihr Recht, das göttliche Vermögen notfalls für ihre eigenen Belange einzusetzen, noch mehr gerechtfertigt als nach dem Modell Migeottes. Gerade in Not-, d.h. meistens Kriegszeiten dürfte gegolten haben, daß mit der Existenz der Polis auch die Kulte der Poligötter bedroht waren¹⁹. Es lag also auch im Interesse der Götter, mit ihrem Vermögen den Untergang der Polis zu verhindern. Hat man es also geradezu als *Pflicht* der Gottheit betrachtet, das heilige Vermögen für die Existenz der Polis im Notfall ohne Entschädigung aufzuwenden?

Leider wissen wir nicht, wie eine Bürgerschaft sich rechtfertigte, wenn sie die von einem Heiligtum geliehenen Gelder nicht wieder zurückzahlen konnte. Migeotte meint unter Verweis auf das athenische Beispiel im Peloponnesischen Krieg, die Städte hätten sich intensiv um die Rückzahlung der Darlehen bemüht. Was Athen betrifft, so bin ich allerdings der Meinung, daß die Athener keine eigentlichen Tempelgelder, sondern die staatlichen Reservegelder zurückgezahlt haben, die sie im Athenatempel deponiert hatten, und auch davon nur einen Teil²⁰. Was die Verallge-

¹⁷ IG II² 337 = Syll.³ 280 = Tod II 189 = HGIÜ II 262.

¹⁸ Sehr eindrucksvoll ist dies bei der Sekte der Essener zu sehen, vgl. E. Frey, *Besitz und Eigentum in der „Sektenregel“ (1QS) der Essener*, Sbornik 4-5, 2002-3, 95-104.

¹⁹ Auch Thukydides setzt an der oben zitierten Stelle (2,13) eine Notlage der Athener voraus und bezieht sich explizit darauf mit der Formulierung: *χρησαμένους τε ἐπὶ σωτηρίᾳ*.

²⁰ Die Gelder, die Athen in den ersten Jahren des Peloponnesischen Krieges bei Athena „auslieh“, seien nach dem Nikias-Frieden zumindest zu einem guten Teil zurückerstattet worden, meint Migeotte (1998, 183). Das Beispiel Athens ist allerdings in verschiedener Hinsicht problematisch. Denn erstens gehörte das von Athena Polias geliehene Geld zumindest zum Großteil dem Reservefonds der Polis und eben nicht der Göttin (s.o. A. 3). Es läßt sich sogar vermuten, daß bis 421 das aus dem Polias-Tempel geliehene Geld ausschließlich dem Reservefonds gehörte und daß der Tempelschatz überhaupt nicht in Anspruch genommen wurde. Die entsprechenden Kalkulationen sind zwar nicht gesichert, aber wenn Gomme auch nur tendenziell recht hat, daß nach den ersten 10 Kriegsjahren noch etwa 1400 Talente im Reservefonds lagen, dann brauchte man den Tempelschatz nicht anzugreifen. Die anderen in den Tributlisten (s.o. Anm.7, besonders ML 72 mit Kommentar) genannten Anleihen hingegen sind zweifellos heilige Gelder, da in den Tempeln der Athena Nike und der anderen Götter, von denen die Darlehen kamen, nach unserer Kenntnis keine profanen Gelder lagerten. Zweitens aber wissen wir eigentlich erheblich weniger über die Rückzahlungen, als Migeotte anzunehmen scheint. Denn Thu-

meinerung betrifft, so scheint mir die Rückzahlung eines Tempel-Darlehens zumindest in klassischer Zeit die absolute Ausnahme zu sein²¹. Ein Blick auf die Abrechnungen des Apollon-Tempels in Delos zeigt, daß Kapitalrückzahlungen überhaupt nicht erfolgten, weder von der Polis Delos noch von fremden Poleis (so daß man wohl annehmen muß, daß sie auch garnicht erwartet wurden), und daß zumindest im Abrechnungszeitraum 377-373, für den allein wir entsprechende Zahlen haben, die fälligen Zinsen von etwa einem Viertel der darlehensnehmenden Poleis ganz, von der Hälfte zum Teil und vom restlichen Viertel gar nicht bezahlt wurden²². Nichtgezahlte Zinsen wurden nicht in die nächste Abrechnungsperiode übertragen, Zinseszinsen erst garnicht berechnet²³. Die Verzinsung von Anleihen bei der eigenen Gottheit und vielleicht erst recht bei einer fremden Gottheit galt den Poleis also sicher als ernstes Anliegen, genoß aber keineswegs immer höchste Priorität.

(3) Der Schutz des göttlichen Eigentums

Migeotte stellt fest, daß es eine Definition des Rechts auf Eigentum („droit de propriété“) bei den Griechen nicht gegeben habe²⁴. Das ist gewiß richtig, ist aber keine Besonderheit dieses Rechtsverhältnisses. Wie andere Grundsätze auch, so wird das Recht auf Eigentum vor allem durch negative Bestimmungen, aus Verboten und deren Strafbewehrung, deutlich.

Gesetze zum Schutz von Eigentum schützten auch das göttliche Eigentum. Spezifische Schutzbestimmungen für Heiligtümer waren daher meines Erachtens nicht

kydides macht keine Angaben über die finanzielle Situation Athens im Jahr 421. Und zu der Angabe des Andokides sei der Thukydides-Kommentar von Gomme/Andrewes/Dover (ad 6,12,1) zitiert: „We do not know how large a reserve had been accumulated by 415, since the state of And. iii.8 ‚because of the Peace of Nikias we put 7,000 talents on to the Akropolis‘ represents as an achievement what was no doubt a plan only partly fulfilled (cf. ATL iii, 346); but it was, after all, enough to sustain the Sicilian expedition and ist reinforcements.“ Es wird daher im allgemeinen angenommen, daß gerade die von Athen in Anspruch genommenen Reserve- und Tempelgelder schon nach dem Nikiasfrieden nur in geringem Umfang wieder zurückgezahlt wurden, vgl. etwa S. Hornblower, Commentary I 255: „The capital was for the most part never repaid.“

Erst recht dürfte Athen nach der zweiten Phase des Peloponnesischen Kriegs, in der die finanziellen Reserven und Tempelschätze in viel größerem Umfang in Anspruch genommen wurden, eine Rückzahlung kaum mehr möglich gewesen sein, da die Stadt viel stärker ausgeblutet war und auf keine Tribute mehr zurückgreifen konnte. Ob es je einen formellen „Schuldenerlaß“ gegeben hat?

Besser als Athen belegt daher das Beispiel Delos, das Migeotte (1998, 183f.) anschließend anführt, seine Thesen.

²¹ Die Ausnahme ist die Rückzahlung einer dem delischen Tempel geschuldeten Summe durch Chios, vgl. M. Dreher, Hegemon und Symmachoi. Untersuchungen zum Zweiten Athenischen Seebund, Berlin/New York 1995, 199 mit Anm. 6. Ansonsten Dreher ebd. 254.

²² Vgl. das Marmor sandwicense (s.o. A. 7); Dreher, a.a.O. 254f.

²³ Vgl. Dreher, a.a.O. 254.

²⁴ Migeotte nach Anm. 4.

erforderlich, und sie sind auch nicht überliefert. Diebstahl aus dem Tempel z.B. konnte zunächst einmal in einem normalen klope-Verfahren geahndet werden. Darüber hinaus gab es für Heiligtümer aber noch folgende Regelungen.

Die meisten Gesetze, die göttliches Eigentum betreffen, verbieten das Fällen und Wegtragen von heiligen Bäumen oder von Teilen dieser Bäume²⁵. Es waren keineswegs alle heiligen Bäume geschützt, denn viele Haine waren verpachtet und mußten zur Erwirtschaftung von Einnahmen selbstverständlich bearbeitet, d.h. auch beschnitten werden. Durch den Schutz bestimmter, ausgewählter Bäume bzw. Haine jedoch sollte sicherlich die enge Verbundenheit zur Gottheit, der besondere Respekt vor ihr hervorgehoben werden, indem die ihr geweihten Bäume von Menschen nicht angerührt werden sollten²⁶.

Neben den spezifischen Gesetzen konnten Sakrilegien als Asebia oder Hierosy-
lia verfolgt werden. Während die Hierosy-
lia zwar in Dichtung und Kunstprosa vor-
kommt, aber in der Praxis, so weit ich sehe, kaum eine Rolle spielte, war die Asebie
ein schwerwiegender Straftatbestand, der mit harten Strafen wie Tod, Exil und Ver-
mögenskonfiskation geahndet wurde²⁷. Bekanntlich erlaubte es das griechische Ver-
fahrensrecht, sehr verschiedene Straftatbestände unter einen solchen Titel zu subsu-
mieren, und dazu könnten durchaus auch Vergehen gegen göttliches Eigentum ge-
rechnet werden.

²⁵ Vgl. dazu den Beitrag von Marietta Horster im vorliegenden Band.

²⁶ Es geht bei diesen Verboten nämlich weniger um den materiellen Schaden, der angerichtet werden könnte, sondern um die Respektierung der Bestimmung an sich. Z.B. berichtet Pausanias (2, 28, 7), daß die abgeschnittenen Olivenzweige aus einem Heroon in Epidaurus nicht hätten weggetragen werden dürfen, sondern liegenbleiben müssen. Hier durften die Bäume also beschnitten werden.

²⁷ Vgl. etwa J. Lipsius, *Das attische Recht und Rechtsverfahren*, 3 Bde., Leipzig 1905-1915, 358ff.

RUDOLF HAENSCH (MÜNCHEN)

DAS ÖFFENTLICHE SIEGEL DER GRIECHISCHEN STAATEN – ZWISCHEN KONTROLLMITTEL UND STAATSSYMBOL

Polybios suchte in seinem Geschichtswerk immer wieder Spezifika des Römischen Staates herauszuarbeiten, um auf diese Weise den ungeheuren Erfolg Roms zu erklären. In diesem Zusammenhang wettete er: „wahrhaftig <...> wenn man den Amtsinhabern einer griechischen Stadt auch nur ein Talent anvertraut und zehn Leute die Quittung gegenzeichnen läßt, ebenso viele Siegel angebracht werden und doppelt so viele Zeugen den Akt bestätigen, so kann man sich doch nicht auf sie verlassen. In Rom dagegen bleiben Amtsinhaber oder Gesandte, durch deren Hände große Summen gehen, einfach weil sie durch einen Eid gebunden sind, ihrer Pflicht treu¹“. Es braucht uns nicht zu interessieren, ob Polybios diese seine Beobachtung zu Recht damit erklärte, daß im römischen Staatswesen der Kult der Götter eine viel größere Rolle spiele als in den griechischen und die römischen Amtsinhaber schon alleine aus Furcht vor den himmlischen Mächten viel integrierter seien als die griechischen. Im Zentrum unseres Interesses soll die Beobachtung selbst stehen, daß Siegel im öffentlichen Leben der griechischen Poleis eine viel größere Bedeutung hatten als in Rom.

Das war keineswegs nur eine Beobachtung von Polybios. Auch Cicero entlockte bei seiner Verteidigung des Flaccus einem der griechischen Zeugen der Anklage angeblich das Eingeständnis, die Bürger seiner Heimatgemeinde würden wie alle anderen Griechen alles absiegeln, was ihnen unter die Hände käme². Diese unterschiedliche Bedeutung des Siegelwesens in der alltäglichen politischen Realität der verschiedenen antiken Gemeinwesen ist freilich bisher noch kaum erforscht worden. Das beruht wesentlich auf der schwierigen Quellenlage. Aus der Antike blieben kaum staatliche Urkunden in ihrer originalen Ausfertigung erhalten. Normalerweise finden wir auf Inschriften oder in literarischen Texten höchstens Kopien solcher Dokumente. Bei solchen Abschriften bleibt aber immer fraglich, inwieweit alle diplomatischen Details des Originals wiedergegeben wurden. Selbst die papyrologische Dokumentation führt in dieser Hinsicht kaum weiter. Denn Papyri blieben vor

¹ Polyb. VI 56, 13; dazu J. Diehl, *Sphragis. Eine semasiologische Nachlese*, Diss. phil. Giess. 1938, 42.

² Cic. Flacc. 36: *Nam ut signum publicum inspexit praeclarus iste auctor suae civitatis, solere suos civis ceterosque Graecos ex tempore quod opus sit obsignare dixit*; vgl. auch a.O. 37f.

allem auf dem Gebiet solcher Siedlungen Ägyptens und des Nahen Ostens erhalten, die in der Antike den Charakter von Dörfern oder Kleinstädten hatten. In derartige Siedlungen gelangten wichtigere Dokumente der ptolemäischen und römischen Herrschaft zumeist nicht als Originale, sondern wiederum nur als Kopien, die von administrativen Zwischeninstanzen angefertigt worden waren. Aufgrund dieses Mangels an Originalen wurden viele Fragen für die Alte Geschichte gar nicht erörtert, die sich für andere geschichtliche Epochen wie das Mittelalter oder die Frühe Neuzeit notwendigerweise schon im Zusammenhang mit einer Urkundenlehre stellen.

In den letzten Jahrzehnten sind zwar eine Reihe umfangreicher Siegelfunde gemacht worden, bei denen z.T. sogar zehntausende solcher Siegel bekannt wurden³. In diesen Fällen hatten Brände oder Verschüttungen die Siegel aus Siegelton, mit denen die Urkunden gesiegelt worden waren, konserviert, aber nicht die Dokumente, zu denen diese Siegel gehörten. Dementsprechend sind diese Siegel bisher auch höchstens Gegenstand archäologischer Untersuchungen geworden. Solche Studien sammelten und katalogisierten die Siegel, werteten sie darüberhinaus aber nur im Hinblick auf kunstgeschichtliche Fragestellungen aus. Doch Historiker und Juristen interessieren andere Aspekte des Siegelwesens einer Gesellschaft. Diese politisch-juristischen Fragen werde ich am Beispiel der öffentlichen Siegel der griechischen Staaten stellen und – soweit möglich – zu beantworten suchen. Dabei werden alle literarischen und epigraphischen Zeugnisse zugrundegelegt, in denen von einem öffentlichen Siegel (δημοσία σφραγίς o.ä.) die Rede ist, und alle archäologisch bezeugten Siegel, die ihren expliziten Aufschriften nach Siegel einer bestimmten Polis oder ihrer Amtsinhaber waren⁴.

Wie bei allen historischen Phänomenen fragt sich zunächst, wann und aus welchen Zusammenhängen heraus sich griechische Staatswesen ein öffentliches Siegel zulegten⁵. Am ehesten darf man im Falle Athens eine Antwort auf diese Fragen

³ Der letzte größere Überblick über die wichtigsten Siegelfunde bei Berges, Tonsiegel 33ff. Vgl. auch Boussac, Sceaux 308.

⁴ Eingehender zu öffentlichen Siegeln griechischer Staaten: Dontas, Sphragides; Kron, Siegel bes. 140ff.; Lacroix, Blasons 105ff.; Lalonde, Publication 84-108; vgl. auch Heuß, Abschluß 226ff.; Wenger, Signum 2396ff., 2437, 2440f. Generell zum Gebrauch von Siegeln in der griechischen Welt (in Klammern jeweils die Seiten zu öffentlichen städtischen Siegeln): R.J. Bonner, The Use and Effect of Attic Seals, CPh 3, 1908, 399-407; Diehl, Sphragis (Anm. 1; besonders 24f.); E. Kittel, Siegel, Braunschweig 1970 (besonders 64, 66); H. Steinacker, Die antiken Grundlagen der frühmittelalterlichen Privaturkunde, Leipzig, Berlin 1927 (57f., 63, 65); A.-K. Wassiliou, Siegel und Papyri. Das Siegelwesen in Ägypten von römischer bis in früh-arabische Zeit, Wien 1999; Wenger, Signum (2375f., 2397f., 2415f., 2437, 2440f.). Vgl. auch Berges, Tonsiegel 22, 45ff.; A. Furtwängler/U. Kron, Das Siegel der Stadt Demetrias, Ath. Mitt. 93, 1978, 133-160, hier 139ff.; H.U. Instinsky, Die Siegel des Kaisers Augustus, Baden-Baden 1962, 13-15; Lacroix, Blasons 105ff.

⁵ Der Autor ist sich bewußt, daß die untersuchte Problematik nur einen Teilaspekt der Gesamtproblematik der Verwendung von öffentlichen Symbolen in der griechischen Welt

erhoffen; denn über Athen sind wir ja grundsätzlich viel besser informiert als über alle anderen griechischen Poleis.

Erstmals sicher belegt ist das öffentliche Siegel Athens im Jahre 397 v.Chr. Aus diesem Jahr datiert eine auf einer Inschrift aufgezeichnete Liste der im Hekatompedon aufbewahrten und an die neuen Schatzmeister übergebenen Gegenstände. Unter diesen wird anscheinend auch ein hölzernes Kästchen genannt. Es enthielt wahrscheinlich die Stempel für die Prägung von Goldmünzen und war mit dem öffentlichen Siegel Athens verschlossen⁶. Spätestens in den ersten Jahren des 4. Jh. v.Chr. gab es also in Athen ein öffentliches Siegel. Nach dem Wortlaut der Inschrift und nach der im Folgenden diskutierten Passage der Athenaion Politeia handelte es sich in dieser Zeit allem Anschein nach um *ein* öffentliches Siegel, das in den verschiedensten Zusammenhängen jeweils benutzt wurde.

darstellt. Zu diesem weiten Feld mit einem sehr verstreuten Material gibt es zwar eine Reihe archäologischer Einzelstudien und -beobachtungen (z. B. jetzt St. Brenne in: P. Siewert u.a. [Hg.], *Ostrakismos – Testimonien I*, Stuttgart 2002, 145f. zur Verbreitung der Eule; freilich bleibt die Regelmäßigkeit des Gebrauchs und die Datierung der Einzelzeugnisse problematischer als er möchte), aber m. W. keine zusammenfassende systematisierende Erörterung, insbesondere nicht unter historischen Gesichtspunkten. Am ehesten entspricht einer solchen Arbeit noch die Studie von Lacroix, *Blasons*; vgl. auch Dontas, *Sphragides 2ff.*; Kron, *Siegel 139f.*; J. Spier, *Emblems in Archaic Greece*, BICS 37, 1990, 107-129 besonders 115ff. Zu den seit 403/2 und vor allem in der 2. Hälfte des 3. Jh. bezeugten *παράσηματα* auf Ehrendekreten: Dontas, a.O., 16ff.; D. Knoepfler, *Décrets érétriens de proxénie et de citoyenneté*, Lausanne 2001, 30ff.; P. Pedrizet, *Παράσημα de villes sur des stèles de proxénie*, BCH 20, 1896, 549-562; T. Ritti, *Sigle ed emblemi sui decreti onorari greci*, Atti Acc. Lincei ser. VIII, 14, 1969-1970, 259-360 und die Abteilung „Sceaux et parasèmes“ im BE zu den Zeiten der Roberts; speziell zu den symbolischen Darstellungen auf attischen Urkundenreliefs: C.L. Lawton, *Attic Document Reliefs*, Oxford 1995, 29-31, 36f., 52f., 58f., 62f. Welche Ergebnisse bei einer solchen Studie möglich sind, zeigt z.B. L. Robert, *Monnaies antiques en Troade*, Genève, Paris 1966, 52: „On a donc la chance d’avoir à Alexandrie le même type sur trois catégories de monuments officiels: les monnaies, les poids et les timbres amphoriques. Il est assuré que c’était le type du sceau de la ville“. Angesichts dieses Forschungsstandes mag es gestattet sein, zunächst einmal einen Teilaspekt dieser öffentlichen Symbolik umfassend für die griechische Welt zu untersuchen. Ich beschränke mich dabei im wesentlichen auf die Zeugnisse aus dem Zeitraum bis zur Einrichtung des Prinzipats und des mit der Befriedung des Imperium Romanum einhergehenden stärkeren römischen Einflusses. Das bedeutet allerdings nicht, daß ein römischer Einfluß speziell im Falle des öffentlichen Siegelwesens zu vermuten wäre. Im Gegenteil, die römische Administration scheint sich in wesentlich geringerem Maße als die der hellenistischen Staatswesen der Siegel bedient zu haben (Haensch, *Verwendung*). Entsprechend dieser Eingrenzung beziehen sich alle Zeitangaben – wenn nicht ausdrücklich anders gesagt – auf die Jahrhunderte vor der Zeitenwende.

⁶ IG II² 1408 + 1388; dazu Woodward, JHS 51, 1931, 139-163. 1408 Z. 11ff.: ἀλαβ[αστοθήκη ξυλίνη ἄστατος?] ἐν ἧι οἱ χαρακτῆρες καὶ ἀκμονίσκοι εἰσὶν ἐφ’ ὧν τὸς χρυσὸς ἐ]κοπτον σεσήμαντ[α]ι τῆι δημοσίαι σφραγίδι[---].

Einen ähnlichen *terminus post quem non* wie die gerade diskutierte Inschrift bietet auch die Nachricht der Athenaion Politeia, daß der täglich wechselnde Vorsitzende der Prytanen, der Epistates, das öffentliche Siegel Athens in seiner Verwahrung hatte (Diese Nachricht wird von einer weiteren Inschrift bestätigt)⁷. Dieser Epistates verlor nämlich zwischen 403/2 und 378/7 einen wesentlichen Teil seiner Funktionen, insbesondere die Leitung der Volksversammlung⁸. Daß man nach diesem Bedeutungsverlust des Amtes dem Epistates noch die Aufgabe übertragen hätte, das Siegel Athens zu verwalten, ist kaum anzunehmen. Vielmehr deutet alles, was wir über die siegelführenden Magistrate griechischer Staaten erfahren und worauf noch zurückzukommen sein wird, daraufhin, daß bei der Einführung eines solchen Siegels jeweils der politisch wichtigste Amtsinhaber die Verfügungsgewalt über das Siegel bekam, diese aber auch dann behielt, wenn die Bedeutung des Amtes zurückging. Damit ist es aber auch umgekehrt eher unwahrscheinlich, daß das Staatssiegel Athens schon im 6. Jh. eingeführt wurde, als die Archonten noch die bedeutendsten Amtsinhaber Athens waren. Und auch an die zweite Hälfte des 5. Jh., als die Strategie das Amt war, von dem aus am kontinuierlichsten auf die athenische Politik Einfluß genommen werden konnte, ist eher nicht zu denken.

Einen präziseren *terminus post quem* wollte W.P. Wallace im sogenannten Kleiniasdekret sehen. Bekanntlich ist allerdings heftig umstritten, wann dieses Dekret von der athenischen Volksversammlung beschlossen wurde⁹. Da die Buchstabenformen des Dekretes keinen eindeutigen Anhaltspunkt liefern, hängt seine Datierung – ca. 448/7 oder ca. 426/5 – wesentlich davon ab, ob man den Antragsteller Kleinias mit dem gleichnamigen Vater des Alkibiades identifiziert oder nicht. Zu einer solchen Identifikation neigen viele, aber keineswegs alle der letzten Stellungnahmen – so z.B. Koch, Meiggs und Lewis (noch in der 2. Auflage), Traill oder auch der entsprechende Artikel im Neuen Pauly, aber z.B. nicht Samons, Smarczyk oder Welwei.

⁷ Ath. Pol. 44, 1 bzw. IG I² 204 Z. 39-40 (vom Jahr 352/351 v.Chr.).

⁸ J. Bleicken, Die athenische Demokratie, Paderborn u.a. 1994², 165, 196f.; P.J. Rhodes, The Athenian Boule, Oxford 1972, 26f.; Welwei, Athen 260f.

⁹ IG I² 66 = I³ 34; die These: Wallace, Seal. Die beiden Kontrahenten in der Frage der Datierung waren: H.B. Mattingly, The Athenian Coinage Decree, Historia 10, 1961, 148-188 und B.D. Merritt/H.T. Wade-Grey, The Dating of Documents to the Mid-Fifth Century I, JHS 82, 1962, 67-74; für die späteren Forschungsbeiträge s. insbesondere den Apparat zu IG I³; C. Koch, Volksbeschlüsse in Seebundangelegenheiten, Frankfurt am Main 1991, 250f.; für heutige Positionen vgl. z.B. Koch, a.O. 251; R. Meiggs/D. Lewis, A Selection of Greek Historical Inscriptions, Oxford 1988², 120f.; E. Stein – Hölkeskamp, Der neue Pauly 6, 1999, 562; J.S. Traill, Persons of Ancient Athens, 10, Toronto 2001, 417f., 419f.; W. Will, Perikles, Reinbek 1995, 85f. (eher für eine Frühdatierung); L.J. Samons II, Empire of the Owl, Stuttgart 2000, 189ff.; B. Smarczyk, Untersuchungen zur Religionspolitik und politischen Propaganda Athens im Delisch-Attischen Seebund, München 1990, 538-548; Welwei, Athen 127f. (für eine Spätdatierung).

Doch bietet das Dekret überhaupt einen *terminus post quem* für die Einführung des öffentlichen Siegels in Athen? Das Dekret suchte den Transfer der Beiträge, der Phoroi, der Mitglieder des Delisch-Attischen Seebundes nach Athen durch eine Reihe von Maßnahmen sicherzustellen. U.a. wurde angeordnet, daß der jeweilige Mitgliedstaat nicht nur den Phoros nach Athen bringen mußte, sondern auch ein verschlossenes offizielles Schreiben, in dem die Höhe der übersandten Summe genannt wurde. Auf diese Weise sollte verhindert werden, daß die Überbringer Geld ihrer Gemeinde unterschlugen. Diese Schreiben sollten mit anzufertigenden ‚Symbola‘ verschlossen werden¹⁰. Unter diesen Symbola muß man mit David Lewis und Philippe Gauthier wohl Erkennungsmarken verstehen, die aus zwei unregelmäßig geformten, aneinanderpassenden Hälften bestanden. Diese Erkennungsmarken wurden allem Anschein nach in Athen erstellt¹¹. Eine von ihnen verblieb in Athen, während die andere in den jeweiligen Mitgliedstaat verbracht wurde¹². Öffentliche Siegel spielten also bei diesem Kontrollverfahren keine Rolle. Doch besagt das, daß es keine gab? Das ganze Dekret ist offensichtlich von athenischem Mißtrauen bestimmt. Diese Grundhaltung allein kann aber schon erklären, weshalb man nicht auf ein Beglaubigungsmittel zurückgriff, das sich in dem jeweiligen Mitgliedstaat des Bundes befand, dort gut bekannt und leicht nachzuahmen war. Viel zuverlässiger ließ sich von Athen aus ein Beglaubigungsmittel überprüfen, das dort selbst angefertigt worden war und nur diesem Kontrollzweck diente¹³.

Eher ist zu fragen, ob nicht eine Passage aus den „Rittern“ des Aristophanes¹⁴ einen *terminus ante quem* bietet. Wie unbelehrbar das athenische Volk seiner Ansicht nach war, suchte der Komödiendichter insbesondere dadurch zu zeigen, daß sich der als Demos bezeichnete Hauptheld von dem einen, ‚der Paphlagonier‘ genannten, Demagogen abwendet, um sich einem noch schlimmeren anzuschließen. In diesem Zusammenhang verlangt der Demos vom ersten Demagogen, dem Paphlagonier, seinen Siegelring zurück; dieser habe keine Vollmacht mehr, in seinem Auftrag zu verwalten. Nicht nur der Grundgedanke des ganzen Stückes, sondern auch

¹⁰ Anders nur Lalonde, Publication 106, nach dem der Phoros mit dem Symbolon verschlossen worden wäre.

¹¹ Z. 11. χσύμβολα δὲ π[ι]οίεσα[ι]σθαι πρὸς τὰς πόλεις, ἡ[ό]πος ἄ[μ] μὲ ἐχσεῖ ἀδικῆν τοῖς ἀ[πά]γο[σι] τὸμ φόρον· γράφασα δ[ὲ] ἡ[ε] πόλις ἐς γραμματεῖον τὸ[μ] φό[ρ]ον, ἡόντιν' ἂν ἀποπέμπει, σεμεναμένη τῶι συμβ[ό]λο[ι] ἀποπεμπέτο Ἄθέναζε· τὸς δὲ ἀπάγοντας ἀποδο[ῶ]ναι τὸ γραμματεῖον ἐν τῆι βολεῖ ἀναγῶναι ἡόταμ[π]ε[ρ] τὸμ φόρον ἀποδιδοῖ.

¹² Lewis, Seal 32f.; P. Gauthier, Symbola, Nancy 1972, 81ff.; vgl. Koch, Volksbeschlüsse (Anm. 9) 275, 565f., der jedoch 258 von „Stadtsiegel“ spricht; vgl. zu symbola auch J.H. Kroll/F.W. Mitchel, Clay Tokens Stamped with the Names of Athenian Military Commanders, Hesperia 49, 1980, 86-96, hier 93 ff; skeptisch Lalonde, Publication 104f.

¹³ Ähnlich auch Lewis, Seal; dagegen noch einmal W.P. Wallace, Note, Phoenix 9, 1955, 34. Eine ähnliche Regelung wurde um 367 für den diplomatischen Verkehr mit dem König Straton von Sidon vereinbart: IG II² 141 = Syll.³ 185; dazu Lewis, a.O. 33; Wallace, a.O.

¹⁴ Aristoph. Equit. 946ff.

ein spezielles Wortspiel in der entscheidenden Szene legt nahe, daß auf ein öffentliches Siegel angespielt wird. Das Siegelbild wird nämlich in dieser Szene näher beschrieben. Dabei fällt der Satz, es sei das des δημός. Dabei spielt Aristophanes allem Anschein nach mit dem gleich geschriebenen, aber unterschiedlich ausgesprochenen Worten δημός – Volk und δημός – Fett¹⁵.

Insgesamt bleiben aber alle diese *termini ante* oder *post quos* zu unsicher und ungenau, um die Einführung des öffentlichen Siegels Athens mit einem konkreten innen- oder außenpolitischen Ereignis des 5. Jh. verbinden zu können. Damit läßt sich auch nicht ermitteln, welcher zeitliche Zusammenhang zwischen dem Beginn des Gebrauchs des Staatssiegels und der Herausbildung von Staatssymbolen in anderen Zusammenhängen wie z.B. bei der Münzprägung besteht¹⁶.

Noch weniger läßt sich aber über den Zeitpunkt der Einführung des öffentlichen Siegels bei anderen griechischen Staaten feststellen. Das öffentliche Siegel von Kos wird in drei Inschriften aus dem Jahr 303 bzw. dem 1. Viertel des 3. Jh. erwähnt¹⁷. Eine dieser Inschriften verweist auch auf ein solches von Kalymna. Aus dem 4. Jh. soll auch eine bronzene Matrix mit doppelseitigem Intaglio stammen, in der der Herausgeber nach der einen der beiden Darstellungen (Thetis mit dem Schild des Achill) und den eingetieften Buchstaben ΛΑ das offizielle Siegel von Larissa Kremaste im südlichen Thessalien vermutete. Die Authentizität dieses Siegels ist allerdings angezweifelt worden¹⁸.

Für das frühe 3. Jh. v.Chr. erwähnen zwei Inventarlisten aus Delos das öffentliche Siegel dieser Insel¹⁹. In einer weiteren Inschrift finden sich Hinweise auf die öffentlichen Siegel von Smyrna und Magnesia. Aus den Schreiben, mit denen griechische Poleis die Asylie des Asklepiosheiligtums von Kos bestätigen, hören wir von Siegeln von Korykos, Neapolis und Elea²⁰. Polybios wie Plutarch berichten vom öffentlichen Siegel des achaischen Bundes – offensichtlich aufgrund einer gemein-

¹⁵ Gegen eine solche Interpretation z.B. Bonner, *Use* (Anm. 4) 402: „It is now generally agreed the signet ring <...> was not the state seal but such a seal as a master trusted to his steward“. Doch warum sollte Aristophanes nicht mit beiden Bedeutungsebenen spielen?

¹⁶ Ebenso wenig läßt sich präzise ermitteln, aus welchen Zusammenhängen heraus es bei der Publikation von staatlichen Dokumenten üblich wurde, die entsprechenden Stelen auch mit einschlägigen symbolischen Darstellungen zu versehen. Vgl. K.-J. Hölkenskap, (In-)Schrift und Monument, *ZPE* 132, 2000, 73-96, besonders 88.

¹⁷ *Syll.*³ 344 Z. 64 (ἐσφραγισμένους τῆι Κώϊων σφραγίδι); bzw. SEG 48, 1093 (τῶι δα[μ]οσίαι σφραγίδι); *Syll.*³ 953 = Ager, *Arbitrations* 21.

¹⁸ D. M. Robinson, *A State Seal – Matrix from Panticapaeum*, *Classical Studies Presented to Edward Capps on his Seventieth birthday*, Princeton 1936, 305-313; kritisch: Kron, *Siegel* 141; Lacroix, *Blasons* 107 mit Anm. 7.

¹⁹ *IG XI* 2, 150 B Z. 5; 154 B Z. 47.

²⁰ SEG 12, 377-378.

samen Quelle²¹. Ein Fundkomplex mit Tonsiegeln aus Demetrias stammt wohl noch aus dem 3. Jh.²². Das Gleiche scheint für einen Siegelfund aus Thurioi zu gelten²³.

Sprunghaft steigt die Zahl der Belege für öffentliche Siegel im 2. Jh. v.Chr. an²⁴. Von den Inseln in der Ägäis sind Staatssiegel von Eretria, Iulis auf Keos, Minoa auf Amorgos, Paros, Peparethos, Tenos und Thera bezeugt. Von den kretischen Gemeinden ist neben dem Siegel von Knossos wohl auch das von Itanos belegt. Siegel der Koina der Epiroten, Molosser, Thesprotoi, Boioter, Akarnanen und Lokrer sind wahrscheinlich ebenfalls bekannt. Öffentliche Siegel sind schließlich auch für Pella in Makedonien und für recht kleine bzw. gar winzige Städte des griechischen Festlands wie Chaleion, Kalydon, Kalliope und Gitana bezeugt. Für Kleinasien kommt noch ein aus dem 2. oder 1. Jh. v.Chr. stammender Beleg für das öffentliche Siegel von Priene hinzu (eventuell ein zweiter) und ein entsprechender, spätestens ins Jahr 138 v.Chr. zu datierender Hinweis für Milet.

Im 1. Jh. v.Chr. finden sich zusätzlich Hinweise auf öffentliche Siegel von Salamis, Kourion, Kition und selbst Ledroi auf Zypern. Von den Kykladeninseln kommen hinzu: Syros, Mykonos und Naxos; von den kleinasiatischen Städten: Alabanda, Ephesos, Kolophon, Sardeis, Tralleis und Akmonia.

Es wäre aber vorschnell geurteilt, wenn man aus der erläuterten chronologischen Verteilung der Belege für öffentliche Siegel schließen würde, daß sich diese erst im 2. und 1. Jh. v.Chr. in größerem Maße verbreiteten. Dazu ist die Dokumentation zu sehr von bestimmten Überlieferungsbedingungen abhängig. Die große Zahl derartiger Hinweise aus dem 2. und 1. Jh. v.Chr. ergibt sich erstens dadurch, daß sich im 2. Jh. die Ehrendekrete häufen, in denen die Organe der ehrenden Stadt u.a. explizit beschließen, ein mit dem öffentlichen Siegel verschlossenes Exemplar des Beschlusses in die Heimatstadt des Geehrten zu überbringen, damit diese Gemeinde auch wisse, wie sehr sich der Geehrte um die ehrende Stadt verdient gemacht habe²⁵. Es ist damit zu rechnen, daß erst in diesem Jahrhundert ein entsprechender, expliziter Passus häufiger in Ehrenbeschlüssen aufgenommen wurde – unabhängig davon, ob die angeführte Siegelpraxis schon seit längerer Zeit bestand²⁶. Zudem ist auch zu

²¹ Delos: IG XI 2, 154 B 47 (τὴν δημοσίαν σφραγίδα); 203 B 102 (269); Achaier: Polyb. IV 7, 10 (220); Plut. Arat. 38, 1.

²² Kron, Siegel, besonders 133 (Datierung), 136 (Aufschrift). Ein letztlich unsicherer Beleg bleiben die aus Selinous, das im 1. Punischen Krieg endgültig zerstört wurde, bekannt gewordenen Siegel mit der Darstellung eines Herakles und dem Buchstaben Σ (A. Salinas, NSc 1883, 287-314, besonders 296f.), da nur ein Buchstabe auf den Stadtnamen hinweisen könnte.

²³ Notizie degli Scavi VIII, 31, 1977, 520f. (O.C. Colburn).

²⁴ Für die Dokumentation des 2. und 1. Jh. s. Appendix I.

²⁵ Von den Zeugnissen aus dem 2. und 1. Jh. entsprechen nur Syll.³ 683. 953 nicht diesem Typ. Beide gehören aber wiederum zu einem gleichen Typ, nämlich demjenigen der Schiedssprüche von dritten Staaten in Streitigkeiten zwischen zwei streitenden Poleis. Im Fall von IPriene 356 fand sich das Siegel auf einem Medizingefäß.

²⁶ Vgl. schon Lalonde, Publication 84f.

berücksichtigen, daß in vielen Poleis solche Dekrete erst zu diesem Zeitpunkt häufiger in Stein eingemeißelt wurden – also auch in dieser Hinsicht ein Beispiel für das Phänomen eines spezifischen ‚epigraphic habit‘ vorliegt.

Zweitens steigt die Zahl der Hinweise dadurch so stark an, daß zu den wenigen in Monumentalinschriften erwähnten Siegeln jetzt die zahlreichen als solche erhaltenen Tonsiegel kommen, die bei der Ergrabung privater und öffentlicher Archive (im weitesten Sinne) gefunden wurden. So fanden sich die Reste einer im Privathaas zweier Strategen des Aitolischen Bundes, Vater und Sohn, in Kallipolis an der Wende vom 3. zum 2. Jh. aufbewahrten Dokumentensammlung, ferner ein spätestens im Jahre 67 v.Chr. zugrundegegangenes Privatarchiv in Delos mit ca. 26000 Siegelabdrücken und schließlich ein Depot von mehr als 11000 Siegelabdrücken unter einem Mosaik des sogenannten Hauses des Dionysos in Neu-Paphos. Für alle in diesen Archiven gefundenen Siegelabdrücke – und damit für die dahinterstehenden öffentlichen Siegel – bietet der jeweilige archäologische Kontext nur einen *terminus post quem non*.

Wegen dieser Überlieferungsbedingungen machen die Quellen nur deutlich, wie verbreitet spätestens im 2. und 1. Jh. v.Chr. der Gebrauch eines öffentlichen Siegels in der griechischen Welt war. Dabei ist nicht nur die Zahl der bekannten öffentlichen Siegel entscheidend, sondern auch, daß wir mehrere Poleis entweder in dieser Zeit (so Ledroi in Zypern) oder gar grundsätzlich nur in ihren Siegeln (Gitana in Epirus, Paleoi in Aitolien) fassen können. Selbst sehr kleine griechische Poleis hatten also ein öffentliches Siegel²⁷.

Für wie wichtig die Poleis das Siegel hielten, zeigt sich an den Amtsinhabern, die das Staatssiegel (oder das wichtigste mehrerer öffentlicher Siegel) führten. So wie in Athen verfügten auch in Iulis auf Keos, in Syros und in Milet die Prytanen über das Siegel. In Tenos und Paros waren es die Archonten, in Kos und Kalymna die Prostatai, in Peparethos und Smyrna²⁸ die Strategen, in Knossos die Kosmoi²⁹.

²⁷ Eine Vorstufe zu einem öffentlichen Siegel ist anscheinend in einem Beschluß von Maroneia aus der Zeit des Kaisers Claudius zu beobachten. Dort wurde im Zusammenhang mit zukünftigen Gesandtschaften zu den Kaisern beschlossen, daß die jeweiligen „Ernenennungsurkunden“ mit einem grundsätzlich von den Gesandten selbst bereitzustellenden Siegel verschlossen werden sollten, das aber immer den Kopf des Dionysos – der wichtigsten Gottheit der Stadt – zeigen sollte: καὶ σφραγι(σ)άμενοι τὸ ψή(φισμα) σφραγεῖδι [ἐ]χούσῃ πρόσωπον Διονύσου ὃ ἄν αὐτοὶ βουλευθῶσιν (K. Clinton, Maroneia and Rome: Two Decrees of Maroneia from Samothrace, Chiron 33, 2003, 379-411, besonders 382 Z. 37ff. und 395). Vgl. dazu auch M. Wörle, Maroneia im Umbruch, Chiron 34, 2004, 149-167, bes. 163f.

²⁸ Die besonderen Umstände des in ISmyrna II 1, 573 erwähnten Vertrages (dazu u. bei Anm. 58 bis 60) dürften dazu geführt haben, daß in diesem Fall auch die für die Führung der Bürgerlisten zuständigen Exetasten mitsiegelten.

²⁹ Unterstellt wird dabei, daß die Magistrate, die die Dokumente versiegeln sollten, auch diejenigen waren, die das öffentliche Siegel in ihrer Obhut hatten. Das läßt sich zumindest in einem Beispiel aus Athen auch eindeutig nachweisen (IG II² 204 = Syll.³ 204).

Mustert man diese siegelführenden Amtsinhaber durch, so scheint erstens das Vorbild Athens eine Rolle gespielt zu haben. Wenn im Falle mehrerer Kykladeninseln die Prytanen das Siegel führten, liegt nahe, daß sich diese Staaten an Athen orientiert hatten – wohl zur Zeit von dessen Hegemonialmacht – und mit dem Amt der Prytanen auch deren Funktionen übernommen hatten. Andererseits finden sich mehrfach Amtsinhaber, die schon in archaischer Zeit in ihren Poleis von zentraler Bedeutung gewesen waren, wie die Archonten in Tenos oder Paros oder die Kosmoi in Knossos. In ihrem Falle hat man wohl am ehesten zu dem Zeitpunkt, als man sich zur Einführung eines Staatssiegels entschloß, die in diesem Augenblick wichtigsten Amtsinhaber³⁰ zusätzlich mit der neuen Funktion betraut³¹. Diese Beispiele deuten daraufhin, daß sich die Einführung eines Staatssiegels nicht nur aus dem Vorbild einer bestimmten Hegemonialmacht, also Athens, ergab, sondern weitergehende Wurzeln hatte. Zumindest in größeren politischen Organisationen wie dem Aitolischen Bund oder den Poleis Athen, Paphos und Pella gab es in hellenistischer Zeit sogar mehrere öffentliche Siegel, die jeweils von einer bestimmten Gruppe von Amtsinhabern geführt wurden³².

Noch bezeichnender für die Bedeutung des Siegels zumindest in einem griechischen Staat ist, daß im Achaischen Bund an der Wende vom 3. zum 2. Jh. v.Chr. der Zeitpunkt, zu dem der abtretende Stratege das Siegel dem neugewählten übergab, Amtsende und Amtsbeginn markierte³³. In diesem Bund hatte die Verfügungsgewalt über das Siegel also nicht nur große politische Bedeutung, sondern auch einen symbolischen Charakter.

Nicht klar zu erkennen ist, wie sich die Praxis der griechischen Poleis, das Siegel den wichtigsten Amtsinhabern anzuvertrauen, zu derjenigen der meisten hellenistischen Monarchien verhielt, in denen die Verfügungsgewalt über das Siegel ebenfalls ein Zeichen höchster Autorität war und sich mehrfach zu einer eigenen, gewichtigen Institution entwickelte – eine Praxis, für die es in Rom bezeichnenderweise keine Parallele gibt³⁴. Schon in der Zeit des jungen Alexander soll die Erlaub-

³⁰ Ein wichtiges Beispiel für die Bedeutung des Siegels der Polis als Amtsinsignie des höchsten städtischen Amtsinhabers bietet § 81 der Vita G des Aesop (aus dem 1. Jh. n.Chr.; so der Herausgeber: B.E. Perry, *Aesopica*, Baltimore 1952).

³¹ Vgl. schon Lalonde, *Publication 88*: „officials of rank commensurate with that of the chairman at Athens“.

³² Zu den Belegen aus dem Aitolischen Bund u. bei Anm. 62. Aus Pella sind Siegel für die Politarchen und das Emporion bekannt, s. SEG 38, 655 = 39, 622. In Apollonia in Illyrien wurde ein Metallsiegel mit der Aufschrift ἀγορά (SEG 39, 651) gefunden.

³³ Polyb. IV 7, 10; Plut. Arat. 38, 1.

³⁴ Man denkt sofort an den Siegelring, den Augustus Agrippa im Jahre 23 v.Chr. übergab (Cass. Dio LIII 30, 2). Doch beinhaltet dieser Akt während der ersten Jahre des gerade entstehenden Prinzipats wohl nicht mehr, als daß Agrippa zum Testamentsvollstrecker bestimmt wurde. Auf jeden Fall wurde das Vorgehen des Augustus in der römischen Öffentlichkeit nicht als Designation eines Nachfolgers empfunden, und es entwickelte sich

nis, das königliche Siegel zu führen, die höchste Vollmacht gewesen sein, die der jeweilige König Makedoniens vergeben konnte. Nach Plutarch ließ Philipp bei seinem Aufbruch zum Feldzug gegen Byzanz den 16jährigen Alexander als κύριος ἐν Μακεδονίᾳ τῶν πραγμάτων καὶ τῆς σφραγίδος zurück (Alex. 9, 1). Und als Alexander auf seinem Totenbett Perdikkas seinen Ring übergab, hatte er ihn nach Pompeius Trogus/Justin zwar nicht explizit als Erben benannt, aber doch allem Anschein nach dazu bestimmt (*nam etsi non voce nuncupatus heres, iudicio tamen electus videbatur*)³⁵. Die Stellung eines der beiden Regenten für den jungen Ptolemaios V. beruhte neben seiner Funktion als (oberster) Leibwächter auf der Verfügungsgewalt über das königliche Siegel. Als ihm sein Rivale das Siegel entzog, bedeutete dies das Ende seiner Stellung (Polyb. XVI 22, 2. 11). Im Attalidenreich nahm der ἐπὶ τῆς σφραγίδος ebenfalls allem Anschein nach eine herausgehobene Stellung ein³⁶. Der den gleichen Titel führende Amtsinhaber unter Herodes dem Großen war nicht nur der am meisten geschätzte seiner φίλοι, sondern verlas auch nach dessen Tod die ersten öffentlichen Erklärungen. Insbesondere machte er das Testament des Herodes bekannt. Anschließend sollten nach den Anordnungen des Herodes der Siegelring und die versiegelten Finanzunterlagen des Königreiches zu Augustus gebracht werden, da diesem die letzte Verfügungsgewalt über das Schicksal seines Königreiches zustehe³⁷. Es fehlt an Anhaltspunkten, um zu entscheiden, ob die hellenistischen Monarchen und insbesondere die Argeaden mit diesen Regelungen das Vorbild der griechischen Poleis nachahmten oder die Wurzel dieser Institution in den patriarchalisch – patrimonialen Strukturen eines solchen Königtums zu sehen ist. Und ebenso unklar bleibt, ob und inwieweit diese Bedeutung des Siegels der hellenistischen Herrscher auf diejenige der öffentlichen Siegel in den griechischen Poleis rückwirkte.

Schon die Verfügungsgewalt über das öffentliche Siegel macht also deutlich, welch große Bedeutung man ihm zumaß. Doch wofür wurde es benutzt? Am meisten Informationen dazu bieten – wie nicht anders zu erwarten – die Quellen für Athen. Die frühesten Nachrichten beziehen sich auf mit dem Staatssiegel verschlossene Behälter – wie das erwähnte Kästchen mit den Stempeln für die Goldmünzen. Daß wir überhaupt von dem Siegel erfahren, ist wesentlich dadurch bedingt, daß es sich am Ende des letzten Drittels des 5. Jh. in Athen eingebürgert hatte, daß die für einen Tempel zuständigen Magistrate am Ende ihrer Amtszeit die Listen des Inventars des entsprechenden Heiligtums epigraphisch verewigten, um

auch nie die feste Funktion eines Siegelbewahrers. Eine *anuli cura* ist bezeichnenderweise nur für Caesar bezeugt (Iust. XLIII 5, 12).

³⁵ Iust. XII 15, 12-13; vgl. Curt. Ruf. X 6, 5; grundsätzlich s. auch Diodor XVII 117, 3; XVIII 2, 4; Curt. Ruf. X 5, 4; dazu: H.R. Baldus, Die Siegel Alexanders des Großen. Versuch einer Rekonstruktion auf literarischer und numismatischer Grundlage, Chiron 17, 1987, 395-449, hier 398.

³⁶ IGR IV 1712. IEph. 201.

³⁷ Ios. bell. Iud. I 667-669 (vgl. II 24); ant. Iud. XVII 195. 228; zur Position des Ptolemaios: bell. Iud. I 473 (vgl. ant. Iud. XVI 191).

tars des entsprechenden Heiligtums epigraphisch verewigten, um ihre sorgfältige Amtsführung zu dokumentieren. Diese Inventarlisten – neben der erwähnten der für das Amtsjahr 398/397 zuständigen Amtsinhaber auch mehrere der folgenden Jahre und Jahrzehnte – nennen dementsprechend u.a. mit dem öffentlichen Siegel Athens versiegelte Behälter³⁸. Neben den Stempeln für die Prägung der Goldmünzen sollten nicht näher bezeichnete Gegenstände aus kostbaren Metallen, unechte Statere und elfenbeinerne Rasiergeräte vor einem unbefugten Eingriff geschützt werden. Eine besondere epigraphische Praxis führte zur Erwähnung eines Gebrauchs des Siegels, von dem wir aus literarischen Quellen wohl kaum je erfahren hätten.

Die Versiegelung eines anderen Typs von Behältern erwähnt³⁹ ein Volksbeschluß des Jahres 352/351⁴⁰. Damals beschloß die athenische Volksversammlung, dem Apollo in Delphi die Frage vorzulegen, ob der Landbesitz der Gottheiten von Eleusis verpachtet oder brach liegen gelassen werden solle. Beide Alternativen wurden auf Zinntäfelchen festgehalten. Diese Täfelchen wiederum wurden in einer bronzenen Hydria geschüttelt und dann in der Reihenfolge ihrer Auslosung in eine goldene und silberne Hydria gegeben. Diese Behälter sollten sodann versiegelt nach Delphi gebracht werden. Vorher hatte sie aber nicht nur der Epistates der Prytanen mit dem öffentlichen Siegel zu versehen. Vielmehr konnte auch noch jeder Athener, der dies wollte, zusätzlich sein eigenes Siegel anbringen. Ob man dies als Hinweis darauf werten sollte, daß sich das öffentliche Siegel noch nicht so sehr im allgemeinen Bewußtsein durchgesetzt hatte, daß es jedes private ersetzte, bleibt fraglich. Vielleicht stand hinter dieser Regelung eher das Bestreben, jeden Bürger an der Kontrolle der Handlungen der Amtsinhaber der Polis zu beteiligen. Dieses Bemühen ist ja auch ansonsten häufig in Athen zu fassen.

Ein solch mehrfaches Versiegeln war zudem in Athen kein Einzelfall. Nach einer Rede des Isokrates wurden die Hydriai mit den Namen der Richter der Dionysia von den Prytanen und von den Chorführern versiegelt. Die Prytanen dürften das öffentliche Siegel benutzt haben, die Chorführer wohl ihre privaten⁴¹. Alle diese frühen Belege scheinen darauf hinzudeuten, daß das öffentliche Siegel in Athen zunächst vor allem dazu benutzt wurde, um Behälter zu versiegeln, weniger jedoch, um Dokumente zu sichern. Das leuchtet auch insofern ein, als auch die privaten Siegel nach dem Zeugnis der literarischen Quellen ursprünglich und vor allem dazu

³⁸ IG II² 1409 Z. 7: [σεσήμανται τῆι δημ]οσία[ι] σφρα[γίδι] (395/394); IG II² 1445 Z. 26: [--- σεσημασμένα τῆι δημοσίαι σφραγίδι] (376/375); IG II² 1443 + Pesaro fragment Z. 214f.: [σεσημασμένα τῆι δημοσί[αι] σφρα[γίδι] (344/343); IG II² 1455 + 1444 Z. 15ff.: [δοκιμεί]α [ἐ]ν κιβυτίφ σ(ε)σ(η)μασμένα [τῆ] δημοσία σφραγίδι; vgl. auch IG II² 1453 Z. 11 (vor 350).

³⁹ Ganz unklar bleibt bei SEG 16, 50 = 17, 21 = 21, 25 Z. 346 = 30, 61 B Z. 4f. – einer Regelung für die Mysterien in Eleusis – in welchem Zusammenhang die Phrase [--- ἐσφραγισμ]ένον τῆι δημοσίαι σφ[ραγίδι] ---] benutzt wurde (vgl. auch a.O. 63).

⁴⁰ IG II² 204 = Syll.³ 204.

⁴¹ Isokr. Trap. 33-34 u.a. αἱ σεσημασμένα μὲν ἦσαν ὑπὸ τῶν πρυτάνεων, κατεσφραγισμένα δ' ὑπὸ τῶν χορηγῶν.

benutzt wurden, um Kammern und Kisten zu verschließen. Auch daß man Anfragen an ein Orakel in der Form von Alternativen formulierte und diese dann versiegelt dem Gott vorlegte, war eine schon bei privaten Anfragen übliche Praxis.

Erst in der zweiten Hälfte des 4. Jh. hören wir von Dokumenten, die mit dem öffentlichen Siegel gesichert worden waren. So sagte z.B. Demosthenes in seiner Rede „Über den Kranz“ zu seinen Zuhörern: „dadurch, daß sie die Euthynai absiegelten, hätten sie zugegeben, daß er (d.h. Demosthenes) alle Amtsgeschäfte gerecht und ohne bestochen worden zu sein durchgeführt habe⁴²“. In diesem Fall wurde also am Ende des Verfahrens der Rechenschaftslegung athenischer Amtsinhaber der vorgelegte und akzeptierte Rechenschaftsbericht für alle Zukunft versiegelt – wohl mit dem öffentlichen Siegel.

In ähnlicher Weise kam auch im athenischen Rechtswesen das Siegel zum Einsatz, um das Ergebnis einer bestimmten Etappe eines Rechtsverfahrens zu konservieren und vor einer nachträglichen Verfälschung zu schützen. So wurden anscheinend generell die von den Parteien eingereichten Beweismittel vor Beginn der eigentlichen Verhandlung in zwei kapselförmigen Behältern (ἐχίνοι) gesammelt und versiegelt⁴³. Akzeptierte eine der Parteien in einem Schiedsverfahren den Spruch des jeweiligen Schiedsmannes nicht und wollte den Rechtsstreit bei einer Richterbank anhängig machen, so wurde auch dieser Spruch als versiegeltes Dokument aufbewahrt⁴⁴. Versiegelt wurden ebenfalls die Protokolle der Aussagen unter der Folter, die von den sogenannten Elfmännern, den Hendeka, oder einer speziellen Ratskommission aufgezeichnet worden waren⁴⁵. Gemeinsam ist allen diesen Fällen, daß das Ergebnis einer bestimmten Phase in einem Rechtsverfahren festgehalten und durch das Siegel vor einem späteren revidierenden Eingriff bewahrt werden sollte⁴⁶.

An solchen athenischen Praktiken dürfte sich Platon orientiert haben, wenn er in seinen „Gesetzen“ vorsah, daß bei den von ihm befürworteten mehrtägigen Gerichtssitzungen bei todeswürdigen Verbrechen am Abend jedes Verhandlungstages ein versiegeltes Protokoll über die Beratungen des Richterkollegiums auf einem Altar der Hestia hinterlegt werden sollte. Ebenso wollte er, daß am Ende der Beratungen der Gesetzeswächter, der Nomophylakes, ein Exemplar des erarbeiteten Kodex versiegelt werde, um deutlich zu machen, daß er in Zukunft nicht mehr verändert werde⁴⁷.

In allen diesen Fällen diente das Siegel dazu, etwas zu verschließen und vor unberechtigtem Zugriff und Veränderung zu schützen. Ein bloßes Untersiegeln – und

⁴² Dem. XVIII 250.

⁴³ Dem. XXXIX 17; XLVII 16; LIV 26f.

⁴⁴ Ath. Pol. 53, 2.

⁴⁵ Dem. LIII 24.

⁴⁶ Ein ähnliches Vorgehen bei einem religiösen Akt: IG IX 2, 1109 = Syll.³ 1157 (Demetrias; circa 100).

⁴⁷ Plat. leg. 855 E-856 A bzw. 957 B.

damit auch eine bloß symbolische Bedeutung des Siegelns – läßt sich in Athen nicht fassen.

Was wir von der Siegelpraxis anderer griechischer Staaten erfahren, ähnelt in vielem den Nachrichten aus Athen⁴⁸. 303 regelte z.B. Antigonos Monophthalmos in Absprache mit zwei Gesandtschaften von Teos und Lebedos eine Reihe von Fragen, die sich aus dem geplanten Synoikismos dieser beiden Gemeinden ergaben. U.a. sollten bis zum Abschluß des für die neue Polis geltenden Gesetzeswerkes die Gesetze von Kos angewandt werden. Dazu sollte eine Abschrift dieser Gesetze aus Kos geholt werden. Diese Kopie war mit dem öffentlichen Siegel von Kos zu versiegeln – um sie beim Transport vor Eingriffen zu schützen⁴⁹.

In gleicher Weise sollten auch im Rahmen eines Schiedsverfahrens, mit dem Knidos im frühen 3. Jh. einen Streit zwischen Kalymna und Bürgern von Kos beenden wollte, Urkunden durch Versiegeln mit dem öffentlichen Siegel vor Eingriffen beim Transport bewahrt werden. Alle aus öffentlichen Archiven stammenden Dokumente, die die beiden Parteien während des Verfahrens anführen wollten, sollten nämlich nach ihrer Erstellung mit den öffentlichen Siegeln der beiden Gemeinden versiegelt werden und erst unmittelbar vor Verhandlungsbeginn von den Strategen von Knidos eröffnet werden. Die Protokolle der Aussagen von Zeugen, die nicht zur Verhandlung nach Knidos kommen konnten, sollten gar von den Vorstehern der jeweiligen Heimatgemeinde doppelt ausfertigt werden – ein versiegeltes und ein ungesiegeltes Exemplar. Während das ungesiegelte Exemplar innerhalb von 20 Tagen den führenden Amtsinhabern der „gegnerischen“ Stadt zugeleitet werden sollte, sollten die versiegelten Exemplare allem Anschein nach nach Knidos gebracht werden⁵⁰. Diese besondere Regelung ergab sich daraus, daß es sich erstens um Protokolle mündlicher Aussagen handelte und man zweitens damit rechnen mußte, daß die Zeugen während des Verfahrens verstarben.

In allen diesen Fällen hatte das Versiegeln eine unmittelbar juristisch relevante Funktion – nämlich bestimmte, für ein anstehendes oder laufendes Verfahren wichtige Dokumente beim Transport vor ihrem Gebrauch vor Verfälschungen zu schützen. Eine etwas andere Funktion hatte das Versiegeln, als sich die Messenier spätestens im Jahre 138 v.Chr. in Milet eine Abschrift des dort ergangenen Schiedsspruchs über territoriale Streitigkeiten zwischen Messene und Sparta besorgten. Die Abschrift sollte in Olympia als Inschrift veröffentlicht werden. Während des Transpor-

⁴⁸ Im Falle von SEG 35, 665 Z. 37f. ist nicht einmal sicher, ob ein öffentliches Siegel gebraucht worden war.

⁴⁹ Syll.³ 344 = Welles, Correspondence 3 Z. 63f.

⁵⁰ Syll.³ 953 = Ager, Arbitrations 21 bes. A Z. 34-36, 53-65. Kaum haltbar: Lalonde, Publication 101f. Nicht mehr zu erhellen ist, in welchem Zusammenhang in einem Vertrag zwischen Temnos und Klazomenai auf das öffentliche Siegel hingewiesen wurde: SEG 29, 1130 bis = Ager, a.O. 71 II 4f. vgl. 63f.

tes war sie mit dem Siegel von Milet vor Eingriffen geschützt⁵¹. In diesem Fall war das eigentliche Rechtsverfahren schon abgeschlossen, und das Siegel verschloß auch nicht mehr das einzig autoritative Exemplar eines Dokumentes. Wenn diese Urkunde trotzdem mit dem öffentlichen Siegel der rechtssprechenden Polis versehen werden sollte, so hatte dies wahrscheinlich zumindest auch eine symbolische Dimension⁵². Das Gleiche ist bei einem Vertrag zu beobachten, mit dem zu Beginn des 2. Jh. kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Milet und Magnesia beendet wurden. Dieser sollte, mit den (öffentlichen) Siegeln verschlossen, nach Rhodos gebracht werden, um dort zur Bekräftigung seiner Geltung als Inschrift verewigt zu werden⁵³.

Am häufigsten bezeugen aber Inschriften, wie schon erwähnt, die Versiegelung eines Dokumentes, wenn es sich um Beschlüsse einer Polis zu Ehren eines um sie verdienten Bürgers einer anderen Polis handelte. Solche versiegelten lobenden Zeugnisse sind von den Poleis Akmonia, Alabanda (?), Iulis auf Keos, Knossos, Minoa auf Amorgos, Paros (?), Peparethos, Tenos, Thera und einer weiteren, nicht mehr zu bestimmenden Stadt⁵⁴ bezeugt. Diese Dichte erklärt sich sicherlich z.T. aus dem commemorativen Charakter eines großen Teils der epigraphischen Überlieferung. Aber Ciceros eingangs erwähnten spöttischen Bemerkungen in seiner Rede *Pro Flacco* machen deutlich, wie verbreitet diese Begleiterscheinung eines solchen diplomatischen Verkehrs war. Selbst noch als Sardeis den Enkelsohn des Augustus, Caius Caesar, anlässlich des Anlegens der *toga virilis* (und des *latus clavus*) ehrte, hatte seine Gesandtschaft den Beschluß in versiegelter Form nach Rom zu bringen⁵⁵.

Unklar bleibt demgegenüber, welche anderen Typen von Dokumenten versiegelt wurden – zumindest wenn man militärische Zusammenhänge außer acht läßt. Der einzige explizite literarische Hinweis auf einen in Friedenszeiten versiegelten Brief findet sich in den *Antiquitates Iudaicae* des Flavius Josephus. Ein angebliches Schreiben eines Spartanerkönigs an den Hohenpriester Onias erwähnt in seinem Schluß, wie das Siegel aussah, mit dem es verschlossen gewesen sein soll. Die Authentizität dieses auch im ersten Makkabäerbuch zitierten Schreibens ist allerdings mehr als fraglich. Zudem fehlt im Makkabäerbuch die hier interessierende Passage, so daß man annehmen möchte, daß das angebliche ‚Dokument‘ im Laufe der Über-

⁵¹ Olympia 52 = Syll.³ 683 = Ager, Arbitrations 159 II, besonders Z. 12f., 39f. Ein früheres Beispiel des gleichen Verfahrens, bei dem aber nicht explizit erwähnt wird, daß es sich um ein öffentliches Siegel handelt: Syll.³ 588, cf. Milet VI 1, 148 (80er Jahre des 2. Jh.?).

⁵² Zu weitgehend: Lalonde, Publication 96.

⁵³ Syll.³ 588 = Ager, Arbitrations 109 Z. 92-95, cf. Milet VI 1, 148 (80er Jahre des 2. Jh.); vgl. Heuß, Abschluß 227f., 254. Vielleicht einschlägig auch IG XI 1065 = Ager, a.O. 83 Z. 27ff.: τὴν σύλλυσις[ιν καὶ ταῖς πόλεσιςιν ἀυτὴν ἀπο]στεῖλ[α]ν σφραγισαμένους τῆι δ[ημοσίαι σφραγίδι].

⁵⁴ R. Herzog, Koische Forschungen und Funde, Leipzig 1899 p. 125ff. nr. 190.

⁵⁵ IGR IV 1756 = Sardes VII 1, 8.

lieferung immer mehr ausgestaltet wurde⁵⁶. Das einzige Beispiel für den Gebrauch eines Siegels bei anderen Schreiben des diplomatischen Verkehrs als ehrenden Beschlüssen bleibt zwar recht problematisch. Wenn allerdings für die spezielle Gruppe ehrender Urkunden, deren Inhalt keineswegs besondere Sicherheitsprobleme aufwarf, das Versiegeln so häufig bezeugt ist, möchte man vermuten, daß dies auch auf viele andere Dokumente des diplomatischen Verkehrs zutrifft. Dazu paßt, daß bei Schreiben der Könige der klassischen und hellenistischen Zeit wie z.B. für den Perserkönig im Jahr 367 oder Philipp V. bezeugt ist, daß ihre Schreiben versiegelt waren⁵⁷.

Eine weitergehende Dimension des Siegelgebrauchs im diplomatischen Verkehr belegt ein in der Zeit des Seleukos II. abgeschlossener und inschriftlich festgehaltener Vertrag⁵⁸. In diesem Sympolitievertrag sicherte Smyrna den griechischen Bewohnern Magnesias, den dort stationierten Soldaten und den dortigen Militärkolonisten die gleichen Rechte und Privilegien wie den Bürgern von Smyrna zu. Dieser Vertrag kam in der Weise zustande, daß eine Gesandtschaft von Smyrna den Vertragsentwurf nach Magnesia brachte. Nachdem er dort in der Volksversammlung akzeptiert worden war, beschworen ihn zunächst die Gesandten von Smyrna, und daraufhin die Vertreter von Magnesia. Anschließend wurde er besiegelt. Nach dem ausdrücklichen Wortlaut des Abkommens trat der Vertrag mit diesem Moment des Siegelns in Kraft⁵⁹. In dieser Regelung ist zum ersten Mal zu fassen, daß dem Akt des Versiegelns im Rahmen von diplomatischen Verhandlungen eine eigene konstitutive Bedeutung zukam⁶⁰.

⁵⁶ Ios. ant. Iud. XII 227. Die Passage über die Versiegelung nicht bei I Mac. 12, 19-22; zu diesem Schreiben z.B. E. Schürer, *The History of the Jewish People in the Age of Jesus Christ (175 B.C.-A.D. 135)*, A New English Version Revised and Edited by Geza Vermes & Fergus Millar, Edinburgh 1973, I 184f. Anm. 33. Grundsätzlich s. z.B. Gauthier, *Symbola* (Anm. 12) 88: „Il est manifeste que les lettres officielles, revêtues du sceau de la cité, sont devenues d'un usage courant à partir du IV^e siècle“.

⁵⁷ Xen. Hell. VII 1, 39: καὶ ὁ Πέρσης ὁ φέρων τὰ γράμματα δείξας τὴν βασιλέως σφραγίδα ἀνέγνω τὰ γεγραμμένα. Der Aufbau des Satzes legt nahe, daß zunächst das unversehrte Siegel vorgezeigt wurde, dieses dann erbrochen wurde und dann das Schreiben verlesen wurde (aber nicht, daß nur ein separates Siegel vorgezeigt wurde). Ein gleichartiges Geschehen wird bei Thuk. I 129 angeführt, einer allerdings nicht unproblematischen Quelle, s. z.B. P.J. Rhodes, *Thucydides on Pausanias and Themistocles*, *Historia* 19, 1970, 387-400. Philipp V: IG XII 3, 91 = Syll.³ 572; vgl. Wenger, *Signum* 2397; kaum zutreffend: Lalonde, *Publication* 107f.

⁵⁸ OGIS 229 = IMagnesia 1 = ISmyrna II 1, 573.

⁵⁹ Z. 57f.: ἀφ' οὗ ἀγ χρόνου ἡ ὁμολογία συνσφραγισθ(ῆ)ι εἰς ἐξάμηνον. Zum städtischen Siegel von Smyrna s. auch IG XII 3, 172 = ISmyrna II 1, 581 Z. 102.

⁶⁰ Zu den verschiedenen Besonderheiten dieses Vertrages, der in mehrfacher Hinsicht besonders entwickelte Formen des diplomatischen Verkehrs bezeugt: Heuß, *Abschluß* 229f., 237f. Vgl. auch P. Fröhlich, *Les cités grecques et le contrôle des magistrats (IV^e-I^{er} siècle avant J.-C.)*, Genève 2004, 144ff. Im Bereich des öffentlichen Bauwesens galt der Akt des Versiegelns schon in einem Dokument aus dem Delos des 3. Jh. als der juristisch relevante Zeitpunkt des Vertragsabschlusses: BCH 35, 1911 p. 43ff. nr. 31 Z. 20-23.

Überhaupt scheint im Hellenismus die symbolische Bedeutung des öffentlichen Siegels zugenommen zu haben⁶¹. Das legen nicht nur manche der bisher erörterten Dokumente nahe. Im Aitolischen Bund führten z.B. anscheinend alle Strategen, aber auch die Synedroi und der Hipparchos dasselbe Siegelbild, die Speerspitze⁶². Lediglich die Beischriften machten deutlich, welches Organ des Bundes bzw. welcher spezielle Amtsinhaber gesiegelt hatte. Offensichtlich sollte schon das Siegelbild klar erkennen lassen, daß es sich um die Organe und die wichtigsten Vertreter ein und desselben Staatswesens handelte. Das gewählte Siegelbild war zudem das verbreitetste Symbol der aitolischen Münzprägung. In diesem Fall bediente sich also ein Staatswesen in verschiedenen (aber miteinander verwandten) Medien immer wieder des gleichen Symbols.

Das gilt auch für manch andere der griechischen Staaten, deren Siegelbilder und Münzprägung wir kennen. So zeigten das Staatssiegel von Mykonos, aber auch die Münzen dieses Staates ein Traubenbüschel und einen Stern. Häufiger entspricht das Siegelbild aber nur einer von mehreren im Rahmen der Münzprägung gebräuchlichen Darstellungen⁶³. Das trifft z.B. auf Naxos, Ephesos, Kolophon, Tralleis und die Akarnanen zu. In diesen Staaten gab es also nicht ein Staatssymbol, sondern mehrere Sinnbilder, die das jeweilige Staatswesen vertreten konnten⁶⁴. Speziell erscheint

⁶¹ Vgl. in diesem Zusammenhang auch einen Ehrenbeschluß von Sestos auf der thrakischen Chersones: Nach diesem Dokument hatte Sestos im letzten Drittel des 2. Jh. eine eigene Münzprägung eingeführt, um erstens daraus finanziellen Nutzen zu ziehen und zweitens das Abzeichen der Stadt Münzen einzuprägen: *χάριν τοῦ νομιετεύεσθαι μὲν τὸν τῆς π[όλ]εως χαρακτῆρα* (OGIS 339 = ISestos I Z. 43ff.).

⁶² Strategen: Pantos, *Sphragismata* p. 146ff. Nr. 117-127; Synedroi – [Συ]νέδρων -: a.O. p. 157 Nr. 129; Hipparchos – [ἱ]ππάρχου -: a.O. p. 157f. Nr. 130.

⁶³ Kron, Siegel 140: „Die demosia Sphragis kann, braucht aber nicht dem Münzbild angeglichen zu sein“; ebenso Boussac, *Sceaux* 314 Anm. 27 und M. Rostovtzeff, *Seleucid Babylonia. Bullae and Seals of Clay with Greek Inscriptions*, YCIS 3, 1932, 5-111, hier 56; anders aber K. Vandorpe, *A Sagalassos City Seal*, in: M. Waelkens/J. Poblome, *Sagalassos III*, Leuven 1995, 299-303, hier 300. Zu einem entsprechenden Phänomen in der Münzprägung von Sestos: H. von Fritze, *Sestos. Die Menas – Inschrift und das Münzwesen der Stadt*, in: *Nomisma* 1, 1907, 1-13, besonders 12f. Das Gleiche ist auch bei den *Parasemata* der Proxeniastelen zu beobachten: „Mais on va voir qu'en général, les emblèmes des stèles de proxénie ne reproduisent pas avec une exactitude tout à fait rigoureuse les types monétaires dont ils sont imités“ (Pedrizet, *Παράσημα* [Anm. 5] 551, als Ergänzung dazu Lacroix, *Blasons* 110ff.). Zur Vielzahl der Darstellungen auf attischen Gewichten: E. Pernice, *Griechische Gewichte*, Berlin 1894, 14ff. Auch auf den bronzenen *Pinakia* der attischen *Dikasterien* im 2. Viertel des 4. Jh. waren unterschiedliche attische Symbole (Eule, Kopf der Athene, Gorgoneion) eingestempelt, s. z.B. A.L. Boegehold, *The Athenian Agora XXVIII. The Lawcourts at Athens*, Princeton 1995, 59 – mit einer Diskussion von J.H. Kroll, *Athenian Bronze Allotment Plates*, Cambridge/M. 1972, 51ff.

⁶⁴ Auch deshalb dürfte es unmöglich sein, aus dem Siegelbild auf den öffentlichen Charakter eines Siegels zu schließen, wie es zurecht Kron, Siegel 142 bestreitet, anders aber Lacroix, *Blasons* 107.

auf dem Siegel von Kolophon im 1. Jh. v.Chr. ein Symbol – die fünfsaitige Leier –, das im Rahmen der Münzprägung zu diesem Zeitpunkt schon kaum noch gebräuchlich war und nur noch auf dem Revers der Bronzemünzen zu finden war. Man hielt also zumindest in dieser Polis im Falle des Siegels entschiedener als bei der Münzprägung an einem einmal gewählten Symbol fest⁶⁵.

Man sollte allerdings auch nicht das Ausmaß dessen, in dem das öffentliche Siegel Symbolwert gewann, überschätzen. Das belegt gerade ein Detail des erwähnten Vertrages zwischen Smyrna und den Bewohnern Magnesias. Der Vertrag sollte nämlich nicht nur mit den öffentlichen Siegeln verschlossen werden, sondern auch mit den privaten der Beauftragten der beiden Städte⁶⁶. Ähnlich wie im Athen des 4. Jh. war also auch im Smyrna des 3. Jh. der symbolische Charakter des Siegels noch nicht so stark, als daß man das zusätzliche Siegel durch einzelne Vertreter der jeweiligen politischen Gemeinde für überflüssig erachtet hätte⁶⁷. Das könnte damit zusammenhängen, daß die Vollbürger griechischer Poleis sehr danach strebten, ihre Amtsinhaber bei jedem Akt zu kontrollieren. Daß diese Kultur des ‚institutionalisierten Mißtrauens‘ – oder positiv formuliert: der Teilhabe aller am Staat – sich auch auf die Siegelpraxis auswirkte, hatte ja schon Polybios festgestellt. Der relativ geschlossene Kreis der römischen Führungsschicht entwickelte ganz andere, viel informellere Techniken, um seine Vertreter zu kontrollieren. Deshalb hat man im republikanischen Rom auch nie ein öffentliches Siegel eingeführt⁶⁸.

⁶⁵ Vgl. H. Seyrig, *Cachets d'archives publiques de quelques villes de la Syrie Romaine*, jetzt in: Ders., *Scripta varia. Mélanges d'archéologie et d'histoire*, Paris 1985, 417-441, hier 434f.: „les sceaux officiels étaient gravés sur des chatons de métal, et non sur des gemmes. <...> Les administrateurs seules – comme il est normal – s'en tenaient à l'instrument traditionnel“.

⁶⁶ Z. 87f.: συνσφραγισάσθωσαν δὲ τὰς ὁμολογίας τῆμ μὲν Σμυρναίοις δοθησομένην οὐς ἂν ἀποδείξῃ τὸ κοινὸν τῶν ἐμ Μαγνησίαι τοῖς τε ἐαυτῶν δακτυλίοις κα[ὶ] τ[ῶ]ι ὑπάρχοντι κοινῶι, τὴν δὲ εἰς Μαγνησίαν δοθησομένην σφραγισάσθωσαν Σμυρνα[ίων] οἳ τε στρατηγοὶ καὶ οἱ ἐξετασταὶ τῶι τε τῆς πόλεως δακτυλίωι καὶ τοῖς αὐτῶν.

⁶⁷ Wenn demgegenüber in dem erwähnten Schiedsverfahren zwischen Kalyrna und Bürgern von Kos vorgesehen war, daß auf den in Kos erstellten Protokollen von Bürgern dieser Gemeinde, die nicht zu dem Verfahren nach Knidos reisen konnten, nicht nur mit dem öffentlichen Siegel, sondern – falls gewünscht – auch mit denen der privaten Kläger gesiegelt werden durfte, so sollte diese Regelung nur Rücksicht auf die Interessen der Einzelkläger nehmen. Es gab nämlich keine entsprechende Regelung für die in Kalyrna erstellten Dokumente.

⁶⁸ Dazu Haensch, *Verwendung*.

BIBLIOGRAPHIE

- Ager, Arbitrations = S.L. Ager, Interstate Arbitrations in the Greek World, 337-90 B. C., Berkeley/Los Angeles/London 1995
- Berges, Tonsiegel = D. Berges, Die Tonsiegel aus dem karthagischen Tempelarchiv, in: Ders. u.a., Die deutschen Ausgrabungen in Karthago, Mainz 1997, 10-214
- Boussac, Sceaux = M.-F. Boussac, Sceaux Déliens, Revue Archeologique 1988, 307-340
- Boussac, Sceaux de Délos = M.-F. Boussac, Les sceaux de Délos 1, Paris 1992
- Dontas, Sphragides = G.S. Dontas, Ἀρχαῖαι ἐλληνικαὶ δημοσίαι σφραγίδες, Ἀρχαιολογική Ἐφημερίς 1955 (1961), 1-21
- Haensch, Verwendung = R. Haensch, Die Verwendung von Siegeln bei Dokumenten der kaiserzeitlichen Reichsadministration, in: M.-F. Boussac/A. Invernizzi (ed.), Archives et Sceaux du monde hellénistique, Torino, Villa Gualino 13.-16. Gennaio 1993, Athènes 1996 (1997), 449-496
- Heuß, Abschluß = A. Heuß, Abschluß und Beurkundung des griechischen und römischen Staatsvertrages, Klio 27, 1934, 14-53, 218-257
- Kron, Siegel = U. Kron, Das Siegel der Stadt Demetrias, MDAI, AA 93, 1978, 133-160
- Lacroix, Blasons = L. Lacroix, Les „blasons“ des villes grecques, in: Etudes d'archéologie classique 1, 1955-1956 (1958), 91-115
- Lalonde, Publication = G.V. Lalonde, The Publication and Transmission of Greek Diplomatic Documents, Diss. Phil. Washington 1971, 84-108
- Lewis, Seal = D.M. Lewis, The Public Seal of Athens, Phoenix 9, 1955, 32-34
- Michaelidou – Nicolaou, Sealings = I. Michaelidou – Nicolaou, Inscribed Clay Sealings from the Archeion of Paphos, in: D. M. Pippidi, Actes du VII^e congrès international d'Épigraphie grecque et latine, Constantza, 9-15 septembre 1977, Bucuresti, Paris 1979, 413-416
- Pantos, Sphragismata = P.A. Pantos, Τα σφραγίσματα της αιτωλικής Καλλιπόλεως, Αθήνα 1985
- Wallace, Seal = W.P. Wallace, The Public Seal of Athens, Phoenix 2, 1948, 70-73
- Welles, Correspondence = C.B. Welles, Royal Correspondence in the Hellenistic Period, New Haven 1934
- Welwei, Athen = K.-W. Welwei, Das klassische Athen, Darmstadt 1999
- Wenger, Signum = L. Wenger, Signum, in RE II 2, 2, 1923, 2361-2448

APPENDIX I

Die Belege für das 2. und 1. Jh. v.Chr.

Belege aus dem 2. Jh.

(Alle mit „?“ versehenen Datierungen beruhen auf den Schriftformen und der Sprache der Inschriften)

Chalkis: SEG 49, 1115 (ca. 167-150)

Eretria: ?IG XII 9 p. 162 nr. 6, cf. Milet VI 1 nr. 154 = SEG 49, 1116 (σφραγισάμενοι τῆς δημο[σία] σφραγί[δι]; ca. 150)

Iulis: IG XII 5, 599 (2. Jh.?)

Knossos: ICret. I, VIII 11 (nach 170?)

Miletos: Syll.³ 683 Z. 13f. 40 (τῆι [δημ]οσία σφραγί[δι]; spätestens 138)

Minoa auf Amorgos: IG XII 7, 228 (2. Jh.?)

Paros(?): ICret II, I 2 A 7ff.

Pella: SEG 38, 655 = 39, 622, cf. BE 2002, 76 (mehrere, letztlich undatierte Beispiele für ein Siegel mit der Aufschrift Πέλλης πολιταρχῶν und eines mit Πέλλης ἐμπόριον)

Peparethos: IG XII 3 Suppl. 258 (2. Jh.?): SEG 26, 677 (2. Jh.?)

Priene: IPriene 356, 3 (2. oder 1. Jh. v.Chr.); R. Herzog, Koische Forschungen und Funde, Leipzig 1899 p. 127 Anm. 3 („Ein solches δακτύλιον τῆς πόλεως ist der prächtige goldene Ring mit dem Athenekopf, dem Wappen von Priene, der sich im Besitz der Kön. Museen zu Berlin befindet“)

Tenos: IG XII 5, 823 (τῆι δημοσί[α] σφραγί[δι]; 2. Jh.); 830 (1. Drittel 2. Jh.); 833 (kaum nach 2 Jh.); 835 (?); 840 (2. Jh.); vgl. auch 836

Thera: IG XII 3, 322 (τῶι [δαμ]οσί[α]ι [σφ]ραγί[δι]; 2. Jh.?)

Vielleicht einschlägig auch IG XII 5 Suppl. 248 c 23 (Andros; 2. Jh.); IG XII 7, 32 (Arkesine; nicht nach 150 v.Chr.); ganz unsicher Milet I 38 cf. VI 1 p.163.

Nicht mehr zu bestimmen ist, um welche Städte es sich bei SEG 29, 771 (2. H. 2. Jh.); IG II 443 sowie R. Herzog, Koische Forschungen und Funde, Leipzig 1899 p. 125ff. nr. 190 Z. 24f. handelte.

Im Archiv zweier aus Kallipolis stammenden Strategen des aitolischen Bundes an der Wende vom 3. zum 2. Jh. fanden sich Siegel folgender Poleis oder Koina (Pantos, Sphragismata):

Koinon der Lokrer(?): p. 116 nr. 93 – Λο[κρῶν];

Koinon der Epirotai: p. 120 nr. 97;

Echinaioi? oder Trachinaioi?: p. 137ff. nr. 111; erhalten: – XINAIΩ –;

Kalliope?: p. 142 nr. 113 – Καλλιαιπᾶν;

Erythrai: p. 159 nr. 132 – Ἐρυθ[θρ]αίω[ν];

Itanos auf Kreta: p. 172ff. nr. 144 – [Ἴτ]ανίω[ν];

Koinon der Boioter: p. 179 nr. 150 – Βοι[ωτῶν];

Koinon der Akarnanen: p. 191f. nr. 163 – [Ἀκα]ρνάν[ων];

Paleoi(?): p. 193ff. nr. 165;

Challeion: p. 196f. nr. 166 – [X]αλειέων;

Athen: p. 269f. nr. 222 – [Ἰ]αθην[αίων];

Kalydon: p. 286f. nr. 238 – Καλυδωνίων.

Ganz unsicher bleibt bei p. 133 nr. 106; p. 136f. nr. 110; p. 143 nr. 114; p. 160f. nr. 133; p. 184 nr. 157f.; p. 198f. nr. 167; p. 277f. nr. 230 von welchen politischen Gemeinden die Siegel stammten.

Ein Fund von mehr als 11000 Siegeln in Paphos (Michaelidou-Nicolaou, Sealings) erbrachte Belege aus dem späten 2. oder 1. Jh. für die öffentlichen Siegel folgender Städte: Kourion, Kition, Ledroi (der einzige Beleg für diese Gemeinde in spätptolemäischer Zeit!) und Salamis.

Unter den 2500 im heutigen Goumani in einem Gebäude aus hellenistischer Zeit gefundenen Siegeln waren auch einige, die den antiken Namen der dortigen Siedlung (Gitana) führten, also Abdrücke des offiziellen Siegels der Stadt waren (Preka, Group); ferner fanden sich dort Siegel mit der Aufschrift Μολοσσῶν, συνέδρων Αἰτωλῶν, Ἀπειρωτῶν, Θεσπρωτῶν (nach den Abbildungen bei K. Preka – Alexandris, Seal Impressions from Titani, a Hellenistic Metropolis of Thesprotia, in: PACT 23, 1989, 163-172).

Aus hellenistischer Zeit soll auch ein Siegelabdruck der Ἀνωκλιβιανῶν stammen: Brit. Mus. Cat. Walters, Terracottas 445 E 114; genaue Beschreibung: YCIS 3, 1932, 62 Anm. 6.

Belege aus dem 1. Jh.

Akmonia: Cic. Flacc. 36f.

Alabanda: IG XII 9, 4 – [..Ἰ]αλ[α]β[αν]ιδέων

Λοκροὶ καὶ Ὀζόλαι: Strab. IX 3, 1

Syros: IG XII 5, 653 (ca. Pompeius?)

Sardeis: IGR IV 1756 = Sardes VII 1, 8 (5 v.Chr.)

In einem wahrscheinlich im Jahre 69 zerstörten Gebäude auf Delos fanden sich ca. 26000 Siegelabdrücke, darunter solche folgender öffentlicher Siegel: Mykonos, Naxos, Ephesos, Kolophon, Tralleis und vielleicht Argos (Boussac, Sceaux p. 13ff. nr. SP 3-7 sowie 11).

Kron, Siegel 141 Anm. 54 bis 56 listet Belege aus Larissa, Olynthos und Pantikapaion auf, bei denen es sich ihrer Ansicht nach wegen des Materials nicht um städtische Siegel gehandelt haben kann (gegen Robinson, Seal – Matrix [Anm. 18]).

APPENDIX II
Magistrate, die das öffentliche Siegel führen

Staatswesen	Quelle	Datum	Magistrat
Smyrna	ISmyrna II 1, 573	c. 246-226	Strategen und Exetastai
Achaischer Bund	Polyb. IV 7, 10 (vgl. auch Plut. Arat. 38, 1)	220	Stratège
Iulis auf Kos	IG XII 5, 599	ca. 2. Jh.	Prytanen
Kalymnos	Syll. ³ 953	ca. 2. Jh.	Prostatai
Knossos	ICret I, VIII, 11	Nach 170?	Kosmoi
Kos	SEG 48, 1093 Syll. ³ 933	Seleukos I? ca. 2. Jh.	Prostatai (πρ[ο]στάται) Prostatai
Miletos	Syll. ³ 683	spätestens 138	Prytanen
Minoa auf Amorgos	IG XII 7, 228	ca. 2. Jh.	Grammateus der Boule*
Paros (?)	ICret. II, I, 2 A 7f.	2. Jh.	Polemarchen (?) (τὸς πολε[μάρχους])
Peparethos	IG XII 3 Suppl. 258, cf. SEG 26, 677	ca. 2. Jh.	Strategen
Syros	IG XII 5, 653	ca. Pompeius	Prytanen
Tenos	IG XII 5, 840 IG XII 5, 830 vgl. IG XII 5, 823	2. Jh. 1. Drittel 2. Jh. ca. 2. Jh.	Archonten [Archonten] [Archonten]
Thera	IG XII 3, 322	ca. 2. Jh.	Tamiai
?	SEG 29, 771	2. H. 2. Jh.	Damiurgen

Vgl. auch IG IX 2, 1109 Z. 43ff. (Demetrias) – ein Siegel der Strategen und Nomophylakes:
κατασφραγισάσθωσαν τῆ τε τῶν στρατηγῶν καὶ νομοφυλάκων σφραγίδι

Auch der Bularchos von Myania und Hypnia (SEG 23, 305 = IG IX, I², 3, 748 = F. Delphes III 4, 352) dürfte am ehesten mit einem öffentlichen Siegel gesiegelt haben.

*Gegen Fröhlich, Cités 146 nicht die Exetastai; denn denen sollte nach IG XII 7, 245 + 237 Z. 56-60 nur ein – u.U. mit privaten Siegeln verschlossenes – Dokument übergeben werden.

APPENDIX III
Zur Identität der Symbole auf öffentlichen Siegeln und Münzen

Staatswesen	Quelle	Datum	Siegelbild	andere Verwendung des Symbols in demselben Gemeinwesen
Korykos – [Κορ]κυραίων	SEG 12, 377 Z. 1	242	Greif	nein; s. z.B. Lacroix, Blasons 106
Neapolis	SEG 12, 378 Z. 2	242	männliche Figur	nein; s. z.B. Lacroix, Blasons 106
Elea	SEG 12, 378 Z. 12	242	sitzende weibliche Figur	nein; s. z.B. Lacroix, Blasons 106
Demetrias	Kron, Siegel	vor 218	auf einem nach rechts orientierten Schiffsbug kniet oder schreitet ein mit Schild bewaffneter Krieger	Schiffsbug (ohne Krieger) findet sich auf Rückseiten städti- scher Emissionen (Kron, Siegel 140)
Koinon der Lokrer (?) – Λο[κρῶν]	Pantos p. 116 nr. 93	Wende 3./2. Jh.	Dreizack	nein
Koinon der Epiroten	Pantos p. 120 nr. 97; Pre- ka, Seal p. 171 fig. 12	Wende 3./2. Jh.	Blitzbündel in Eichen- kranz	eines der traditionel- len Münzbilder
Kalliope (Stadt der östlichen Lokrer)	Pantos p. 142f. nr. 113	Wende 3./2. Jh.	zehnzackiger (? Δεκακ- τινο) Stern	nichts bekannt, da Stadt zu klein
Erythrai – Ἐρυ[θρ]αίων[v] (welches?)	Pantos p. 159 nr. 132	Wende 3./2. Jh.	Speerspitze	nichts bekannt
Itanos (?) – [Ἴτανίων]	Pantos p. 172ff. nr. 144	Wende 3./2. Jh.	Heroe und Labyrinth	nichts bekannt
Koinon der Boioter	Pantos p. 179 nr. 150	Wende 3./2. Jh.	nackte männliche Figur	nichts bekannt
Koinon der Akarnanen (?) – [Ἀκαρ]ρνάν[ων]	Pantos p. 191f. nr. 163	Wende 3./2. Jh.	Kopf des Achelous	auch in Münzprägung der Akarnanen
Paleoi (?) in Aitolien	Pantos p. 193ff. nr. 165	Wende 3./2. Jh.	Aitolischer Heros	nichts bekannt

Staatswesen	Quelle	Datum	Siegelbild	andere Verwendung des Symbols in demselben Gemeinwesen
Chaleion (?) – [X]αλειέων	Pantos p. 196f. nr. 166	Wende 3./2. Jh.	Haupt des Apollo	nichts bekannt
Athen (?) – [Ἰ]αθην[αίων	Pantos p. 269f. nr. 222	Wende 3./2. Jh.	Athene (? erhalten nur Hand und Teil der Waffen)	jedenfalls nicht das typische Münzbild
Kalydon (?) – Καλυδωνίων	Pantos p. 286f. nr. 238	Wende 3./2. Jh.	Artemis Laphria	jedenfalls nicht das typische Münzbild
Kourion	Michaelidou-Nicolaou, Sealings p. 414	spätes 2. oder 1. Jh.	Bukranion	keine städtische Prägung in dieser Zeit; nichts bekannt
Kition	Michaelidou-Nicolaou, Sealings p. 415	spätes 2. oder 1. Jh.	Schiffsbug	keine städtische Prägung in dieser Zeit; nichts bekannt
Ledroi (?) – [Λ]εδρών	Michaelidou-Nicolaou, Sealings p. 415	spätes 2. oder 1. Jh.	Tyche mit Cornucopiae und Ruder	keine städtische Prägung in dieser Zeit; nichts bekannt
Ledroi (?) – Λεδρών	Michaelidou-Nicolaou, Sealings p. 415	spätes 2. oder 1. Jh.	Bukranion?	keine städtische Prägung in dieser Zeit; nichts bekannt
Salamis (Σα)	Michaelidou-Nicolaou, Sealings p. 415	spätes 2. oder 1. Jh.	Zeus Salaminios mit Patera und Szepter	keine städtische Prägung in dieser Zeit; in der Kaiserzeit ein wichtiges Münzbild
Gitana	Preka, Group	„hellenistic“	männlicher Kopf nach rechts	nichts bekannt, da Siedlung zu klein
Molossoi	Preka, Seal p. 170 fig. 9	„hellenistic“	Adler unter Kranz	eines der Münzbilder, allerdings zumeist auf Blitzbündel
Thesprotoi	Preka, Seal p. 171 fig. 14	„hellenistic“	weiblicher Kopf nach rechts	nein (auf den Münzen wird der Kopf der Persephone frontal dargestellt)
Mykonos	Sceaux de Délos I p. 13 SP 3	Beginn 1. Jh.	Traubenbüschel mit Stern und Gerstenkorn	eines der traditionellen Münzbilder (Gerstenkorn eher selten)

Staatswesen	Quelle	Datum	Siegelbild	andere Verwendung des Symbols in demselben Gemeinwesen
Naxos	Sceaux de Délos I p. 13 SP 4	Beginn 1. Jh.	Krater mit Bändchen und darüber Traubenbüschel/ darunter Thyrsos	eines der traditionellen Münzbilder
Ephesos	Sceaux de Délos I p. 14 SP 5	Beginn 1. Jh.	Artemis Ephesiaca	derselbe Typ wie auch auf den Goldstateren von Ephesos nach und vor(?) der Einrichtung der Provinz
Kolophon	Sceaux de Délos I p. 14 SP 6	Beginn 1. Jh.	Leier mit 5 Seiten	eines der traditionellen Münzbilder, aber im 2./1. Jh. nur noch auf Revers der Bronzemünzen
Tralleis	Sceaux de Délos I p. 15 SP 7	Beginn 1. Jh.	Zebu	eines der traditionellen Münzbilder
Westlokrer/ Ozolai	Strab. IX 3, 1	Ende 1. Jh.	Abendstern	das Koinon der Westlokrer prägte keine Münzen; Amphissa allerdings solche mit einem Stern (Lacroix, Blasons 105)

APPENDIX IV
Siegel einzelner Amtsinhaber

(zu den Aitolern o. Anm. 62; vgl. auch den Zusatz zu Appendix II)

Gemeinwesen	Quelle	Datum	Magistrat, der Siegel führt	Darstellung
Delos (unter der Herrschaft Athens)	Sceaux de Délos I, SP 1	Beg. 1. Jh.	ἐπιμελητῆς ἐν Δήλῳ	Kopf eines Mannes mit Bart (Demos des Theseus??)
Paphos	Michaelidou – Nicolaou, Sealings 414	spätes 2. oder 1. Jh.	δικασταί	Zeus
Paphos	Michaelidou – Nicolaou, Sealings 414	spätes 2. oder 1. Jh.	spezielles Siegel eines κληρωτῆς (eines Vorsitzenden über ein Losverfahren oder eines Ausgelosten)	(nur Inschrift)
Pella	SEG 39, 622, cf. BE 1973, 274; 1990, 465; 1991, 395		Politarchen	Keule und Rosette
Pella	SEG 39, 622		Emporion	
Sparta	Paus. Lac. 11, 10		οἱ τὰς ἀρχὰς ἔχοντες	Bild des Königs Polydoros (der für seine Gerechtigkeit bekannt war)*

* M. Meier, Zwischen Königen und Damos, ZRG RA 117, 2000, 43-102, hier 93 sieht keinen Grund an der Zuverlässigkeit dieser Überlieferung zu zweifeln; anders H.U. Instinsky, Die Siegel des Kaisers Augustus, Baden-Baden 1962, 14 Anm. 3: „Das kann sich nicht auf ältere Zeiten beziehen, da das Andenken des Polydoros erst spät eine positive Färbung erhalten hat“.

EVANGÉLOS KARABÉLIAS (PARIS)

RÉPONSE À RUDOLF HAENSCH

Au seuil de ce bref exposé, je dois vous rappeler que selon le programme initialement prévu pour nos réunions du Colloque (*Symposion*) 2003 de Marburg, je devrais prendre la parole pour répondre à la communication que Monsieur Francisco Javier Fernández Nieto projetait de faire sur la réglementation de la pêche dans la Grèce ancienne. Or, prévenu à temps par notre collègue et ami Hans-Albert Rupprecht, je me suis lancé dans l'étude des *halieutika* pour être en mesure de pouvoir m'occuper convenablement des poissons et des pêcheries. Notre collègue espagnol ayant définitivement renoncé à présenter sa communication à ce *Symposion*, les organisateurs de celui-ci, afin que je ne chôme pas, m'ont proposé de servir comme répondant à la communication de Monsieur Rudolf Haensch sur les *Sceaux officiels des cités grecques – entre moyens de contrôle et symboles de l'Etat*. Ainsi délaissant les *halieutika*, je me suis appliqué à étudier un domaine, inconnu pour moi, plus noble et d'un ordre plus élevé par rapport aux poissons et les pêcheries.

J'ai accepté sans hésitation de répondre à l'exposé bien documenté de Monsieur Rudolf Haensch, fruit de ses recherches plus vastes sur les sceaux dans l'Antiquité, sous la distinction, préalable et nette, entre sceaux publics et sceaux privés. Il convient tout d'abord de souligner que les *sphragides*, *sêmeia*, *signa*, *sigillia* de l'Antiquité gréco-romaine, connus depuis longtemps des historiens de l'art dans des diverses recherches d'iconologie, n'ont pas suscité, comme le méritent pour plusieurs raisons, des travaux d'ensemble et des études sur des points de détail en comparaison avec la richesse de la *sigillographie* médiévale grecque, érigée en une véritable science auxiliaire de la connaissance historique après le VII^e s. pour ce qui concerne la prosopographie, l'administration civile militaire et ecclésiastique, l'Economie et la Société byzantines. Les 10.000 (!) sceaux connus jusqu'à ce jour n'ont pas suscité l'émergence d'une *sigillographie antique* en tant que science auxiliaire pour les antiquisants. Situation bien regrettable!

Ayant profité du privilège de tout répondant dans le cadre de nos travaux d'avoir accès au texte, malheureusement sans notes et bibliographie, de notre collègue Monsieur Rudolf Haensch au sujet des sceaux officiels dans l'Antiquité grecque, notamment des sceaux des Cités grecques au II^e siècle avant notre ère, époque de prolifération des sceaux publics, j'aimerais faire une série de remarques et de réflexions. Et tout d'abord à propos de la pertinence de la distinction nette entre domaine public et domaine privé, placé à la base de l'exposé de Monsieur Rudolf

Haensch, qui pour le moins cette fois-ci nous parle des sceaux publics, en tant que symbole de la puissance publique surtout pendant la période hellénistique. Une telle distinction tranchée entre *idion* et *dêmosion*, concepts pris sous une acception rigoureuse, devrait pensons-nous, attirer l'attention des historiens des Institutions grecques anciennes, surtout si l'on prend en considération que dans l'Antiquité grecque, les domaines que les juristes modernes appellent droit public et droit privé ne semblent pas être bien distingués de manière précise et déterminée. Car les domaines privé et public ne sauraient être séparés et distincts dans l'ambiance de la *polis* démocratique, selon les résultats de recherches récentes des hellénistes sur les activités collectives est sur la notion du politique dans les Cités grecques. Nous évoquerons quelques textes anciens à l'appui de cette réflexion. Prenons en premier lieu le témoignage d'Aristophane qui, tout en ridiculisant le *Dêmos* athénien, qui transmettait son pouvoir au *Charcutier* en lui cédant son anneau (*Chevaliers*, 942 sqq.), ne semble accorder une grande importance au sceau public. Le même poète comique tourna ailleurs (*Guêpes*, 583 sq.) ses railleries contre les jurés populaires qui ne respectaient point la dernière volonté (scellée de surcroît) du père défunt de la fille épicière. Exagérations du poète comique, certes, mais ce poète ne semble faire une distinction entre sceaux publics et sceaux privés. L'Etat athénien avait confié la garde du sceau public (*dêmosia sphragis*) à l'épistate des prytanes (Aristote, *Const. d'Ath.*, 44.1) et nous savons, également, que les Trésoriers d'Athènes fermaient et scellaient les portes du Trésor de la Déesse par leurs sceaux personnels (Dittenberger, *Sylloge*³, n. 91, l. 16 sq. p. 117) plutôt que par le sceau public. L'arbitre public athénien (Aristote, *ibid.*, 53.2) apposait son sceau personnel sur la fermeture de deux récipients en céramique, qui contenaient et conservaient les moyens de preuve en vue de transfert de l'affaire par devant les instances judiciaires ordinaires, en cas d'appel contre la décision initiale de l'arbitre public. Les juges athéniens (sc. jurés populaires) à la fin de leurs séances journalières, signaient et scellaient, dans les *Lois* platoniciennes (9.856.a), les écrits qui contenaient les déclarations des litigants afin que leur originalité puisse être préservée pour la suite de la procédure. Ces exemples, parmi tant d'autres, nous montrent que la distinction tranchée et bien définie entre sceaux officiels et sceaux privés est inopérante et sans appui dans les sources.

Nous croyons que, dans une perspective plus ample, les quelques sources disponibles en la matière nous suggèrent d'envisager une série de questions relatives aux aspects institutionnels soulevés par les sceaux dans la Grèce ancienne. Nous les citerons comme suit:

a. *Falsification des sceaux*. Les traces d'une loi solonienne nous ont été conservées par Diogène Laërce (1.57: *il n'est pas permis à un graveur de conserver l'empreinte de l'anneau qu'il a vendu*), qui nous informe qu'il était interdit au ciseleur de conserver le cachet de son client après la vente de l'anneau, ce qui avait préservé l'originalité et l'authenticité du cachet des particuliers. Nous ne sommes pas en mesure de proposer par quel moyen procédural adéquat aurait été sanctionné

le comportement illégal du ciseleur des anneaux à l'égard de son client. Ce moyen procédural ne saurait être autre qu'une *graphê* ou une autre action publique qui aurait satisfait le demandeur pour le préjudice subi (*blabê*). Mais, il semble plus conforme d'adopter une attitude plus laxiste, et de ne pas admettre une répression bien sévère à l'encontre du ciseleur indélicat. Les mentalités de l'époque n'étaient pas bien défavorables face à l'altération des cachets. Aristophane avec sa verve comique nous apprend (*Thesmophories*, 425 sq.) que les femmes pour faire face à leur enfermement dans le *gynécée* de la maison avaient recours à des anneaux très bon marché à trois oboles, qui ouvraient les portes scellées sans laisser de traces avec la contrefaçon des scellés de fermeture. Mais, les maris, par la faute du poète tragique Euripide, ont fait fabriquer de petits cachets vermoulus, plus difficiles à imiter, ayant comme conséquence l'impossibilité des sorties clandestines des matrones athéniennes. Thucydide, par ailleurs, nous informe (1.132.5) qu'un homme de l'entourage d'Argilios (confident et messenger de Pausanias, le roi spartiate au triste sort) avait, avec la confection d'une contrefaçon de cachet, pu lire la lettre compromettante que Pausanias avait envoyée au Grand Roi perse.

b. *L'authentification* d'un acte écrit, garanti par l'apposition des scellés privés ou du sceau public. A défaut de sceau public, celui-ci pourrait-il être supplanté par le cachet personnel des magistrats et des fonctionnaires de la Cité? Question ouverte.

c. La *typologie* des sceaux, publics et privés, en rapport avec les modèles des poids et des mesures ainsi qu'avec les questions relatives à leur authentification. Il convient de joindre dans cette rubrique les problèmes concernant les sceaux et signes distinctifs apposés sur les marchandises et sur les récipients en céramique de produits comme le vin, l'huile, les parfums.

d. La *prosopographie* éventuelle, dont les sceaux et les cachets auraient fourni quelques éléments d'information.

e. *L'iconologie* systématique des sceaux et scellés de tout genre, bien que relevant du domaine de l'histoire de l'art, pourrait être utile aux recherches concernant l'*Altertumswissenschaft* et notamment l'histoire institutionnelle.

Nous avons ainsi énuméré quelques directions et domaines de recherches de façon très succincte, en essayant de réfléchir et de nous interroger sur les sceaux anciens. Ouvertures et perspectives, qui ne nous paraissent pas sans intérêt pour l'étude de l'histoire institutionnelle de la Grèce ancienne.

JULIE VÉLISSAROPOULOS-KARAKOSTAS (ATHÈNES)

UNE INSCRIPTION INÉDITE DE CORFOU

Lors du dernier Congrès international d'épigraphie grecque et latine, tenu à Barcelone, Mesdames Vassa Kontorini et Hypatia Faklari ont présenté une nouvelle inscription sur plomb provenant de Corfou. Je tiens à remercier mes deux Collègues de m'avoir proposer de me joindre à la publication en cours du nouveau document et de m'avoir autorisé de présenter au Symposium quelques remarques concernant les opérations juridiques enregistrées ou sous-jacentes dans l'inscription.

Le document n'est pas le premier texte gravé sur plomb provenant de l'île de Corfou. Une série d'inscriptions sur plomb, comprises dans les IG IX¹, 4, nos 789-792 et enregistrant des reconnaissances de dettes, ont été rééditées, il y a trente ans, par P. Calligas à l'occasion de la publication d'un nouveau document sur plomb. Ces tablettes archaïques présentent, nous aurons l'occasion de le voir, quelques points communs avec notre inscription¹.

Le document, rédigée au mois de Phoinikaios, enregistre la constitution d'une sûreté réelle sur une maison. Les protagonistes de l'opération sont deux femmes, la bénéficiaire de l'hypothèque, nommée Lamaitha, et la propriétaire de la maison affectée, Myrtis, toutes les deux agissant sans *kyrios*. L'hypothèque garantit le paiement d'une somme, 225 unités d'argent (ligne 4), remboursable au mois d'Apellaios. La créancière hypothécaire s'engage, pour sa part, à faire des versement successifs (lignes 4-6: *katavolai*). La débitrice devra rembourser sa créancière au cours du mois d'Apellaios (lignes 6-9), et c'est à elle qu'incombent toutes les charges d'entretien de l'immeuble.

D'après la langue et l'orthographe, Madame Kontorini propose de dater le document au plus tard au 2^e s.av.n.è. De même que dans les tablettes archaïques de reconnaissances de dettes, dans la nouvelle inscription seul le créancier est désigné par sa tribu et sa subdivision. Les deux témoins de l'acte, un pour chacune des contractantes, sont appelés, *ἐπάκοοι*, terme employé aussi dans les tablettes archaïques et ailleurs. Les deux mois mentionnés, Apellaios (ligne 8) et Phoinikaios (ligne 12)

¹ P. Calligas, «An Inscribed Lead Plaque from Korkyra», *BSA* 66 (1971), 79-93. *Bull. ép.* 1971, 230. J. Vélissaropoulos, «Les symbola d'affaires. Remarques sur les tablettes archaïques de l'île de Corfou», *Symposion 1977* (Chantilly, 1-4 juin 1977), Köln/Wien 1982, 71-83. Eadem, *Les nauclères grecs. Recherches sur les institutions maritimes en Grèce et dans l'Orient hellénisé*, Paris/Genève, 1980, 286 suiv.

appartiennent au calendrier corinthien. Ἄπελλαῖος correspondrait à Ἐκατομβαιῶν (juillet-août) alors que Φοινικαῖος à Μουνυχιῶν (avril-mai)².

L'intérêt juridique de la nouvelle inscription est évident. Sans entrer au détail des questions soulevées par l'inscription, et notamment au thème de «l'affairisme féminin» à l'époque hellénistique³, je me bornerai ici à la seule opération juridique qui a donné lieu à la rédaction de l'acte, à savoir l'hypothèque et les circonstances juridiques qui l'ont motivée.

I. La constitution d'hypothèque

Pour désigner la constitution de la sécurité réelle, les rédacteurs de l'acte emploient le verbe ὑποκατ(α)τίθεται (lignes 2-3). Le terme appartient au groupe des mots dérivés du verbe τίθεσθαι, comme ὑποτίθεσθαι, κατατίθεσθαι ou encore παρακατατίθεσθαι, employés fréquemment dans le cadre des sûretés réelles. A la voix active, le verbe τίθημι et son composé ὑποτίθημι s'emploient pour désigner l'offre d'une sûreté réelle par le débiteur, et à la voix passive, les verbes τίθεσθαι et ὑποτίθεσθαι sont utilisés pour indiquer la prise d'un bien en gage ou en hypothèque par le créancier⁴.

Le document ne précise pas si la débitrice et propriétaire de la maison a été dépossédée de son immeuble au profit de sa créancière hypothécaire. Le terme ὑποτίθεσθαι s'appliquant aussi bien dans les cas où le débiteur maintient la possession de son immeuble⁵ que lorsque celle-ci passe au créancier⁶, les termes *oikian hypokatatithesthai para* (lignes 2-3) de notre inscription ne donnent pas de réponse. C'est, me semble-t-il, par une autre clause que le document nous révèle, de manière indirecte, la solution adoptée par les deux contractantes. C'est la clause selon laquelle tous les travaux nécessaires à l'entretien de l'immeuble sont à la

² Pour les questions du calendrier corcyrien, voir *infra*, n. 15.

³ L'expression est de L. Migeotte, «Affairisme féminin à la haute période hellénistique?» *Universitat de València. Saitabi* 49 (1999), p. 247-257.

⁴ A titre d'exemple: IG II² 43 (Tod, *GHI* 123), ὑποθέσθαι mais aussi τίθεσθαι. Démosthène, *Contre Lacritos* (35), 11: Ὑποτιθέασι δὲ ταῦτα οὐχ ὀφείλοντες ἐπὶ τούτοις ἄλλω οὐδενὶ οὐδὲν ἀργύριον, οὐδ' ἐπιδανείσονται. Idem, *Contre Polycles* (50), 55: Ὑποθέμενον τὰ σκεύη τῆς νεώς. Idem, *Nicostr.* (53), 10: τὸ χωρίον οὐδεὶς ἐθέλοι οὔτε πρίασθαι οὔτε θέσθαι. IG II² 2758 (Finley, no 1): τὸν θέμενον. IG II² 2759 (Finley, no 2): τὸν ὑποθέμενον. A.R.W. Harrison, *The Law of Athens. I. The Family and Property*, Oxford, 1968, p. 254 suiv.

⁵ Ainsi L. Beauchet, *Histoire du droit privé de la république athénienne*, 1897, t. III (Le droit de propriété), p. 178.

⁶ U.E. Paoli, *Studi di diritto attico*, 1930, p. 141 suiv., estimait que le même terme ὑποτίθεσθαι désigne deux espèces différentes de sécurité réelle, l'une laissant la possession au débiteur, l'autre la donnant au créancier. Pour la réfutation de cette dualité de l'hypothèque, voir J. Ph. Lévy, «Coup d'oeil historique d'ensemble sur les sûretés réelles», *Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis* 55 (1987), p. 231-266 (surtout p. 233, note 16).

charge de la propriétaire (lignes 9-10), la créancière étant, par conséquent, exemptée de toute responsabilité concernant l'état de la maison hypothéquée. Cette clause permet d'éclaircir deux points: Premièrement que Myrtis demeure propriétaire de la maison et, à ce titre, c'est elle qui assume le κίνδυνος, c'est-à-dire les risques d'une éventuelle perte ou détérioration de l'immeuble hypothéqué⁷. Deuxièmement que, contrairement à la pratique courante à l'époque hellénistique, Lamaita, la bénéficiaire de l'hypothèque, a dû obtenir l'usage et la jouissance de la maison, la débitrice, Myrtis, étant dépossédée de son bien. La précision concernant l'entretien de l'immeuble aurait été superflue si Myrtis, la propriétaire, continuait à avoir l'usage de sa maison après la constitution de l'hypothèque.

Cela dit, la convention conclue entre les deux femmes de Corcyre se différencie de la πράσις ἐπὶ λύσει classique⁸ ou de la ὠνή ἐν πίστει hellénistique⁹, contrats de vente à réméré ou ventes avec droit de rachat où le κίνδυνος pour la perte ou l'endommagement du bien pèse sur le créancier-acheteur de l'immeuble. Dans ces contrats de vente provisoire, l'acheteur-crédancier acquiert sur l'immeuble des pouvoirs assimilés à ceux d'un propriétaire (ἔχειν καὶ κρατεῖν, avoir et être maître)¹⁰, marqués cependant de précarité. La prolifération des πράσις ἐπὶ λύσει s'explique par le fait que ce contrat paraît avoir été plus avantageux pour le

⁷ Pour la clause des risques dans les contrats papyrologiques, voir à titre d'exemple P. Tebt. III 817 (182 av. J.C.), l. 22: ἐὰν δὲ μὴ βεβαιοῖ ἢ μὴ παρέχῃται καθὰ γέγραπται ἢ κίνδυνός τις γένηται περὶ τὴν ὑποθήκην ταύτην ἤτοι περὶ πᾶσαν ἢ μέρος αὐτῆς τρόποι ὀπιποτοῦν, ἀποδοῦτω Σώστρατος Ἀπολλωνίω τὸ δάνειον τοῦτο ἐντὸς τοῦ ἐνιαυτοῦ παραχρῆμα.

⁸ J.V.A. Fine, *Horoi. Studies on Mortgage, Real Security and Landtenure in Ancient Athens*, 1951. M. I. Finley, *Studies in land and Credit in Ancient Athens (500-200 B.C.)*. *The Horos-Inscriptions*, 1951 (réimpr. 1985). A.R.W. Harrison, ouvrage précité, p. 271 suiv. E.M. Harris, «When is a Sale not a Sale? The Riddle of Athenian Terminology for real Security Revisited», *Classical Quarterly* 38 (1988), p. 351-381. Idem, «Apotimema: Athenian Terminology for real Security and Dowry Agreements», *Classical Quarterly* 43 (1993), p. 73-95.

⁹ Les termes apparaissent dans le P. Heid. inv. 1278 = MChr. 233. Ce papyrus, provenant de Pathyris et datant de 112 av. J.C., contient le reçu livré à l'occasion de la restitution au vendeur du terrain vendu contre le paiement par ce cernier d'une dette: ἐπελύσατο ... ὃν ὑπέθετο ... κατὰ συγγραφὴν ὠνῆς ἐν πίστει. J. Herrmann, «Zur ὠνή ἐν πίστει des hellenistischen Rechts», *Symposium* 1985, p. 317 suiv. (= *Kleine Schriften*, p. 305 suiv). P.W. Pestman, *Ventes provisoires de biens pour sûreté de dettes: ὠναὶ ἐν πίστει à Pathyris et à Krokodilopolis*, P. L. Bat. XXIII, Leiden 1985, p. 45 suiv. H.-A. Rupprecht, «Die dinglichen Sicherungsrechte nach der Praxis der Papyri. Eine Übersicht über den urkundlichen Befund», *Collatio Iuris Romani, Etudes dédiées à Hans Ankum*, 1995, p. 425 suiv. (particulièrement p. 430).

¹⁰ IG II² 2758: ὅστε ἔχειν καὶ κρατεῖν τὸν θέμενον . Cf. la loi d'Ephèse *Inscr. von Ephesos* Ia, 4 (297 av. J.C.), lignes 76-77: (les créanciers ayant saisi) ἔχουσιν τὰ κτήματα καὶ νέμονται (ont et possèdent les immeubles).

créancier et, en même temps, plus rigoureux pour le débiteur, par rapport à d'autres sûretés réelles qui n'affectent pas la maîtrise du bien engagé¹¹.

L'acte conclu entre les deux femmes se rapprocherait de l'antichrèse (Nutzungspfand), contrat qui, non seulement garantit le paiement de la dette, mais procure, en plus, au créancier l'usage et la jouissance de la chose engagée. Bien que le terme ἀντίχρησις n'apparaisse pas avant l'époque romaine, la pratique semble avoir été plus ancienne et assez répandue¹². Par suite de cette convention, le débiteur se prive de l'usage de son immeuble au profit de son créancier. Il garde cependant la pleine propriété et, de ce fait, c'est à lui que reviennent les risques d'une éventuelle perte ou détérioration du bien engagé. En revanche, dans les ventes provisoires, πρῶσις ἐπὶ λύσει ou ὠνάϊ ἐν πίστει, le risque passe au créancier-acheteur à qui revient ainsi la charge d'entretien de l'immeuble.

Le contrat conclu entre les deux dames stipule que la débitrice offre en hypothèque sa maison dont l'entretien reste à sa charge, alors que sa créancière s'engage vis-à-vis d'elle à payer des versements successifs, des καταβολαί (lignes 4-6). Les deux dames et leurs témoins connaissaient bien le nombre et le montant de ces καταβολαί. Mais malheureusement, ils ont trouvé inutile de nous le dire. Seule est mentionnée une somme de 225 unités d'argent (ligne 4). S'agit-il du montant d'un prêt d'argent versé par Lamaitha à Myrtis? Cela est peu probable, puisque, conformément à la clause suivante de la convention, la créancière s'engage au paiement de versements successifs au profit d'un tiers, étranger à la présente convention. Les 225 unités d'argent équivaudraient plutôt au total des versements, des καταβολαί (sur lesquelles nous reviendrons), que Lamaitha devra effectuer, et des éventuels intérêts ou autre somme supplémentaire convenue¹³. Cette somme délimiterait en même temps les droits de la créancière sur la maison engagée en cas de non paiement à l'échéance de la somme due. L'indication du montant permet aussi de penser qu'à défaut de paiement à l'échéance, la créancière hypothécaire

¹¹ Ainsi H.F. Hitzig (*Das griechische Pfandrecht*, München, 1895) suivi par Beauchet, loc. cit., p. 185.

¹² Ainsi H. Kupiszewski, «Antichrese und Nutzungspfand in den Papyri», *Festgabe M. Kaser*, 1986, p. 133-150. J.Ph. Lévy, «Coup d'oeil historique d'ensemble sur les sûretés réelles», *Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis* 55 (1987), p. 231-266 (surtout p. 245-247). H.-A. Rupprecht, «Zur Antichrese in den griechischen Papyri bis Diokletian», *Proceedings of the XIX International Congress of Papyrology*, 1992, vol. II, p. 271 suiv.

¹³ Au cas de la convention entre la cité d'Orchomène et sa créancière Nicaréta, L. Migeotte (*L'emprunt public dans les cités grecques. Recueil des documents et analyse critique*, 1984, no 29, p. 108) réfute avec raison l'hypothèse de W. Dittenberger, suivie par les auteurs du RIJG et par R. Bogaert, selon laquelle la somme de 18.833 drachmes comprend aussi des intérêts moratoires.

devra procéder à la vente de la maison et se satisfaire du produit de la vente, le surplus des 225 drachmes allant à la débitrice¹⁴.

II. Les engagements sous-jacents

L'acte enregistré par notre inscription étant une sûreté réelle offerte par l'une des parties contractantes, on s'attendrait à la mention d'une contrepartie de la part de la créancière hypothécaire plus concrète que le paiement des καταβολαί et surtout à caractère immédiat. Par l'opération enregistrée, Lamaitha assume une obligation à exécuter dans l'avenir alors que Myrtis engage sa maison dans l'immédiat.

Nous ignorons tout sur ces καταβολαί: leur nombre, leur délai de paiement, le montant de chacune et, surtout à qui celles-ci doivent être versées. Du fait que l'échéance de la dette est fixée au mois d'Apellaios (lignes 8-9) et le document enregistrant la constitution de l'hypothèque a été rédigé au mois de Phoinikaios (ligne 12), sans autre précision, on peut supposer que les deux mois sont de la même année. De même, si l'on admet que le mois Phoinikaios du calendrier corinthien, moment de conclusion du contrat, correspond au mois Mounichion (avril-mai), et le mois Apellaios, délai fixé pour le remboursement de la dette, à Hekatombaion (juillet-août) du calendrier ionien¹⁵, on peut penser que la durée de l'hypothèque est de quelques mois (4-6), espace à l'intérieur duquel la créancière hypothécaire devra faire les versements, probablement mensuels¹⁶.

Ces καταβολαί semblent se rattacher à une dette, antérieure à la constitution de l'hypothèque, contractée entre Myrtis et un créancier inconnu pour nous. A propos de cette dette antérieure nous ne savons que deux choses: Premièrement qu'elle devait être remboursée en versements successifs (καταβολαί) et deuxièmement que cette première dette n'a pas été garantie par une sûreté réelle sinon le créancier inconnu se serait désintéressé par le bien engagé et notre document n'aurait pas été rédigé.

Le paiement de sommes dues par des particuliers en καταβολαί, en versements successifs, est attesté par des documents littéraires, épigraphiques et papyrologiques

¹⁴ Cf. la loi de Samos, IG XII, VI, I, 172, l. 66-67: καὶ ἐάν τις ὑπεροχὴ γένηται[ι] ἀποδότω τῷ τὸ ὑπόθεμα δόντι· ἐάν δέ τι ἐνλίπη, τήν πρᾶξιν ποιήσασθω ἐκ τοῦ ἐγγύου. Pour la ὑπεροχὴ dans les documents papyrologiques, voir R. Taubenschlag, *The Law of Greco-Roman Egypt in the Light of the Papyri (332 B.C.-640 A.D.)*, 2e éd., p. 274.

¹⁵ C. Trümpy, *Untersuchungen zu den altgriechischen Monatsnamen und Monatsfolgen*, Heidelberg, 1997, 132, 155 suiv. (Bibliothek der klassischen Altertumswissenschaften, hrg. von H. Petersmann, Neue Folge, 2 Reihe. Bd. 98).

¹⁶ Dans la convention conclue entre la cité de Drymaia et la confédération Oitaienne (citée ci-après), les trois versements successifs prévus semblent avoir été échelonnés sur trois ans (ainsi L. Migeotte, *L'emprunt public dans les cités grecques*, p. 108) et non pas sur quelques mois, comme c'est le cas de l'inscription de Corfou. Cela peut s'expliquer par le montant même des dettes, 90 mines l'emprunt de Drymaia, 225 unités celui de Myrtis. A Délos (inscription citée ci-après), les versements sont effectués tous les quatre mois.

principalement dans des actes où sont impliquées, comme créanciers ou comme débiteurs, des instances publiques ou des banques¹⁷. Nous constatons, par ailleurs, que ces accords s'accompagnent, en règle générale, de garanties pour le paiement des sommes dues, sous forme de sûretés réelles ou de garanties personnelles, c'est-à-dire des cautions offertes par le débiteur¹⁸.

Accessoire à un contrat principal, le cautionnement offre au créancier un second débiteur («kumulativer Schuldübernehmer») pour le cas où le débiteur principal n'exécute pas son engagement. La caution ne pouvant très probablement pas exiger que le créancier fit au préalable saisir et vendre les biens du débiteur, elle est tenue d'exécuter toutes les obligations dérivant du contrat auquel elle s'est associée¹⁹. La situation ne semble pas se modifier en droit hellénistique et l'absence du bénéfice de discussion paraît être maintenue. Dans une lettre rapportée par le P. Cairo Zenon III 59454, un débiteur proteste du fait que son créancier a agit directement contre sa caution: ἐξ ἑμοῦ δεῖν εἶναι τὴν πρᾶξιν τῶν Α καὶ οὐχὶ ἐκ τοῦ ἐγγύου) (ligne 3). Les biens de la caution sont considérés comme ἀλλότρια (παρασφραγίζεσθαι ἀλλότρια σκεύη ligne 5) et leur appropriation par le créancier constitue un comportement «incorrect»; mais probablement pas illicite²⁰.

¹⁷ Démosthène, *Contre Nééra* 27: καταβάλλειν τὰς καταβολὰς (pour la ferme de la taxe du cinquantième sur le blé). Idem, *Contre Panténètos* 27: τὸ ἀργύριον ... ὃ ἔφερον καταβολὴν τῇ πόλει τοῦ μετάλλου (pour les mines d'argent de Laurion). Emprunt public Drymaia IG IX, 1, 226 (200-150 av. J.C.). Ibid. 227 et 228. L. Migeotte, *L'emprunt public dans les cités grecques*, no 29. I. Délos 3-5, 1416 face B, col. 41 (156? av. J.C.), I. 41: ἐπὶ τὴν δημοσίαν τράπεζαν [ἀ]φ[ε]ιλούμενοι τὰς καταβολὰς [κα]τὰ τετράμηνον. Inschr. Mylasa 823. 826. 828 (καταβολαὶ envers la cité pour la location de terres). UPZ I 112 (203-2 av. J.C.), col. V, l. 12-15: τῶν δὲ καταβολῶν σύμβολα λαμβανέτωσαν (les fermiers de taxes) παρὰ τοῦ τραπέζιτου ὑπογραφὰς ἔχοντα παρὰ τῶν ἐπακολουθούντων. Εἰάν δ' ἀ[λλ]ως οἰκονομῶσιν, ἄκροισι αὐτοῖς ἔσσονται αἱ δόσεις.

¹⁸ A titre d'exemple: Inschr. Mylasa 823. ibid. 828. Ibid. 830, cautions qui garantissent le paiement des καταβολαὶ dues à la cité par suite de contrats de μισθώσεις. Syll³ 993 (3e s. av. J.C.), l. 5-6: τὸ τε ἀργύριον ἐκδανεισοῦντι κατὰ δραχμὰς τριάκοντα ἐπ' ἐγγύοις ἢ ὑποθήκας. Syll³ 1047 (1er s. av. J.C.), l. 39-41: οἱ δὲ ἐξετασταὶ λαβόντες παραχρῆμα ἐγδανεισάτωσαν καὶ ἀναγραφάντων εἰς τὴν φλιάν τὸ ὄνομα τοῦ δανεισαμένου πατρόθεν καὶ τὸ ἐνέχυρον ὃ ἂν ὑποθῆ καὶ εἰάν ἐγγυητὴν καταστήσῃ. IG XII, VI, I, 172, l. 67-68: εἰάν δέ τι ἐνλίπη, τὴν πρᾶξιν ποιησάσθω ἐκ τοῦ ἐγγύου. Voir J. Partsch, *Griechisches Bürgschaftsrecht*, 1906 (réimpr. 1966), p. 61 suiv.

¹⁹ Pour l'absence du bénéfice de discussion, E. Caillemer, *Dictionnaire des antiquités grecques et romaines*, s.v. eggye, p. 491. et surtout Eva Cantarella, *La fideiussione reciproca* («'Ἀλληλεγγύη» e «mutua fideiussio»). *Contributo allo studio delle obbligazioni solidari*, Milano, 1965, 54 suiv. E. Seidl, «Haftung in fremdem Interesse (Zeit des Hellenismus)», *Recueils de la Société Jean Bodin XXVIII. Les sûretés personnelles*, Première partie, Bruxelles, 1974, 261-275.

²⁰ Ainsi Eva Cantarella, loc. cit., p. 55-56. Contra E. Seidl (*Ptolemäische Rechtsgeschichte*, p. 160) estimant qu'il s'agit d'une allusion au bénéfice de discussion.

Peut-on penser que le rapport juridique qui lie les deux femmes remonte à un tel contrat? Peut-on supposer que Lamaitha, la bénéficiaire de l'hypothèque de notre document, a été la caution offerte par Myrtis dans le contrat (prêt ou μίσθωσις?), que cette dernière avait conclu avec un partenaire que nous ignorons (la cité, une banque, un temple?). Par cette première convention, la débitrice se serait engagée à effectuer des versements successifs (καταβολαί) au profit de son co-contractant pour le paiement desquels Myrtis a dû fournir des garanties sous forme de cautions. C'est probablement à ce moment-là qu'a commencé à se nouer le lien juridique entre les deux femmes. Lamaitha a dû s'engager dans ce contrat conclu par Myrtis en tant que caution de cette dernière, pour le paiement des καταβολαί. Myrtis, la débitrice principale, après avoir versé quelques καταβολαί à son créancier, s'est trouvée dans l'incapacité d'effectuer régulièrement ces versements, et demande à sa caution Lamaitha de le faire. Celle-ci, voyant l'insolvabilité de la débitrice, exige et obtient la constitution d'une sécurité réelle sur la maison sise *en akra* (ligne 3). Une situation analogue apparaît dans le *contre Apatourios*²¹, où le plaideur d'une *dikè eggys*, à la fois caution (pour un prêt bancaire) et prêteur d'Apatourios, acquiert un droit hypothécaire sur les biens de son adversaire (vente à réméré du navire et de l'équipage) bien après la conclusion du cautionnement et du prêt.

Les deux mois mentionnés, Phoinikaios et Apellaios, delimitent, comme nous avons déjà vu, la durée du contrat conclu entre les deux dames. Cet espace bref aussi pour la durée d'une hypothèque que pour l'engagement de verser des *katavolai*, nous fait penser à la loi athénienne qui limite à un an l'obligation issue du cautionnement²². Ainsi que J. Partsch le faisait remarquer, aux termes de la loi, la caution sera libérée non pas un an après la conclusion du contrat de cautionnement, mais un an après la date de commencement de sa responsabilité de caution²³. Si la cité de Corfou avait, elle aussi, admis la prescription extinctive du cautionnement dans un an, on peut supposer que, puisque Lamaitha s'engage à payer 4-6 versements mensuels (depuis le mois de Phoinikaios jusqu'au mois d'Apellaios), la débitrice principale a déjà versé au créancier inconnu entre 8-6 *katavolai* mensuelles. Le document prévoit qu'à l'échéance (*epei ka lyesthai*, lignes 6-7), c'est-à-dire lorsque Lamaitha aura payé les versements dus au créancier inconnu et le cautionnement viendra à son terme, Myrtis devra la rembourser (lignes 8-9).

²¹ Démosthène, *Contre Apatourios*, 7 suiv. Dans le plaidoyer (27), il est question d'une loi qui limite à un an l'obligation issue du cautionnement.

²² Démosthène, *Contre Apatourios*, 27: λαβὲ δὴ μοι καὶ τὸν νόμον, ὃς κελεύει τὰς ἐγγύας ἐπετείους εἶναι. En ce qui concerne l'authenticité de cette loi, L. Gernet (Démosthène Plaidoyers civils I, «Les Belles Lettres», p. 132) estime que: «Tout en reconnaissant qu'une citation rapide, peut-être inexacte, peut-être tronquée, est insuffisante pour nous permettre de fonder une opinion, disons que l'existence d'une ancienne loi protégeant les caution en général n'a rien d'in vraisemblable». L. Gernet rappelle à ce sujet la *lex Furia de sponsu*, aux termes de laquelle l'obligation des *sponsores* et des *fidepromissores* s'éteignait deux ans après l'échéance de la dette.

²³ J. Partsch, op. cit., p. 252 suiv.

En dépit de son aspect modeste – un texte écrit sur plomb ne peut pas concurrencer la monumentalité d'une inscription gravée sur une stèle de marbre – la nouvelle tablette de Corfou nous fournit quelques renseignements nouveaux concernant l'onomastique, le calendrier corcyrien et les institutions de droit public et privé de la cité hellénistique. Sur d'autres points, notre texte vient confirmer ou consolider certaines hypothèses déjà formulées.

Sur le plan du droit privé, la nouvelle tablette constitue l'affirmation la plus directe de l'implication des femmes dans la circulation des biens à l'intérieur de leur cité. Originaires de la périphérie de la Grèce des cités, Lamaitha et Myrtis concluent, entre elles-mêmes ou avec des tiers, des contrats d'une importance considérable (telle la constitution d'hypothèque gagée sur une maison), sans avoir besoin pour cela de l'assistance, substantielle ou même décorative, d'un homme, d'un *kyrios*. Bien que le contrat contenu dans l'acte écrit soit une hypothèque, certains indices nous permettent de voir un rapport tripartite. Outre les deux contractantes apparaissant dans le document, un tiers créancier, bénéficiaire des versements successifs, doit être la cause des ennuis financiers de la débitrice hypothécaire. Ce personnage a dû conclure avec l'une des deux dames un contrat de prêt ou de bail, remboursable soit par la débitrice principale soit par sa caution, la redoutable créancière hypothécaire du nouveau document.

KAJA HARTER-UIBOPUU (WIEN)

ANTWORT AUF JULIE VÉLISSAROPOULOS- KARAKOSTAS

Die bislang unedierte kurze Inschrift aus Korfu enthält einen interessanten Text, der auch dem Epigraphiker den Blick hinter die Kulissen des öffentlichen Lebens erlaubt, welcher dem Papyrologen so selbstverständlich ist. Mad. Velissaropoulos hat den Text umfassend kommentiert und dabei sowohl die vertragsrechtlichen als auch die personenrechtlichen Verhältnisse dargestellt. In meiner Antwort möchte ich die personenrechtlichen Aspekte beiseite lassen – wenn sie auch für die rechtliche Stellung der Frau in Nordwestgriechenland sehr aufschlußreich sind – und mich auf die vertragsrechtlichen Fragen der Verbindung zwischen Myrtis und Lamaitha konzentrieren. Abschließend werde ich eine alternative Hypothese zum zugrundeliegenden Rechtsgeschäft vorstellen.

Dazu soll zunächst noch einmal kurz der Sachverhalt zusammengefaßt werden. Myrtis erhält ein Darlehen von 225 Drachmen (Z. 3/4). Lamaitha erhält das „Haus auf der Höhe“ als „Hypokatathek“ (Z. 2-4). Lamaitha zahlt weiterhin Raten (καταβολαί, Z. 4-6). Myrtis zahlt eventuelle Erhaltungskosten des Hauses (Z. 9-11). Bei Vertragsauflösung zahlt Myrtis das Kapital zurück (Z. 6-9).

Es handelt sich also – wie die Referentin ausführte – zweifelsfrei um ein Darlehen mit hypothekarischer Sicherung. Auffallend ist dabei, daß keinerlei Zinszahlungen festgesetzt wurden. Dafür wurde aber die Pflicht der Eigentümerin Myrtis schriftlich fixiert, die Instandhaltungskosten des Hauses zu tragen (Z. 9-11). Derartige Klauseln sind aus Mietverhältnissen gut bekannt, wobei vor allem die Abrechnungen der Tempelkasse von Delos als Beispiel zu nennen sind¹. Dadurch wird deutlich, daß Myrtis selbst das Haus „auf der Höhe“ nicht bewohnte, sondern das Recht der Nutzung an Lamaitha abgetreten hatte, ohne dabei allerdings auf ihre Stellung als Eigentümerin zu verzichten. So scheint es, daß im vorliegenden Vertrag an Stelle der Zinsen eine Nutzung des verpfändeten Objektes vorgesehen war, sodaß von einem Nutzungspfand oder einer *Antichresis* gesprochen werden kann². Während also die Gläubigerin Lamaitha an Stelle der Zinseinnahmen aus dem Darlehen die Mietzahlungen für ein Haus sparte, hatte sie auch die Sicherheit, daß das Pfand-

¹ IG XI 2 161 A 110 (279 v. Chr.); D. Hennig, Die <heiligen Häuser> von Delos, Chiron 13, 1983, 423f; Vgl. S. Molinier, Les <maisons sacrées> de Délos au temps de l'indépendance de l'île, 1914, 56ff.

² J. Vélissaropoulos, bei Anm. 14 mit der relevanten Literatur.

objekt nicht ohne ihr Wissen veräußert werden konnte. Darüber hinaus trug sie keinerlei Gefahr für das verpfändete Objekt, wie sie es im Falle einer *πρᾶσις ἐπὶ λύσει* oder *ὠνή ἐν πίστει* getan hätte. Aus den Papyri ist dieses Nutzungspfand bestens bekannt, das epigraphische Material bietet dafür kaum Zeugnisse.

Eine Ausnahme bilden die Pachturkunden aus Mylasa und Olymos: An mehreren Stellen findet sich z.B. in den Urkunden über die Inbesitznahme des Grundstückes (*ἐμβάσεως χρηματισμός*) ein Hinweis auf eine Verpfändung in folgender Art³:

..., ἐναντίον μαρτύ[ρῶ]ν τῶν ὁμό-

5 ρων Τετρηκοστής Μενίππου Καλβαλα μετὰ κυρίου τοῦ υἱοῦ [Με]νοίτου
 τοῦ Λέοντος Οὐώκεω, Ἀριστέου τοῦ Εὐάνδρου, Διονυσίου τοῦ Ἰατ[ρο]-
 κλείου
 ἀφ' ᾧν ἔχει ἐν ὑποθέσει παρὰ Διοσκουρίδου τοῦ Διονυσίου τοῦ [ὑ] Ἀ]ρι
 στέου,

In Anwesenheit folgender Nachbarn als Zeugen: Tetrekestes, Tochter des Menippos Kalbala mit (ihrem) Sohn als kyrios Menoitos, Sohn des Leon Ouokes; Aristes, Sohn des Euandros; Dionysios, Sohn des Iatrokles, der (es) von Dioskourides, Sohn des Dionysos, Enkel des Aristes, als Hypothek hält, ...

Im Zuge des Verkaufes oder der Verpachtung kam es zu einer Begehung des veräußerten Grundstückes, bei der als Zeugen die Nachbarn anwesend waren: Normalerweise wird es sich dabei um die Eigentümer der Grundstücke gehandelt haben, in Ausnahmefällen aber eben auch um die Hypothekarbesitzer. Auch hier scheint das Pfand vom Pfandnehmer genutzt worden zu sein, der als sachkundiger Kenner des Grundstückes zum Zeugen berufen war⁴.

So ungewöhnlich ein derartiges frühes Vorkommen der *Antichresis* auch sein mag, den eigentlichen Problembereich der vorliegenden Inschriften bilden meines Erachtens die Raten, deren Zahlung in Z. 4-6 vereinbart wird. Dabei stellt sich nicht nur die Frage nach der Natur dieser Raten, sondern auch nach dem Grund ihrer Zahlung durch die Darlehensgeberin. Bei der Beantwortung der ersten Frage möchte ich mich den überzeugenden Ausführungen von Mad. Velissaropoulos anschließen und gehe damit ebenfalls von Zahlungen an eine öffentliche Kasse – oder eine einer öffentlichen Kasse nachgebildete Institution wie zum Beispiel einen Verein oder eine Stiftung – aus. Am ehesten wird man dabei wohl an Zahlungen aus einem Darlehensverhältnis zu denken haben⁵. Allerdings glaube ich in diesem Fall nicht an

³ IK Mylasa , 214, Z. 7 und S. 75; Ähnlich wohl: IK Mylasa 213, Z. 16 und aus Olymos IK Mylasa 805, Z. 9; 806, Z. 19; 807, Z. 4; 809, Z. 4; 814, Z. 16 und Z. 18; 841, Z. 9.

⁴ Allerdings kann hier eine versteckte *prasis epi lysei* nicht ausgeschlossen werden.

⁵ Überlegenswert wäre auch, ob sich hinter dem allgemeinen Begriff *καταβολά* nicht die Zahlung einer Ertragssteuer verbirgt. Diese dürfte sich dann aber wohl nicht auf den Ertrag aus der landwirtschaftlichen Nutzung beziehen, da ansonsten neben der Erwähnung des Hauses auch die Nennung eines Grundstückes zu erwarten gewesen wäre. Zwar

monatliche Zahlungen, wie sie Mad. Velissaropoulos vorschlägt, dafür fehlen die Vergleichsbeispiele aus dem Bereich der öffentlichen Darlehen. Zwar wurden die Zahlungen und Ratenhöhen gelegentlich monatlich berechnet, aber die eigentliche Leistung erfolgte jährlich⁶. Diesem Befund widerspricht auch der vorliegende Text in keiner Weise: der durch Nennung eines Amtsträgers eindeutig datierte Monat Phoinikaios ist der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses (Z. 11-12). Der in Z. 8 genannte Apellaios hingegen ist nicht auf ein bestimmtes Jahr fixiert und wird daher wohl als immer wiederkehrender Termin zu sehen sein, das heißt, daß im vorliegenden Fall eine Rückzahlung der Darlehenssumme bei Vertragsauflösung im Monat Apellaios vorgesehen war. Erst in einem länger als 4-6 Monate andauernden Vertragsverhältnis macht die „Vermietung“ oder „Überlassung“ des Hauses in Verbindung mit der Instandhaltungsklausel Sinn. Auch die Annahme, daß die Raten möglicherweise aus einem öffentlichen Darlehen stammen, ließe auf einen eher langfristig angelegten Vertrag schließen, wie er in diesem Bereich üblich ist.

Zum Abschluß ihrer Überlegungen zu den vertragsrechtlichen Verhältnissen stellt Mad. Velissaropoulos die Frage nach dem Rechtsgeschäft, das dem vorliegenden Vertrag vorausgegangen sei. Dabei kommt sie – durchaus überzeugend – zu dem Schluß, daß Lamaitha, die Darlehensgeberin, für Myrtis, die Darlehensnehmerin, als Bürgin in einem anderen Darlehen fungiert haben könnte. Myrtis war also – möglicherweise der öffentlichen Kasse oder einer Tempelkasse gegenüber – zu Zahlungen verpflichtet, für die Lamaitha einstand, und die sie nun übernahm. Derartige Zahlungen durch einen Bürgen an Stelle der Zahlung durch den eigentlichen Schuldner sind in den Tempelkassen gut bezeugt, allerdings handelte es sich dabei normalerweise um einfache Zahlungen. So nennen die Abrechnungen aus Delos z.B. in einem Jahr Zahlungen durch einen Bürgen, in den Jahren darauf zahlte dann wiederum der Hauptschuldner ohne Beteiligung des Bürgen⁷. Im vorliegenden Fall allerdings scheint Lamaitha für längere Zeit die Zahlungen an Stelle von Myrtis übernommen zu haben, möglicherweise bis zum Ende des Schuldverhältnisses zwischen Myrtis und dem unbekanntem Gläubiger.

Normalerweise war durch Zahlung des Bürgen der Vorgang für die öffentliche Kasse abgeschlossen, da ihre Forderungen erfüllt worden waren. Unberührt blieb dabei das Verhältnis zwischen Bürgen und Hauptschuldnern und die Frage, welche rechtlichen Möglichkeiten dem Bürgen offen standen, um seine durch die Zahlung der ausstehenden Summe gegen den Hauptschuldner entstandenen Forderungen zu

konnten auch Mieteinnahmen einer derartigen Besteuerung unterliegen (z.B. Delos IG XI 2, 161, Z.26; 162, Z.30; 287; Z.8), aber auch diesen Fall wird man ausschließen können, da wir ja von einer Nutzung des Hauses durch die Darlehensgeberin Lamaitha ausgehen.

⁶ So z.B. bei den Darlehen im Rahmen der Stiftung des Aristomenes und der Psylla in Korfu, IG IX 12 4, 798, Z.53f.; vgl. auch B. Laum, *Stiftungen in der griechischen und römischen Antike I*, Berlin 1914, 148.

⁷ Vgl. D. Hennig, a.a.O. (s.o. Anm. 1), 449-451.

befriedigen⁸. Bevor ich in dieser Frage auf den vorliegenden Text aus Korfu näher eingehe, soll ein Vergleichsbeispiel aus Delos vorgestellt werden, das ein Eingreifen des Gesetzgebers in das Verhältnis zwischen Bürgen und Hauptschuldner zeigt. Der Text stammt aus der *Hiera Syngraphe*, der Regelung der Pachtverhältnisse des Apollonheiligtumes aus den Jahren 301/300 v. Chr. (I.Délos 503, Z. 42-46):

- 42 ... ὅ τι δ' ἂν τις τῶν ἐγγυητῶν εἰσπραχθεὶ τοῦ μισθώματος ὑπὸ τῶν ἱερο[ποι]-
 ῶν ἢ αὐτὸς ἀποδῶ(ι) ὑπὲρ τοῦ καταστήσαντος αὐτὸν ἐγγυητὴν, ἐγγραφέτω ἢ
 βουλή κυρία οὐσα τῶι ἐγγυητῆι τὸν
 καταστήσαντα τὸ ἀποτεισθὲν ἀργύριον ἡμιόλιον καθά[περ] τοὺς ὠφληκότας·
 καὶ εἶναι τοὺς ἐγγραφέντας ὑπε[ρ]-
 45 ημέρους κατὰ τὸν νόμον· εἰὰν δὲ μὴ ἐγγράψει ἢ βουλή, διπλάσιον ἀποτινέτω
 τῶι ἐγγυητῆι τοῦ ἀποτεισθέντ[ος]
 ἀργυρίου· ...

Wenn aber einer der Bürgen gepfändet wird auf den Mietzins von den Hieropoioi oder er abgeliefert für den, für den er als Bürge einsteht, so soll in der Boule dem Bürgen das eingesetzte Silber mit Hemiolion eingetragen werden, so wie die Schuldner und die eingetragenen Zinsen gemäß dem Gesetz. Wenn die Bouleuten nicht eintragen, sollen sie das Doppelte des abgelieferten Silbers dem Bürgen bezahlen.

Für den Fall, daß ein Bürge eine Mietzahlung für den Schuldner leistete – sei es im Rahmen einer Pfändung oder durch freiwillige Ablieferung – genoß er besonderen Schutz: Die abgegebene Summe wurde mit Hemiolion in die öffentlichen Schuldnerlisten eingetragen, um die Rechtmäßigkeit seiner Forderung zu unterstreichen. Darüber hinaus wurde sogar denjenigen Bouleuten eine Strafe angedroht, die es verabsäumten, die Forderung des Bürgen einzutragen, sie haftete ihm gegenüber selbst auf den doppelten Wert des abgelieferten Silbers. Dieser Eingriff in das Verhältnis zwischen Bürgen und Hauptschuldner ist im griechischen Recht einmalig und zeigt, wie wichtig die Mietverhältnisse auf Delos waren: es war der öffentlichen Hand ein Bedürfnis die Bürgen zu schützen und damit die Bereitschaft der Bürger, eine Bürgschaft zu übernehmen, zu erhöhen.

Wenn sich im vorliegenden Fall auch die Errechnung einer Rate mit Hemiolion (150 Dr. und 75 Dr.) anbietet, glaube ich nicht, daß die ursprüngliche Rate, die von Myrtis geschuldet wurde – wenn man von der Theorie des Darlehens und der Bürgschaft der Lamaitha ausgeht – so hoch gewesen war. Es wird sich wohl eher um die Gesamtsumme der Zahlungen handeln, die von Lamaitha für Myrtis geleistet wurden⁹, die Annahme eines Zuschlages, wie er auf Delos begegnet, scheint dabei mög-

⁸ J. Partsch, Griechisches Bürgschaftsrecht, Leipzig 1909, 277ff.

⁹ J. Velissaropoulos, bei Anm. 15; vgl. dazu auch dies., in: Symposion 1977, Akten der Gesellschaft für Griechische und Hellenistische Rechtsgeschichte 3, hrsg. v. J. Modrzejewski und D. Liebs, Köln/Wien/Weimar 1979, 81.

lich, bleibt aber reine Spekulation. Schließlich bleibt die Frage zu beantworten, warum Myrtis und Lamaitha den Weg des Darlehens mit Antichrese gewählt hatten, wenn Lamaitha aufgrund der geleisteten Bürgschaft ohnehin zur Zahlung verpflichtet gewesen wäre. Wahrscheinlich wurde das Eintreten des Bürgschaftsfalls nicht abgewartet, um so eine eventuelle Strafzahlung zu vermeiden, sondern bereits vorsorglich die Zahlung im Rahmen eines Darlehens vereinbart. Myrtis war somit ihrer Zahlungspflicht enthoben. Für Lamaitha muß der Vorteil im Nutzen des Hauses gelegen haben. Es ist davon auszugehen, daß die Ratenzahlungen niedriger gewesen sein werden, als die Miete eines derartigen Objektes, sodaß das – unter Umständen riskante – Darlehensgeschäft sich auch für die Gläubigerin bezahlt machte.

Abschließend sei kurz eine andere Variante des zugrundeliegenden Rechtsgeschäftes vorgestellt, die nicht von einer Bürgschaft durch Lamaitha ausgeht. Vielleicht hatte Myrtis an Stelle einer Bürgin oder eines Bürgen ein Haus als Sicherheit für das ursprüngliche Darlehen gegeben. Als sie mit den Rückzahlungen in Schwierigkeiten geriet, sprang Lamaitha ein, die Myrtis die Zahlung der ausstehenden Raten als weiteres Darlehen gewährte und dafür ebenfalls das Haus als Sicherheit erhielt. Eine derartige doppelte Verpfändung eines Objektes ist im Hellenismus an mehreren Stellen belegt, Voraussetzung ist allerdings, daß der Restwert der Hypothek nach Abzug des ersten Darlehens groß genug war. Als Vergleich sei hier ein Text aus der Kritolaos-Stiftung aus Amorgos angeführt¹⁰. Kritolaos, Sohn des Alkimedon, stiftete der Polis 2000 Drachmen, die angelegt werden sollten. Dazu wurde das Kapital als Darlehen auf 10% vergeben, die Darlehensnehmer mußten für die Summe von 200 Drachmen Grundstücke im Wert von mindestens 2000 Drachmen als Hypothek eintragen lassen. Einmal jährlich sollten die Zinsen der Boule gezahlt werden, eine Rückzahlung des eigentlichen Kapitals war nicht vorgesehen und sogar verboten. Der Darlehensnehmer – und damit auch das Grundstück – waren also auf alle Zeiten gebunden. Bei Verzug der Zinszahlung wurde das Hemiolion fällig, widrigenfalls es zur Verpachtung der hypothezierten Objekte kam. Einen Sonderfall schildern Z. 107-110:

107 ... ἐὰν δέ τις ὠνήσῃται τὰς ὀφειλούσας ὑπ[οθ]ήκας ἢ ὑποθῆται, καθ' ὃν
[εἴρη]ται τρόπον φερέτω τὸν τόκον καταβάλλων [ἐν τῇ βουλῇ] τοῦ Ἀπα-
[του]ριῶνος μηνὸς ὃ ἔχων τὴν ὑποθήκην· ἐὰν δὲ μὴ φέρῃ, μισθοῦσθω ἢ ὑ-
110 [πο]θήκη κατὰ τὰ αὐτά·...

Wenn aber jemand die verpfändeten Grundstücke verkauft (verpachtet) oder verpfändet, so soll derjenige den Zins in der Boule im Apatourion abführen – wie es festgehalten ist – der das verpfändete Grundstück innehat. Wenn er nicht abführt, soll das Grundstück verpachtet werden gemäß den Vorschriften.

¹⁰ IG XII 7,515; Amorgos, 2. Jh. v.Chr. dazu T. Reinach, A propos de la loi d'Aegialé, REG 22, 1909, 241-250.

Nur durch Weitergabe der verpfändeten Grundstücke konnte also der Darlehensnehmer in Amorgos aus der Pflicht der jährlichen Zinszahlung befreit werden, der neue Eigentümer oder aber auch Pächter oder Pfandhalter mußte diese Verpflichtung übernehmen. Möglicherweise mag auch in Korfu ein ähnliches Rechtsgeschäft die beiden Damen Myrtis und Lamaitha miteinander verbunden haben – allerdings bleibt auch diese Hypothese mangels der Kenntnis jeglicher näheren Umstände der Transaktion reine Spekulation.

II. HELLENISTISCHES UND RÖMISCHES RECHT

ALBERTO MAFFI (MILANO)

STUDI SULLA GIURISDIZIONE NEI REGNI ELLENISTICI

I

1. E' ben noto che il diritto greco di età classica è in realtà la somma dei diritti delle singole *poleis* e che i giusgrecisti si dividono fra coloro che ritengono predominanti i principi comuni (le "Grundauffassungen" di Wolff) e coloro che sottolineano invece l'autonomia delle *poleis* e dei loro ordinamenti (a suo tempo Finley e tuttora Talamanca). La discussione ha riguardato soprattutto il diritto delle *poleis* di età classica (VI-IV sec.). Il diritto ellenistico (III-I sec.) ha finora attirato solo marginalmente l'attenzione dei giusgrecisti, ad eccezione naturalmente dell'Egitto tolemaico.

Ora, non c'è dubbio che, nonostante il costituirsi di regni territorialmente estesi, che avrebbero dovuto o potuto rappresentare un fattore di unificazione, sotto molti aspetti il diritto ellenistico continua a presentarsi come un fenomeno stratificato dove convivono istituzioni o addirittura ordinamenti giuridici distinti anche all'interno della singola monarchia. Ciò vale in buona misura anche per l'Egitto tolemaico, con la differenza però che i Tolemei sembrano aver stabilito dei criteri per armonizzare ed integrare sotto il controllo regio le differenti realtà giuridiche coesistenti all'interno del regno.

Che anche i sovrani degli altri regni abbiano esercitato forme di controllo e di coordinamento altrettanto sviluppate di quelle elaborate dai Tolemei nessuno si sentirebbe di affermarlo anche per i limiti che la nostra documentazione, essenzialmente epigrafica, pone a chi voglia indagare questo specifico aspetto del diritto ellenistico al di fuori dell'Egitto tolemaico. E' vero che si tende ad estendere agli altri regni alcune caratteristiche generalmente attribuite al diritto tolemaico soprattutto con riferimento al diritto privato, e di conseguenza si tende ad affermare che nel corso dell'età ellenistica si va rapidamente affermando una sorta di *koine* giuridica parallela alla *koine* linguistica. Mi limito a ricordare due aspetti in cui si manifesterebbe questa spinta unificatrice. Il primo è il campo dei negozi giuridici: si afferma che per opera di pratici del diritto (i notai o "Urkundenschreiber" di Wolff) ci si muove spontaneamente verso un'unificazione delle forme contrattuali, dunque senza che vi siano interventi legislativi da parte delle autorità cittadine o del re stesso. Il secondo è il campo del diritto di famiglia: la dottrina dominante ritiene che le regole rigorose che ispiravano l'ordinamento familiare delle *poleis* (ma il riferimento è essenzialmente ad Atene), quindi per esempio l'autorità esclusiva del

padre sulla moglie e sui figli, le formalità necessarie al costituirsi di un valido matrimonio, l'epiclerato ecc., vadano scomparendo a vantaggio di una concezione molto più libera e "moderna" dei rapporti giuridici familiari. Non ho bisogno di ricordare qui i meriti di Wolff e di Modrzejewski nel delineare questi sviluppi, che sono considerati ormai acquisiti quando si parla di diritto privato in età ellenistica.

Può darsi che le cose stiano effettivamente così; in realtà la nostra documentazione per i territori diversi dall'Egitto non permette di verificare questo quadro, e indirizza piuttosto la nostra attenzione verso il funzionamento delle istituzioni pubbliche. E' in questo campo che dobbiamo chiederci se esistono dei fattori non dico di unificazione, ma quanto meno di consapevole coordinamento delle diverse realtà giuridiche che coesistevano nel regno.

2. Un settore particolarmente importante, anche perché rappresenta il settore di raccordo fra diritto pubblico e diritto privato, è indubbiamente la giurisdizione. I regni ellenistici diversi dall'Egitto (ma i Tolemei non sono esclusi dalle considerazioni che seguiranno perché controllarono sempre in misura più o meno estesa territori extra-egiziani e furono quindi coinvolti nelle pratiche giuridiche vigenti in particolare fra le *poleis* greche dell'Egeo) ci mostrano una pluralità di competenze giurisdizionali che possiamo schematicamente riassumere così:

a) Giurisdizione regia¹.

b) Giurisdizioni speciali ("Sondergerichtsbarkeit"), fra cui particolare attenzione merita la giurisdizione dei templi.

c) Giurisdizione delle *poleis*, in particolare la giurisdizione relativa ai rapporti fra cittadini di *poleis* diverse, a cui si riferisce la parte più cospicua della nostra documentazione in materia di giurisdizione. In questo ambito le città concludono diversi tipi di accordi che si possono classificare come segue:

c 1) accordi che concedono l'accesso ai tribunali di una polis ai cittadini dell'altra, per alcuni tipi di controversie o per tutte;

c 2) accordi che designano una terza città (*enkletos polis*) per giudicare le controversie fra cittadini delle due *poleis* contraenti; in questo ambito si collocano anche le varie forme di arbitrato internazionale per decidere controversie fra *poleis*;

c 3) accordi che prevedono la formazione di un tribunale comune (*koinodikion*, *koinon dikasterion*) eventualmente nell'ambito di un *koinon* o di un accordo di *isopoliteia*;

d) Separatamente vanno considerati gli accordi in base a cui una polis invia uno o più cittadini in un'altra polis per giudicare le controversie fra i cittadini della polis richiedente. E' il cosiddetto fenomeno dei "giudici stranieri", che, documentato dalla fine del IV sec. nelle città greche dell'Egeo e dell'Asia minore, si estenderà, soprattutto nel II sec., anche alla Grecia continentale.

¹ Gli studi fondamentali in materia restano quelli di Rostovzeff, Heuss, Bikerman e Musti, in particolare con riferimento ai Seleucidi.

e) Scarse sono invece le notizie sul funzionamento dei tribunali ordinari all'interno delle singole *poleis*.

3. Il modello teorico per lo studio della giurisdizione in età ellenistica è naturalmente il “Justizwesen der Ptolemäer” di H.J. Wolff. In realtà ci si rende subito conto che sarebbe impossibile applicare agli altri regni ellenistici un'affermazione come quella che leggiamo nella “Zusammenfassung”: nel III sec. “das ptolemäische Justizwesen” si presenta “als ein System, das seine Entstehung und Ordnung einem bewussten Gestaltungswillen verdankte” (p. 196). E' vero che abbiamo tracce di un controllo regio sugli ordinamenti giuridici delle *poleis* (in particolare per il regno dei Seleucidi si cita sempre il ben noto progetto di sinecismo fra Teos e Lebedos, Welles, R.C. n. 3-4) in un certo senso imposto da Antigono alle due città verso la fine del IV sec.; ma, a parte il problema di comprendere la natura di questo controllo (su cui ritornerò più avanti), l'autonomia delle due città non è messa in discussione, certamente nemmeno sul piano dell'ordinamento giudiziario. Non mi pare quindi che si possa dire che l'autonomia giudiziaria delle *poleis* ricomprese nel regno seleucidico sia una concessione del re (come invece Wolff sostiene per l'Egitto: p. 196-197).

C'è invece un altro aspetto del “sistema” individuato da Wolff per il regno tolemaico che è più facilmente riconoscibile negli ordinamenti giudiziari delle altre monarchie. Mi riferisco alla fondamentale distinzione fra organi giudiziari e “Beamtenjustiz”. Qui dobbiamo però distinguere fra l'intervento in campo giurisdizionale dei funzionari regi e le competenze giurisdizionali dei magistrati cittadini nell'ambito della loro città.

Per quanto riguarda i funzionari regi si dovrebbe ulteriormente distinguere fra i territori dipendenti più o meno direttamente dal re, e le *poleis* greche autonome. Per quanto riguarda la “terra regia” le loro competenze giurisdizionali sembrano assai più vaste e incisive; ma si tratta di un aspetto che va studiato nell'ambito del più vasto problema dei diversi regimi territoriali coesistenti all'interno delle monarchie ellenistiche. Per quanto riguarda le *poleis*, i funzionari regi, così come il re stesso, sembrano intervenire più indirettamente che direttamente nell'amministrazione della giustizia (in particolare nelle *poleis* del regno seleucidico): ad es. facendo da tramite fra due città per l'invio di “giudici stranieri”.

Per quanto riguarda la giurisdizione interna alle *poleis*, il ruolo della “Beamtenjustiz” va studiato con riferimento ai magistrati delle *poleis* nei loro rapporti con gli organi giudiziari ordinari o istituiti attraverso accordi fra *poleis*. Un esempio celebre e significativo a questo proposito è il trattato fra Mileto e tre città cretesi (Bengtson StV 482), che ha per oggetto la tutela dei rispettivi cittadini contro un acquisto sul mercato degli schiavi da parte di un cittadino della città controparte. La procedura prevista è corrispondente a un modello di funzionamento molto diffuso e conforme alla mentalità giuridica greca. Prima di tutto la persona lesa è invitata a rivolgersi ai magistrati competenti. Qualora il possessore della persona rivendicata voglia *antilegein*, si passa a un giudizio che deve concludersi entro 5 giorni. Mentre

però a Mileto la competenza spetta agli *epimeletai emporiou*, nelle tre città cretesi la competenza varia: a Cnosso saranno il *kosmos* e la *boula* (presumibilmente presieduta dal *kosmos*); a Gortina saranno i *kosmoi* a costituire il collegio giudicante, a Festos la competenza spetta al *dikasterion politikon*, mentre ai *kosmoi* è affidata l'esecuzione della sentenza di condanna. Siamo dunque di fronte a magistrati investiti di una effettiva funzione giudicante, come conferma l'uso dei verbi *dikazo* e *katadikazo* (ll. 13, 48, 65)².

4. Abbiamo visto che, anche tenendo conto delle lacune della nostra documentazione, nei territori degli altri regni ellenistici difficilmente si può pensare all'esistenza di un "sistema", espressione di una volontà ordinatrice centrale nel senso postulato da Wolff per l'Egitto tolemaico. Prima però di rassegnarci alla constatazione che ogni entità autonoma si regolava a suo modo e che l'equilibrio del singolo regno si reggeva solo sul prestigio del sovrano e sui rapporti di potenza, dobbiamo interrogarci più approfonditamente sugli indizi di uniformità che emergono dalle fonti, in particolare per quanto riguarda le regole processuali in materia di controversie fra cittadini appartenenti a *poleis* diverse. Ad esempio il fenomeno dei "giudici stranieri", con la altissima, quasi formulare, uniformità della documentazione ad esso relativa, mostra la formazione di una prassi comune di cui si tratta non solo di indagare l'origine e la diffusione, ma anche l'effettivo funzionamento. Quello che vogliamo capire è quindi se, a prescindere da un progetto sistematico quasi certamente assente, siano riconoscibili delle regole costanti nella costituzione e nel funzionamento degli organi giurisdizionali preposti alla risoluzione delle liti fra cittadini di *poleis* diverse.

Qui ci occuperemo di due aspetti specifici: 1) il ruolo del *diagramma regio* nello svolgimento dell'attività giurisdizionale dei "giudici stranieri"; 2) l'articolazione dell'attività giudicante in due fasi nelle controversie fra cittadini di città diverse.

II

Il *diagramma* e i giudici stranieri

5. L'esistenza di una legislazione regia contenente norme procedurali e/o sostanziali da applicare ai processi di tutti gli abitanti del regno potrebbe essere adombrata dal riferimento a un *diagramma regio* come fonte di diritto nei decreti delle *poleis* in onore di giudici stranieri. In questi testi leggiamo infatti talvolta che i giudici stranieri hanno reso i loro giudizi in conformità a un *diagramma regio* nonché alle leggi (e ai decreti) del luogo.

A un controllo esercitato dal re Antigono sulla legislazione delle singole città greche sembra alludere un celebre documento: il già citato progetto di sinecismo Teos-Lebedos (Welles, R.C. n. 3-4). Ora, a parte il dubbio che si tratti di un caso

² Altri esempi si possono trovare in Steinwenter, *Streitbeendigung*, p. 150ss.

eccezionale giustificato dal particolare interesse che il re sembra portare all'iniziativa, questo controllo può essere interpretato in due modi diversi. Secondo una prima interpretazione possibile potrebbe configurarsi come un controllo di costituzionalità (analogo al controllo esercitato nell'Atene classica tramite la *graphe paranomon*), nel senso che il re intende verificare se la nuova legislazione sia conforme a un corpus di leggi regie da considerarsi sovraordinato agli ordinamenti delle singole *poleis* o comunque delle entità dotate di autonomia normativa operanti nel regno. Ma non è da escludere una seconda interpretazione in base a cui il re sarebbe interessato a un controllo di opportunità politica: si tratterebbe cioè di verificare che la nuova legislazione non contenga norme contrarie agli interessi del re.

Naturalmente ci interessa qui valutare soprattutto la prima ipotesi, cioè che esistesse una legislazione regia da considerarsi in particolare vincolante per i giudici stranieri. Questi infatti si impegnavano a giudicare secondo le leggi della città che li aveva richiesti (e addirittura, stando ad alcuni decreti onorifici, trascorrevano un certo periodo nella città richiedente per familiarizzarsi con le leggi locali); il *diagramma* sarebbe quindi una fonte di diritto da applicare a tutti gli abitanti del regno, anche a quelli della città in cui i giudici stranieri sono stati chiamati a giudicare. Un caso particolarmente chiaro è quello dei giudici di Iasos inviati a Kalymnos (IK Iasos 82).

Della questione, per quanto ho potuto vedere, si è occupato per primo in maniera approfondita Hitzig (in particolare p. 243). Hitzig escludeva che il *diagramma* potesse riferirsi alla lista delle cause sottoposte al giudizio dei giudici stranieri³, perché osservava (giustamente) che il nesso con i *nomoi* fa pensare a una "generelle Verordnung". Tale "Anordnung" farebbe riferimento proprio alla nomina dei giudici stranieri, specificando inoltre la designazione della città a cui richiedere i giudici in quel determinato caso. Hitzig escludeva invece che il *diagramma* contenesse esclusivamente riferimenti a una singola specifica controversia, perché la richiesta di giudici è sempre provocata dalla necessità di decidere un notevole numero di cause. Anche se Hitzig non lo dice esplicitamente, sembrerebbe dunque di capire che per lui la prassi di richiedere giudici a un'altra città fosse fondata su un riconoscimento regio.

6. Heuss riprende e sviluppa il punto di vista di Hitzig⁴. Prima di tutto osserva che il *diagramma* non è paragonabile all'ordinamento giudiziario introdotto dai Tolemei in Egitto perché, a differenza di quest'ultimo, si riferisce evidentemente alla giurisdizione delle *poleis*. Inoltre sarebbe strano che si facesse riferimento a un'

³ Come potrebbero far pensare un'iscrizione di Kalymnos (Michel 417) e una di Amorgo (Syll. 511).

⁴ Per quanto ho potuto vedere l'interpretazione del contenuto del *diagramma* proposta da Heuss non è stata oggetto di un approfondito dibattito né fra gli storici generali né fra gli storici del diritto.

ordinanza regolatrice del processo proprio là dove entra in gioco una procedura eccezionale come quella affidata ai giudici stranieri (p. 79). Con riferimento poi al sinecismo Teos-Lebedos, Heuss osserva che il *diagramma* fa riferimento alla situazione locale; non solo, ma appare inoltre destinato a valere solo per i due anni successivi alla sua emanazione (*ibid.*).

Nessuno di questi argomenti di Heuss mi pare risolutivo. Non si può escludere a priori che il re potesse dettare norme a cui le città, nonostante la loro riconosciuta autonomia, fossero tenute a conformarsi nell'esercizio della giurisdizione, e in particolare con riferimento a quella esercitata dai giudici stranieri. Di conseguenza cade anche il secondo argomento: niente vieta che l'intervento di giudici stranieri fosse previsto come eventualità ricorrente in un regolamento processuale di emanazione regia. Infine, che il *diagramma* abbia una validità di soli due anni, ciò che si desume da un'integrazione della l. 26 comunemente accolta⁵, non dimostra che tutti i provvedimenti così denominati debbano essere provvisori. Ma proseguiamo con le argomentazioni di Heuss.

Si potrebbe supporre che il *diagramma* menzionato nell'iscrizione sul sinecismo Teos-Lebedos sia da identificare con le disposizioni regie contenute nella lettera stessa. Ma Heuss obietta, riprendendo un'osservazione di Feldmann (1885), che nell'iscrizione il testo proveniente dalla cancelleria regia viene definito *apokrisis* (risposta): dunque la lettera non coincide con il *diagramma*.

Heuss giunge così alla conclusione che *diagraphé* o *diagramma* non sono altro che l'espressione dell'appoggio dato dal re alla richiesta di invio di giudici stranieri. In altre parole Heuss sembra sostenere che la richiesta di giudici da una città all'altra presuppone l'intervento del re, che ordina di inviare i giudici⁶. In realtà Heuss pone la questione in termini più politici che giuridici. Infatti afferma che la città richiedente, grazie al *diagramma*, avrà la certezza che il suo desiderio sarà esaudito dalla città cui la richiesta è rivolta. Il *diagramma* regio non rappresenta dunque un passaggio giuridicamente necessario, attraverso cui il re eserciterebbe un controllo indiretto, ma obbligatorio, su situazioni di emergenza; è invece l'espressione di un appoggio altamente desiderabile⁷, che non esclude però la possibilità che una città formuli una richiesta di invio di giudici direttamente ad un'altra città senza richiedere l'emissione di un *diagramma* regio.

A conferma di questa interpretazione Heuss porta l'esegesi di OGIS 329, 10ss. Secondo Heuss (p. 84), i *prostagmata* menzionati in questa iscrizione sarebbero equivalenti al *diagramma* nel senso appena indicato, come dimostra il fatto che essi sono "zeitlich beschränkt" (*eis tina chronon kechrematismena*). La spiegazione di

⁵ Occorrerebbe però controllare che il verbo *protithemi* si applicasse alla pubblicazione di un provvedimento regio: v. Hitzig, SZ 1907, p. 241 n. 4 per un uso diverso.

⁶ P. 82: "Ausdruck der monarchischen Beihilfe zur Entsendung der fremden Richter als Bescheid ihrer Zusicherung".

⁷ "Ein interimistischer Sukkurs bei den internationalen Verhandlungen" lo definisce Heuss p. 83.

Heuss è che Cleone può agire in qualunque momento come conciliatore (ponendo in essere cioè uno “Schlichtungsverfahren” con conseguente “Vergleich”). Ma quando c’era bisogno di un giudizio in senso proprio, bisognava chiamare dei giudici dall’esterno, appunto in forza di un *prostagma*. Questa interpretazione di OGIS 329 lascia adito a dubbi. Intanto sappiamo che i giudici stranieri devono prima di tutto tentare una conciliazione, mentre in questo caso sarebbero chiamati solo a rendere un giudizio mediante un voto. Ma soprattutto nell’iscrizione non si parla affatto dell’intervento di giudici stranieri. Il testo si riferisce semplicemente alle due modalità di risoluzione delle controversie che sono appunto ben documentate in caso di intervento di giudici stranieri.

7. Infine Heuss precisa ulteriormente le sue conclusioni sul contenuto del *diagramma*. Sostiene cioè che esso non fosse emanato di volta in volta, in occasione di una singola richiesta di invio di giudici, ma contenesse una lista di città tra cui era consentito, ovvero prescritto in caso di richiesta da parte di una città, lo scambio di giudici⁸. A sostegno di questa ipotesi Heuss si rifa al ruolo che il *diagramma* (questa volta del *koinon* cretese) sembra rivestire nella Creta del II sec., e in particolare nel trattato di *isopoliteia* fra Hierapytna e Priansos della fine del III sec. (Chanotis nr. 28).

Alle ll. 47ss. del trattato si distinguono tre tipi di controversie:

1) chi viola l’accordo di *isopoliteia* sarà giudicato da un *koinon dikasterion* (ll. 47-53);

2) per gli illeciti commessi da cittadini di una città a danno di quelli dell’altra prima della conclusione del trattato, ma dopo lo scioglimento del *koinodikion*, si ricorrerà ugualmente a un *koinon dikasterion* (ll. 58-64)

3) per gli illeciti futuri si ricorrerà innanzi tutto a un *prodikos*: qui Heuss aderisce a un’opinione, tuttora dominante, secondo cui alle ll. 64-65 *prodikos* va inteso come una “gerichtliche Instanz” (p. 85), da Heuss assimilata, sulle tracce di Steinwenter, ai *daitetai* pubblici ateniesi (p. 86). Soltanto se questa prima decisione (“ein vorläufiger Spruch”) non soddisfa le parti, la controversia sarà rimessa al tribunale di una terza città, scelta di comune accordo fra i partner del trattato.

A questo punto Heuss fa leva sul fatto che, stando alla lettera del testo, solo per la norma sul *prodikos* si fa esplicito riferimento al disposto del *diagramma* (del *koinon* cretese). Heuss ne desume che il *koinodikion* non era dunque regolato da un *diagramma* inteso come “Ordnung eines festen zwischenstaatlichen Gerichtes” (p. 86); quanto al *koinon dikasterion*, esso appare il prodotto di apposite trattative fra

⁸ Così si esprime Heuss (p. 84): “Die Möglichkeit, dass der Herrscher bisweilen für eine Anzahl Städte generell die Entscheidung treffen konnte, sich gegenseitig mit Richtern auszuhelfen”.

le città contraenti, dunque di nuovo senza esplicito riferimento al *diagramma*. Inoltre è difficile pensare – afferma Heuss – che il *diagramma* prendesse in considerazione una semplice pronuncia provvisoria.

In conclusione, poiché il *prodikos* non può che essere uno straniero, è da ritenersi che esso fosse scelto in base a un regolamento cretese relativo all’invio di giudici stranieri da una città all’altra⁹.

Come valutare l’interpretazione che Heuss dà del *diagramma* nel trattato cretese? A parte le difficoltà di interpretazione delle clausole giudiziarie del trattato nel loro complesso¹⁰ (su cui torneremo sotto), la tesi di Heuss suscita di per sé parecchie perplessità. Intanto non abbiamo alcuna traccia di giudici stranieri a Creta nei termini in cui li conosciamo nel resto del mondo ellenistico. In secondo luogo, se fosse vero che il *diagramma* cretese prevede scambi di giudici fra città, non si capisce perché il *diagramma* dovrebbe prevedere soltanto la nomina di un giudice incaricato di emettere una pronuncia (potenzialmente) provvisoria e non la nomina dei giudici a cui affidare il giudizio definitivo.

In definitiva Heuss sostiene che il *diagramma regio*, così come il *diagramma del koinon* cretese, menzionati nelle iscrizioni che si riferiscono all’attività di giudici stranieri, stabilissero quali erano le città abilitate a scambiarsi giudici.

Io credo che questa tesi non sia convincente. Intanto non si vede l’utilità per il sovrano (o per il *koinon*) di stabilire una simile lista, né saprei immaginarmi come potesse essere redatta. In secondo luogo, se una tale lista fosse esistita, che bisogno ci sarebbe stato di un intervento specifico del re, come abbiamo visto documentato dalle iscrizioni prese in considerazione da Heuss? Le città ricomprese nella lista dei fornitori di giudici sarebbero state comunque tenute ad aderire a una richiesta di un’altra città conforme al *diagramma*. Ma nessun decreto di una città richiedente in onore della città che ha inviato i suoi giudici menziona il fatto che i giudici sono stati inviati in conformità al disposto del *diagramma regio* (senza contare che si possono trovare casi di città fornitrici di giudici che si trovano in una compagine politica diversa da quella a cui appartiene la città richiedente¹¹). Infine e soprattutto rilevo che *diagramma* e *diagraphé* sono quasi sempre menzionati dalle iscrizioni

⁹ “Eine im Kreis der kretischen Städte bereits bestehende Anordnung über die Entsendung fremder Richter” (p. 86). Un’interpretazione analoga era proposta da Heuss per un’iscrizione di Orcomeno in onore di giudici megaresi dell’inizio del II sec. (Michel 239), in cui leggiamo che i giudici hanno giudicato seguendo le leggi di Orcomeno e il *diagramma*. Secondo Heuss (p. 87), poiché non sono menzionate le autorità centrali della lega beotica, a cui entrambe le città presumibilmente appartenevano in questo periodo, non può che trattarsi di una disposizione in base a cui le città della lega stabilivano di fornirsi reciprocamente dei giudici.

¹⁰ Accuratamente analizzate da Chaniotis.

¹¹ L. Robert, *Les juges étrangers dans la cité grecque*, Xenion Pan J. Zepos, Athen/Freiburg/Köln 1973, p. 265-782, p. 771, ha sottolineato la grande distanza che spesso separava le due città, ma non ha preso specificamente in considerazione la loro appartenenza politica.

nella formula “giudicare secondo le leggi e il *diagramma*”, che qualifica appunto l’attività svolta dai giudici. Ora, mi pare che “giudicare secondo il *diagramma*” non può che riferirsi ai criteri di valutazione del caso sottoposto all’attenzione dei giudici, non al titolo in base a cui sono legittimati a giudicare. D’altra parte è difficile pensare che il *diagramma* sia menzionato in tali contesti proprio perché rappresenterebbe il fondamento di validità, basato sull’autorità regia, di una sentenza pronunciata da organi esterni all’ordinamento giudiziario della città in cui sono chiamati a giudicare. Se così fosse, il *diagramma* dovrebbe essere sempre menzionato. Dobbiamo dunque ritenere che la legittimità della sentenza riposi sul decreto degli organi di governo della città richiedente che delibera di ricorrere ai giudici stranieri¹².

8. Dell’intervento del re nella giurisdizione cittadina, e in particolare del ruolo del *diagramma*, si sono occupati in tempi più vicini a noi L. Robert¹³ e Ph. Gauthier¹⁴. Robert si limita, coerentemente con il carattere introduttivo del suo articolo, a proporre una interpretazione dello scopo perseguito dai sovrani, senza scendere in dettagli sul contenuto del *diagramma*. Secondo il grande epigrafista francese il ricorso ai giudici stranieri sarebbe stato un espediente per evitare un intervento diretto in caso di lotte intestine all’interno di una città, e per far mostra di rispettare l’autonomia delle città stesse (p. 781). In seguito il sistema si estese anche al di fuori di situazioni di emergenza perché garantiva l’imparzialità dei tribunali.

Ph. Gauthier ha ripreso la questione dell’intervento regio attraverso un’analisi più dettagliata dei testi. Nel suo importante articolo del 1994¹⁵ registra tre possibili forme di intervento del re, a seconda della natura e della gravità del problema da risolvere (p. 166).

a) “Tel souverain pouvait promulguer un règlement, *diagramma*, que telle cité ou tel ensemble de cités devaient respecter à l’égal de leur propres lois. Les règlements traitaient sans doute, entre autres, des procédures et des tribunaux civiques, et ils prévoyaient, parfois ou souvent, le recours à des juges étrangers en cas de blocage des institutions judiciaires locales”¹⁶.

b) Il sovrano, nel caso in cui si fossero verificati dei disordini in una città “du fait de l’impéritie des tribunaux locaux”, ordinava di ricorrere a un tribunale straniero. Scriveva alle città interessate e metteva in moto la procedura. Per gli Antigonidi abbiamo un esempio, recentemente ritrovato, che è appunto illustrato dall’iscrizione di Kymolos (che richiede alla città euboica di Karystos di inviare

¹² Decreto che, come osserva L. Robert, art. cit., p. 770, di regola non ci è pervenuto.

¹³ L. Robert, *Les juges étrangers* cit.

¹⁴ Ph. Gauthier, *Les rois hellénistiques et les juges étrangers: à propos de décrets de Kymôlos et de Laodycée du Lykos*, J. des Savants, 1994, p. 165-195.

¹⁵ JdSav 1994.

¹⁶ Come si vede, qui l’interpretazione di Heuss non è nemmeno citata. Si è invece nel solco della dottrina dominante, già rappresentata da Kaerst (cit. da Heuss, p. 87 n. 2).

giudici) di cui si occupa Gauthier nel prosieguo del suo articolo. Per i Seleucidi abbiamo due esempi, riferiti rispettivamente a Laodicea del Lykos e Bargylia-Teos. Per quanto riguarda il testo relativo a Bargylia concordo sull'integrazione *egrapsen* proposta da Gauthier, ma non credo che Antioco abbia "scritto" "soit directement aux Téiens sollicités, soit aux Bargyliètes" (p. 167). A me sembra che qui ci troviamo di fronte a una procedura del tutto ordinaria, anche se rafforzata dall'intervento del re. Bargylia chiede al re di appoggiare la sua richiesta a Teos di inviare giudici. E il re acconsente. Non mi pare che dal testo si possa desumere che il re ha imposto alle due città la sua volontà.

c) Il terzo tipo di intervento si ha quando il re invia nella città afflitta da disordini uno o più giudici scelti da lui. Questo caso viene rivelato dall'espressione "inviato dal re" (o da un suo rappresentante). A me sembra criterio risolutivo, per identificare questa categoria, che vi sia o non vi sia il decreto della città richiedente (ma non mi soffermerò qui ad analizzare i casi menzionati da Gauthier).

L'ultimo testo a cui farò un rapido accenno è l'iscrizione pubblicata recentemente da Etienne e Migeotte nel 1998¹⁷: alle ll. 18-24 leggiamo (nella traduzione francese dei due editori): "si un particulier subit une injustice de la part de l'un des fermiers, ou le fermier de la part des particuliers, que pour eux les assignations se fassent conformément à la loi et que les procès aient lieu en même temps que les (procés) relatifs aux contrats des travaux et à l'affermage des taxes, conformément à l'ordonnance [*diagramma*] du roi". Sembra chiaro che il *diagramma* regio a cui si fa riferimento qui contenga quanto meno regole in materia di calendario giudiziario.

Mi pare dunque di poter ribadire, aderendo ai risultati dell'analisi di Gauthier, l'opinione tradizionale secondo cui il *diagramma*, come fonte in base a cui i giudici stranieri emanano la loro sentenza, deve essere un testo con un contenuto normativo procedurale e/o sostanziale valevole per qualunque città che si trovi nell'ambito di quella compagine politica, regno o *koinon* che sia. Quanto a determinarne l'effettivo contenuto, ci mancano elementi sufficienti.

III

Conciliare (*dialuein*) e giudicare (*dikazein*)

Facendo riferimento all'attività dei giudici stranieri nella prima parte di questa relazione, abbiamo già accennato al fatto che, nella quasi totalità dei decreti onorari, si distingue l'attività di conciliatori (*sylluein*, *dialuein*) da quella di giudici in senso proprio (*dikazein* o *krinein dia psephou*). Ed è proprio la capacità di saper conciliare i litiganti, ristabilendo l'*homonoia* nella città, che viene particolarmente apprezzata.

¹⁷ R. Etienne/L. Migeotte, *Colophon et les abus des fermiers des taxes*, BCH 122, 1998, pp. 143-157.

Questo dato aveva colpito Steinwenter che, al termine del suo libro, sottolineava come dalla nostra documentazione risulti sempre più chiara l'intenzione di evitare il ricorso a una giustizia troppo severa. Si introducono così "Vortermine" o "Vorinstanzen", che inducano le parti a risolvere amichevolmente i loro dissidi, proprio al fine di favorire la concordia all'interno della città (p. 197). Per valutare l'attendibilità di questa affermazione, che suona indubbiamente suggestiva, occorre forse, mediante un riesame della documentazione che si avvalga del materiale ritrovato negli ultimi ottanta anni e delle importanti revisioni di quello già noto, precisare meglio la tipologia di queste fasi preliminari o interlocutorie della procedura giudiziaria acutamente indagate da Steinwenter. In particolare si tratta di distinguere in maniera più accurata proprio fra le tre forme di risoluzione delle controversie che danno il titolo al libro di Steinwenter: giudizio (Urteil), sentenza arbitrare (Schiedspruch) e conciliazione (Vergleich). E soprattutto si tratta di capire se siamo davvero di fronte a una tendenza generale, che ci fornirebbe così un'altra caratteristica peculiare al diritto ellenistico.

Il nostro punto di partenza sarà dunque di nuovo l'attività dei giudici stranieri, così come è documentata dai decreti onorari. Sappiamo che ad essi vengono presentate le cause rimaste sospese perché gli organi giudiziari della città si sono trovati nell'impossibilità di svolgere la loro normale attività. Possiamo supporre quindi che i processi debbano ricominciare da capo di fronte ai giudici stranieri. Nulla fa pensare che ad essi vengano trasmessi gli atti di processi già iniziati, magari condotti al termine della fase istruttoria, ma non conclusi dalla sentenza. E d'altra parte sembra improbabile che essi vengano investiti di comune accordo dai litiganti del compito di procedere a una conciliazione. Infatti tutto lascia pensare che, se le parti fossero state disposte già in precedenza a seguire la via della conciliazione stragiudiziale, avrebbero comunque trovato persone di loro fiducia fra i concittadini. Per definizione ad essere rimesse ai giudici stranieri sono le cause non trattate dagli organi giudiziari locali. Saranno dunque i giudici stranieri a indurre le parti a rinunciare a ricorrere alla procedura ordinaria, e ad accettare invece una proposta di conciliazione formulata dai giudici stessi.

A questo punto si pone il problema se il tentativo di conciliazione valga comunque come equivalente della fase istruttoria (con tutte le conseguenze, per esempio in materia di presentazione e assunzione delle prove) (come sembra ritenere Thür, IPArk p. 202, con riferimento al ruolo dei *synlytai* nel trattato Stinfalo-Demetriade), oppure se "conciliare" e "giudicare" siano due vie che si escludono a vicenda. Il problema è aggravato naturalmente dall'ambiguità della terminologia usata nelle epigrafi, che tende a sovrapporre l'attività arbitrare in senso stretto (che per gli studiosi moderni ha come modello l'attività degli arbitri pubblici presenti ad Atene dopo il 403), e il tentativo di conciliazione, che peraltro gli stessi arbitri pubblici ateniesi sono tenuti a compiere secondo Aristot. AP 53.2. Il fatto è che nel caso dei "giudici stranieri" abbiamo dei giudici che sembrano tenuti a compiere un tentativo di conciliazione, il che nel sistema giudiziario dell'Atene classica non trova

riscontro. (Più nettamente definita sembra a questo proposito la posizione dei *diaitetai* nei *Dikaionmata* alessandrini – qui faccio eccezionalmente un riferimento al diritto tolemaico, la cui attività è però riferita chiaramente alle controversie interne alla città: v Wolff, *Justizwesen*, p. 34).

Io credo in definitiva che il tentativo di conciliazione preceda la fase istruttoria in senso stretto, intesa essenzialmente come fase di raccolta delle prove. Se le parti accettano di addivenire a una conciliazione, significa a mio parere che rinunciano a servirsi dei mezzi di prova. Se invece rifiutano la proposta di conciliazione si darò luogo alla procedura ordinaria.

Il problema di comprendere il ruolo di eventuali “Vorinstanzen” si pone anche con riferimento ai trattati di assistenza giudiziaria (“Rechtshilfeverträge” o “Rechtsgewährungsverträge”, come ha proposto recentemente di chiamarli Thür). Naturalmente occorrerebbe un’indagine specifica su ogni trattato di cui ci è giunta la documentazione. Qui ci limiteremo a riprendere in esame la clausola relativa al *prodikos* del trattato Hierapytna-Priansos.

Come abbiamo già accennato, Heuss vedeva in questa clausola il riferimento a un organo incaricato di emettere una pronuncia preliminare sulla controversia. L’opinione tuttora dominante¹⁸, identifica il *prodikos* con un conciliatore (“Schlichter”) incaricato di mettere d’accordo le parti. Qualora il tentativo fallisse, si passerebbe alla competenza di una *enkletos polis*, da scegliersi secondo le modalità previste dal *symbolon* che lega le due città. Secondo Chaniotis (p. 143) la successione delle due fasi era prevista dal *diagramma* cretese: questo contemplava sia processi a duplice istanza sia processi a una sola istanza (*dike aprodikos*, cioè senza tentativo di conciliazione, allo scopo di snellire il processo: si veda in particolare IC IV 197).

Come è noto, il termine *prodikos* può rivestire vari significati: 1) *diaitetes*; 2) avvocato; 3) giudice di prima istanza; 4) rappresentante processuale degli interessi della comunità (Chaniotis, p. 139).

Non ho argomenti decisivi per attribuire al *prodikos* del trattato cretese uno di questi significati. Mi pare, però, che l’interpretazione a cui aderisce da ultimo Chaniotis susciti parecchi dubbi.

Prima di tutto osservo che la lettera del testo non sembra presentarci con certezza due fasi successive della procedura, di cui la seconda soltanto eventuale. E’ vero che il ritmo sintattico della proposizione è scandito dalle particelle *men ... de*, ma non mi pare necessario interpretarle nel senso di una sequenza temporale.

Una seconda considerazione è che tutto il regolamento in materia giudiziaria previsto dal trattato ci mostra che i giudizi devono essere resi o da un tribunale comune (che sia un tribunale federale come la dottrina dominante interpreta il termine *koinodikion* o un tribunale composto da cittadini delle due città contraenti) o

¹⁸ Rappresentata da Van Effenterre, p. 145, Vélissaropoulos, p. 40, Chaniotis, p. 139 e n. 862.

dal tribunale di una città terza. Ora, dato che nel contesto delle ll. 64-71 si fa esplicito riferimento a un *dikasterion* fornito da una città terza, cioè una *enkletos polis*, mi pare naturale pensare che anche il *prodikos* sia un organo o comunque un personaggio proveniente da una città terza¹⁹; in caso contrario dovrebbe provenire da una delle due città contraenti, ma non si capisce in base a quale criterio si sceglierebbe l'una o l'altra città²⁰. E allora riacquista validità l'obiezione che ho rivolto all'interpretazione del passo da parte di Heuss: perché il *diagramma* dovrebbe stabilire soltanto da dove deve provenire il *prodikos*, mentre, per la scelta della città che deve fornire il *dikasterion*, determinante è soltanto la volontà delle parti contraenti? E anche supponendo con Heuss che il *diagramma* indicasse le città che potevano fornire un *prodikos*, perché il trattato non prevede come deve essere scelta la città destinata a fornire il *prodikos*, così come prescrive il modo di scegliere la città che deve fornire il *dikasterion*? E infine, anche a voler ammettere che la modalità di scelta del *prodikos*, o della città destinata a fornirlo, sia quella stessa che il trattato prevede per la scelta del *dikasterion*, sarebbe pur sempre possibile che il *prodikos* provenisse da una città diversa da quella che potrebbe essere eventualmente chiamata a fornire il tribunale per la pronuncia definitiva. Ora, se la *dike aprodikos* deve servire a snellire il processo, il ricorso al *prodikos* nella ricostruzione che stiamo criticando rischierebbe di appesantirlo in maniera inammissibile²¹.

La mia impressione, in definitiva, è che in questo passo il trattato non preveda affatto una doppia istanza, di cui la prima di fronte a un conciliatore, che mi pare un'interpretazione influenzata appunto dal modello dei giudici stranieri (ne consegue che anche *aprodikos dike* va interpretato in maniera diversa). Che gli accordi giudiziari fra due città, permanenti o relativi alla risoluzione di un caso specifico non prevedano di regola un'istanza preliminare mirante alla conciliazione, lo confermano molte altre iscrizioni ellenistiche.

Se la nostra analisi della clausola relativa al *prodikos* nel trattato Hierapytna-Priansos è corretta, ne possiamo ricavare un indizio importante per sostenere che nella giurisdizione di età ellenistica non esiste una figura autonoma di "conciliatore" come titolare di un'istanza preliminare ad un'eventuale giudizio definitivo. Anche nel trattato Stinfalo-Demetriade (IPArk 17), se è corretta l'interpretazione dei

¹⁹ Così anche Gauthier 1972, p. 329, anche se in un contesto interpretativo diverso.

²⁰ Questa difficoltà potrebbe essere aggirata se fossero i litiganti a scegliere privatamente un "conciliatore"; ma non è certo questa la soluzione a cui pensano gli estensori del trattato. Il tenore delle ll. 64-65 mostra che il ricorso al *prodikos*, sempre che vada identificato con la persona di un arbitro o di un conciliatore, è previsto dal *diagramma*; quest'ultimo doveva dunque indicare dei criteri per la sua nomina.

²¹ Non mi persuade nemmeno la soluzione prospettata da Vélissaropoulos, secondo cui l'intervento del tribunale, successivamente alla pronuncia del *prodikos*, sarebbe giustificato dal fatto che l'eventuale esecuzione della sentenza arbitrale "impliquerait automatiquement l'intervention d'un organe compétent pour se prononcer sur les saisies inter-communautaires" (p. 40).

curatori, benché in prima istanza ciascuna delle due città nomini dei *synlytai*, cioè dei “conciliatori”, essi finiscono per coincidere con i membri del tribunale (*echsodikon dikasterion*) che emanerà la sentenza definitiva qualora il tentativo di conciliazione fallisca.

Attraverso l’analisi della funzione del *diagramma* nei decreti in onore dei giudici stranieri e del rapporto fra *dialuein* e *dikazein* nei trattati giudiziari e nell’attività dei giudici stranieri abbiamo dunque tentato di delineare alcuni caratteri comuni dell’attività giurisdizionale in età ellenistica.

BIBLIOGRAFIA

- A. Chaniotis, *Die Verträge zwischen kretischen Poleis in der hellenistischen Zeit*, Stuttgart 1996
- Ph. Gauthier, *Symbola. Les étrangers et la justice dans les cités grecques*, Nancy 1972
- Ph. Gauthier, *Les rois hellénistiques et les juges étrangers: à propos de décrets de Kymôlos et de Laodycée du Lykos*, J. des Savants, 1994, p. 165-195
- A. Heuss, *Stadt und Herrscher des Hellenismus*, Aalen 1937 (1963 mit Nachwort)
- H.F. Hitzig, *Der griechische Fremdenprozess im Licht der neueren Inschriftenfunde*, SZ 28, 1907, p. 211-253
- A. Steinwenter, *Die Streitbeendigung durch Urteil, Schiedsspruch und Vergleich nach griechischem Rechte*, München² 1971 (1. ed. 1925)
- G. Thür/H. Taeuber, *Prozessrechtliche Inschriften der griechischen Poleis. Arkadien (= IPArk)*, Wien 1994
- H. Van Effenterre, *La Crète et le monde grec de Platon à Polybe*, Paris 1948
- J. Vélissaropoulos, *Rémarques sur le diagramma des Crétois*, RHD 1975, pp. 36-47
- H.J. Wolff, *Das Justizwesen der Ptolemäer²*, München 1970

DIETER NÖRR (MÜNCHEN)

ANTWORT AUF ALBERTO MAFFI
(DAS ERBGESETZ VON DURA-EUROPOS –
P. DURA 12 – UND DAS SOG. *OIKOS*-PRINZIP)

I.

Das (nicht unproblematische) Thema „Vom klassischen zum hellenistischen Recht“ ließe sich unter vielen Aspekten erörtern. A. Maffi sprach über einige Probleme der Gerichtsbarkeit außerhalb des ptolemäischen Ägyptens. An die Stelle eines kommentierenden tritt hier ein supplierendes Korreferat zu einem Thema des materiellen Rechts.

Den Ausführungen Maffis zum Konzept des *diagramma* stimme ich im Grundsatz zu. Sie werden durch ptolemäische Belege bestätigt (s. etwa SEG IX Z. 35sq. (Kyrene); P.Gurob 2 Z. 35sq.). Zur Beachtung der seleukidischen Keilschrifttexte (vgl. letzthin A. Mehl, *Historia* 52, 2003, 147ff.) fordert ein di-`a-gi-ra-am eines Seleukidenkönigs über Tempelpacht (NCTU Nr. 1) auf; s. R.J. van der Spek, in (Hg. M.J. Geller u.a.) *Legal documents of the hellenistic world*, 1995, 227ff.; s. auch G. Ries, SZ 116, 1998, 584. Von einem königlichen Gesetz (data) über Hinterlegung spricht die Urkunde J.N. Strassmaier, ZfA 3, 1888, 137f. (Nr. 13); s. auch KB IV 316 und M. Rostovtzeff, *Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte der hellenistischen Welt III*, 1956, 1200f.

Die Frage nach Spuren einer (wie auch immer zu definierenden) Hellenisierung im Erbrecht von Dura-Europos ist nicht neu¹, wurde aber – vielleicht aus guten Gründen – bisher nicht gründlich erörtert. Dies kann hier nicht nachgeholt werden. Notwendig wäre ein sorgfältiger Vergleich mit den überlieferten erbrechtlichen Regelungen aus „klassischer“ und „hellenistischer“ Zeit. Wir begnügen uns mit einer grobflächigen und fragmentarischen Darstellung – unter Verzicht auf Details und die Diskussion der zahllosen teils traditionellen, teils neuartigen Streitfragen, mit denen sich eine kaum übersehbare Literatur beschäftigt².

¹ Vgl. die Antworten von H.J. Wolff, SZ 90, 1973, 73f. auf der einen Seite, von J. Modrzejewski, RIDA 8, 1961, 79ff. und E. Karabèlias, *Symposion 1974 (1979)*, 373 auf der anderen Seite.

² Vgl. die Listen bei G. Thür, in (Hg. D. Simon) *Eherecht und Familiengut in Antike und Mittelalter*, 1992, 121f. und L. Gagliardi, *Dike* 5, 2002, 55ff.

II.

Es folgt der Text von P. Dura nach C. Bradford Welles³:

Περὶ κ[ληρονο]μ[.] . . [.] . [. . . ν]όμον χρε-
 οφυ[λακ]είου.
 Τῶν δὲ τελευ[τη]σάντων[ν τ]ὰς κληρονο-
 μείας ἀποδίδου[σθ]ε τοῖς [ἀγ]χιστα γένους,
 ἀγχιστῆς δὲ οἶδε· ἐὰν μὴ [τέ]κνα λείπη
 ἢ υἰοποιήσητε κατὰ τὸν νόμον,
 πατῆρ ἢ μήτηρ, μὴ ἄλλω ἀνδρὶ συν-
 οικοῦσα· ἐὰν δὲ μηθεὶς τούτων ᾖ,
 ἀδελφοὶ ὁμ[οπ]άτριοι· ἐὰν δὲ μηδὲ
 οὔτοι ᾧσιν, ἀδελφὲ ὁμοπάτριοι· ἐ-
 ἀν δὲ μηθὶς τούτων ᾖ, πατρὸς δὲ
 πατῆρ ἢ πατρὸς μήτηρ ἢ ἀνέμιος
 ἀπὸ πατρὸς γεγεννημένης, τού-
 των ἢ κληρονομία ἔστω. ἐὰν δὲ
 μηθὶς τούτων ὑπάρχη, βασιλικὴ ἢ
 οὐσία ἔστω. κατὰ δὲ ταῦτα ἔστωσαν καὶ
 αἱ ἀγχιστίαι.

Es handelt sich um ein einzelnes Pergamentblatt; seine Überschrift ist nur fragmentarisch erhalten. Auf Grund der Schrift wird es von Welles in das zweite Viertel des 3. Jhds. n.Chr. datiert. Nach meiner (laienhaften) Meinung dürfte eine etwas frühere Datierung nicht auszuschließen sein⁴; das hätte Folgen für das bisher nicht befriedigend geklärte Verhältnis von P. Dura 12 zur Rechtslage vor oder nach der Constitutio Antoniniana. Als Vergleichsobjekte bieten sich Erlasse hellenistischer Herrscher an, die in römischer Zeit wieder aufgezeichnet und (oder) bestätigt wurden⁵. Derartige *palaioi nomoi* fanden sich auch in den libri de officio proconsulis des (aus Syrien stammenden) Ulpian (IK II (Ephesus) 217).

Nach allgemeiner Auffassung stammt die erbrechtliche Norm aus weit früherer Zeit, möglicherweise aus der Zeit der Gründung der Festung (Kolonie) durch Seleukos I⁶. Geregelt ist das gesetzliche Erbrecht (*kleronomia*); als mögliche Erben wer-

³ The Excavations at Dura Europos. Final Report V 1 (The Parchments and Papyri), 1959, 76ff.

⁴ Welles p. 54 zu P. Dura 132 (vor 216).

⁵ Vgl. etwa die Inschrift von Baitokaike (IGLS VII 4028); dazu J. Seibert, Antike Welt 34, 2003, 365ff.; s. auch Welles, Royal Correspondence in the Hellenistic Period, 1934, p. XII; H.J. Wolff, Das Recht der griechischen Papyri Ägyptens I, 2002, 112.

⁶ Problematisch ist dann das Frauenerbrecht; vgl. zur Situation in Ägypten H.-A. Rupprecht, BASP 22, 1985, 291ff. – Neuere Übersichten zur Geschichte von Dura-Europos

den folgende Verwandte (*agchisteis*) genannt: Sind keine natürlichen Kinder (oder Abkömmlinge?) (*tekna*)⁷ oder Adoptivsöhne vorhanden, so erben der Vater oder die nicht wieder verheiratete Mutter. Dann folgen die vom gleichen Vater stammenden Brüder, dann die vom gleichen Vater stammenden Schwestern, Großvater und Großmutter väterlicherseits, und schließlich der Cousin ersten Grades von väterlicher Seite. Existiert keiner der Genannten, so wird das Vermögen (*ousia*) königlich (*basilike*). Der letzte Satz definiert nochmals die genannten Personen als Verwandtschaften (*agchistiai*). Unklar ist, ob die Norm damit den (unüblichen) Ausschuß weiterer Verwandtschaftsgrade betonen will oder ob sie die hier vorgelegte Definition als auch (*kai*) für andere Normtexte geltend festlegt⁸.

Der überlieferte Text verschweigt mehr als er sagt⁹. Hierfür nur einige Beispiele:

1. War die Norm ursprünglich Teil eines größeren Gesetzeswerkes?
2. Galt sie nur für Dura-Europos oder auch für andere seleukidische Ansiedlungen?
3. Galt sie nur für Grund und Boden (*kleroi*?) oder schlechthin?
4. Gab es eine testamentarische Erbfolge (abgesehen von der (testamentarischen?) Adoption)?
5. Gingen die männlichen *tekna* den weiblichen vor?
6. Existierte der Epiklerat? – Zu den beiden zuletzt genannten Punkten sei auf das Gesetz von Gortyn verwiesen; dort sind das gesetzliche Erbrecht, die Rangfolge der Geschlechter und der Epiklerat an auseinander liegenden Stellen des Gesetzes normiert – ein bekanntes Indiz für das Desinteresse des Gesetzgebers an einer klaren Disposition. War der Inhalt von P. Dura 12 Teil eines größeren Ganzen, so muß man mit weiteren erbrechtlichen Normen rechnen.

bei P. Leriche, in (Hg. P. Brulé u.a.) *Esclavage, guerre, économie en Grèce ancienne* (à Y. Garland), 1997, 191ff. (dort (196) zum *chreophylakeion*; s.auch H.J. Wolff, *Das Recht der griechischen Papyri II*, 1978, 8f.); P. Leriche, F. El 'Ajj, CRAI 1999, 1309ff. (unglaublich (1335) zum Status als *municipium Latinum*); weit. Lit. in DNP 3, 1997, 846f.; s. zuletzt H. Schulten, *Historia* 54, 2005, 18ff. (dort 24ff. zum Erbgesetz).

⁷ Zum Erbrecht der Deszendenz in Athen s. nur A.R.W. Harrison, *The Law of Athens I*, 1968, 130ff.; zu Gortyn vgl. col. V 9sq.

⁸ Eine solche Definition ist keineswegs selbstverständlich; vgl. nur Gortyn col. V 9sq. und die Xouthias-Inschrift (G. Thür/H. Täuber, *Prozeßrechtliche Inschriften der griechischen Poleis. Arkadien (IPArk)*, 1994, 1ff. (Nr. 1)).

⁹ P. Dura 12 wurde in früheren Zeiten intensiv diskutiert; vgl. die Angaben bei Welles (A. 3) und bei Modrzejewski (A. 1) (Nachträge im Sammelband „Statut personnel et liens de famille dans les droits de l'antiquité“ (1993)). Eine bloße Aufzählung späterer Hinweise auf P. Dura 12 dürfte überflüssig sein.

III.

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die (zu überprüfende) These, daß die erbrechtliche Norm in P. Dura 12 irgendeinen Typus des hellenistischen Erbrechts repräsentiert. Letzteres wird üblicherweise am Beispiel des Erbrechts im ptolemäischen Ägypten erörtert¹⁰; darauf ist hier nicht einzugehen. Um die Suche nach einem „klassischen Antitypus“ zu vereinfachen, sei von einem – vielleicht fragwürdigen¹¹ – „Idealtypus“ des *oikos* ausgegangen, der zumindest im Kern der herrschenden Auffassung entsprechen dürfte. Nach H.J. Wolff¹² beruht die religiöse und politische Ordnung der *polis* auf der sozialen, sakralen und wirtschaftlichen Einheit des *oikos*, des vom Vater repräsentierten Hausverbandes. Mit der Zugehörigkeit zum *oikos* verbunden sind etwa der Zugang zu den Phratrien und damit das Bürgerrecht, die Mitgliedschaft im Sippenverband, Kulturteilnahme und (uns interessierend) Nachfolgerechte.

Nimmt man das *oikos*-Prinzip ernst, so müßten letztere so festgelegt sein, daß der *oikos* möglichst erhalten bleibt¹³. Streng genommen gilt das aber – abgesehen von *epikleros* und Adoptivsohn – nur bei den legitimen Nachkommen (*gnesioi*). Alle übrigen Nachfolgerechte riskieren das Ende des *oikos*. Das gilt auch für die agnatische Erbfolge, die auch bei Existenz eines Erbrechts der Kognaten einen (hier nicht zu präzisierenden) Vorrang hatte. Trotzdem wird anscheinend in der Regel eine größere Nähe des agnatischen Prinzips zum *oikos*-Prinzip unterstellt. Eine Relativierung des ersteren würde somit auch das letztere berühren¹⁴.

Nach der Überlieferung kommen als mögliche Repräsentanten des „klassischen“ Idealtypus die Erbfolgeregeln vor allem in Athen und in Gortyn in Betracht. Doch werfen wir bisweilen einen Blick auf die platonischen Nomoi, auf die Xouthias-Inschrift (IPark 1) und auf die Bronze Pappadakis; in letzterer glauben wir mit einer vordringenden Meinung erbrechtliche (oder erbrechtsähnliche) Regelungen zu er-

¹⁰ Vgl. die Angaben bei Rupprecht, Kleine Einführung in die Papyruskunde, 1994, 107ff.

¹¹ So etwa D.M. MacDowell, Class.Quart. 35, 1989, 10ff.; kritisch dazu Thür (A. 2), 124 A.; S.C. Todd, The shape of Athenian Law, 1993, 204ff. MacDowell stellt zurecht fest, daß die *oikos*-Terminologie im griechischen Sprachgebrauch keine zentrale Rolle spielt. Er erkennt aber, daß es in der modernen Diskussion nicht so sehr um die Terminologie, sondern um das Phänomen *oikos* geht, für das das griechische Wort ein brauchbarer Beschreibungsterminus ist (vgl. Arist. Pol. I 2, 1252b).

¹² S. etwa Artemis-Lexikon (1965) s.v. Recht I D 2.

¹³ So (in gewisser Annäherung) Plat. Nomoi V 740b; s. auch XI 922a sq. – Zum Familienkult s. nur Gortyn X 43sq.; Plat. Nomoi V 740b; Arist. Ath. Pol. 55.3.

¹⁴ Dazu grundsätzlich S.C. Humphrey, JHS 100, 1980, 96ff. (vor allem zu den Familiengräbern); s. auch G. Thür, SZ 120, 2003, 380 (zu P. Saller) und die Lit. bei A. Glöckner, Gnomon 75, 2003, 617ff.; zur Bedeutung des kognatischen Prinzips in Rom s. J. Martin, Res publica reperta (FS J. Bleicken), 2002, 13ff. – Entsprechend der Quellenlage konzentrieren sich die Untersuchungen von Humphrey und MacDowell (A. 11) auf das 4. Jahrhundert. Für die archaische Zeit ist Recht und Pflicht zur Blutrache ein wichtiges Kriterium; vgl. zu Drakon MacDowell, Athenian Homicide Law, 1962, 17f.

kennen¹⁵. Obwohl Epiklerat und Adoption wichtige Zeugnisse des *oikos*-Prinzips sein könnten, müssen wir sie hier beiseite lassen. Gleiches gilt für das Testamentsrecht. Vorweg ist zu bemerken, daß unser Vergleich ins Leere geht, wenn das Erbrecht von Dura-Europos auf Vorbilder zurückgeht, denen das *oikos*-Prinzip fremd war – oder wenn letzteres (oder der hier unterstellte Idealtypus) eine Fehlkonstruktion darstellen.

IV.

Zum Erbrecht von Gortyn (col. IV 23sq.)¹⁶: Waren Kinder vorhanden, so erhielten die Söhne Grundbesitz mit Zubehör; Einzelheiten sind unklar. Der Rest wurde – unter Bevorzugung der Söhne – unter den Söhnen und Töchtern geteilt. Gleiches gilt für das Muttergut. In lockerer Verbindung zu dieser Regelung (IV 31-48) stehen die allgemeinen Normen über die gesetzliche Erbfolge (V 9-25): Abkömmlinge – Brüder des oder der Verstorbenen und deren Deszendenz – Schwestern des oder der Verstorbenen und deren Deszendenz – *epiballontes* (weitere agnatische oder auch kognatische Verwandte?) – diejenigen, die den *klaros* bilden.

Die nicht endende Diskussion dieser Regeln dürfen wir auf vier Fragen reduzieren:

1. Ebenso wenig wie in Athen¹⁷ und in den platonischen Nomoi wird das Erbrecht des Vaters (oder gar der Mutter) erwähnt. Konkret: Hätte Laertes nach dem (nicht unwahrscheinlichen) Tode des Odysseus und des Telemachos den *oikos* geerbt, so wären die Bemühungen der Freier allenfalls partiell sinnvoll gewesen¹⁸. – Existierte dagegen ein Heimfallsrecht des Vaters, so wäre die Frage nach einem väterlichen Erbrecht falsch gestellt.
2. Welchen Inhalt könnte das *oikos*-Prinzip haben, wenn es um den Nachlaß einer Frau geht?
3. Läßt sich das Erbrecht der Schwester und ihrer Nachkommen mit dem *oikos*-Prinzip vereinbaren?
4. Was ist mit dem *klaros* gemeint? Derzeit sind nur alternative Antworten möglich¹⁹. Hier interessiert die These vom *klaros* als einer „Siedlungsgemeinschaft“

¹⁵ IG IX 1² 3, 609; vgl. die Angaben bei R. Koerner, *Inchriftliche Gesetzestexte der frühen griechischen Polis*, 1993, 154ff. (Nr. 47); H. Van Effenterre/F. Ruzé, *Nomima I*, 1995, 186ff. (nr. 44); T. Howe, *Historia* 52, 2003, 134f.

¹⁶ Synthesen bei St. Link, *Das griechische Kreta*, 1994, 53ff. (dazu A. Maffi, *SZ* 114, 1997, 461ff.); A. Maffi, *Il diritto di famiglia nel codice di Gortina*, 1997 (non vidi).

¹⁷ Vgl. bereits L. Mitteis, *Reichsrecht und Volksrecht*, 1891, 323f. (mit älterer Lit.) (freies Zitat): Bei dem gegenwärtigen Stand der Sache läßt sich eine sichere Entscheidung nicht fällen.

¹⁸ Vgl. aber *Odys.* II 332sq., XVI 384sq.

¹⁹ Vgl. beispielsweise *Nomima II*, 11ff. und die Angaben bei A. Kränzlein, *SZ* 111, 1994, 480f.

(K. Latte), in der sich die Erinnerung an die ursprüngliche Besiedlung erhalten hatte²⁰.

Was die gesetzliche Erbfolge in Athen angeht²¹, so muß ein kurzer Hinweis auf den viel diskutierten *nomos* bei Demosth. or. 43 (c. Makart.), 51 genügen. Er setzt das Fehlen von *gnesioi* voraus. Stirbt der Erblasser intestatus und hinterläßt er auch keine Töchter, so gilt folgende Rangfolge: Brüder des Verstorbenen vom gleichen Vater mit Eintrittsrecht der Nachkommen – (wahrscheinlich) Schwestern des Vaters und ihre Nachkommen – Vettern des Vaters mit Eintrittsrecht nur (?) der direkten Nachkommen; männliche Verwandte gehen näheren weiblichen Verwandten vor. Darauf folgen in gleicher Reihenfolge und Begrenzung die Verwandten der Mutter des Verstorbenen. An letzter Stelle steht der nächste Verwandte von Vatersseite. Illegitime Nachkommen (*nothos*, *nothe*) sind von der Verwandtschaft (*agchisteia*) und damit von der Erbschaft ausgeschlossen²².

Es liegt auf der Hand, daß dieses Gesetz allenfalls bedingt den Zweck verfolgt, den *oikos* des Erblassers als selbständige Einheit zu erhalten. Doch selbst wenn man sich mit dem agnatischen System als Indiz für das *oikos*-Prinzip zufrieden gäbe, wird es durch den (wenn auch nachrangigen) Anfall an die Kognaten ausgehöhlt. Letztere gehen sogar einem weit verwandten Agnaten vor.

Die sog. Bronze Pappadakis²³ dürfte um das Jahr 500 im Grenzbereich von Lokris und Ätolien entstanden sein. Sie enthält Normen über Landaufteilung, aus denen sich (im einzelnen unsichere) Einsichten in die gesetzliche Erbfolge gewinnen lassen. Am Anfang werden Eltern (*goneis*) und Sohn genannt; an die Stelle des fehlenden Sohnes tritt die Tochter. Zur Rangfolge zwischen Vater, Mutter und Sohn macht das Gesetz keine Angaben. Dann folgen anscheinend der Bruder des Verstorbenen und die Verwandtschaft (*anchistedan*) gemäß dem Recht (*ka to dikaion*). Der folgende Satz ist nicht mehr rekonstruierbar.

Der Ausdruck „gemäß dem Recht“ macht deutlich, daß den Adressaten eine umfassendere Regelung des gesetzlichen Erbrechts bekannt war; sie dürfte sich auch über die Rangfolge: Vater – Mutter – Sohn geäußert haben²⁴. Auffällig ist das

²⁰ Vgl. Koerner, 503 (zu Nr. 169).

²¹ Vgl. etwa Harrison (A. 7), 122ff., 130ff.; E. Karabélias, Symposion 1982 (1989), 41ff. – Zur Erbschaft des Hagnias (Isaios or. 11; Demosth. or. 43) s. nur MacDowell, *The law in classical Athens*, 1978, 103ff.

²² Vgl. demgegenüber die Xouthias-Inschrift (IPark 1); s. auch DNP 8, 2000, 1010.

²³ S. o. A. 15.

²⁴ Zu erwägen wäre, ob sich der Hinweis auf den *thesmos* in der Xouthias-Inschrift nicht (auch?) auf das Erbrecht bezieht. – Bei eingehender Interpretation der Bronze Pappadakis wären das Gesetz über die Zuziedlung von Lokrern nach Naupaktos (a. 460/450; IG IX I² 3, 718; Nomima I 42; Koerner 49) und das weit jüngere Gesetz über die ätolischen Siedler in Same (Kephallenia) heranzuziehen (Syll.³ 884); dazu letzthin J. Caléro Secall, *Symposion 1999 (2003)*, 257ff.

Erbrecht der Eltern. Über ein (nachrangiges) Erbrecht der Kognaten läßt sich aus der Inschrift nichts entnehmen.

V.

Zurück zum Erbrecht in P. Dura 12: Zu beginnen wäre mit einem strukturellen Vergleich der Normen, der hinsichtlich Genese und Niveau von Rechtstexten häufig instruktiver ist als ein Vergleich der Inhalte. Das muß hier unterbleiben. Doch sei wenigstens erwähnt, daß sowohl der *nomos* in Demosth. or. 43,51 als auch das Erbgesetz von Dura-Europos mit einem negativen Konditionalsatz beginnen und mit einer Aussage über die Verwandtschaft (*agchistia*) enden.

Was die Inhalte von P. Dura 12 angeht, so ist die Erbfolge auch der weiblichen Deszendenz („*tekna*“) nicht besonders auffällig. Auffälliger, aber nicht singulär, ist die Erwähnung des Erbrechts der Eltern, singulär diejenige der väterlichen Großeltern. Wie angedeutet, wissen wir nicht, inwieweit es sich hier um eine Rechtsfortbildung oder (zumindest hinsichtlich der väterlichen Seite) um die bloße Deklaration des Selbstverständlichen handelt. Besonders auffällig ist die Betonung des agnatischen Prinzips – eingeschränkt nur durch die (im einzelnen unklaren) Konsequenzen des Erbrechts der Tochter und der nicht wieder verheirateten Mutter. Ebenfalls besonders auffällig ist die enge Begrenzung der gesetzlichen Erbfolge; der letztmögliche Erbe ist der erste Cousin von Vatersseite. Die bekannteste Auffälligkeit ist schließlich der Heimfall an den König.

Was ist hieran spezifisch „hellenistisch“? Wenn wir vom umstrittenen Problem des väterlichen (oder gar großväterlichen) Erbrechts absehen, so zeigt das Erbrecht der Mutter in der Bronze Pappadakis, daß es vorschnell wäre, das mütterliche Erbrecht als „hellenistisch“ zu qualifizieren. Zu einem fast paradoxen Ergebnis führt die Betonung des agnatischen Prinzips im Erbrecht von Dura-Europos. Vor allem dann, wenn man an einen Zusammenhang von *oikos*-System und Agnationsprinzip glaubt, ist das Erbrecht von Dura-Europos „konservativer“ als etwa das Erbrecht von Athen. Hinsichtlich der engen Begrenzung der (agnatischen) Erbfolge könnte man über einen Zusammenhang mit der Gründung der „Kolonie“ durch einen „hellenistischen“ König spekulieren. Sie stünde dann im Kontext des Heimfallsrechts des Königs, das stets als typisch „hellenistisch“ qualifiziert wurde – vergleichbar mit dem Heimfall der *adespota* an den ptolemäischen König und an den Fiskus im kaiserlichen Rom. Doch auch hier ist eine Relativierung vorstellbar. Akzeptiert man die erwähnte Interpretation des gortynischen *klaros* als ursprüngliche Siedlungsgemeinschaft²⁵, so tritt der König als Gründer der Kolonie an deren Stelle. Zu überprüfen wäre überdies eine entsprechende Position der Polis bei erbenlosem Nachlaß²⁶.

²⁵ O. bei A.19.

²⁶ Vgl. Tab. Heracl. (A. Uguzzoni, F. Ghinatti, *Le tavole greche di Eraclea*, 1968) I 151sq. (ca 300 v.Chr.); ann.ép. 1998, 1257 (Delphi, 2. Jhd. n.Chr.); Syll.³ 884 (Thisbe, 3. Jhd. n.Chr.; s. Calero Secall (A. 23)).

VI.

Wir sind von einem „Idealtypus“ des *oikos* ausgegangen²⁷, der in unserer Überlieferung zumindest im Bereich der gesetzlichen Erbfolge nur schattenhaft wiederzuerkennen ist.

Am nächsten kommen ihm noch das Erbrecht der platonischen *Nomoi* und das Erbrecht von Dura-Europos, das schon aus diesem Grunde als Modell für ein „hellenistisches“ Erbrecht ausscheidet. Es wäre allerdings vorschnell, das Konzept des *oikos* deshalb schlechthin zu verabschieden²⁸. Hält man das Konzept des Idealtypus für ein brauchbares Instrument, soziale Strukturen (einschließlich ihrer religiösen, emotionalen, politischen, juristischen Elemente) zu beschreiben, so bestünde die Aufgabe in der Konstruktion eines oder mehrerer Idealtypen, die dem, was wir historische Wirklichkeit nennen, besser entsprechen als die gängige „Mythisierung“ archaischer Familienstrukturen. Ob sie lösbar ist, bleibe dahingestellt. Zu beachten wären etwa regionale Besonderheiten und Ungleichzeitigkeiten, Unterschiede zwischen einem „traditionellen“ *oikos* und einem „kolonisationsrischen“ *kleros*, die oft unterschätzte Bedeutung kognatischer Beziehungen. Ebenso wichtig wäre es, ein für idealtypische Konstruktionen naheliegendes Risiko zu vermeiden: die falsche Bewertung der für die historische Wirklichkeit charakteristischen instabilen Elemente. Sie sind keine Degenerationserscheinung, sondern unabdingbar für das Überleben einer Institution.

²⁷ S. III.

²⁸ Vgl. nochmals Arist. Pol. I 2, 1252b, sowie die moderne Diskussion über *oikos* und *polis*; einige Angaben hierzu bei W. Schmitz, Nachbarschaft und Dorfgemeinschaft im archaischen und klassischen Griechenland, 2004, 9; s. auch Ch.A. Fox, Household Interests, 1999, 130ff.; L.C. Nevett, House and Society in the Ancient World, 1999; aus früherer Zeit etwa V. Ehrenberg, Der Staat der Griechen, 1965², 11 passim. Zum Zusammenhang von *oikos*-System und kriegerischer *arete* s. T. Hölscher, JRS 93, 2003, 14.

BARBARA ANAGNOSTOU-CANAS (PARIS)

EFFETS JURIDIQUES DE LA FILIATION DANS L'EGYPTE GRECQUE ET ROMAINE

Le rapport de filiation est le lien qui unit un enfant et sa mère ou un enfant et son père et ce lien qui se trouve au premier rang de la parenté en ligne directe produit divers effets juridiques tels que l'obligation alimentaire, la puissance paternelle et maternelle et la vocation successorale¹. Comme il n'est pas possible d'aborder d'une manière globale la problématique juridique liée à cet enracinement familial, le parti pris de cette communication sera de présenter ceux des effets juridiques de la filiation qui permettaient la transmission des biens des parents aux enfants. Une transmission au sens large du terme² car, outre la succession aux biens parentaux, succession que le droit en vigueur appelait les enfants à recueillir, nous envisagerons la succession au pouvoir économique et social, un pouvoir qui, dans l'Egypte grecque et romaine dépendait du statut personnel, politique et fiscal de l'individu.

Notre documentation est constituée pour l'essentiel de papyrus grecs ayant conservé des actes de la pratique administrative, juridique et judiciaire, qui sont révélateurs des règles coutumières ou légales appartenant au système juridique de la filiation chez les Grecs et chez les autochtones dans l'Egypte hellénistique et chez les pérégrins dans l'Egypte romaine.

Un bref aperçu des types de filiation précédera l'exposé des effets juridiques étudiés.

I. Types de filiation

«*Nothon d'oudena tòn gennèthentòn nomizousin*»; «ils ont pour usage de ne considérer aucun enfant comme illégitime». Ce passage de Diodore de Sicile³ nous apprend l'existence d'une coutume des Egyptiens qui établissait le principe d'égalité entre les enfants légitimes et les enfants naturels pour ce qui est des effets juridiques que produit la filiation.

¹ Cf. F. Terré/D. Fenouillet, *Droit civil. Les personnes. La famille. Les incapacités*, 6^{ème} éd., Paris, 1996, p. 545 sq.

² Cf. F. Terré/Y. Lequette, *Droit civil. Les successions. Les Libéralités*, 3^{ème} éd., Paris, 1997, p. 26.

³ *I, 80, 3.*

Dans les documents de l'époque ptolémaïque qui nous sont parvenus il n'est jamais question de distinction juridique entre enfants légitimes et enfants illégitimes. On n'y trouve ni traces de recherche de la filiation naturelle, ni établissement de cette filiation, ni l'existence d'une institution permettant à un enfant naturel d'être assimilé pour l'avenir à un enfant légitime. Par ailleurs, le mot de *nothoi* n'y est pas utilisé dans sa signification d'«enfants naturels». Les *nothoi* des prêtres, qui apparaissent dans trois documents ptolémaïques⁴ et dans un texte du I^{er} siècle de l'Empire⁵ n'étaient pas des enfants nés hors mariage. Il s'agissait de candidats à la prêtrise qui ne pouvaient pas justifier d'une double ascendance sacerdotale, leur mère n'étant pas prêtresse ou fille de prêtre comme l'exigeait l'organisation interne de l'univers sacerdotal égyptien. Très probablement, les Grecs les ont appelés *nothoi* car, à leurs yeux, cette considération d'ordre administratif propre aux membres du clergé autochtone présentait des analogies formelles avec la condition de celui qui, dans la tradition de la cité grecque, ne pouvait pas justifier d'une double ascendance civique et qui, de ce fait, était considéré comme un enfant né en dehors du mariage⁶.

Ce sont les Romains qui ont introduit en Egypte la distinction juridique entre la filiation dans le mariage et la filiation hors mariage. En 239, une loi de Gordien III stipulait que «le fait d'avoir omis d'effectuer une déclaration de naissance ne rendait pas illégitimes (*paranomous*) les enfants qui étaient en réalité légitimes (*nomimous*), de même qu'une déclaration, si elle était faite, ne pouvait introduire un étranger (*allotriion*) dans la famille»⁷. Dans ce rescrit, l'empereur énonçait sans doute de nouveau un principe en vigueur depuis longtemps dans la province, à savoir que l'absence d'une déclaration de naissance ne privait pas l'intéressé de sa qualité d'enfant légitime, de même qu'une fausse déclaration ne pouvait pas conférer cette qualité. Un document daté de 11 de notre ère, le *P. Lond.*, 256 recto contient déjà le terme d'*apatores* par lequel on désignait en Egypte pendant les trois premiers siècles de l'occupation romaine les enfants qui, selon la définition de Plutarque (*Prob. Rom.* 288 E-F), n'avaient soit disant pas de père, en d'autres mots, qui avaient un père naturel mais pas de père juridique. Comme il résulte des travaux d'A. Calderini et de H.C. Youtie sur cette question⁸, ils étaient issus d'unions juridiquement impossibles, telles que le mariage des soldats romains, et le recueil de précédents judiciaires

⁴ *P. Petrie III*, 59B = *W. Chrest.* 66; *BGU X*, 1937; *UPZ II*, 194.

⁵ *P. Tebt. II*, 302.

⁶ Voir à ce sujet A. Calderini, «Apatores», *Aeg.* 33, 1953, p. 359; H.C. Youtie, «Apatores: Law vs. Custom in Roman Egypt», *Le Monde Grec. Hommages à Claire Préaux*, Bruxelles 1975, p. 733; J. Modrzejewski, «Chronique Papyrologique», *RHD* 61, 1983, p. 479; H.-A. Rupprecht, «Marriage Contract Regulations and Documentary Practice in the Greek Papyri», *Scripta Classica Israelica XVII*, 1998, p. 73-74.

⁷ *P. Tebt. II*, 285 = *M. Chrest.* 379; rééd. *Les lois des Romains*, Camerino-Naples, 1977, p. 494-495.

⁸ Cités *supra*, n. 6.

conservé dans le *P.Cattaoui recto*⁹ montre des préfets intransigeants refusant de considérer comme légitimes des enfants nés pendant le service de leur père. Pourtant, des documents administratifs font apparaître des *apatores* bien intégrés dans la famille et dans la société: ainsi, ils figurent dans des déclarations et des listes de recensement datées du II^{ème} siècle avec les autres membres de la famille déclarée¹⁰ et, en 220, dix *apatores Aurelii* font partie d'une liste de soixante-six épèbes ayant participé à des jeux à Memphis¹¹.

Les cas d'établissement contentieux de la filiation qui nous sont parvenus du II^{ème} siècle et qui concernaient des enfants des soldats de l'armée romaine, notamment ceux rapportés par le *P. Cattaoui recto*, n'ont pas eu pour origine une action tendant à trancher directement le conflit entre filiation légitime et filiation naturelle: les parents qui saisissent le préfet étaient conscients du fait que leurs unions étaient réputées inexistantes pour le droit romain mais, malgré cela, ils cherchaient à obtenir pour leur progéniture les privilèges civiques et fiscaux qui étaient ceux des enfants légitimes. Par ailleurs, au début du I^{er} siècle, le *P. Oxy. I, 37* fait état d'une contestation au sujet de l'identité d'un bébé. Il s'agit d'un procès-verbal d'audience au sujet d'un enfant donné en nourrice. Le préfet Vergilius Capito y enjoint à son juge délégué, le stratège Pasiôn, de s'en tenir à la nature pour établir la filiation biologique. Aussi le stratège a-t-il procédé à une *inspectio corporis*: de par l'aspect physique de l'enfant, à savoir de par sa ressemblance avec la nourrice qui le revendiquait et de par son âge, il lui a paru être l'enfant de cette femme et non pas le nourrisson qu'on lui avait confié et qui était décédé¹².

Quant à la filiation adoptive, le terme *syngraphè teknothesias*, qu'on peut lire déjà dans un papyrus de Zénon, daté de 248 avant notre ère, fait penser que, déjà à l'époque ptolémaïque, elle supposait une adoption contractuelle¹³. Elle était possible non seulement au profit des enfants mâles mais aussi des filles, sans restriction visant à sauvegarder les droits des fils légitimes. L'adoptant pouvait être un homme, une femme ou un couple et l'adopté avait, à l'égard de l'adoptant, le statut légal d'un enfant légitime, d'un *gnêsios* ou d'un *nomimos* suivant les termes utilisés dans des conventions d'époque byzantine conclues entre l'adoptant et les parents de

⁹ P.M. Meyer, «Papyrus Cattaoui», *A. f. P.* 3, 1906, p. 78-86; cf. *M. Chrest.* 372, col. III, l. 11-22; col. IV, l. 1-15; col. IV, l. 16-col. V, l. 26.

¹⁰ *BGU I, 224; P. Flor. 5.*

¹¹ *SB VIII, 9997.*

¹² Sur le mécanisme juridique des contrats d'allaitement en Égypte, datés de 81/82 av. n. è. à 305 de n. è., voir G. Chrétien-Vernicos, «Le contrat de nourrice en droit hellénistique: une *misthôsis* bien particulière», *RHD* 75, 1997, p. 587-615.

¹³ *P. Col. Zen.* 58; cf. le terme *kata teknothesian* dans le *P. Oxy. XLVI, 3271*, une demande adressée au préfet d'Égypte par une Alexandrine sous le règne de Claude. Sur l'adoption, telle que nous la connaissons à travers les papyrus grecs, lire M. Kurylowicz, «Adoption on the Evidence of the Papyrus», *JJP* 19, 1983, p. 61-75.

l'adopté¹⁴. L'adoption qui fonctionnait en Egypte ne trouve donc pas son origine dans l'*eispoiësis* athénienne qui était au service de l'*oikos*¹⁵ mais revêt les traits d'une opération à caractère personnel pratiquée *ektos oikou* attestée pour le monde grec d'une part dans la mythologie¹⁶ et d'autre part dans des actes d'adoption d'affranchis datés de l'époque hellénistique¹⁷.

II. Effets juridiques de la filiation

1. Transmission de l'identité civile et du statut politique et fiscal.

Telles sont les données principales des sources concernant les types de filiation pour la période étudiée. Penchons-nous à présent sur les effets juridiques de la filiation qui avaient comme résultat la transmission des droits extra-patrimoniaux qui déterminaient l'identité civile de la personne et, au-delà, son statut politique et fiscal.

a) Attribution du nom, transmission du nom patronymique et de la communauté d'origine paternelle.

Commençons par l'attribution du nom et la transmission du patronyme et de la communauté d'origine. L'attribution du nom à la naissance, laquelle revenait aux parents, et la transmission du patronyme devenaient officielles avec l'établissement du lien de filiation, qui s'effectuait, à l'époque romaine, soit par une déclaration de naissance, soit par une déclaration de recensement¹⁸. Sous les Ptolémées, des registres locaux des noms étaient tenus non seulement dans les cités, comme en

¹⁴ *P. Oxy. IX, 1206, l. 21* et *P. Lips. 28, l. 17-18*, datés du IV^{ème} s.; *P. Oxy. XVI, 1895, l. 10*, daté du VI^{ème} s.; sur la conformité du droit utilisé par les parties contractantes aux traditions pérégrines locales d'une part et au droit romain d'autre part, voir H.J. Wolff, *Das Recht der griechischen Papyri Ägyptens in der Zeit der Ptolemäer und des Prinzipats, I. Band, Bedingungen und Triebkräfte der Rechtsentwicklung* (éd. H.-A. Rupprecht), Munich, 2002, p. 141-142.

¹⁵ Et qui servait à perpétuer l'*oikos* du père adoptif en comblant le vide provoqué par l'absence d'héritier mâle; cf. A.R.W. Harrison, *The Law of Athens, t. I, The Family and Property*, Oxford, 1968, p. 82-96.

¹⁶ Diodore de Sicile 4, 39, qui relate l'adoption d'Hercule par Héra.

¹⁷ *SGDI II, 1348, 1803* et *1935*, découvertes à Dodone et à Delphes et commentées par A. Babakos, «Adoption von Freigelassenen im alt-griechischen Recht», *Syntelesia V. Arangio-Ruiz*, Naples, 1964, p. 515-520.

¹⁸ Sur le mode de fonctionnement de ce système lire l'étude de base de M. Hombert et Cl. Préaux, *Recherches sur le recensement dans l'Égypte romaine*, Leyde, 1952, 186p.; cf. R.S. Bagnall/B.W. Frier, *The Demography of Roman Egypt*, Cambridge, 1994, p. 1-74 et N. Kruit, «Age Reckoning in Hellenistic Egypt. The Evidence of Declarations of Birth, Excerpts from the Ephebe Registers, and Census Returns», *The Two Faces of Graeco-Roman Egypt (P. L. Bat. 30)* (Mélanges P.W. Pestman), Leyde, Boston, Cologne, 1998, p. 37-58.

témoigne pour les citoyens d'Alexandrie le papyrus du gynécologue¹⁹, mais aussi dans les différentes localités de la *chôra*²⁰. Toujours à l'époque ptolémaïque, en dehors du cadre poliade, les enfants des immigrants héritaient aussi de l'*ethnikon* de leur père, voire de l'indication de sa communauté d'origine, *polis* ou *ethnos*. Ces composantes de l'identité personnelle étaient l'objet d'une législation destinée à protéger leur immutabilité²¹. Un document administratif de la fin du II^e siècle nous apprend que, sous les Romains, le changement d'un élément de l'état de la personne était possible par voie administrative, c'est-à-dire avec une autorisation de l'idiologue, haut procureur impérial en Égypte, et à condition que le changement se fit «sans préjudice pour aucun intérêt public ou privé»²². Et le § 42 du recueil de dispositions normatives et de décisions judiciaires dit Gnômôn de l'Idiologue²³ stipulait qu'était frappée de confiscation d'un quart de ses biens toute personne qui s'attribuait illégalement une qualité ne correspondant pas à son état. Notons aussi pour l'époque romaine que, en ce qui concerne les enfants illégitimes, le nom de leur père naturel ne figurait pas parmi leurs éléments d'identité personnelle. Le qualificatif d'*apatôr* ou leur nom suivi du nom de leur mère et quelquefois de la formule *chrématizôn mêtros*, signalait leur état civil d'enfant sans père juridique²⁴.

b) Transmission du statut politique et fiscal.

À l'époque ptolémaïque, le nom et l'ethnique n'étaient pas seulement des éléments de l'identité d'une personne mais également des éléments de son identification nationale puisqu'ils permettaient de situer un individu dans le groupe ethno-social auquel il appartenait. Au demeurant, pour les immigrants de la *chôra*, la patrie déterminait le statut politique, à savoir leur appartenance héréditaire à leur communauté d'origine et, par conséquent, leur statut quasi civique d'étrangers en Égypte. En face d'eux, les Égyptiens autochtones avaient le statut de sujets du roi grec, ce dernier s'étant substitué au pharaon avec l'aide du clergé local²⁵. Seuls les citoyens des trois cités grecques du royaume transmettaient à leurs enfants leur statut

¹⁹ *P. Hibeh 196*; cf. J. Vélissaropoulos, *Alexandrinou nomoi. Politikè autonomia kai nomikè autoteleia tès ptolemaïkès Alexandreias*, Athènes, Komotini, 1981, p. 57-60.

²⁰ *P. Ent. 8, l. 2* et *P. Strasb. dém. 7*, datés respectivement de 110 et 111 av. n. è.

²¹ L'existence de cette législation est attestée par les *BGU VI, 1213* et *1250* datés du III^{ème} et du II^{ème} s. av. n. è. Le régime juridique de l'état de la personne à l'époque ptolémaïque a été étudié par E. Bickerman, «Beiträge zur antiken Urkundengeschichte, I: der Heimatsvermerk und die staatsrechtliche Stellung der Hellenen im ptolemäischen Aegypten», *A. f. P.* 8, 1927, p. 216-239 et par J. Modrzejewski, «Le statut des Hellènes dans l'Égypte lagide: bilan et perspectives de recherches», *REG* 96, 1983, p. 241-268.

²² *W. Chrest. 52*.

²³ *BGU V, 1210+P. Oxy. XLII,3014*; cf. *Les lois des Romains*, p. 520-557.

²⁴ Comme par exemple dans le *P. Bouriant 42*, le *SB VI, 9320* et le *P. Oxy. I, 104*; cf. H.C. Youtie, «Apatores», p. 723-734.

²⁵ Lire à ce propos E. Bickerman, «Heimatsvermerk», p. 220-229 et J. Modrzejewski, «Le statut personnel», p. 248-252 et 262-265.

civique dans des conditions propres à chacune d'entre elles mais dont la base semble avoir été la règle de la double ascendance civique qui, selon Aristote²⁶ était celle qui prévalait dans le monde grec pour l'accès à l'exercice des droits civiques. Si des doutes subsistent au sujet des lois de Naucratis et de Ptolémaïs, la «constitution» de Cyrène, promulguée vers 321 avant notre ère réservait la *politeia* aux hommes nés de père cyrénéen et de mère cyrénéenne et l'étendait aussi aux enfants nés de père cyrénéen et de mère libyenne originaire de la région située entre Katabathmos et Autamalax²⁷. Quant à Alexandrie, bien que les lois alexandrines qui nous sont parvenues ne fassent pas état d'une pareille loi, le rétrécissement constant du corps civique de cette cité semble impliquer un régime interdisant les mariages avec des non-alexandrins²⁸. Par ailleurs, dans l'un des procès conservés par le *P. Cattaoui recto*²⁹, le préfet Valerius Eudaemôn laisse entendre que les parents alexandrins devaient être unis dans une union légitime pour que leurs enfants eussent accès à la cité alexandrine³⁰. A Alexandrie aussi, le statut civique des parents et la légitimité de leur union jouaient un rôle déterminant pour l'acceptation d'un jeune à l'éphébie, l'institution qui caractérisait le mode d'éducation grecque³¹.

On sait que certaines dispositions du *Gnômôn de l'Idiologue* décourageaient l'union des pérégrins-citoyens d'une cité grecque avec les Egyptiens, une notion qui englobait non seulement les autochtones mais aussi les Hellènes de la *chôra*³². Des sanctions civiles menaçaient soit le statut civique, soit la capacité d'hériter des enfants issus de ces unions, mais ces conséquences fâcheuses pouvaient être évitées s'il était prouvé que l'*astos* ou l'*astè* avaient conclu cette union mixte par ignorance³³. En revanche, le *W. Chrest. 27* nous apprend que, contrairement aux Naucratices, dont les habitants d'Antinoopolis utilisaient les lois, ces derniers avaient reçu par faveur impériale le droit de se marier avec les Egyptiens, et le *P. Vindob. Bosw. 2* que l'accès à la *politeia* antinoïte était étendue non seulement aux enfants nés de père antinoïte et de mère égyptienne mais également à ceux nés

²⁶ *Politique 1257b*.

²⁷ *SEG IX, 1, 1.1-6*.

²⁸ Cf. J. Véllissaropoulos, *Alexandrianoi nomoi*, p.30-36 et D. Delia, *Alexandrian Citizenship during the Roman Principate*, Atlanta, 1991, p. 7-47.

²⁹ *Col. IV, l. 16-22-col.V*.

³⁰ *Col. V, l. 6-8*.

³¹ Cependant, dans le *SB XIV, 11388* la mère de l'éphèbe alexandrin Aquila pourrait être une affranchie et par conséquent interdite à la citoyenneté d'Alexandrie (§ 15 du *Gnômôn de l'Idiologue*); cf. D. Delia, *Alexandrian Citizenship*, p. 71-79 et B. Legras, *Néotès. Recherches sur les jeunes Grecs dans l'Égypte ptolémaïque et romaine*, Paris, 1999, p. 151-161.

³² Sur la notion d'Aigyptioi sous l'empire, voir E.J. Bickerman, «Beiträge zur antiken Urkundengeschichte II», *A. f. P.* 9, 1030, p. 24-46, notamment, p. 40-42.

³³ *Gnômôn*, §§ 38, 46, 47, 48 et 57.

de mère antinoïte et de père égyptien³⁴. La déclaration de naissance et le certificat d'inscription parmi les citoyens antinoïtes du jeune Philantinoos en 157 rappellent que le divin Hadrien avait accordé le privilège d'être éduqués aux frais de la cité aux Antinoïtes déclarés par leurs parents trente jours au plus tard après leur naissance³⁵.

Faisant partie de la classe fiscale des *ateleis* avec les citoyens romains, les citoyens des cités grecques d'Égypte échappaient entièrement à l'impôt personnel, auquel étaient soumis tous les pérégrins mâles de 14 à 64 ans. Parmi les pérégrins non-citoyens, la qualité de membre de l'un des trois groupes privilégiés qui payaient l'impôt personnel à un taux réduit était également transmise par voie héréditaire³⁶. Ainsi, pour appartenir aux métropolités d'Arsinoè, d'Oxyrhynchos, d'Hermoupolis ou d'Héracléopolis ou aux «gens du gymnase», il fallait justifier «d'une double ascendance» à l'intérieur de ces groupes, soit lors des déclarations de recensement quatordecennal³⁷, soit dans les déclarations de naissance qui intervenaient entre deux recensements et dont les auteurs que nous connaissons appartenaient tous à ces groupes privilégiés³⁸. Le premier recensement de date sûre a eu lieu sous le règne de Tibère³⁹ mais l'institution doit remonter à celui d'Auguste⁴⁰. La formule *kata ta keleusthenta* ou *kata ta prostetagma* qui figure dans certaines déclarations fait allusion à un édit du préfet qui déclenchait les opérations du recensement⁴¹. C'est aussi conformément à ces ordres du gouverneur que, à partir de la fin du I^{er} siècle, les parents présentaient une demande d'*épikrisis*⁴², c'est à dire de vérification et de confirmation des titres, qui permettrait à leur progéniture, qui venait d'avoir quatorze ans, de faire partie de la vaste classe des personnes sélectionnées, des *epikekrimenoi*, parmi lesquels les métropolités et les «gens du gymnase» étaient des genres désignés par les Romains par les termes *genos* ou *tagma*⁴³. Cependant, au sein du genre ou ordre des métropolités les «gens du gymnase» faisaient figure d'«espèce» plus élitiste, puisque le fait pour un jeune d'être reconnu comme l'un de «ceux du gymnase» suffisait à son admission à l'éphébie et assurait à l'intéressé une

³⁴ Cf. H. Braunert, «Griechische und römische Komponenten im Stadtrecht von Antinooupolis», *JJP* 14, 1962, p. 77-78.

³⁵ *SB XVI*, 12742, l. 8-10 et 12743; cf. *SB V*, 7602 et R. Taubenschlag, «Die kaiserlichen Privilegien im Rechte der Papyri», *O.M.* II, p. 48.

³⁶ Cf. J. Modrzejewski, «Entre la cité et le fisc: le statut grec dans l'Égypte romaine», *Symposion 1982*, Valence, 1985, p. 257sq.

³⁷ M. Hombert et Cl. Préaux, *Recherches sur le recensement ...*, p. 47sq.; cf. O. Montevecchi, «Il censimento romano d'Egitto», *Aevum* 50, 1976, p. 72-84.

³⁸ Cf. O. Montevecchi, *La Papirologia*, Turin, 1973, réimpr. 1988, p. 179-181.

³⁹ *SB I*, 5661, daté de 33/34.

⁴⁰ *P. Med.* 3; cf. *Évangile de Luc II*, 1-3.

⁴¹ Cf. M. Hombert et Cl. Préaux, *Recherches sur le recensement ...*, p. 53-99.

⁴² A cet égard, lire F. Hafez-El-Kadi, *Hè epikrisis en tè rômaikè Aigyptô*, Athènes, 1973, 146p. (en grec moderne avec résumé en anglais) et, en dernier lieu, S. Bussi, «Selezione di élites nell'Egitto romano. Epikrisis ed eiskrisis tra I e III secolo a. C.», *Laverna* 14, 2003, p. 146-166 (non vidi).

⁴³ *SB V*, 8038.

carrière brillante dans l'administration municipale. Les critères pour l'*épikrisis* de «ceux du gymnase» semblent avoir été plus sévères, car il était fréquent que l'on prouvât la noble origine paternelle et maternelle en invoquant, au III^{ème} siècle, jusqu'à dix générations d'appartenance au groupe⁴⁴. Quant au groupe des «catoeques arsinoïtes du nombre de 6475», les sources restent plutôt silencieuses à son sujet. Toutefois, dans une liste des *epikekrimenoi* du II^{ème} siècle, l'administration rétablit l'erreur commise d'avoir compris le fils d'un catoeque parmi les gens soumis à l'impôt personnel et le classe parmi les sélectionnés, afin «de sauvegarder les droits reconnus» au groupe de catoeques⁴⁵.

Ainsi, la plupart des composantes du statut personnel d'un individu, y compris dans ses relations avec l'Etat, dérivait de sa filiation et c'est l'autorité publique qui fixait les droits et les devoirs qui découlaient de celle-ci. Dans la seconde partie de notre exposé, nous envisagerons les règles relatives à la vocation successorale réciproque entre parents et enfants.

2. La vocation successorale.

a) La succession *ab intestat*.

En situation de carence de textes législatifs, on ne peut pas reconstituer l'aménagement légal de la dévolution successorale; c'est donc des faits et des actes juridiques, des clauses contractuelles et des documents de la pratique judiciaire qu'il convient de dégager des éléments permettant de placer les descendants et les ascendants dans la perspective de la parenté légitime. Ces éléments relevant de la coutume, on aura recours aux traditions juridiques ancestrales des populations concernées, à savoir le droit autochtone égyptien et le droit grec, afin d'y chercher des similitudes et des affinités. Pour ce qui est du droit égyptien, les dispositions concernant les successions à cause de mort du *Code démotique d'Hermoupolis*⁴⁶ ont confirmé la place de descendant privilégié du fils aîné (attestée par de nombreux documents de la pratique démotiques et grecs), lequel était appelé à prendre possession des biens paternels, quitte à procéder par la suite à une division de la succession afin que les autres enfants du défunt, fils et filles, réalisent leur droit à une portion d'hérédité⁴⁷.

En ce qui concerne le droit grec, selon un principe commun aux diverses législations, au premier rang des successibles venaient les descendants avec

⁴⁴ *PSI V*, 457.

⁴⁵ *BGU II*, 562 = *W. Chrest.* 220.

⁴⁶ G. Mattha/G.R. Hughes, *The Demotic Legal Code Of Hermopolis West*, Le Caire, 1975, col. VIII, § 30-32 et col. IX, § 21-22.

⁴⁷ Cf. P.W. Pestman, «The Law of Succession in Ancient Egypt», *Essays on Oriental Laws of Succession in Ancient Egypt*, Leyde, 1969, p. 65 et S. Allam, «Reflexions sur le 'Code légal d'Hermopolis dans l'Égypte ancienne», *Chron d'Ég.* 61, 1986, p. 55.

exclusion des filles par les fils⁴⁸, à l'exception de la loi de Gortyne, qui accordait aux filles une situation plus favorable⁴⁹. Dans une autre aire géographique, la loi successorale de Doura-Europos, conservée dans une copie d'époque romaine mais dont le fond remonte à l'époque hellénistique, stipulait qu'au premier ordre des héritiers réguliers venaient les enfants (*tekna*) du défunt, sans distinction entre descendants masculins et féminins⁵⁰.

En Égypte, le fait que les enfants primaient tous les autres héritiers naturels est manifeste dans la formule «sans enfants et sans testament» («*ateknos et adiatetos*») présente dans des documents où des héritiers des ordres subséquents, ascendants ou collatéraux, se réfèrent à leur lien de parenté avec le défunt et aux motifs pour lesquels ils sont venus à la succession⁵¹. L'utilisation au quotidien des adjectifs *patrikos* (*patrôos*) ou *mètrikos* (*mètrôos*) pour désigner des immeubles, notamment dans des actes juridiques⁵², et des déclarations de propriété⁵³, montrent que les enfants étaient appelés à hériter aussi bien de leur père que de leur mère, comme cela se passait à Gortyne⁵⁴ et à Doura-Europos⁵⁵. D'autres documents évoquent plus directement la possibilité d'hériter de sa mère⁵⁶. Néanmoins, une disposition du *Gnômôn de l'Idiologue*⁵⁷, privait de l'héritage de sa mère l'enfant issu du mariage d'une pérégrine d'Égypte avec un pérégrin étranger à l'Égypte.

Comme à Doura-Europos, les filles héritaient *ab intestat* et, lorsque le défunt ne laissait pas de fils, il n'y avait pas de déclenchement de l'institution de l'épiclérat qui, dans la cité classique, avait réglementé la situation successorale de la fille unique⁵⁸. En présence de fils du défunt, les filles héritaient concurremment et la

⁴⁸ Démosthène, *LXIII Contre Macartatos 51*: loi athénienne attribuée à Solon sur les successions *ab intestat*; cf. A.R.W. Harrison, *The Law of Athens I*, p. 130 sq. Le droit des Locriens Hypocnémidiens admettait également l'exclusion des filles: *IG IX I², 3, 718, l. 16-20* (vers 450 av. n. è.) = *Nomima I*, no 43; H. Van Effenterre/Fr. Ruzé, *Nomima. Recueil d'inscriptions politiques et juridiques de l'archaïsme grec, t. I*, Ecole Française de Rome, 1994.

⁴⁹ *Code de Gortyne, col. V, 9-13 et col. IV, 31-46* (vers 450 av. n. è.) = *Nomima II*, nos 48-49.

⁵⁰ *P. Doura 12, l. 1-5*.

⁵¹ *P. Flor. 86* = *M. Chrest. 247*; *P. Flor. 68*; *P. Lond. III 940*; *M. Chrest. 200*, datés respectivement des I^{er}, II et III^e s. de n. è. cf. H. Kreller, *Erbrechtliche Untersuchungen auf Grund der graeko-ägyptischen Papyrusurkunden*, Leipzig, 1919, réimpr. 1970, p. 166.

⁵² *P. Lond. 154* = *M. Chrest. 255*, daté du I^{er} s. de n. è.

⁵³ *P. Tebt. 323* = *M. Chrest. 208*, daté du II^{ème} s.

⁵⁴ *Code IV, 43*.

⁵⁵ *P. Doura 12, l. 3*.

⁵⁶ *UPZ I, 123*, daté de 157/156 av.n. è.

⁵⁷ § 13.

⁵⁸ A ce propos lire E. Karabélias, «La situation successorale de la fille unique du défunt dans la koinè juridique hellénistique», *Symposion 1977*, Cologne, Vienne, 1982, p. 223-234 et du même, *L'épiclérat attique: recherches sur la condition juridique de la fille épicière athénienne*, Athènes, 2002, p. 237 sq.

répartition pouvait se faire en parts égales⁵⁹ ou avec des parts moindres pour les filles⁶⁰. Dans les testaments grecs d’Égypte, le rappel de la dot sert à expliquer la part successorale inférieure réservée aux filles, voire leur exclusion⁶¹, ce qui semble conforme à la tradition attique, où la fille, à la place d’un droit successoral, pouvait prétendre à une dot auprès de son père et, après la mort de celui-ci, auprès de ses frères⁶². Pour autant, en Égypte, dans la succession *ab intestat*, la fille qui avait été dotée n’était pas exclue de la succession paternelle. Ainsi, dans un différend qui opposait des héritiers testamentaires égyptiens, une fille qui avait déjà reçu une dot de la part de son père, a attaqué la validité du testament de ce dernier, afin qu’ait lieu la dévolution légale, en vertu de laquelle elle héritait avec ses frères, en dépit de la dot dont elle avait déjà été pourvue⁶³.

De nombreux papyrus font état d’un privilège du fils aîné en vertu duquel celui-ci héritait d’une double part successorale (*dimoiria*)⁶⁴. Dans un procès de tutelle daté de 135 de n. è.⁶⁵, c’est «selon les lois» que le père décédé d’une pupille égyptienne avait hérité de son propre père une double quote-part, le mot *nomoi* se référant ici à une règle coutumière autochtone⁶⁶. Une *enteuxis* du soldat mercenaire Apollônios, alias Psémmonthès, datée de 127/126 av. n. è.⁶⁷, et deux déclarations de propriété de deux lots de terrain, datées de 148 de n. è.⁶⁸, font aussi allusion à des dévolutions successorales qui auraient permis à des fils aînés de recevoir une double part de l’héritage paternel au sein des familles à l’onomastique égyptienne et grecque. Mais les plus anciens témoignages d’une position privilégiée du fils aîné en matière de succession sont des testaments fragmentaires grecs du III^{ème} s. av. n. è.⁶⁹.

Pour en rester à l’époque ptolémaïque, l’évolution vers l’hérédité de la tenure cléroutique a profité aux descendants des colons militaires. En effet, celle-ci, qui était donnée à titre viager par le roi à ses soldats, faisait retour à la couronne à la mort du cléroutique mais il était d’usage qu’elle soit attribuée à un fils du bénéficiaire

⁵⁹ *BGU IV, 1131; P. Tebt. II, 383 = M. Chrest. 357*, datés respectivement de 13 av. n. è. et de 46 de n. è.

⁶⁰ *P. Oxy. III, 503 = M. Chrest. 176*, daté du II^{ème} s. de n. è.

⁶¹ *P. Grenf. I, 21 = M. Chrest. 302; P. Oxy. I, 75; P. Lond II, 177 = M. Chrest. 57*, datés, les deux premiers du II^{ème} et le troisième du I^{er} s. de n. è.

⁶² Cf. H. Kreller, *Erbrechtliche Untersuchungen*, p. 143-147; cf. A.R.W. Harrison, *The Law of Athens*, p. 48.

⁶³ *BGU II, 592*, daté du II^{ème} s. de n. è.

⁶⁴ Cf. H. Kreller, *Erbrechtliche Untersuchungen*, p. 149-154.

⁶⁵ *BGU I, 136*.

⁶⁶ Cf. E. Seidl, «La preeminente posizione successorale del figlio maggiore nel diritto dei papiri», *Rendiconti dell’Istituto Lombardo, Classe di Lettere e Scienze morali e storiche* 99, 1965, p. 185-192, P.W. Pestman, «The Law of Succession», p. 64-67 et du même «‘Inheriting’ in the Archive of the Theban Choachytes 2nd cent. B.C.», *Aspects of Demotic Lexicography*, Louvain, 1987, p. 61-62 et 70-71.

⁶⁷ *UPZ II, 170*.

⁶⁸ *SB VI, 9317 A et B*.

⁶⁹ *P. Petrie² 25, 19 et 30*; cf. le commentaire de l’éd. W. Clarysse, p. 25-26.

défunt⁷⁰. Au II^{ème} siècle av. n. è. Ptolémée VIII a reconnu à titre héréditaire la possession des tenures clérouchiques⁷¹ et vers 60 avant notre ère une ordonnance de Ptolémée Aulète réglait l'ordre de succession du *klèros* lorsque le clérouque était décédé sans testament: «s'ils meurent *intestat*, leurs tenures iront à leurs parents les plus proches»⁷². A une femme par exemple, telle Rhodokleia, fille d'un cavalier catoeque mort *ab intestat*, que l'administration a reconnu comme ayant droit sur la tenure paternelle conformément à l'ordonnance précitée⁷³.

Enfin, dans les minutes d'un procès de 135 de n. è., la demanderesse évoque un texte légal stipulant l'application de la théorie de la représentation dans la succession⁷⁴. En effet le *BGU I, 19 = M. Chrest. 85*, relate un procès, lors duquel une pérégrine dont le père n'avait pas survécu à la mort de sa grand-mère qui, elle, était décédée sans testament (*col. II, l.6*), demandait à bénéficier d'une mesure impériale promulguée en 125. L'empereur Hadrien y aurait accordé aux petits-enfants des pérégrins d'Égypte le droit de succéder à leurs grands-parents en représentant leurs parents. Un témoignage indirect sur l'existence en Égypte de la technique de la représentation est celui de la clause contenue dans le contrat de mariage d'Oxyrhynchos⁷⁵, daté de 127 de n. è., qui prévoyait le sort de la dot en cas de décès des conjoints, si leur union était restée sans enfants ou si leurs enfants étaient morts sans descendants. Notons aussi qu'une autre clause de ce contrat⁷⁶ concernant le décès de la femme avant le mari prévoyait la dévolution légale, à savoir l'appel des enfants au premier ordre des successibles, pour le cas où le mari n'aurait fait ni testament, ni partage héréditaire d'ascendant.

L'enfant adoptif étant entré dans une relation ordinaire de filiation avec ses parents adoptifs, il avait la même vocation successorale qu'un enfant légitime⁷⁷. Dans deux contrats d'adoption d'époque byzantine cet état de l'adopté est expressément affirmé par l'adoptant⁷⁸. Quant à l'enfant naturel, l'assimilation de sa situation à celle de l'enfant légitime chez les Égyptiens faisait que, en concurrence avec ce dernier, il héritait de la même quote-part. C'est du moins le témoignage du

⁷⁰ *P. Lille I, 4, l. 29-33.*

⁷¹ *P. Tebt. I, 124 = C. Ord. Ptol. 54, l. 3-5.*

⁷² «*Eis tous engista genous*»: *BGU IV, 1185 = C. Ord. Ptol. 71, l. 16-19.*

⁷³ *SB VIII, 9790* daté du milieu du I^{er} s. av. n. è. Sur l'évolution de la tenure clérouchique vers l'hérédité et l'aléniabilité voir Cl. Préaux, *L'économie royale des Lagides*, Bruxelles, 1939, p. 463-477; cf. J. Bingen, «Les cavaliers catoeques de l'Héracléopolite au I^{er} siècle», *Egypt and the Hellenistic World*, Louvain, 1982, p. 1-11.

⁷⁴ Sur la représentation successorale et l'égalité des souches en droit attique voir A.R.W. Harrison, *The Law of Athens*, p. 131, n.1 et 144 sq.

⁷⁵ *P. Oxy. III, 496 = M. Chrest. 287, l. 13-16.*

⁷⁶ *L. 10-11.*

⁷⁷ Cf. H. Kreller, *Erbrechtliche Untersuchungen*, p. 157-158.

⁷⁸ *P. Oxy. IX, 1206, l. 20-23* et *P. Lips. 28, l. 18* et 21-22, datés respectivement de 335 et de 381.

*CPR I, 174*⁷⁹, qui contient une division de propriété où apparaissent deux sœurs *homométrioi*, dont l'une est *apatôr*, ayant recueilli la succession de leur mère égyptienne en parts égales⁸⁰. Quant aux fils des soldats romains nés pendant le service de leur père, le *P. Cattaoui recto, col. IV, l. 1-15* a conservé la sentence d'un préfet qui refuse la qualité de fils légitime à un enfant de militaire mais qui reconnaît que celui-ci a légalement été désigné héritier de son père par testament⁸¹. Pour parer à cette inégalité entre l'enfant d'un père prévoyant et celui d'un père négligent, l'empereur Hadrien, agissant avec humanité, a, en 119, reconnu aux enfants des soldats romains engendrés pendant le temps du service militaire, la possession successorale des biens paternels dans la classe prétorienne *unde cognati*⁸². Un écho de cette *epistula* d'Hadrien se trouverait dans le *Gnômôn de l'Idiologue*⁸³, qui stipule que «les enfants ou les proches d'un militaire mort sans testament peuvent hériter de lui s'ils ont le même statut que lui».

En l'absence de descendants, légitimes, naturels ou adoptifs, de quelqu'un qui est décédé *intestat* ce sont ses père et mère qui venaient à sa succession, donc au deuxième rang de l'ordre des successibles⁸⁴. Cette solution était en accord avec les dispositions de la loi successorale de Doura-Europos⁸⁵ et en contradiction avec ce qui se passait dans le droit attique et dans celui de Gortyne⁸⁶. Quant au droit égyptien, c'est d'une façon indirecte que, dans certaines clauses contractuelles, le père et la mère apparaissent comme des héritiers possibles de leurs enfants au troisième rang, après les descendants et les frères et sœurs du défunt⁸⁷. Le document qui, mieux que tout autre, atteste pour un père sa qualité d'ascendant privilégié de son fils décédé, est le *CPR I, 18* qui relate un procès successoral au cours duquel le juge romain a dû choisir entre deux solutions: d'une part l'incapacité du fils issu d'un mariage non-écrit de tester du vivant de son père, qui était son héritier légal, au profit d'un tiers, même si ce tiers était un cousin ou un frère; d'autre part, le principe de la liberté testamentaire. Les deux solutions sont présentées par les parties comme

⁷⁹ Daté de 190/191 de n. è.

⁸⁰ Cf. H. Kreller, *op. cit.*, p. 155.

⁸¹ Cf. Gaius, *Instit. II, 109-110*.

⁸² *BGU I, 140*.

⁸³ § 35.

⁸⁴ *P. Ent. 66*, daté de 219 av.n. è.; *P. Flor. 86 = M. Chrest. 247*, daté du I^{er} s. de n. è.; cf. V. Arangio-Ruiz, «Osservazioni sul sistema della successione legittima nel diritto dei papiri», *Rariora*, Univers. degli Studi di Camerino, 1970, p. 143, n. 2.

⁸⁵ *P. Doura 12, l. 7*.

⁸⁶ La loi athénienne sur les successions *ab intestat* (Dém., *LXIII, C. Macartatos 51*) après les descendants appelle les collatéraux paternels et omet les ascendants dont les éventuels droits successoraux n'ont pas été confirmés par des cas de la pratique judiciaire; cf. A.R.W. Harrison, *The Law of Athens I*, p. 138-142. Le *Code de Gortyne*, V, 9-27 = *Nomima II, 48* (sur l'ordre des successibles) se tait également sur les droits de la ligne ascendante.

⁸⁷ Comme dans le *P. Turin 2118, l. 31-32*, daté du VII^{ème} s. av. n. è.; cf. P.W. Pestman, «The Law of Succession», p. 70.

appartenant aux droits locaux et plus particulièrement à la «loi des Égyptiens»⁸⁸. Le juge s'est prononcé en faveur du droit revendiqué par l'ascendant direct et donc de la règle qui restreignait la liberté de tester du fils en optant ainsi pour une solution conforme au système romain de la *querella inofficiosi testamenti*, qui protégeait les proches parents (ascendants comme descendants) contre les caprices du testateur⁸⁹.

b) Les libéralités.

La désignation des héritiers, telle qu'elle résultait des règles régissant la dévolution successorale *ab intestat*, ne s'imposait pas au *de cuius*. Celui-ci pouvait l'éviter par le moyen d'une manifestation de volonté qui revêtait diverses formes. En Égypte, ces formes étaient soit le testament, soit des libéralités spéciales dont le caractère familial était profondément marqué⁹⁰. Ces libéralités étaient d'une part le partage héréditaire d'ascendant produisant effet soit immédiatement⁹¹, soit à la mort de l'ascendant⁹², et d'autre part les libéralités contenues dans les *syngrapho-diathèkai*⁹³. C'est de ces dernières libéralités que nous traiterons ici, du fait de leur conséquence juridique, à savoir la création par les parents d'un droit au profit des enfants, donc de leurs héritiers légaux, en vertu duquel ces derniers pouvaient empêcher l'aliénation des biens sur lesquels portait leur droit. Des biens dont les parents restaient les

⁸⁸ Le problème des origines des règles de la «loi des Égyptiens» a été revu par J. Modrzejewski, «La loi des Égyptiens»: le droit grec dans l'Égypte romaine», *Proc. of the XVIII. Intern. Congr. of Papyrology II*, Athènes, 1988, p. 383-399. En l'occurrence, le droit grec, depuis la loi de Solon sur le testament jusqu'aux actes de dernière volonté des Grecs d'Égypte a été caractérisé par la souplesse et par une tendance constante vers la liberté du testateur, tandis que le droit égyptien connaissait des actes à fonction testamentaire mais dont l'usage était soumis à des règles de dévolution contraignantes; cf. pour le droit grec, E. Karabélias, «L'acte à cause de mort (diathèkè) dans le droit attique», *Rec. de la Soc. J. Bodin 59, Actes à cause de mort*, Bruxelles, 1992, p. 47-121 et, pour le droit égyptien, A. Théodoridès, «L'acte à cause de mort dans l'Égypte pharaonique», *ibidem*, p. 9-27 et B. Menu, «Notes sur les inscriptions de S3-Mwt surnommé Kyky», *Revue d'Égypt.* 32, 1980, p. 141-144.

⁸⁹ Cf. R. Monier, *Manuel élémentaire de droit romain, t. I*, Paris, 6^{ème} ed., 1947 (réimp. 1970), p. 488-494.

⁹⁰ Cf. H. Kreller, *Erbrechtliche Untersuchungen*, p. 201-223.

⁹¹ Comme dans le *P. Lond. III, 880*, daté de 113 av. n. è. et le *BGU IV, 1013* daté du I^{er} s. de n. è.

⁹² Comme dans le *BGU III, 993*, daté de 113 av. n. è. et le *P. Mich. XVIII, 785*, daté de 61 de n. è. Pour l'époque romaine, U. Yiftach, «Deeds of Last Will in Graeco-Roman Egypt: A Case Study in Regionalism», *BASP 39*, 2002, p. 149-164, propose le terme de *meriteia*, employé souvent dans ces actes au I^{er} et au début du II^{ème} s. de n. è., au lieu de celui de *donatio mortis causa*, et remarque que la *meriteia* était un acte de dernière volonté utilisé principalement dans les villages tandis que le testament était plus fréquent dans les métropoles.

⁹³ Cf. V. Arangio-Ruiz, *La successione testamentaria secondo i papiri greco-egizii*, Naples, 1906, p. 193 sq. et H. Kreller, *Erbrechtliche Untersuchungen* p. 223-237.

propriétaires et administrateurs jusqu'à leur mort. Le terme grec pour désigner ce droit successoral était celui de *katoché*⁹⁴.

Les libéralités qui créaient une *katoché* étaient d'origine autochtone. Elles remontaient à une époque où le droit égyptien ignorait le testament et où les parents accordaient ce droit à leurs enfants dans un acte sans préciser que leurs biens ne parviendraient à leurs enfants qu'après leur mort⁹⁵. A l'époque romaine, cette pratique, qui avait évolué depuis la conquête grecque, a pris la forme d'une *syngraphodiatheké*, c'est à dire d'un acte entre vifs contenant des dispositions *mortis causa*: les parents exprimaient leur volonté testamentaire soit dans leur contrat de mariage⁹⁶, soit dans celui de leurs enfants⁹⁷. Afin d'éviter les conflits entre la *katoché* des enfants et les intérêts de tiers, partenaires contractuels des parents, l'administration romaine a ordonné la publicité des actes créateurs de ce droit: deux édits préfectoraux, le premier de M. Mettius Rufus⁹⁸ et le deuxième de S. Sulpicius Similis⁹⁹ ont stipulé que les actes en question seraient déposés dans la bibliothèque des acquêts et que le droit de *katoché* qui en résultait serait inscrit sur le registre de la propriété immobilière.

Si les enfants titulaires d'un droit de *katoché* pouvaient empêcher l'aliénation *inter vivos* des biens sur lesquels portait leur droit, pouvaient-ils et jusqu'à quelle limite entraver la liberté de leurs parents d'en disposer à titre gratuit? Une réponse nous est fournie par un recueil de trois sentences du préfet Sulpicius Similis daté de 109 de n. è.¹⁰⁰. Après avoir consacré la liberté testamentaire des pérégrins d'Égypte selon la «loi des Égyptiens» dans les deux premières sentences, Similis a reconnu dans la troisième que cette liberté était limitée par des conventions qui créaient des droits successoraux sous forme de *katoché*; d'autre part, dans cette même sentence, le préfet a admis que les enfants titulaires d'un droit de *katoché* ne pouvaient pas empêcher leur père de choisir l'un d'entre eux au profit duquel il disposera ses biens par un acte *mortis causa*.

Cette liberté que les droits locaux donnaient aux testateurs égyptiens de disposer de leurs biens, le préfet Tiberius Iulius Lupus l'avait déjà reconnue lorsque, entre 70 et 72, il s'est prononcé en faveur de la validité d'un testament défavorable aux enfants du défunt et pour la faculté du père de déshériter ceux qu'il voulait de ses

⁹⁴ Sur le contenu de ce droit voir H. Kreller, *Erbrechtliche Untersuchungen*, p. 178-200 et P.W. Pestman, *Marriage and Matrimonial Property in Ancient Egypt*, Leyde, 1961, p. 136-142.

⁹⁵ Cf. P.W. Pestman, «The Law of Succession», p. 59-68.

⁹⁶ Comme dans le *M. Chrest.* 284, daté du II^{ème} s. av. n. è. et le *CPR III*, 28, daté du II^{ème} s. de n. è.

⁹⁷ Comme dans le *P. Ryl.* II, 154 et le *P. Oxy.* IV, 713 = *M. Chrest.* 314, datés du I^{er} s. de n. è.

⁹⁸ Daté de 89 de n. è.: *P. Oxy.* II, 237, col. VIII, l. 27-43; rééd. *Les lois des Romains*, p. 381-388.

⁹⁹ Daté de 109 de n. è.: *P. Oxy.* II, 237, col. VIII, l. 21-27; cf. col. IV, l. 36-38.

¹⁰⁰ *P. Oxy.* XLII, 3015.

enfants, en vertu de lois dont il n'a pas précisé la nature mais au sujet desquelles il a consulté le juriste Areios qui était expert en droit local¹⁰¹.

La documentation nous montre que les parents pérégrins et notamment les pères ont fait largement usage de leur liberté de tester¹⁰². Toutefois, force est de constater que, dans l'écrasante majorité de leurs testaments, les principaux bénéficiaires étaient leurs enfants¹⁰³. On rencontre par ailleurs des dispositions testamentaires en faveur du conjoint survivant, dans la pratique celles du mari en faveur de son épouse, notamment un droit d'habitation jusqu'à son éventuel remariage¹⁰⁴, ou des legs particuliers comprenant des biens meubles¹⁰⁵. Un cas où l'épouse est légataire universelle de son mari avec leurs enfants est celui du *P. Petrie*², 25¹⁰⁶. Quant au *P. Oxy. III, 493 = M. Chrest. 307*, il contient un testament où les époux se désignent mutuellement leurs seuls héritiers d'un patrimoine important, et qui énoncent que ce serait le conjoint survivant qui effectuerait, comme bon lui semblerait, la répartition des legs entre leurs quatre enfants, dont deux mineurs, qui sont nommément désignés dans cet acte de dernière volonté. Le cas de la survie de l'épouse est prévu et sa liberté d'agir est expressément stipulée¹⁰⁷.

¹⁰¹ *P. Oxy. XXXVI, 2757, col. II, l. 1-12*. Une restriction à la faculté de tester des pérégrins d'Égypte est celle stipulée par le § 5 du *Gnômôn de l'Idiologue* au sujet des citoyens d'Alexandrie dont les libertés testamentaires faites à des personnes incapables de recueillir revenaient à leurs héritiers légitimes si ces derniers les réclamaient en justice.

¹⁰² Liste des documents dans O. Montevecchi, «Ricerche di sociologia nei documenti dell'Egitto greco-romano I», *Aegyptus* 15, 1935, p. 67-72 et *La Papirologia*, Turin, 1973, p. 207-208.

¹⁰³ Cf. H. Kreller, *Erbrechtliche Untersuchungen*, p. 197 et O. Montevecchi, «Ricerche di Sociologia I», p.100-105. Sur la faculté de disposer des fonds de terre et des bâtiments par acte de dernière volonté dans l'Égypte ptolémaïque, voir H.-A. Rupprecht, «Die Vererblichkeit von Grund und Boden im ptolemäischen Ägypten», *Symposion 1993*, Cologne/Weimar/Vienne, 1994, p. 228-231.

¹⁰⁴ *CPR VI, 1*.

¹⁰⁵ *P. Mich. XVIII, 785*. Le mariage n'avait pas pour effet de créer entre les époux une vocation successorale réciproque; cf. H. Kreller, *Erbrechtliche Untersuchungen*, p. 175. En revanche, R. Taubenschlag, *The Law of Greco-Roman Egypt in the Light of the Papyri*, 2^{ème} éd., Varsovie, 1955, p. 187, pensait qu'en l'absence de descendance directe, l'épouse avait vocation de recevoir la succession de son mari défunt.

¹⁰⁶ La place du conjoint survivant dans l'héritage en Égypte hellénistique et romaine a été étudiée par H.-A. Rupprecht, «Zum Ehegattenerbrecht nach den Papyri», *BASP* 22, 1985, p. 291-295. Les dispositions testamentaires du mari en faveur de son épouse ont fait l'objet de la communication de U. Yiftach, «The Hereditary Position of the Wife-a Question Reconsidered», au 23^{ème} Congrès Intern. de Papyrologie tenu à Vienne (Autriche), en juin 2001. Sur l'endogamie familiale comme stratégie contre la fragmentation des patrimoines que constituaient les transmissions héréditaires voir M. Hombert et Cl. Préaux, *Recherches sur le recensement*, p. 152, R.S. Bagnall/B.W. Frier, *The Demography of Roman Egypt*, p. 130-131 et, en dernier lieu, S. Bussi, «Mariages endogames en Égypte hellénistique et romaine», *RHD* 80, 2002, p. 9-15.

¹⁰⁷ Il s'agit de la future veuve Bérénice connue par le *P. Oxy. XXII, 2342*; le testament a été écrit avant ou en 98/99 de n. è. cf. P. Van Minnen, «Berenice, A Business Woman from

Il semble donc que, si la liberté du testateur était la norme, en réalité les parents se sentaient obligés de ne pas procéder à des libéralités au préjudice de leurs enfants. Ce souci se matérialise dans l'expression «s'il meurt sans enfants et sans testament» (*ateknon kai adiatheton teleutêsai*) qui était contenue dans des actes de dernière volonté et qui concernait leur bénéficiaire. Si cette condition se réalisait, le testateur prévoyait un autre légataire qui était un proche parent (un *engistos*) ou le conjoint soit du testateur lui-même, soit du légataire¹⁰⁸.

Quant au droit du père d'expulser son enfant en procédant à une *apokèryxis*, droit qui, à Athènes, était confirmé par la loi¹⁰⁹, il s'agit d'une pratique dont la survie dans l'Orient romain est attestée par sa condamnation par Dioclétien en 288 de n.è.¹¹⁰. En revanche, depuis la présentation du dossier de trois pièces concernant la femme d'affaires Bérénice¹¹¹, il n'y a pas lieu d'évoquer, à propos du *P. Oxy. XXII, 2342*, une *apokèryxis* hellénistique qui aurait entraîné l'exhérédation, ainsi qu'on l'avait cru jusqu'alors. En effet, les accusations portées sur elle et sur ses enfants dans ce brouillon de la requête que l'associé de son mari décédé a remise au préfet d'Égypte en 102, s'avèrent mensongères à la lecture du testament conservé dans le *P. Oxy. III, 493*, qui montre que les enfants du couple n'ont pas été exhéredés par leur père et que ce dernier faisait entièrement confiance à son épouse et seule héritière Bérénice pour bien gérer son patrimoine après son décès et pour ne pas léser leur progéniture.

* * *

Nous avons réuni ces données concernant la transmission des biens au sein de la plus proche parenté en ligne directe dans une perspective aussi bien juridique que sociologique.

Du point de vue du droit d'abord, l'analyse des effets juridiques de la filiation relatifs à la succession nous a amené à étudier l'état de la personne, son statut civique et fiscal, son statut familial et ses droits successoraux d'héritier légitime, autant de questions relevant du droit public ou du droit privé et illustrant la permanence des traditions juridiques grecques et autochtones en Égypte sous les Ptolémées et sous les Romains.

Oxyrhynchus. Appearance and Reality», *The two Faces of Graeco-Roman Egypt*, p. 59-70 et *infra*, n. 111.

¹⁰⁸ *P. Oxy. III, 490*; *P. Oxy. I, 105*; *P. Ryl. II, 153*, datés du II^{ème} s. de n. è.; cf. H. Kreller, *Erbrechtliche Untersuchungen*, p. 197 et 357-359.

¹⁰⁹ Démosthène, *Contre Boétos I*, 39; cf. A.R.W. Harrison, *The Law of Athens I*, p. 75-76.

¹¹⁰ *Code de Justinien* 8, 46, 6; cf. M. Wurm, *Apokeryxis, Abdicatio und Exhereditio*, Munich, 1972, p. 24 et 80-82.

¹¹¹ *P. Oxy. III, 493, XXII, 2342* et *VI, 985*; cf. leur analyse et leur confrontation par P. Van Minnen, «Berenice a Business Woman from Oxyrhynchus», M. Wurm, *Apokèryxis*, p. 47-48 et É. Jakob, «Apokeryxis, Gesellschaft und Buchführung in P. Oxy. XXII 2342», *Tyche* 16, 2001, p. 63-85.

Il y eut des emprunts des deux côtés, tels le principe de l'égalité entre les différents types de filiation ou le privilège d'une double part successorale du fils aîné pour ce qui est du droit égyptien, l'introduction et le développement du testament pour ce qui est du droit grec. L'Égypte ne nous a pas fourni de loi successorale et c'est la coutume locale qui déterminait l'ordre des successions. Toutefois, les points communs entre ces règles coutumières et la loi successorale de Doura-Europos montrent que, dans les changements qui se sont opérés en Égypte dans la dévolution successorale *ab intestat*, il fallait chercher la part de l'évolution commune des institutions grecques à l'époque hellénistique, lesquelles, sorties du cadre de l'*oikos*, ont évolué vers l'individualisme. C'est le cas de l'adoption, qui fonctionne *ektos oikou* tandis que l'épicléat disparaît et les filles héritent au même titre que les fils. En Égypte on ne sait pas où s'arrêtait la liste des héritiers légitimes et on ne connaît pas les limites au-delà desquelles un parent n'était plus *engistos*. Sous les Romains, le § 4 du *Gnômôn de l'Idiologue* prévoyait la dévolution à l'Etat des successions en déshérence à l'instar de la loi successorale de Doura, qui stipulait que, à défaut d'héritiers réguliers, le patrimoine du défunt était acquis par le roi.

D'un point de vue sociologique à présent, on peut remarquer que, en dépit de la disparition de l'*oikos*, de l'absence de restrictions aux libéralités à cause de mort et de l'obligation de respecter une masse de biens en guise de réserve héréditaire, les solidarités familiales ont joué dans le sens de la préservation du patrimoine de la famille nucléaire. Les populations de l'Égypte hellénistique et romaine, d'origine grecque ou égyptienne, n'ont pas utilisé leur capacité de tester pour agir arbitrairement au sein de leur famille, en corrigeant ou en ignorant l'ordre des héritiers légitimes.

Qui plus est, les dispositions de droit public qui réglementaient le statut personnel, civique et fiscal des individus en favorisaient la transmission héréditaire et pérennisaient ainsi les groupes des privilégiés. Plus largement, à côté de la *successio in bonis*, une sorte de *successio in dignitatibus* autorisée et encadrée indirectement par l'Etat, aussi bien sous les Grecs que sous les Romains, permettait aux enfants d'accéder au pouvoir social et culturel de leurs parents. Ainsi, mieux valait être né de parents Grecs d'origine ou assimilés, citoyens d'une cité ou simples métropolitains, propriétaires fonciers si possible, que de parents égyptiens, habitants de la *chôra* et travaillant la terre.

JAKUB URBANIK (WARSAW)

A RESPONSE TO BARBARA ANAGNOSTOU-CANAS

The paper by Barbara Anagnostou-Canas touched upon a number of subjects and ideas. She dealt first with the possible ways of establishing the bond of filiation and the exposed different legal effects that result from the said relation. As the topic chosen by Barbara Canas is obviously rich in multifaceted issues, it will be very difficult to address all of the matters involved. It broadly covers many aspects of the daily life in Graeco-Roman Egypt. I would like, therefore, to limit myself to a further discussion of just two problems arising from the sources collected by Prof. Canas as the basis for her research, and please do forgive me for posing even more questions, rather than providing ready answers in my response.

Let me start with one of the issues covered by the speaker in the first part of her presentation, i.e. the adoption. Before I proceed to that point, however, I would like perhaps to express a certain concern about Diodorus' testimony reporting that the Egyptians did not make a difference between the children born in legitimate and illegitimate unions. As in some other cases in which he discusses the Egyptian law¹, he might have again projected his (or rather his source in question, viz. Hecataeus of Abdera) ideas over the actual state of affairs, willing to present the Egyptian society as even more different from the Greek model than it actually was. My scepticism remains of course to be corroborated with the Egyptian sources.

On to the adoption. Obviously, the main problem here is that the evidence in hand is strikingly scarce and circumstantial (which poses also an interesting question why it is so). Only three documents deal directly with adoption and all of them date from a rather late period, i.e. two from the fourth century A.D. (*P. Oxy.* 1206 and *P. Lips.* 28) and the third one is as late as the mid-sixth century (*P. Oxy.* 1896).² Let me briefly recollect the content of these documents.

¹ As, for example, in the case of the alleged anti-usury legislation of pharaoh Bocchoris, Diod. I 79, on that point cf. most recently T. Markiewicz, " 'Abnormal' hieratic and early demotic documents concerning debts," *Proceedings of the 8th Congress of Demotic Studies. Würzburg 2002* (forthcoming).

² The scarcity of documentation is also probably the reason for rather limited literature on the subject, the main instance in that respect remains: M. Kuryłowicz, "Adoption on the Evidence of the Papyri," *The Journal of Juristic Papyrology* 19 (1983), pp. 61-75. For a concise summary and a commentary especially on the relation with the said papyri and the Roman law see H.J. Wolff, *Das Recht griechischen Papyri Ägyptens in der Zeit der*

In the oldest one, *P. Oxy.* 1206 (Oxyrhynchus, A.D. 335, = *FIRA* III 16 = *Juristische Papyri* 10 = *Select Papyri* I 10), Heracles and Isarion surrender to adoption their two-years-old son, Pathermouthis, to Horion. The adoptant in turn stipulates that he shall institute the boy as his heir. The parents promise not to withdraw their offspring from the paternal authority of Horion and he recognises the free-born status of the boy and promises that he will not disown the boy or reduce him into slavery. The adoptant's subscription informs us that he shall register the boy as his own son, he shall feed him and clothe him. Horion shall also guard all the goods and hand them over to the boy as soon as he comes of age.

The next document, *P. Lips.* 28 (Hermoupolis, A.D. 381, = *MChr.* 364) deals with a slightly more complicated matter. This papyrus documents an adoption conducted within the same family. Child's paternal grandmother, Teeus hands her 10-years-old grandson over to her younger son, Silbanos, as the child's father died. In contrast to the previously described document, Teeus additionally declares to have conveyed along with the child all of his paternal and maternal inheritance as well as some household items. What is really interesting is the fact that this document was actually executed between closest relatives: let us keep in mind that in general there is hardly any other evidence for adoption.

Finally, the last papyrus, *P. Oxy* 1895 (Oxyrhynchus, A.D. 554 = *Select Papyri* I 11) records Herais giving her nine-years-old daughter to a married couple, because being a widow and a poor person she had no means to provide for her. The adoptants apparently stipulated accepting the little girl as their legal off-spring. It is an interesting case, because it seems to have created a hybrid type of adoption. According to the Justinian's legislation (*CI.* 8.47.10; *CI.* 8.47.11 and I. 1.11.2) a full adoption, *adoptio plena*, transferring paternal rights over the child was only possible between the closest relatives (and strictly speaking only in case of *fili alieni iuris*). In all the other cases one had to use *adoptio minus plena*, which had apparently purely hereditary purposes. In the case of *P. Oxy.* 1895, of course, the child was already *sui iuris*, so there could be no question of the transfer of *potestas* (and according to Roman rule they parties should have rather used *adrogatio* done by the way of an imperial rescript). The parties nonetheless made this simple agreement. Obviously, one cannot exclude the possibility that the adopting party was later to ask for the imperial acceptance for the act, but such an instance would have probably been also recorded in the preserved document. In any case, the goal of the act does not seem to have been only hereditary. The girl certainly moved to her new parents – the natural mother promised not to take her daughter away from the new parents – and natural-like relation seemed to have come into being.³

Ptolemaeer und des Prinzipats (hrsg. von H.-A. Rupprecht), Vol. 1, München 2002, pp. 142-143.

³ Cf. M. Kuryłowicz, "Adoptio plena und minus plena," *Labeo* 25 (1979), pp. 163-182, and the literature cited therein.

Two earlier instances are joint declarations of the adoptive parents/father and of the adoptee's legal guardians, the last is a unilateral declaration of the natural mother. The purpose of the acts was to document the acceptance of the adoptees as legitimate offspring by the adoptive parents as well as to secure benefits and general welfare of the children. What particularly calls our attention are the clauses guaranteeing rights of the adoptees. So in *P. Oxy.* 1206 not only do we have the clause in which adoptive father assures that all the rights of a legitimate heir shall be vested in the child, but he actually renounces his fundamental right to disinherit any of his offspring. Additionally, he promises that he shall not reduce the child into the state of slavery. In *P. Lips.* 28 the adoptive father, who is an uncle of the child, stipulates that the child would be properly nourished and clothed. He will also have to convey to the child, once it has come of age, all his property (he, we may say using Anglo-Saxon terminology, keeps the property in trust for the child). The lack of such a clause in the third document may be plausibly explained by two arguments. Firstly, this papyrus was meant to be adoptants' evidence, such a stipulation more likely would be found in the document presented to the natural mother. Secondly, there could be no need for such a clause. Justinian's reform aimed at securing hereditary rights of adoptees, so a prohibition of disownment was self-evident in the context.

Now, if we compare these clauses with the Diocletian's ban on the expulsion of children, mentioned by Barbara Canas, and preserved in *CI.* 8.46.6 (*apokeryxis*) it becomes obvious that in everyday practice the father, or maybe better: parents, even in such a late period retained a very strong influence over their children's lives, with no distinction between children born in the marriage and adopted. This authority is so omnipotent that the parties to these agreements felt a need to limit it for the benefit of the adoptees. In that sense the papyri show that the situation of adoptive children could be better than of natural ones.

This observation brings in yet another, much broader subject, i.e. the limits of parental authority or power over the children. The speaker has mentioned some of its aspects in the second part of the speech, now I would like to point out some more particularities. Let us first observe that in all three papyri that have been just briefly described women had quite an important role to play. In one of them it was the paternal grand-mother that gave away the child, and in the other both natural parents, the husband and wife, were party to the adoption contract. Finally, in the third act, the natural mother conveyed her daughter to the adoptants.

These and yet many other sources produce evidence that it was not only the father who could influence his children's lives, but in many cases also the mother. Rafael Taubenschlag having referred to these texts, already in 1929, coined the term *materna potestas*. This might be a little bit too far fetched, trying to give legal/judicial shape to this area of our lives which is not necessarily ordered and, let me add, orderable in terms of law. But still, this notion expresses the real, social if you like, power that parents do have over their children up to this very day. The law

does not and cannot interfere with this sphere unless it is expressly intended to protect some goods – just as in case of the anti-alienation and anti-disinheritance clauses in the earlier mentioned documents.

I will come back to this point briefly towards the end of my response, in the meantime let me address yet another issue from the broad field of children-parents relationship. A very clear illustration could be provided by the problem of parental consent to their children marriage or an arrangement of such. And not only do the sources of practice provide us with evidence that theoretically independent decision of children may be subjected to the will of their parents. We may also resort to dogmatic Roman law sources. I will use here a comparison to the Roman world, which albeit far-fetched, does seem to provide us with an interesting parallel. Of course, I do not want to suggest these two realities be identical or merely dependent on one another. They only show some similarities that may perhaps shed some light on the general practice and offer some solutions to the given legal problems. The Romans, legally speaking, expected marriage to be created by a pure agreement of the spouses. Nonetheless, the pure “dogmatic” sources present us with an abundance of texts alluding to the parental authority exercised on that matter.

I will just briefly quote only one source, which has in any case been excessively used by the scholarship.⁴ It dates back to the end of the Republic, i.e. the transition period between so-called preclassical and classical periods of Roman law.

D. 23.2.22: Celsus l. 15 *digestorum*: *si patre cogente ducit uxorem quam non duceret si sui arbitrii esset contraxit tamen matrimonium quod inter invito non contrahitur: maluisse hoc videtur.*

In the 15th book of his Digest, Celsus states that if someone, being forced do so by his father, has married a woman, whom he would not have married had it been his own decision, he, nonetheless, has contracted a marriage. Although it (a marriage) cannot be contracted between unwilling parties, the son seems to have wanted to marry.

We can clearly see how the jurist struggled to match the reality with the legal theory. The son, once he has married, is deemed to have exercised his own will so thus the father’s wish becomes his own.

According to the papyri, it is the parent’s right (both of the mother and the father) to give a daughter into marriage. And we may safely assume that the act of

⁴ See above all: E. Volterra “Quelques observations sur le mariage des *filiifamilias*,” *RIDA* 1 (1948), pp. 213-242 [= *Scritti giuridici*, II, Napoli 1991, pp. 97-126], at pp. 229-230 [= pp. 113-114]; idem, *Lezioni di diritto romano. Il matrimonio romano*, Roma 1961 (2ed), pp. 204-206 cf. also, S. Treggiari, “Consent to Roman Marriage: Some Aspects of Law and Reality,” *Échos du Monde Classique/Classical Views* 26 (n.s. 1) (1982), pp. 34-45. See also my “D. 24.2.4: ... pater enim nuntium mittere posse ... l’influsso della volontà del padre sul divorzio dei sottoposti,” [in:] T. Derda, M. Wecowski & J. Urbanik, *Εὐεργεσίας χάριν. Studies Presented to Benedetto Bravo and Ewa Wipszycka by Their Disciples*, Warsaw 2002, pp. 293-336.

ekdosis had not purely symbolic and ceremonial function, it clearly referred to the actual arrangements done by the parents in respect of their children's marriage.⁵ The same kind of evidence arises from the text dealing with parental order to divorce (or in the Greek world with the practice of *apospasis*).

It is not my intention to state that Roman and Greek marriage were identical in their legal effects. What I would like to do is merely to stress that nobody really did ask, or cared to ask, about the child's idea on that point, and even if indeed somebody did ponder about the bride's will, he, in most cases, must have assumed that it did not differ at all from their parental authority. In addition to that, we have to bear in mind that many girls would marry in their early teens. Surely, their own preferences counted little at this stage. The model of the patriarchal family simply did not allow this kind of consideration. Even more, as Lewis' and Yiftach's research⁶ clearly shows this kind of authority was quite natural and it was vested by the community in the father for the child's benefit rather than detriment. Who else but the father could protect better the newly wedded girl, who in many cases was posed *vis-à-vis* her new family? Such an approach would be natural for a long time but at certain moment it obviously started creating problems.

I am recalling here the famous papyrus, *P. Oxy.* II 237 from the end of the second century AD, which preserves the sad story of a certain Dionysia and her abusive father, Chairemon.⁷ The man wanted to break his daughter's marriage and deprive her of her property. In reply to her father's claims, Dionysia cited four cases that she presented as similar to her own standing. The whole story of Dionysia and the cases quoted by her in her famous petition clearly exemplify the change in the legal policy in this respect. The Roman officials cited by the woman, in the cases referred to them, preferred to apply the Roman norm forbidding the father to break his children's marriage. By doing so, they dismissed an "indigenous"⁸ rule, totally unclear to us (and probably to them as well), which probably goes back to the

⁵ Cfr. U. Yiftach-Firanko, *Marriage and marital arrangements. A History of the Greek Marriage Document in Egypt. 4th century B.C.E.-4th Century CE*, MBPAR 93, München 2003, chapter 3; idem, "Kontinuität und Zäsuren im ägyptischen Eherecht – Die *Ekdosis* als Eheschließungsmodalität in der Ptolemäer- und Kaiserzeit," *Akten der zweiten Tagung der jungen europäischen Rechtshistoriker – München, Juli 1998*.

⁶ Vedi N. Lewis, "Aphairesis in Athenian Law and Custom," *Symposion* 1979, Köln 1982, pp. 161-82. See also my "D. 24.2.4: ... pater enim nuntium mittere posse" (cit. n. 4), pp. 326-328.

⁷ For the newest literature on the subject and important new interpretation see, U. Yiftach-Firanko, *Marriage and marital arrangements* (cit. n. 5), chapter 3 as well as pp. 84-90; cf. also my "D. 24.2.4: ... pater enim nuntium mittere posse" (cit. n. 4), pp. 315-322.

⁸ That is, as Lewis and Méléze-Modrzejewski have convincingly demonstrated of Greek tradition: N. Lewis, "Aphairesis" (cit. n. 6), pp. 161-82; J. Méléze Modrzejewski, "La règle de droit dans l'Égypte romaine," *Proceedings of the Twelfth Congress of Papyrologists. Ann Arbor 1968*, Toronto 1970, pp. 317-375, at p. 332. Same conclusion may be drawn from the latter's interpretation of the expression *nomos ton Aigyption*, see: idem, *loc. cit.*, p. 333.

Athenian *aphaeresis*.⁹ This rule attached different legal effects to the *engraphoi* and *agraphoi gamoi*.

This Roman principle was anything but a well-established practice, however, as I have tried demonstrating elsewhere.¹⁰ Still in the year 294 Diocletian felt the need to remind his subjects that neither the father nor – let us pay attention to this – the mother had the capacity to dissolve their children’s marriage (see *CI*. 5.17.4 and *CI*. 5.17.5).

It is obvious that any father or mother, or as we may plausibly imagine, also some other close relatives had other than legal means to influence their children or wards. They did not (and still do not!) need to resort to any legal right arising from the once established relation of filiation (maternal and paternal power). They could simply impose their will on the children by exercising material pressure (“I will disown you, should you not follow my orders” – and there are proofs for that matter in the sources, see, for example: *CI*. 3.28.18 and *CI*. 6.25.5.1) or simply relying on sentimental ties, nourished additionally by the concept of *pietas* that was to characterise model parents-children relations.

To the conclusion: my recollection of the marriage regime in this paper has been meant to serve a sole purpose. I have been trying to show that the research of the effects of the relationship of filiation cannot be limited to the study of its legal status only. Or in other words: the family organisation is much more of a social than legal phenomenon. Finally, the law interferes only when the legal policy envisages a particular good to be protected, the legislator having a well-defined goal in mind, often trying, for instance, to protect certain citizenship rights, or in other words the common goods of the community. Or, if we are to reverse the proposition, it is rather the community that decided to intervene with the family structure in order to protect its own welfare and used law as the tool.

⁹ N. Lewis, “Aphaeresis,” cit. n. 6), p. 179; V.L. Cohn-Haft, “Divorce in Classical Athens,” *Journal of Hellenic Studies* 115 (1995) 1-14, at 5-8; V.J. Rosivach, “*Aphaeresis* and *apoleipsis*: a study of the sources,” *RIDA* 31 (1984), pp. 193-230.

¹⁰ “D. 24.2.4: ... pater enim nuntium mittere posse” (cit. n. 4), *passim*.

URI YIFTACH-FIRANKO (JERUSALEM)

REGIONALISM AND LEGAL DOCUMENTS: THE CASE OF OXYRHYNCHOS

Among the many blessings of Greek papyrology we count the large number of documents excavated, as well as their chronological and regional distribution. This naturally affects the study of legal institutions recorded in them. For example, the timeframe for the study of Greek legal institutions of the motherland, particularly those documented in literary sources, is limited and the focus is on fifth-, fourth-, and early third-century B.C.E. Athens. By contrast, the papyrological source material covers a much longer time-span: some types of legal document are extant from the very start of the Ptolemaic period down to the Arab occupation and beyond. The papyrological evidence is generally limited to Egypt, but within that land it originates from different regions and different nomes, and thus allows us to consider not only diachronic changes, but also the importance of the regional factor for the development of the legal institutions of that land.

The implications of regional and diachronic surveys are far-reaching. Did the Roman occupation of 30 B.C.E. affect the shape of private legal institutions in Egypt? Did the *Constitutio Antoniniana* of 212 C.E. have such an impact? What about the administrative reforms of Diocletian or the Arab occupation? To what extent did legal documents from villages differ from their metropolitan counterparts? How far did those from Alexandria differ from those composed in the *chôra*? These questions can all be studied through careful analysis of changes in the scheme of (Greek and other) legal documents from Egypt. Their implications for the social, legal, and political history of the land – and of the Greek East in general – are self-evident. Naturally, in this esteemed framework it is not my intention to consider these questions. The objective of the present paper is a far more modest one; it refers to my recent study on the Greek marriage document from Egypt.¹

The Ptolemaic period provides us with 27 marriage documents, most of which, regardless of their origin, were composed according to one established scheme. The document frequently records the act of marriage – the *ekdosis*. It always registers the dowry, gives a detailed account of the spouses' marital obligations, and considers the consequences of their breach. Some Ptolemaic marriage documents also deal

¹ U. Yiftach-Firanko, *Marriage and Marital Arrangements – A History of the Greek Marriage Document in Egypt. 4th Century B.C.E.-4th Century C.E.* (Münchener Beiträge zur Papyrusforschung und Antiken Rechtsgeschichte, vol. 93) (Munich 2003).

with the material implications of the spouses' death. In the Roman period most of our source material originates from the Arsinoitês (81) and the Oxyrhynchitês (28 documents).² Even an initial comparison of the scheme of marriage documents from the two nomes exhibits some startling diversities. Down to the mid-second century C.E., marriage documents from Oxyrhynchos are composed roughly according to the same scheme as their Ptolemaic predecessors. Those from the Arsinoitês, by contrast, are all composed according to a completely different scheme, which does not emerge before the beginning of the Roman period. The regional factor is manifested in almost every section of the document, as detailed next.

The *ekdosis* clause, which is attested in the Ptolemaic period, is also commonly in use in Roman Oxyrhynchos; never, however, in the Arsinoitês.³ In the Ptolemaic period, marriage documents give a detailed account of the spouses' obligations – prohibitions against the wife's harassment by her husband, against him committing polygamy, against extramarital intercourse by the wife, and so forth. An equally detailed account, with exactly the same clauses, is attested in Roman Oxyrhynchos; it is not in the Arsinoitês. Here, from the very beginning of the Roman period, the only marital obligation specified in the marriage document is the wife's maintenance by her husband.⁴ Ptolemaic marriage documents consider only divorce initiated by the wife; the same applies to Roman Oxyrhynchos, again, where this kind of divorce is expressed in the very same legal formulae as in the previous era. In the Arsinoitês, by contrast, we find right from the start of the Roman period a consideration of a divorce initiated by the husband and the wife alike.⁵ Last but not least, marriage documents from the Ptolemaic period provide for the event of the spouses' premature death; so do those from Roman Oxyrhynchos; their Arsinoite counterparts do not.⁶ In Oxyrhynchos, the old Ptolemaic scheme is partially abandoned in the late second century C.E., though not completely: the *ekdosis* clause, for example, remains a distinctive feature of Oxyrhynchite marriage documents down to the second half of the third century, if not later.⁷

The authors of Greek marriage documents from Oxyrhynchos, I conclude, were more conservative than their Arsinoite contemporaries. Legal provisions that died

² Yiftach-Firanko, *supra* n. 1, 14-15.

³ Which does not mean, of course, that the act of *ekdosis* itself was not practiced in the Arsinoitês. Cf. Yiftach-Firanko, *supra* n. 1, 46.

⁴ Cf. Yiftach-Firanko, *supra* n. 1, 185 n. 3. Extant moral clauses in the Ptolemaic period and Roman Oxyrhynchos are reconstructed on pp. 312-317.

⁵ Yiftach-Firanko, *supra* n. 1, 197-205, 208-214.

⁶ Yiftach-Firanko, *supra* n. 1, 222, 318-323. Cf. also H.-A. Rupprecht, 'Ehevertrag und Erbrecht,' *Miscellània papirologica Ramon Roca-Puig en el seu vuitante aniversari* (Barcelona 1987) 307-311.

⁷ Changes in the formulaic features of the Oxyrhynchite marriage document are evident around the mid-second century C.E. in the moral- and divorce clauses. Cf. Yiftach-Firanko, *supra* n. 1, 190-191, 210-211.

out in the Arsinoitês before the beginning of the Roman period were still employed in the Oxyrhynchitês more than 150 years later. The nature of the provisions included in the Roman period in the Oxyrhynchite scheme and left out of its Arsinoite counterpart also sheds light on a profound functional difference between the marriage documents of the two nomes: in Oxyrhynchos, the document of marriage was still conceived, in the Roman period, as the solemnizing instrument recording the act of marriage, and as the appropriate framework for the regulation of different moral issues involving the union; in the Arsinoitês it functioned as a means of giving evidence to the material aspects of the marriage only, which were mainly, but not exclusively, the dowry.⁸

How can we explain this phenomenon? Does the case of the marriage document reflect on the formulaic practices in the Oxyrhynchite, or the Arsinoite nomes in general? Or, in other words, were the Arsinoite formulaic practices around the beginning of the Roman period in general particularly receptive to changes, or those of the Oxyrhynchitês in general particularly conservative? An examination of two other types of document, deeds of last will and contracts recording leases of land, may yield an answer.

We shall start with deeds of last will.⁹ In the Roman period, non-Romans would use two different types of instrument for the documentation of their hereditary arrangements: the *diathêkê* and the *meriteia*. The two schemes are easily distinguishable. In the *diathêkê* we will always find an introductory clause, a declaration of the freedom of future disposition, which is then followed by the actual disposition, the disinheritance clause, and finally by a clause imposing a penalty on anyone who acts against the provisions of the will; the *diathêkê* is always composed before six witnesses, at least four of whom will later also be required to attend its act of opening;¹⁰ finally, the *diathêkê*'s act of composition is supervised, in the Roman period, by a public notary office. The other scheme, the *meriteia* – or *donatio mortis causa* as it has commonly been labeled in modern studies and commentaries – is a simple *homologia* lacking the introductory clause and other solemnizing elements of

⁸ The view that marriage documents were generally composed in order to provide the marital arrangements with enhanced security – especially in the wife's interests – was already expressed by F. Bozza 70 years ago, 'Il matrimonio nel diritto dei papiri dell'epoca tolemaica,' *Aegyptus* 14 (1934) 205-244 at 234-235. I fully endorse it: cf. Yiftach-Firanko, *supra* n. 1, 259-268.

⁹ The present discussion of deeds of last will is largely based on my paper, 'Deeds of Last Will in Graeco-Roman Egypt, A Case Study in Regionalism,' *BASP* 39 (2002) 146-164. The explanation implied here for the concentration of the *diathêkai* in the nome's capital and the *meriteiai* outside its boundaries is consciously different from that proposed in that earlier paper. While in that framework I sought it in connection with the practice of having *diathêkai* opened in the nome's capital under the supervision of the *strategos* residing there (pp. 160-164), the current explanation is of a more cultural nature, cf. *infra* p. 361. The two explanations do not, at any rate, conflict.

¹⁰ Yiftach, *supra* no. 9, 159-163.

the *diathêkê*.¹¹ As to their practical effects, however, both types of document are identical: both are used in the Roman period for the documentation of revocable hereditary dispositions; the beneficiaries are roughly the same – i.e., most commonly the testator's closest next-of-kin, and so are the types of bequeathed assets.¹²

The only marked difference between the *meriteia* and the *diathêkê* is their respective provenance. The Arsinoitês provides 42 hereditary instruments composed before the *Constitutio Antoniniana* by non-Romans. Of these, as many as 35 are *meriteiai* while only seven follow the scheme of the *diathêkê*. In the Oxyrhynchitês, by contrast, probably all 31 extant hereditary instruments are *diathêkai*. Among the *diathêkai*, the relation between the Oxyrhynchite and Arsinoite source material is nearly five to one – the reverse of that yielded by documentary papyri from that period in general.¹³ The *meriteia*, by contrast, is a distinctly Arsinoite instrument.¹⁴ At first sight, then, the picture provided by the deeds of last will is analogous to that relating to the marriage documents.

The *diathêkê* is well-recorded in the Ptolemaic period throughout Egypt;¹⁵ so is the scheme of the Oxyrhynchite marriage document of the early Roman period. The *meriteia* first emerges at the beginning of the Roman period; so does the contemporaneous scheme of the marriage document in the Arsinoitês.¹⁶ The *diathêkê* contains some formalities not strictly needed for the transaction involved; so does the Oxyrhynchite marriage document. In the *meriteia*, these formalities are dispensed with; this is the case with the Arsinoite marriage document of the early Roman period as well. In short, in both the case of the marriage document and of the

¹¹ The scheme of the *diathêkê* was already sufficiently documented by the time H. Kreller conducted his monumental *Erbrechtliche Untersuchungen auf Grund der Gräko-ägyptischen Papyrusurkunden* (Leipzig 1919) for him to analyze it in detail. Cf. *ibid.*, 337ff. The *meriteiai* were acknowledged as an independent well established form of last will at a later date. Cf. Yiftach, *supra* no. 9, 149-151.

¹² O. Montevocchi, 'Ricerche di sociologia nei documenti dell'Egitto greco-romano,' *Aegyptus* 15 (1935) 67-121 at 90-106; Yiftach, *supra* no. 9, 153-155. Compare also E. Champlin, *Final Judgments, Duty and Emotion in Roman Wills, 200 B.C.-A.D. 250* (Berkeley/Los Angeles/Oxford 1991) 107-111, with a detailed account of the identity of the beneficiaries and heirs in contemporaneous Roman wills.

¹³ Yiftach, *supra* no. 9, 155-156, and *infra* n. 25. On the ratio of Arsinoite and Oxyrhynchite documentary papyri in the early Roman period, cf. W. Habermann, 'Zur chronologischen Verteilung der papyrologischen Zeugnisse,' *ZPE* 122 (1998) 144-160 at 148.

¹⁴ The earliest extant marriage document that follows the new scheme is *PSI I 36a* from 11-13 C.E. Theadelphia. The earliest extant *meriteia*, *P.Mich. V 321*, originates from 42 C.E. Tebtynis.

¹⁵ On the scheme of the Ptolemaic *diathêkê*, cf., in particular, *P.Petr.*² I, pp. 30-45; J.F. Oates, 'The Formulae of the Petrie Wills,' *JJP* 23 (1993) 125-132.

¹⁶ A possible, but – due to the formulaic divergencies and non-Arsinoite provenance – not certain predecessor is *BGU III 993* (127 B.C.E. – Hermônthis): cf. Kreller, *supra* n. 11, 216-219. On the Arsinoite dowry receipt, cf. G. Häge, *Ehegüterrechtliche Verhältnisse in den griechischen Papyri Ägyptens bis Diokletian* (Cologne/Graz 1968), e.g., 195-197; Yiftach-Firanko, *supra* n. 1, 4-5 n. 22 with further references.

deed of last will Arsinoite notaries tend at the beginning of the Roman period to replace a solemn scheme by a more businesslike one. Their Oxyrhynchite counterparts, by contrast, hold on to that earlier scheme.

Yet the analogy is not complete. In the Roman period the businesslike scheme of the Arsinoite marriage document was used exclusively throughout the nome; not so the *meriteia*, for some *diathêkai* do stem from the Arsinoitês. Even if their absolute number is smaller than that of their Oxyrhynchite counterparts, they nonetheless show the continued existence of the *diathêkê* as an independent type of hereditary instrument in the Roman Arsinoitês.¹⁷ So what was the incentive, in the Roman Arsinoitês, for drawing up a deed of last will as a *diathêkê* rather than as a *meriteia* or vice versa? We can answer this question by considering the place of composition of the *diathêkai* within the boundaries of the Arsinoitês: all extant Arsinoite *diathêkai* originate, to my mind, exclusively from Ptolemais Euergetis – the nome’s capital.¹⁸ Some *meriteiai* were written in the *metropolis* also, primarily if they were embedded in marriage documents. Still, *meriteiai* are the common deed of last will in the villages only. In the Roman Arsinoitês, in other words, a deed of last will would likely be formulated as a *meriteia* if composed in the villages, and as a *diathêkê* if stemming from the nome’s capital. The assumption that the *diathêkê* was in general – that is, throughout Egypt – a distinctly metropolitan type of instrument would also explain the large number of *diathêkai* from the Oxyrhynchitês, for nearly all the extant Oxyrhynchite *diathêkai* were, in fact, composed in the city of Oxyrhynchos itself.¹⁹

The explanation proposed for the marriage documents cannot then hold for deeds of last will. There was no across-the-board difference in the scheme of the deed in the two nomes. The decisive factor was rather the place of composition within the nome: in the *metropolis* vis-à-vis outside its boundaries. The explanation I propose is hence as follows: in the case of marriage documents and of deeds of last will alike we trace at the beginning of the Roman period an Arsinoite tendency to replace an earlier ‘solemn’ form of documentation by a more businesslike one. In the case of the marriage documents this was a sweeping change that affected the scheme of the document everywhere. In the case of wills, by contrast, the change stopped, figuratively speaking, at the gates of Ptolemais Euergetis. As for the Oxyrhynchitês, in the case of both wills and the marriage documents all our sources stem from Oxyrhynchos, the nome’s capital.²⁰ We do not know, therefore, if the solemn and older forms of the documentation were adhered to in these documents because they were drawn up in the *metropolis*, or whether such conservatism affected the scheme of marriage documents and wills in the Oxyrhynchite hinterland

¹⁷ Yiftach, *supra* no. 9, 156.

¹⁸ Yiftach, *supra* no. 9, 156 n. 26.

¹⁹ Yiftach, *supra* no. 9, 156 n. 27.

²⁰ Yiftach-Firanko, *supra* n. 1, 31.

as well. A Consideration of yet another type of instrument therefore seems advisable.

I now examine lease contracts, and focus on documents recording leases of land.²¹ Leases – together with loans and acts of sale – are one of the three best documented types of transaction in Ptolemaic, Roman, and Byzantine Egypt: on the data of the *Heidelberger Gesamtverzeichnis der Griechischen Papyrusurkunden*,²² the source material from the period prior to 212 C.E. (including those approximately dated to the third century C.E.) provides no less than 620 pieces. Several factors make lease contracts especially conducive to the present discussion. First, in the case of marriage documents and wills most of the Ptolemaic source material originates from the Arsinoitês,²³ so that we cannot conduct a systematic study of the features of these documents in that period by region. This is not so in the case of the lease contract: out of the extant 89 Ptolemaic lease contracts, 33 originate from the Arsinoitês and 39 from the Oxyrhynchitês. A regional study with regard to the Ptolemaic period is thus possible in the case of the lease contracts. Other nomes are documented as well.²⁴ Second, in the Roman period the ca. 530 extant lease

²¹ Cf. J. Herrmann, *Studien zur Bodenpacht im Recht der Graeco-Aegyptischen Papyri* (Munich 1958); J. Rowlandson, *Landowners and Tenants in Roman Egypt* (Oxford 1996) 213-279. The following analysis is based on a databank of Greek lease contracts from Egypt I have created. I avoid a comprehensive account of all extant references whenever, as in the case of the over 300 Arsinoite lease contracts, the space of the present framework does not allow it.

²² <<http://www.rzuser.uni-heidelberg.de/~gv0/gvz.html>>, ed. D. Hagedorn et al.

²³ An important insight on the structure of wills outside the Arsinoitês is provided by the three wills of the Cretan cavalry officer Drytôn son of Pamphilos, now re-published as *P.Dryton* 1 (164 B.C.E. – Diospolis Parva), 2 (150 B.C.E. – Latopolis), 3/4 (126 B.C.E. – Pathyris). They show no marked deviation from the Arsinoite scheme. The same holds for non-Arsinoite marriage documents, if we are to rely on *SB* XII 11053 (267 B.C.E. (?) – Thôlthis), the single, hopelessly damaged Oxyrhynchite marriage document from the Ptolemaic period. The other non-Arsinoite marriage document from the Ptolemaic period is the much-discussed *P.Eleph.* 1 (310 B.C.E. – Elephantinê). Its scheme is peculiar and may be referred to the spouses' Aegean motherland. Cf. J. Méléze Modrzejewski, 'La structure juridique du mariage grec,' *Symposion 1979* (Cologne/Vienna 1983) 37-71 at 53-54.

²⁴ Arsinoitês: *BGU* VI 1271 (180-145 B.C.E. – Philadelphia); 1272 (173 B.C.E. – Hephaistias); X 1957 (177 B.C.E.); *P.Cair.Zen.* III 59340 = *SB* III 6759 (247 B.C.E. – Philadelphia); *P.Col.* III 54 = *SB* IV 7450 (250 B.C.E.); IV 79 (256 – 248 B.C.E. (?) – Philadelphia (?)); *P.Fay.* 236 (61-52 B.C.E. – Euhêmeria); *P.Freib.* III 21; 22; 23; 24; 25; 28; 32; 34; 35 (all from 179/8 B.C.E. – Philadelphia); *P.Köln* VI 275 (104/3 B.C.E.); *P.Mich.* XVIII 771 (195 B.C.E. – Oxyrhyncha); *P.Tebt.* I 105 (103 B.C.E. – Kerkeosiris); 106 = *MChr* 134 (101 B.C.E. – Ptolemais Euergetis); 107 = *MChr* 141 (112 B.C.E.); 108 (93 B.C.E.); 137 (218/7 B.C.E. – Theogenis); 158 (103 B.C.E.); III.1 819 (171 B.C.E. – Oxyrhyncha); III.2 975 (194/3 B.C.E. – Tebtynis); *P.Yale* I 51 (184 B.C.E. – Kerkesoucha); *PSI* VI 385 (146/5 B.C.E. – Philadelphia); X 1098 (51 B.C.E. – Tebtynis); *SB* III 7188 (154 B.C.E.); VI 9612 (88/7 B.C.E. – Theogenis); XVI 12373 (158 B.C.E.); 12569 (66-59 B.C.E. (?) – Kerkesoucha Orous). Oxyrhynchitês: *BGU* VI 1262 (216/5

contracts composed before the *Constitutio Antoniniana* make possible the study of changes in the scheme of the document better than their contemporaneous 107 marriage documents or 79 (non-Roman) deeds of last will;²⁵ accordingly, long periods – for example, the reigns of Augustus and Tiberius which are poorly documented (at least in the case of the *chôra*) in the case of marriage documents and wills, yield a considerable number of lease contracts.²⁶ Moreover, while nearly all the early Roman marriage documents and wills originate from the Oxyrhynchitês and Arsinoitês, in the case of leases there is a substantial number of documents from other regions as well – as, for example, as many as 49 lease contracts from the Hermopolitês;²⁷ we can thus examine the evolution of this type of document in other

B.C.E. – Oxyrhynchos); 1263 (other copies of the same deed are nos. 1264, 2384, as well as *P.Frank.* 2) (215/4 B.C.E. – Thôlthis); 1266 (203/2 B.C.E. – Takona); 1267 (286/5 B.C.E.); 1269 (266/5 (?)); 1270 (191 B.C.E. – Takona); X 1943 (215/4 B.C.E.); 1944 (214/3 B.C.E. (?)) – both from Thôlthis); 1945 (214/3 B.C.E.); 1946 (213/2 B.C.E.); 1947 (213/2 B.C.E.); 1948 (213/2 B.C.E.); 1949 (221-205 B.C.E.); 1950 (221-205 B.C.E. – all possibly from Thôlthis); 1951 (221 – 205 B.C.E.); 1952 (221-205 B.C.E.); 1953 (221-205 B.C.E. – Thôlthis); 1954 (221-205 B.C.E.); 1955 (221-205 B.C.E.); 1956 (200/199 B.C.E.); 1982 (236/5 B.C.E.); XIV 2383 (215/4 B.C.E. – Thôlthis); 2385 (214-212 B.C.E. – Thôlthis (?)); 2386 (203/2 B.C.E. – Takona); 2387 (III B.C.E.); 2393 (215/4 B.C.E. – Thôlthis); *P.Frank.* 1 (213 B.C.E. – Thôlthis); 4 (216/5 B.C.E. – Thôlthis); *P.Grad.* 19 = *SB* III 6290 (214/3 B.C.E. – Thôlthis (?)); *P.Hamb.* IV 239 (mid III B.C.E. – Thôlthis (?)); *P.Hib.* I 90 (222 B.C.E. – Thôlthis); 91 (224/3 B.C.E.); *P.Köln* III 145 (I B.C.E.); *P.Oxy.* XIV 1628 (73 B.C.E. – Oxyrhynchos); 1629 (44 B.C.E. – Oxyrhynchos); *PSI* X 1097 (54/3 B.C.E. – Oxyrhynchos); *SB* XII 11060 (246-223 B.C.E.); 11061 = *P.Hamb.* II 188 (218 B.C.E. – Thôthis); XVI 12784 (late III B.C.E. – Oxyrhynchitês or Hêrâkleopolitês). Hêrâkleopolitês: *BGU* XIV 2389 (172/1 B.C.E.); 2390 (160/59 B.C.E.); *P.Sorb.* I 15 (266 B.C.E. (?)); *P.Stras.* VII 642 (246-221 B.C.E.); *SB* XVI 12784 (late III B.C.E. – Oxyrhynchitês or Hêrâkleopolitês). Hermopolitês: *P.Dion.* I 1 (110 B.C.E.); 4 (108 B.C.E.); 5 (106 B.C.E. – all from Tenis). Pathyritês: *P.Giss.* I 37 (after 9.11.134 B.C.E. – Pathyris); *PSI* IX 1020 (110 B.C.E.). Thebais: *O.Bodl.* I 257 (II B.C.E.); *PSI* IX 1021 (109 B.C.E. – Ta Memnonia). Unknown Provenance: *BGU* VI 1268 (late III); *P.Hib.* II 263 (225 B.C.E.); *P.Lond.* II 226b p. 9 (II B.C.E.); *P.Ross.Georg.* II 3 (226/5 B.C.E.); *SB* III 6302 (214/3 B.C.E.); XX 14108 (early II B.C.E.). I purposely leave out of the present reckoning extracts of lease contracts, for these give a merely selective account of what their authors thought the most important features of the original document. Cf., in particular, *P.Teht.* III.1 815; *CPR* XVIII 2; 3; 7; 11; 15; 19; 32; 33. Herrmann, *supra* n. 21, 250-251.

²⁵ Cf. Yiftach, *supra* no. 9, 149 n. 3, 151 n. 6; Yiftach-Firanko, *supra* n. 1, 21. I now add the *meriteia* *P.Louvre* 7 (41-54 C.E. – Soknopaiou Nêsos) and the *diathêkê* (?) *SB* XXIV 15921 (176-193 C.E. – Oxyrhynchos). *SB* XXIV 16001 (158 C.E. – Karanis) is presumably a *meriteia*.

²⁶ Examples from the Augustan Period are *BGU* IV 1118 (22 B.C.E. – Alexandria); *P.Amst.* I 41.1-44 (10 B.C.E. – Ptolemais Euergetis); *P.Oxy.* II 277 (19 B.C.E. – Oxyrhynchos); from the Tiberian era are *P.Yale* I 67 (31 C.E. – Tebtynis); *P.Oxy.* XLVI 3267 (37-41 C.E. – Oxyrhynchos).

²⁷ *BGU* XI 2125 (II-III C.E.); *P.Amh.* II 85; 86 (both 78 C.E.); *P.Bad.* II 18 (61/2 C.E.); *P.Brem.* 75 (113-117 C.E.); *P.Flor.* I 41 (140 C.E.); 85 (91 C.E.); III 353 (83-95 C.E.);

parts of Roman Egypt besides the Arsinoitês and Oxyrhynchitês. A third factor that makes a study of the lease contract especially conducive to our discussion is the type of transaction recorded; both the marriage document and the deed of last will record family-related transactions; it can always – and will in fact later – be claimed that documents of this kind were subject to rules and patterns different from those relating to other transactions. Accordingly, lease contracts provide a new perspective by considering a completely different sphere of life and society in Ptolemaic and Roman Egypt.

* * *

Deeds of lease from Egypt open with the lease clause, namely a clause recording the act of lease itself. This clause also reports the object of lease, the persons of the lessor and tenant, the duration of lease and the *ekphorion* or *phoros* – i.e., the rent in kind or money; it also refers sometimes to the purpose for which the object was leased. This clause is common everywhere in the Ptolemaic and Roman periods.²⁸ Also pertinent to every lease contract is the delivery clause – the one that sets out the date and place of the delivery of the rent. Yet this clause also takes different forms in different times and places. In the Ptolemaic period, the delivery clause always refers to the case of non-delivery: it imposes sanctions on the tenant in the shape of a fine per each non-delivered *artab*, exposes him to *praxis* by the lessor, and allows the lessor to κυριεύειν τῶν καρπῶν ἕως ἄν τὰ αὐτοῦ κομίσηται.²⁹ The Oxyrhynchite

354; 356 (both I-II C.E.); 368 (96 C.E.); 369 (139 or 149 C.E.); 370 (132 C.E.); *P.Heid.* IV 337 (ca. 78 C.E.); *P.Lond.* III 858a p. 144 (153/4 C.E.); 947.II.a p. xlviII (late II C.E.); III 1103b p. lvii (early III C.E.); 1171a (41 C.E.); b (41/42 C.E.); 1223 p. 139 = *WChr* 370 (121 C.E.); 1225 p. 138 (70/1 C.E.); 1227 (152 C.E.); *P.Michael.* 13 (159/60 C.E.); 14 (164/5 C.E.) (?); *P.Prag.* I 36 (88 C.E.); *P.Ryl.* II 99 (III C.E.); 168 (120 C.E.); 169 (197 C.E.); 170 (202/3 C.E.); *P.Sarap.* 22 (114/5 C.E.); 22a = *SB* VIII 9704 (102/3 C.E.); 23 = *P.Amh.* II 89 (121 C.E.); 24 = *P.Würz.* 12 (123 C.E.); 25 = *SB* VIII 9705 (124 C.E.); 26 = *P.Würz.* 13; 27 = *P.Amh.* II 87 (both 125 C.E.); 28 = *SB* VI 9706 (122 C.E.); 43 (118 C.E.); 44 (123 C.E.); 45 = *P.Stras.* I 78 (127 C.E.); 46 = *MChr* 150 = *P.Amh.* II 88; 47 = *P.Stras.* I 76; 47bis (all three from 128 C.E.); *P.Stras.* IV 291 (124 C.E.); VI 507 (138 C.E.); *P.Vind.Sijp.* 8 (127 C.E.); *PSI* I 30 (82 C.E.); VII 788 (125 C.E.); *SB* X 10289 (early III C.E.); XVIII 13161 (after 29.11.138 C.E.). Another significant group consists of six documents from Alexandria, most dating to the reign of Augustus: *BGU* IV 1118 (22 B.C.E.); 1119 (6/5 B.C.E.) 1120; 1121 (5 B.C.E.); 1170.III (11/10 B.C.E. (?)); *P.Athen.* 15 (83-96 C.E.).

²⁸ Cf., e.g., *P.Frank.* 1.6-13 (213 B.C.E. – Thôlthis); *P.Oxy.* III 499.1-20 (121 C.E. – Oxyrhynchos or Senepsta); *P.Sarap.* 46.4-21 = *P.Amh.* II 88 = *MChr* 150 (128 C.E. – Manchis: Hermopolitês); *PSI* X 1124.5-22 (150 C.E. – Tebtynis).

²⁹ Cf., e.g., the Oxyrhynchite *P.Frank.* 1.15-27 (213 B.C.E. – Thôlthis): τὰ δὲ ἐκφό]ρια [τὰ συγγεγρα]μμένα ἀποδότω Νεοπτόλεμο[ς Ἄπολ]λω[νίωι ἐν] μηνὶ Δύστρωι τοῦ ἐνδεκάτου ἔτου[ς σῖ]ττου [καθα]ρ[ὸ]ν καὶ ἄδολον τὸν γενόμενον ἐν τῶ[ι κλή]ρωι μ[έτρ]ωι χοῖ δικαίωι μετρήσει δικαίαι καὶ ἀ[πε]ινεγ[κά]τω εἰς Θῶλθιν οὐ ἄν Ἄπολλώνιος συντε[ά]ξιη | [ιδίωι ἀνα]λώ[ματι · ἐὰν δὲ μὴ ἀποδοῖ κατὰ τὰ

lease contract of the Roman period shows marked similarities: here too the tenant is made subject to a fine and *praxis* for not delivering the produce on time.³⁰ The κυριεύειν τῶν καρπῶν provision, however, is located elsewhere in the document, together with the tax clause.³¹ In the Arsinoitês and Hermopolitês the case of non-delivery of the rent is not considered as a rule at all.³²

Diversities are evident in other clauses of the lease contract as well. In the Ptolemaic period it was common to set forth in an independent clause a detailed account of the tenant's obligations to the lessor. As in the case of the delivery clause, it was common to include in the obligation clause a section dealing with the event that the tenant fails in these obligations. This type of clause is well exemplified by *P.Freib.* III 34 (173 B.C.E. – Philadelphia), where the tenant is obligated to sow the land and is prohibited from leaving it before the termination of the period of lease.³³ In the Roman period, an independent clause dealing with the tenant's obligations is

γεγραμ[μένα, ἀποτεισάτ]ω Νε[ο]π[τ]όλεμος Ἀπολλωνίω τιμὴν τῆς ἀρτά[βης] ἐκάστης τῶν πρώων δραχμὰς ἰ δέκα καὶ ἡ πρῶξις ἔστω Ἀπολλωνίω παρὰ Νεοπτολέμου πράσ[σοντι] κατὰ τὸ [δ]ιάγραμμα. κυριευέτω ἰ δὲ [Ἀ]π[ο]λ[λ]ωνίω τῶν καρπῶν ἕως [ἄν] τὰ αὐτοῦ κολ[μ]ίσηται. The provision is in use in the contemporaneous Arsinoitês as well: cf., e.g., *BGU* VI 1271 (180-145 B.C.E. – Philadelphia). It is still in use, at least in the Arsinoitês, down to the first century B.C.E. Cf. *PSI* X 1098.20-29 (51 B.C.E. – Tebtynis). Cf. Herrmann, *supra* n. 21, 140-142; A. Kränzlein, 'Zur Urkundenklausel "κυριευέτω τῶν καρπῶν ἕως ...",' *Akten des XIII. Internationalen Papyrologenkongresses Marburg/Lahn 1971* (Munich 1974) 215-224.

³⁰ Cf., e.g., *P.Oxy.* III 499.24-33 (121 C.E. – Oxyrhynchos or Senepta): τῆς δὲ μισθώσεως ἰ βεβαίουμένης ἀ[πο]δότη ὁ μεμισθωμένος τ[ὸν] φόρον τῶ ἰ Παῦνι μηνὶ τοῦ α[ὐτοῦ] ἔτους, ἰ ὁ δ' ἂν προσοφειλ[έσῃ] ἀποτεισάτω μεθ' ἡμ[ι]ολίας, κ[αὶ] ἡ πρῶξις ἔστω τῶ με[μ]ισθω[κ]ότι ἰ [ἔκ τε] τοῦ [αὐτοῦ] Ἀπολλωνίου ἰ καὶ ἐκ τῶν ὑπαρχόντων αὐτῶ ἰ πάντων καθάπερ ἐγ δίκης. Herrmann, *supra* n. 21, 100-111.

³¹ Cf., e.g., *P.Oxy.* III 499.20-24 (121 C.E. – Oxyrhynchos or Senepta): τῶν ὑπὲρ τῆς ἰ γῆς δημοσίων ὄντων πρὸς τὸν ἰ [μ]εμισθωκότα, ὄν καὶ κυριεύειν ἰ τῶν καρπῶν ἕως ἂν τὸν φόρον ἰ κομίσῃται. Herrmann, *supra* n. 21, 123.

³² There are only two Arsinoite exceptions to this rule: *P.Athen.* 14.26-32 (22 C.E. – Philadelphia); *SB* XVI 12539.22-26 = *SPP* XXI 1982 after p. 24 (26 C.E. – Tebtynis), both dating to the early first century C.E.; these may have still followed the earlier, Ptolemaic scheme.

³³ *P.Freib.* III 34.12-15 (173 B.C.E. – Philadelphia): βρεχείσης δὲ ἰ [τῆς γῆς] κατασπειράτω καὶ καρπισάσθω τὴν γῆν Θεοκλῆς καθ' ὄραν τοῖς ἰδίοις ἀν[α]λώμασι σπέρματα ἐαυτῶ ἰ [παρέχων, - -] ρον. ἐὰν δὲ μὴ κατασπειρήνῃ τὴν γῆν ἢ ἐγλίπην τὴν μίσθωσιν ἰ ἰ πρὸ τοῦ χρόνου - - ἰ ἀποτεισάτ]ω ὑπολογήσας δεύτερον, ὁ ἂν Πτολεμαρχ ? - - As many as four of the six Ptolemaic documents dealing with such negligence are from third- or second-century B.C.E. Philadelphia. I would not rule out a regional peculiarity here. Besides *P.Freib.* III 34, cf. also *P.Col.* IV 79.18-20 (?) (256-248 B.C.E. (?)) (?); *P.Freib.* III 24.10-11; 25.12-14 (both from 178 B.C.E.). Cf. also *P.Yale* I 51.19-21 (184 B.C.E. – Kerkesoucha); *SB* III 7188.43-46 (154 B.C.E. – provenance within the Arsinoitês unknown).

incorporated, it seems, primarily in the Arsinoitês.³⁴ But contrary to its Ptolemaic predecessor, the obligation clause of the Roman Arsinoitês is not followed by further provisions dealing with the case of negligence. Lease contracts from the Oxyrhynchitês and the Hermopolitês do not usually contain independent obligation clauses at all.³⁵

In the Ptolemaic period, one of the lessor's chief duties was to warrant the tenant against eviction. The clause stating this, the *bebaiôsis* clause, is extremely detailed, and is always followed by a consideration of the event that the lessor does not perform the *bebaiôsis*.³⁶ In *P.Frank*. 1 (213 B.C.E. – Thôlthis) the lessor is subject to a heavy fine, consideration is made of the event that he is impeded from performing the *bebaiôsis* by a royal hindrance (*kôlyma*), and he is exposed to the tenant's right of execution – the *praxis*.³⁷ In the Roman period, an independent *bebaiôsis* clause is still incorporated in some lease contracts from the Arsinoitês. It is never followed, however, by the intricate set of clauses anticipating the event of non-performance as we know them from the Ptolemaic period. In the Hermopolitês and Oxyrhynchitês, the independent *bebaiôsis* clause is omitted altogether. We thus find no reference to the *bebaiôsis* obligation in the Hermopolitês; such a reference is

³⁴ The basic formula runs καὶ ἐπιτελέσω τὰ καθήκοντα ἔργα ὅσα καθήκει. Cf., e.g., *PSI* X 1124.22-23 (150 C.E. – Tebtynis). Cf. Herrmann, *supra* n. 21, 125 n. 2.

³⁵ In the Oxyrhynchitês, the tenant's obligations are normally detailed in the framework of the lease clause itself. Cf., e.g., *P.Oxy.* III 499.15-16 (121 C.E. – Oxyrhynchos or Senepsta). There are three exceptions: *P.Ross.Georg.* II 19.25-36 (141 C.E. – Oxyrhynchos); *SB* XIV 11281.24-27 (172 C.E. – Oxyrhynchos); *XX* 14337.25-27 (103 C.E. – Oxyrhynchos). In the Hermopolitês, we find independent obligation clauses in *P.Michael*. 13.6-9, 13-16 (159/60 C.E.) (?); *P.Ryl.* II 99.9-10 (III C.E.); *P.Sarap.* 47.16-17 (128 C.E.); *P.Stras.* VI 507.8-9 (138 C.E.).

³⁶ Cf. Herrmann, *supra* n. 21, 154-160. For a detailed analysis of this provision, cf. H.-A. Rupprecht, "Bebaiosis" und Nichtangriffsklausel. Zur Funktion zweier Urkundsklauseln in den griechischen Papyri bis Diocletian, *Symposion* 1977 (Cologne/Vienna 1982) 235-245, and *idem*, 'Die "Bebaiosis". Zur Entwicklung und den räumlich-zeitlichen Varianten einer Urkundsklausel in den graeco-ägyptischen Papyri,' *Studi in onore di Cesare Sanfilippo* 3 (Milan 1983) 611-626.

³⁷ *P.Frank*. 1.40-49: βεβαιούτω | [δὲ Ἀπολλώνιος Νεοπτολέμωι τὸν κλῆρον καὶ τοὺς κατασπαρέν[τ]α[ς] ἐν αὐτῶι καρπο[ῦς] κα[θ] ἅ | μ[ε]μίσθηκεν· ἐὰν δὲ μὴ βεβαιώσῃ | κατὰ τὰ γεγραμμέ[να], ἀπ[ο]στεισάτω Ἀπολλώνιος Νεοπτολέμωι | ἐπίτιμον ἀργυρί[ου] δρα[χμ]ᾶς χιλιάς, ἐὰμ μὴ [τ]ι βασιλικὸν | κώλ[υ]μα γέν[η]ται· [ἐὰν δὲ τι βασιλικὸν κώλυμα γένηται, ἀποδοτέ[ω] Ἀπ[ο]λλ[ώ]νιος Ν[ε]οπτολέμ[ω]ι τὰς ἐξήκοντα δρα[χμ]ᾶς τὸ πρόδομα [κ]αὶ ἄν [τι] ἄλλο προσοφ[η]λήσῃ [παραχρήμα· ἐὰν δ]ὲ μὴ ἀποδῶι, | ἀποτ[ε]ίσάτω [ἡ]μιόλι[ον] καὶ ἡ π[ρ]ῶξ[ι]ς ἔστω Νεοπτολέμ[ω]ι παρὰ | Ἀπολλωνί[ου] πράσ[σ]οντι κατὰ τὸ διάγραμμα. The provision is in use in the contemporaneous Arsinoitês as well: cf., e.g., *BGU* VI 1271.17-21 (180-145 B.C.E. – Philadelphia). It is still in use, at least in the Arsinoitês, in the first century B.C.E. Cf. *PSI* X 1098.16-20 (51 B.C.E. – Tebtynis).

made in Oxyrhynchos, but only in the absolute genitive in the framework of the delivery clause.³⁸

The fifth important element in the lease contract is the return provision. After the lease period is over, the tenant is required to return the land to the lessor. This clause is not exceedingly common in the Ptolemaic period, nor does it seem to have become a routine element in Roman Oxyrhynchos or in the Hermopolitês.³⁹ It is a routine element in the Arsinoitês only, where it is widely attested in both the first and the second century C.E.⁴⁰

Finally, the diplomatic features of the document. Like many other legal documents, the Ptolemaic lease contract was recorded in a *Doppelurkunde* that was drawn up before six witnesses.⁴¹ In the Roman period, the framework of documentation varies considerably by nome. In the Oxyrhynchitês, the most common form before the *Constitutio Antoniniana* is that of the private protocol: the lease clause opens with a declaration by the lessor on the already performed act of lease (ἐμίσθωσε).⁴² In the Arsinoitês, lease contracts from the reigns of Augustus

³⁸ Cf., e.g., the Arsinoite *PSI* X 1124.30-31 (150 C.E. – Tebtynis). The typical Oxyrhynchite formulation – τῆς δὲ μισθώσεως βεβαιουμένης ἀποδοτῶ ὁ μεμισθωμένος τὸν φόρον – can be found, for example, in *P.Oxy.* III 499.24-25 (121 C.E. – Oxyrhynchos or Senepsta). However, the detailed and independent *bebaiōsis* clause did not fall into complete disuse in Roman Oxyrhynchos: cf. *P.Oxy.* XXXI 2584.17-20 (211 C.E.); XLI 2973.26-32 (103 C.E.); *SB* XX 14464.21-25 (II C.E.).

³⁹ In all, eight out of the 89 Ptolemaic lease contracts considered here contain the return clause: *BGU* XIV 2390.35-36 (160/59 B.C.E. – Hêrakleopolitês); *P.Col.* IV 79.14 (256-248 B.C.E. – Philadelphia (?)); *P.Freib.* III 35.9-11 (177/6 B.C.E. – Philadelphia); *P.Tebt.* I 105.25-27, 42-48 (103 B.C.E.-Kerkeosiris); 106.24-26 (101 B.C.E. – Ptolemais Euergetis); *PSI* IX 1020.14-15 (110 B.C.E. – Pathyritês); 1021.32-34 (109 B.C.E. – Ta Memnoneia: Thebaïs); *SB* III 7188.25-29 (154 B.C.E.-Arsinoitês). In the Roman period, the clause is embedded in eight of the 99 documents from *Oxyrhynchitês*: *P.Oxy.* VI 910.38-42 (197 C.E. – Oxyrhynchos); X 1279.24-26 (139 C.E. – Oxyrhynchos); XXXVIII 2874.31-33 (108 C.E. – Oxyrhynchos); XLI 2973.24-26 (103 C.E. – Oxyrhynchos); XLIX 3488.30-35 (70/1 C.E. – Oxyrhynchos); LVII 3911.44-47 (199 C.E. – Pimpasi (?)); *P.Ross.Georg.* II 19.40-44 (141 C.E. – Oxyrhynchos); *SB* XX 14337.30-32 (103 C.E. – Oxyrhynchos), and in two of those 50 from the contemporaneous *Hermopolitês*: *P.Flor.* III 368.12 (96 C.E. – Hermopolis); 369.18-20 (139 or 149 C.E. – Hermopolis). Cf. Hermann, *supra* n. 21, 128-129.

⁴⁰ Cf., e.g., *P.Mert.* I 10.20-22 (21 C.E. – Philadelphia); *PSI* X 1124.28-30 (150 C.E. – Tebtynis).

⁴¹ Cf., e.g., *BGU* VI 1266 (203/2 B.C.E. – Takona: Oxyrhynchitês); *P.Tebt.* III.1 819 (171 B.C.E. – Oxyrhyncha). Cf. H.-J. Wolff, *Das Recht der griechischen Papyri Ägyptens* II (Munich 1978) 57-64.

⁴² Cf., e.g., *P.Oxy.* III 499.1ff. (121 C.E. – Oxyrhynchos or Senepsta): ἐμίσθωσεν Τρύφων Ἀριστάνδρ[ο]υ | καὶ Σαραπίων Ἡρώδου τῶν ἀπ' Ὀξυρύγγων πόλεως Ἀπολλωνίῳ | Ὡρου τῶν ἀπὸ κόμης Σενέπ[τ]α | Πέρση[ς] τῆς ἐπιγονῆς εἰς τὸ ἐνλεστός ἕκτον ἔτος Ἀδριανοῦ | Καίσαρος τοῦ κυρίου ἀπὸ τῶν ὑπαρχόντων αὐτοῖς περὶ τὴν αὐτὴν κόμην ἐκ τοῦ Δίωνος κλήρου τὰς ἀπὸ ἐπικαλάμου ἀρούρας | δέκα ἡμισυ κτλ. Cf. Wolff, *supra* n. 41, 122ff.

and Tiberius are usually formulated as *sygraphai* whose diplomatic structure, besides the absence of the witnesses and the *Doppelurkunde*, closely resembles their Ptolemaic predecessors.⁴³ By the second half of the first century C.E., the *sygraphê* yields its prominence to a different scheme, the *hypomnêma* – an application by the tenant to the prospective lessor for the lease of the land. In the Arsinoitês, a document recording the lease of land would thus be formulated in the second century as an *hypomnêma* by the tenant to the lessor, an exception to this rule being made primarily if the lessor acknowledges the receipt from the tenant of some of the rent in advance (the so-called *prodomatic* lease).⁴⁴ The *hypomnêma* is also very common in the Hermopolitês, but there it never becomes a rule without exception. Rather, throughout the second century it appears together with subjective declarations by the tenant or the lessor concerning the earlier performance of the act of lease.⁴⁵

In short, lease contracts from the Ptolemaic and Roman periods show some common features: all record the act of lease and the tenant's obligation to deliver the rent at a certain time and in a certain place. At the same time, the scheme of the lease contract as attested in the Ptolemaic period is not maintained in the Roman period in its original form in any of the well-documented nomes. Especially noteworthy is the decline of the intricate penalty provisions that had been incorporated in the Ptolemaic period in each and every section of the document: in the Roman period the different penalty and *praxis* clauses are generally avoided in

⁴³ Of the 32 Arsinoite lease contracts from this period whose scheme is identifiable, only four are drawn up as *hypomnêmata*: *P.Ryl.* II 166 (26 C.E. – Euhêmeria); IV 600 (8 B.C.E. – exact provenance unknown); *P.Yale* I 67 (31 C.E. – Tebtynis); *SB* XX 14314 (26 C.E. – Tebtynis). Other 28 are formulated as *sygraphai*.

⁴⁴ The Arsinoite practice of composing lease contracts as *hypomnêmata* rather than as *sygraphai* seems to have set in sometime around 65 C.E. In the period between 66 and 99 C.E. we count 14 lease contracts composed as an *hypomnêma* and only 11 as a *sygraphê*. By now, these *sygraphai* document primarily cases of prepayment of some of the rent (sometimes termed *prodomatic* leases): this is so in at least seven cases. In the first half of the second century the *hypomnêmata* : *sygraphai* ratio is 51:17. Of these 17, as many as eight record some prepayment of the rent. Of the 91 Arsinoite lease contracts composed sometime in the second half of the second century, 87 are *hypomnêmata* while, only four (!) are *sygraphai*, of which three are known to record some prepayment. The only document from that period that does not record a prepayment, but is nonetheless formulated as a *sygraphê*, is *P.Berl.Leihg.* I 22 from 155 C.E. Theadelphia. On the *hypomnêma* in general, cf. Wolff, *supra* n. 41, 114ff.

⁴⁵ *Hypomnêmata* are recorded in 28 Hermopolite documents, a declaration by the tenant in four and by the lessor in ten. Especially striking is the coexistence of the different schemes in a single archive, that of Sarapiôn son of Eutykidês, where eight documents dating to the period between 114 and 125 C.E. – *P.Sarap.* 22, 22a, 23, 24, 25, 26, 27, 28 – are formulated as a declaration of the lessor, while five others (composed between 118 and 128 C.E.) – *P.Sarap.* 43, 44, 45, 46, 47 – are *hypomnêmata*. Cf. *P.Sarap.*, pp. 65-68, 97-98.

lease contracts.⁴⁶ In the period prior to the *Constitutio Antoniniana* there is, to my knowledge, only one exception: in Oxyrhynchos, the case of non-delivery of the rent by the tenant is made subject to pecuniary sanctions as it was in the Ptolemaic period.⁴⁷ This element, however, does not make the Oxyrhynchite lease contracts of the Roman period generally more conservative than their contemporaries from other parts of Egypt. The picture is more complicated than that.

In the Roman period the Ptolemaic lease contract was undergoing simplification everywhere. Yet the form of this simplification varied by nome. The authors of the Hermopolite lease contracts are most radical; they dispense with everything that is not elementary to the act of lease itself and concentrate on the lease and delivery clauses. Accordingly, lease contracts from the Hermopolitês do not embed the *bebaiôsis*, return, or obligation clauses; nor do they contain any penalty or *praxis* clause. The authors of their Arsinoite counterparts act less radically. All the sets of provisions of the Ptolemaic lease contract are still present: the Arsinoite lease contract would commonly record in an independent clause the obligations of the tenant, and would do the same with regard to the delivery, return, and sometimes also the *bebaiôsis* clauses. In the Arsinoitês, one would instead simplify the document by omitting from the scheme a consideration of the sanctions on non-compliance with the contents of each of these clauses. The Oxyrhynchite lease contracts retained the penalty clause for the case of non-delivery of the rent. In other respects, however, they were just as radical as their Hermopolite counterparts: they too left out of the document clauses that were not thought indispensable in its scheme – the obligations, *bebaiôsis*, and return clauses. Differently from the case with the marriage documents, then, there is nothing particularly conservative in the way lease contracts were treated in the Oxyrhynchite nome in the Roman period compared with the way they are treated elsewhere. A consideration of the date on which the scheme was transformed in each nome shows, I believe, quite the opposite.

In the Arsinoitês, the old Ptolemaic scheme is still employed in the very last years of Ptolemaic rule. Thus, *PSI* X 1098 from 51 B.C.E. Tebtynis still possesses the formulaic outlines of its third-century predecessors with their intricate penalty and *praxis* clauses for non-compliance with its terms.⁴⁸ The source material from contemporaneous Oxyrhynchos is sparse. *P.Oxy.* XIV 1628 from 73 B.C.E. – the only document that can contribute to our understanding of the evolution of the

⁴⁶ In the Arsinoitês only a small fraction of the extant 314 documents I surveyed contain either penalty- or *praxis* clauses: six and twelve respectively. They are predominately (unsurprisingly) first-century C.E.: cf., e.g., *BGU* I 197.32-34 (17 C.E. – Dionysias) – penalty clause; *P.Mich.* X 586.15-17 (ca. 30 C.E. – Tebtynis) – *praxis* clause. There is no Hermopolite instance of either.

⁴⁷ Cf. *supra* n. 30.

⁴⁸ ll. 16-20 (*bebaiôsis*), 20-29 (delivery).

Oxyrhynchite scheme in the late Ptolemaic period – is only partially preserved.⁴⁹ What there is, however, shows traits of continuity with the later, Roman scheme. I refer in particular to the location of the formula *κυριευέτω ὁ δεῖνα τῶν καρπῶν ἕως ἂν τὰ ἐκφόρια κομίσηται*. In the early Ptolemaic period this formula is placed within the delivery clause: after the tenant is made subject to a fine per *artab* and the lessor is allowed to apply the *praxis* against him, the lessor is provided with a *kyrieia* until the rent is paid.⁵⁰ This is not, however, its location in *P.Oxy. XIV 1628*. In this document we find the *kyrieuein*-provision in the same clause as the provision that allows the tenant to deduct from the *ekphoria* whatever he paid in taxes on the lessor's behalf.⁵¹ This location recalls the structure of the Oxyrhynchite lease contracts of the Roman period, where the *kyrieia* provision is placed after the clause by which the lessor is made responsible for clearing the taxes, and not in the clause regarding the event of non-delivery.⁵² On account of this piece of evidence, I suggest that while in the Arsinoitês the authors of lease contracts still abided in the last days of the Ptolemaic rule by the old scheme, in Oxyrhynchos they already started to apply a new one. In the Arsinoitês we note two stages: first, at the beginning of the Roman era, a *syngraphê* without the different provisions on non-compliance, and only later, around 70 C.E., the establishment of the routine scheme of the *hypomnêma* as the common form for the documentation of leases of land.

* * *

It is now time to conclude. At the beginning of the presentation I considered some remarkable regional peculiarities in the scheme of the Greek marriage document in early Roman Egypt. The scheme of the Oxyrhynchite document was shown to go back to the Ptolemaic period, while its Arsinoite counterpart was composed according to a new, different scheme. This recognition spurred the discussion that followed. It was asked whether we may infer from the case of the marriage document overriding conservative tendencies in the scheme of Oxyrhynchite legal documents in general, or especially innovative tendencies in their Arsinoite counterparts.

Only part of this question could be answered affirmatively: yes, the Arsinoite scheme of legal documents was receptive to changes; the Ptolemaic scheme of the marriage document was replaced by a new and simpler one, which is first attested in

⁴⁹ Other first-century B.C.E. lease contracts from Oxyrhynchos are *P.Köln III 145* (I B.C.E.); *P.Oxy. XIV 1629* (44 B.C.E.); *PSI X 1097* (54/3 B.C.E.).

⁵⁰ Cf. supra n. 29.

⁵¹ II. 20-24: ἐπὶ δὲ τῶν ἐκφορίων | πλὴν τῶν τελεῶ[ν, ἐάν τι] | πραχθῆ Ἀπολλώνιος εἰς τὸ βασιλικὸν | ἢ εἰς ἕ[τερον τι καθ' ὄν]τινοῦν τρόπον ὑπὲρ Σαραπίωνος | ἢ [τῆς γῆς, ὑπολογεῖται ἀπὸ τῶν ἐκ]φορίων, τῶν | δὲ καρπῶν | [κυριευέτω Σαραπίων ἕως ἂν τὰ ἐκφόρια κομίσηται.

⁵² Cf. supra n. 31.

the early first century C.E.; the same period records the *meriteia*, a new and simpler type of hereditary instrument that superseded in the Arsinoitês – if only partially – the *diathêkê* as a common framework for hereditary provisions. Roughly in the same period we observe changes in the scheme of the lease contract, changes that in the long run transformed the convoluted Ptolemaic lease contract into the succinct lease *hypomnêma* of the second century C.E.

But was Oxyrhynchos conservative? By no means. At any rate, such a claim can certainly not be made in the case of lease contracts; changes, in fact, were underway in this nome earlier than in the Arsinoitês. In the case of the hereditary instruments, all the Oxyrhynchite documents from the early Roman period are formulated as *diathêkai*, the traditional document that is also well attested in the Ptolemaic period. Nearly all the Oxyrhynchite testators who do use this scheme, however, are also residents of the *metropolis*. Since the *diathêkai* are just as popular in another *metropolis* – the Arsinoite Ptolemais Euergetis, I suspect that what made the Oxyrhynchite testators stick to this traditional scheme was precisely their residence in the nome's capital, not necessarily the conservative tendencies in the composition of hereditary instruments in the Oxyrhynchite nome as a whole.

The same explanation may, in fact, help to elucidate the mystery of the Oxyrhynchite adherence in the Roman period to the Ptolemaic scheme of the marriage document – the very question which opened the present paper. Marriage documents from Roman Oxyrhynchos all originate from the nome's capital; so do most lease contracts. There is, however, one key difference in the way the two types of instrument would be treated by their metropolitan authors. A well-off metropolitan who drew up a lease contract with some Egyptian peasant from the next village would do so on a routine basis; there is nothing solemn about that transaction.⁵³ Hence, the question which provision to include derived from its respective legal expediency, nothing more; and so, as we saw, the scheme of the lease contract was indeed quite receptive to changes. Marriage documents and wills were a different matter. A person was expected to marry once, or twice, in the course of his lifetime, and as many times to draw up a will.⁵⁴ Both acts were important and symbolic events. So although, like the lease contracts, marriage

⁵³ J. Rowlandson, *supra* n. 21, 271, 276.

⁵⁴ On the frequency and circumstances of the composition of marriage documents cf. Yiftach-Firanko, *supra* n. 1, 94-104. On the question of remarriage cf. J.-U. Krause, *Witwen und Waisen im römischen Reich I: Verwitwung und Wiederverheiratung* (Stuttgart 1994) 86ff. As for wills, I start out from the assumption that they were composed, other than in anticipation of imminent death, on the occasion of some important changes in life, marriage or re-marriage, and some significant changes in the structure of the family cell, as is the case of Drytôn son of Pamphilos: cf. N. Lewis, 'Dryton's Wives: Two or Three?', *CdÉ* 57 (1982) 317-321; W. Clarysse, 'Le mariage et le testament de Dryton en 150 avant J.-C.', *CdÉ* 61 (1986) 99-103; R. Scholl, 'Drytons Tod,' *CdÉ* 63 (1988) 141-144. The different picture portrayed by Champlin, *supra* n. 12, 65-70, relates primarily, but not entirely, to the Senatorial and Imperial élites.

documents and deeds of last will served some concrete legal ends, their format was also expected to express their authors' 'ideological' and cultural background. Whether or not these were of veritable Greek origin, in the *metropolis* – with its Hellenic ethos – they would certainly wish to present themselves as such;⁵⁵ they would naturally do so in their marriage documents and wills by drawing them up according to their old 'Greek' schemes.

In the case of wills and of marriage documents, then, the seeming conservative tendencies in the scheme in the Roman Oxyrhynchitês, I propose, derive from the documents' place of composition, the *metropolis*. In the case of wills, this explanation is supported by the similar use of wills in the other relatively well documented metropolis – the Arsinoite Ptolemais Euergetis. This is not the case with regard to the marriage document, for marriage documents were composed in Ptolemais Euergetis according to the same scheme as elsewhere in the Arsinoite nome.⁵⁶ This fact does not, however, negate the present explanation. Each *metropolis* was, after all, an independent entity, and had its own formulaic tradition. It would be helpful, on the other hand, for the further corroboration or refutation of the present explanation, to know what the scheme of Greek marriage documents in the Oxyrhynchite hinterland was in the early Roman period. Unfortunately, the extant source material does not yield an answer.⁵⁷

⁵⁵ Such motivation would naturally accord well with the effort of distinguishing, primarily by fiscal means, the strictly defined 'Hellenic' orders of the metropoleis (those of the gymnasium, in Oxyrhynchos, Hermopolis and Memphis, the 6,475 in Ptolemais Euergetis), from the rest of the non-Roman population. Cf. J. Méléze Modrzejewski, 'Entre la cité et le fisc: le statut grec dans l'Égypte romaine,' *Symposium 1982* (Cologne/Vienna 1989) 241-280, at 160, 178-180. I do not suggest, of course, that belonging to these privileged groups per se made any difference as to the type of scheme used. In the *metropoleis* everyone – metropolitan or villager – used the same documents. Cf. also, more recently, P. van Minnen, 'AI APO GUMNASIOU: 'Greek Women and the Greek 'Elite' in the Metropoleis of Roman Egypt,' *Le Rôle et le Statut de la Femme en Égypte Hellénistique, Romaine et Byzantine, Actes du Colloque International*, Bruxelles/Leuven 1997 (Leuven 2002) 337-353.

⁵⁶ A notable peculiarity of marriage documents from Ptolemais Euergetis vis-à-vis the rest of the nome is, however, the composition of the document before a statute of Julia Augusta: cf. Yiftach-Firanko, supra n. 1, 332 ad *P.Oxy.* III 604 descriptum. 1. Cf. also C. Kunderewicz, 'Quelques remarques sur le rôle des *Κατσαρεία* dans la vie juridique de l'Égypte romaine,' *JJP* 13 (1961) 123-129 at 126-127.

⁵⁷ This paper is a preliminary product of a research project, 'Continuity and Change in the Formulary of Legal Documents in the Greek East (30 B.C.E. and 641 C.E.)', conducted by Dr. Avshalom Laniado and myself at Tel Aviv University in 2002-2003. The project was sponsored by the German-Israel Foundation. I would like to express my sincere thanks to Dr. Laniado, to the Foundation, and also to Prof. H.-A. Rupprecht of Marburg and A. Bürge of Munich, who placed the scientific resources of their institutes at my disposal in the course of that period of research. Special thanks are due to Dr. Andrea Jördens, for the stimulating reaction to, and consideration of the contents of the present account.

APPENDIX

I: The Structure of the Marriage Document

	<i>Ekdosis</i> Clause	Dowry	Marital Obligations	Divorce Clause	Death Clause
Ptolemaic Period	Attested	Always	Detailed Ac- count, Subject to Sanctions	Only Divorce Initiated by the Wife	Attested
Roman Oxy- rhynchos – down to ca. 150 C.E.	Common	Always	Detailed Ac- count, Ptolemaic Scheme	Only Divorce Initiated by the Wife, Ptolemaic Scheme	Common
Roman Oxy- rhynchos – after 150 C.E.	Common	Always	Succinct Formulation	New Clause	Common
Roman Arsi- noitês	Never	Always	Succinct Formu- lation	Various Divorce Scenarios	Never

II: The Structure of Greek Hereditary Instruments in the Roman Period

<i>Diathêkê</i>		<i>Meriteia</i>	
Date and Place Clause	ἔτους -- ἐν -- ἀγαθῇ τύχῃ	Date and Place Clause	ἔτους -- ἐν --
Introductory Clause	τάδε διέθετο νοῶν καὶ φρονῶν - - ἐν ἀγυιᾷ		
Freedom of Future Dis- position	ἐφ' ὃν μὲν περίεμι χρόνον τῶν ιδίῳ κύριον εἶναι καὶ χρῆσθαι καὶ οἰκονομεῖν περὶ αὐτῶν καὶ μεταδιατίθεσθαι καθ' ὃν ἂν αἰρῶμαι τρόπον		
Actual Disposition	ἐὰν δ' ἐπὶ τῇ διαθήκῃ τελευτήσω κληρονόμους ἀπολείπω (names of heirs)	The Actual Disposition – <i>Homologia</i>	ὁμολογεῖ -- μεμερικέναι / συγκεχωρηκέναι μετὰ τὴν ἑαυτοῦ (/ἑαυτῆς) τελευτὴν τοῖς -- a list of the components of the estate in the accusative

<i>Diathêkê</i>		<i>Meriteia</i>	
Disin-heritance Clause	ἄλλω δὲ οὐδενὶ οὐδὲν τῶν ἐμῶν καταλείπω	Freedom of Future Disposition	ἐφ' ὃν δὲ χρόνον περιῆ ὁ ὁμολογῶν (/ἢ ὁμολογοῦσα) ἔχειν αὐτὸν (/αὐτήν) τὴν κατὰ τῶν ἰδίων πάντων ὀλοσχερῆ ἐξουσίαν πωλεῖν ὑποτίθεσθαι ἐτέροις παρασυγχωρεῖν κτλ.
Penalty Clause	παρὰ δὲ ταῦτα μὴ οὔσης μηδενὶ τῶν καθόλου ἐξουσίας παραβαίνειν, τὸν δὲ παραβησόμενον ἀποτίειν τῷ ἐμμένοντι τό τε βλάβος καὶ ἐπίτιμον ἀργυρίου -- καὶ εἰς τὸ δημόσιον τὰς ἴσας, καὶ μηδὲν ἦσσαν κύρια μένειν τὰ προκείμενα		
<i>Kyria</i> Clause	ἡ διαθήκη κυρία ἐστίν		
List of Witnesses (optional)		List of Witnesses	παρόντων δὲ ἐπὶ τῆς ἀρχῆς μαρτυρούντων καὶ συσφραγισάντων τούτῳ τῷ συγχωρημάτι
<i>Hypographê</i> of the Testator	-- πεποιήμεαι τὴν διαθήκην καὶ καταλείπω κτλ.	<i>Hypographê</i> of the Author	-- ὁμολογῶ μεμερικέναι (/συγκεχωρηκέναι) μετὰ τὴν ἐμὴν τελευτὴν τοῖς κτλ.
<i>Hypographê</i> of Six Witnesses	-- μαρτυρῶ τῆ τῆς (/τοῦ) -- διαθήκῃ, καὶ εἰμὶ ἐτῶν -- καὶ ἔστιν ἡ σφραγὶς μου --	<i>Hypographê</i> of Six Witnesses	-- συμμαρτυρῶ καὶ συσφραγιῶ
Registration by a Public Notary		Registration by a Public Notary	

III: Deeds of Last Will before the *Constitutio Antoniniana*: Quantification by Nomes

	Arsinoîtês	Oxyrhynchitês	Hermopolitês	Others	Total
<i>Diathêkê</i>	7	31	2	2	42
<i>Meriteia</i>	35	--	1	1	37
Total	42	31	3	3	79

IV: Deeds of Last Will before the *Constitutio Antoniniana*—the Arsinoitês

	Ptolemais Euergetis	Tebtynis	Soknopaiou Nêsos	Philadelphia	Other Locations	Provenance Unknown
<i>Diathêkê</i>	7	--	--	--	--	--
<i>Meriteia</i>	3	17	8	1	5	2
Total	10	17	8	1	5	2

V: The Formulaic Features of the Lease Contract down to the CA

	Rent Clause	Delivery Clause	Obligations Clause	<i>Bebaiôsis</i> Clause	Return Clause	Diplomatic Features
Early Ptolemaic Arsi- noitês + Oxy- rhynchitês	Always, + Duration Clause	Always, followed by a sanc- tion on non-deli- very, <i>praxis</i> and a <i>kyria</i> clause	Frequent, followed by sanctions on negligence	Very frequent, followed by intricate sanctions on non- comp- liance, a <i>kôlyma</i> provision	Possible, but not common	Six-Wit- nesses <i>Syngraphê</i> , Objective. Frequently Doppelurk
Roman Oxy- rhynchitês	Always, frequently inflated	Always, frequently followed by a sanc- tion on residues and a <i>praxis</i> clause	Rare as an independent clause. Usually reported in the lease- clause	Only as absolute genitive in the delivery clause	Uncommon	Private Protocol, Objective
Roman Arsi- noitês	Always	Always, mostly in a simple form	Always, varying details	Common, but not indis- pensable	Routine	Up to ca. 70 <i>Syngraphê</i> , later <i>Hypom- nêma</i> (the case of pro- domatic lease excepted)
Roman Hermo- politês	Always	Always, simple form	Very Rare	None	None	<i>Hypomnêma</i> or subjective declaration in a chiro- graphic form

ANDREA JÖRDENS (MARBURG)

ANTWORT AUF URI YIFTACH-FIRANKO

Der Vortrag von Uri Yiftach über Regionalism and Legal Documents verdient unter zwei Aspekten Aufmerksamkeit: Zum einen in methodologischer Hinsicht, was die differenzierende Berücksichtigung der Provenienz des Urkundenmaterials aus den verschiedenen Gauen bzw. aus Metropole und Dorf betrifft; zum anderen in Hinsicht auf den Interpretationsansatz, die treibenden Kräfte für Entwicklungen des Formulars nicht primär in Unterschieden im Rechtsdenken und in den materiellechtlichen Gegebenheiten, sondern in der symbolischen Repräsentanz sozialer und mentalitätsgeschichtlicher Sachverhalte zu vermuten.

Im Zentrum standen dabei die gautypischen Eigenheiten im gräko-ägyptischen Urkundswesen. Das Phänomen als solches war bisher vor allem für das spätantike Ägypten untersucht worden; ich darf hier an meine eigene Arbeit zu den vertraglichen Regelungen von Arbeiten¹ und jetzt besonders die eingehende Studie von Bernhard Palme zu den Gestellungsbürgschaften erinnern, die aus einem Vortrag auf dem letzten Symposium hervorgegangen ist²; erwähnt seien aber etwa auch die Beiträge von Fritz Mitthof in seinem reichhaltigen Editionsband mit Texten zur Verwaltungsgeschichte³. Uri Yiftach hat nun nicht nur darauf hingewiesen, daß deutliche

¹ A. Jördens, Vertragliche Regelungen von Arbeiten im späten griechischsprachigen Ägypten, mit Editionen von Texten der Heidelberger Papyrus-Sammlung, des Istituto Papirologico „G. Vitelli“, des Ägyptischen Museums zu Kairo und des British Museum, London (P. Heid. V) [Veröffentlichungen aus der Heidelberger Papyrussammlung Neue Folge 6], Heidelberg 1990; vgl. auch N. Kruit, Local Customs in the Formulas of Sales of Wine for Future Delivery, ZPE 94, 1992, 167-184.

² B. Palme, Form und Funktion der byzantinischen Gestellungsbürgschaften, bes. Kap. VIIf.; für die liebenswürdige Übersendung seines noch ungedruckten Manuskripts schulde ich Bernhard Palme größten Dank. Vgl. vorläufig ders., Pflichten und Risiken des Bürgen in byzantinischen Gestellungsbürgschaften, Symposium 1999. Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte Pazo de Mariñán, La Coruña, 6.-9. September 1999, hrsg. v. G. Thür/F. J. Fernández Nieto, Köln/Weimar/Wien 2003, 531-555, bes. S. 537 Anm. 23; ders., Asyl und Schutzbrief im spätantiken Ägypten, Das antike Asyl. Kultische Grundlagen, rechtliche Ausgestaltung und politische Funktion, hrsg. v. M. Dreher, Köln/Weimar/Wien 2003, 203-236, bes. S. 215ff. und zusammenfassend S. 230f.

³ F. Mitthof, Neue Dokumente aus dem römischen und spätantiken Ägypten (1.-7. Jh. n.Chr.) (CPR XXIII), Wien 2002, mit der Herausarbeitung gautypischer Eigenheiten etwa bei der Adressierung von Schreiben an die βιβλιοφύλακες (S. 41 im Komm. zu CPR XXIII 5, 1), bei der Eidesleistung als solcher wie auch den dabei gebräuchlichen Formeln

regionale Differenzen bei verschiedenen Rechtsgeschäften bereits in der frühen Kaiserzeit zu beobachten sind, sondern auch solche Rechtsgeschäfte in die Betrachtung einbezogen, die in diesem Zusammenhang bisher wenig zur Sprache kamen: Eheverträge und Testamente, mit denen er selbst sich bereits andernorts eingehend befaßt hatte⁴ und denen er jetzt zum Vergleich die Pachtverträge an die Seite stellt.

Die auffälligsten Unterschiede waren dabei in den Eheverträgen festzumachen. Während das oxyrhynchitische Formular auch in der Kaiserzeit noch eng mit dem der ptolemäischen Verträge verbunden war, ging man im Arsinoites zu sehr viel nüchterneren Formen über und betonte vor allem die vermögensrechtlichen Aspekte. Hier hatte schon Hans Julius Wolff auf unterschiedliche Mentalitäten schließen wollen und darin in erster Linie einen Ausdruck von Konservativismus respektive Modernität gesehen⁵, der folglich in den beiden Gauen unterschiedlich ausgeprägt gewesen wäre. Die Überprüfung dieser Annahme an den Testamenten hat Uri Yiftach jetzt jedoch zu wichtigen Modifikationen veranlaßt. Entscheidend für die Wahl des Vertragsinstrumentes sei danach nicht so sehr die im jeweiligen Gau gebräuchliche Urkundenpraxis, sondern vielmehr der soziale Status gewesen⁶. Denn bei den Testamenten zeige sich, daß Einwohner der Gauhauptstadt im Oxyrhynchites wie im Arsinoites gleichermaßen der griechischen Tradition anhängen, während man in den arsinoitischen Dörfern zu der neueren, wohl von ägyptischen Rechtsvorstellungen beeinflussten *μεριτεία* überging⁷. Bei den Pachtverträgen bestätigte sich endgültig, daß der Oxyrhynchites nicht grundsätzlich konservativer gewesen sei als der Arsinoites. Veränderungen gegenüber dem ptolemäischen Material seien hier nämlich allerorten zu konstatieren, allenfalls sei dabei gerade der Arsinoites zögerlicher vorgegangen als die anderen Gaue. All diese Divergenzen ließen sich indes mit der Annahme einer von sozialen Faktoren geprägten Entscheidung für bestimmte Vertragsinstrumente erklären. Denn anders als die Pachtverträge, die grundsätzlich Verträge unter Fremden seien, zählten Eheschließung und Testament stets zu den besonderen, außerordentlichen Rechtsakten im Leben eines jeden Individuums; in

(S. 83, Anm. 4 zu CPR XXIII 12 sowie S. 174f., 179 zu CPR XXIII 29; hierzu vgl. etwa auch B. Palme, Komm. zu CPR XXIV 1, 6-8) oder zu den Klauseln über den Ausschluß von Arglist und Zwang (S. 211, Komm. zu CPR XXIII 33, 7-9 sowie S. 248ff. Tab. 9); vgl. auch unten Anm. 12.

⁴ Vgl. nur U. Yiftach, Συγγραφή ὁμολογίας – συγγραφή συνοικτιῶν: A Problem Reconsidered, JJP 29, 1999, 137-149; ders., Kontinuität und Zäsuren im ägyptischen Eherecht – Die Ekdosis als Eheschließungsmodalität in der Ptolemäer- und Kaiserzeit (4. Jhd. v.-2. Jhd. n.Chr.), Kontinuitäten und Zäsuren in der europäischen Rechtsgeschichte, hrsg. v. A. Thier u.a., Frankfurt am Main 1999, 49-62; ders., Deeds of Last Will in Graeco-Roman Egypt: A Case Study in Regionalism, BASP 39, 2002, 149-164.

⁵ Vgl. H.J. Wolff, Written and Unwritten Marriages in Hellenistic and Postclassical Roman Law, Haverford 1939, bes. S. 29: „The ceremony of *ekdosis*, and the drawing up of a *συγγραφή συνοικτιῶν*, gradually came to be a mere custom of conservative people“.

⁶ So bereits Yiftach, Deeds (wie Anm. 4), S. 161ff.

⁷ Ebda., S. 159f.

diesen nicht alltäglichen Geschäften aber hätten sich zumindest die Einwohner der Gauhauptstadt bewußt des hohen Symbolgehalts der traditionellen Formen bedienen wollen.

Damit verneint Uri Yiftach erneut eine materielle Differenz zwischen den je nach Gau unterschiedlichen Formen, wie er es auch schon früher hinsichtlich der Begründung der Ehe durch eine vertraglich fixierte Ekdosis getan hatte. Seiner Meinung nach ist das Institut der Ekdosis auch noch für die Kaiserzeit als verbindlich vorauszusetzen, selbst wenn die urkundlichen Belege hierfür stark zurückgegangen sind⁸. Daß ein Rückgang der Belege allein in der Tat wenig Aussagekraft besitzt, zeigt die weitere Entwicklung der Quellenlage. Denn aus der Zeit vom Ende des III. bis zum VII. Jhdt. – also aus einem Zeitraum, der deutlich länger ist als die ptolemäische Zeit und wenigstens die Hälfte mehr Dokumente geliefert hat –⁹, liegt gerade einmal ein Dutzend griechischer Eheverträge aus Ägypten vor¹⁰. Dennoch wird niemand bestreiten wollen, daß es das Institut der Ehe noch gab. Und um noch einmal auf die Frage von Konservativismus oder Modernität zurückzukommen, müßte Oxyrhynchos nunmehr schon deswegen als besonders modern gelten, da nur einer dieser Verträge nachweislich aus dieser Stadt stammt¹¹.

Doch das nur nebenbei. Wesentlicher erscheinen mir am Vortrag von Uri Yiftach, wie auch schon eingangs bemerkt, zwei Dinge: Erstens die These der unter-

⁸ Yiftach, *Kontinuität* (wie Anm. 4). Kritisch hierzu J. Hengstl, *Juristisches Referat 1999-2001*, APF 48, 2002, 351-375, bes. S. 369, der zwar eine „angesichts der mageren Beleglage durchaus schlüssige Beweisführung“ (ebda.) anerkennt, gleichwohl mit zwei als ‚offen‘ charakterisierten Fragen Reserven erkennen läßt. Entgegen der darin angedeuteten Zweifel ließen sich Gründe für das von Yiftach behauptete Beharrungsvermögen der Ekdosis jedoch keineswegs nur in der Sicherung einer privilegierten Stellung sehen, sondern auch in mentalitätsgeschichtlichen Traditionen; konkret also in der allgemein herrschenden Überzeugung, daß eben in der Ekdosis das konstitutive Moment der Eheschließung zu sehen sei, wie es letztlich auch das bemerkenswerte Konstrukt der Auto-Ekdosis durch die Braut vermuten läßt. Daß selbst solche allgemein herrschenden Überzeugungen grundsätzlich wandelbar sind, wird niemand bestreiten wollen. Doch ist es vermutlich zu modern gedacht, einen wie auch immer gearteten Wandel einfach vorauszusetzen, um so mehr, wenn, wie in diesem Fall, die Quellen bis heute keinen positiven Beweis dafür liefern. Sollte es sich tatsächlich, wofür demnach alles spricht, um eine allgemein herrschende Überzeugung handeln, wäre es zudem vielmehr die Abweichung von dieser Praxis, die einer Begründung bedürfte. Damit erweist sich freilich auch die zweite angeblich offene Frage Hengstls als müßig, zumal sie ohnedies schon der Sache nach weder zu bestätigen noch zu widerlegen ist.

⁹ Vgl. nur W. Habermann, *Zur chronologischen Verteilung der papyrologischen Zeugnisse*, ZPE 122, 1998, 144-160, bes. S. 147 Abb. 1; S. 148 Abb. 2; zur Verteilung auf die Gae Abb. 5 S. 150.

¹⁰ Vgl. nur J. Beaucamp, *Le statut de la femme à Byzance (4^e-7^e siècle)*, II. *Les pratiques sociales*, Paris 1992, S. 106ff.; jetzt auch N. Kruit/K.A. Worp, *Einl. zu der Neued. von P. Vindob. Bosw. 5 (304, Herm.)*, An. Pap. 13, 2001, 81-90, bes. S. 81.

¹¹ SB XVIII 13886 (489/90), bei Beaucamp (wie vorige Anm.) noch als P. Iand. inv. 507 aufgeführt.

schiedlichen Gestaltung von Rechtsgeschäften zwischen Fremden und solchen im familiären Rahmen¹², in dem soziale Anlässe und Statusfragen eine ungleich größere Rolle spielten; zweitens die Frage möglicher materieller Differenzen im Vertragswesen zwischen den einzelnen Gauen, je nach dem regional typischen Formular. Zu beidem vermag das spätantike Material einige wichtige Beobachtungen beizusteuern, die ich der Illustration halber hier kurz vorführen will, bevor ich am Ende noch einmal auf die Überlegungen von Uri Yiftach zurückkommen werde.

Zum ersten Punkt, der Vertragsgestaltung. Hier ließ sich feststellen, daß zumindest bei Arbeits-, Pacht- und Mietverträgen von der angeblich typisch byzantinischen Geschwätzigkeit¹³ nicht die Rede sein kann; selbst bei den Wohlverhaltensklauseln wird in der Regel die sachliche, knappe Form gewahrt, die sich auf die Zusammenstellung der wesentlichen Vertragsbestimmungen beschränkt¹⁴. Eine Ausnahme stellen freilich die Verträge über Zusammenarbeit dar, bei denen die Sicherungs- und Wohlverhaltensklauseln erheblich größeren Raum einnehmen. Den Grund hierfür hatte ich seinerzeit vor allem in dem fehlenden Machtgefälle zwischen den Partnern vermutet¹⁵. Die Nähe zu den Hausgemeinschaftsverträgen¹⁶ könnte allerdings auch annehmen lassen, daß die besonderen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern hierbei eine Rolle spielten, und sie damit den von Uri Yiftach vorgetragenen Argumenten zu Eheverträgen und Testamenten annähern.

Ich möchte es hier bei dieser kleinen Anmerkung belassen und gleich zu dem zweiten Punkt übergehen, der Frage nach dem Verhältnis von gautypischem Formular und materiellem Gehalt. Bei den von mir untersuchten Verträgen aus byzantinischer Zeit waren es vor allem zwei Typen, die starke regionale Differenzen aufwiesen: Die Teilpachten, in denen sich Verpächter und Pächter den Pachtertrag nach einer vertraglich vereinbarten Quote teilten, und die Lieferungskäufe, in denen der Verkäufer den Erhalt des Kaufpreises für eine Sache quittierte, die er zu einem bestimmten späteren Zeitpunkt zu liefern versprach.

Während sich die Teilpachten des IV. Jhdts. durchweg noch eng an das kaiserzeitliche Formular anlehnen, werden die gautypischen Eigenheiten in den Verträgen

¹² Eine gewisse Parallele ließe sich in der möglicherweise je nach Verwandtschaftsverhältnis unterschiedlichen Form der Anträge auf Testamentseröffnung sehen, wie sie jetzt von Mitthof, Einl. zu CPR XXIII 3, bes. S. 27f. beschrieben wurde; die Zahl der Belege scheint freilich noch zu gering, um hier endgültige Schlüsse zuzulassen.

¹³ Vgl. allgem. H. Zilliacus, *Zur Abundanz der spätgriechischen Gebrauchssprache* (Comm. Hum. Litt. Soc. Sc. Fennica 41, 2), Helsinki 1967.

¹⁴ Vgl. Jördens (wie Anm. 1), bes. S. 164f. Dies bestätigt jetzt auch die neue Zusammenstellung der Klauseln über den Ausschluß von Arglist und Zwang bei Mitthof (wie Anm. 3), S. 248ff. Tab. 9, wonach die ganz überwiegende Zahl dieser teilweise recht umfangreichen Klauseln bei Kaufverträgen begegnet.

¹⁵ Vgl. Jördens (wie Anm. 1), S. 365ff.

¹⁶ Ebd., S. 368f.; zum Institut allgem. D. Simon, *Byzantinische Hausgemeinschaftsverträge, Beiträge zur europäischen Rechtsgeschichte und zum geltenden Zivilrecht* (Festgabe J. Sontis), hrsg. v. F. Bauer/K. Larenz/F. Wieacker, München 1977, 92-128.

des VI./VII. Jhdts. unübersehbar¹⁷. Daß sich in dieser Entwicklung tatsächlich wirtschaftliche und soziale Veränderungen spiegeln, lehrt der Vertragstyp der *μισθωσις τῶν ἔργων*, der im Oxyrhynchites seit dem Ende des II. Jhdts. die für den Weinbau übliche Teilpacht ablöst, in der Mitte des V. Jhdts. allerdings seinerseits auszusterben scheint¹⁸. Bei genauerer Betrachtung bestehen die augenfälligen regionalen Differenzen der späteren Verträge ebensowenig in bloßen Varianten des Formulars. Die unterschiedliche Quote und die ungleiche Verteilung der sonstigen Lasten¹⁹ lassen vielmehr auch materielle Veränderungen im Vertragsverhältnis erkennen, insofern nämlich das der Teilpacht innewohnende gesellschaftsrechtliche Element²⁰ zunehmend bedroht erscheint. Daß daraus zugleich wichtige Erkenntnisse über das damals in wirtschaftlicher Hinsicht herrschende Süd-Nord-Gefälle zu ziehen sind, sei nur am Rande erwähnt²¹.

Bei den Lieferungskäufen stellt sich die Sachlage ungleich komplizierter dar. Dies betrifft bereits die Urkundstypen, wo der Arsinoites eine gewisse Sonderstellung einnimmt, während andernorts das Cheirographon die Regel ist²². Zudem schien es auch materielle Unterschiede in den Lieferungskäufen zu geben, da manche Verträge einen genauen Preis nennen, andere aber nicht; in diesen Fällen ist nur die Liefermenge angegeben²³. Hier hat man teilweise auf Termin- oder gar Wuchergeschäfte schließen wollen; der Preis sei nicht genannt, um – heute würde man sagen: sittenwidrige – Geschäfte zu verschleiern²⁴. Übersehen wurde dabei allerdings, daß diese Angaben erneut gautypisch sind: Im Arsinoites gab man den Preis üblicherweise an, im Oxyrhynchites aber eben nicht²⁵. Erst in jüngster Zeit hat Éva Jakab darauf aufmerksam gemacht, daß materiellrechtliche Differenzen stattdessen innerhalb der Weinlieferungskäufe faßbar werden, je nachdem, ob der Verkäufer

¹⁷ Vgl. Jördens (wie Anm. 1), S. 239ff., bes. die Zusammenfassung S. 249.

¹⁸ Ebda., S. 222ff.; dies., *Μισθωσις τῶν ἔργων*: Ein neuer Vertragstyp, Proc. XIX Intern. Congr. Pap. (Cairo, 2.-9. September 1989), Cairo 1992, II 259-270.

¹⁹ Vgl. Jördens (wie Anm. 1), S. 248f. 253ff.

²⁰ Dig. XIX 2, 25, 6 *partarius colonus quasi societatis iure et damnum et lucrum cum domino fundi partitur*.

²¹ Vgl. A. Jördens, Die Agrarverhältnisse im spätantiken Ägypten, *Laverna* 10, 1999, 114-152.

²² Vgl. Jördens (wie Anm. 1), S. 301f.

²³ Ebda., S. 305f. mit einer Liste der Belege.

²⁴ Vgl. etwa O. Montevecchi, *Ricerche di sociologia nei documenti dell'Egitto greco-romano IV: Vendite a termine*, *Aegyptus* 24, 1944, 131-158, bes. S. 138; R.S. Bagnall, *Price in „Sales on Delivery“*, *GRBS* 18, 1977, 85-96 = ders., *Later Roman Egypt: Society, Religion, Economy and Administration*, Aldershot 2003, Nr. XV, bes. S. 93f.; dazu schon H.-A. Rupprecht, *Vertragliche Mischtypen in den Papyri*, *Μνήμη Γεωργίου 'Α. Πετροπούλου* (1897-1964), hrsg. v. P.D. Dimakis u.a., Bd. II, Athen 1984, 273-283, bes. S. 278ff.; Jördens (wie Anm. 1), S. 333. 340; vgl. auch J. Hengstl, *Rechtsprobleme in neueren papyrologischen Arbeiten*, *APF* 40, 1994, 87-94, bes. S. 89f. gegen die Berechnungen von Kruit (wie Anm. 1), S. 182ff.

²⁵ Jördens (wie Anm. 1), S. 305f., 339ff.

lediglich die vereinbarte Menge Traubenmost lieferte oder zusätzlich noch auf bestimmte Zeit eine Garantie für die Güte und Haltbarkeit des daraus erzeugten Weines übernahm²⁶. Dies berührte zugleich auch Fragen der Lagerung des Weines sowie der Stellung der Fässer²⁷, vor allem aber läßt es Rückschlüsse auf verschiedene Methoden der Weinherstellung zu, die selbstverständlich nicht gaugebunden waren. Dennoch bildeten sich auch hierfür wiederum gautypische Varianten aus, ebenso wie für die Aufeinanderfolge der Bestimmungen im Vertrag. Diese auffälligen regionalen Eigenheiten sind um so bemerkenswerter, als hier anders als etwa bei den Teilpachten keinerlei Kontinuitätsbruch zwischen kaiserzeitlichen und spätantiken Verträgen festzustellen ist²⁸. Da es sich um einen erst sekundär konzipierten „vertraglichen Mischtyp“ handelt, könnte man hier annehmen, daß jeder Gau oder besser jede Notarsheimat von vornherein ein eigenes Formular entwickelte, das dann über die Generationen hinweg weitergegeben wurde, ohne je normierenden Eingriffen ausgesetzt zu sein; doch ist dies eine bloße Hypothese.

Das spätantike Material verweist jedenfalls mehr als deutlich darauf, daß gautypische Unterschiede bei den Rechtsgeschäften zwar als Indiz für materielle Differenzen dienen können, aber keineswegs immer als Beleg dafür zu werten sind. Was jeweils zutrifft, gilt es im Einzelfall zu prüfen. So ist etwa die *μίσθωσις τῶν ἔργων* nicht einer bloßen Laune oxyrhynchitischer Urkundenschreiber zu verdanken, sondern findet ihre Erklärung im sozialen Wandel dieser Zeit, als Übergangsphänomen zwischen Teilpacht und grundherrlicher Eigenwirtschaft. Materielle Unterschiede zeigen sich in der Spätzeit auch bei der Teilpacht selbst; offenbar jedoch nicht bei den Lieferungskäufen, obwohl gerade sie den am stärksten regional ausdifferenzierten Vertragstyp darstellen. Allenfalls wäre hierfür die unterschiedliche Risikoverteilung bei der Weinherstellung in Anschlag zu bringen, doch ist sie ausnahmsweise nicht regionaler Praxis, sondern allein dem Parteiinteresse geschuldet. Auf wirtschaftliche Sonderwege verweisen wiederum die Gestellungsbürgschaften, die Bernhard Palme zufolge in Oberägypten auch in der Spätantike noch liturgische Dienste betreffen, während es im Arsinoites und Oxyrhynchites fast ausschließlich um die landwirtschaftliche Arbeit auf den großen Gütern reicher Grundbesitzer geht.

Bei den Eheverträgen und Testamenten konnte Uri Yiftach nun ein weiteres Moment feststellen, das regionale oder noch genauer statusbedingte Unterschiede im

²⁶ Überzeugend dazu jetzt É. Jakab, „Wo gärt der verkaufte Wein?“. Zur Deutung der Weinlieferungskäufe in den graeco-ägyptischen Papyri, Symposium 1997. Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte *Altafiumara*, 8.-14. September 1997, hrsg. v. E. Cantarella/G. Thür, Köln/Weimar/Wien 2001, 295-318; dies., *Guarantee and Jars in Sales of Wine on Delivery*, *JJP* 29, 1999, 33-44.

²⁷ Mit der Zusage des Winzers, die sachgerechte Behandlung des Weines über den Winter zu garantieren, erfuhr freilich auch die diesen Verträgen stets innewohnende arbeitsrechtliche Komponente, die insbesondere bei den Werklieferungsverträgen aus dem handwerklichen Bereich unübersehbar ist, eine weitere Stärkung, vgl. bereits Jördens (wie Anm. 1), S. 341.

²⁸ Vgl. zusammenfassend Jördens (wie Anm. 1), S. 330f.

Vertragswesen begründete: das Bedürfnis nach der feierlichen Ausgestaltung dieser besonderen Rechtsakte, wie es offenbar vor allem unter den Einwohnern der Gauhauptstädte verbreitet war. Soziale Faktoren – die soziale Bedeutung des Rechtsgeschäftes und die soziale Stellung der Vertragspartner – spielten demnach hier die entscheidende Rolle. Doch ging es vielleicht sogar um mehr als nur darum, mit dem Festhalten an den traditionellen Formen sich selbst der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen zu vergewissern und dies auch nach außen unter Beweis zu stellen. Denn die Anlässe scheinen keineswegs beliebig, vielmehr handelt es sich in beiden Fällen um Übergänge – den Übergang von einer sozialen Gruppe, der Hausgemeinschaft, in eine andere bei der Ehe; den Übergang vom Leben zum Tod bei den Testamenten. Die traditionellen Formen mochten hier in besonderer Weise geeignet erscheinen, solche stets schwierigen Übergangssituationen emotional zu bewältigen, und als Symbol für Verlässlichkeit und Kontinuität einen wichtigen Beitrag zur Angstabwehr leisten²⁹.

Damit zeigt sich ein weiteres Mal, daß wirtschaftlichen, sozialen und mentalitätsgeschichtlichen Faktoren oft eine wesentlich größere Bedeutung zukommt, als der Rechtshistoriker wahrzunehmen imstande ist; denn allzu selten stehen die Instrumente zur Verfügung, solche Faktoren aufzuspüren. In der Tat bleibt noch genug rätselhaft – warum etwa setzen Kamelkäufe erst in der Kaiserzeit ein, warum enden sie im IV. Jhd.? Warum gibt es in der Spätantike keine Ammenverträge, keine Paratheken, so gut wie keine Sklavenkäufe³⁰ mehr? Nicht immer lassen sich diese Fragen so leicht beantworten wie im Fall der Parachoresis, die das veränderte Eigentumsrecht unter den Römern allmählich verschwinden ließ.

Deutlich dürfte zudem geworden sein, daß Konservatismus respektive Modernität in der Tat keine geeigneten Kategorien darstellen, um Entwicklungen und regionale Unterschiede im Vertragswesen zu beschreiben oder zu erklären. Insgesamt sollte wohl auch sehr viel öfter damit zu rechnen sein, daß rechtliche Formen, um es

²⁹ Als Parallele aus heutiger Zeit ließe sich etwa die feierliche Zeremonie anführen, die im Kollegenkreis meines Mannes anlässlich eines 50. Geburtstags stattzufinden pflegt und bei der nicht zuletzt die Verlesung einer fingierten Urkunde eine große Rolle spielt, in der dem Jubilar in bestem Juristendeutsch die Aufnahme in den angeblichen Verein der „Alten Säcke“ – bei Damen den der „Alten Schachteln“ – bescheinigt wird. Nicht zufällig kommen auch hier, trotz aller ironischen Distanz der Moderne, ausgesprochen traditionelle Formen zum Tragen, um einer Situation des Übergangs – in diesem Fall von der Jugend in das Greisenalter – ihren Schrecken zu nehmen.

³⁰ Vgl. nur die neueste Zusammenstellung von J.A. Straus, *Liste commentée des contrats de vente d’esclaves passés en Égypte aux époques grecque, romaine et byzantine*, ZPE 131, 2000, 135-144, wonach von insgesamt 69 Dokumenten lediglich vier aus dem V. Jhd. und später datieren, nämlich P. Princ. II 85 (V. Jhd.; Herk. unbek.); SB XXIV 15969 (491-518; Herm.); P. Cair. Masp. I 67120 (VI. Jhd.; Aphrod. K.) sowie SB XVIII 13173 (629; Herm.); zu letzterem vgl. auch den Beitrag von M. Amelotti und L. Migliardi in diesem Band. Der Rückgang der Dokumente ist insofern freilich noch einmal deutlich stärker als in dem oben (zu Anm. 8ff.) besprochenen Fall der Eheverträge.

zugespitzt zu formulieren, in erster Linie der Befriedigung nichtrechtlicher Bedürfnisse dienen. Dem Rechtshistoriker im engeren Sinne mag diese Erkenntnis nur bedingt willkommen sein. Um so mehr Licht fällt damit freilich auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Zeit, was allerdings ausreichen sollte, den Wert solcher Untersuchungen wie der von Uri Yiftach zu unterstreichen.

BERNHARD PALME (WIEN)

SPÄTRÖMISCHE MILITÄRGERICHTSBARKEIT IN DEN POPYRI

Antike wie moderne Historiker stimmen darin überein, daß wohldurchdachte Organisation und strenge Disziplin die beiden Grundpfeiler waren, auf denen der lang anhaltende Erfolg der römischen Militärmacht und damit die *pax Romana* ruhten. In der kaiserzeitlichen Historiographie und in den Rechtsquellen ist vielfach von der sozialen Lage und rechtlichen Stellung der Soldaten (und Veteranen) die Rede, so daß die Forschung zu recht genauen und weithin einmütigen Vorstellungen von den Verhältnissen und ihrer Entwicklung gelangt ist¹. Neben dem rechtlichen Status der Soldaten in einem *ius militare*², ihrer Unterwerfung unter die Befehls- und Diszipli-

¹ Die Forschungsliteratur zur wirtschaftlich-sozialen Stellung der Militärs ist nahezu unüberschaubar; zusammenfassende Darstellungen, über die man leicht einen Einstieg in die Quellen und Literatur findet, sind für die Kaiserzeit: J.B. Campbell, *The Emperor and the Roman Army*, 31 B.C.-A.D. 235, Oxford 1984, bes. S. 207-314; Y. Le Bohec, *L'armée romaine*, Paris 1986, bes. 37-70 und 221-268 sowie speziell für Ägypten: R. Alston, *Soldier and Society in Roman Egypt. A Social History*, London/New York 1995; F. Mitthof, *Soldaten und Veteranen in der Gesellschaft des römischen Ägypten (1.-2. Jh. n.Chr.)*, in: G. Alföldy/B. Dobson/W. Eck (Hgg.), *Kaiser, Heer und Gesellschaft. Gedenkschrift für Eric Birley*, Stuttgart 2000, 377-405. – Für die Spätantike: R. MacMullen, *Soldier and Civilian in the Later Roman Empire*, Cambridge MA/London 1963; A.H.M. Jones, *The Later Roman Empire 284-602: A Social, Economic and Administrative Survey*, Oxford 1964, II 607-686; J.-M. Carrié, *L'esercito: Trasformazioni funzionali ed economie locali*, in: A. Giardina (ed.), *Società romana I*, Roma/Bari 1986, 449-488; 760-771; extensive Quellen- und Literaturangaben bei A. Magioncalda, *Le fonti giuridiche sull'esercito romano da Diocleziano a Valentiniano I*, in: Y. Le Bohec/C. Wolff, *L'armée romaine de Dioclétien à Valentinien I^{er}*, Actes du Congrès de Lyon (12.-14. sept. 2002), Lyon 2004, 69-99. – Speziell für Ägypten und den Zeitabschnitt, der im Mittelpunkt der folgenden Betrachtung stehen wird: R. Rémondon, *Militaires et civils dans une campagne égyptienne au temps de Constance II*, JS (1965) 132-143; J.G. Keenan, *Soldier and Civilian in Byzantine Hermopolis*, in: *PapCongr. XX*, Copenhagen 1994, 444-451. S. Daris, *L'esercito romano d'Egitto da Diocleziano a Valentiniano I*, in: Le Bohec/Wolff, *L'armée romaine (loc. cit.)* 237-250. Weitere Literaturangaben in dem Forschungsbericht von B. Palme, *Die römische Armee von Diokletian bis Valentinian I.: Die papyrologische Evidenz*, in: Le Bohec/Wolff, *L'armée romaine* S. 103-115.

² Zur rechtlichen Position der Soldaten s. E. Sander, *Das Recht der römischen Soldaten*, RhM 101 (1958) 192-234; F.R. Renz, *The Legal Position of the Soldier and Veteran in the Empire*, New York 1972; V. Giuffrè, *„Iura' e ,arma'.* Intorno al VII libro del Codice Teodosiano, Napoli 1979; J. Vendrand-Voyer, *Normes civiles et métier militaire à Ro-*

nargewalt des Imperiumsträgers³, ihrer vermögensrechtlichen Stellung⁴, ist mehrfach und ausführlich auch die Ausgestaltung eines Militärstrafrechts und die Stellung der Soldaten im Rechtsstreit behandelt worden⁵.

Während die Forschung – vorwiegend konzentriert auf die Prinzipatszeit – in den meisten Fragen festen Boden unter den Füßen gewonnen hat, scheinen zur militärischen Gerichtsbarkeit der Spätantike noch einige Bemerkungen angebracht. Auch für diesen Zeitabschnitt geben nämlich Papyrusedokumente aus Ägypten interessante Aufschlüsse über die Rechtswirklichkeit und laden ein zu dem reizvollen Vergleich, ob die Praxis den gesetzlichen Vorgaben entsprochen hat oder nicht.

Vorweg sei betont, daß bei einer Betrachtung der kaiserzeitlichen Militärgerichtsbarkeit jede Assoziation mit modernen Militärgerichten, in denen Offiziere über militärische Delikte von Militärs urteilen, fernzuhalten ist. Zwar unterscheidet bereits Arrius Menander, ein Militärjurist der Severerzeit, bei Vergehen von Soldaten grundsätzlich zwischen *delicta propria militum* und *delicta cum ceteris communia* (D. 49, 16, 2 *pr.*); aber die *delicta propria militum* (wie etwa Fahnenflucht,

me sous le Principat, Clermont-Ferrand 1983, bes. 27-54; umfassend mit Quellen und Literatur: J.H. Jung, Die Rechtsstellung der römischen Soldaten. Ihre Entwicklung von den Anfängen Roms bis auf Diokletian, ANRW II 14, Berlin/New York 1982, 882-1013. – Zur Bildung eines eigenständigen *ius militare* s. E. Sander, RE Suppl. 10 (1965) 394-410, bes. 396-404, s.v. Militärrecht; C.E. Brand, Roman Military Law, Austin/London 1968 (mit einer Sammlung der einschlägigen Quellen samt Kommentar und Übersetzung); V. Giuffrè, Il 'diritto militare' dei Romani, Bologna 1980, bes. 31-87 mit den gesammelten Gesetzesstellen; J. Vendrand-Voyer, Origine et développement du „droit militaire“ romain, Labeo 28 (1982) 259-277.

³ A. Neumann, RE Suppl. 10 (1965) 158-178, s.v. *Disciplina militaris*; Brand, Roman Military Law (o. Anm. 2) 63-82; 99-105 (meist über die ältere Zeit); Vendrand-Voyer, Normes civiques (o. Anm. 2) 56-60; 164-171; weitere Literatur bei V. Giuffrè, „Militum disciplina“ e „ratio militaris“, ANRW II 13, Berlin/New York 1980, 234-277; Jung, Rechtsstellung (o. Anm. 2) 973-998; Campbell, Emperor (o. Anm. 1) 300-314.

⁴ Hervorzuheben sind als weiterführende Arbeiten: Jung, Rechtsstellung (o. Anm. 2) 914-963; B. Lehmann, Das Eigenvermögen der römischen Soldaten unter väterlicher Gewalt, ANRW II 14, Berlin/New York 1982, 183-284; Campbell, Emperor (o. Anm. 1) 210-236; S. Link, Konzepte der Privilegierung römischer Veteranen, (HABES 9), Stuttgart 1989; Vendrand-Voyer, Normes civiques (o. Anm. 2), bes. 211-304 (zum *testamentum militare* und *peculium castrense*). – Speziell für das kaiserzeitliche Ägypten: Alston, Soldier and Society (o. Anm. 1) 53-68; Mitthof, Soldaten und Veteranen (o. Anm. 1) 383-393.

⁵ Grundlegend noch immer: M.A. von Bethmann-Hollweg, Der römische Civilprozeß III = Der Civilprozeß des gemeinen Rechts in geschichtlicher Entwicklung III, Bonn 1866, bes. 79-85; A. Müller, Die Strafjustiz im römischen Heere, Neue Jahrb. f. klass. Altertum 17 (1906) 550f.; R. Taubenschlag, RE XV.2 (1932) 1668-1671, s.v. Militärstrafrecht; E. Sander, Das römische Militärstrafrecht, RhM 103 (1960) 289-319.; G. Sciascia, Frammenti di diritto penale militare romano, in: Scritti in onore di G. Ambrosini III, Milano 1970, 1939f.; Jung, Rechtsstellung (o. Anm. 2) 1003-1008. Zum Gerichtsstand der Soldaten in der Prinzipatszeit s. etwa Jung 947-960; Campbell, Emperor (o. Anm. 1) 254-263.

Feigheit vor dem Feinde etc.) und damit das Militärstrafrecht im modernen Sinn galten den Römern als Vergehen gegen die *disciplina militaris*. Die Aufrechterhaltung der militärischen Zucht und Ordnung oblag den unmittelbar vorgesetzten Offizieren, die ihre Disziplinargewalt sofort, ohne Gerichtsverhandlung und ohne Papierkrieg ausübten. Die Papyri beleuchten diesen Aspekt daher allenfalls indirekt, wenn Zivilisten wegen Übergriffen von Soldaten die Disziplinargewalt der Offiziere anrufen. Die spätromische Militärgerichtsbarkeit hingegen betrifft die Jurisdiktion der hohen Militärkommandanten, der *duces*, *comites rei militaris* und *magistri militum*, welche über Privatklagen und *delicta cum ceteris communia*, also jene Delikte, die Soldaten wie Zivilisten begehen konnten, zu Gericht saßen. Es geht demnach um Zivil- und Kriminalgerichtsbarkeit in Fällen, in denen Soldaten eine Partei darstellten⁶. Diese Militärgerichte haben Akten produziert, und demzufolge können die Papyrusquellen hier Aufschlüsse und Einblicke gewähren, die ergänzend zu den Nachrichten aus den Rechtsquellen hinzutreten.

Die Fragestellung berührt neben den rechtsgeschichtlichen Aspekten auch zwei spätantike Entwicklungen von großer historischer Dimension: Es geht einerseits um die Einrichtung und Ausgestaltung von Sondergerichten, die im Laufe des 4. Jh. gegen den Widerstand der Reichsregierung an Bedeutung gewinnen; und es geht andererseits um den privilegierten Gerichtsstand für Soldaten, ein Aspekt, der unmittelbar in die grundsätzliche Frage nach der Militarisierung der Gesellschaft im 4. Jh. mündet. Seit dem beredten Lamento des Libanius, *De patrociniis* 4-5, 23 gehört „Militarisierung“ zu den ebenso geläufigen wie umstrittenen Schlagworten über die Spätantike.

Im Prinzipat wie im Dominat – wenn man bei dieser Einteilung der Kaiserzeit überhaupt bleiben will – untersteht der Soldat der rechtlich uneingeschränkten Befehlsgewalt des Imperiumsträgers. In der vordiokletianischen Zeit lag die militärische und zivile Gewalt ungeteilt in den Händen des Statthalters, der zugleich Militärkommandant der Provinz war. Ihm oblag auch die Gerichtsbarkeit über die Soldaten. Eine organisatorische Trennung zwischen ziviler und militärischer Gerichtsbarkeit entstand erst im Zuge der diokletianisch-konstantinischen Reformen. Um dieselbe Zeit wurde auch eine Klassifizierung der Soldaten, die seit der Constitutio Antoniniana (212) einheitlich das römische Bürgerrecht genossen, in zwei Kategorien vorgenommen⁷: die *comitatenses*, Soldaten des mobilen Feldheeres unter dem

⁶ Zur spätantiken Militärgerichtsbarkeit s. E. Sander, RE Suppl. 10 (1965) 394-410, bes. 402f., s.v. Militärrecht; P.E. Pieler, RAC 10 (1978) 360-492, bes. 454-456, s.v. Gerichtsbarkeit; ders., Studien zur Gerichtsorganisation des Imperium Romanum. Kaisergericht und kaiserliche Gerichtsorgane von Augustus bis Justinian. Habil. Wien 1981. § 12, 1; § 13, 2f.; zuletzt knapp: M. Kaser/K. Hackl, Das römische Zivilprozeßrecht, (HdAW X 3.4), München² 1996, bes. 544f.

⁷ Die Einteilung in *comitatenses* und *ripenses* begegnet erstmals in C.Th. VII 20, 4 vom Jahre 325. Erst später setzt sich für die *ripenses* die Bezeichnung *limitanei* durch (zuerst in C.Th. XII 1, 56 vom Jahre 363). Zu den *palatini* s. D. Hoffmann, Die Gallienarmee und der Grenzschutz am Rhein in der Spätantike, Nassauische Annalen 84 (1973) 1-18,

Befehl eines *magister militum*; und die *limitanei*, Soldaten des Grenzheeres unter einem *dux* oder *comes rei militaris*. Vermutlich seit Valentinian I. (364-375) galten auch die *palatini*, Begleittruppen des Kaisers unter dem Kommando eines *magister militum praesentalis*, als eigene Truppenkategorie. Dies hat, juristisch gesehen, die Verhältnisse nicht unwesentlich verkompliziert, denn unter Umständen konnten die in einer Provinz versammelten Soldaten je nach Truppenart drei verschiedenen Kommanden bzw. Richtern zugehören. Hinzu kam, daß die palatinen und comitatensischen Truppen in großer räumlicher Entfernung zum zuständigen *magister militum* und seinem Gericht eingesetzt sein konnten.

Aus den gesetzlichen Regelungen wird deutlich, daß die kaiserlichen Regierungen des 4. Jh. versuchten, die Zivilgerichte gegenüber den militärischen Sondergerichten zu stärken, wobei einerseits unterschieden wurde zwischen Zivil- und Kriminalprozessen und es andererseits darauf ankam, ob der Soldat beklagte oder klagende Partei war. Die Verhältnisse werden von der bisherigen Forschung (s.o. Anm. 6) als unproblematisch betrachtet; ohne auf Einzelheiten eingehen zu können, sei die Entwicklung hier nur kursorisch skizziert:

Constantius II. ordnete im Jahre 355 in einer Konstitution an den *praefectus praetorio* Taurus an, daß in zivilen Rechtsstreiten in jedem Fall der zivile Statthalter die Gerichtsbarkeit ausüben solle, auch wenn eine Partei (klagende oder beklagte) der *militia* angehört⁸. In *criminalibus causis* habe der Soldat, wenn er als Kläger auftritt, sich gleichfalls an den Statthalter zu wenden, lediglich als Angeklagter sei ihm die Militärbehörde als Forum gestattet.

C.Th. II 1, 2 (25. Juli 355): Idem A. (sc. Imp. Constantius) ad Taurum p(raefectum) p(raetori)o⁹.

Definitum est provinciarum rectores in civilibus causis litigia terminare, etsi militantes exceperint iurgia vel moverint. Ne igitur usurpatio iudicia legesque confundat aut iudicibus ordinariis adimat propriam notionem, ad provinciarum rectores transferantur iurgia civilium quaestionum. In criminalibus etiam causis, si miles poposcerit reum, provinciae rector inquirat. Si militaris aliquid admisisse firmetur, is cognoscat, cui militaris rei cura mandata est. Dat. VIII Kal. Aug. Mediol(ano) Arbitione et Lolliano cons.

bes. S. 12. Einen Überblick über die Entwicklung geben z.B. A. Demandt, *Die Spätantike*, (HdAW III.6), München 1989, 255-272, D. van Berchem, *L'armée de Dioclétien et la réforme constantinienne*, Paris 1952, 75-111 und C. Zuckerman, *L'armée*, in: C. Morisson, *Le monde byzantin*, I, Paris 2004, 143-180.

⁸ Der allgemeine Ausdruck *rectores provinciarum* subsumiert die verschiedenen Arten von Statthalterposten: *proconsules*, *consulares*, *praesides*, *correctores*, *praefectus Aegypti*. Der Begriff *militantes* wird in der folgenden Interpretatio spezifiziert durch *qui militat vel arma tenuerit*. Er umschreibt also, wie gewöhnlich, beide Zweige der *militia*, nämlich die *militia officialis* und die *militia armata*. Bezüglich der Kriminalgerichtsbarkeit spricht die Konstitution jedoch explizit vom *miles*.

⁹ Zum Datum und Ort der Konstitution s. P.O. Cuneo, *La legislazione di Costantino II, Costanzo II e Costante (337-361)*, Milano 1997, 269f. mit Verweisen auf die ältere Forschungsdiskussion.

Die in C.Th. II 1, 2 ausgedrückte Grundtendenz bleibt auch in den folgenden Jahrzehnten die Linie der Regierung: Valentinian und Valens bekräftigen im Jahre 365, daß der zivile Statthalter alle, die eines Kriminaldeliktes verdächtig sind, ohne Ansehen der Person oder ihres Standes ins Gefängnis stecken soll. Falls der Verdächtige dem Militär angehört, soll sein Fall sodann an das Gericht eines *magister militum* weitergeleitet werden, andernfalls an das des *praefectus praetorio*.

C.Th. VIII 2, 2 = C.J. VIII 3, 1 (22. Jan. 365): Impp. Val(entini)anus et Valens AA. Valentino consulari Piceni¹⁰.

Quisquis fuerit, quem crimen pulsat, quem negotium tangit, comprehensum eum iudex sub custodia constituat atque ita vel causae meritum vel personae qualitatem ad nos referat, vel, si longius fuerimus, ad illustres viros praefectos praetorio, sive ad magistros militum, si militaris fuerit persona, ne sub specie vel verae vel eminentiae dignitatis facinora dilabantur. Dabimus enim formam, quam unusquisque iudex sequetur in eo, qui reus fuerit inventus. Interim ille, qui in suspicionem venerit negotii criminalis, cuiuscumque honoris esse dicatur, comprehensus ex officio non recedat. Dat. XI Kal. Feb. Med(iolano) Val(entini)ano et Valente AA. cons.

Eine zweite Konstitution aus dem Jahre 397, die an den *praefectus Augustalis* gerichtet ist, bekräftigt von neuem, daß die Zivilklagen an die zivilen Richter (*iudices ordinarii*) zu adressieren sind. Für die Einbringung einer Zivilklage beim Militärgericht (*militare iudicium*) wird, zusätzlich zu schon früher festgesetzten Strafen, dem Kläger Verbannung und seinem Anwalt eine hohe Geldbuße angedroht.

C.Th. II 1, 9 (27. Nov. 397): Idem AA. (sc. Impp. Arcadius et Honorius) Archelao praef(ecto) Aug(ustali).

Si quis neglectis iudicibus ordinariis sine caelesti oraculo causam civilem ad militare iudicium crediderit deferendam, praeter poenas ante promulgatas intellegat se deportationis sortem excepturum, nihilominus et advocatum eius decem librarum auri condemnatione feriendum. Dat. VIII Kal. Decemb. Constantinopoli Caesario et Attico cons.

Ein Abgehen von dieser Linie ist erst in der Konstitution C.J. III 13, 6 aus dem Jahre 413 greifbar, welche gestattet, daß auch Zivilklagen gegen Soldaten vor den Richterstuhl des *magister militum* gebracht werden dürfen. Trat ein Soldat aber selbst als Kläger in Zivilsachen auf, mußte er seinen Fall weiterhin vor das zivile Gericht bringen.

C.J. III 13, 6 (27. April 413): Impp. Honorius et Theodosius AA. Anthemio p(raefecto) p(raetorio):

Magisteriae potestati inter militares viros vel privato actore in reum militarem etiam civilium quaestionum audiendi concedimus facultatem, praesertim cum id ipsum e re esse litigantium videatur constetque militarem reum nisi a suo iudice nec exhiberi posse nec, si in culpa fuerit, coerceri. Dat. V Kal. Mai. Constantinopoli Lucio v.c. cons.

¹⁰ Lesevarianten und weiterführende Literatur zu dieser Konstitution finden sich bei F. Per gami, La legislazione di Valentiniano e Valente (364-375), Milano 1993, 145.

Damit hatte man eine ebenso einfache wie klare Gesetzesgrundlage geschaffen, die auch für die Folgezeit wohl bis Justinian Geltung hatte: Als Beklagter in Zivil- und als Angeklagter in Kriminalen war der Soldat vor den Militärrichter zu bringen, als Kläger mußte er sich in beiden Fällen an die zivile Gerichtsbarkeit wenden. Streng hielt die Regierung aber weiterhin an dem Grundsatz fest, daß Zivilisten weder in Straf- noch in Zivilsachen vor das *iudicium militare* gebracht werden durften, wie eine Konstitution des Jahres 416 neuerlich bekräftigt.

C.J. I 46, 2 (27. Aug. 416) Impp. Honorius et Theodosius AA. Monaxio p(raefecto) p(raetorio):

Praecipimus, ne quando curiales vel privatae condicionis homines ad militare exhibeantur iudicium vel contra se agentum actiones excipiant vel litigare in eo cogantur. Interminationem autem quinquaginta librarum auri adversus comitianum officium proponi decernimus, si quid contra haec aliquando temptaverit. Dat. VI Kal. Sept. Eudoxiopolis Theodosio A. VII et Palladio cons.

In der Folgezeit hat man noch Einzelprobleme geregelt, an dem Erreichten aber festgehalten¹¹. Justinian bestätigte prinzipiell den Sondergerichtsstand für Soldaten und änderte lediglich den Gang der Appellationen von Militärgerichten¹², die bislang stets an den Kaiser gingen. In der Praxis wird freilich die von Justinian betriebene Vereinigung von militärischer und ziviler Gewalt zu Veränderungen geführt haben¹³.

Soweit die rechtlichen Rahmenbedingungen nach der Gesetzgebung des 4. und 5. Jh. Ein in vielfältiger Weise aussagekräftiges Material zur Rechtspraxis in der

¹¹ Nov.Theod. 4 (vom Jahre 438): Keine Verfahren gegen *duciani* und *limitanei* vor dem Kaisergericht, sondern nur vor dem zuständigen Militärgericht (des Dux) an Ort und Stelle; C.J. III 25, 1 (439): *Domestici, agentes in rebus* und andere Angehörige der *militia* dürfen in Zivilsachen nicht die Zuständigkeit des Militärgerichtes vorschützen, sondern müssen sich vor dem zivilen Gericht verantworten; C.J. III 23, 2 (440): Verfahren zwischen Soldaten und *curiales* oder *cohortales*; Nov.Marc. I 5-7 (450): Gerichtsort für Soldaten; C.J. XII 36, 18 1-4 (492): Sonderregelung für die in Grenzbereiche des *Oriens* abkommandierten *praesentales*.

¹² Ältere Appellations-Regelungen waren C.J. VII 67, 2 (362): Fristgerechte Appellation, unter anderem vom Gericht des *magister militum*; C.J. VII 62, 32, 1 (441): Appellation gegen das Urteil eines Dux muß an den kaiserlichen Gerichtshof gehen. Justinian präzisiert in C.J. VII 62, 38 (529): Berufungen gegen das Urteil eines Dux müssen an den *magister officiorum* und *quaestor sacri palatii* gehen und im kaiserlichen *consistorium* verhandelt werden.

¹³ Als Beispiele sind etwa die an den *dux Thebaidis* gerichteten „Petitionen“ aus dem Dioskoros-Archiv zu nennen (P.Cair.Masp. I 67002-67005; P.Lond. V 1674), die aus den 60er Jahren des 6. Jh. stammen und durchwegs zivile Angelegenheiten zum Gegenstand haben. Nirgendwo tritt ein Soldat auf, und in manchen Fällen ist deutlich, daß ein Prozeß gar nicht angestrebt wird. Im übrigen hat A.A. Schiller, *The courts are no more*, in: Studi Edoardo Volterra, Milano 1971, I, 469-502 darauf aufmerksam gemacht, daß schon seit dem Beginn des 6. Jh. die staatliche Gerichtsbarkeit von den privaten Schiedsgerichten verdrängt wird. In der Tat ist bislang kein Prozeßprotokoll bekannt geworden, das verläßlich in die Zeit nach Justinian zu datieren wäre.

ägyptischen Provinz liegt in den Papyri vor. Im folgenden seien die unmittelbar relevanten Texte bzw. Textgruppen vorgestellt und indirekt aussagekräftige Texte exemplarisch herangezogen.

Die faktische Ausübung einer informellen Jurisdiktion durch Militärs ist vor allem in den Dörfern der Chora schon bald nach der Etablierung der römischen Herrschaft greifbar¹⁴. Von der augusteischen bis in die diokletianische Zeit liegen etwa 80 Petitionen vor, in denen sich Zivilisten in vielerlei Angelegenheiten hilfeschend an Zenturionen, Dekurionen, Stationarii und Benefiziarier wenden¹⁵. Nur in wenigen Fällen agiert der Offizier als regulärer *iudex datus*, meistens wird er einfach als die nächste greifbare staatliche Autoritätsperson angegangen¹⁶. Soviel den Klageschriften zu entnehmen ist, erwarten sich die Petenten bisweilen ein direktes polizeiliches oder richterliches Einschreiten der Militärs, zuweilen eine Weiterleitung des Falles, in etlichen Petitionen aber auch bloß eine Vernehmung des Beschuldigten¹⁷. Letzteres hat den Zweck, eine schriftlich niedergelegte und amtlich beglaubigte Aussage zu erhalten, die für eine weitere Verfolgung der Sache vor Gericht dienlich ist. In diesen Fällen leisten die Militärs also lediglich die polizeiliche Vorarbeit für ein später betriebenes gerichtliches Verfahren.

¹⁴ Die Verhältnisse beschreiben anschaulich: R.S. Bagnall, *Army and Police in Upper Egypt*, JARCE 14 (1977) 67-86; Campbell, *Emperor* (o. Anm. 1) 431-435; Alston, *Soldier and Society* (o. Anm. 1) 86-96; J. Ott, *Die Benefiziarier*, Stuttgart 1995, 126-128; J.-J. Aubert, *Policing the Countryside: Soldiers and Civilians in Egyptian Villages in the Third and the Fourth Centuries A.D.*, in: Y. Le Bohec (Hg.), *La Hiérarchie (Rangordnung) de l'armée romaine sous le Haute-Empire*, Paris 1995, 257-265; M. Peachin, *Five Vindolanda Tablets, Soldiers, and the Law*, Tyche 14 (1999) 223-235 und zuletzt M. Peachin, *A Petition to a Centurion from the NYU Papyrus Collection and the Question of Informal Adjudication Performed by Soldiers*, in: *Miscellanea in Honor of P.J. Sijpesteijn* (im Druck). Ich danke M. Peachin für die freundlich gewährte Einsicht in sein Manuskript.

¹⁵ Eine Liste dieser Petitionen findet sich bei J. Whitehorne, *Petitions to the Centurion: a Question of Locality?*, BASP 41 (2004) 155-169. Die frühesten Beispiele sind P.Oslo II 30 = Doc.Eserc.Rom. 71 (20 v.Chr.) und SB X 10308 (11 n.Chr.), die spätesten sicher datierten sind P.Cair.Isid. 139 *descr.* und 63 (beide 296). Später datierte Eintragungen in der Liste Whitehornes beziehen sich zwar auf vergleichbare Situationen, sind aber formal keine Petitionen.

¹⁶ D. Hobson, *The Impact of Law on Village Life in Roman Egypt*, in: B. Halpern/D. Hobson (Hgg.), *Law, Politics and Society in the Ancient Mediterranean World*, Sheffield 1993, 211-216. L. Mitteis, *Zur Berliner Papyruspublication*, Hermes 30 (1895) 567-571 hat als erster aufmerksam gemacht, daß – theoretisch – jedwede Entscheidung der Militärs im technischen Sinn des römischen Rechts nicht bindend sein konnte.

¹⁷ Zu dieser wichtigen Beobachtung gelangte Peachin, *Petition* (o. Anm. 14) nach penibler Analyse der Formulierungen einzelner Petitionen. Auf ein Verhör des Beschuldigten zielen folgende Petitionen ab: P.Gen I² 3 (178/9), SB XIV 11904 (ca. 184), P.Amh. II 78 (184), SB III 6952 (195), SPP XXII 49 (201), P.Gen. I² 16 (207), SPP XXII 54 (210), BGU I 98 (211), PSI III 222 = Doc.Eserc.Rom. 81 (Mitte 3. Jh.).

Da um die Wende vom 3. zum 4. Jh. die Serie der Petitionen an Zenturionen, Dekurionen etc. abreißt, war die Forschung bisher davon ausgegangen, daß die Militärs im 4. Jh. weit weniger als früher in die lokale, informelle Jurisdiktion involviert waren. Man hat das darauf zurückgeführt, daß diese Aufgaben nun weitgehend von den neu geschaffenen, zivilen Ämtern des *praepositus pagi* und *riparius* wahrgenommen wurden¹⁸. Es ließe sich ferner anführen, daß Diokletian gezielt die diffuse jurisdiktionelle Aktivität der lokalen Garnisonsoffiziere einzudämmen suchte, um die Rechtsprechung gänzlich an die Gerichte der neu geschaffenen zivilen Provinzstatthalter (*praesides*) zu ziehen, wie etwa C.J. IX 2, 8 zeigt¹⁹. Daß diese Maßnahmen nicht sofort griffen, zeigt der Umstand, daß noch ein halbes Jahrhundert später Constantius II. eine ganz ähnliche Regelung erließ²⁰. So verschwinden auch die Petitionen an Militärs keineswegs völlig aus unserer Dokumentation, sondern existieren – freilich in modifizierter Form – durchaus auch noch im 4. Jh. und darüber hinaus. Unter den Papieren des bekannten Flavius Abinnaeus beispielsweise, der zwischen 342 und 344 sowie neuerlich zwischen 346 und 351 der Kommandant (*praepositus*, bisweilen auch *praefectus*) der *ala V Praelectorum* in dem Kastell Dionysias am südwestlichen Rande des Fayum gewesen ist, finden sich neben privaten Dokumenten, Steuerlisten, Abrechnungen und Briefen auch 14 Petitionen, die Abinnaeus als Lagerkommandant erhalten hat²¹. Ohne auf die Einzelheiten jeder Petition eingehen zu müssen, kommt es hier auf folgende Beobachtungen an: Die Petitionen haben durchwegs Vorkommnisse des zivilen Alltags zum Gegenstand: Einbruch, Diebstahl, tätliche Übergriffe, usw. In keinem einzigen Fall geht es um eine militärische Angelegenheit oder die Folgen einer solchen (s. Tabelle)²².

¹⁸ J. Lallemand, L'administration civile de l'Égypte de l'avènement de Dioclétien à la création du diocèse (284-382), (Mémoires de la Classe des Lettres et des Sciences morales et politiques de l'Académie Royale de Belgique. Deuxième série. Tome LVII. Fasc. 2), Bruxelles 1964, 139-167, bes. 148f.; Carrié, L'esercito (o. Anm. 1) 482; R.S. Bagnall, Egypt in Late Antiquity, Princeton 1993, 169-173.

¹⁹ C.J. IX 2, 8: *Exemplum sacrarum litterarum Diocletiani et Maximiani AA: Si quis se iniuriam ab aliquo passum putaverit et querellam deferre voluerit, non ad stationarios decurrat, sed praesidalem adeat potestatem aut libellos offerens aut querellas suas apud acta deponens. PPO sine die et consule.* Vgl. dazu S. Corcoran, The Empire of the Tetrarchs. Imperial Pronouncements and Government AD 284-324, Oxford 1996, 129, Nr. 16.

²⁰ C.Th. VI 29, 1 = C.J. XII 22, 1 (Mediolanum, 355): *Imp. Constantius A. ad Lollianum PPO: Curiosi et stationarii, vel quicumque funguntur hoc munere, crimina iudicibus nuntianda meminerint ...*

²¹ Die Urkunden sind in der mustergültigen Edition P.Abinn. zusammengestellt und ausgewertet. Zu dem Archiv gehören ferner die folgenden seither edierten Texte: SB VIII 9684-9698; SB X 10755; SB XIV 11380 und vielleicht SB XX 14954; dagegen dürfte SB XIV 11877 doch nicht diesem Archiv angehören. – Zum historischen Umfeld dieser Texte vgl. die Einl. zur Edition S. 6-33 und T.D. Barnes, The Career of Abinnaeus, Phoenix 39 (1985) 368-374 (repr.: T.D. Barnes, From Eusebius to Augustine, Aldershot 1994, Nr. XV).

²² Eine Beschwerde gegen einen Soldaten aus der Einheit des Abinnaeus, die in Form und Zielrichtung von den „Petitionen“ abweicht, liegt in P.Abinn. 28 vor: Der Petent bittet um Maßnahmen zur Bestrafung des Soldaten, womit er allerdings die Disziplinargewalt des Offiziers anspricht: ... ὅτι μετακαλῆν αὐτὸν ἐν τοῖς κάστροις ἰ καὶ ἐκδικῆς με ἐν

Edition	Datum	Kläger	Beklagter	Herkunft des Klägers	<i>dux</i> - Klausel	Inhalt	Bemerkung
P.Abinn. 44 = P.Sakaon 47 = P.Thead. 23	29.3. 342	Zivilist	Zivilist	Thea- delphia	ja	Diebstahl von 82 Schafen	Vgl. P.Sakaon 46 an den <i>prae- positus pagi</i>
P.Abinn. 45 = P.Lond. II 245 (S. 271)	23.6. 343	Veteran & Frau	Zivilisten	Philagris	ja	Einbruch und Raub	Frau des Veteranen ist Soldaten- tochter
P.Abinn. 46 = SB VIII 9689	22.9. 343	Zivilist	Zivilist	[–]	nein	Wider- rechtliche Steuer- eintrei- bung	Beklagter ist viell. Steu- ereitreiber
P.Abinn. 47 = P.Gen. I 47	1.5. 346	Veteran	Zivilisten	Hermo- polis (Ars.)	ja	Einbruch und Diebstahl	
P.Abinn. 48 = P.Lond. II 242 (S. 275)	29.6. 346	Zivilist	Soldat	Hermo- polis (Ars.)	ja	Illegale Schaf- schur, Diebstahl von Ferkeln	Mittäter: ein zweiter Soldat und zwei Zivilis- ten
P.Abinn. 49 = P.Lond. II 403 (S. 276)	5.7. 346	Frau	Zivilisten	Theo- xenis	ja	Illegale Schur und Diebstahl von Schafen	Klägerin ist die Schwie- gertochter eines Solda- ten
P.Abinn. 50 = SB VIII 9690	30.7. 346	Zivilist	Zivilist	Narmu- this/ Magais	nein	Betrug	

πᾶσαι (Z. 17-19). Ein Verfahren wird – jedenfalls vorerst – nicht angestrebt, vgl. aber u. Anm. 24. Zum Thema: Soldaten mißhandeln Zivilisten vgl. die Literatur bei Peachin, *Five Vindolanda Tablets* (o. Anm. 14), 229, Anm. 20.

Edition	Datum	Kläger	Beklagter	Herkunft des Klägers	<i>dux</i> - Klausel	Inhalt	Bemerkung
P.Abinn. 51 = P.Lond. II 240 (S. 277)	26.8. 346	Frau	Zivilisten	Hermo- polis (Ars.)	ja	Körper- verlet- zung	Klägerin ist Tochter eines Vete- rans
P.Abinn. 52 = P.Lond. II 241 (S. 278)	29.8. 346	Frau	Zivilisten	Hermo- polis (Ars.)	ja	Körper- verlet- zung	dieselbe Angelegen- heit wie P.Abinn. 51
P.Abinn. 53 = P.Lond. II 407 (S. 273)	Dez. 346	Zivilist	Zivilist	Hermo- polis (Ars.)	ja	Diebstahl von 10 Schwei- nen	
P.Abinn. 54	346	Soldat?	Zivilisten	Hermo- polis (Ars.)	ja	Diebstahl von Vieh? [-]	Kläger ist ein Flavius
P.Abinn. 55 = P.Lond. II 412 (S. 279)	11.2. 351	Kleriker	Zivilist	Bere- nikis/ Philagris	nein	Einbruch und Diebstahl	
P.Abinn. 56 = P.Lond. II 406 (S. 280) = M.Chr. 128	[-]	Frau	Zivilist	Hermo- polis (Ars.)	[-]	Diebstahl	Beklagter ist der Bruder der Klägerin
P.Abinn. 57 = P.Gen. I 49	[-]	Zivilist	Zivilisten	Theo- xenis/ Hermo- polis (Ars.)	[-]	Diebstahl und Körper- verlet- zung	Kläger ist <i>ex-prae- positus (pagi)</i>

Für die hier verfolgte Fragestellung ist insbesondere der Umstand bedeutsam, daß es fast ausschließlich Zivilisten sind, die von sich aus die Hilfe des lokalen Garnisonskommandanten in Anspruch nehmen. Nur in P.Abinn. 45 und 47 sind Veteranen sowie in 54 vermutlich ein Soldat die Petenten. In P.Abinn. 49 und 51 verweisen die Bittstellerinnen auf Familienangehörige aus dem Soldatenstand, was offenbar ihrem Anliegen Nachdruck verleihen sollte. Aufschlußreich ist ferner ein Blick auf die Herkunftsorte der Bittsteller: Es sind die arsinoitischen Dörfer Theadelphia, Philagris, Theoxenis, Hermopolis, Berenikis und Narmuthis. Alle Orte liegen in der Nachbarschaft des Kastells Dionysias – in genau jenem Bereich, den die übrigen Texte des Abinnaeus-Archives als das Aktionsgebiet der *ala V Praelectorum* etwa bei ihren Requisitionen darstellen. In diesem Gebiet repräsentierte Abinnaeus die staatliche Autorität und wird zur Anlaufstelle von Beschwerdeführenden und Hilfesuchenden aller Art.

Was erwarten die Bittsteller von Abinnaeus? Als stereotype Formel erscheint in den Petitionen die Bitte, den bzw. die Übeltäter, sofern sie namentlich bekannt sind, zu verhaften, oder, falls sie unbekannt sind, die zuständigen Dorfbeamten zu veranlassen, diese ausfindig zu machen²³. Dies könnte man unter Umständen noch so verstehen, daß die Petenten von Abinnaeus lediglich die Arretierung der Übeltäter erwarteten und das Militär genau wie in der Prinzipatszeit als polizeiliche Ordnungsmacht in Erscheinung tritt.

Das Phänomen ist also keineswegs neu, aber dennoch haben sich die juristischen Vorzeichen geändert, seit zu Beginn des 4. Jh. die militärische Gewalt von der zivilen getrennt worden war. Dies zeigt eine Klausel, die mit übereinstimmendem Wortlaut in wenigstens neun der 14 Petitionen erhalten ist und welcher zu entnehmen ist, daß die Petitionen in der Tat keine richterliche Entscheidung des Offiziers bezwecken, sondern einen regulären Prozeß avisieren: εἴ(τα) τὰ γραφέντα ὑπὸ ἐμοῦ εἰς γνῶσιν τοῦ κυρίου μου δουκὸς ἀνανίκης (*sic*), αὐτοῦ γάρ ἐστιν (τοὺς) τὰ τοιαῦτα τολμοῦντες ἐκδικῖν (*sic*)²⁴. Da die Petitionen nicht alle von derselben Schreiberhand stammen²⁵, die Klauseln aber wortwörtlich – bis hin zu den orthographischen und grammatikalischen Fehlern – übereinstimmen, wird die auch anderweitig oft bei Eingaben zu beobachtende Verwendung von Mustervorlagen erkennbar²⁶. Umso

²³ Vgl. z.B. P.Abinn. 47, 10-14: διὰ αὐτὸ τοῦτο ἀξιῶ καὶ δέομαί σου τῆς | φιλανθρωπίας τὰ(ν) (*sic*) εἰρήναρχον καὶ τοὺς | δημοσίους τῆς αὐτῆς κόμης Ἑρμοῦ πόλειως καὶ καταναγκάσης αὐτοὺς τοὺς κακούργους (*sic*) σὺ (*sic*) παραστήσαι; ganz ähnlich etwa auch P.Abinn. 44, 11-14 und P.Abinn. 45, 13-17, s. dazu im folgenden.

²⁴ Die Klausel tritt in genau diesem Wortlaut in P.Abinn. 44 und 45 sowie 47-49 und 53 auf. Sogar die Rechtschreibfehler in der Klausel wiederholen sich in allen Beispielen: Haplographie bei εἴτα τὰ, ἀνανίκης für ἀνεπέγκης, Auslassung von τοὺς; ἐκδικῖν für ἐκδικεῖν; s. dazu die Bemerkungen der Editoren in P.Abinn., S. 99 und mit abweichender Auffassung U. Wilcken, APF 3 [1906] 398: er versteht εἶ (= ἦ) τὰ κτλ. Eine geringfügig andere Formulierung weisen P.Abinn. 51, 52 und 54 auf.

²⁵ Eine Überprüfung ist allerdings schwierig, weil nicht von allen Urkunden Abbildungen zugänglich sind. Nach den Beobachtungen der Editoren (P.Abinn. 56, Einl.) stammen nur P.Abinn. 52, 53, 56 und 57 von derselben Hand. Das bedeutet, daß der Schreiber in 52 eine andere Formulierung der „*dux*-Klausel“ verwendet als wenige Monate später in 53.

²⁶ Eine große Formelhaftigkeit ist auch bei den Petitionen an Zenturionen zu beobachten, s. Peachin, *Petition* (o. Anm. 14) Anm. 34.

schwerer wiegt der Nachsatz „denn es ist seine (*sc.* des Dux) Aufgabe, solche Übeltäter abzuurteilen“. Er zeigt, daß Diokletians Bemühungen (C.J. IX 2, 8), den lokalen Offizieren die Jurisdiktion zu entziehen, gegriffen haben. Allerdings ist es in den Petitionen des Abinnaeus-Archives nicht der zivile *praeses*, sondern der Dux, der die richterliche Entscheidung fällen soll.

Im Grunde fungiert Abinnaeus nur als Hilfsorgan der Rechtspflege, der Vorarbeiten für eine gerichtliche Verfolgung erledigt, während das Verfahren selbst beim Dux stattfindet. Selbst bei der Polizeiarbeit war es anscheinend nicht immer leicht, es den Zivilisten recht zu machen: In P.Abinn. 18 beschwert sich ein Buleut, daß Soldaten des Abinnaeus ertappte Diebe zu rasch aus dem Dorf Theoxenis abgeführt hätten, weshalb die Dorfbewohner fürchteten, die gestohlenen Dinge nicht mehr zurückzubekommen. Nun soll Abinnaeus die Übeltäter wieder zurückschicken. Der Ratsherr steht nicht an, Abinnaeus andernfalls mit einer Beschwerde des Rates beim Dux zu drohen²⁷. Eine angedrohte Beschwerde beim Dux ist auch der Hintergrund des Briefes P.Abinn. 10, den ein gewisser Iovinus, dem Namen nach wohl gleichfalls Soldat, an Abinnaeus adressiert, um diesen in einer finanziellen Angelegenheit zu einer Intervention bei anderen Militärs zugunsten einer Waise zu bewegen²⁸. Und schließlich deutet auch der Beschwerdeführer gegen den Soldaten in dem erwähnten P.Abinn. 28 an, daß er im Falle, daß Abinnaeus seiner Bitte nicht entspreche, sich gezwungen sähe, sich an seinen Grundherrn und einen anderen Offizier, den *praepositus* Castinus, zu wenden²⁹.

Aus den Sachverhalten und aus der Diktion dieser Urkunden wird schon deutlich, daß die Zivilbevölkerung wie eh und je die Dienste sowohl des lokalen Garnisonskommandanten als auch des Dux wie selbstverständlich in Anspruch nahm. Die Vorgehensweise der Zivilisten wird durch ein weiteres Detail aus dem Abinnaeus-Archiv veranschaulicht. Am 29. März 342 erhebt Aurelius Sakaon – der uns gleichfalls aus einer ansehnlichen Gruppe von Texten gut bekannt ist – in einer Petition an Abinnaeus Anklage wegen des Diebstahls von 82 Schafen. Am selben Tag verfaßt er auch eine zweite Petition über denselben Tatbestand, die er jedoch an den *praeposi-*

²⁷ P.Abinn. 18, 12-15: *μὰ τὸν γὰρ θεὸν ἢ τούτους ἀπόστιλον ἵνα γνοῦμεν τὰ πραχθέντα ὑπὸ αὐτῶν ἢ πάντες οἱ ἀπὸ τοῦ βουλευτηρίου ἀνανέγκωμεν ἐπὶ τὸν δεσπότην μου τὸν δοῦκα περὶ τούτου.* Der Text wurde lange mißverstanden als eine Beschwerde gegen zwangsweise Rekrutierung. Den korrekten Sachverhalt hat eine penible Analyse durch C. Zuckerman, *Two Reforms of the 370s: Recruiting Soldiers and Senators in the Divided Empire*, REB 56 (1998) 79-139, bes. 81-86 ans Licht gebracht. Ebd. in den Fußnoten werden ältere Interpretationen von P.Abinn. 18 referiert.

²⁸ P.Abinn. 10, 22-27: *ἐβούλετο γὰρ ὁ ὄρφα|ν[ὸ]ς ἀπελθεῖν πρὸς τὸν | κ[ύ]ρι[ό]ν[υ] μου τὸν δοῦκα κα[ί] | διδ[ί]ξ[α] περὶ τούτου καὶ ἄχρεις | δεῦρ[ο] ἐπέσχον τὸ πρᾶγμα.* Der konkrete Zusammenhang des Briefes und die Rechtsgrundlage für die Forderung der Waise werden nicht deutlich, vgl. Einl. Abinnaeus soll einen *praepositus*, einen *princeps*, einen *actuarius* und andere „verantwortliche Beamte“ (Z. 11-14) bewegen, 10 Artaben Gemüsesamen an die Waise auszuzahlen. War es das Waisenkind eines Offiziers? Da der Zusammenhang unklar bleibt, ist nicht zu entscheiden, ob diese Klage beim Dux gesetzkonform gewesen wäre oder nicht.

²⁹ P.Abinn. 28, 20-27: *ἔμελλον γὰρ ἀνελθῖν ἐπὶ τῆς | πόλεως καὶ ἀποδύρασθαι τῷ | ἐμῷ γεούχῳ καὶ τῷ πραιποσίτῳ τῶν στρατιωτῶν Καστίῳ | πρὸς τὸ ἐκδικηθῆναί με, ἀλλὰ | πρωτότῳ σοι τῷ ἐμῷ | δεσπότη ἔγραψα ἐκδικηθῆναί | με.* Der Beschwerdeführer ist ein einfacher *βοηθός*.

tus pagi adressiert³⁰. Weder die eine noch die andere Fassung sagt, daß eine zweite Petition an die andere Stelle gerichtet wurde. Beide Petitionen – auch die an den *praepositus pagi* – schließen jedoch mit der stereotypen *dux*-Klausel. Wahrscheinlich ist diese Vorgangsweise typisch. Ein Provinziale, der sein Recht sucht, wendet sich an jene Autorität, die unmittelbar für ihn greifbar ist, sei es die zivile oder die militärische – und sicherheitshalber kontaktiert er sogar beide Stellen bezüglich derselben Sache. Daß es dadurch zu einer zweigleisigen Vorgehensweise, zu einem „Kompetenzkonflikt“ und gar zu konkurrierenden Amtshandlungen kommen könnte, scheint Aurelius Sakaon nicht zu bekümmern.

So ähnlich die an Abinnaeus gerichteten Petitionen auf den ersten Blick den älteren Petitionen an Zenturionen auch sein mögen, so gibt es doch einen signifikanten Unterschied. Der Offizier ist nun gehalten, jede Klage, die eine richterliche Entscheidung verlangt, an die höhere, richterliche Instanz weiterzuleiten. Bei Abinnaeus ist das regelmäßig der *Dux*. Wenn man aus diesem Befund auf die allgemeine Lage in den 30er und 40er Jahren des 4. Jh. schließen darf, kann man sich leicht vorstellen, welche Fülle von Prozessen in kürzester Zeit bei einem *Dux* anfielen; Prozesse, die jedoch fast ausschließlich die alltäglichen Quisquilien der Zivilbevölkerung zum Gegenstand hatten. Daß diese Situation in der Tat kein Spezifikum der ägyptischen Chora, sondern eine allgemeine war, zeigen die oben zitierten Konstitutionen des Diokletian an einen nicht namentlich genannten *praefectus praetorio* (C.J. IX 2, 8) und des Constantius II. an Lollianus, *praefectus praetorio per Illyricum* (C.Th. VI 29, 1). Beide Konstitutionen sprechen im übrigen davon, daß die Petitionen an zivile Richter (*praeses, iudex*) geleitet werden sollen. Wenn die Regierung die zivilen Bagatellprozesse von den militärischen Gerichten der *duces* fernhalten wollte, dann bestand – eine Generation, nachdem zivile und militärische Gewalt von einander getrennt worden waren – dringender Handlungsbedarf. In diesem Zusammenhang ist die eingangs zitierte Gesetzgebung zu sehen, die spätestens seit 355 (C.Th. II 1, 2) die Zuständigkeit des militärischen Gerichtsstandes streng limitierte.

Nach den Bestimmungen dieser Konstitutionen hätte von allen Petitionen, die Abinnaeus empfing, einzig P.Abinn. 48 vor ein militärisches Gericht kommen dürfen, denn hier gehört zumindest einer der Beklagten dem Soldatenstand an. Alle anderen Fälle wären ungerechtfertigter Weise an den *Dux* geleitet worden, weil sie zivile Angelegenheiten betreffen und die Beklagten zudem Zivilisten sind.

Auch nach der Konstitution von 355 mangelte es nicht an Versuchen der Behörden, den geltenden Gesetzen Autorität zu verschaffen. P.Oxy. VIII 1101 überliefert den größten Teil eines Ediktes, das Flavius Eutolmius Tatianus, der später als *comes*

³⁰ P.Sakaon 47 = P.Abinn. 44 = P.Thead. 23 an den Offizier; P.Sakaon 46 = P.Thead. 22 an den *praepositus pagi*. In den Einzelheiten der Formulierung nehmen die beiden Petitionen zwar auf den jeweiligen Adressaten Rücksicht, verwenden aber stellenweise doch eine sehr ähnliche Ausdrucksweise und Wortwahl.

Orientis und comes sacrarum largitionum unter Valentinian und Valens große Karriere bei Hof machen sollte³¹, in seiner Amtszeit als *praefectus Aegypti* erließ.

P.Oxy. VIII 1101 (Alexandria/Oxy., 367-370, mit BL I 331):

1 Ἀντίγραφον διατάγματος.
 2 [Φλαύιος Εὐτό]λμιος Στατιανὸς ὁ λαμπρότατος ἑπαρχὸς Ἐγύπτου λέγει·
 3 [Οὐ ± 6] μὲν εἰσει καὶ π[αρ' ὀ]λίγων τῶν πρώτων
 4 [πυθόμεν]ος, ἀλλὰ πρὸς διδασκαλίαν τρόπον τινὰ λαμβάνων
 5 [ἐκ τῶν εἰ]ς ἐκάστ[η]ν πόλιν τε καὶ ἐνορίαν γιγνομένων.
 6 [Ἐγνων γὰρ] εἰς ἐν[τ]εῦξεν ὡς τινες τῶν ἰδιωτῶν τὴν
 7 [τύχην ἀν]εῦ πλεονεξίας, εἴτε ἀπὸ κακίας ἢ καὶ ἀπὸ κακο-
 8 [βουλίας] τῆς πρ[ο]αίρέσεως βουλόμενοι τοὺς διαδικουῶν-
 9 [τας πάν]υ καταπονῖν, προσφεύγουσιν τοῖς κατὰ τόπον πραι-
 10 [ποσίτοις] βιβλία τούτοις ὡς ἐπιιδόντες καὶ παρασκευάζον-
 11 [τες ἐκπρ]άττεσθαι παρ' αὐτῶν τοὺς τὴν τύχην, ὡς ἔφην,
 12 [ιδιώτας.] Ὅτι δὲ κεκώλυται παρὰ τοῖς νόμοις τοῦτο, δῆλον·
 13 [Τῷ γὰρ π]ραιοσίτῳ μὲν [τῶν] στρατιωτῶν ἄρχιν ἔξεστι,
 14 [ιδιωτῶν] δὲ οὐκέτι, τοὺς δὲ ἄρχοντας τῆς ἐπαρχίας εἴθ[η]
 15 [± 6 ι]ν τούτοις κα[ὶ] δέχεσθαι προσειόντας παρεγγυ-
 16 [ᾶται. Τοι]γάρτοι διὰ τοῦδε τοῦ προγράμματος ἅπασιν
 17 [δῆλόν] ἐστιν τοῦ λοιποῦ. Εἰ γὰρ τις τῶν ἰδιωτῶν παρὰ
 18 [στρατιώτ]ῃ τι ἔχοι κα[ὶ] θαρσήσῃ τῇ ἐκδικίᾳ τοῦ πραιποσίτου
 19 [καὶ ὡς βο]ηθῆσεται παρ' αὐτοῦ πέποιθεν, προσεῖτω· Οὐδὲ γὰρ
 20 [δύναται] ἐπὶ τῶν τόπων τῆς προσηκούσης τυγχάνειν
 21 [παρ' ἄλλο]ν βοηθείας. Εἰ δὲ πρὸς ἰδιώτην τὴν τύχην, μὴ δι-
 22 [απιδράτ]ω τοῦτο ποιεῖν. Εἰ γὰρ τις ὁπίτῃ παραλιμπάνων
 23 [τὸ οἰκε]ῖον δικασ[τ]ήριον ἐφ' οὗς δὲ οὐ προσῆκεν καταφεύ-
 24 [γων ποτέ], δημοτικῆ[ς] ὄν τύχης, τοῦτον νῆσον οἰκῆσαι κελεύ-
 25 [ω, ἐὰν δὲ ἦ] βουλευτῆς, δημεύσει ὑποβάλλω. Διὸ παρεγγυῶ τοῖς
 26 [ἐπὶ τόπων] ῥιπαρίοις ἴν' εἴ τινα τῶν ἰδιωτῶν καταλάβοιεν παρα-
 27 [λιπόντα τ]ὸ οἰκίον δ[ι]καστήριον ἐπὶ πραιποσίτους καταπεφευγότ[α]

2. *l.* Τατιανός; *l.* Αἰγύπτου 4. *l.* λαμβάνων 9. *l.* καταπονεῖν; προσφεύγουσιν ex προσφεύ-
 γουσιν 13. *l.* ἄρχειν 14. τοὺς ex τοῖς; *l.* ἄρχοντας 15. *l.* προσειόντας 19. *l.* προσεῖτω 20. *l.*
 τυγχάνειν 21. *l.* βοηθείας 22. *l.* ὀφθεῖ; *l.* παραλιμπάνων 24. *l.* ὦν 27. *l.* οἰκεῖον

Der Präfekt spricht in den einleitenden Sätzen die Unsitte an, daß Leute von zivilem Status (τινες τῶν ἰδιωτῶν τὴν τύχην, Z. 6-7) Klagelibelli³² an die militärischen *praepositi* vor Ort richten und dabei die Gerichte der zivilen Statthalter (ἄρχοντας) umgehen. Tatianus betont die Illegalität dieser Vorgangsweise (Z. 12-17), die er durch das vorliegende Edikt unter Andro-

³¹ Zu seiner Person und Karriere s. PLRE I Tatianus 5 und R. Delmaire, Les responsables des finances impériales au Bas-Empire romain (IV^e-VI^e s.). Études prosopographiques, (Collection Latomus 203), Bruxelles 1989, 62-67. Der spätere Verlauf seiner Karriere ist in Einzelheiten noch umstritten.

³² Z. 10: βιβλία. Der Terminus ist die exakte Entsprechung des lateinischen *libellus*, vgl. Dio 77, 18, 2; zur Terminologie vgl. J.-P. Coriat, Le prince législateur, Rome 1997, 81.

hung schwerer Strafen (Deportation für *humiliores*, Vermögensverlust für *curiales*, Z. 22-25) ausmerzen will. Der *praepositus* hat nur Autorität über die Soldaten, nicht über Zivilisten (Z. 13-14). Bemerkenswert ist jedoch der Passus Z. 17-21, der es Zivilisten gestattet, sich bei Auseinandersetzungen mit Soldaten dennoch an den *praepositus* zu wenden.

Hier wird keine Unterscheidung mehr getroffen zwischen Kriminalverfahren (bei denen es die zitierten Konstitutionen von 355, 365 und 397 auch erlauben) und Zivilverfahren (bei denen es die Kaisergesetze verbieten). Das Statthalteredikt von 367-370 gestattet demnach jegliche Klage gegen Soldaten vor dem *praepositus*, wie es erst C.J. III 13, 6 vom Jahre 413 für das Gericht des *magister militum* zuläßt. Es ist davon auszugehen, daß der *praepositus* – wie Abinnaeus – die Klagen an das Gericht des Dux weiterleitete. Zu denken gibt in jedem Fall die Begründung des Edikts (Z. 19-21), daß ein Zivilist ansonsten keine Möglichkeit habe, sein Recht an Ort und Stelle gegen einen Soldaten durchzusetzen. Dies nimmt das Eingeständnis der Kaiser Honorius und Theodosius II. etwa sechs Jahrzehnte später vorweg, die zugeben, daß es kaum möglich sei, einen Soldaten ohne Hilfe seines Offizieres vor ein Gericht zu bekommen oder der Bestrafung zuzuführen³³. Den Präfekten Tatianus wie später die Kaiser hat schließlich die größere Rechtssicherheit der einfachen Reichsbewohner bewogen, die Kompetenz der Militärgerichte auch auf Zivilklagen gegen Soldaten auszuweiten. Zum einen ermöglichte ein räumlich naher Gerichtsstand vielen armen Leuten erst den Zugang zum Richter, zum anderen konnten in der Praxis wohl überhaupt nur so die Angehörigen der *militia* vor einen Richter gebracht werden.

Vereinzelte spätere Petitionen an Offiziere zeigen, daß die kaiserliche Gesetzgebung und das Edikt des Tatianus nur teilweise von Erfolg gekrönt waren. In P.Rain. Cent. 91 (419) etwa überreicht der Veteran Kyros die Klageschrift (λίβελλοι) an einen Tribunen und bittet, seine Gegnerin zum Erscheinen (παραστήναι) zu veranlassen, wegen Hybris abzuurteilen und dann zwecks gerichtlicher Verfolgung anderer Missetaten an einen zivilen Richter (δικαστής) zu übergeben³⁴. In ähnlicher Weise tritt auch die Petentin in P.Oxy. L 3581 (4./5. Jh.) mit der Bitte an den Tribunen heran, ihren Gegner zu stellen (παρα[σ]τήναι) und seine Schulden einzutreiben³⁵. In diesem Fall bleibt allerdings unklar, ob die Hilfe direkt vom Tribunen erwartet wird oder παραστήναι „appear in court“ bedeutet, wie es der Editor auffaßt.

³³ C.J. III 13, 6 (27. April 413): ... *constetque militarem reum nisi a suo iudice nec exhiberi posse nec, si in culpa fuerit, coerceri.*

³⁴ P.Rain.Cent. 91, 7-10 (Herk. unbek., 419): [– – το]ύσδ[ε] τ[ο]ύς λιβέλλους ἐπιδίδωμι τῇ σῇ ἰανδρίᾳ (sic) ἀξιῶν παραστήναι αὐτὴν καὶ πρῶτον μὲν ἰ τῆς ὑβρεως ἐκδικίας με τυχὴν (sic), ἔπιτα (sic) δικαστὴν ἀπαρτίσθαι (sic) περὶ ὧν αὐτῇ ἐ[γ]καλῶ ἐτέρων ἐγκλημάτων κτλ.

³⁵ P.Oxy. L 3581, 21-23 (Oxy., 4./5. Jh.): ὅθεν παρακαλῶ τὴν σὴν τοῦμοῦ κυρίου στερρότητα κελεύσαι αὐτὸν παρα[σ]τήναι ἢ καὶ ἀπαιτηθῆναι αὐτὸν κατὰ τὴν ἔνγραφον αὐτοῦ ὁμολογίαν τὰς δύο οὐγκείας (sic) τοῦ χρυσοῦ καὶ ἢ ὅσα ἐζημιώθην ὑπὲρ αὐτοῦ καὶ ἐπιστραφῆναι αὐτὸν ἐφ' οἷς τετόλμηκεν κατ' ἐμοῦ.

Nach wie vor reichen Zivilisten also ihre Klageschriften beim lokalen Garnisonskommandanten ein, aber immerhin werden die Fälle anscheinend nicht mehr an den Dux, sondern an den Zivilrichter weitergeleitet.

Hier greift man eine wichtige und traditionsreiche Rolle der Militärs im Vorfeld des eigentlichen Prozesses: Schon bei etlichen Petitionen an Zenturionen aus der Prinzipatszeit war deutlich (o. Anm. 17), daß der Offizier nicht selbst urteilen, sondern lediglich ein schriftliches Dossier, sozusagen einen Polizeibericht erstellen sollte, der hernach im Prozeß Verwendung finden würde. Eine sehr ähnliche Vorgangsweise zeigt die nicht aus Ägypten stammende Petition an einen Zenturio in P.Euphr. 5 vom Jahre 243 (Appadana, Syria Coele). Die Bittstellerin ersucht den Offizier, der schon die Zeugenaussagen entgegengenommen hat, ihren Libellus zu unterschreiben, bevor er an das statthalterliche Gericht geht³⁶. Die Vorstellung, daß der Offizier Klageschriften (*libelli*) entgegennimmt und zur gerichtlichen Verfolgung an das Büro (*officium*) eines Statthalters weiterleitet, liegt auch einem (hypothetischen) Fallbeispiel des Juristen Herennius Modestinus (1. Hälfte 3. Jh.) zugrunde³⁷. Flavius Abinnaeus hat hundert Jahre später dieselbe Rolle als Empfänger und Übermittler der *libelli* inne. Ein eindeutiges Zeugnis dafür, daß Garnisonskommandanten darüber hinaus Streitfälle unter Zivilisten in richterlicher Funktion entscheiden, liegt aus dem 4. Jh. und später nicht mehr vor.

Während die jurisdiktionelle Rolle der lokalen Militärs unterbunden und ihr Wirken auf die Einleitungs- und Vorbereitungsphase von Prozessen beschränkt wurde, lassen schon die „dux-Klauseln“ in den Petitionen an Abinnaeus erkennen, daß seit der diokletianischen Gewaltentrennung rein militärische Gerichtshöfe bei den überregionalen Militärkommandanten (*duces*) eingerichtet waren. Drei bilingue Protokolle von Prozessen, die vor dem Gericht eines Dux geführt wurden, liegen als unmittelbare Testimonien dieser Militärgerichtsbarkeit vor: P.Oxy. LXIII 4381 (Alexandria, 375), P.Acad. 56/1+2 + 57/1 (Antinopolis, Mitte 5. Jh.?) und ChLA XLVII 1437 (Aphrodite, 1. Hälfte 6. Jh.). Schon dieser Umstand besitzt eine gewisse Aussagekraft: Bei aller Vorsicht, die gegenüber statistischen Wertungen geboten ist, dürfte es doch bezeichnend sein, daß aus der gesamten papyrologischen Dokumentation der Spätantike erst drei Prozeßprotokolle eines militärischen Gerichtshofes vorliegen, denen nunmehr über 50 Protokolle von zivilen Richtern, zumeist Statthaltern der ägyptischen Provinzen, gegenüberstehen³⁸. Die zuletzt genannte Urkunde

³⁶ P.Euphr. 5, ed.: D. Feissel, J. Gascou, Documents d'archives romaines inédites du Moyen Euphrat, JS (1995) 107-117 = SB XXII 15500.

³⁷ Dig. XLVII 2, 73 (Modest., 7 resp.): *Sempronia libellos composuit quasi datura centurioni, ut ad officium transmitterentur, sed non dedit: Lucius pro tribunali eos recitavit quasi officio traditos: non sunt inventi in officio neque centurioni traditi*, etc. Zur Stelle vgl. Peachin, Petition (o. Anm. 14) Anm. 32.

³⁸ Die Liste der bilinguen Prozeßprotokolle aus der nachdiokletianischen Zeit hat zuletzt J.D. Thomas, *P.Ryl. IV 654: the Latin Heading*, CdÉ 73 (1998) 132f. zusammengestellt. In dieser Liste ist auch verzeichnet, welcher Magistrat die Verhandlung geführt hat. Ergänzungen zur Liste geben U. & D. Hagedorn, P.Thomas S. 217, Anm. 1. Seither sind

enthält das überaus umfangreiche, aber dennoch nicht vollständig überlieferte Protokoll einer Verhandlung vor einem namentlich nicht genannten *comes militum*, der dem Schauplatz (Aphrodite) nach der *comes Thebaici limitis* sein wird³⁹. Der Ablauf dieses spektakulären Mordprozesses entspricht mit Befragungen und Aussagen, Reden und Gegenreden – alle in Griechisch – dem üblichen Schema des Cognitionsprozesses vor Magistraten. Die Involvierung des Soldaten Fl. Menas (Z. 7) könnte der Grund für den militärischen Richter sein. Für die militärische Gerichtsbarkeit selbst läßt sich trotz der Umfänglichkeit des vergleichsweise späten Schriftstückes nichts Neues gewinnen.

Mit P.Oxy. LXIII 4381 wurde vor wenigen Jahren erstmals das Protokoll einer Verhandlung vor dem Dux aus vorjustinianischer Zeit der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht, das einen Einblick in den Gang einer Verhandlung vor dem Militärgericht gewährt. Der Prozeß fand im Jahre 375 vor Flavius Mauricius statt, einem *vir clarissimus* im Range eines *comes primi ordinis*, der das Amt des *dux Aegypti* innehatte. Er ist im übrigen sehr wahrscheinlich zu identifizieren mit dem Μουρικότος δοῦξ in dem jambischen Gedicht des Kyros von Antaiupolis (oder Antinoupolis)⁴⁰. Zwei Soldaten beschwerten sich wegen einer ungerechtfertigten Steuereintreibung.

folgende Urkunden hinzugekommen: P.Harrauer 46 = ChLA XLI 1188 + SPP XX 283 (= ChLA XLV 1325), mit einem weiteren Fragment neu ediert von F. Mitthof, JJP 33 (2003) 205-211 (Herm./Antin., 332); P.Bodl. I 170 *descr.* (Herk. unbek., 4. Jh.); P.Thomas 24 (Herk. unbek., Ende 4./5. Jh.); P.Thomas 25 (= ChLA III 217) (Herk. unbek., 437?); CPR XXIV 3 (Ars. oder Herakl., Ende 4., Anf. 5. Jh.); P.Acad. 56/1 + 2 + 57/1 (s. u. Anm. 55). Die Abschrift eines griechischen Prozeßprotokolls ist in P.Col. X 285, 28-56 (Ars., 315) eingelegt.

³⁹ ChLA XLVII 1437 = P.Mich. XIII 660 + SB XVI 12542 (P.Mich. XIII 661 + P.Palau inv. 70). Aufgrund prosopographischer Gesichtspunkte ist der zum Dioskoros-Archiv gehörende Papyrus in die 1. Hälfte des 6. Jh. zu datieren und könnte daher auch noch aus vorjustinianischer Zeit stammen. Die Forschungsdiskussion zu diesem Text ist zitiert in ChLA XLVII 1437, Einl.; hinzu kommt J.-L. Fournet, Un nouvel épithalame de Dioscore d'Aphrodité adressé à un gouverneur civil de Thébaïde, *AnTard* 6 (1998) 81 (zum Datum). Der Militärkommandant der Thebais, der zunächst den Titel *dux* führte, wurde um die Mitte des 5. Jh. aufgewertet zum *comes Thebaici limitis*, s. J.-M. Carrié, Separation ou cumul? Pouvoir civil et autorité militaire dans les provinces d'Égypte de Gallien à la conquête arabe, *AnTard* 6 (1998) 115.

⁴⁰ Vgl. die Einl. von J.R. Rea zu P.Oxy. LXIII 4381 mit weiterführender Literatur; zu dem Gedicht des Kyros zuletzt J. Hammerstaedt, ZPE 115 (1997) 112-116. – Die Erstedition überschreibt den Text irrtümlich als „Proceedings before a Comes Aegypti“; doch der Titel *comes (primi ordinis)* bezeichnet die Rangklasse, der Amtstitel des Flavius Mauricius ist *dux* (Z. 3 und 11), vgl. bereits C. Zuckerman, Comtes et ducs en Égypte autour de l'an 400 et la date de la Notitia Dignitatum Orientis, *AnTard* 6 (1998) 138; erst zwischen 384 und 391 wird der *dux Aegypti* zum *comes Aegypti*.

P.Oxy. LXIII 4381 = ChLA XLVII 1431 (Alexandria/Oxy., 3. Aug. 375)⁴¹

- 1 *Post cons(ulatum) d(omini) n(ostri) Gratiani per(petui) Aug(usti) III et Equitio v(iri) c(larissimi) com(itis) die III non(as) Aug(ustas) Alex(andrae) in secretario. [(vac.)] (vac.)*
- 2 *Ex offic(io) d(ictum) est: Cuiusmodi libellum Pelion duc(enarius) publice magnitudi- ne [m] tuae obtulerit prae manibus habentes [reci]tamus, si praecipis. (vac.)*
- 3 *Fl(avius) Mauricius, v(ir) c(larissimus), com(es) ord(inis) prim(i) et dux, d(ixit): Lega- tur et actis indatur. (vac.) Ex offic(io) rec(itatum) est: Παρὰ Φλ(αουίου) Πηλίωνος δουκηναρίου καὶ Γούνθου κ[± 10-15 ἀρι]θμοῦ*
- 4 *Μαῦρον σκουταρίων τῶν ἐν Λύκων πόλει διακειμένων ὑπὸ Παῦλον πραιπόσιτον. Πᾶσαι μὲν βοθηεῖν εἴωθεν ἢ σὴ ἐξουσία, δοῦξ κύριε, ἐξαίρετως δὲ ἡμῖν τοῖς στρα[τιώτα]ις τοῖς καὶ μετὰ [τοὺς χρο]νοῦς*
- 5 *κα[τα]μένουσιν. Τὸ οὖν καθ' ἡμᾶς πρᾶγμα τοῦτον ἔχει τὸν τρόπον. Τινὲς βίαιοι καὶ θρασεῖς καὶ τῶν νόμων ἀφροντιστοῦντες, ἡμῶν τῇ στρατιά σχολαζόντων, βίαν οὐ τὴν τυχ[οῦσα]ν πεποιήκασιν τ[οῖς ἡμ]ετέροις*
- 6 *ἐπὶ τῆς Ὀξυρυχιτῶν. Μῆτε γὰρ χωρεία ἡμῶν κεκτημένων μήτε γῆδια μήτε μὴν καμήλους, ἤσχυσαν, ἡμῶν, ὡς προείπον, ἀπόντων, ὑπὲρ χρυσαργύρου σῖσαι τοὺς ἡμ[ί]ν διαφέροντας, ὃ [οὐδ]ε[π]ώποτε*
- 7 *ἀπαιτήμεθα ταύτης ἕνεκεν τῆς προφάσεως. Τόπον δὲ παντελῶς κεκτήμεθα ἐπὶ τῆς προειρημένης πόλεως ἔνθα τύπῃ καμηλῶνος εἰς ἡμετέραν χρε[ί]αν ἔχοντες. Ἐπεὶ [τοίνυ]ν εὐλαβῶς*
- 8 *ἔχομεν μὴ τὸ αὐτὸ πάλιν πάθωσιν οἱ ἡμῖν διαφέροντες παρὰ τῶν τὴν ἀπαίτησιν ἐνχειρισμένων, καταφεύγομεν ἐπεὶ τὸ σὸν μέγεθος, ἀξιούντες καὶ δεξιόμενοι ὅπως καταξιώσης*
- 9 *προστάξαι προνοίᾳ Κρησκεντίωνος τοῦ ἐπιτεταγμένου τῇ εἰρήνῃ καὶ Θεοδούλου τοῦ πολιτευομένου τῆς αὐτῆς πόλεως τὸς τὴν φροντίδα τοῦ αὐτοῦ χρυσαργύρου διοικούντας τοῦ λοιποῦ κωλύσαι ἧς ποιοῦνται κατὰ τῶν ἡμετέρων ἀλόγου ἀπαιτήσεως,*
- 10 *ἵνα δυνηθῶμεν ἀμέμπως τῇ στρατιά ἐξυπηρετήσασθαι, ὅπως τούτου τυχόντες χάριτας τὰς μεγίστας τῇ λαμπρᾷ σου τύχῃ ὁμολογήσαι δυνηθῶμεν, δοῦξ κύριε. (vac.)*
- 11 *Fl(avius) Mauricius, v(ir) c(larissimus), com(es) ord(inis) prim(i) et dux, d(ixit): Si null[] [] as exer[± 10 pos]sessiones [± 10] ene qu[± 20] argent[± 5-10] []*

Verso

12 Πρόσταξις τοῦ κυρίου μου δουκός.

1. *cons/dn, peraugi; l. Equitii; uccom, nonaugalex · 2. officdest, duc ·; l. magnitudini*
 3. *fl/, uccomordprim, dl, offic-recest · φλ 4. l. σκουταρίων, πᾶσι 5. l. στρατεία 6. l. χωρία, ἴσχυσαν, προείπομεν, σῖσαι 7. l. ἀπητήμεθα; καμηλῶνος; -ηλῶνος corr. 8. l. ἐγκεχειρισμένων, ἐπί 10. ἵνα pap.; l. στρατεία, χάριτας 11. *fl, uccomordprim, dl**

⁴¹ Kritische Inhaltsangabe bei B. Kramer, Urkundenreferat, APF 43 (1997) 450. Die Urkunde wird kurz erwähnt in den Rezensionen zu P.Oxy. LXIII von G.M. Parássoglou, Hellenika 48 (1998) 179-181; R.S. Bagnall, CR N.S., 48 (1998) 151; J. Lenaerts, CdÉ 74 (1999) 175. – Abgebildet ist der Papyrus in P.Oxy. LXIII, Plates VII und VIII; ChLA XLVII 1431, S. 66-68; Pap.Flor. XXXI, S. 32, Tav. 2 (Z. 1-10, linke Hälfte).

Betrachten wir zunächst die äußere Form dieser Urkunde⁴²: Der Text ist, wie es bei den Verhandlungsprotokollen seit Diokletian üblich ist, in lateinischer und griechischer Sprache abgefaßt⁴³. Die Datierungsformel und der Ausstellungsort der Urkunde (Z. 1), die Eröffnungsfloskel des Prozesses (Z. 2) und die Nennung des Dux als den Verhandlungsleiter sowie all seine Äußerungen sind in lateinischer Sprache gehalten. Die Klageschrift selbst, die in Z. 3-10 wiedergegeben ist und den Hauptteil des erhaltenen Textes ausmacht, ist in Griechisch gefaßt, obwohl sie von Soldaten formuliert wurde. Ebenso ist die Kurzbeschreibung des Schriftstückes auf dem Verso in Griechisch. Nur der Dux spricht Latein. Ein lateinischer Rahmen für eine im wesentlichen griechisch geführte Verhandlung: Das stimmt exakt mit den Usancen der Prozeßführung vor den zivilen Statthaltergerichten überein⁴⁴. Selbst vor dem Militärgericht spricht man nicht ausschließlich Latein.

In Z. 3 und in Z. 11 tritt der Dux als Verhandlungsleiter auf. Bei jeder Nennung wird er mit seiner ausführlichen Titulatur angesprochen. Dieser umständliche Formalismus entspricht auch der Art und Weise, wie in den zivilen Prozeßprotokollen z.B. der *praeses* oder der *praefectus Augustalis* stets mit allen Amtstiteln und Rangprädikaten genannt wird, was gelegentlich dazu führt, daß die Nennung des Verhandlungsleiters wesentlich länger ist als der kurze Formeltext, den er spricht (wie auch hier in Z. 3, wo er nur sagt: *legatur et actis indatur*).

Ferner weist P.Oxy. LXIII 4381 auch ein gestalterisches Merkmal auf, das typisch für die Stilisierung der zivilen Protokolle ist: Mit jeder Nennung des Verhandlungsleiters beginnt man eine neue Zeile⁴⁵. Auch in dem Protokoll des Dux steht der lateinische Name des Dux am Anfang der Zeilen 3 und 11, obwohl in den Zeilen davor (Z. 2 und 10) noch Platz wäre. Diese Gestaltungsweise soll die Bedeutung des Verhandlungsleiters auch optisch hervorheben.

Aus demselben Grund schreibt man auch Namen, Titel und Rede des Dux deutlich größer als den Rest des lateinischen Textes und erst recht des griechischen Teiles der Urkunde. Besonders augenfällig ist dies in Z. 3, wo nach den Worten des Dux ein Spatium freigehalten wird, bevor man danach merklich kleiner fortsetzt: *ex offic(io) rec(itatum) est*. Auch durch den Schreibstil sind diese Textteile abgesetzt: Name und Titel des Dux in Z. 3 und Z. 11 sind in einer durchstilisierten, gerade stehenden, deutlichen Kanzleischrift verfaßt, gegenüber der die gleichfalls lateinische Schrift der Z. 2 wesentlich hastiger, kursiver und stärker nach rechts geneigt aussieht. Noch größer sind lediglich der Kaiser- und Konsulnamen in der Datierungsformel. Dieselbe Variation der Schriftgröße und des Schreibstils, um Textpassagen als wichtig hervorzuheben und die verschiedenen Rängebenen zum Ausdruck zu bringen, ist auch bei vielen zivilen Protokollen zu beobachten⁴⁶. Diese große Kanzleischrift weist manche Anklän-

⁴² Zu diesem Urkundstypus s. R.A. Coles, *Reports of Proceedings in Papyri*, (Pap.Brux. 4), Bruxelles 1966, bes. 36-38. Viele Einzelbeobachtungen ferner bei Thomas, *P.Ryl. IV 654* (o. Anm. 38) 125-131 und U. & D. Hagedorn, P.Thomas 24, Einl. S. 217-222.

⁴³ In der Prinzipatszeit waren die Prozeßprotokolle in der Regel ausschließlich in Griechisch gehalten. Die Einführung der lateinischen Prozeßfloskeln geht zurück auf die Politik Diokletians, s. H. Zilliacus, *Zum Kampf der Weltsprachen im oströmischen Reich*, Helsingfors 1935, 91; J. Kaimio, *Latin in Roman Egypt*, in: PapCongr. XV.3, (Pap.Brux. 18), Bruxelles 1978, 28, Anm. 2.

⁴⁴ Zur Zweisprachigkeit der spätantiken Protokolle s. Coles, *Reports* (o. Anm. 42) und J.R. Rea, P.Oxy. LI 3619 Einl.

⁴⁵ U. & D. Hagedorn, P.Thomas 24, Einl., S. 218f., Anm. 7.

⁴⁶ Hagedorn, P.Thomas 24, Einl., S. 218 mit Belegen in Anm. 3. Auf die gezielte Anwendung der besonders stilisierten Kanzleischrift hat bereits J.-O. Tjäder, *La misteriosa „scrittura grande“ di alcuni papiri ravennati e il suo posto nella storia della corsiva latina e nella diplomatica romana e bizantina dall' Egitto e Ravenna*, Studi Romagnoli 3

ge an jenen stark stilisierten lateinischen Schreibstil auf, den Karl Wessely als „Kaiserkursive“ bezeichnet hat, der jedoch, wie die Forschung seither nachweisen konnte, auch in den Kanzleien anderer hochrangiger Beamter Verwendung fand⁴⁷. Insgesamt wirkt das Schriftbild von P.Oxy. LXIII 4381 jedoch unruhiger, weniger regelmäßig und weist auch in der Gestaltung mancher Buchstabenformen Unterschiede auf, so daß man sie nicht unmittelbar als „Kaiserkursive“ ansprechen wird, aber doch als eine eng verwandte Kanzleischrift.

Ein weiterer Aspekt ist die Diktion des lateinischen Rahmentextes. Auch sie entspricht dem aus Verhandlungen vor zivilen Richtern gut bekannten Schema: Jede mündliche Äußerung – die Reden, Fragen und der Spruch des Verhandlungsleiters ebenso wie die Äußerungen der Advokaten – wird mit *dixit* eingeleitet; das Vorlesen der griechischen Petition ist eingeleitet mit dem *recitare*, wie es auch sonst der Fall ist (s. die Beispiele unten nach Anm. 50).

Insgesamt darf man festhalten, daß dieses Protokoll einer Verhandlung vor dem Dux in seiner formalen und diplomatischen Gestaltung überaus weitgehende Übereinstimmungen mit dem Erscheinungsbild von Protokollen ziviler Gerichtsverhandlungen aufweist, ja daß kein einziges signifikantes Unterscheidungskriterium erkennbar ist. Generell ist die Gleichförmigkeit der Prozeßprotokolle freilich bemerkenswert, da als Verhandlungsorte neben Alexandria (wie in unserem Fall⁴⁸) auch Pelusium, Arsinoiton Polis, Oxyrhynchos, Hermupolis, Herakleopolis und Antaiopolis bezeugt sind. Unabhängig vom Verhandlungsort und dem richterlichen Magistrat befolgte man also überall einheitliche Gestaltungskriterien. Daß diese sogar für das Militärgericht galten, liegt wohl an dem schon eingangs beschriebenen Umstand, daß die Militärgerichte im wesentlichen die nicht-militärischen Rechtsstreitigkeiten der Soldaten behandelten und nicht die militärische Disziplinargerichtsbarkeit ausübten.

(1952) 173-221 aufmerksam gemacht. Ebenda S. 199-207 zu den bilinguen Protokollen aus Ägypten.

⁴⁷ C. Wessely, *Schrifttafeln zur älteren lateinischen Paläographie*, Wien 1898, 10, Nr. 25 und ebenso SPP XIV, S. 4. Zu der Verwendung dieses Schreibstils auch in der Kanzlei des *praefectus praetorio* und des *praefectus Augustalis* s. D. Feissel, *Praefatio chartarum publicarum. L'intitulé des actes de la préfecture du prétoire du IV^e au VI^e siècle*, T & MByz 11 (1991) 441-447 und J. Kramer, *Schreiben der Prätorialpräfekten des Jahres 399 an den praeses provinciae Arcadiae in lateinischer und griechischer Version*, Tyche 7 (1992) 157f. mit der älteren Literatur in den Anm. 3-7. Ein besonders ausgeprägtes Beispiel stellt das Schreiben des *praefectus praetorio* aus dem Jahre 399 dar: CPL S. 293, Nr. 183 = ChLA XLIV 1264 mit Hinweisen auf weitere Editionen und Abbildungen. Die maßgebliche Edition dieses Textes hat J. Kramer, *Prätorialpräfekten* 157-181 mit Taf. 19-20 vorgelegt.

⁴⁸ Eine Übersicht über die Verhandlungsorte, die nur bei etwa einem Viertel der Urkunden bekannt sind, bietet die Liste bei Thomas, *P.Ryl. IV 654* (o. Anm. 38) 132f. Alexandria ist lediglich ein zweites Mal definitiv als Verhandlungsort nachgewiesen: P.Oxy. IX 1204, 11ff. (299) vor dem Katholikos. Wahrscheinlich war es aber auch Schauplatz vieler Verfahren, die vor Magistraten mit Amtssitz in Alexandria stattfanden, also dem *praefectus Aegypti*, *praeses Aegypti Iovia*, *iuridicus Alexandriae*, *praefectus Augustalis*. Der Umstand, daß der Ort für Verhandlungen vor dem Dux das in der papyrologischen Dokumentation stark unterrepräsentierte Alexandria war, kann also nicht der ausschlaggebende Grund für die geringe Zahl von Militär-Protokollen sein.

Schließlich gilt es, Fragen des formalen Prozeßablaufes und des Gegenstandes des Rechtsstreites zu klären. Der Ablauf der Verhandlung, welche *in secretario* (Z. 1), also in den Amtsräumen des Dux stattfand⁴⁹, stellt sich nach dem Protokoll folgendermaßen dar: Eröffnet wird die Verhandlung mit dem Ansuchen des *officium* an den Dux, die Klageschrift (*libellus*) vorlesen zu dürfen (Z. 2). Der Dux ordnet mit den knappen Worten „*legatur et actis indatur*“ an, daß sie verlesen und in den Akten registriert werden soll. Danach kommt die Klageschrift in griechischer Sprache (Z. 3-10), die in voller Länge ins Protokoll aufgenommen wird. Es folgt eine weitere Äußerung des Dux, abermals in Latein (Z. 11-12). Danach bricht der Papyrus ab, weshalb nicht ohne weiteres ersichtlich wird, ob die Urkunde hier bereits zu Ende war. Für diese Möglichkeit spricht, daß das Dictum des Dux über mindestens zwei Zeilen geht und daher schon aufgrund seiner Länge kaum eine jener knappen Anweisungen sein dürfte, die der Richter ansonsten im Zuge der Verhandlung von sich gibt. Die Länge des Dictum spricht eher für die Entscheidung (*sententia*), durch die der Richter den Antrag denegiert oder die Anweisung zur Ladung des Prozeßgegners (*conventio*) gibt und die Verhandlung beendet. Auch in der Parallelurkunde P.Oxy. XVI 1877 folgt auf die Verlesung des *libellus* ohne weitere Zwischenrede sofort die Verfügung des *praeses*, die Klageschrift zuzustellen; und ebenso steht in dem Protokoll P.Acad. 56/1+2 + 57/1, auf das gleich näher einzugehen ist, die Verfügung des *comes militum* unmittelbar nach dem Text des *libellus*. Alles spricht also dafür, daß in Z. 11-12 bereits die „Anweisung“, *πρόσταξις*, des Dux stand, von der die Versozeile (Z. 13) spricht und mit der das Protokoll zu Ende war.

Aufhorchen läßt der Ablauf dieses Verfahrens. Im Vergleich zu den allermeisten anderen bilinguen Prozeßprotokollen fällt auf, daß keine Plädoyers der Advokaten gehalten werden, kein Prozeßgegner zugegen ist, ja nicht einmal die Kläger anwesend zu sein scheinen. Selbst wenn tatsächlich nur die Prozeßeinleitung protokolliert sein sollte, dann erwartet man bei einem ordentlichen Streitverfahren im 4. und frühen 5. Jh. den halbamtlichen Ladungsakt der *litis denuntiatio*. Dabei sollte der Kläger auftreten. Doch anders hier: Ein Angehöriger des *officium* verliest lediglich die Klageschrift, die Z. 2 *libellus* genannt wird, und die nach der Darlegung des Falles und der Rechtsansprüche der Kläger in dem Begehr endet, der Dux möge dafür Sorge tragen, daß ein gewisser Crescentius, *ἐπιτεταγμένος τῇ εἰρήνῃ*, und ein Theodulos *curialis* angewiesen werden, in Zukunft derartige widerrechtliche Eintreibungen der *collatio lustralis* zu unterlassen. Wenn in Z. 11-12 bereits die entsprechende *πρόσταξις* (Anweisung) des Dux steht, dann war damit die Prozeßeinleitung schon wieder zu Ende. Die erste Verhandlung beschränkt sich auf die Verlesung der Klageschrift vor dem Statthalter, der – so der Fall nicht zurückgewiesen wird – die Ladung des Gegners verfügt und ihn dabei veranlaßt, sich entweder mit

⁴⁹ Das *secretarium* ist in den Protokollen öfters als Ort der Verhandlung genannt, vgl. die Belegstellen bei U. & D. Hagedorn, P.Harrauer 46, Komm. zu Z. 2. Anscheinend war das *secretarium* der allgemein übliche Schauplatz von Gerichtsverhandlungen, denn in CGL III 336, 42 wird das Wort als Äquivalent zum griechischen *δικαστήριον* angegeben.

dem Kläger außergerichtlich zu einigen (durch δικάσις) oder die Klage zu bestreiten (durch ἀντίρρησις).

Für eine solche Prozeßeinleitung finden sich unter den Prozeßprotokollen nur wenige einwandfreie Parallelen: Es lohnt sich, insbesondere die Anfänge dieser Urkunden mit den Z. 2-3 von P.Oxy. LXIII 4381 zu vergleichen⁵⁰:

SB XVIII 13769: Prozeß vor dem *praeses Thebaidis* (Herm., 345-352)⁵¹:

- 8 [- - - - -] ας λιβέλλους (vac.)
 9 [- ἀναγνωσθήτω τὰ] βιβλία καὶ ἐνταγήτω τοῖς ὑπομνήμασι. Ex [officio]
dictum est: 'Αναγι-
 10 [- - - - -] λιβέλλον. Et recita(vit). κτλ.

P.Oxy. XVI 1879: Prozeß vor dem *praeses Arcadiae* (Oxy., 434)⁵²:

- 2 [cum obtu]lisset libellum Theone: (vac.) [Ex officio): 'Οποῖον λίβελλον - - -]
 3 [Fl(avius) Anthemius]s [I]sidorus Theofilus v(ir) c(larissimus) praes(es) pr[ovinc(iae)
Arc(adiae) d(icit): 'Ανάγνωθι. Et recitavit. κτλ.

P.Thomas 25: Prozeß vor dem *praeses Arcadiae* (Herk. unbek., 437?)⁵³:

- 2 [- - -] e x offic(icio) d(ictum) est: 'Οποῖον λ[ίβελλον - - -]
 3 [- - -] d(icit): 'Αναγνωσθ[ήτω κτλ.

ChLA XLIII 1247: Prozeß vor dem *praeses Arcadiae* (Arcadia, 1. Hälfte 5. Jh.)⁵⁴:

- 2 *adstante offic(icio) Iohannes subaiuba d(icit):* Οἷαν ἀναφ[ορὰν ἐπέδωκεν - - -]
 3 πρὸς τὴν σὴν ἐξουσίαν ἔχων μετὰ χεῖραξ ἀναγνώσομαι, εἰ προστάξιέν σου τ[ὸ
μέγεθος. (vac.?)]
 4 *Fl(avius) Ael(ius) Anthem(ius) Iulianus Aristolaus v(ir) c(larissimus) ex praetor(e) et
 praes(es) pr(o)vinc(iae) Arc(adiae) d(icit):* ['Ανάγνωθι. Et rec(itavit). κτλ. - - -]

⁵⁰ Den im folgenden zitierten Textausschnitten geht jeweils die Datierungsformel in Z. 1 voran; nach dem Textausschnitt beginnt in jedem Beispiel der griechische Text des *libellus*. Weiterführende Literatur zu den Texten ist jeweils in der Edition der ChLA zitiert. Auf P.Oxy. XVI 1876-1879, deren gleichförmigen Aufbau B.P. Grenfell und A.S. Hunt in der Einleitung zu 1876, S. 69-71 analysiert haben, hat bereits der Editor von P.Oxy. LXIII 4381 hingewiesen.

⁵¹ SB XVIII 13769 = ChLA XLV 1337. Dieses Protokoll ist als Abschrift der Eingabe an einen *praepositus pagi* angefügt. Der Text des Protokolls beginnt in Z. 7 mit dem lateinischen Datum. Der Richter ist wahrscheinlich nicht *praefectus Aegypti*, sondern *praeses Thebaidis*, s. N. Gonis, Flavius Nestorius, *praeses Thebaidis?*, ZPE 145 (2003) 207-208. Die Ergänzung beruht auf den Vorschlägen von U. & D. Hagedorn, P.Thomas 25, S. 226. In Z. 9-10 ist eine Form von ἀναγιγνώσκω zu erwarten.

⁵² P.Oxy. XVI 1879 = CPL Annex 11 = ChLA XLVII 1409. In Z. 2 lies *Theonis*.

⁵³ P.Thomas 25 ist die Neuedition von ChLA III 217.

⁵⁴ Zur Datierung vgl. ChLA XLVIII, S. 119; BL XI 58. In Z. 2 lies *subadiuva*.

P.Acad. 56/1+2 + 57/1, Kol. II: Prozeß vor dem *dux Thebaidis* (Antinoups., Mitte 5. Jh.)⁵⁵:

- 2 [e]x officio d(ictum) est: ο [- - -]
- 3 Fl(avius) Aspar Nomus Candidian[us Caesa]rius vir s[pectabilis] - - - d(ixit):
Ἀνάγνωθι? - - -]

P.Oxy. XVI 1878: Prozeß vor dem *praeses Arcadiae* (Oxy., 461)⁵⁶:

- 2 *cum obtulisset libellum Filoxeno*: (vac.) *Ex officio*: Ὅποιον λίβελλον Φιλόξενος ἀπὸ τῆς Ὁξυρυγιτῶν
- 3 ἐπιδέδωκεν τῇ σῆ ἐξουσίᾳ ἔχων μετὰ χειῖρας ἀναγνωσόμεθα, εἰ προστάξειέν σου τὸ μέγεθος.
- 4 [± 5]s [± 17 *praes*]e[is provin]c(iae) Ar(cadiae) d(ixit): (vac.) [Ἄ]ν[άγν]ωθι.
(vac.) *Et recitabit*. κτλ.

P.Oxy. XVI 1876: Prozeß vor dem *praeses Arcadiae* (Oxy., ca. 480)⁵⁷:

- 2 [*cum obtulisset libellum Eulogii*: (vac.?) *Ex officio*: Ὅποιον λίβελλον Εὐλόγιος καθοσιωμένος παλατίνος καὶ ὁ Μ[έ]γας ἐπιδεδώκασιν τῇ σῆ ἐξουσίᾳ ἔχων μετὰ χειῖρας ἀναγνώσῃ(αι),
- 3 [εἰ προστάξειέν σου τὸ μέγεθος.] (vac.)
- 4 [± 45 *praeses provinc(iae) Arc(adiae) d(ixit)*: Ἀνάγν[ωθι]. (vac.) *Et recitavit*. κτλ.

P.Oxy. XVI 1877: Prozeß vor dem *praeses Arcadiae* (Oxy., ca. 488)⁵⁸:

- 2 [± 10 *Collutho a* . . . [± 8 *Ex officio*]: Ἐπιδέδωκε) Παμούθιος ὁ βοηθὸς τῶν κομμέν[των (vac.) βιβλί]-
- 3 [ον τῇ ἕμετ]έρα ἐξουσίᾳ ὅπερ ἔχω μετὰ χειῖρας καὶ ἀναγιγνώσκω, εἰ προστάξειέν σου τὸ μέγεθος. [(vac.?)]
- 4 [± 5 *Apio Th[e]ododiosus Ioha(n)nes viri s[pectabilis] com(es) sacro consist(orii) et praes[is] pruvinc(iae) Arc(adiae) d(ixit)*: Ἀνάγν[ωθι]. *Et recitavit*. κτλ.

Die „Verhandlung“ – offenbar in Abwesenheit der Parteien – wird eröffnet mit der Anfrage des *officium*, ob die Klageschrift (*libellus*) verlesen werden darf, worauf der Richter Anweisung gibt, vorzulesen, und der Text der Klageschrift wiedergegeben wird. Die Anfrage zum

⁵⁵ Ediert von J. Gascou, *Décision de Caesarius, gouverneur militaire de Thébaïde*, T & MByz 14 (2002) 269-277. Da in Kol. II 2 nach *d(ictum)*] *est* nicht das übliche ὅποιον λίβελλον zu lesen ist, sondern eher lateinische Schrift (s. Komm. *ad loc.*), wäre auch in Z. 3 anstelle des griechischen ἀνάγνωθι vielleicht eher *legatur et actis indatur* wie in P.Oxy. LXIII 4381, 2 zu ergänzen. Zu diesem Text s. im folgenden.

⁵⁶ P.Oxy. XVI 1878 = CPL Annex 12 = ChLA XLVII 1408. In Z. 2. lies *obtulisset*; *Filoxeni*. Z. 3 lies *προστάξειέν σου*. Z. 4 lies *recitavit*.

⁵⁷ P.Oxy. XVI 1876 = CPL Annex 13 = FIRA III, S. 549-551, Nr. 176 = ChLA XLVII 1406. In Z. 2. lies *καθοσιωμένος*. Abweichend von den früheren Editionen nehme ich an, daß die letzten Worte der formelhaften Wortmeldung des *officium* in einer eigenen, kurzen Zeile (Z. 3) standen. Der Zeilenabstand spricht für diese Lösung. Zudem könnte die folgende Z. 4 wie üblich mit dem Namen des Statthalters beginnen.

⁵⁸ P.Oxy. XVI 1877 = Sel.Pap. II 250 = CPL Annex 14 = ChLA XLVII 1407. In Z. 2-3 ist in Anlehnung an P.Oxy. XVI 1876, 2 und 1878, 2 anstelle von βιβλίον eher λίβελλον zu ergänzen. In Z. 4 lies *vir, sacri; praeses; provinciae*.

Vortrag der Klageschrift lautet in den Vergleichsurkunden des 5. Jh. übereinstimmend⁵⁹: *ex officio*: ὅποιον λίβελλον – Name des Klägers – ἐπιδέδωκεν τῇ σῆ ἔξουσίᾳ ἔχων μετὰ χειρας ἀναγνωσόμεθα, εἰ προστάξειέν σου τὸ μέγεθος. Man sieht sofort, daß dies nichts anderes als die griechische Fassung der lateinischen Einleitungsformel ist, die in dem Protokoll des Dux in Z. 2 zu lesen steht: *ex officio d(ictum) est: cuiusmodi libellum Pelion duc(enarius) publice magnitudini tuae obtulerit prae manibus habentes [reci]tamus, si praecipis*. Eine weitere bemerkenswerte Parallele findet sich bei der Anweisung, den *libellus* vorzulesen und zu den Akten zu nehmen, die in SB XVIII 13769, 9 ausführlicher als sonst (wo zumeist nur kurz ἀνάγνωθι steht) formuliert ist: ἀναγνωσθήτω τὰ] βιβλία καὶ ἐνταγήτω τοῖς ὑπομνήμοσι – die exakte griechische Übersetzung des *legatur et actis indatur* aus P.Oxy. LXIII 4381, 3. Daß in diesem Protokoll sowohl die Anfrage als auch die Aussagen des Dux in Latein erfolgen, mag damit zusammenhängen, daß es ein militärisches Gericht ist, doch zwingend ist das keineswegs⁶⁰.

P.Oxy. XVI 1876-1879 sind, wie die Herausgeber bereits gesehen und A. Steinwenter, L. Wenger, P. Collinet und A. Schiller weiter ausgeführt haben⁶¹, frühe Beispiele für einen Verfahrenstyp, der in der Forschungsliteratur gemeinhin als „Libellprozeß“ bezeichnet wird⁶². Bei diesem Verfahren reicht der Kläger einen Klagelibellus (*libellus conventionis*) ein, der den Streitgegenstand erläutert und in dem Antrag (*postulatio*) endet, den Beklagten zu laden. Dies vereinfachte die Prozeßeinleitung gegenüber dem im 4. und 5. Jh. (Codex Theodosianus; M.Chr. 56 [Oxy., 338]; M.Chr. 55

⁵⁹ Der Terminus ἀναφορά anstelle von λίβελλον in ChLA XLIII 1247, 2 setzt nur den griechischen Begriff an die Stelle des lateinischen Lehnwortes.

⁶⁰ In der Regel sind alle Äußerungen – auch die des *officium* und des Statthalters – in Griechisch gehalten und nur das formelhafte Rahmengerüst steht in Latein, s. J.R. Rea, ZPE 41 (1981) 282 und ders., P.Oxy. LI 3619, Einl. In den beiden anderen Protokollen von Militärgerichten spricht der Richter Griechisch. Beispiele für lateinische Äußerungen des Richters sind jedoch P.Sakaon 33 = P.Ryl. IV 653 = ChLA IV 254 (Ars., 318-320) und P.Sakaon 34 = P.Théad. 13 = ChLA XLI 1204 (Ars., 321), beide vor dem *praeses Aegypti Herculiae*, sowie PSI XIII 1309 = ChLA XLII 1226 (Oxy., 5/6. Jh.) vor dem *praeses Arcadiae*?).

⁶¹ Gleichzeitig und unabhängig voneinander entstanden die Studien von P. Collinet, Les P.Oxy. 1876-1882 et la procédure par libelle avant Justinien, RHDfE 4. Ser., 3 (1924) 720-725; A. Steinwenter, Neue Urkunden zum byzantinischen Libellprozeß, in: Festschrift für Gustav F. Hanausek, Graz 1925, 36-51 und L. Wenger, Neue Libellpapyri, in: Raccolta Giacomo Lumbroso, Milano 1925 (Aegyptus Suppl. B III), 325-334, bes. 327. Vgl. Schiller, Courts are no more (o. Anm. 13) 473; 477f.

⁶² Der Terminus geht auf K. Wieding, Der justinianische Libellprozeß. Ein Beitrag zur Geschichte und Kritik des ordentlichen Zivilprozesses, Wien 1865 (Nachdr. Aalen 1970) zurück, wobei die neuere Forschung sich längst einig ist, daß die Bezeichnung „justinianisch“ unzutreffend ist. Grundlegend zum Libellprozeß: L. Wenger, Institutionen des römischen Zivilprozessrechts, München 1925, bes. 260 und P. Collinet, La procédure par libelle. Études historiques sur le droit de Justinien, Paris 1932, IV, bes. 428-431. Ausführliche Darstellungen finden sich danach bei U. Zilletti, Studi sul processo civile giustiniano, Milano 1965, bes. 23-29 und D. Simon, Untersuchungen zum Justinianischen Zivilprozeß, (MB 54), München 1969, bes. 37-63; s. weiterführend Kaser/Hackl, Zivilprozeßrecht (o. Anm. 6) 570-576.

[Herm., 368]) üblichen Ladungsakt der *litis denuntiatio*, die eine Reihe von Schritten und Fristen nach sich zog, nicht unerheblich. Der Libellprozeß erhielt zwar erst durch Kaiser Justinian seine endgültige Ausgestaltung, hatte aber, wie diese Papyri zeigen, Vorläufer, die wesentlich älter sind⁶³. Nicht nur P.Oxy. XVI 1876-1879, sondern alle oben als Parallelen zu P.Oxy. LXIII 4381 zitierten Prozeßprotokolle gehören dem Verfahrenstyp des Libellprozesses an. Ohne auf die komplexe Frage nach der Entstehung und Entwicklung des Libellprozesses (die in einem viel weiteren Kontext abzuhandeln wäre) näher eingehen zu können, bleibt im vorliegenden Zusammenhang lediglich festzuhalten, daß das Verfahren vor dem Dux Mauricius bereits 375 als Libellprozeß ablief. Durch SB XVIII 13769 ist dieses Verfahren nun sogar bis in die Mitte des 4. Jh. zurückzuverfolgen⁶⁴.

Schließlich der Klage libellus selbst: Gleich die einleitenden Sätze, *πάσι μὲν βοηθεῖν εἴωθεν ἢ σὴ ἐξουσία, δοῦξ κύριε, ἐξαίρετως δὲ ἡμῖν τοῖς στρα[τιώτα]ις τοῖς καὶ μετὰ [τοὺς χρό]νους κα[τα]μένουσιν. Τὸ οὖν καθ' ἡμᾶς πρᾶγμα τοῦτον ἔχει τὸν τρόπον κτλ.* (Z. 4-5), bergen eine weitere Überraschung: Sie stimmen – und das war den bisherigen Kommentatoren entgangen – fast Wort für Wort überein mit dem Beginn einer Bittschrift, die Aurelius Isidoros, der uns durch sein „Archiv“ bestens bekannt ist als Landbesitzer und Liturge in Karanis, am 27. Dez. 315 an den *praeses Aegypti Herculiae* gerichtet hat. Diese Bittschrift ist gleich in dreifacher Ausfertigung erhalten: Zunächst in einem Original und einem Duplikat auf zwei Kairener Papyri (P.Cair.Isid. 74)⁶⁵; ferner ist der Text dieser Bittschrift mitsamt der

⁶³ Neben den in Anm. 61 und 62 zitierten Abhandlungen hat insbesondere A. Steinwenter den Libellpapyri mehrere penible Studien gewidmet: Die Litiskontestation im Libellprozeß, SZRG, rom. Abt. 50 (1930) 184-211; Die Anfänge des Libellprozesses, *Studia et doc. hist. et iur.* 1 (1935) 132-152; Zur Frage der Gliederung des Libellprozesses, Festschrift L. Wenger, I (MB 34), München 1944, 180-203.

⁶⁴ J.R. Rea verweist in seiner Einl. zu P.Oxy. LXIII 4381 auf ein ähnliches Prozeßverfahren in den Akten der Märtyrerinnen Agape, Eirene und Chione, H. Musurillo, *The Acts of the Christian Martyrs*, Oxford 1972, 282. Deren Prozeß soll im Frühjahr 304 stattgefunden haben; falls die Wiedergabe des Verfahrens authentisch ist, dann würde ein Testimonium vorliegen, das noch um ca. 65 Jahre älter ist als P.Oxy. 4381. Bei den Märtyrerakten ist jedoch generell schwer zu entscheiden, wieviel Zeitkolorit durch spätere Überarbeitungen eingeflossen ist. Zur Problematik s. grundsätzlich G. Lanata, *Atti dei martiri come documenti processuali*, Milano 1973, sowie zuletzt S. Ronchey, *Les procès-verbaux des martyres chrétiens dans les Acta martyrum et leur fortune*, MEFRA 112 (2000) 723-752 und E. Wipszycka, *On the Governors' Jurisdiction during the Persecution of Christians*, in: M. Zabłocka/J. Krzynomew/J. Urbanik/Z. Służewska (Hrsg.), *Audela des frontières. Mélanges de droit romain offerts à W. Wołodkiewicz*, Varsovie 2000, II, 1077-1083.

⁶⁵ P.Cair.Isid. 74 (Karanis, 315) = ChLA XLI 1202. Der hier interessierende Passus in Z. 2-3 lautet in der maßgeblichen Edition der ChLA, welche wie die Erstedition einen aus Original und Duplikat kombinierten Text gibt: *πάσι μὲν [ν βοηθ]εῖν εἴωθεν ἢ σὴ περὶ πάντα κηδεμονία, ἡγεμὼν | [δέσποτα, ἐξαίρετως δὲ ἡμῖν τοῖς μετρίοις καὶ] καλω[ς] εὐβιοῦντες. [Τὸ δ]᾽ ἐ κατ' ἐμὲ πρᾶγμα τοῦτον ἔχει τὸν τρόπον· Βίαν καὶ ἀγνωμοσύνην παθῶν, κύριε.*

subscriptio des Präfekten vollständig zitiert in der Petition P.Mert. II 91, die Aurelius Isidoros am 31. Jan. 316 in derselben Angelegenheit an den Strategos des Arsinoites gerichtet hat. Dieser besser erhaltene Text der Bittschrift, nach dem P.Cair.Isid. 74 ergänzt werden kann, lautet:

P.Mert. II 91 (Karanis, 316):

- 6 πᾶσι μὲν βοη[θεῖν] εἴωθεν ἡ σὴ περὶ πάντα κηδεμονί[α], ἡγεμῶν δέσποτα,
 ἐξαιρέτως [δ]ὲ ἡμεῖν (*sic*) τοῖς μετρί[ο]ις καὶ καλῶς εὐ βιοῦντες (*l. βιοῦσι*). Τὸ
 δὲ κατ' ἐμὲ πρᾶγμα τοῦτον ἔχει τὸν τρόπον· Βίαν καὶ ἀγνωμοσύνην
 7 παθῶν, κύριε, ὑπὸ Κάστορος καὶ Ἀμμωνιανοῦ ἀπὸ τῆς αὐτῆς κόμης κτλ.

Selbstverständlich besteht zwischen der Petition des Aurelius Isidoros, die in Karanis verfaßt und in Arsinoe eingereicht wurde, und jener der beiden Mauri, die zwei Generationen später in Oxyrhynchos entstand und in Alexandria eingereicht wurde, keinerlei Verbindung. Umso lehrreicher führt das Beispiel vor Augen, wieviel stereotypes Formelgut solche Schriftstücke verwenden.

Eingereicht haben den oxyrhynchitischen Klagelibellus zwei Unteroffiziere der Kavallerieeinheit der *Mauri scutarii*: der *ducenarius* Flavius Pelion und der *centenarius* oder *circitor*⁶⁶ Gunthos, die in Lykopolis stationiert sind. Die beiden besitzen gemeinsam einen Kamelstall in Oxyrhynchos, den ihre Vertrauensleute (οἱ ἡμῖν διαφέροντες, Z. 6; οἱ ἡμέτεροι, Z. 9) betreuen. Sie führen nun Klage, weil in ihrer dienstbedingten Abwesenheit die örtlichen Steuereintreiber (zwei städtische Magistrate namens Crescentius und Theodulos) ungerechtfertigter Weise und unter Anwendung von Druckmittel die *collatio lustralis* (χρυσάργυρον, Z. 6 und 9) von ihren Vertrauensleuten eingetrieben haben.

Man weiß zu wenig über die *collatio lustralis*⁶⁷, um mit Sicherheit sagen zu können, daß diese Handelssteuer tatsächlich zu Unrecht für den Kamelstall eingehoben wurde, doch sei angenommen, daß die beiden Soldaten den steuerrechtlichen Aspekt korrekt darstellten und insofern ihre Klage berechtigt war⁶⁸. Problematisch bleiben ohnehin andere Punkte der Klage.

⁶⁶ Vom Titel ist nur κ[– – erhalten, weshalb beide Ergänzungen möglich sind, vgl. Komm. *ad loc.*

⁶⁷ Die in Gold und Silber zahlbare *collatio lustralis* war eine angeblich von Konstantin eingeführte Steuer auf den Erwerb durch Handel und Gewerbe, die in erster Linie auf den städtischen Handwerkern, Geschäftsleuten, Händlern und Geldverleihern lastete, s. allgemein J. Karayannopoulos, Das Finanzwesen des frühbyzantinischen Staates (Südosteuropäische Arbeiten 52), München 1958, 129-137; Bagnall, Egypt in Late Antiquity (o. Anm. 18) 153f.; zum Erhebungsmodus bes. R. Delmaire, Remarques sur le chrysarpyre et sa périodicité, RevNum 6 ser., 27 (1985) 120-129 und R.S. Bagnall, The Periodicity and Collection of the Chrysarpyron, Tyche 7 (1992) 15-17.

⁶⁸ Die Soldaten betonen, daß sie zwar den Stall, aber keine Kamele besitzen und der Stall auch nur für den Eigenbedarf herhält. Es leuchtet ein, daß die Immobilie selbst nicht der *collatio lustralis* unterlag, daß aber der Profit, der aus dem Besitz und dem Einsatz von Kamelen resultieren konnte, unter diese Steuer fiel. Die Beteuerung der Soldaten, daß sie auch keine χωρία oder γήδια besäßen, deutet darauf hin, daß die *collatio lustralis* auch darauf lastete. Die Unterscheidung zwischen χωρία (vielleicht χωρία ἀμπελικά, „Weinland“, s. J.R. Rea, Komm. *ad loc.*) und γήδια (vielleicht „Ackerland“) ist nicht klar. We-

Zum einen der Besitz des Kamelstalles selbst. Bekanntermaßen war den Soldaten der Erwerb und Besitz von Grund und Boden in den Provinzen, in denen sie stationiert waren, verboten⁶⁹. Dahinter steckt das Prinzip der Unvereinbarkeit von Militärdienst und ziviler Erwerbstätigkeit. Das Verbot erstreckte sich zwar nicht auf Häuser, die Wohnzwecken dienten, doch ließe sich bei einem Kamelstall fragen, ob er nicht doch eher als Immobilie zu Erwerbszwecken anzusehen war. In Ägypten, wo schon im späterem 1. Jh. die Truppen überwiegend durch lokale Rekrutierung ergänzt wurden, scheint man sich während der gesamten Kaiserzeit wenig um das Verbot gekümmert zu haben, denn in den Papyri begegnen Militärs sehr zahlreich sowohl als Haus- als auch als Grundbesitzer⁷⁰. Die beiden Soldaten der *Mauri* sahen diesen Besitz jedenfalls als unproblematisch an, denn sonst hätten sie ihren Fall nicht vor dem Dux aufgerollt. Ferner befremdet der Gegenstand der Klage. Die beiden *Mauri* verlangen nicht ihr Geld zurück, sondern begehren, der Dux möge unterbinden, daß in Zukunft die Steuer von ihnen eingefordert werde.

Zum anderen bereitet der Status der beiden Soldaten Schwierigkeiten. Beide gehören dem *numerus* der *Mauri scutarii* an, einer durch nahezu 40 Papyri bestens dokumentierten Kavallerieeinheit, die von ca. 340 bis 540 in Mittelägypten bezeugt ist⁷¹. Zunächst standen die *Mauri* kurzfristig in Oxyrhynchos (P.Oxy. LX 4084 [339]; P.Oxy. LXVII 4628 [4. Jh.]), weshalb die Vorstellung verlockend ist, Pelion und Gounthos hatten schon damals den Kamelstall in dieser Stadt erworben. Beide dienen ja „über ihre Zeit hinaus“ (τοῖς καὶ μετὰ τοῦς χρόνους καταμένουσιν, Z. 4-5), weshalb es nicht undenkbar erscheint, daß sie ca. 35 Jahre

gen der Gegenüberstellung μήτε γήδια μήτε μὴν καμήλους wäre zu überlegen, ob eine iotazistische Verschreibung für γίδια („Ziegen“) vorliegen könnte, die im byzantinischen Griechisch das ältere αἰγίδια ersetzte, s. N. Π. Ἀνδριώτης, Ἑτυμολογικὸ Λέξικο τῆς Νεοελληνικῆς, Θεσσαλονίκη² 1967, S. 63 s.v.

⁶⁹ Jung, Rechtsstellung (o. Anm. 2) 942-947, der u.a. auf D. 49, 16, 13, *pr.* (Macer) und den Gnomon des Idios Logos §§ 70 und 111 verweist. Vermutlich geht das Verbot auf Augustus zurück; die Aufnahme in die Digesten zeigt aber, daß es prinzipiell noch in justinianischer Zeit Geltung hatte. Justinian untersagte C.J. IV 65, 35, 1 auch die Pacht von Häusern.

⁷⁰ Für das 4. Jh. genügt ein Verweis auf die Arbeiten von A.K. Bowman, Landholding in the Hermopolite Nome in the Fourth Century A.D., *JRS* 75 (1985) 137-163 und R.S. Bagnall, Military Officers as Landowners in Fourth Century Egypt, *Chiron* 22 (1992) 47-54; ders., Landholding in Late Roman Egypt: The Distribution of Wealth, *JRS* 82 (1992) 128-149; ders., Egypt in Late Antiquity (o. Anm. 18) 177-179, wo die wesentlichen Quellen besprochen werden. Eine extensive Ausweitung des militärischen Grundbesitzes im 4. Jh. hat grundsätzlich schon J.-M. Carrié, Patronage et propriété militaires au IV^e siècle: Objet rhétorique et objet réel du discours „Sur les patronages“ de Libanius, *BCH* 100 (1976) 159-176 bestritten.

⁷¹ Zu den *Mauri*, die ab 340 (BGU I 21, Kol. II 19) in Hermupolis bezeugt sind, s. J. Maspero, Organisation militaire de l'Égypte byzantine, Paris 1912, 47 und 142; R. Grosse, Römische Militärgeschichte von Gallienus bis zum Beginn der byzantinischen Themenverfassung, Berlin 1920, 273; G. Poethke, BGU XVII 2708, *Komm.* zu Z. 3. Eine Zusammenstellungen der Papyrusbelege findet sich bei F. Mithof, Quittung eines ὑποδέκτης ἀννωνῶν ἐπὶ τόπων Μαύρων über eine Steuerzahlung in Gold, in: *PapCongr.* XX, Copenhagen 1994, 260-262. Neu hinzu kommen: O.Oasis 11 (S. 29); O.Douch IV 457; P.Oxy. LX 4084; P.Oxy. LXIII 4381; P.Oxy. LXVII 4628; P.Thomas 27; BGU XVII 2708-2709; CPR XXIV 4-7; SB XXIV 15969; P.Acad.51 (ed. J. Gascou, *Pap. Congr.* XXII. 1, 544-547). Des weiteren liegen in neuen Editionen vor: SPP III 293 als SB XXII 15225; SPP VIII 999 als SB XXII 15226.

vor Einreichen der Klage als junge Soldaten in Oxyrhynchos stationiert waren und schon damals den Stall erworben hatten. Abgesehen von einer gelegentlichen Präsenz in der Großen Oase (O.Douch IV 457; O.Oasis 11) haben die *Mauri* und ihre Soldaten die meisten Zeugnisse in Hermupolis hinterlassen, wo sie bis in justinianische Zeit in Garnison lagen. Ein *cuneus* der *Mauri* stand längere Zeit in Lykopolis (P.Oxy. LXIII 4381 [375]; BGU XII 2137 [426]; P.Acad. 51 [535]), was im übrigen mit der Angabe der Notitia Dignitatum, Or. 31, 23 übereinstimmt. Sowohl die Chargenbezeichnungen⁷² und die Unterteilung in *cunei* als auch die Bezeichnung als *scutarii*, „Gardisten“, weisen darauf hin, daß die *Mauri* eine *vexillatio*, also eine Eliteeinheit der spätantiken Kavallerie waren. In der Tat bezeichnet zumindest ein Papyrusbeleg die Truppe als οὐξιλλατίων⁷³.

Eine solche Einheit gehörte nach dem Organisationsschema des Militärs im 4. Jh. zu den schlagkräftigen Truppen der Feldarmee, den *comitatenses*, die einem *magister militum* unterstanden – nicht aber zu den niedriger eingestuften Grenztruppen, den *limitanei*, für welche der Dux zuständig war. Selbst wenn comitatensische Einheiten in einer Provinz stationiert waren, blieben sie – jedenfalls bis gegen Ende des 4. Jh. – weiterhin dem *magister militum* unterstellt⁷⁴. Dies bedeutet, daß nicht der Dux, sondern der *magister militum per Orientem* mit dem Amtssitz in Antiochia der für die *Mauri* zuständige Richter gewesen wäre. Wiederum zeigt unser Protokoll, daß in der Praxis schon um 375 diese kategorische Regelung nicht mehr befolgt wurde. Wahrscheinlich hat auch diese Entwicklung nicht der lokale Dux in Anmaßung einer *auctoritas*, die ihm nicht zustand, forciert; dahinter stand eher das Bestreben der einfachen Soldaten, die begreiflicherweise einem Gerichtsstand in Alexandria (oder in Antinopolis in der Thebais) den Vorzug gaben vor einem in Antiocheia oder gar Konstantinopel.

Am schwersten aber wiegt ein dritter Punkt: Die Soldaten sind nicht die beklagte, sondern die klagende Partei; die Beklagten sind zwei kuriale Amtsträger von Oxyrhynchos, die für die Steuereintreibung verantwortlich zeichneten. Es liegt somit genau jener Fall vor, den die Gesetzgeber im 4. wie im 5. Jh. streng untersagten: Soldaten verklagen Zivilisten vor einem Militärgericht. Nach den eingangs zitierten gesetzlichen Normen hätten die beiden Soldaten ihre Klage in dieser zivilen Causa mit fiskalischem Hintergrund unbedingt bei dem zivilen Richter, also dem Statthalter, einbringen müssen. Die räumliche Entfernung des Gerichtsortes kann keinen Ausschlag für die Entscheidung der Soldaten gegeben haben, ihre Sache lieber vor den Dux zu bringen: Oxyrhynchos liegt im Jahre 375 in der Teilprovinz *Aegyptus*, die unter dem *praefectus* stand, welcher gleich dem Dux in Alexandria residierte⁷⁵. Auch eine Klage beim Statthalter wäre also in Alexandria verhandelt worden. Der maßgebli-

⁷² Alle Chargen, die Soldaten der *Mauri* innehaben, passen in das Rangschemata der Kavallerie, das Hieronymus, *Contra Iohannem Hierosolym.* 19 (= PL XXIII 386f.) überliefert: *numquid ex tribuno statim fit tiro? non, sed ante primicerius, deinde senator, ducenarius, centenarius, biarchus, circitor, eques, dein tiro ...*

⁷³ P.Charite 7 = P.Cair.Preis. 39 (Herm., 347): οὐξιλλατίων Μαύρων σκουταρίων τῶν ὑπὸ Ἀλμισιανὸν πραίποσιτον διακαμμένων ἐν τῇ Ἐρμού πόλει. Ferner wird in P.Ryl. IV 609 = ChLA IV 246 (Herm., 505) eine *vexillatio* in Hermupolis genannt. Mit Keenan, *Soldier and Civilian* (o. Anm. 1) 444, Anm. 1 ist auch dieser Beleg auf die *Mauri* zu beziehen.

⁷⁴ Zu den Kommandoverhältnissen zwischen *duces* und *magistri militum* s. van Berchem, *L'armée de Dioclétien* (o. Anm. 7) 109f., 114. Erst die Notitia Dignitatum (um 400) geht davon aus, daß auch (ehemals) comitatensische Einheiten – wie die *Mauri* – unter dem Kommando eines Dux stehen können, und erst C.J. XII 36, 18, 1-4 vom Jahre 492 unterstellt auch *praesentales* des Orients der Zivil- und Kriminalgerichtsbarkeit der *duces*.

⁷⁵ Zur ägyptischen Provinzialordnung dieser Zeit s. B. Palme, *Praesides und Correctores der Augustamnica*, *AnTard* 6 (1998) 129-132 mit der Karte auf S. 126.

che Grund, warum sich die Soldaten an den Dux wandten, war demnach wohl, daß sie sich von dem militärischen Richter eine wohlwollendere Behandlung ihrer Klage erhofften als von dem zivilen Richter, der als Statthalter zudem ja auch die letzte Verantwortung für die Erhebung der Steuern – auch der *collatio lustralis* – trug und die „Steuerbefreiung“ der Soldaten vielleicht doch kritischer geprüft hätte.

Allein aus dem zuletzt genannten Grund hätte der Dux die Klage der beiden *Mauri* abweisen müssen, weil sein Gericht dafür nicht zuständig war. Mehr noch: Eigentlich hätte er, wie P.Oxy. VIII 1101 (367-370) und C.Th. II 1, 9 (397, doch: *poenas ante promulgatas*) die beiden *Mauri* bestrafen müssen. Da die beiden letzten Zeilen der Urkunde (Z. 11-12) so stark beschädigt sind, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob die Klage nicht tatsächlich zurückgewiesen wurde. Wie der Editor erkannt hat, verweist aber einerseits das *argent*[- - in Z. 12 auf das χρυσάργυρον, und andererseits spricht die Bezeichnung der Urkunde auf dem Verso als πρώσταξις dafür, daß der Dux sehr wohl eine „Anordnung“ an untergeordnete Dienststellen – also wohl zur gerichtlichen Ladung des Crescentius und Theodulos (s. im folgenden) – gegeben hat. Der Prozeß hätte freilich niemals so akzeptiert und schon gar nicht so verlaufen dürfen.

Vor kurzem hat Jean Gascou ein weiteres Prozeßprotokoll veröffentlicht, das trotz seines fragmentarischen Erhaltungszustandes die aus P.Oxy. LXIII 4381 gewonnenen Erkenntnisse wesentlich ergänzt und abrundet: P.Acad. 56/1+2 + 57/1 (s.o. Anm. 55). Aufbauend auf Gascous sorgfältiger Auswertung und Erklärung der Urkunde seien im folgenden lediglich diejenigen Punkte aufgegriffen, die bei der Frage nach den militärischen Gerichtshöfen weiterhelfen. Das Dokument dürfte in Antinoupolis um die Mitte des 5. Jh. entstanden sein. Es besteht aus zwei Kolumnen, wobei Kol. II das Protokoll eines Prozesses vor dem *dux Thebaidis* wiedergibt⁷⁶.

- 1 (m. 4) [± 9] [- - -
 2 [e]x ο[ff]ic(ia) d(ictum) est ο... [± 14] [- - -
 3 Fl(avius) Aspar Nomus Candidian[us] Caesa[r]ius vir s[pe]c[t]abilis) - - -
 d(ixit): ἀνάγνωθι? - - -
 4 βουλευτοῦ τῆς Ἀντινοῦσης [± 8]ης καὶ φιλα[- - -
 5 εἰκότως τούτοις κέρρημαι τ[οῖς λόγο]ις αφ[] [] [- - -
 6 παρεβλήθην μένοι τοῖς στρατ[ι]ώταις [] πεν[- - -
 7 δὲσκευωρήματα κατ' ἐμοῦ ἐνο[± 7]μ[- - -
 8 αὐτοῦ πράσεως γράμμα ποιη[σ]- - - -
 9 τὸ χρυσίον τὸ ἐγκείμενον τ[- - -
 10 [± 8]τάτοις ποσὶν δε [- - -
 11 [± 12] []ης ὑμε[τέρας]? - - -
 12 [± 16]κηκοτ[- - -
 13 [± 12]ατα ἄπερ ἄπεσ[τ]- - - -
 14 [± 11]ετέραν δι[- - -
 15 p() ταξε[ώται]ς ἄπασιν προν [- - -
 16 εἰσὶν δέ· Οὐκτωρ Ἀνούθης στρατ[ι]ωτ- - - -
 17 Fl[avius] Aspar Nomus Candidianus [Caesarius vir s[pe]c[t]abilis) - - -

⁷⁶ Da die Datierungsformel verloren ging, ist nicht zu entscheiden, ob der Titel des Richters noch *dux* oder schon *comes limitis* gelautet hat; um die Mitte des 5. Jh. kam es nämlich zu einer Änderung der Bezeichnung, s. Carrié, Separation ou cumul (o. Anm. 39) 115.

d(ixit)
18 στρατιωτ. σ. ὑποσε[- - -

Dieses Protokoll entspricht in allen formalen Gestaltungskriterien exakt dem beschriebenen P.Oxy. LXIII 4381: Der Rahmentext ist in Latein gehalten, Name und Titel des als Richter wirkenden Dux beginnen stets in einer neuen Zeile (Z. 3 und 17), die Worte des Dux (in Z. 18 erhalten) stehen in deutlich größerer Schrift. Der Ablauf der Verhandlung entspricht wiederum dem Libellprozeß: Nachdem der obere Rand des Papyrus mit dem Datum und Erstellungsort der Urkunde verloren ist, beginnt der Text mit der Anfrage des *officium*, ob die Klageschrift verlesen werden dürfe (Z. 2), und der formelhaften Zustimmung des Dux (Z. 3). Es folgt die Verlesung des Libellus (Z. 4-16), der mit der namentlichen Nennung der Beklagten endet (εἰσὶν δέ κτλ.). Danach kommt ohne weitere Zwischenrede die *sententia* des Dux (Z. 17-18), mit welcher das Protokoll endet.

Der erhaltene Text läßt immerhin die Grundlinien des Rechtsstreites erkennen. Das in Z. 8 genannte πράσεως γράμμα und τὸ χρυσίον in Z. 9 sind mit dem Editor als Hinweis auf einen Kauf mit strittiger Zahlung aufzufassen. Am Beginn des Libellus tritt in Z. 4 ein Buleutes von Antinoupolis als die klagende Partei auf. Beklagte waren zwei Soldaten, Victor und Anuthes; denn da in Z. 6 von στρατ[ιώτα]ι[ς] im Plural die Rede ist und die Beklagten in Z. 16 gleichfalls im Plural (εἰσὶν δέ) eingeführt werden, ist der Passus in Z. 16 eher als asyndetische Verbindung Οὐίκτωρ <καὶ> Ἀνούθησ aufzufassen denn als Filiation Οὐίκτωρ <Sohn des> Ἀνούθησ. Da die Beklagten dem Soldatenstand angehören, geht es konform mit den seit 413 (C.J. III 13, 6) geltenden Gesetzen, wenn der Buleutes sich auch mit einer Zivilklage an das Gericht des Dux wendet. Anders als bei P.Oxy. LXIII 4381 kam dieser Fall demnach zu Recht vor das Militärgericht.

Diesem Protokoll geht in Kol. I ein weiteres Schreiben voran, das Gascou überzeugend als den Brief des Dux bzw. seines *princeps officii* an die *priores* des *numerus Maurorum* in Lykopolis – die Vorgesetzten der beklagten Soldaten – interpretiert⁷⁷.

1	[± 33	(m. 1)	μεγαλο]πρ(επεστάτου) καὶ [ἀ]νδρειοτάτου
2	[± 30]ων (vac.)
3	[± 28] κυρίου μόν τ[ο]ῦ μεγαλοπρ(επεστάτου)
4	[± 21] τῆς Ἀν]τινοέων προσελθόντος

⁷⁷ Gascou, *Décision* (o. Anm. 55) 272. Der Hinweis auf die *Mauri* von Lykopolis ergibt sich aus dem Zusammenhang mit anderen Papyri der Académie des Inscriptions. Die *priores* der Truppe liegen wegen der Grußformel im Plural (Z. 15-18) nahe. Eine Alternative wäre, den Plural σπουδάσατε, Z. 9, und ὑμᾶς in Z. 15 als Höflichkeitsformen aufzufassen. Dann wäre das Schreiben an den Kommandanten allein gerichtet.

7	[± 37] καὶ αἰτιασαμένου
8	[± 38] υ[± 13]
9	[± 48] ζ σπουδάσατε
10	[± 37] γωθεμενη τὸν φ[] [?]
11	[± 37] υσατε καὶ τοῖς περὶ τούτου
12	α[] [± 10] [καὶ (τὸν δεῖνα) τὸν?] μνημονευθέντα		
13	πα[ρ]αστήσαι κ[αὶ π]αραδο[ῦναι (τῷ δεῖνι)] τῷ ἐκ τάξεως		
14	ἀ[πο]σταλέντι ἐν[α]χθῆσόμε[νον? ± 21 καὶ παντ]αχόθεν		
15	[τ]οῖς προσεταγμένοις τ[ὸ] ἴκανὸν π[οιεῖν? (vac.?) (m. 2) ἐρῶσθαι] ὑμᾶς εὐχομα[ι]		
16			[πολλοῖς χρόνοις διὰ παντ[ὸς]
17			[] οἱ καὶ ἐνάρετ[οι]
18			[ἀδελφοί?]
19			(m. 3) p(ost) cons[ulatum]

Verso

20 (m. 1) – – – τὸν] μεγαλοπρ(επεστάτου) κόμ(ιτος) Καισαρίου

Dieses Schreiben informiert die *priores* über die Klage des Buleuten aus Antinoupolis (Z. 6) und beauftragt sie (σπουδάσατε, Z. 9), die beklagten Soldaten zu stellen (πα[ρ]αστήσαι Z. 13) und dem entsandten *officialis* (κ[αὶ π]αραδο[ῦναι – – τῷ ἐκ τάξεως | ἀ[πο]σταλέντι, 13-14) zu übergeben.

Aus diesem Zusammenhang wird klar: Das Protokoll in Kol. II ist kein Original, sondern eine Abschrift, welche freilich die formale Aufmachung getreu imitiert und als relevante Urkunde dem später verfaßten Schreiben an die *priores* der *Mauri* (Kol. I) angehängt wird⁷⁸. Die *sententia*, ἀπόφασις⁷⁹, des Dux in Kol. II 17-18 hat demnach die Überstellung der beschuldigten Soldaten an das Gericht angeordnet. Ein *officialis* des dukalen Büros wird mit einem entsprechenden Begleitschreiben, das als Kol. I erhalten ist, zu der Truppe geschickt. In diesem Schreiben werden die Offiziere bzw. der Kommandant der *Mauri* angewiesen, die Beklagten dem *officialis* zu überantworten.

P.Acad. 56/1+2 + 57/1 enthält also die gerichtliche Ladung der Beklagten und veranschaulicht, welche Schritte notwendig waren, um einen Soldaten vor Gericht zu zitieren – und daß die Begründung, die Tatianus im Edikt P.Oxy. VIII 1101 sowie der Kaiser in C.J. III 13, 6 geben, ohne jeden Zweifel die tatsächlichen Verhältnisse wiedergibt: Für Zivilisten wäre es unmöglich, einen Soldaten ohne Hilfe seines Offiziers vor Gericht zu bekommen. Sogar der Dux kann bei einer Ladung den Offizier nicht übergehen und z.B. direkt an den Soldaten herantreten.

⁷⁸ Ein vergleichbarer Fall liegt in SB XVIII 13769 vor, wo das Protokoll einer Eingabe an den *praepositus pagi* beigefügt ist, s.o. Anm. 51.

⁷⁹ In Kol. II 12 wird möglicherweise darauf Bezug genommen, denn am Zeilenbeginn ist vielleicht ἀπ[ο]φαν]θῆ[ι]σι zu lesen, s. Gascou, Décision (o. Anm. 55) 274, Komm. ad loc.

In Kol. 15 wird die Ladung des Dux als τὰ προστεταγμένα, „Anordnung“, bezeichnet. Das korrespondiert mit dem Terminus πρόσταξις in P.Oxy. LXIII 4381, 12 und bestätigt die Vermutung, daß dort die Zeilen 10-11 tatsächlich die *sententia* des Dux enthalten, mit der das Protokoll endet. Diese *sententia* beschließt die erste Verhandlung, bei welcher das Verfahren eröffnet und bis zur Ladung des Beklagten oder der Zurückweisung der Klage vorangetrieben wurde.

Diese Vorgangsweise unterscheidet sich nicht wesentlich von der bekannten, früher geübten Praxis der Statthalter, Petitionen durch eine Unterschrift (*subscriptio*, ὑπογραφή) zu erledigen – meist durch Delegation der Sache an einen Logistes, Strategen, Exaktor oder *praepositus pagi*. Es fällt auf, daß die unterschriebenen Originalpetitionen schon vor der Mitte des 4. Jh. aus unserer Dokumentation verschwinden⁸⁰ – knapp bevor das erste Mal ein Libellprozeß nachgewiesen ist (SB XVIII 13769 von 345-352). Die etwas ausführlicher formulierte *sententia* (ἀπόφασις) des Statthalters oder Dux unter einem Klagelibell erfüllt im wesentlichen dieselbe Funktion wie zuvor die *subscriptio* (ὑπογραφή) unter der im „direkten Reskript-Verfahren“ behandelten Petition. Im Grunde erscheint die Verfahrenseröffnung im Libellprozeß nur als eine Weiterentwicklung dieser Praxis. Das *officium* wird eingeschaltet, es übernimmt die Libelli und trägt sie dem Richter vor; die Libelli werden in den *acta* (ὑπομνήματα) registriert. Zudem werden seit dem Beginn des 4. Jh. auch Klagen, die bei lokalen Garnisonskommandanten wie Flavius Abinnaeus eingereicht sind, nicht mehr von diesen selbst bearbeitet oder gar entschieden, sondern an zivile und militärische Gerichtshöfe weitergeleitet.

Fassen wir die Ergebnisse zusammen: Bald nach der Etablierung der römischen Herrschaft in Ägypten entwickelte die Bevölkerung der Chora die Gewohnheit, in allerlei Streitfällen des Alltags die Autorität des nächsten greifbaren Vertreters der Staatsmacht anzurufen. Vom späten 1. Jh. v.Chr. bis um 300 n.Chr. liegen über 50 schriftlich niedergelegte Petitionen an Zenturionen, Dekurionen und Benefiziarier auf Papyrus vor. Die Petenten wünschen ein polizeiliches, selten auch richterliches Eingreifen der Militärperson oder eine schriftliche Bestätigung des Klagevorbringens durch *subscriptio*. Letzteres dient zur Vorlage in einem angestrebten Prozeß vor dem Statthalter, und diese Vorgangsweise ist durch P.Euphr. 5 (Syria Coele, 243) und ein Fallbeispiel des Modestinus (1. Hälfte 3. Jh.) auch außerhalb Ägyptens bezeugt. Nach der Trennung der zivilen von der militärischen Gewalt durch die diokletianisch-konstantinischen Reformen richtet die Bevölkerung vergleichbare Petitionen nicht mehr an Zenturionen, sondern an die Kommandanten der lokalen

⁸⁰ Ein Verzeichnis von Bittschriften aus dem 4. Jh. geben B. Kramer, Eingaben der frühbyzantinischen Zeit, ZPE 69 (1987) 155–161 und P.J. Sijpesteijn/K.A. Worp, Ende einer Bittschrift, Tyche 2 (1987) 178–180. Die späteste dort angeführte Bittschrift mit *subscriptio* eines Statthalters ist P.Sakaon 41 (323/4). Die Eingaben der späteren Zeit verzeichnen J.-L. Fournet/J. Gascou, Liste des pétitions sur papyrus des V^e-VI^e siècles, in: D. Feissel/J. Gascou, La pétition à Byzance, Paris 2004, 141–196.

Garnisonen, *praepositi militum* und Tribunen. Etliche solcher Petitionen liegen beispielsweise aus dem Abinnaeus-Archiv vor. Eine richterliche Funktion der Offiziere ist nun nirgends mehr nachweisbar, vielmehr leiten sie in vielen Fällen die Petition an den militärischen Richter (Dux) oder an den zivilen (Statthalter) weiter und fungieren daher nur noch als Hilfsorgane der Gerichte, als vorgeschaltete Instanz. Hierbei verschwimmen die Grenzen zwischen Petition, die ein sofortiges exekutives Eingreifen der Militärs bezweckt, und Klageschrift (*libellus*), die einen Prozeß einleitet.

Noch vor der Mitte des 4. Jh. wird eine neue Behandlungsweise solcher Klageschriften greifbar. Während die ältere Praxis der Statthalter, Petitionen durch ihre *subscriptio* auf dem Original im sog. „direkten Reskript-Verfahren“ rasch zu entscheiden oder zu delegieren, aus der papyrologischen Dokumentation verschwindet, werden nun die eingereichten *libelli* in der Form eines Prozesses abgehandelt, dessen Einleitung gegenüber dem ordentlichen Verfahren der *litis denuntiatio* wesentlich vereinfacht und beschleunigt ist: Das *Officium*, welches in das Verfahren eingebunden erscheint, registriert die Klage in den *acta* und trägt dem Dux bzw. Statthalter den *libellus* vor; dieser spricht ohne weitere Fristen und Termine sofort die Ladung der beklagten Partei aus oder denegiert die Klage. Diese *sententia* steht unmittelbar nach dem im Wortlaut zitierten Text des Klagebells, weshalb auch in ihrer äußeren Gestalt die Protokolle derartiger Gerichtsverhandlungen den Petitionen stark angenähert erscheinen. Diese Verfahrenseröffnung ist in den Dokumenten ab der Mitte des 4. Jh. (SB XVIII 13769; Herm., 345-352) greifbar und repräsentiert eine frühe Form des sog. Libellprozesses, der später unter Justinian seine endgültige Ausgestaltung erhält. Das vereinfachte Verfahren sowie der Umstand, daß viele bei einem Offizier eingereichte Klageschriften (wie jene an Abinnaeus) eher an das Gericht des Dux als an einen zivilen Statthalter weitergeleitet wurden, machte alsbald eine Regulierung des Zugangs zum militärischen Richter notwendig. Etliche kaiserliche Konstitutionen beschränken ab 355 die Gerichtsbarkeit des Dux zunächst auf Kriminalklagen gegen Soldaten, ab 413 auf alle Arten von Klagen gegen Soldaten.

Als unmittelbare Testimonien dieser Militärgerichtsbarkeit liegen bislang drei Protokolle von Prozessen vor dem Dux vor: P.Oxy. LXIII 4381 (Alexandria, 375), P.Acad. 56/1+2 + 57/1 (Antinoupolis, Mitte 5. Jh.?) und ChLA XLVII 1437 (Aphrodite, 1. Hälfte 6. Jh.). Insbesondere das erstgenannte, vollständig erhaltene Dokument führt nun vor Augen, daß ein Prozeß vor dem militärischen Gericht des Dux nicht anders ablief als vor dem zivilen Gericht eines Statthalters. Die formelhaften, in lateinischer Sprache gehaltenen Floskeln, die das Rahmengerüst des Prozeßablaufes bilden, entsprechen den Floskeln der zivilen Verfahren fast wortwörtlich. Sogar die diplomatisch-formale Gestaltung der urkundlich niedergelegten Prozeßakten weist eine Übereinstimmung zwischen zivilen und militärischen Protokollen bis in kleinste Details der optischen Ausgestaltung auf. Der Ablauf der Verhandlung zeigt, daß auch das Militärgericht schon früh den Libellprozeß pflegte. Die Papyri bestäti-

gen ferner einen Umstand, der schon aus den Gesetzestexten ablesbar war: Das Gericht des Dux kümmert sich um Zivil- und Kriminalklagen gegen Soldaten, während die im engen Sinne militärischen Vergehen der Ahndung durch die *disciplina militaris* anheimgestellt blieben.

Anhand der Papyri läßt sich des weiteren veranschaulichen, daß die Rechtspraxis in der ägyptischen Chora andere Wege ging, als die gesetzliche Vorschrift es vorsah. Die Soldaten wandten sich in jedweder Angelegenheit an das Militärgericht, und die Zivilisten trugen nach wie vor untereinander entstandene Streitigkeiten dem nächsten Garnisonskommandanten vor. Sogar der *praefectus Aegypti* befolgte, wie P.Oxy. VIII 1101 zeigt, die gesetzlichen Direktiven nur in groben Zügen und der Dux entschied Streitfälle, die gar nicht hätten vor seinen Richterstuhl kommen dürfen. Gesetzesnorm und Rechtswirklichkeit, Theorie und Praxis klaffen auseinander.

Neben der rechtshistorischen Dimension eröffnet sich eine sozialgeschichtliche: Der papyrologische Befund zeigt unzweifelhaft, daß nicht das Militär die Gerichtsbarkeit usurpierte, sondern daß es sich umgekehrt verhielt: Praktische Gesichtspunkte wie die einfache Zugänglichkeit forcierten die Inanspruchnahme der militärischen Sondergerichtsbarkeit durch Soldaten und sogar durch zivile *humiliores*. Nach der vorliegenden Dokumentation kann von einem Überhandnehmen des militärischen Gerichtsstandes dennoch nicht die Rede sein. Die drei Protokolle von Militärgerichten machen kaum mehr als fünf Prozent der insgesamt erhaltenen Prozeßprotokolle aus. Die spätantiken Petitionen an Praepositi und Tribunen bleiben in ihrer Anzahl weit hinter den Petitionen an Zenturionen aus den ersten drei Jahrhunderten der Römerherrschaft zurück; die Höhe des Streitwertes übersteigt nicht das Maß, das man aus der Prinzipatszeit kennt. Als Anzeichen für eine „Militarisierung der Gesellschaft“ ist die richterliche Tätigkeit von Militärs in der ägyptischen Chora während des 4. und 5. Jh. sicherlich nicht zu werten.

A.J.B. SIRKS (FRANKFURT AM MAIN)

ANTWORT AUF BERNHARD PALME

Der Vortrag von Herrn Palme behandelt drei wichtige Punkte: 1. die Gerichtsbarkeit im Ägypten des 4. Jh., 2. den Anfang des Libellusverfahrens, und 3. die Verfahrensgestaltung bei den Militärriechtern.

Zum 1. Punkt poniert Palme, daß sich aus dem Abinnaeus-Archiv erweise, daß, obwohl die Gerichtsbarkeit in *causae civiles* und *criminales* den *iudices ordinarii* ausschließlich vorbehalten war, mit Ausnahme des Falles eines *reus militaris* (d.h. daß ein Militär Beklagter war), Privatpersonen sich unbekümmert dem Militärbefehlshaber zuwandten in – insoweit überliefert – (fast) ausschließlich Kriminalangelegenheiten.

Dann ordnete Tatianus in seinem Edikt von 367-370 keine Restriktion auf *causae criminales* an, sondern er gestattete, daß Bürger Militärpersonen auch in *causae civiles* vor dem Militärgericht verklagen; das war aber erst 413 durch eine Konstitution erlaubt, so Palme. Es stellt sich weiter heraus, daß die Militärgerichte diese Gerichtsbarkeit nicht auf Kosten der Zivilgerichte usurpiert haben, sondern daß es die Bürger waren, die diesen Vorgang steuerten. Insoweit dieser erste Punkt aus Herrn Palmes Vortrag, der sich hierbei u.a. auf den Artikel ‚Gerichtsbarkeit‘ im RAC stützt.

Ich will hierzu einige Randbemerkungen machen, wozu ich zuerst anhand der einschlägigen Konstitutionen skizzieren möchte, wie sich im Laufe des 4. Jh. das Verhältnis zwischen zivilen und militärischen Gerichtsbarkeiten entwickelt haben könnte.

Der Überblick ist nicht einfach zu rekonstruieren. Im Codex Theodosianus finden wir nur Konstitutionen aus der Zeit 311-437, welche von einem 311 bestehenden Zustand ausgehen. Die Reskripte aus dieser Zeit haben wir nicht. Für die Zeit vor 311 verfügen wir gleichfalls nicht über ein komplettes Bild: Nicht alle Reskripte aus den Codices Gregorianus und Hermogenianus wurden in den Codex Justinianus übernommen und überdies können sie noch bearbeitet sein. Dasselbe gilt auch für die Texte des Codex Theodosianus.

Voraussetzung dafür, daß jemand als Richter auftreten konnte und seine Urteile Rechtskraft (*auctoritas rei iudicatae*) hatten, war, daß er über *potestas iudicandi* verfügte. So CJ 3.13.3 (293), aber auch schon CJ 3.13.1 (214). Solche *potestas* erlangte der einzelne durch sein Amt, sei es, daß er in einer Stadt mit dem *munus iudicandi* beauftragt war, sei es, daß er eine Funktion in der kaiserlichen Verwaltung, wie Statthalter oder *procurator fisci* (CJ 3.13.1) ausübte. Wer diese *potestas*

innehatte, der konnte von Privatpersonen angegangen werden und sein Urteil hatte Rechtskraft (CJ 3.13.1 und 3). Diese potestas musste (letztendlich) auf dem imperium proconsulare beruhen (denn Statthalter und Militärkommandanten leiteten ihre Befugnis vom Kaiser ab). Ich würde aber daneben noch die Zuständigkeit unterscheiden. Denn das imperium war zwar allumfassend (Zivil-, Straf- und Verwaltungsrecht), doch konnte, wie wir sehen werden, die Ausübung durch die kaiserlichen Vertreter auf bestimmte Rechtsgebiete beschränkt sein¹.

Betrachten wir den Codex Theodosianus, dann sehen wir, daß 349 den Provinzialstatthaltern die Zuständigkeit (oder iurisdictio) in Angelegenheiten der res privata zuerkannt wird, damit una disciplina, eine (öffentliche) Ordnung in der Provinz herrsche (CTh 2.1.1). Es handelt sich hier also um die Anwendung strafrechtlicher Normen. Hinsichtlich des Personals der res privata war der rationalis oder procurator rei privatae bis dahin zuständig (siehe CJ 3.26.8 von 358), dann aber war der Provinzialstatthalter, und zwar ausschließlich (wie die zitierte Stelle bestätigt).

In CTh 2.1.2 von 355 wird den Provinzialstatthaltern die Zuständigkeit für causas civiles, Privatrechtsstreitigkeiten, voll zuerkannt, wenn Soldaten Kläger oder Beklagte sind. Ihnen wird diese übertragen (ad provinciarum rectores transferantur iurgia civilium quaestionum), damit dadurch keine Verwirrung entstehe, daß andere hierüber urteilen, was bedeutet, daß sie jetzt ausschließlich für diese Fälle von Privatrechtsstreitigkeiten zuständig sind. Die Soldaten können jetzt nicht mehr durch eine exceptio einem Zivilrichter den Streit entziehen und ggf. einem Militärrichter übertragen (exceperint iurgia vel moverint). Er kann jetzt den Fall vollständig behandeln (litigia terminare). Weil dann von dem Militärkommandanten als Richter die Rede ist und betont wird, daß er auch für Soldaten zuständig ist, kann dies nur bedeuten, daß es auch Privatrechtsstreitigkeiten vor Militärkommandanten gab, sicherlich wenn ein Soldat Kläger oder Beklagter war. Das wieder bedeutet, daß ein Militärkommandant (cui rei militaris cura mandata est, wir müssen offen lassen von welchem Rang), potestas iudicandi hatte. Militärkommandanten müssen ihre potestas angewendet haben, um nicht nur zwischen Soldaten privatrechtliche Angelegenheiten zu schlichten, sondern auch zwischen Soldaten und Nichtsoldaten, und offensichtlich sogar zwischen Nichtsoldaten unter einander. Denn zwar scheint der Text den Provinzialstatthaltern die ausschließliche Befugnis in Zivilsachen zuzuerkennen, dessen Inhalt bezieht sich aber auf den Fall, daß Soldaten sich auf ein Privileg berufen, nämlich, daß ihr Prozeß, wenn sie wollen, von einem Militärrichter entschieden wird. Es ist also nicht gesagt, daß Zivilisten ihre zivilrechtlichen Angelegenheiten nicht einem Militärrichter vorlegen dürften oder könnten, noch, daß dieser hierfür nicht zuständig war.

¹ Siehe s.v. Gerichtsbarkeit, RAC 10, 1978, 372 für die Grundlage; 393-394 wird diese Befugnis mit iurisdictio angedeutet, während der iudex pedaneus nur die facultas iudicandi besaß.

Potestas iudicandi kann sich auch auf strafrechtliche und öffentlichrechtliche Angelegenheiten beziehen. Provinzialstatthalter waren hierin zuständig für Zivilpersonen und Angehörige der *res privata* (siehe CTh 2.1.1 von 349). Jetzt aber erlangten sie auch vollständige *iurisdictio* für Fälle, in denen ein Soldat einen Nichtsoldaten verklagte (Nichtsoldat, denn im Falle eines Soldaten als Beklagten war der Militärriechter zuständig). Eine *exceptio*, wodurch der Fall einem Militärriechter übertragen wurde, konnte nicht mehr erhoben werden. Müssen wir ‚*inquirat*‘ aber so auffassen, daß er hierfür jetzt auch ausschließlich zuständig war, oder erlangte er Zuständigkeit neben den Militärriechtern? Denn das ist nicht unmöglich. Und müssen wir den Satz ‚*si militaris ... mandata est*‘ so auffassen, daß der Militärriechter lediglich über diesen Fall urteilen durfte, oder blieb er auch zuständig für strafrechtliche Klagen, erhoben von Nichtsoldaten gegen Nichtsoldaten? Grundsätzlich wäre das möglich, denn er hatte eindeutig *potestas iudicandi*, auch in Strafsachen, wie sich aus dem Text ergibt. CTh 2.1.9 verhindert nur, daß Soldaten sich dem Zivilriechter entziehen.

Meines Erachtens darf nicht zu schnell angenommen werden, daß der Militärriechter vorher nur in strafrechtlichen Klagen, erhoben durch oder gegen einen Soldaten, ermittelte und urteilte, jetzt aber nur noch über Strafklagen gegen Soldaten urteilen durfte. Denn wir verfügen nicht über ältere diesbezügliche Quellen und wissen also nicht, wie die Lage z.B. unter Diokletian war. Es ist wohl möglich, daß, als die Verwaltung von ihm in einen zivilen und einen militären Zweig getrennt wurde, in den Provinzen beide neuen Funktionäre, wie einmal ihre Vorgänger, *potestas iudicandi* und in allen Bereichen *iurisdictio* besaßen. Für privatrechtliche Angelegenheiten zeigt CTh 2.1.2, daß das tatsächlich der Fall war. Warum dann nicht auch für strafrechtliche Angelegenheiten? Daß der Provinzialstatthalter zuständig wurde für den Fall, daß eine Zivilperson von einem Soldaten strafrechtlich verklagt wurde, kann seinen Grund im Schutz der Zivilpersonen haben.

Der Praxis in den Abinnaeus-Papyri, wo Nichtsoldaten *causae criminales* gegen Nichtsoldaten vor den *praepositus pagi* und den *dux* bringen, steht dann nicht CTh 2, 1, 2 entgegen.

Die anderen in diesem Zusammenhang zitierten Texte widersprechen dem nicht. CTh 2.1.9 (397, O) verbietet die Klagerhebung, welche nicht vor dem regelmäßigen Richter geschieht, es sei denn, daß eine kaiserliche Genehmigung (*caeleste oraculum*) vorliegt. Die Konstitution spricht von einer *causa civilis*, die vor das *militare iudicium* gebracht wird, während die *interpretatio* nur von der Verlegung einer *causa* vor den Militärriechter spricht. CJ 3.13.5.1 (397, W) sanktioniert in allgemeinerem Sinne die Klageerhebung vor dem verbotenen Richter. Nach CTh 2.1.9 war es schon länger verboten. Es stellt sich die Frage, was genau in CTh 2.1.9 mit *causa civilis* gemeint war. Es kann sich nicht auf Kriminalverfahren gegen Militär beziehen, sei es von Militär gegen Militär, sei es von Zivilisten gegen Militär, denn hier war ausdrücklich die Zuständigkeit des Militärriechters oder Kommandanten des Beklagten vorgesehen (CTh 2.1.2). *Causa civilis* muß sich dann auf zivilrechtliche Streitverfah-

ren beziehen. Doch zivilrechtliche Verfahren zwischen nur Zivilisten oder auch Verfahren zwischen Zivilisten und Soldaten, und zwischen Soldaten unter einander? Hier spielt auch die Interpretation des Codex Theodosianus mit. Nimmt man an, daß er alle erlassenen Gesetze umfasste, auch schon außerkraftgetretene, dann darf man annehmen, daß CTh 2.1.9 als *lex posterior* und *specialis* die Einschränkung des Militärprivilegs in zivilrechtlichen Verfahren (in CTh 2.1.2) zur Seite stellte und bedeutungslos machte. Alle zivilrechtlichen Verfahren, ungeachtet zwischen welchen Personen, wären dann ausschließlich der Zuständigkeit der Zivilrichter zugewiesen. Nimmt man aber (wie ich) an, daß der Codex Theodosianus grundsätzlich nur in 438 noch gültige Gesetze umfaßt, dann muß CTh 2.1.2 neben CTh 2.1.9 seine Bedeutung behalten. In diesem Falle wären nur zivilrechtliche Streitverfahren zwischen Zivilisten gemeint, denn es könnte nicht verboten sein, daß ein Zivilist einen Fall gegen ein Militär eigener Bewegung vor den Militärrichter brachte. Offensichtlich hatte er dann kein Interesse daran, gegen die *exceptio* des Militärbeklagten geschützt zu sein. Und wir unterstellten, daß der Militärrichter an sich auch in Zivilsachen Rechtsmacht hatte.

Auch CTh 1.21.1 (393, O) verbietet nur, daß Soldaten sich in einem Rechtsstreit auf ihr Privileg berufen und sich schützen durch Entziehung (*tuitio*) oder indem sie die Durchführung des Urteils von dem Militär verlangen (*executio*), die ihnen wahrscheinlich günstiger war. Ein anderer Text in diesem Zusammenhang erwähnt, CJ 1.46.2 (416), betont, daß Kuriale *vel privatae condicionis homines* weder vor einem Militärrichter verklagt werden können, noch gezwungen werden können, ihre Klage vor diesem zu erheben. Das letzte stimmt bezüglich Privatrechts- und Strafklagen gegen Privatpersonen mit CTh 2.1.2 überein, würde aber insoweit weiter gehen, als auch Strafklagen von diesen Personen gegen Soldaten jetzt nur dem Provinzialstatthalter zufallen. Wahrscheinlich aber müssen wir den Text als Ausnahme, zur Begünstigung der Kurialen, auffassen. Dafür spricht ‚*vel*‘, das eine Identität zwischen *curiales* und *privatae condicionis hominis* andeutet. Somit bezieht der Text sich nicht auf jeden Zivilisten. Bleibt die Frage, ob die Erlaubnis eine Ausnahme ermöglichte. Dies ist zu verneinen, weil CJ 1.46.2 eine *lex posterior* ist.

Im Jahre 416 wurde den *magistri militum* Gerichtsbarkeit in *causae civiles* und *criminales* (das letzte wird eine Bestätigung sein, denn es muß schon eine Appellation in Kriminalsachen gegen Militär nach CTh 2. 1. 2 gegeben haben) zuerkannt (CJ 3. 13. 6). Ich lese diese Bestimmung anders als Pieler, s.v. Gerichtsbarkeit, RAC 10, 1978, 455, der hierin ein Entgegenkommen gegenüber der Praxis sieht und meint, man könnte jetzt die Militärrichter angehen. Bedeutet dies aber, daß jetzt allen *iudices militares* solche Zuständigkeit in privatrechtlichen Sachen zustand? Das aber würde einen Widerspruch mit CTh 1. 21. 1 ergeben. Eher sollte man darauf abstellen, daß in der Konstitution von den *magistri* die Rede ist, die durchaus nicht in erster Instanz geurteilt haben werden. Wir dürfen nicht ohne weitere Hinweise hierunter alle anderen (niedrigeren) *iudices militares* verstehen. Wir brauchen es auch nicht, um der Regel einen Sinn zu geben. Wenn z.B. zwei bürgerliche Parteien frei-

willing einen *iudex militaris* angegangen waren, hätte es nach dessen Urteil keine Appellation gegeben, es sei denn, daß beide Parteien hierin zustimmten, was nicht wahrscheinlich ist. Ebenso könnte es einen Fall geben, in dem jemand mit kaiserlicher Erlaubnis eine privatrechtliche Klage einem Militärrichter durch *exceptio* übertragen hatte. Mit jener Zuständigkeitsverleihung konnte der *magister* dann jetzt von einer Partei als höherer Richter in der militärischen Befehlshierarchie angegangen werden. Dasselbe gilt für die *causae criminales* mit einem *reus militaris*.

Zwar wird nirgends in den Konstitutionen den Militärrichtern ausdrücklich Zuständigkeit in Zivil- und Strafklagen über Nichtsoldaten gegen Nichtsoldaten zugesprochen, aber weswegen sollten die Militärrichter ursprünglich keine solche Zuständigkeit gehabt haben? Wenn die diokletianische Trennung tatsächlich aus einer Lage herrührt, wobei ursprünglich der Statthalter sowohl für den zivilen als den kriminellen Bereich zuständig war, nachher aber die Verwaltung in zwei Zweige, einen zivilen und einen militärischen, aufgeteilt wurde, der erste Zweig aber vollzuständig für alle *causae civiles et criminales* war, nur eingeschränkt durch das Privileg des Militärs, den Streit einem Militärgericht zu übertragen (355 auf Militärbeklagte in Kriminalprozessen beschränkt), warum sollten dann die *iudices militares* nicht auch ganz zuständig für *causae civiles et criminales* gewesen und geblieben sein, gleichgültig ob gegen Militär oder Nicht-Militär erhoben, und erst später beschränkt auf Fälle mit einem Soldaten als beklagte Partei?

In seinem Überblick über die Gerichtsbarkeit (s.v. Gerichtsbarkeit, RAC 10, 1978, Kol. 454-455) bemerkt Pieler zwar, daß Zivilisten in fast allen Rechtsbereichen den *iudex militaris* beanspruchten, wobei er auf die *Abinnaeus-Papyri* hinweist, aber es wird nicht dargestellt, daß die *iudices militares* keine Gerichtsbarkeit in Kriminalfällen hatten. Er bemerkt nur, daß, wenn in einem solchen Fall Militär als Kläger auftraten, sie sich an den (zivilen) Statthalter wenden mußten – was aber noch nicht bedeutet, daß Zivilisten das auch mußten. Auch in Kol. 429f., wo er die Aufteilung der Provinzialverwaltung unter Diokletian darstellt, wird zwar bemerkt, daß die Amtsgeschäfte im zivilen Bereich den Provinzialstatthaltern verblieben, aber diese werden den militärischen Agenten gegenübergestellt. Nicht klar wird, ob damit die Kriminalgerichtsbarkeit auch aufgeteilt wurde, indem die Militärorgane ausschließlich für Kriminalverfahren unter Militär zuständig waren. Ebenso wird zwar in Kol. 526 bemerkt, daß die Gerichtsbarkeit zur Zivilverwaltung gehört, welche von der militärischen getrennt ist, ihr aber nachgestaltet ist, doch wird sie nur mit Bezug auf Zivilsachen (gegenüber Strafsachen) behandelt (was auch in diesem Buch selbstverständlich ist). Wenn man das Problem näher betrachtet, stellt sich heraus, daß unsere Kenntnisse von der Kriminalgerichtsbarkeit im 3. und 4. Jh. eigentlich recht allgemein sind, nähere Forschung nicht überflüssig² und ein Überblick nicht einfach ist.

Hält man sich an den Überblick Pieters, dann geht das Edikt des Tatianus tatsächlich weiter als es das kaiserliche Recht seiner Zeit zugesteht, indem er zuläßt, daß Militärpersonen in *causae civiles* vor ihrem *iudex militaris* verklagt werden, ohne, so dürfen wir annehmen, daß sie zugestimmt hatten (d.h. ohne freiwillige

² Weder Th. Mommsen, *Römisches Strafrecht* (Berlin 1899), noch A.H.M. Jones, *The Later Roman Empire 284-602* (Oxford 1964), noch O.F. Robinson, *The Criminal Law of Ancient Rome* (London 1995) zeichnen sich in dieser Frage durch Klarheit aus.

Unterwerfung gemäß CJ 3.13.3). Es geht auch insoweit weiter als Palme meint, als nämlich auch die Konstitution von 413 dies nicht zuläßt. Weiter ist nicht wahrscheinlich, daß dieses Zugeständnis in seinem Edikt dem *oraculum caeleste* von 397 gleichzusetzen ist, obwohl sich aus dem letzten ergibt, daß Einzelausnahmen möglich waren. Nun war es aber nach CJ 1. 26. 2 von 235, so, daß nach dem Erlaß einer generellen Regel durch den Prätorianerpräfekten, diese zu befolgen war, solange sie nicht gegen Gesetze oder Konstitutionen verstieß oder nachher vom Kaiser widerrufen war. Hier wäre dann anzunehmen, daß Tatianus 360-370 gegen die Konstitution aus 355 verstoßen hatte, es sei denn, weil sie ihm unbekannt war oder weil es sich um ein Edikt handelte, seiner Regelung also ein genereller Charakter fehlte – aber beide Möglichkeiten sind unwahrscheinlich. Höchstens könnte man unterstellen, daß Tatianus' Edikt in dieser Hinsicht die Verwirklichung eines kaiserlichen Zugeständnisses (*oraculum caeleste*) war, d.h. daß es sich hier um eine solche Ausnahme – für Ägypten – handelte, welche in der Rechtsrealität Ägyptens durch ein Edikt umgesetzt werden mußte. Denn die Konstitution von 397 ließ Ausnahmen zu. Also wäre das Edikt dann an sich nicht unmöglich, auch wenn wir nicht genau wissen, warum und mit welcher Berechtigung es erlassen wurde. Im Ergebnis ist jedoch ein *non liquet* bei dem heutigen Stand der Wissenschaft vorzuziehen.

Geht man aber von der von mir oben vorgeschlagenen Interpretation von CTh 2.1.2 und 2.1.9 aus, dann lassen sich diese Texte mit dem Edikt des Tatianus vereinigen und bestätigt das Dokument meine Interpretation. Das Verbot für Zivilisten, ihre Rechtsstreitigkeiten vor den Militärriechtern zu erheben, muß dann zwischen 355 und 367/370 erlassen sein und wird in 397 als zurückliegend erwähnt. Aber bei Rechtsstreiten zwischen Zivilisten und Soldaten war es gestattet, sie vor den Militärriechter zu erheben, ob zivilrechtlich oder strafrechtlich. Hier hat dann Tatianus das geltende Recht wiederholt und bestätigt.

Zum 2. und 3. Punkt habe ich keine Bemerkungen zu machen. Wie Herr Palme darstellt, ist viel früher als in M. Kaser/K. Hackl, *Das römische Zivilprozessrecht*, München 1996, S. 570 (Fn. 1), angenommen, das Libellusverfahren angewendet worden, und zwar schon in der Mitte des 4. Jh. und nicht erst, jedenfalls zuerst bezeugt, 451 im Osten und 427 im Westen.

Weiter ist seine Bemerkung, daß es die Bürger waren, die sich dem Militär zuwandten, also aus eigenem Entschluß, und daß es nicht das Militär war, das Gerichtsbarkeit usurpierte, beherzigenswert. Es läßt sich hierbei die Frage nach den Gründen stellen. War es ganz freiwillig und deswegen, weil das Militär sich bei der Vollstreckung der Urteile durchzusetzen vermochte, oder weil dessen Macht so groß war, daß es einfach vernünftig war, sich diesem zuzuwenden? Wie es auch sei, erst aufgrund dieser Darstellung stellt sich diese wichtige Frage. Dafür danken wir Herrn Palme.

FRITZ MITTHOF (WIEN)

NEUE EVIDENZ ZUR VERBREITUNG JURISTISCHER FACHLITERATUR IM SPÄTANTIKEN ÄGYPTEN

Zwei Bearbeitungen des *Codex Theodosianus*

Der Beitrag der Papyrologie zur Kenntnis des kodifizierten Kaiserrechts der Spätantike und zu seiner Interpretation durch die Rechtsgelehrten des Zeitalters mag auf den ersten Blick gering erscheinen. Aus der ägyptischen Fundmasse sind bislang Fragmente jeweils nur eines Exemplars des *Codex Theodosianus* (C.Th.) und des *Codex Justinianus* (C.J.) bekannt geworden¹. Zeugnisse für die vorthodosianischen, noch auf private Initiative erstellten Kompilationen kaiserlicher Konstitutionen wie etwa die bereits in der Tetrarchenzeit entstandenen *Codices Gregorianus* und *Hermogenianus* fehlen völlig.

Freilich sollte diese Feststellung nicht dazu verleiten, den Wert der papyrologischen Dokumentation für diesen Teil der Rechtsgeschichte zu unterschätzen. Selbst dann, wenn ein Fragment nur kurze Ausschnitte aus einem Gesetzeswerk enthält, bietet es die Möglichkeit, die betreffende Textfassung mit der mittelalterlichen Tradition zu vergleichen und auf diese Weise einen Eindruck zu gewinnen, inwieweit die in den östlichen Provinzen des Reiches zirkulierenden Exemplare mit ihren Vorlagen übereinstimmen. Überdies ist zu beachten, daß die Papyri uns Teile oder Fassungen der Gesetzescodices sowie Interpretationen zu diesen bezeugen, die ansonsten nur indirekt überliefert oder sogar gänzlich verloren sind². Solche Fragmente sind nicht nur für die Textkritik von Bedeutung, sondern geben uns zugleich Aufschluß, welche Versionen der Gesetzeswerke und welche Gattungen kommentierenden Schrifttums in den griechischsprachigen Provinzen in Rechtsunterricht und Gerichtspraxis benutzt wurden.

¹ Es handelt sich um P. Oxy. XV 1813 und PSI XIII 1347 (zu letzterem vgl. M. Amelotti/G.I. Luzzatto, *Le costituzioni giustinianee nei papiri e nelle epigrafi*, Milano 1972, 24-28, Nr. 3; R. Seider, *Paläographie der lateinischen Papyri*, II, 2: Juristische und christliche Texte, Stuttgart 1981, 100, Nr. 35).

² Der bekannteste Fall ist sicherlich P. Oxy. XV 1814, ein Kodexblatt, das Teile des Index zum *Codex vetus* Justinians enthält; vgl. Amelotti/Luzzatto, a.a.O. 15-20, Nr. 1; Seider, a.a.O. 98, Nr. 4. Seine Entdeckung hat erstmals eine genauere Beurteilung der Frage erlaubt, inwieweit sich diese erste Version des Gesetzeswerkes von der wenige Jahre später erlassenen endgültigen Fassung unterschied.

Zur Illustration des Gesagten seien zwei Fragmente aus der Wiener Sammlung vorgestellt, von denen das erste in der Forschung zwar bereits mehrfach angezeigt wurde, aber noch keine vollständige Edition erfahren hat, während das zweite einen Neufund darstellt. Beide Papyri bezeugen jeweils eine Gattung spätantiker juristischer Literatur zum Kaiserrecht, für die keine Parallelen aus Ägypten bekannt sind. Der zweite Text gehört sogar einer Kategorie an, für die bislang überhaupt keine selbständige Überlieferung existiert hat.

1. Auszug aus dem Codex Theodosianus

P.Vindob. L 81³ 7,3 × 13,3 cm 438-529 n.Chr.⁴

Arsinoites oder Herakleopolites⁵

↓	1	ex codice Theo[dosiano
	2	[m]pp Arcadius e[t] Hon' ori[u]s AA .[
	3	... ex [i]llis n[on] sufficit quae honor [
	4 commorari. si q[ui]dem rem [
	5	[.....] praedae quid[
	6	[.....]stiae qui hon[

Der Papyrus bietet laut Überschrift einen Auszug aus dem C.Th.⁶ Erhalten sind Teile einer Konstitution der Kaiser Arcadius und Honorius, die in den überlieferten Partien des C.Th. nicht zu finden ist. Auf den ersten Blick scheint es sich um ein Schriftstück zu handeln, das anlässlich eines konkreten Rechtsstreits erstellt wurde. Allerdings hätte bei dieser Deutung die Wahl der lateinischen Sprache nicht nur für den Gesetzestext, sondern auch für die Überschrift in einer griechischsprachigen Provinz als ungewöhnlich zu gelten. Dieses Faktum ließe sich besser erklären, wenn auch die erste Zeile Teil der Vorlage gewesen sein sollte, aus welcher im Papyrus zitiert wird. Die Formel *ex + Name einer Gesetzessammlung* begegnet in verschiedenen juristischen Traktaten des Zeitalters, so in der sogenannten *Consultatio veteris cuiusdam iuris consulti* oder in einer der beiden Appendices zur *Lex Romana Visi-*

³ Die Schrift verläuft auf dem Recto quer zu den Fasern (*transversa charta*); das Verso ist leer. Die Standardhöhe antiker Papyrusrollen betrug ca. 30 cm; es ist daher anzunehmen, daß das Fragment etwa die Hälfte der ursprünglichen Blattbreite ausmacht. Die Buchstaben weisen teils die Form der Unzial-, teils der Kursivschrift auf; manche Buchstaben erscheinen in beiden Formen (etwa D oder E). Das Fragment ist beschrieben und abgebildet bei E.A. Lowe, *Codices Latini Antiquiores*, Part X, Oxford 1963, 26, Nr. 1529 sowie bei Seider, a.a.O. (wie Anm. 1) 72, Nr. 21.

⁴ Es ist davon auszugehen, daß der Text aus jener Zeit stammt, als der C.Th. in Geltung war. Das Schriftbild paßt zu dieser Annahme.

⁵ Das Fragment gehört zum „Ersten Fayyúmer Ankauf“, der Fundmaterial aus den beiden mittelägyptischen Gauen Arsinoites und Herakleopolites beinhaltet.

⁶ Im Anschluß an *Theo[dosiano]* dürfte die Angabe des Buches und des Titels gefolgt sein, welcher die Konstitution entnommen war; vgl. *Lex. Rom. Vis., App. II 1: ex corpore Theodosiani lib. VI tit. XXVII*. Man beachte in diesem Zusammenhang die Beobachtungen von Th. Mommsen, *Theodosiani libri XVI*, Vol. I 1: *Prolegomena, ed. sec.*, Berlin 1954, S. XI-XII zur Bezeichnungsweise des C.Th.

gothorum. Diese aus dem Rechtsunterricht stammenden Werke behandeln konkrete rechtliche Fragen anhand von Kaisergesetzen aus dem Gregorianus, Hermogenianus und C.Th. sowie Auszügen aus Juristenschriften, wobei die Quellen im Originalwortlaut zitiert werden.

Angesichts dieser Parallelen wäre denkbar, daß der Urheber unseres Papyrus nicht direkt aus dem C.Th. schöpfte, sondern aus einer solchen zu didaktischen Zwecken erstellten Kompilation von *ius* und *leges*. Dies würde bedeuten, daß juristische Fachliteratur dieses Typs in lateinischer Sprache auch in den östlichen Teilen des Reiches bekannt war und selbst abseits der großen Metropolen bzw. bedeutsamen Rechtsschulen wie Alexandrien oder Beirut rezipiert wurde.

2. Griechische Summe des *Codex Theodosianus*

P.Vindob. L 164⁷

4,8 × 5,9 cm

438-529 n.Chr.

Arsinoites oder Herakleopolites

		— — — — —
Verso (↓)	1].. τοὺς ἑαυτοῦ
	2]ων[]ς εἶναι λῆστῶ(v)
	3	ἐ]ξέεστω. —
	4]s R ₁
	5] Αἰγύπτῳ τῶν δω-
	6]ος παραχ... []
	7].. []
		— — — — —
		— — — — —
Rekto (→)	8	[].. []
	9	τιμωρήσθω. — []
	10	μον προθεῖς ἢ εὐρ[]
	11	[]α καταμηνυσα. []
	12	R ₁ de q[]
	13	[O]ύαλεντινιανὸς . . []
	14	[]τιὰδ[]
		— — — — —

2 ληστῶ *pap.*; 4 R₁ = *r(ubrica)*; 9 l. τιμωρείσθω; 12 R₁ = *r(ubrica)*

⁷ Ringsum abgebrochenes Papyrusfragment. In Z. 4 und 9 erscheint jeweils ein Lücken- bzw. Zeilenfüller in Form eines Hakens, dessen Ausstrich weit nach rechts gezogen ist und in einem kleinen, nach unten geöffneten Bogen abschließt. Die lateinischen Textpartien orientieren sich an der Unziale. Der griechische Text zeigt hingegen die Merkmale einer in der Spätantike weit verbreiteten Buchschrift, die in der englischsprachigen Fachliteratur als „sloping majuscule“ und in der italienischen als „maiuscola ogivale inclinata“ bezeichnet wird; vgl. W. Lameere, *Aperçus de paléographie Homérique* (Les Publications de Scriptorium IV), Paris u. a. 1960, 177-181; G. Cavallo, *Ricerche sulla maiuscola biblica* (Studi e testi di papirologia 2), Firenze 1967, 117ff.; A. Leone, *La „onciale ogivale“ dalle origini alla decadenza*, Stud. Pap. 15 (1976) 141-149; G. Cavallo/H. Maehler, *Greek Bookhands of the Early Byzantine Period*, London 1987, 38. 54. 64. 86. 90. 92 mit Beispielen vom späten 4. bis ins frühe 7. Jh. Für die Herkunft und Datierung des Fragments gilt dasselbe, was in Anm. 4 und 5 zu Nr. 1 gesagt wird.

Das Fragment ist, wie Schriftbild und beidseitige Beschriftung zeigen, Rest eines Codex, der ein literarisches Werk enthielt. Der Umfang des Textverlustes läßt sich berechnen: Das übliche Format für spätantike Codices lag bei ca. 30-35 cm Höhe und 20-30 cm Breite; hieraus folgt, daß unser Fragment etwa ein sechstel bzw. siebtel der ursprünglichen Blatthöhe und ein viertel bzw. fünftel der ursprünglichen Blattbreite ausmacht. Der Textverlust zwischen den beiden Seiten des Fragments (d.h. zwischen Z. 6 und 9) dürfte demnach etwa vierzig Zeilen betragen haben. Welche der beiden Seiten im Buch voranging, ist vom kodikologischen Standpunkt aus betrachtet nicht zu klären, da unbekannt ist, ob das Fragment zur ersten oder zur zweiten Hälfte eines Heftes gehörte⁸; die in obiger Transkription gewählte Abfolge Verso – Recto orientiert sich an der im folgenden vorgeschlagenen Identifizierung des Textes.

Der juristische Charakter des Werkes deutet sich bereits im Wortschatz an, so in den Imperativen ἐξέστω (Z. 3) und τιμωρείσθω (Z. 9) sowie in der Verwendung des Verbs καταμηνύειν (Z. 11). Bestätigt wird diese Annahme durch die Tatsache, daß der griechische Text auf beiden Seiten durch jeweils eine lateinische Zeile unterbrochen ist, die sowohl am Anfang als auch am Ende das Kürzel *R_i* (für *rubrica*) aufweist. Eine solche Form der Hervorhebung der Titelüberschriften – ursprünglich farblich, dann auch ersatzweise durch das genannte Kürzel – war in Rom für Texte rechtlichen Charakters seit alters üblich und ist auch in der Spätantike vornehmlich für juristisches Schrifttum bezeugt⁹.

Es besteht demnach kein Zweifel, daß wir es mit den Resten eines Rechtsbuches zu tun haben, das nach Titeln gegliedert war. Die Frage, ob dieses Buch *ius* oder *leges* zum Gegenstand hatte, läßt sich ebenfalls beantworten. An der einzigen Stelle, an welcher der Beginn eines Textabschnittes erhalten ist, erscheint der Name Οὐαλεντινιανός. Man wird in Anbetracht des Charakters des Fragments kaum zögern, diesen Valentinian mit einem der drei gleichnamigen Herrscher gleichzusetzen. Die Stelle ist somit als Rest einer Inskription zu deuten, mit welchen die Konstitutionen in den spätantiken Sammlungen von Kaiserrecht regelmäßig eingeleitet werden. Hieraus folgt, daß der Papyrus im erhaltenen Ausschnitt Teile von vier Konstitutionen wiedergibt, von denen mindestens drei, vielleicht aber auch – sofern im verlorenen Teil der Seite ein weiterer Titel begonnen haben sollte – alle vier zu verschiedenen Rubriken gehörten.

Allerdings kann es sich nicht um die Originalfassung einer Konstitutionensammlung handeln. Dies geht bereits aus der Sprache hervor. Zwar ist es durchaus

⁸ Im ersten Fall wäre die Faserfolge ↓ | →, im zweiten → | ↓.

⁹ Vgl. F. Klingmüller, RE I A 1 (1914) 1168 s.v. Rubrica; T. De Robertis, Der Neue Pauly 10 (2001) 1146-1149 s.v. Rubrizierung, bes. 1147. Das Kürzel begegnet mehrfach in dem bereits erwähnten P. Oxy. XV 1814 sowie in der Gaius-Handschrift PSI XII 1182, Z. 69 und 83. Als weiteres Beispiel sei die berühmte, aus dem 6. Jh. stammende Digestenhandschrift *Codex Pisanus* (Cod. Flor. s. n.) genannt; zu dieser vgl. Seider, a.a.O. (wie Anm. 1) 80, Nr. 25.

richtig, daß seit der Wende vom 5. zum 6. Jh. mehr und mehr auf Griechisch verfügt wurde und demgemäß im C.J. auch griechische Gesetze erscheinen; jedoch müßte eine valentinianische Konstitution, ganz gleich, welchem der drei Valentiniani man sie zuschreiben wollte, in jedem Fall auf Latein abgefaßt gewesen sein. Ferner ist zu bemerken, daß die Inskriptionen – wie Z. 13 beweist – nicht den üblichen Aufbau zeigen, sondern gekürzt sind. Anstelle der ansonsten üblichen dreiteiligen Form *Imperator Name Augustus* bzw. *Αὐτοκράτωρ Name Αὔγουστος* wird hier offenbar nur der Herrschername wiedergegeben. Schließlich finden sich in dem Fragment keine Subskriptionen mit den Angaben zu Ort und Zeitpunkt der Promulgation, wie sie den Konstitutionen in allen uns bekannten Sammlungen regelmäßig beigefügt sind.

Die bisherigen Beobachtungen zur formalen Gestalt des Werkes führen zu dem Ergebnis, daß es eine ins Griechische übertragene, gekürzte und im Wortlaut modifizierte Fassung einer Konstitutionensammlung darstellt. Solche Bearbeitungen sind für den C.J. gut bezeugt. Von ihrer Existenz zeugen vornehmlich die Basiliken, die aus dem betreffenden Material reichlich schöpfen¹⁰. Obschon nach dem Willen Justinians nur wortgetreue Übertragungen ins Griechische (*κατὰ πόδας*) erlaubt sein sollten, entstanden in den Rechtsschulen von Beirut und Konstantinopel auch gekürzte Fassungen (*σύντομοι κώδικες*), paraphrasierende Inhaltsangaben (*ἰνδικες*), erläuternde Anmerkungen sowie über den Gesetzestext hinausführende Interpretationen¹¹.

Anders als im Falle des C.J. sind Summen bzw. Paraphrasen des C.Th. weder in selbständiger Überlieferung noch in Form von Zitaten auf uns gekommen. Allerdings sind sowohl aus dem Westen als auch aus dem Osten des Reiches zahlreiche juristische Schriften interpretierenden Charakters aus nachtheodosianischer Zeit

¹⁰ Nach wie vor grundlegend zur Thematik E. Zachariä von Lingenthal, Ueber die griechischen Bearbeitungen des Justinianischen Codex, ZRG 10 (1872) 48-69 und ders., Von den griechischen Bearbeitungen des Codex, ZRG Rom. Abt. 8 (1887) 1-75. Einen Überblick bieten J.-A.-B. Mortreuil, Histoire du droit Byzantin ou du Droit Romain dans l'Empire d'Orient, Paris 1843, I 140-165; P. Krüger, Geschichte der Quellen und Literatur des Römischen Rechts, Leipzig 1888, 359-366; L. Wenger, Die Quellen des Römischen Rechts, Wien 1953, 688-692. Man beachte ferner P. Krüger, Über die wirkliche und scheinbare Überlieferung vorjustinianischen Wortlauts im Kommentar des Thalelaeus zum Codex Iustinianus, ZRG Rom. Abt. 36 (1915) 82-95.

¹¹ Für manche dieser Werke liegt neben den Zitaten in den Basiliken auch eine direkte handschriftliche Überlieferung vor. So ist etwa für Exzerpte aus Anolios' Codexsumme neben der älteren Edition von E.C. Ferrini, Anecdota Laurentiana et Vaticana, in: Memorie R. Inst. Lomb., 3^a serie, XVII (1883) 13-50 (als Sonderdruck: Mediolani/Berolini 1884) = Opere di Contardo Ferrini I: Studi di diritto Romano Bizantino, a cura di V. Arangio-Ruiz, Milano 1929, 237-295 nunmehr die Neuauflage von J.H.A. Lokin/R. Meijering, Anolios and the Excerpta Vaticana et Laurentiana, Groningen 1999 zu benutzen. Für Stephanos sei ebenfalls auf E.C. Ferrini, Rend. Ist. Lomb., serie II, vol. 29 (1896) 661-666 = Opere I (wie oben) 307-312 verwiesen. Zur Codexparaphrase des Theodoros Scholastikos vgl. C.E. Zachariä, Ἀνέκδοτα, Lipsiae 1843, S. XXXI-XL.

bekannt, die den C.Th. zur Grundlage haben¹². Man denke zum einen an die Vatikanischen Summarien oder die Interpretationen, die der *lex Romana Visigothorum* beigegeben sind¹³, zum anderen an das Syrisch-Römische Rechtsbuch oder die *Sententiae Syriacae*, zwei Werke, deren griechische Vorlagen im ausgehenden 5. Jh. entstanden sein dürften. Überdies scheinen auch die Juristen der justinianischen Zeit bei ihren Arbeiten auf kommentierende Werke zum C.Th. zurückgegriffen zu haben¹⁴. Schließlich ist zu bemerken, daß Justinians Sorge, sein Codex könnte von den Juristen umgearbeitet werden und auf diese Weise nicht-autorisierte Fassungen in Umlauf geraten und eventuell sogar Eingang in die Gerichtspraxis finden, nicht zuletzt auf Erfahrungen gründen dürfte, die man mit dem C.Th. gemacht hatte¹⁵. Alle diese Indizien sprechen dafür, daß die juristische Schriftstellerei des 5. Jh. und frühen 6. Jh. sich nicht grundsätzlich von derjenigen des justinianischen Zeitalters unterschied. Man wird daher vermuten dürfen, daß es Summen bzw. Paraphrasen in griechischer Sprache bereits für den C.Th. gegeben hat.

Welche Konstitutionensammlung war die Vorlage für unsere Codexsumme? Das Schriftbild bietet für diese Frage keine Hilfe, da es keine Entscheidung erlaubt, ob der Papyrus vor 438 (Promulgation des C.Th.), nach 438 oder erst nach 529 (Promulgation der ersten Fassung des C.J.) entstanden ist. Es bleibt nur der Ausweg, anhand der erhaltenen Textpartien eine Identifizierung zu wagen. Daß dabei kein sicheres Ergebnis zu erzielen sein wird, ist angesichts des geringen Umfanges unseres Fragments selbstverständlich, zumal damit zu rechnen ist, daß der Text nicht in wortgetreuer Übersetzung wiedergegeben wurde, sondern in mehr oder weniger freier Paraphrase.

Z. 5-7 enthalten eine Konstitution, in welcher das Wort „Ägypten“ vorkommt. Dieses Gesetz gehört zu einer Rubrik, deren Titel auf den Buchstaben -s endet, und es steht in dieser Rubrik an erster Stelle. Der C.Th. (dies gilt zumindest für die erhal-

¹² Zu einer Typologie dieses Schrifttums vgl. jetzt W. Selb (†)/H. Kaufhold, Das Syrisch-Römische Rechtsbuch, Band III, Wien 2002, 18-25.

¹³ Zu diesen Werken vgl. Fitting, Ueber einige Rechtsquellen der vorjustinianischen spätem Kaiserzeit, I. Die alten Summarien des Theodosischen Codex in einer Handschrift der Vatikanischen Bibliothek, ZRG 10 (1872) 317-341; II. Die sog. westgothische Interpretatio, ZRG 11 (1873) 222-249; III. Der sog. westgothische Gaius, ebd. 325-339; IV. Allgemeine Ergebnisse, ebd. 432-453. Einen Gesamtüberblick bietet F. Wieacker, Lateinische Kommentare zum Codex Theodosianus, in: Symbolae Friburgenses in honorem Ottonis Lenel, Leipzig 1935, 259-356. Zu den Vatikanischen Summarien vgl. D. Liebs, Die Jurisprudenz im spätantiken Italien (Freiburger Rechtsgeschichtliche Abhandlungen, N. F. 8), Berlin 1987, 177-188 und A.J.B. Sirks, The Summaria Antiqua Codicis Theodosiani in the ms. Vat. reg. Lat. 886, ZRG Rom. Abt. 113 (1996) 243-267 sowie die von letzterem besorgte Neuausgabe Summaria Antiqua Codicis Theodosiani, Amsterdam 1996.

¹⁴ Vgl. P. Collinet, La genèse du Digeste, du Code et des Institutes de Justinien, Paris 1952, 257-277; A.J.B. Sirks, From the Theodosian to the Justinian Code, in: Atti dell' Accademia Romanistica Costantiniana: VI convegno internazionale, Perugia 1986, 265-302.

¹⁵ Zu den Beschränkungen, die Justinian zum Schutze seines Rechtscorpus den Juristen auferlegte, vgl. H.J. Scheltema, Das Kommentarverbot Justinians, TR 1977, 307-331.

tenen Partien) und der C.J. liefern nur drei Fälle, für welche diese drei Bedingungen zutreffen, nämlich C.Th. 9, 32, 1 = C.J. 9, 38, 1 (*de Nili aggeribus non corrumpendis*), C.Th. 12, 7, 1 und C.J. 11, 78, 1. Das erste dieser Gesetze erscheint – in griechischer Paraphrase – auch in den Basiliken. Dort heißt es wie folgt: ἐὰν ἐν τῇ Αἰγύπτῳ τις κατωτέρω τοῦ δωδεκαπήχεος διαρρήξῃ τὴν τάφρον τοῦ Νείλου κτλ. (Bas. 60, 25, 6). Angesichts dieser Parallele drängt sich die Vermutung auf, daß die Textreste in Z. 5-7 unseres Papyrus eine griechische Version derselben lateinischen Vorlage darstellen; denkbar wäre etwa folgende Rekonstruktion der Stelle: ἐὰν τις ἐν τῇ] Αἰγύπτῳ τῶν δώ[δεκα πήχεων κτλ.

Eine Betrachtung der übrigen Textpartien auf dem Papyrus wird diese Identifizierung bestätigen. Im C.Th. geht dem soeben erwähnten Gesetz über den Schutz der Nildämme eine Konstitution voran, die das Wort *latro* enthält, wie dies auch in unserem Fragment der Fall ist. Die Kaiser verlautbaren, daß niemand seine Söhne von Hirten großziehen lassen dürfe; andernfalls solle er als Räuberkumpan gelten; hingegen sei es erlaubt, die Kinder anderen Landleuten anzuvertrauen. Die erhaltenen Textreste auf unserem Papyrus lassen sich recht gut mit dem lateinischen Wortlaut der Konstitution in Verbindung bringen, so die Worte τοὺς ἑαυτοῦ [mit *filios suos* (dann τοὺς ἑαυτοῦ [υἰούς), die Worte]ων[.]ς (etwa κοιν]ων[ός] ?) ... ληστῶ(v) mit *societatem latronum* und das abschließende ἐξέστῳ mit *non vetamus*.

Ferner erscheint in Z. 12-14 unseres Papyrus eine Rubrik, die mit *de qf* beginnt und an erster Stelle ein Gesetz aufführt, das von einem Herrscherkollegium mit Valentinian als *senior Augustus* verfügt wurde. Tatsächlich enthält der C.Th. in nächster Nähe zu den beiden soeben behandelten Gesetzen (tit. 31-32 des 9. Buches) eine entsprechende Stelle, nämlich tit. 35 desselben Buches. Die Rubrik lautet *de quaestionibus*, und die erste Konstitution stammt von Valentinian I. und seinen beiden Mitregenten Valens und Gratian.

Der soeben genannten Rubrik *de quaestionibus* geht tit. 34: *de famosis libellis* voran. Das letzte Gesetz dieses Abschnittes (C.Th. 9, 34, 10) sieht vor, daß nicht nur die Verfasser verleumderischer Schreiben, sondern auch diejenigen, die solche Schriftstücke nicht vernichten, sobald sie die Natur ihres Inhalts erkannt haben, mit dem Tode bestraft werden sollen. Auch in diesem Fall steht einer Verbindung unseres Papyrus mit der mutmaßlichen Vorlage nichts entgegen. Das Verb καταμηνύειν in Z. 11 ließe sich mit *prodiderint* verbinden. Hinsichtlich des Imperativs τιμωρείσθῳ in Z. 9 bestünden zwei Deutungsmöglichkeiten: zum einen könnte es sich um die Strafandrohung derselben Konstitution handeln; zum anderen ließe sich vermuten, daß das Füllzeichen hinter dem Wort das Ende einer Konstitution markierte. Dann böte unser Ausschnitt nicht nur eines, sondern zwei Gesetze aus dieser Rubrik, und der Imperativ wäre als Schlußwort auf die vorangehende Konstitution C.Th. 9, 34, 9 zu beziehen.

Das 9. Buch des C.Th. zählt bekanntlich zu jenen Teilen des Werkes, die vollständig überliefert sind. Über Zahl und Abfolge der Titel und Konstitutionen besteht demnach Gewißheit. Der Ausschnitt, welchen unser Fragment abgedeckt zu haben

scheint, reicht von tit. 31 bis 35. Zwischen tit. 32, 1 (bei uns Z. 5-7) und tit. 34, 10 (bei uns Z. 9-11) enthält der C.Th. zwölf Einträge, nämlich tit. 33 mit einer und tit. 34 mit neun Konstitutionen (von insgesamt zehn). Bei einem geschätzten Textverlust von ca. 40 Zeilen (s. oben) ergäbe sich ein durchschnittlicher Umfang von vier Zeilen je Konstitution. Für eine gekürzte Paraphrase ist dies ein durchaus realistischer Wert. Überdies ist zu beachten, daß – worauf Z. 9 hindeutet – die einzelnen Konstitutionen eines Titels nicht mit einer neuen Zeile begonnen zu haben scheinen, sondern lediglich durch einen Lückenfüller voneinander getrennt waren.

Abschließend seien nochmals die wesentlichen formalen Merkmale der hier vorgelegten griechischen Summe des C.Th. aufgeführt: a) Beibehaltung des lateinischen Wortlautes der Rubriken (keine Zählung)¹⁶; b) Kürzung der Inskription durch Auslassung der Titel Ἀποκράτωρ und Ἀγυουστός (ob der Adressat genannt war, bleibt unbekannt)¹⁷; c) Auslassung der Subskription; c) freie Übertragung des lateinischen Textes ins Griechische unter Kürzung und Umgestaltung des Wortlautes.

Wenn die hier vorgeschlagene Identifizierung des Fragments richtig sein sollte, handelte es sich um ein interessantes Zeugnis für die nachtheodosianische Jurisprudenz im Reichsosten. Es lieferte den ersten klaren Beleg, daß die Praxis der Codexparaphrase im griechischen Reichsteil bereits in vorjustinianischer Zeit geübt wurde. Wer der Verfasser der Summe war und wo er wirkte, bleibt uns selbstverständlich unbekannt, ebenso wie wir nicht wissen, ob unser Exemplar Ausbildungszwecken diente oder in der Gerichtspraxis zur Anwendung kam. Möglicherweise wurde das Werk von städtischen Gerichtsorganen benutzt.

Beide hier vorgelegten Papyri machen deutlich, daß Kompilationen und Interpretationen zu den offiziellen Gesetzeskodifikationen in der Spätantike nicht nur an solchen Orten verfügbar waren, die als Statthalterresidenz dienten oder eine bedeutende Rechtsschule beherbergten, sondern auch in abseits gelegenen, eher unbedeutenden Provinzstädten¹⁸.

¹⁶ Zur Wiedergabe der Rubriken in Codexsummen vgl. Zachariä, a.a.O. 1887 (wie Anm. 10) 25-26.

¹⁷ Verkürzte Inskriptionen – für gewöhnlich in der Form „Soundso befiehlt“, „nach einem Gesetz des Soundso“ o.ä. – sind ein typischer Bestandteil der Konstitutionenparaphrase, beispielsweise in der *Lex Romana Burgundionum* oder im Syrisch-Römischen Rechtsbuch; vgl. W. Selb, Die Bedeutung des Syrisch-Römischen Rechtsbuches (MBPR 49), München 1964, 223-225.

¹⁸ Zum mutmaßlichen Zeitpunkt der Abfassung der beiden Papyri gehörten Arsinoiton Polis und Herakleopolis zur Provinz Arcadia. Der Amtssitz des Statthalters dieser Provinz befand sich in Oxyrhynchos; zwar dienten gelegentlich auch andere Städte als Gerichtsorte, doch verfügten diese nicht über eine permanente gerichtliche Infrastruktur.

MARIO AMELOTTI/LIVIA MIGLIARDI ZINGALE (GENOVA)

RISPOSTA A FRITZ MITTHOF

(M. Amelotti) Molto interessanti appaiono i frammenti presentati dal Mitthof e suggestive sono le interpretazioni da lui proposte. Ma gli uni e le altre richiedono a mio avviso un meditato approfondimento. Mi limiterò ad un'osservazione preliminare.

Il Mitthof inizia con l'affermare che assai scarso è il contributo della papirologia alla conoscenza delle tarde codificazioni imperiali, riducendosi esso a due casi. Si tratta di P. Oxy. XV 1813 e di PSI XIII 1347, che restituiscono rispettivamente frammenti del *Codex Theodosianus* e del *Codex Iustinianus*, senza offrire varianti testuali. Va però aggiunto – egli prosegue – il più importante P. Oxy. XV 1814, che contiene l'indice di alcuni titoli del primo libro del primo Codice giustiniano, quello cioè del 529, rimasto per pochi anni in vigore prima del definitivo *Codex repetitae praelectionis* del 534. Comunque, al di fuori dei papiri di Vienna ora presentati, non esistono in Egitto altri paralleli di tarda letteratura giuridica sul diritto imperiale.

Intervenendo in primo luogo riguardo al *Codex Iustinianus*, osservo che le testimonianze papirologiche vanno completate con altri due testi, pur rimanendo obiettivamente poche. Si tratta di P. Rein. Inv. 2219, che presenta brani del libro XII del Codice giustiniano, ma anche questa volta quello del 529, e – più interessante ancora – di P. Ant. III 152. Questo papiro riporta solo la frase iniziale *Taceat in ea retentionum verboritas* di C. 5,13,1,5, che è appunto la costituzione del 530 con cui Giustiniano sopprime le *retentiones*, ma l'inserisce in un testo complessivo che si presenta come una parafrasi della stessa legge ed è accompagnato da una nota marginale con ulteriori delucidazioni. Il *verso* del papiro, purtroppo ancor più frammentario, offre anch'esso un testo principale e una nota marginale sempre in tema di *retentiones*. Potremmo quindi pensare ad un frammento di commentario di un qualche *antecessor* al diritto imperiale.

I quattro papiri ricordati in riferimento al *Codex Iustinianus* sono disponibili in edizione riveduta, con ampio commento e aggiornata bibliografia, nel volume *Le costituzioni giustiniane nei papiri e nelle epigrafi*, uscito in seconda edizione nel 1985 a cura di M. Amelotti per la parte epigrafica e di L. Migliardi Zingale per quella papirologica. Si sottolinea in particolare la nuova edizione di P. Ant. III 152, che tiene conto degli importanti suggerimenti del Seidl.

Venendo in secondo luogo al *Codex Theodosianus*, è forse da aggiungere a P. Oxy. XV 1813 il testo indicato dal Pack, nella seconda edizione del suo repertorio *The Greek and Latin Literary Texts from Greco-Roman Egypt*, al nr. 2964. Esso implica un'apposita forse non semplice ricerca. Al momento non posso che leggere le parole del Pack: "Fragment of the Codex Theodosianus (?). E.W.B. Nicholson ap. F. Madan and H.H.E. Craster, Summary

Catalogue of Western Manuscripts in the Bodleian Library ... 6 (1924) 12 (No. 31074) (Bodleian Libr., Gr. bibl. d. 2 (P) (V-VI, Egypt; parch. palimpsest). Marichal 312.”

(L. Migliardi Zingale) Tre brevi osservazioni sui due papiri inediti della collezione viennese, P. Vindob. L 81 e P. Vindob. L 164, che attengono in modo affatto diverso al *Codex Theodosianus*:

Il primo di essi era peraltro già noto nella breve descrizione offerta da E.A. Lowe insieme con la relativa tavola nel decimo volume dei *Codices Latini Antiquiores* al nr. 1529, ma soprattutto nella più ampia e dettagliata presentazione fornita da R. Seider nella sua *Palaeographie der lateinischen Papyri* II 2 al nr. 21, dove lo studioso tedesco pur non fornendo una trascrizione del testo ha sottolineato incisivamente che non si tratta di un manufatto librario, ma di una trascrizione dal Codice Teodosiano fatta per un uso meramente privato: “Die Schrift ist keine Buchschrift” – dice il noto paleografo e ancora aggiunge – “Der Papyrus ist kein Kodexfragment”. L’altro lato del frammento non conserva infatti traccia alcuna di scrittura e pertanto non può appartenere alla pagina di un *codex*, che è scritto sia sul *recto* sia sul *verso*, né d’altronde può essere parte di un *rotulus*, dal momento che i libri di diritto romano a noi restituiti nelle fonti papirologiche di provenienza egiziana – come risulta anche da una sommaria indagine sul catalogo del Pack² – sono tutti confezionati nella tipologia del *codex*. Anche la grafia, che presenta caratteristiche che la avvicinano di più al corsivo dei documenti che alla scrittura libraria, non depone per l’interpretazione avanzata dal Mitthof.

Più verosimile è che si tratti allora di un isolato foglietto utilizzato da un qualche operatore del diritto per ricopiarvi una costituzione di Arcadio e Onorio tratta dal Teodosiano, in vista di una sua utilizzazione probabilmente processuale: mi pare opportuno sottolineare questa più plausibile interpretazione, in quanto esiste una notevole differenza per la tradizione testuale del Teodosiano tra una semplice trascrizione ad uso privato dal codice in questione, quale sembra essere appunto P. Vindob. L 81 e una testimonianza quale è invece P. Vindob. L 164, che è un frammento di un’edizione libraria vera e propria. Non sembra quindi accoglibile il suggerimento avanzato da F. Mitthof di identificare in P. Vindob. L 81 un “Juristischer Traktat mit Auszügen aus dem Kodex Theodosianus”.

Una seconda riflessione concerne la formula ‘ex codice Theodosiano’ adoperata nello stesso P. Vindob. L 81 al r. 1, che secondo il giovane ricercatore di Vienna non sarebbe documentata nelle fonti, le quali attesterebbero soltanto l’espressione ‘ex corpore Theodosiani’, il cui significato sul piano della letteratura giuridica è ovviamente – come sanno bene i giusromanisti – assai diverso. Ricordo invece a titolo di esempio che negli *Scholia Sinaitica* almeno due volte compare la corrispondente espressione greca ... τοῦ Θεοδοσιανοῦ κώδικος, scritta naturalmente nella lingua utilizzata in questo commentario di diritto romano di provenienza orientale (*Sch. Sin.* 1. 2-3).

Un’ultima rapidissima considerazione riguarda la datazione di entrambi i papiri esaminati: nell’edizione critica sarebbe preferibile mettere già nel titolo e non soltanto nell’introduzione – come fa appunto Mitthof –, accanto alla provenienza e alle dimensioni dei due frammenti viennesi un’attribuzione meno generica di V/VI secolo d.C. Si potrebbe utilizzare ad esempio la formula *post* 438/*ante* 529 d.C., rispettivamente data di emanazione del *Codex Theodosianus* e data di pubblicazione del *Novus Codex Iustinianus*. Il codice di Giustiniano ha infatti comportato la formale abrogazione della precedente raccolta legislativa e dopo il 529 d.C. nessuno avrebbe quindi potuto far riferimento in sede processuale al testo di una costituzione imperiale trascritta *ex codice Theodosiano*, come nel caso del P. Vindob. L 81, né ancor meno si sarebbe potuto fare copie librarie del suddetto codice, come nel caso di P. Vindob. L 164.

LIVIA MIGLIARDI ZINGALE/MARIO AMELOTTI (GENOVA)

OMOLOGIA E QUIETANZA? A PROPOSITO DI ALCUNE VENDITE DI ETÀ POSTGIUSTINIANA*

L. Migliardi Zingale

Il presente contributo del tutto irrispettamente inserito negli Atti del *Symposion* rappresenta un primo se pur parziale approccio al tema che Fritz Mitthof avrebbe dovuto affrontare nel *Vortrag zu Homologie und Quittung. Beobachtungen zur Entwicklung der Beurkundungsformen von privaten Rechtsgeschäften im nachjustinianischen Ägypten*, così annunciato nel programma iniziale poi abbandonato¹.

L'intervento in questione prende spunto da un singolare documento, conservato in un papiro della collezione di Strasburgo, pubblicato da F. Preisigke in una delle primissime annate dell' *Archiv f. Papyrusforschung*² e soltanto un decennio fa ripreso in SB XVIII 13173, con una più precisa datazione³ ed alcune interessanti varianti di lettura⁴: stavo cercando alcuni esempi di vendite di schiavi di età tardoantica per una ricerca in corso, quando ho trovato questo documento, che già ad una superficiale lettura mi sembrava una prima anche se incompleta *Antwort* alle numerose domande sollevate da quel titolo affatto complesso e di non immediata intelligibilità, che pone a raffronto due termini alquanto disomogenei, quali sono i vocaboli "omologia" e "quietanza", il primo nell'accezione ormai comunemente accolta di generica forma redazionale utilizzata negli strumenti negoziali⁵, il secondo nel suo incontestabile significato di documento che attesta un avvenuto pagamento.

* Per quanto riguarda la prima parte della relazione, fatta da L. Migliardi Zingale, si precisa che per una più agevole discussione sono stati forniti ai simposiasti i testi dei papiri esaminati: essi non vengono qui inseriti, trattandosi di documenti tutti appartenenti a collezioni di facile reperimento.

¹ Lo studioso viennese, come risulta dagli Atti, ha poi inspiegabilmente e senza il necessario preavviso cambiato argomento, dedicando l'attenzione a due frammenti viennesi ancora inediti, riconducibili al Codice Teodosiano e ad una sua *Summa*.

² Si veda *Ein Sklavenkauf des 6. Jahrhunderts (P. gr. Str. Inv. Nr. 1404)*, in *Archiv f. Papyrusforschung* 3 (1906) 415-424, dove lo studioso pubblica il testo in esame attribuendolo al VI secolo, mentre è più probabile una datazione al VII secolo: vedi *infra* nt. 3.

³ Nella riedizione in SB XVIII 13173 è stata suggerita, pur con qualche incertezza, una datazione al 629 d.C.

⁴ Su SB XVIII 13173 vedi anche *BL* 9, 299 e *BL* 10, 218.

⁵ Di diverso avviso sembra essere E. E. Cohen nel contributo *A Legal Fiction: "The Athenian Law of Sale"*, presentato in questo stesso *Symposion*, dove lo studioso sostiene

Nella piccola sfida, che ho accettato di portare avanti dopo l'abbandono di Mitthof e che richiede le specifiche conoscenze del papirologo congiuntamente con quelle del giurista, non potevo non coinvolgere il prof. Amelotti: già in altre occasioni e proprio in due precedenti *Symposia* il mio maestro ed io abbiamo presentato una relazione a due voci in tema di documento e documentazione e quindi ci è parso opportuno approfittare dell'occasione per ritornare su questo tipo di problematiche per noi molto interessanti⁶.

Da parte mia mi limiterò agli aspetti meramente formali del tema, iniziando dalla descrizione del primo testo che ha dato l'avvio alla ricerca, cioè SB XVIII 13173: si tratta di un rotolo verticale, lungo più di tre metri e largo una trentina di centimetri, che conserva il testo di un contratto di vendita, scritto *transversa charta*⁷ nei primi decenni del VII secolo d.C. da un notaio ermopolitano. Mancano alcuni righe nella parte superiore che più non si è conservata, anche se è possibile sulla base dei molti *instrumenta* notarili di questa tarda epoca ricostruire quanto è andato perduto: oltre al probabile *protokollon*, che dopo l'emanazione della Novella 44 di Giustiniano⁸ caratterizza gran parte della documentazione tabellionica orientale fino all'età della dominazione araba con i suoi numerosi esemplari in quest'ultimo caso bilingui, il contratto in esame iniziava di certo con la data, preceduta verosimilmente dall'invocazione alla Trinità e seguita da un prescritto ancora parzialmente leggibile, nel quale dovevano essere indicati compiutamente i nomi dei contraenti, che vengono poi nuovamente ripetuti nel testo del contratto: da un lato i venditori Aurelio Patermouthis e Anatolio, dall'altro l'acquirente Aurelia Isidora.

Stilizzato soggettivamente da parte di chi vende – nel nostro caso si tratta molto probabilmente di due mercanti di schiavi –, il documento utilizza la formula ὁμολογοῦμεν ... πεπρακέναι ... καὶ καταγεγραφεκέναι (rr. 8,16 e 18) che si diffonde nei documenti di vendita soprattutto a partire dalla metà del IV secolo d.C. per diventare, salvo rare eccezioni, la formula costantemente utilizzata in epoca successiva.

invece che il termine *homologia* significhi “contratto”, sulla base peraltro di poco convincenti argomentazioni.

⁶ Cfr. *Osservazioni sulla duplice scritturazione nei documenti*, in *Symposion 1985. Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte*, Köln/Wien 1989, 299-309 e *Syngraphie, cheirographon* -testatio, chirographum. *Osservazioni in tema di tipologie documentali*, in *Symposion 1988. Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte*, Köln/Wien 1990, 297-304 (entrambi gli articoli sono stati ripubblicati in M. Amelotti, *Scritti giuridici*, a cura di L. Migliardi Zingale, Torino 1996, rispettivamente 118-128 e 129-136).

⁷ Si rinvia sul punto a E.G. Turner, *The Terms recto and verso. The Anatomy of the Papyrus Roll*, in *Actes XV Congrès Intern. Pap.*, I, Bruxelles 1978, 26ss.

⁸ Sul cosiddetto *protokollon* si rinvia a L. Migliardi Zingale, *In margine a Nov. Iust. 44.2: to kaloumenon protokollon*, in *Studi in onore di A. Biscardi V*, Milano 1984, 151-175; Ead., *Ancora su to kaloumenon protokollon di Nov. Iust. 44.2*, in *Analecta Papyrologica* 1 (1989) 15-21.

Segue la puntuale e dettagliata descrizione dell'oggetto della *praxis*, una schiavetta dodicenne di origine africana⁹, non sottoposta a diritti altrui¹⁰ ed esente da vizi occulti (rr. 26-34), per il cui acquisto il compratore ha pagato una determinata somma di denaro, che i venditori scrivono di avere già ricevuto in contanti alla presenza dei testimoni (rr. 34-46). Il lunghissimo documento prosegue con una serie di clausole, stilisticamente molto elaborate, attraverso le quali innanzitutto si afferma per l'acquirente la pienezza dei diritti derivanti dalla vendita, e cioè la totale disponibilità del bene e del suo uso, e con le quali si estendono poi tali diritti agli eredi e agli eredi degli eredi (rr. 47-67), insieme con le clausole di garanzia¹¹ e le clausole penali, che prevedono il pagamento del *duplum* non soltanto per quanto concerne la *time* del bene venduto ma anche i cosiddetti *anomalata* (rr. 68-88); il tutto rafforzato dalla formula di giuramento sulla *hagia kai homoousios Trias* e sulla *basilike soteria*¹² (rr. 88-89), completata dalla clausola *praxis* e dalla clausola stipulatoria (rr. 90-99).

Il testo del contratto, redatto in unico esemplare¹³, si chiude nel segno della croce e ancora nel nome della Trinità con l'indicazione della data e del luogo di redazione (rr. 99-102), cui fanno seguito le sottoscrizioni dei due venditori – allografa la prima, mentre la seconda è autografa – e le *hypographai* dei cinque testimoni presenti alla vendita e alla dazione del prezzo, insieme con la *completio* del tabellone che ha confezionato l'*instrumentum*, materialmente scritto da mano diversa, riconducibile ad un qualche impiegato del suo ufficio.

Fino a questo punto il documento di Strasburgo (SB XVIII 13173) si presenta dunque come una delle numerose vendite notarili restituite dall'Egitto tardobizantino, che possiamo agevolmente trovare nelle raccolte papirologiche più

⁹ Per il commercio di schiavi africani in Egitto si veda orientativamente R. Holton Pierce, *A Sale of an Aloadian Slave Girl. A Reexamination of Papyrus Strassburg Inv. 1404*, in *Symb. Osl.* 70 (1995), 148-166, dove l'A. ripropone peraltro ancora il testo edito dal Preisigke, di cui offre anche una traduzione inglese, senza le correzioni in seguito apportate soprattutto per quanto riguarda la datazione.

¹⁰ Sulla clausola di evizione si veda H.-A. Rupprecht, *Die Eviktionshaftung in der Kautelarpraxis der graeco-ägyptischen Papyri*, in *Studi in onore di A. Biscardi*, III, Milano 1984, 463-479.

¹¹ Su queste clausole, accanto al contributo di H.-A. Rupprecht, *Die Bebaiosis. Zur Entwicklung und den räumlich-zeitlichen Varianten einer Urkundsklausel in den graeco-ägyptischen Papyri*, in *Studi in onore di C. Sanfilippo*, III, Milano 1983, 613-625, che si ferma peraltro all'età diocleziana, si legga il recente saggio di D. Nörr, *Iurisprudentia universalis von Schreiberhand: zur kataropoiesis-Klausel*, in *Iurisprudentia universalis. Festschrift f. Theo Mayer-Maly zum 70. Geburtstag*, Köln/Weimar/Wien 2002, 529-547.

¹² Sull'invocazione della *soteria* imperiale, che a partire dall'età giustiniana si diffonde ampiamente in Egitto nelle formule di giuramento, si veda K.A. Worp, *Byzantine Imperial Titulature in the Greek Documentary Papyri. The Oath Formulas*, in *ZPE* 45 (1982) 199-223.

¹³ Questa precisazione, fatta nei rr. 21-22, suggerisce che il documento di vendita sia nelle mani del solo acquirente.

note, dai P. Mon. I ai P. Lond. V¹⁴, dai P. Par. I ai P. Cairo Masp. e ai P. Mich. XIII, e la cui struttura può essere ricondotta a questo schema:

- data
- prescritto epistolare con i nomi dei contraenti;
- dichiarazione soggettiva, con la quale il venditore dichiara di avere venduto un determinato bene;
- descrizione dettagliata del bene venduto, seguita dall'affermazione di avere già ricevuto in contanti il prezzo della vendita;
- serie di clausole più o meno elaborate, che vanno da quelle di garanzia a quelle penali, a quella stipulatoria;
- sottoscrizione autografa o allografa del venditore;
- sottoscrizioni dei testimoni presenti alla vendita e alla dazione del prezzo;
- *completio* notarile.

Confrontato con questi documenti il papiro di Strasburgo (SB XVIII 13173) presenta peraltro un elemento che lo diversifica nettamente dagli altri: dopo il r. 121, in cui si individua pur con alcune incertezze nella lettura del nome la sottoscrizione notarile¹⁵ che completa come di consueto gli *instrumenta publice confecta*, il lungo rotolo papiraceo conserva infatti, ben distanziata dal testo del contratto, la quietanza nella quale i venditori scrivono di aver ricevuto dall'acquirente la somma di denaro che costituisce il prezzo di quella *prasis*.

Redatta lo stesso giorno dallo stesso *symbolaiographos*, che ha confezionato il documento contrattuale, utilizzando una formulazione pressoché analoga ma ovviamente assai più concisa – 40 rr. contro i 120 rr. del contratto –, anche l'*apoche* si chiude con le sottoscrizioni dei venditori e dei cinque testimoni insieme con la *completio* notarile, in una sequenza soltanto di poco differente per quanto riguarda le

¹⁴ Particolarmente interessanti, anche per la loro completezza, sono i contratti di vendita conservati in un archivio familiare, edito in parte nella collezione monacense, in parte nella raccolta londinese: per la curiosa storia dell'acquisto e della pubblicazione di questo archivio, proveniente da Syene e databile agli ultimi decenni del VI secolo d.C., si rinvia specificamente a J.J. Farber/B. Porten, *The Paternmouthis Archive: A Third Look*, in *BASP* 23 (1986) 81-97.

Da notare, per quanto riguarda la redazione notarile di questi contratti, che in alcuni di essi rimangono ancora tracce dell'originario *protokollon* sul quale sono stati confezionati gli *instrumenta* negoziali: si veda ad esempio P. Mon. I 9, la cui striscia protocollare è stata riconosciuta nel frammento pubblicato in P. Lond. V 1734.

¹⁵ In luogo di Ioannes (vedi *ed. princ.*) è stato successivamente letto il nome Isakos: per questa rilettura si rinvia a J.M. Diethart/K.A. Worp, *Notarsunterschriften im byzantinischen Ägypten <Byz. Not>*, Wien 1986, 66.

Sotto la *completio* notarile è presente una 'Wellenlinie', cioè una linea ondulata che si ritrova anche sotto il r. 161, che conserva la sottoscrizione apposta dallo stesso notaio in calce alla quietanza: su questa caratteristica che si ritrova in molti altri documenti tabellionici si rimanda alle osservazioni di H. Harrauer in *Miscellanea Papyrologica = Pap. Flor.* VII, p. 125.

hypographai dei *martyres*: alquanto stranamente i primi due testimoni sottoscrivono infatti tra l'*hypographe* allografa del primo venditore e l'*hypographe* di chi scrive per lui che è analfabeta.

La singolare presenza nel papiro di Strasburgo di questa ricevuta, scritta sullo stesso rotolo contenente l'atto di vendita, e della quale non sembra di poter cogliere il valore e la funzione – come si vedrà più oltre nella parte della relazione svolta dal prof. Amelotti – mi ha condotto allora ad uno spoglio febbrile della documentazione papirologica alla ricerca di altre possibili testimonianze e proprio pochi giorni prima della partenza per il nostro *Symposion* sono riuscita a rintracciare un solo altro caso, dove insieme con il contratto di vendita c'è anche la quietanza.

Si tratta di un papiro pubblicato di recente nella collezione di Berlino (BGU XVII 2698), che conserva il testo purtroppo gravemente lacunoso di un 'Kaufvertrag über einen Hausteil' di provenienza ermopolitana, databile per le sue peculiarità grafiche e stilistiche alla prima metà del VII secolo d.C. e anch'esso confezionato da un notaio.

Nella parte superiore del rotolo, che è andata perduta, esso doveva contenere, insieme al probabile *protokollon*, la data, il prescritto espresso in forma epistolare con i nomi dei contraenti, l'inizio del contratto vero e proprio, stilizzato soggettivamente da parte del venditore, secondo la consueta formula ὁμολογῶ ... πεπρακέναι ... καὶ καταγεγραφήκηναι, seguito dalla dettagliata descrizione della cosa venduta.

Nella parte a noi rimasta, dopo l'indicazione del prezzo di vendita già ricevuto in contanti, si sono conservate in modo frammentario se pure facilmente integrabili tutte le clausole di garanzia che caratterizzano in questa età con la loro formulazione assai complessa ed elaborata questo tipo di negozio, fino alle sottoscrizioni del venditore, dei cinque testimoni e del notaio che ha confezionato l'atto.

Ciò che peraltro maggiormente interessa è a questo punto la presenza della quietanza di pagamento del prezzo: scritta sullo stesso rotolo che contiene il testo del contratto di vendita, essa appare stilizzata secondo un formulario che richiama assai da vicino la ricevuta già sopra esaminata in SB XVIII 13173. Fortunatamente per noi nell'*apoche* berlinese si può leggere ancora compiutamente la forma πεπλήρωμα, usata dal venditore per indicare che ha ricevuto dall'acquirente la τιμή della vendita, e questo potrebbe suggerire un'eguale integrazione per l'*apoche* di Strasburgo che al riguardo è invece lacunosa¹⁶.

Ma perché a differenza dei tanti coevi documenti di vendita restituiti dalle fonti papirologiche i due papiri sopra indagati – ai quali forse lo spoglio ancora in corso potrà aggiungere qualche altro esemplare – presentano insieme con il testo del contratto anche la ricevuta, che non appare di per sé necessaria, dal momento che già nell'atto di vendita, scritto in unico esemplare e formulato dal punto di vista del solo

¹⁶ Sulla base di un più attento riscontro sono possibili altre integrazioni, che peraltro non rilevano per la presente discussione.

venditore, quest'ultimo non si limita a dichiarare di aver venduto la cosa ma scrive anche di avere ricevuto in contanti il relativo prezzo?

Lasciando per ora aperto l'interrogativo, passo la parola al prof. Amelotti.

* * *

M. Amelotti

Ai papiri in esame appare riferibile il titolo 'omologia e quietanza'. Ma lo stesso titolo appare criticabile perché associa due entità non omogenee.

Quietanza ha un significato sostanziale: è un documento che dà atto di un avvenuto pagamento, sia che questo derivi dall'assolvimento di un'obbligazione (ad esempio restituzione di un mutuo o versamento del canone di affitto) o da altre cause (ad esempio da un'offerta spontanea: è il caso di PSI VII 786 del 581 d.C. che parla di offerta ad un monastero). La sua redazione può variare. Il suo nome tecnico è ora *apodeixis*¹⁷.

Omologia ha un significato formale. Dopo lo studio del von Soden e le osservazioni del Hengstl e del Rupprecht la conclusione è così sintetizzata dal Wolff: la *homologia* non è un tipo di documento, tanto meno riservato ad un ambito limitato di negozi, ma è una forma di dichiarazione, importante sul piano giuridico, non ristretta a determinati contenuti né legata a determinate forme esterne. Neppure significa promettere – precisa già il von Soden – nel senso di assunzione di un'obbligazione. Ricorrente nei papiri di età tolemaica e romana, l'uso della *homologia* si generalizza nell'età bizantina¹⁸.

Venendo appunto ai documenti bizantini, che presentano redazioni ormai stabilizzate ad opera del notariato, a partire da quello costantinopolitano – come già osservato dal Wolff¹⁹ – l'omologia si presenta in forma soggettiva, ὁμολογῶ, ὁμολογοῦμεν, per esprimere una dichiarazione solenne della o delle parti, in particolare nei contratti ma anche in negozi unilaterali.

Nei nostri papiri di vendita i venditori dichiarano di aver venduto la cosa, per la quale hanno ricevuto in contanti il prezzo. In un atto di manomissione – P. Köln III 157 + IV *addendum* del 589 d.C. – un monaco saluta un suo schiavo col solito χαίρειν e per la salvezza della sua anima lo pone in libertà, κατέστησα ἐλεύθερον. Allo scopo, ripetendosi, dichiara con piena volontà di renderlo libero, ὁμολογῶ

¹⁷ Sul tema cfr. H.-A. Rupprecht, *Studien zur Quittung im Recht der graeco-ägyptischen Papyri*, München 1971.

¹⁸ Cfr. H. von Soden, *Untersuchungen zur Homologie in den griechischen Papyri Ägyptens bis Diokletian*, Köln/Wien 1973, con le recensioni di J. Hengstl, *Iura*, 24 (1973) 319ss., e di H.-A. Rupprecht, *ZSS*, 92 (1975) 280ss.; H.J. Wolff, *Das Recht der griechischen Papyri Ägyptens in der Zeit der Ptolemaer und des Prinzipats*, II, München 1978, 140s.

¹⁹ Cfr. H.J. Wolff, *Der byzantinische Urkundenstil Ägyptens im Lichte der Funde von Nessana und Dura*, in *RIDA* 3e S., 8 (1961) 115ss.; M. Amelotti, *L'età romana*, in M. Amelotti/G. Costamagna, *Alle origini del notariato italiano*, Roma 1975, 52s., 86.

καταστήσαι ἐλεύθερον. Il documento esprime bene il valore solenne attribuito all'omologia.

Tale solennità è normalmente concretata dal giuramento sulla Trinità e sulla *nike* e *soteria* dell'imperatore, dall'eventuale clausola penale, dalle ricorrenti clausole *kyria* e stipulatoria. E' vero peraltro che sul preciso piano dell'efficacia processuale, ai sensi della Novella 73 di Giustiniano, quello che conta, rispetto alla mera scrittura privata o al documento solo testimoniale, è l'essere il documento tabellionico, cioè *instrumentum publice confectum*, o addirittura essere *instrumentum publicum*²⁰. Ora, se quest'ultimo è inconsueto alla prassi bizantina, abituale è invece il documento conchiuso dalla *completio* notarile. Ma già l'uso della *homologia* doveva servire a assicurare le parti. Tanto vero che – ripeto – è presente in quasi tutti i documenti bizantini e sovente il documento intero è detto per antonomasia *homologia*²¹. Sopravvivono accanto poche forme di redazione diversa: così per il testamento e talora per l'affitto. Ma per quest'ultimo, se sopravvive l'*hypomnema*, con le parole ἐπιδέχομαι μισθώσασθαι, si usa anche e forse più spesso ὁμολογῶ μεμισθῶσθαι²².

Stando così le cose dire 'omologia e ricevuta' non significa nulla, specie poi se si considera che anche le ricevute possono essere espresse col verbo *homologhein*. Lo erano già in età tolemaica e romana, in forma oggettiva (ὁμολογῶ ἀπέχειν), anche se i documenti bizantini appaiono preferire la formulazione diretta 'ho ricevuto'²³.

Il titolo deve essere comunque un altro e nulla risolve parlare invece di chirografo o, più prudentemente, di forma chirografaria o epistolare, considerando che i documenti bizantini iniziano generalmente, dopo un'invocazione religiosa e la data, con una formula di saluto chiusa da *chairein*. Siamo sempre nell'impreciso e nel generico. Nei nostri due casi bene hanno fatto il *Sammelbuch* a parlare concretamente di 'Sklavverkauf' e le *Berliner Griechische Urkunden* di 'Kaufvertrag

²⁰ Sulla Novella 73 cfr. M. Amelotti, *L'età romana* cit., 41ss.; 83; H.A. Ankum, *Les tabellions romains, ancêtres directs des notaires modernes*, in *Atlas du Notariat – Atlas van het Notariaat*, Deventer 1989, 33ss.

²¹ Numerosi esempi di quest'uso di ὁμολογία, ο ἔγγραφος ὁμολογία, in riferimento a documenti bizantini si trovano nel I volume dei *Select Papyri* di Hunt ed Edgar e nei *Negotia* dell'Arangio-Ruiz. Vedi rispettivamente nrr. 11, 24, 25, 61, 86 e 22, 23, 67 (= 86 cit.), 68, 115, 158, 179, 184. Nelle traduzioni rispettivamente inglese e latina si propongono 'agreement', 'written agreement', 'acknowledgement' e *scriptura, scripta declaratio*. Alcune volte ὁμολογία è precisata dal nome in genitivo o in forma aggettivale del negozio: ὁμολογία τοῦ κομπρομίσσου, τῆς ἀποζυγῆς καὶ διαίσεως τοῦτου τοῦ ῥεπουδίου, τῆς ἀμερμνείας, ἐμφυτευτικῆ ὁμολογία, διαλυτικῆ ὁμολογία e ὁμολογία τῆς διαλύσεως.

²² Sempre per fare degli esempi, si confronti Sel. Pap. I 47 col nr. 48 e con Mitteis, Chrest. 278 e 279.

²³ Così BGU XVII 2698 e plausibilmente SB XVIII 13173, nella seconda parte contenente la ricevuta, hanno πεπλήρωμαι, e PSI VII 786 presenta ἔσχον καὶ ἐπληρώθην.

über einen Hausteil’, ma andava magari aggiunto ‘und Quittung’. Negli altri casi conviene pure attenersi alla realtà sostanziale.

A questo punto sorge un ultimo problema. Se nei nostri documenti, e in generale nei contratti di compravendita, i venditori dichiarano solennemente di aver venduto la cosa, per la quale hanno ricevuto in contanti il prezzo, a che serve un’ulteriore ricevuta? Al riguardo, riferendosi ai papiri di età tolemaica e romana, ha scritto il Rupprecht che le ricevute di pagamento del prezzo da parte del compratore possono restare fuori dalla sua trattazione, perché la compravendita di diritto greco si collega alla nozione di acquisto in contanti e non presenta alcun carattere obbligatorio. Ciò vale anche se sia stata data un’arra. Le autonome ricevute del prezzo che talora si trovano servono solo a provarne il pagamento e con ciò l’acquisto della proprietà²⁴.

Aggiungo da parte mia che anche i documenti occidentali dell’età del principato, prettamente di diritto romano, attestano l’adempita compravendita e non già la sola pattuizione del contratto consensuale²⁵. A queste pur diverse tradizioni si attengono i documenti bizantini. Solo usi particolari possono dunque spiegare una ricevuta del prezzo. Ma quali nei nostri due casi? O questione di stile locale nei due casi ermopolitani? Probabile comunque che la ricevuta venisse staccata, funzionando per l’acquirente da ulteriore garanzia, come testualmente è scritto (*asphaleia* in entrambi i papiri).

²⁴ Rupprecht, *Quittung* cit., 54.

²⁵ Faccio rinvio ad altro scritto – *Asiatici, egiziani e ius romano in una tavoletta ravennate del II secolo d.C.: a proposito di SB III. 6304*, in *Aeg.* 82 (2002), 119-130 – per una critica al sottile tentativo dell’Arangio-Ruiz, svolto nei *Negotia* e argomentato in *La compravendita in diritto romano*, I², Napoli 1954, 182ss., di distinguere tra documenti di compravendita a contanti e documenti del contratto di compravendita. Tutti in realtà danno atto che la cosa è stata consegnata e il prezzo è stato pagato. Un discorso da ripetere per le più tarde vendite attestate nei papiri ravennati.

BIBLIOGRAFIA

- Amelotti M. (1975), *L'età romana*, in M. Amelotti/G. Costamagna *Alle origini del notariato italiano*, Roma.
- (1996), *Scritti giuridici*, a cura di L. Migliardi Zingale, Torino.
- Amelotti M./Migliardi Zingale L. (1989), *Osservazioni sulla duplice scritturazione nei documenti*, in *Symposion 1985. Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte*, Köln/Wien: 299-309.
- Amelotti M./Migliardi Zingale L. (1990), *Syngraphe, cheirographon – testatio, chirographum. Osservazioni in tema di tipologie documentali*, in *Symposion 1988. Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte*, Köln/Wien: 297-304.
- Ankum H.A. (1989), *Les tabellions romains, ancêtres directs des notaires modernes*, in *Atlas du Notariat – Atlas van het Notariaat*, Deventer: 33ss.
- Arangio-Ruiz V. (1954), *La compravendita in diritto romano*, I², Napoli.
- Diethart J.M./Worp K.A. (1986), *Notarsunterschriften im byzantinischen Ägypten <Byz. Not.>*, Wien: 66.
- Farber J.J./Porten B. (1986), *The Paternouthis Archive: A Third Look*, in *BASP* 23: 81-97.
- Hengstl J. (1973), *Iura*, 24: 319ss.
- Holton Pierce R. (1995), *A Sale of an Alodian Slave Girl: A Reexamination of Papyrus Strassburg Inv. 1404*, in *Symb. Osl.* 70: 148-166.
- Migliardi Zingale L. (1984), *In margine a Nov. Iust. 44.2: to kaloumenon protokollon*, in *Studi in onore di A. Biscardi V*, Milano: 151-175.
- (1990), *Ancora su to kaloumenon protokollon di Nov. Iust. 44.2*, in *Analecta Papyrologica* 1: 15-21.
- Nörr D. (2002), *Iurisprudentia universalis von Schreiberhand: zur katharopoiesis-Klausel*, in *Iurisprudentia universalis. Festschrift f. Theo Mayer-Maly zum 70. Geburtstag*, Köln/Weimar/Wien: 529-547.
- Preisigke F., *Ein Sklavenkauf des 6. Jahrhunderts (P. gr. Str. Inv. Nr. 1404)*, *Archiv f. Papyrusforschung* 3: 415-424.
- Rupprecht H.-A. (1971), *Studien zur Quittung im Recht der graeco-ägyptischen Papyri*, München.
- (1975), *ZSS*, 92: 280ss.
- (1983), *Die Bebaiosis. Zur Entwicklung und den räumlich-zeitlichen Varianten einer Urkundsklausel in den graeco-ägyptischen Papyri*, in *Studi in onore di C. Sanfilippo*, III, Milano: 613-625.
- (1984), *Die Eviktionshaftung in der Kautelarpraxis der graeco-ägyptischen Papyri*, in *Studi in onore di A. Biscardi*, III, Milano: 463-479.

- Turner E.G., (1978), *The Terms recto and verso. The Anatomy of the Papyrus Roll*, in *Actes XV Congrès Intern. Pap.*, I, Bruxelles: 26ss. (trad. ital. 1984, "Recto" e "Verso". *Anatomia del rotolo di papiro*, Firenze).
- Von Soden H. (1973), *Untersuchungen zur Homologie in den griechischen Papyri Ägyptens bis Diokletian*, Köln-Wien 1973.
- Wolff H.J. (1961), *Der byzantinische Urkundenstil Ägyptens im Lichte der Funde von Nessana und Dura*, in *RIDA* 3e S., 8: 115ss.
- (1978), *Das Recht der griechischen Papyri Ägyptens in der Zeit der Ptolemaeer und des Prinzipats*, II, München.
- Worp K.A. (1982), *Byzantine Imperial Titulature in the Greek Documentary Papyri. The Oath Formulas*, in *ZPE* 45: 199-223.

EVA CANTARELLA (MILANO)

L'INSEGNAMENTO DEL DIRITTO GRECO A TRENT'ANNI DAL PRIMO SYMPOSION: DIFFUSIONE, APPROCCI E PROSPETTIVE DI SVILUPPO

Come segnala il titolo di questo intervento, io non intendo ripercorrere la storia degli studi di diritto greco e tracciarne gli sviluppi nel corso degli anni trascorsi da quel 1971, in cui Hans Julius Wolff, affiancato da Joseph Mélèze Modrzejewski e Arnaldo Biscardi, organizzò a Rheda (Bielefeld) il primo *Symposion* della *Gesellschaft für griechische und hellenistische Rechtsgeschichte*, segnando una data fondamentale nella nascita della moderna giusgrecistica. Questo compito, del resto, è stato egregiamente svolto da altri, alcuni dei quali qui presenti: Mario Talamanca, in primo luogo, al quale siamo debitori di un lungo articolo intitolato “Gli studi di diritto greco dagli inizi del Novecento ai nostri giorni”, pubblicato nel 1994 in *Scintillae Iuris, Studi in memoria di Gino Gorla* (Milano) che dedica 50 densissime pagine alle vicende della giusgrecistica a partire dal momento in cui è nata come scienza autonoma. Dello stesso anno, interessante anche il contributo di J. Hengstl, *Palingenesia Iuris und die ausserroemische Welt: Methodische Betrachtungen*, pubblicato in RIDA 41 (1994) 55-9. In anni più vicini vanno segnalati due importanti contributi di A. Maffi: il primo è costituito da un articolo pubblicato su *Dike* del 2001, intitolato “Hans Julius Wolff e gli studi di diritto greco a trent’anni dal I Symposion”¹; il secondo, non ancora pubblicato, che ho potuto vedere grazie alla cortesia dell’ autore, è destinato ad essere inserito in una raccolta di studi che qui merita una menzione particolare. Significativamente intitolata *Nomos*, e curata dal grecista Delfim Leao, questa pubblicazione (Routledge 2005) è infatti, a mia conoscenza, la prima raccolta di studi interamente e specificamente dedicati al diritto greco che sia stata progettata in Portogallo: un segnale molto interessante per chi, come noi, cerca di cogliere i segni della attuale diffusione e delle prospettive della materia.

Nel 2000, ancora, vanno segnalate le considerazioni svolte da M. Golden nel volume “*Law and Social Status in Classical Athens*”, curato da Virginia Hunter e Jonathan Edmundson. Come segnala il titolo dato da Golden alle sue riflessioni (*Epilogue. Some Trends in recent Works on Athenian Law and Society*, alle pp. 175-185 del volume), queste considerazioni si differenziano dalle rassegne sopra citate,

¹ A. Maffi, *Hans Julius Wolff e gli studi di diritto greco a trent’anni dal I Symposion* in “*Dike. Rivista di diritto greco ed ellenistico*” 4 (2001) 269-291.

in quanto più interessate al presente della disciplina che alla sua storia: in qualche misura, dunque, queste considerazioni vengono a coprire una parte degli argomenti che vorrei sottoporre alla vostra attenzione, e sui quali tornerò dopo aver tentato di delineare, quantomeno nelle grandi linee, un quadro della diffusione e delle prospettive di sviluppo dell' insegnamento del diritto greco nei diversi paesi.

E' stato proprio parlando dei problemi legati alla sopravvivenza della disciplina, infatti, che più di un anno fa, durante una conversazione del tutto informale tra Méléze, Thuer e a me, è nata l' idea di approfittare di questo incontro per cercare di ragionare sui problemi attualmente sollevati dalli insegnamento della nostra materia.

Chi, come Méléze, Thuer e me insegna in università dell' Europa continentale, ha infatti non poche ragioni di preoccupazione per il futuro accademico del diritto greco. E anche se la situazione nelle università inglesi e statunitensi sembra essere diversa (e forse migliore), questo non toglie che l' argomento riguardi tutti quelli che sono qui presenti, e tutti quelli che si occupano professionalmente della materia.

Le preoccupazioni di chi insegna nei paesi dell' Europa continentale sono legate a un fenomeno che negli ultimi anni ha assunto dimensioni sempre maggiori, vale a dire la riduzione degli spazi riservati alle materie storiche nelle facoltà di giurisprudenza, dove in Europa sono stati e sono tradizionalmente impartiti gli insegnamenti di diritto greco.

Questa tendenza ha infatti assunto dimensioni tali da indurre molti di noi a chiedersi se, e fino a quando, nelle facoltà nelle quali insegnamo, sarà possibile produrre nuove generazioni di studiosi, ai quali affidare la continuazione dei nostri studi a livello professionale. Il nostro problema insomma non è quello di un rischio di estinzione della materia dovuta a una crisi delle vocazioni: le vocazioni ci sono, il diritto greco attira i giovani studiosi ai quali viene data la possibilità di conoscerlo. I problemi sono altri, e in modo forse brutale, ma realistico, possono essere così riassunti: 1) a quanti giovani viene data la possibilità di seguire corsi di diritto greco?; 2) quali prospettive di carriera si aprono a coloro ai quali questa possibilità viene data?

Paradossalmente, il rischio che la materia venga di fatto espulsa dai *curricula* è molto più forte oggi, di quanto non fosse trent'anni fa. Allora, il diritto greco aveva uno statuto accademico assai meno solido, e gli insegnamenti di questa materia e altri insegnamenti a esso strettamente connessi, quali l' epigrafia e la papirologia giuridica, erano numericamente inferiori a quelli attuali. Ma la crescita dei corsi e la conquista dell' autonomia disciplinare all' interno dell' accademia (lentamente ma sicuramente fatta negli ultimi trent'anni, appunto) rischiano oggi di essere, se non cancellate, messe in serio pericolo dai nuovi assetti didattici.

Superfluo dire che la situazione è diversa nei diversi paesi e nei diversi dipartimenti o facoltà dove ciascuno di noi insegna. Certamente, infatti, l' esperienza di chi insegna in Inghilterra è più avvicinata, per molti versi, a quella di chi insegna negli altri paesi di *common law*, che non a quella di chi insegna nei paesi dell' Europa continentale di tradizione romanistica.

Un primo punto che mi pare meriti attenzione, dunque, è una riflessione sulla condizione del diritto greco nei diversi paesi: alla quale, da parte mia, posso concorrere con alcune considerazioni sulla situazione italiana.

Come già detto, in Italia il diritto greco e le materie connesse vengono tradizionalmente insegnate nelle facoltà di legge: quella di Roma, dove ha insegnato Mario Talamanca; quella di Genova, dove ha insegnato papirologia giuridica Mario Amelotti, e dove ora insegna Livia Migliardi; quella di Siena, dove ha insegnato Arnaldo Biscardi e ora insegna Remo Martini, quella di Reggio Calabria, ove Felice Costabile insegna epigrafia giuridica; quella della Università statale di Milano, ove, succedendo ad Arnaldo Biscardi, io ho insegnato e tuttora insegno. Grazie a Mario Talamanca, inoltre, il diritto greco è stato insegnato per molti anni nella "Scuola di specializzazione in diritti antichi dell'Università di Roma", diretta dallo stesso Talamanca, ove si sono formati anche numerosi giusgrecisti provenienti dai paesi latino-americani, che attualmente coltivano questi studi nei loro paesi.

Anche se considerata materia meno importante del Diritto romano – per ragioni troppo ovvie per dovervisi soffermare – il diritto greco, dunque, ha trovato un suo spazio e acquistato pieno diritto di cittadinanza nelle nostre facoltà. A differenza di quelle anglosassoni queste infatti non sono scuole specialistiche, ma appartengono al gruppo delle facoltà umanistiche: di conseguenza, il diritto greco è inserito nei programmi tra le materie storiche, utili alla ampia formazione culturale, che esse si propongono di dare a chi deve esercitare le professioni legali. Ma le modifiche degli ordinamenti didattici cui ho accennato hanno determinato una profonda crisi degli insegnamenti storici, ivi compreso, o meglio a partire dal diritto romano.

Per ragioni da un canto troppo note e dall'altro troppo complesse per descriverle, il diritto romano ha perso progressivamente spazio nelle nostre facoltà. Pur continuando a essere considerato parte importante della formazione dei giuristi, la materia ha progressivamente perso la connotazione – che un tempo aveva – di materia indispensabile per praticare le professioni legali. Cosa, questa, che teoricamente avrebbe potuto andare a beneficio del diritto greco: se il diritto romano veniva lentamente ma inesorabilmente a essere collocato tra le materie storiche, il diritto greco – si poteva pensare – si sarebbe collocato su un piano più paritario rispetto ad esso. Ma nella realtà le cose sono andate diversamente. La restrizione degli spazi riservati al diritto romano è stata tale da mettere in discussione la sopravvivenza persino della nostra materia. Degli insegnamenti romanistici obbligatori trent'anni fa (le "Istituzioni di diritto romano", dedicate al diritto privato; la "Storia del diritto romano", dedicata al diritto pubblico; il "Diritto romano", corso avanzato e specializzato), un solo corso è rimasto obbligatorio (quasi in tutte le Università, le "Istituzioni"). E in questo quadro il diritto greco ha visto restringersi, praticamente, tutti gli spazi disponibili, così come, ovviamente, la papirologia e l'epigrafia giuridica.

In Italia, insomma, il quadro è tale da ingenerare serie preoccupazioni sul futuro del diritto greco. E considerazioni analoghe possono farsi per altri paesi europei, come la Francia, la Germania e l' Austria.

Per limitarmi a un esempio, ricorderò che in Francia, grazie a Méléze, esistono seminari di papirologia giuridica alla Ecole Pratique des Hautes Etudes, ove Barbara Anagnostou ha insegnato il diritto greco per tre anni. Ma oggi per ragioni burocratiche non può più farlo, e nelle università francesi questo insegnamento non esiste più.

Solo la Grecia sembra un' isola felice, per ragioni più che ovvie. Ma se si guarda al quadro complessivo, la situazione nelle Università dell' Europa continentale appare a tal punto difficile, che a me capita – come immagino ad altri colleghi – di dover avvertire i giovani che vorrebbero dedicarsi alla ricerca dell' aleatorietà della loro scelta, dal punto di vista professionale.

Che conclusioni trarre da queste considerazioni? Prima di tentare di farlo, è opportuno gettare uno sguardo al di là della Manica e dell' Atlantico, ove la situazione, per quanto riguarda la diffusione della materia, è certamente diversa e assai meno sconcertante. Se dai problemi relativi alla diffusione dei corsi accademici si passa allo stato della ricerca, si impone subito la considerazione del moltiplicarsi in questi paesi delle indagini giusgrecistiche. Ma quel che è ancora più importante è la considerazione del fatto che la fioritura degli studi di diritto greco nei paesi anglosassoni ha aperto nuove e importanti prospettive, determinando un notevole cambiamento nell' approccio alla materia.

Se ci fermiamo a pensare anche un solo momento ad alcune tra le pubblicazioni più significative apparse negli ultimi dieci anni in Inghilterra e negli Stati Uniti, il mutamento di prospettiva è evidente.

Pensiamo a volumi come *Athenian Identity and Civic Ideology* a cura di A.L. Boegehold e A.C. Scafuro (Baltimore, 1994); *Greek Law in its Political Setting. Justification not Justice*, a cura di L. Foxhall e A.D.E. Lewis (Oxford, 1996); *Kosmos. Essays in Order, Conflict and Community in Classical Athens*, a cura di P. Cartledge, P. Millett e S. von Reden (Cambridge, 1998); pensiamo al già citato *Law and Social Status in Classical Athens*, a cura di V. Hunter e J. Edmondson²; a *The Athenian Nation*, di Edward Cohen (Princeton 2000); o a *The World of Prometheus* di D. Allen (Princeton, 2000).

Ovviamente, non è questa la sede per aprire un dibattito sul contenuto e sul merito di questi volumi. Quel che è interessante notare è che, anche se in diverso modo e misura, essi condividono l'idea che il diritto giochi un ruolo di secondo piano rispetto agli altri mezzi del controllo sociale. Significativamente, il libro di E. Cohen si intitola *The Athenian Nation*, e non "State": per capire i rapporti fra gli

² Come scrive Edmondson nella Prefazione al sopra citato *Law and Social Status*: "In the last ten years or so, one of the more fruitful developments in Athenian history has been the increasing dialogue that has taken place between social and legal historians".

abitanti dell'Atene classica – è la tesi del libro – non bastano termini e concetti meramente giuridici, incapaci di rendere conto della complessità dei rapporti sociali. Non meno significativo l'approccio al diritto criminale di D. Allen, sul quale mi soffermerò brevemente, in quanto – a mio parere – molto indicativo del successo e della grande diffusione delle nuove tendenze. Partendo dalla considerazione che ad Atene non solo le *dikai* ma anche le *graphai*, quand'anche definite azioni pubbliche, venivano intentate per iniziativa di un privato cittadino, e non di un pubblico ufficiale, Allen delinea un'immagine di un sistema punitivo messo in moto dall'interesse personale e da un'emozione (*anger*), definita come un “disease in which all the parties of the wrongdoing – victim, punisher, wrongdoer and community – could be implicated” (Allen, 77). E sostiene che questa emozione (che potremmo definire “risentimento”, o “rabbia”) socialmente valutata in modo positivo, sarebbe stata considerata una buona ragione o meglio “the only truly legitimated basis for an attempt to punish someone” (Allen, 35). Mossi da queste emozioni, dunque, gli ateniesi, intentando un'azione giudiziaria per riscattare il proprio onore o quello di un familiare, avrebbero messo in moto un meccanismo volto a infliggere una punizione intesa come “honor reassessment”; e le giurie, nel pronunciare le sentenze, avrebbero tenuto in considerazione – più che le regole del diritto – queste emozioni, nonché la personalità delle parti, il loro *status* sociale, il loro comportamento anche al di fuori dell'evento dedotto in giudizio, la loro intera vita privata. In altre parole, a Atene non vigeva “the rule of law”³.

Come dicevo – senza entrare qui nel merito del discorso – il libro di Allen offre un esempio che mi sembra paradigmatico dell'approccio al diritto greco cui sopra accennavo: più che su una serie di principi giuridici formali, il diritto, nella specie il diritto ateniese, sarebbe stato fondato su quello che i giudici stabilivano, giudicando non tanto sui fatti, quanto sul complesso degli elementi sopra citati.

Grazie agli importanti contributi dei giusgrecistici anglosassoni, insomma, si è fatto strada un modo diverso di concepire il diritto greco, e di valutare il ruolo del diritto nella costruzione della società. Come ha scritto Mark Golden, nel mondo anglosassone si è operata recentemente una “redefinition” della nozione di diritto greco. E non vi è chi non veda l'importanza di questo evento e il nuovo impulso che esso ha dato agli studi in materia, rinnovati dai contributi venuti dai colleghi “oltremare” e da essi rivitalizzanti, anche grazie all'interessante e produttivo dibattito cui le loro ricerche hanno dato vita.

Questo dibattito, infatti, ha visto la giusgrecistica schierarsi su posizioni contrapposte: da un canto coloro che, anche se con accenti e gradazioni diverse, condividono la tesi sopra accennata, dall'altro quelli che (in prevalenza, ma non solo, giuristi di formazione continentale) tendono a immaginare, sia pur con posizioni differenziate, un'Atene in cui, pur in mancanza di una scienza giuridica,

³ Più a lungo, sul tema vedi il mio *review article* del libro di Allen in “Punishment & Society. The international Journal of penology” 6 (4), 2004.

esistevano dei principi giuridici, e in cui i giudici, nel decidere le cause, prendevano in considerazione le leggi (che poi non sempre accadesse così, è altro discorso, che nulla ha a che fare con il sistema giuridico)⁴. Un' Atene, insomma, in cui esisteva "the rule of the law", come sembrerebbe dimostrare – è uno degli argomenti tradizionali – il giuramento con cui i giudici si vincolavano a giudicare "secondo le leggi e i decreti del popolo ateniese" (Eschine, 1. 170, 3.8, etc.)⁵.

L'importanza teorica di un simile dibattito è di tutta evidenza. Ed è significativo che sia stata acutamente percepita anche da studiosi del diritto antichi non specificamente specializzati nel campo del diritto greco. Penso, in particolare, a un autore come John Crook. Noto soprattutto per suoi importanti contributi al diritto romano, riflettendo sul problema che ci riguarda Crook non ha potuto non soffermarsi sulle prospettive aperte dalle "ridefinizioni del diritto greco"⁶: è giusto, si domanda Crook, pensare che siccome gli ateniesi "had no jurisprudence, did they not ... have any principles of law? Recent writers at every point when they have set out the social factors and you think they are about to get to the legal principles, just stop. I hear myself saying 'But surely a developed society does have legal principles, even if you can only deduce them from the practice'⁷?

Come accennavo, anche se non è possibile identificare *tout court* i sostenitori dell' esistenza del "rule of the law" con i giuristi, i problemi della "ridefinizione" del diritto greco fanno tornare di attualità – se mai fosse stata oscurata – la fondamentale importanza di quel travaso di esperienze tra studiosi di formazione diversa che è stata la caratteristica e la ricchezza dei nostri *Symposia*; che in questi decenni ci ha aiutato a crescere, e che, per ricordare le parole di Wolff, è essenziale perché la giusgrecistica continui ad avere una sua esistenza e un suo statuto autonomo⁸: e nel dir questo, Wolff pensava in particolare, anche se non solo, al confronto tra giuristi e non giuristi. Ebbene, il problema della ridefinizione del diritto greco conferma quanto questo confronto sia essenziale. Ciascuno di noi ha bisogno della competenza specialistica degli altri, i giuristi di quella degli storici e dei letterati, dei filologi e degli storici, gli storici e i letterati e i filologi della competenza dei giuristi.

Eccoci tornati al problema dell' insegnamento. Alla luce di tutto quanto abbiamo visto sulla situazione dei corsi di diritto greco nelle facoltà di giurisprudenza, questo confronto, in prospettiva, si presenta sempre più

⁴ Si vedano, in proposito, quantomeno Wolff (1963) e Meyer-Laurin (1965), Johnstone (1998).

⁵ Vedi ora (ancora non pubblicato al momento in cui questa comunicazione è stata presentata), l'importante contributo a cura di Edward Harris e Lene Rubinstein, *The Law Courts and the Courts in ancient Greece*, London, 2004.

⁶ J. Crook, *Legal History and General History* in *BICS* 41, 1996, 32.

⁷ P. 33.

⁸ Come ricorda D. Cohen, in *Greek Law: Problems and Methods*, in *Zeitschrift der Savigny Stiftung* 1984, pp. 83-84. Wolff, scrive Cohen, era un "outstanding traditional jurist who knew that if Greek law had to survive as a discipline, it could only do so by relating its findings to a more general historical and sociological context".

problematico. Da un canto infatti, con poche eccezioni, i cultori del diritto greco che operano nei paesi anglosassoni non sono giuristi. D'altro canto, come ho cercato di segnalare, la crisi degli insegnamenti giusgrecistici nell'Europa continentale, ove i corsi di diritto greco si tengono prevalentemente nelle facoltà di legge, sta portando a una diminuzione dei giuristi anche da questa parte dell'Oceano.

Conseguenza prevedibile dei due fenomeni concomitanti, se non riusciremo a invertire la tendenza alla "crescita zero" nelle università dell'Europa continentale, è che i *Symposia*, tra dieci anni, riuniranno professionisti della nostra materia certamente ad altissimo livello, che tuttavia non potranno più avvalersi del contributo dei giuristi.

Il problema – a me pare – è da valutare seriamente, e credo sarebbe opportuna una seria riflessione sui possibili modi per affrontarlo. Una possibilità che mi pare dovrebbe essere presa in considerazione è quella dei dottorati internazionali di ricerca, sul tipo di quello (il primo, in Europa), istituito grazie a una provvida iniziativa di Alberto Maffi, che riunisce in un "Dottorato internazionale di ricerca in diritto dell'antichità" l'Università di Milano Bicocca, quella di Parigi Sorbonne, quella di Graz e quella di Szeged.

Dottorati internazionali come questo, o altri, che potremmo e io credo dovremmo tentare di aprire, dove insegnano fianco a fianco giuristi e non giuristi, potrebbero essere la sede capace di offrire ai giovani la possibilità di confrontare i diversi approcci, apprendendo e perfezionando le tecniche e gli strumenti delle diverse discipline necessarie per essere un giusgrecista completo. Questi dottorati, insomma, consentirebbero ai giovani studiosi di completare la loro formazione secondo modelli che né le facoltà di legge né quelle di storia o di *classics* possono dare.

E vengo a una seconda proposta, che nasce da una constatazione che a mio giudizio sarebbe sbagliato sottovalutare. L'espansione della giusgrecistica nei paesi anglosassoni è più ampia di quanto appaia alla luce dei contributi scientifici alla materia. Lo stesso fenomeno può essere constatato se si getta lo sguardo sui paesi dell'America latina. Nel continente sia Nord sia Sud americano, accanto agli studiosi che si dedicano professionalmente alla materia, tengono corsi di diritto greco numerosi colleghi che vi si dedicano occasionalmente, o anche regolarmente, ma solo a livello didattico. L'analisi del *Syllabus* che alcuni di questi colleghi hanno gentilmente mandato, su mia richiesta, mostra che per molti di loro la nostra società è un punto di riferimento. Spesso infatti essi utilizzano e consigliano agli studenti manuali e libri scritti da frequentatori dei *Symposia*.

E non è tutto: da alcuni paesi dell'America latina, negli ultimi tempi giungono richieste di giovani studiosi, che desiderano trascorrere periodi di studio in Europa, per specializzarsi in diritto greco: a Milano, ad esempio, hanno chiesto di poter venire a studiare, nel prossimo anno accademico, due giovani studiosi argentini. Ebbene, a me sembra che questo diffuso, anche se non ancora "professionale" interesse per la nostra materia sia un segno positivo che dovremmo coltivare e

incoraggiare, coinvolgendo più direttamente questi colleghi nelle nostre attività. Così facendo, io credo, potremmo contribuire alla nascita di nuove professionalità, di cui il diritto greco ha estremo bisogno. Quali potrebbero essere i mezzi per ottenere questo coinvolgimento non è facile dire. La struttura seminariale che tradizionalmente i nostri *Symposia* hanno avuto, e che noi tendiamo a mantenere, rende difficile, per non dire impossibile, coinvolgere direttamente tutti questi colleghi nel nostro prossimo incontro. Ma forse qualche invito “selettivo” potrebbe essere preso in considerazione. Così come sarebbe molto utile un’ analisi sistematica e completa dei programmi dei corsi di diritto greco, delle facoltà e dei dipartimenti in cui vengono impartiti, della formazione di chi li tiene, del numero di studenti che frequentano i corsi. Con tutti i problemi che questo comporta, io credo sia giunto il momento di prendere in considerazione una maggior apertura all’ esterno, quale che sia la forma scelta per realizzarla.

Quelle che ho qui indicate sono solo abbozzi di ipotesi, dei cui limiti sono perfettamente consapevole: se le ho avanzate, è solo per segnalare la mia profonda convinzione della necessità di pensare i modi per reagire alla crisi che mi pare minacci seriamente la nostra disciplina.

QUELLENREGISTER

- 1.1 Griechische und lateinische Autoren
- 1.2 Lexikographen
2. Römisches Recht
3. Keilschriftrechte
4. Inschriften
5. Papyri, Ostraca, Tabulae

1.1 Griechische und lateinische Autoren

Aelian		1.23-24	101
<i>De natura animalium</i>		1.25-26	101
1.58	207 ³	1.26	93 ⁴ , 98 ²³
		1.27-33	101
Aesop		1.28	93 ⁴ , 95 ¹⁰ , 96 ¹⁷
<i>Vita G</i> 81	263 ³⁰	1.28-32	97
		1.29	96 ¹⁷ , 117 ²¹ , 119 ³³
Aeschines			
1.7	113 ³ , 114 ¹¹	1.33-34	102
1.7-8	101	1.35	102 ⁴²
1.9-12	101	1.40	94
1.9-14	113 ⁴	1.42	94
1.13	99 ²⁹ , 102, 103 ^{47, 50} , 105 ⁶¹	1.49	102 ⁴⁶
1.13-14	105	1.53-54	94
1.13-18	101	1.71-73	94
1.14	99 ²⁹ , 103 ⁵⁰ , 105 ⁶¹ , 113 ⁵¹	1.72	97 ²¹ , 99 ³⁰
1.15	107 ⁶⁸ , 115, 116 ²¹ , 117	1.81-85	93 ⁴
1.15-17	103 ⁵⁰ , 114 ⁶	1.89	99 ³⁰
1.18-21	101	1.108	117 ²¹ , 119 ³³
1.19	96 ¹⁷	1.119	118
1.19-20	95 ^{10, 11} , 97, 100 ³⁶	1.119-120	94, 105 ⁶⁰
1.19-21	114 ⁷	1.119-131	94
1.20	97 ^{20, 22}	1.135-136	102 ⁴⁶
1.21	97 ^{20, 22}	1.160	120 ³⁷
1.22	101	1.160-164	120 ³⁸
1.22-32	114 ⁸	1.165	95 ¹¹ , 118, 120 ³⁷
1.22-34	102	1.185	117 ²¹ , 119 ³³
1.23	102	1.195	119
		2.93	61
		2.126-128	201 ⁶⁷
		2.144	94

2.154	104 ⁵⁶	Antiphon	
2.180	94	4.1.4	128 ²²
3	53, 56	5.10	95 ¹⁴
3.12	54	6.32	198 ⁴⁴
3.18	53	6.34-39	98 ²⁷
3.13	55	6.37	70
3.13-31	29	6.42	192 ⁷
3.14	31f., 36, 38f., 41	6.49	159
		Tetralogie 4.8	201 ⁶⁷
3.14-16	55		
3.14a	28 ²	Aristoteles	
3.14b	28 ²	<i>Athenaion Politeia</i>	
3.19	33 ¹¹	3.5	191 ²
3.24	38	3.88	221 ⁵²
3.27	28 ² , 30, 36f., 39, 41, 44, 44 ⁵³	3.105	221 ⁵⁴
		4.4	184 ⁵¹
		22.7	155
3.28	30	23.1	184 ⁵¹
3.29	28 ² , 30f., 35, 41	25.2	184 ⁵¹
		26.3	108 ⁷⁴
3.29-30	55	37.2	165
3.30	31 ⁵ , 40 ⁴⁴	42.1	100 ³³ , 102 ⁴⁵
3.31	40, 55	42.5	103 ⁴⁹
3.51	61	43.1	34
3.135	201 ⁶⁴	43.2	40 ⁴⁴
3.189	201 ⁶⁴	44,1	258 ⁷ , 282
3.212	61	46.1-2	40 ⁴³
3.217	201 ⁶⁴	46.2	40, 40 ⁴⁴
3.225	201 ⁶⁴	47.2	144, 146, 154f., 163f.
3.252	178 ³⁴		
3.255	201 ⁶⁴	48.4	215
		48.5	27 ¹
Aischylos		50.2	106 ⁶⁵
<i>Perser</i>		52.1	27 ¹
238	155	52.1 (bis)	27 ¹
		52.2	48
Alciphron		52.2-3	194 ¹⁸
I 9, 1-2	220 ⁴⁸	52.3	27 ¹
		53.2	194 ²³ , 266 ⁴⁴ , 282, 311
Andocides			
1.7-79	101 ³⁷	53.3	27 ¹
1.71	95 ¹⁴	54.2	27 ¹ 31, 31 ⁴
1.71-80	100 ³⁷	55.3	318 ¹³
1.75	100 ³⁶	55.1	27 ¹
1.84	189	55.2	99 ²⁸
1.99	95 ¹¹ , 197 ³⁵	56.3	49 ⁷¹
1.101	197 ³⁸	56.6	191 ²
3.8	253 ²⁰	56.6-7	27 ¹
		57.1	28 ²
		57.2	176

57.4	27 ¹	1106	144, 150
58.3	27 ¹	<i>Ekklesiazusae</i>	
59.4	27 ¹	522	108 ⁷⁷
59.6	27 ¹ , 47 ⁶⁶	<i>Equites</i>	
59.5	128, 130, 157	362	142
60.1	168	942ff.	282
60.2	169, 175, 182 ⁴⁶ , 187f.	946ff.	259 ¹⁴
60.3	169, 179 ³⁷	<i>Nubes</i>	
61.1	27 ¹ , 49, 49 ⁷¹	1005-1008	167 ⁴
62.3	39 ³⁷	<i>Plutos</i>	
67.1	164 ⁵	153-159	94 ⁸
<i>Ethica Nicomachea</i>		<i>Ranae</i>	
1148b30	116 ²¹	1068	216
<i>Historia animalium</i>		<i>Thesmophoriazenses</i>	
V 17, 549b	221 ⁵⁴	425f.	283
V 15, 547a5-6	221 ⁵²	476-89	108 ⁷⁷
IV 8-534b	207 ³	<i>Vespae</i>	
VII 20, 602b-603a	207 ³	583ff.	282
<i>Oeconomica</i>		587	102 ⁴⁵
II 2, 3a, 1346b	208, 229	656-660	155
<i>Politeia</i>		Athenaios	
1321b18-27	33 ¹²	3.88f.	221 ⁵²
1252b	322 ²⁸	3.92d	221 ⁵³
1252b	318 ¹¹	3.135a	220 ⁴⁹
1257b	328 ²⁶	6.227	216
1258b27-35	160	13.569de	106 ⁶⁴
1322b19	250 ¹²		
IV 15, 2-3	235 ¹¹	Cassius Dio	
VI 8, 18-19	235 ¹¹	51.8.3	180
<i>Rhetorik</i>		53.30.2	263 ³⁴
1347a1	200 ⁵⁷		
1354a14	194 ²⁰	Cicero	
1365a	220	<i>Flacc.</i>	
1374b20	195 ²⁵	36	255 ²
1374b36	198 ⁴¹	36f.	274
1375b9-10	75 ¹⁶		
1376b8-9	75 ¹⁶	Curtius Rufus	
1418b 40-1419b1	196 ³⁰	X 5,4	264 ³⁵
1419a-1419b1	197 ³⁹	X 6,5	264 ³⁵
<i>Rhetorica ad Alexandrum</i>		Deinarch	
1444b8-20	196 ³⁰	1.62f.	178 ³⁵
1445a7	198 ⁴⁶	1.9	178 ³⁶
1445a30	198 ⁴³	1.23	104
Aristophanes		1.83	178 ³⁵
<i>Acharnenses</i>		3.4	74 ⁷ , 86 ⁶
901	220 ⁴⁹	LXXXVI Conomis	149
<i>Aves</i>			
76	220 ⁴⁹		

Demosthenes		24.154	75 ²⁵
1.22	223	24.177ff.	184 ⁵⁰
13.16	77 ²⁵	24.181	95 ¹¹
18	56, 98 ²⁶	25.47	59
18.14	128 ²²	26.9	57, 77 ²⁵
18.111	54	27	291
18.112	56	27.21	79 ⁴²
18.124	196 ³² , 197 ³⁴	27.49-51	194 ²²
18.248	39, 39 ³⁵ , 42 ⁵⁰	27.51	197 ³⁶
18.250	266 ⁴²	27.58	79 ⁴³
18.255-6	198 ^{48d}	27.59	197 ³⁶
18.266	57	28.17	49 ⁷¹
19.196-198	104 ⁵⁶	33	139 ⁹
19.211	33 ¹¹	33.1	71 ¹³
19.241-244	94	33.7f.	291 ²¹
19.283-284	100	33.12	79 ^{41,43}
19.283-286	94	33.27	291 ²¹
19.284	94 ⁵	34.30	79 ⁴³
19.295	239 ³⁴	34.31	79 ⁴¹
20	53	35.11	286 ⁴
20.145	59	36.27	96 ¹⁶
21	65, 69	36.34	197 ³⁶
21.47	46, 63	37 Hypoth.	130 ²⁶
21.49	104 ⁵³	37	128, 162
21.94	134 ²	37.2	130
21.95	94 ⁶	37.22	147ff., 163
21.103	65, 69f.	37.24	163
21.139	65	37.27	290 ¹⁷
21.176	48 ⁶⁷	37.28	163
22.17	40 ⁴³ , 41	37.33	129, 131, 191 ⁴
22.21	97 ²³	37.33-34	138
22.26-27	131 ²⁸	37.35	134
22.27	28 ²	37.35-36	129f.
22.41	197 ³⁶	37.35-38	144, 157
22.56	105 ⁶⁰	37.36	126
22.58	116 ²¹	37.50	163
22.69ff.	184 ⁵⁰	39.17	266 ⁴³
22.73	95 ¹¹	39.39	338 ¹⁰⁹
23	98 ²⁶ , 115 ¹⁴	40.52	148
23.32	77 ²⁴	42	74, 74 ⁶ , 79
23.53	109 ⁷⁸	42.3	123, 125,
23.80	95 ¹⁴		148 ²⁸ , 156
24.2	75 ²⁵	42.12	74 ⁶ , 78, 86 ^{6f.}
24.79	75 ²⁵	42.13	79 ³⁵
24.102	75 ²⁵	42.14	79 ³⁶
24.117	75 ¹⁶	42.20	124
24.117	77 ²⁴	42.32	124, 134,
24.126	95 ¹¹		148 ²⁸
24.144	201 ⁶²	43	320 ²²
24.148	75 ²⁵	43.51	320f.

43.71	181 ⁴⁴	58.34-35	61
43.75	35 ²¹ , 45 ⁵⁷ , 46	58.69	60
45.3-5	63	58.88	197 ³⁶
45.9	192 ¹⁰	59	106
45.16	201 ⁶⁶	59.16	108 ⁷⁵
45.88	197 ³⁶	59.17	108 ⁷⁵
46.7	196 ³³	59.27	290 ¹⁷
46.10	196 ³³	59.47	106 ⁶⁷
46.24	75 ¹⁶	59.53	59
47.16	266 ⁴³	59.54	59
47.24-27	50	59.65-67	109
47.68-72	137 ⁷	59.67	105 ⁵⁹
47.77	74, 86 ⁶	59.68-69	59
48	185	59.79-83	178 ³⁶
48.10	80 ⁴⁹	59.80	61,
48.11	74, 74 ¹¹ ,		177 ³¹ , 178 ³²
	80 ^{52,53} , 86 ⁶	59.83	178 ³²
48.46	79, 79 ⁴³	59.85-87	95 ¹⁴
48.54	74, 74 ¹¹ , 80 ⁵⁰ ,	59.109	178 ³²
	81, 81 ⁵¹ , 86 ⁶	59.119	201 ⁶³
48.9	80 ^{49,51} , 81	63.51	331 ⁴⁸ , 334 ⁸⁶
50.1	77 ²⁴		
50.55	286 ⁴	Diodor	
53.1	57	1.79	341 ¹
53.10	286 ⁴	4.39	326 ¹⁶
53.16	105 ⁵⁷	16.14.3	184
53.22	192 ⁶	16.23ff.	248 ⁴
53.24	266 ⁴⁵	16.23.5	239 ⁴²
54.26f.	266 ⁴³	16.23.6	239 ³⁸
56.2	74, 86 ⁶ , 118 ³²	16.24.1	239 ³⁸
56.4	71 ¹³	16.24.5	239 ³⁸
56.14-15	79 ⁴¹	16.27.3	239 ³⁸
57.43	107 ⁷¹	16.30.1	184
57.56	77 ²⁵	16.36.1	184
57.69	107 ⁷¹	17.117.3	264 ³⁵
58	59, 62f., 65	18.2.4	264 ³⁵
58.5-6	60	24.5	237 ²³
58.6	60, 68		
58.8	61, 191 ⁵	Diogenes Laertius	
58.10	70	1.57	282
58.10ff.	69		
58.10-11	61, 66	Dionysius Halicarnassensis	
58.11	58	<i>Deinarchos</i>	
58.12	60, 70	12	130 ²⁷
58.13	60	13	130 ²⁷
58.14-22	60		
58.24	60	Fr. Gr. Hist.	
58.28-29	60	362 F 2	209 ⁹
58.30-32	61		
58.33	61		

Gorgias			Isokrates	
<i>def. de Palamede</i>			15.45-46	198 ⁴⁷
22	198 ⁴⁴		17.33f.	265 ⁴¹
			18.24	74 ⁸
Herodot			18.24f.	86 ⁶
5.82	182		18.25	74 ⁸
6.74-84	176 ²⁷			
6.66	176 ²⁷		Iustinus	
7.133-137	176 ²⁷		12.15.12-13	264 ³⁵
7.144	155		43.5.12	264 ³⁴
8.36-38	183			
8.55	167 ¹		Josephus	
8.105f.	176 ²⁷		<i>Antiquitates Iudaicae</i>	
			XII 227	269 ⁵⁶
Hieronymus			XVI 191	264 ³⁷
<i>Contra Iohannem Hierosolym.</i>			XVII 228	264 ³⁷
19	402 ⁷²		XVII 195	264 ³⁷
			<i>Bellum Iudaicum</i>	
Homer			I 473	264 ³⁷
<i>Odyssee</i>			I 667-669	264 ³⁷
II 332ff.	319 ¹⁸		II 24	264 ³⁷
XVI 384ff.	319 ¹⁸		<i>contra Apionem</i>	
<i>Hymnus Hephaist.</i>	155		2, 267	179 ³⁸
Hypereides			Libanius	
2.12	71		<i>De patrociniis</i>	
3.3	106 ⁶⁵		4-5, 23	377
3.34	122, 148, 151,			
	165		Lykurgos	
3.35	130		4	128 ²²
3.35-36	125		20	200 ⁵⁷⁸
3.36	122 ⁶ , 149		52	178 ³⁴
5.15	88 ¹⁴			
4.	79 ⁴²		Lysias	
4.13	74 ⁵		1.4	108 ⁷⁷
			1.16	116 ¹⁷
Isaios			1.23	108 ⁷⁷
3.76	107 ⁷¹		1.25	108 ⁷⁷
3.79	107 ⁷¹		1.26	116 ¹⁷
5.32	195 ²⁶		1.31	108 ⁷⁵
6.12	192 ⁸		1.32	107 ⁷⁰
6.13	192 ¹¹		1.32-33	109 ⁷⁸
6.15	192 ¹²		1.38	108 ⁷⁷
6.16	201 ⁶¹		1.40	108 ⁷⁷
8.18	107 ⁷¹		3	103 ⁴⁶ , 106
8.20	107 ⁷¹		3.5	106
9.28-30	200 ⁵⁹		3.22	118
10.1	193 ¹³		3.29	103 ⁴⁸
11	320 ²¹		3.31	106
			3.33	103 ⁴⁸

3.42-43	97 ²²	Notitia dignitatum	
4.8	106	31,23	402
4.9	106, 106 ⁶⁶		
4.19	106 ⁶⁶	Oppianus	
6.12	62	<i>Halientica</i>	207 ³
7	187ff.		
7.2	170f., 174 ¹⁷ , 182 ⁴⁷	Pausanias	
	171 ⁹ , 198 ⁴²	1, 28, 7	178 ³⁶
7.4	172 ¹² , 182 ⁴⁷	2, 28, 7	254 ²⁶
7.5	171 ⁹ , 188		
7.6	178 ³⁶ , 182 ⁴⁷	Philarch	
7.7	171 ⁹	(FrGrHist. 81 F 45)	223 ⁵⁷
7.9-10	173 ¹⁴	Philemon	
7.9-11	172 ¹² , 182 ⁴⁷	<i>Adelphoi</i>	
7.10	171 ⁹	fr.3,7	106 ⁶⁴
7.11	171		
7.14	175 ²²	Philo	
7.15	96 ¹⁶	<i>Spec. leg.</i>	
7.17	171, 173 ¹⁵	4.57	149
7.19	171		
7.21	188	Philostratos	
7.24	167	<i>Imag. I 13, 7-10</i> 207 ³	
7.25	167 ⁵		
7.25f.	170	Plato	
7.26	171	<i>Apologie</i>	
7.27	171, 172 ¹² ,	22e	198 ⁴⁹
7.28	173 ^{14, 16}	23c	198 ⁴⁹
	178 ³⁶	26d	199 ⁵¹
7.29	172	27a	198 ⁵⁰
7.31-32	175, 175 ²²	<i>Kriton</i>	
7.32	175	52e	74 ¹⁰
7.41	105 ⁵⁹	<i>Nomoi</i>	
10.19	199 ⁵²	220d	74 ¹⁰
12.24-26	199 ⁵³	740b	318 ¹³
12.34	100 ³³	766d-e	194 ²¹
13.10	200 ⁶⁰	824a	207
13.32-33	96 ¹⁶	855e-856a	196 ²⁸ , 266 ⁴⁷
13.83	193 ¹⁴	856a	282
13.85	46 ⁶⁴	862d	183
15.2-3	101 ⁴⁰	863a	183
21.4	199 ⁵⁴	874c4	115 ¹⁴
22.5	199 ⁵⁵	922a f.	318 ¹³
22.8	95 ⁹	957b	266 ⁴⁷
24.13	99 ³²	<i>Sophistes</i>	
26.6	100 ³³	225b	202 ⁶⁹
26.14-15		232b	202 ⁶⁹
c. Antigenem (Lex. Cantabrig.)	64	<i>Symposion</i>	
		196 c	86 ⁶
		196c 2-3	75 ¹⁵

Plinius		Dem. Olynth I 22	223
<i>Naturalis Historia</i>		Hom. Ilias XXI 203	216
25.98	207 ³	Soph. OC 701	167 ⁴
25.116	207 ³		
Plutarch		Solon	
<i>Aisch.</i>		Fr. 1 (Gentili-Prato)	155
840c2-4	94 ⁷	Sophokles	
<i>Alex.</i>		<i>Aias</i>	
9,1	264	172ff.	176 ²⁷
<i>Apopht. laconiens</i>		186	176 ²⁷
221a11-b3	194 ¹⁹	Strabo	
<i>Arat.</i>		9.3.1	274
38,1	261 ²¹ , 263 ³³ , 275	7.6.2	214
<i>Cam.</i>		11.2.4	215 ²⁸
19	39 ³⁴	Testamentum Novum	
<i>Dem.</i>		Lukas Ev.	
15	94 ⁷	II 1-3	329 ⁴⁰
<i>Ethica</i>		Testamentum Vetus	
843d	149	I Mac.	
843d-e	128	12	269 ⁵⁶
<i>Perikl.</i>		Theophrastus	
32	179 ³⁸	Fr. 636 C	62, 67f.
<i>Prob. Rom.</i>		Thucydides	
288 e-f	324	1.129	269 ⁵⁷
<i>Sol.</i>		1.132.5	283
23	105 ⁵⁹	2.13	252 ¹⁷⁹
23.1	114 ¹²	2.13.3-5	145, 247 ³
<i>Them.</i>		2.13.5	248 ³
31	35 ²¹	2.65.11	239 ³⁴
Polybios		3.70.4	180
4.7.10	261 ²¹ , 263 ³³ , 275	3.81-81	183
4.25.8	239 ⁴³	4.98.2	233 ⁴
6.56.13	255 ¹	5.53.1	241 ⁵³
9.33.4	241 ⁵⁴	6.89.4	239 ³⁴
16.22.2	264	8.98	198 ⁴²
16.22.11	264	Vita S. Parthenii	
Rhetorik an Herrennius		PG 114, 1357	
I 22	191 ³	9	221 ⁵²
Scholion zu		Xenophon	
Ar. Nubes 1005	167 ⁴	<i>Ath. Pol.</i>	
Dem. 21, 114f.	177 ³¹	3.4	99 ³²
Dem. 21, 115	178 ³⁶		
Dem. 22.3	67, 69 ⁸		

<i>Hellenica</i>		<i>Poroi</i>	
2.3.52	183	1.3	228 ⁷⁰
3.2.31	239 ³⁸	1.5	142 ⁴
5.1.23	223 ⁵⁷	3.2	142 ⁴
5.4.1	183	4.1	155
7.1.39	269 ⁵⁷	4.1-52	142 ⁴
7.4.28	239 ³⁸	4.7	145
7.4.33f.	184	4.40	229
7.4.35	239 ³⁸	4.49	152, 155, 164
<i>Memorabilia</i>			
2.1.30	116 ²¹		

1.2 Lexikographen

Bekker		S. 432	149
Anecdota Graeca			
I 184.27-28	122	Photios	
I 315.16-18	127	Lex. α 255	122
s.v. gnomones	167 ⁵	s.v. μορία ἐλάαι	167 ⁴
Harpocration		s.v. μεσοκρινεῖς	156
s.v. διαγραφή	149 ³⁴	s.v. Κύννειος	209 ⁹
s.v. σηκός	172 ¹¹	Pollux	
s.v. isoteles	104 ⁵⁶	8.52-53	71 ¹⁴
Hesych.		9.17	167 ³
s.v. ἀστή ἐλαία	167 ³	Suda	
Lex. Cant.		Lex. φ 125	127
25.15-17	127	Lex. α 345	123
Lysias c. Antigenem	64	s.v. ἀγράφου	
Lex. Rhet.		μετάλλου δίκη	148, 151, 162 ²
315.16-18	127	s.v. διαγραφή	149 ³⁴
Lex. Seg.		s.v. Karanos	104 ⁵⁶
S. 287	156	s.v. Κυνήειος	209 ⁹
S. 205	156	s.v. μορία	167 ⁴
		s.v. σηκοί	167 ⁴

2. Römisches Recht

Basilika		3, 13, 3	409f., 414
60, 25, 6	421	3, 13, 5, 1	411
Codex Iustinianus		3, 13, 6	379, 389, 389 ³³ , 404f.,
1, 26, 2	414		412
1, 46, 2	380, 412	3, 23, 2	380 ¹¹
3, 13, 1	409f.	3, 25, 1	380 ¹¹

3, 26, 8	410	Digesta	
3, 28, 18	346	2, 14, 1, 3	85
4, 65, 35, 1	401 ⁶⁹	19, 2, 25, 6	371 ²⁰
5, 13, 1, 5	423	23, 2, 22	344
5, 17, 4	346	24, 2, 4	346 ¹⁰
5, 17, 5	346	47, 2, 73	390 ³⁷
7, 62, 32, 1	380 ¹²	49, 16, 2 pr.	376
7, 62, 38	380 ¹²	49, 16, 13, pr.	401 ⁶⁹
7, 67, 2	380 ¹²		
8, 46, 6	338 ¹¹⁰ , 343	FIRA	
8, 47, 10	342	I ² 104 (lex metallis dicta Vipasc.)	151, 164
8, 47, 11	342		
9, 2, 8	382, 382 ¹⁹ , 386f.	Gai Institutiones	
9, 3, 1	379	2, 109-110	334 ⁸¹
9, 38, 1	421	3, 135	86
11, 78, 1	421		
12, 22, 1	382 ²⁰	Iustiniani Institutiones	
12, 36, 18	402 ⁷⁴	1, 11, 2	342
12, 36, 18, 1-4	380 ¹¹		
25, 5, 1	346	Lex Romana Visigothorum	
		App. II 1	416 ⁶
Codex Theodosianus		Novellae Iustiniani	
1, 21, 1	412	44	426
2, 1, 1	410f.	73	431, 431 ²⁰
2, 1, 2	378f., 387, 410ff., 414	Novella Marciani	
2, 1, 9	403, 411f., 414	2, 5-7	380 ¹¹
6, 29, 1	382 ²⁰ , 387	Novella Theodosii	
7, 20, 4	377 ⁷	4	380 ¹¹
9, 2, 2	379	Scholia Sinaitica	
9, 31-35	422	1, 2-3	424
9, 32, 1	421		
9, 34, 9	421		
9, 34, 10	421		
12, 1, 56	377 ⁷		
12, 7, 1	421		
		3. Keilschriftrechte	
Codex Hammurabi		42-66	13 ⁸
1-5	13 ⁸ , 22	47	10 ⁴
5	10 ⁴ , 11, 11 ⁵	48	10 ⁴
6-25	13 ⁸	52	10 ⁴
7	10 ⁴	76ff.	13 ⁸
10.33-11,23	16	104	10 ⁴
26-41	13 ⁸	105	10 ⁴
37	10 ⁴	111	13 ⁸

112-126	13 ⁸	229-230	11
122	10 ⁴	264	10 ⁴
123	10 ⁴	278-282	13 ⁸
127-194	13 ⁸		
128	10 ⁴	E8	10 ⁴
150	10 ⁴	E11	10 ⁴
151	10 ⁴	E14	10 ⁴
165	10 ⁴	E15	10 ⁴ , 15
171b	10 ⁴	E18	10 ⁴
177	10 ⁴	E19	10 ⁴
178	10 ⁴		
179	10 ⁴	NCTU	
182	10 ⁴	Nr. 1	315
183	10 ⁴		
185-193	17ff.	KB	
185-193	23	IV 316	315
187	24 ⁸		
192	17 ¹⁴	Ztschr. für Assyrologie 3, 1888, N3.	
193	17 ¹⁴	13	315
195-214	13 ⁸		
215-277	13 ⁸		

4. Inschriften

Ager, Interstate Arbitrations		18, 74	158
21	260 ¹⁷ , 267 ⁵⁰	18, 84	158 ⁶⁸
71 II	267 ⁵⁰	19, 26-30	146
80	210 ¹² , 227	26, 93	147
83	268 ⁵³	26, 200-251	158
109	268 ⁵³	26, 223-227	156
138	211 ¹³ , 226 ⁶⁶	26, 227-230	158 ⁶⁸
143	241 ⁵⁰	26, 227-251	158
146	241 ⁵⁰	26, 474-475	152 ⁴³
158 II	234 ⁷	26, 474-477	146
159 II	268 ⁵¹	26, 483-485	143
164	242 ⁶⁰	27, 19-20	158
p. 518 Nr. 18	240 ⁴⁷	27, 61	158
		27, 76	158
Agora		29, 7-13	156
<i>I</i>		38, 5-9	147 ²⁴
7495	152, 155 ⁵⁹	44, 8-14	147 ²⁴
<i>XIX L</i>		51, 5-6	147 ²⁴
7	174 ¹⁹		
<i>XIX P</i>		Année epigr. 1998	
5, 40-83	158	1257	321 ²⁶
5, 47-51	147		
5, 47-83	158	BCH	
5, 72-76	156	35, 1911, 31	269 ⁶⁰
18, 17	158	122, 1998, 143ff.	310 ¹⁷

BE		3.17-37	13 ⁹
2000, 298	147 ²⁴	3.20-21	10 ³
		3.29-30	10 ³
Bengtson Staatsvertr.		3.37-40	13 ⁹
482	303f.	3.40-44	13 ⁹
		3.44-4.8	13 ⁹
Bronze Pappadakis		4.8-17	13 ⁹
s. IG IX 1 ² 3, 609		4.11	10 ³
		4.18-23	13 ⁹
Chaniotis		4.23ff.	319
28	307	4.23-5.1	13 ⁹
64	217 ³⁸ ,	4.30-31	10 ³
	227 ^{67, 68}	4.31-46	331 ⁴⁹
69	225 ⁶⁰	4.31-48	319
p. 327	242 ⁶⁰	4.43	331 ⁵⁴
p. 329	242 ⁶⁰	4.46	10 ³
		4.48	10 ³
Chiron		4.51	10 ³
33, 2003, 379	262 ²⁷	5.1-9	13 ⁹
		5.4-6	12
Crampa		5.9f.	317 ⁸
1	241 ⁵⁶	5.9-13	331 ⁴⁹
3	241 ⁵⁶	5.9-25	319
5	233 ⁴	5.9-27	334 ⁸⁶
		5.9-54	13 ⁹
F. Delphes		6.1-2	13 ⁹
<i>III 4</i>		6.2-46	13 ⁹
352	275	6.14-16	10 ³
		6.31	10 ³
Finley		6.46-56	13 ⁹
1	286 ⁴	6.56-7.10	13 ⁹
2	286 ⁴	7.10-15	13 ⁹
3	74 ¹²	7.15-8.30	13 ⁹
112	74 ¹²	7.47-48	10 ³
113	74 ¹²	8.10	10 ³
114	74 ¹²	8.25-26	10 ³
115	74 ¹²	8.29-30	10 ³
		8.30-9.1	13 ⁹
Gortyn Code		8.35-36	10 ³
1.2-2.1	14f.	8.40	10 ³
1.2-2.2	13 ⁹	8.40-42	24 ¹⁰
1.46	10 ³	8.54	10 ³
1.51-55	22, 24 ⁸	9.1-24	13 ⁹
1.55	10 ³	9.16	10 ³
1.56-2.2	22	9.24	10 ³
2.2-10	13 ⁹	9.24-40	13 ⁹
2.11-16	13 ⁹	9.40-43	13 ⁹
2.16-20	13 ⁹	9.43-10.?	13 ⁹
2.20-45	13 ⁹	10. ?-25	13 ⁹
2.45-3.16	13 ⁹	10.25-32	13 ⁹

10.33-34	24	IG	
10.33-11.32	13 ⁹	<i>I</i> ²	
10.43f.	318 ¹³	66	258 ⁹
10.45	10 ³	204	258 ⁷
10.46	10 ³	377	215
11.18-19	24	1635	249 ⁷
11.19-23	24 ⁹	<i>I</i> ³	
11.20	10 ³	34	258 ⁹
11.24-25	13 ⁹	82	35 ²¹ , 154
11.26-31	13 ⁹	90	153
11.27-29	10 ³	236	29, 49ff.
11.31-12.19	13 ⁹	369	249 ⁷
12.1-4	10	444, 249-250	154
12.2-3	10 ³	445, 294-295	154
12.5	10 ³	464, 103-104	154
12.9	10 ³	465	154f.
12.14	10 ³	1141	158 ⁶⁷
		1453	33 ¹³ , 46,
Herzog, Koische Forsch. 1899,			153ff.
190	268 ⁵⁴ , 273	<i>II</i>	
		443	273
Hesperia 5, 1936, 393-404		834	32 ⁷
Nr. 10 col. IV 142ff.	175 ²⁰	<i>II</i> ²	
		43	286 ⁴
HGIÜ		111	46 ⁶¹
<i>II</i>		123	34 ¹⁶ , 35 ²⁵
262	252 ¹⁷	141	259 ¹³
		204	179, 262 ²⁹ ,
ICret.			265 ⁴⁰
<i>I, VIII</i>		223	35 ²³
11	273, 275	236	41 ⁴⁷
<i>II, I</i>		244	28, 34f., 35 ²⁰ ,
2 A	273, 275		37f., 40 ⁴² ,
<i>IV</i>			41ff., 42 ⁴⁹ ,
72 (s. Gortyn Code)			43 ⁵² , 50, 51 ⁷⁵ ,
197	312		54
		251	35 ²⁴
IDelos		334	174 ¹⁹
3-5,		337	252 ¹⁷
1416 Face B, col. 41	290 ¹⁷	338	34f.
98	249 ⁷	398b	46 ⁶²
353	226 ⁶⁴	404	46 ⁶¹
354	226 ⁶⁴	410	35 ²⁵
502A 22/3	45 ⁵⁸	411	162, 164f.
503	296	466	47 ⁶⁶
		496	27 ¹
IEph.		507	27 ¹
4	287 ¹⁰	653	34 ¹⁶
201	264 ³⁶	1006	239 ⁴⁰ , 242 ⁵⁸
217	316	1012	34 ¹⁴

1013	34 ¹⁴	<i>IX I² 3</i>	
1128	46 ⁶¹	609	319 ¹⁵ , 320f., 320 ²⁴
1186	35 ²³		3, 320 ²⁴
1205	35 ²⁴	718	275
1229	35 ²⁶	748	
1251	35 ²⁵	<i>IX I² 4</i>	
1258	35 ²⁴	789	285
1273	35 ²⁶	790	285
1362	180 ⁴²	791	285
1388	257 ⁶	792	285
1408	257 ⁶	798	295 ⁶
1409	265 ³⁸	<i>IX 2</i>	
1443	153, 265 ³⁸	1109	266 ⁴⁶ , 275
1445	265 ³⁸	<i>XI</i>	
1453	265 ³⁸	1065	268 ⁵³
1617	41 ⁴⁶	<i>XI 2</i>	
1622	40 ⁴³ , 41 ⁴⁶	150 B	260 ¹⁹
1627	41 ⁴⁶	154 B	260 ¹⁹ , 261 ²¹
1628	41 ⁴⁶	161 A	293 ¹
1629	29, 41 ⁴⁶ , 49, 51	161	295 ⁵
1631	31, 35 ²⁰ , 40 ⁴³ , 41 ⁴⁶ , 50	162	295 ⁵
1632	40 ⁴³ , 41 ⁴⁶	203 B	261 ²¹
1658	40 ^{40, 41}	287	226 ⁶⁴ , 295 ⁵
1658-9	39 ³⁷	<i>XII 3</i>	
1659	40 ⁴⁰	91	269 ⁵⁷
1660	40 ⁴⁰	172	269 ⁵⁹
1660-1	39 ³⁷	322	275
1661	40 ^{40, 41}	Suppl. 258	273, 275
1678	40 ⁴³	<i>XII 5</i>	
2336g	34 ¹⁴	108	180 ⁴⁰
2758	286 ⁴ , 287 ¹⁰	599	273, 275
2759	286 ⁴	653	274f.
4214	51	823	273, 275
Add. 834b	32 ⁷	830	273, 275
<i>IV I²</i>		833	273
123	219 ⁴⁵	835	273
<i>V 2</i>		836	273
6A	45 ⁵⁸	840	273, 275
<i>VI</i>		Suppl. 248	273
1144	239 ⁴⁴ , 240 ⁴⁵	<i>XII 6 1</i>	
<i>VII</i>		172	289 ¹⁴ , 290 ¹⁸
3073	45 ⁵⁸ , 46 ⁶¹	<i>XII 7</i>	
4135	241 ⁵⁵	32	273
<i>IX 1</i>		228	273, 275
226	290 ¹⁷	237	275
227	290 ¹⁷	245	275
228	290 ¹⁷	515	297 ¹⁰
		<i>XII 9</i>	
		4	274
		p. 162 nr. 6	273

IGLS		ISmyrna	
<i>VII</i>		<i>II I</i>	
4028	316 ⁵	573	262 ²⁸ , 269 ⁵⁸ , 275
IGR		581	269 ⁵⁹
<i>IV</i>		Le Gue-Pollet	
1712	264 ³⁶	63	218 ⁴²
1756	268 ⁵⁵ , 274		
IK		Lefevre	
25, 5	214 ^{20, 22}	p. 246ff.	241 ⁵⁷
25, 6	214 ²¹		
IK Iasos		LSCG	
82	305	32	238 ²⁹
IK Mylasa		37	180 ⁴²
213	294 ³	61	239 ⁴⁴ , 240 ⁴⁵
214	294 ³	73	241 ⁵⁵
802	240 ⁴⁹	96	215 ²⁷ , 218 ⁴²
805	294 ³	111	180 ⁴⁰
806	294 ³	150 A	180 ⁴¹
807	294 ³	150 B	180 ⁴²
809	294 ³	168	209 ¹⁰
814	294 ³	Magnetto	
823	290 ^{17, 18}	14	216 ³⁴
826	290 ¹⁷	69	220 ⁴⁶ , 225 ⁶²
828	290 ^{17, 18}	Maier	
830	290 ¹⁸	70	216 ³¹
841	294 ³	Michel	
IKnidos		239	308 ⁹
221	204 ⁴	417	305 ³
IMagnesia		1225	211 ¹³
1	269 ⁵⁸	Migeotte	
IPArk		16	236 ²⁰
1	317 ⁸ , 318, 320 ²⁴	17	236 ²⁰
17	313	28	236 ²⁰ , 238 ³⁰
IPriene		29	288 ¹³ , 290 ¹⁷
356	261 ²⁵ , 273	44	236 ²⁰
ISestos		59	216 ³⁴ , 236 ²⁰
1	270 ⁶¹	87	216 ³¹
		Milet	
		<i>I</i>	
		38	273
		<i>VI I</i>	
		154	273

148	268 ^{51, 53}	21.519	35 ²⁶
		23. 305	275
Millett		26. 72	29, 42, 48
12 A	75 ¹³ , 86 ⁶	26. 677	273
		28. 103	143
Nomima		28. 204	158 ⁶⁷
<i>I</i>		29. 155	158 ⁶⁷
43	331 ⁴⁸	29. 771	273, 275
<i>II</i>		29. 1130 bis	267 ⁵⁰
11ff.	319 ¹⁹	30. 61	28 ² , 35 ²⁵ , 45 ⁵⁷
48	331 ⁴⁹ , 334 ⁸⁶	30. 61 B	265 ³⁹
49	331 ⁴⁹	32. 233	158 ⁶⁷
		33. 1041	240 ⁴⁸
OGIS		34. 167	75 ¹³ , 86 ⁶
229	269 ⁵⁸	34. 171	158 ⁶⁷
339	270 ⁶¹	35. 104	51
		35. 665	240 ⁴⁷ , 267 ⁴⁸
Olympia		35. 1845	240 ⁴⁷
52	268 ⁵¹	37. 77	162 ⁴ , 165
		38. 655	263 ³² , 273,
Pesaro		39. 622	263 ³² , 273
frgm. Z	265 ³⁸	39. 651	263 ³²
		48. 96	154 ⁵²
Pugliese Caratelli		48. 149	147 ²⁴
ASAA 45-46, Nr.1	213 ¹⁹	48. 1093	260 ¹⁷ , 275
		49. 1115	273
Robert		49. 1116	273
1945, 10	238 ³²		
		SGDI	
Rousset		<i>II</i>	
p. 250ff. B	242 ⁵⁹	1348	326 ¹⁷
		1803	326 ¹⁷
Sardes		1935	326 ¹⁷
<i>VII I</i>			
8	268 ⁵⁵ , 274	Syll.³	
		4 B	216
Schmitt Staatsvertr.		46	209 ⁷
523	224	91	282
551	212 ¹⁵	185	259 ¹³
552	212 ¹⁵	204	262 ²⁹ , 265 ⁴⁰
		280	252 ¹⁷
SEG		307	213
9. 1	328 ²⁷	344	260 ¹⁷ , 267 ⁴⁹
10. 87	153	511	305 ³
12. 8	178 ³⁵	524	217 ³⁸ , 227 ⁶⁷
12. 377	260 ²⁰	572	269 ⁵⁷
12. 378	260 ²⁰	588	268 ^{51, 53}
16. 50	265 ³⁹	635A	241 ⁵⁵
17. 21	265 ³⁹	671A	238 ³³
21. 25	265 ³⁹	672	238 ³³

683	261 ²⁵ , 268 ⁵¹ , 273, 275	200	49
884	320 ²⁴ , 321 ²⁶	Uguzzoni/Ghinatti	
933	275	1.151f.	321 ²⁶
953	204 ⁴ , 260 ¹⁷ , 261 ²⁵ , 267 ⁵⁰ , 275	p. 16 p. 19f.	236 ¹⁸ 236 ¹⁸
993	290 ¹⁸	Vreeken	
1000	209 ¹⁰ , 219	70-73	209 ¹⁰
1024	215 ²⁷ , 218 ⁴²		
1047	290 ¹⁸	Welles RC	
1157	266 ⁴⁶	3 4	267 ⁴⁹ , 303f. 303f.
Tod			
189	252 ¹⁷		

5. Papyri, Tabulae, Ostraca

BGU		1264	353 ²⁴
<i>I</i>		1266	353 ²⁴ , 357 ⁴¹
19	333	1267	353 ²⁴
21	401 ⁷¹	1268	353 ²⁴
98	381 ¹⁷	1269	353 ²⁴
136	332 ⁶⁵	1270	353 ²⁴
140	334 ⁸²	1271	352 ²⁴ , 355 ²⁹ ,
197	359 ⁴⁶		356 ³⁷
224	325 ¹⁰	1272	352 ²⁴
<i>II</i>		<i>VIII</i>	
562	330 ⁴⁵	1807	204 ⁵
592	332 ⁶³	<i>X</i>	
<i>III</i>		1937	324 ⁴
993	335 ⁹² , 350 ¹⁶	1943	353 ²⁴
<i>IV</i>		1944	353 ²⁴
1013	335 ⁹¹	1945	353 ²⁴
1118	353 ²⁶ , 354 ²⁷	1946	353 ²⁴
1119	354 ²⁷	1947	353 ²⁴
1120	354 ²⁷	1948	353 ²⁴
1121	354 ²⁷	1949	353 ²⁴
1131	332 ⁵⁹	1950	353 ²⁴
1170 III	354 ²⁷	1951	353 ²⁴
1185	333 ⁷²	1952	353 ²⁴
<i>V</i>		1953	353 ²⁴
1210	327 ²³	1954	353 ²⁴
(s. auch: Gnomon des Idioslogos)		1955	353 ²⁴
<i>VI</i>		1956	353 ²⁴
1213	327 ²¹	1957	352 ²⁴
1250	327 ²¹	1982	353 ²⁴
1262	352 ²⁴	<i>XI</i>	
1263	353 ²⁴	2125	353 ²⁷

<i>XII</i>			CPL	
2137	402		183	394 ⁴⁷
<i>XIV</i>			Annex 11	396 ⁵²
2383	353 ²⁴		Annex 12	397 ⁵⁶
2384	353 ²⁴		Annex 13	397 ⁵⁷
2385	353 ²⁴		Annex 14	397 ⁵⁸
2386	353 ²⁴			
2387	353 ²⁴		CPR	
2389	353 ²⁴		<i>I</i>	
2390	353 ²⁴ , 357 ³⁹		18	334
2393	353 ²⁴		174	334
<i>XVII</i>			<i>III</i>	
2698	431 ²³ , 429		28	336 ⁹⁶
2708	401 ⁷¹		<i>VI</i>	
2709	401 ⁷¹		1	337 ¹⁰⁴
			<i>XVIII</i>	
ChLA			2; 3; 7; 11; 15;	
<i>III</i>			19; 32; 33	353 ²⁴
217	391 ³⁸ , 396 ⁵³		<i>XXIV</i>	
<i>IV</i>			3	391 ³⁸
246	402 ⁷³		4	401 ⁷¹
254	398 ⁶⁰		5	401 ⁷¹
<i>XLI</i>			6	401 ⁷¹
1188	391 ³⁸		7	401 ⁷¹
1202	399 ⁶⁵			
1204	398 ⁶⁰		Doc. Eserc. Rom.	
<i>XLII</i>			71	381 ¹⁵
1226	398 ⁶⁰		81	381 ¹⁷
<i>XLIII</i>				
1247	396, 398 ⁵⁹		FIRA	
<i>XLIV</i>			<i>III</i>	
1264	394 ⁴⁷		16	342
<i>XLV</i>			22	431 ²¹
1325	391 ³⁸		23	431 ²¹
1337	396 ⁵¹		67	431 ²¹
<i>XLVII</i>			68	431 ²¹
1406	397 ⁵⁷		115	431 ²¹
1407	397 ⁵⁸		158	431 ²¹
1408	397 ⁵⁶		176	397 ⁵⁷
1409	396 ⁵²		179	431 ²¹
1431	392		184	431 ²¹
1437	390, 391 ³⁹ , 407			
			Gnomon des Idioslogos (s. auch BGU V 1210)	
C. Ord. Ptol.			5	337 ¹⁰¹
31	205 ⁶		13	331 ⁵⁷
54	333 ⁷¹		15	328 ³¹
71	333 ⁷²		35	334, 334 ⁸³
			38	328 ³³
			42	327

46	328 ³³	18	386, 386 ²⁷
47	328 ³³	28	382 ²² , 386,
48	328 ³³		386 ²⁹
57	328 ³³	44	383, 385 ^{23, 24} ,
70	401 ⁶⁹		387 ³⁰
111	401 ⁶⁹	45	383, 385,
			385 ^{23, 24}
JP		46	383
10	342	47	383, 385,
			385 ^{23, 24}
MChr		48	383, 385 ²⁴ ,
55	398		387
56	398	49	383, 385,
57	332 ⁶¹		385 ²⁴
85	333	50	383
134	352 ²⁴	51	384, 385,
128	384		385 ²⁴
141	352 ²⁴	52	384, 385 ^{24, 25}
150	354 ^{27, 28}	53	384, 385 ^{24, 25}
176	332 ⁶⁰	54	384, 385,
200	331 ⁵¹		385 ²⁴
208	331 ⁵³	55	384
233	287 ⁹	56	384, 385 ²⁵
247	331 ⁵¹ , 334 ⁸⁴	57	384, 385 ²⁵
255	331 ⁵²		
278	431 ²²	P. Acad.	
279	431 ²²	51	401 ⁷¹ , 402
284	336 ⁹⁶	56/1+2	390, 391 ³⁸ ,
287	333 ⁷⁵		395, 397,
302	332 ⁶¹		403, 405, 407
307	337	57/1	390, 391 ³⁸ ,
314	336 ⁹⁷		395, 397,
357	332 ⁵⁹		403, 405, 407
364	342		
372 s. P. Catt. recto		P. Amh.	
379	324 ⁷	<i>II</i>	
		78	381 ¹⁷
O. Bodl.		85	353 ²⁷
<i>I</i>		86	353 ²⁷
257	353 ²⁴	87	354 ²⁷
		88	354 ^{27, 28}
O. Douch		89	354 ²⁷
<i>IV</i>		P. Amst.	
457	401 ⁷¹ , 402	<i>I</i>	
O. Oasis		41	353 ²⁶
11	401 ⁷¹ , 402	P. Ant.	
P. Abinn.		<i>III</i>	
10	386, 386 ²⁸	152	423

P. Athen		P. Col.	
14	355 ³²	<i>III</i>	
15	354 ²⁷	54	352 ²⁴
P. Bad.		<i>IV</i>	
<i>II</i>		79	352 ²⁴ , 355 ³³ , 357 ³⁹
18	353 ²⁷	<i>X</i>	
P. Berl. Leihg.		285	391 ³⁸
<i>I</i>		P. Col. Zen.	
22	358 ⁴⁴	<i>I</i>	
P. Bodl.		58	325 ¹³
<i>I</i>		P. Dion.	
170	391 ³⁸	1	353 ²⁴
P. Bouriant		4	353 ²⁴
42	327 ²⁴	5	353 ²⁴
P. Brem.		P. Dryton	
75	353 ²⁷	1	352 ²³
P. Cair. Isid.		3	352 ²³
63	381 ¹⁵	4	352 ²³
74	399f., 399 ⁶⁵	P. Dura	
139 descr.	381 ¹⁵	12	316 ff., 331 ^{50,55} , 334 ⁸⁵
P. Cair. Masp.		P. Eleph.	
<i>I</i>		1	352 ²³
67002-05	380 ¹³	P. Ent.	
67120	373 ³⁰	8	327 ²⁰
P. Cair. Preis.		28	204 ⁵
39	402 ⁷³	66	334 ⁸⁴
P. Cair. Zen.		P. Euphr.	
<i>III</i>		5	390, 390 ³⁶ , 406
59340	352 ²⁴	P. Fay.	
59368	204 ⁵	15	203 ¹
59454	290	236	352 ²⁴
P. Catt.		P. Flor.	
Recto col. III	325 ⁹	<i>I</i>	
Recto col. IV	325 ⁹ , 334	5	325 ¹⁰
Recto col. IV-V	325 ⁹ , 328	41	353 ²⁷
Recto col. V	328 ³⁰	68	331 ⁵¹
P. Charite		85	353 ²⁷
7	402 ⁷³	86	331 ⁵¹ , 334 ⁸⁴

<i>III</i>			P. Hal.	
353	353 ²⁷		1, 225f.	204 ³
354	354 ²⁷			
356	354 ²⁷		P. Hamb.	
368	354 ²⁷ , 357 ³⁹		<i>II</i>	
369	354 ²⁷ , 357 ³⁹		188	353 ²⁴
370	354 ²⁷		<i>IV</i>	
			239	353 ²⁴
P. Frank.			P. Harrauer	
1	353 ²⁴ , 354 ²⁸ , 354 ²⁹ , 356, 356 ³⁷		46	391 ³⁸
2	353 ²⁴		P. Heid.	
4	353 ²⁴		<i>IV</i>	
			337	354 ²⁷
P. Freib.			<i>VI</i>	
<i>III</i>			363	204 ⁵
21	352 ²⁴		inv. 1278	287 ⁹
22	352 ²⁴			
23	352 ²⁴		P. Herm. Rees	
24	352 ²⁴ , 355 ³³		18	206 ¹⁰
25	352 ²⁴ , 355 ³³			
28	352 ²⁴		P. Hib.	
32	352 ²⁴		<i>I</i>	
34	352 ²⁴ , 355, 355 ³³		90	353 ²⁴
35	352 ²⁴ , 357 ³⁹		91	353 ²⁴
			<i>II</i>	
			196	327 ¹⁹
P. Gen.			263	353 ²⁴
<i>I</i>			P. Iand.	
47	383		inv. 507	369 ¹¹
49	384			
<i>I²</i>			P. Köln	
3	381 ¹⁷		<i>III</i>	
16	381 ¹⁷		145	353 ²⁴ , 360 ⁴⁹
			157	430
P. Giss.			<i>VI</i>	
<i>I</i>			275	352 ²⁴
37	353 ²⁴			
P. Grad.			P. Lille	
19	353 ²⁴		<i>I</i>	
			4	333 ⁷⁰
P. Grenf.			P. Lips.	
<i>I</i>			28	333 ⁷⁸ , 341ff.
21	332 ⁶¹		29	326 ¹⁴
P. Gurob				
2	315			

P. Lond.			<i>XIII</i>	
<i>II</i>			660	391 ³⁹
154 (S. 178)	331 ⁵²		661	391 ³⁹
177 (S. 167)	332 ⁶¹		<i>XVIII</i>	
226b (S. 9)	353 ²⁴		771	352 ²⁴
240 (S. 277)	384		785	335 ⁹² , 337 ¹⁰⁵
241 (S. 278)	384			
242 (S. 275)	383		P. Mich. Zen.	
245 (S. 271)	383		55	204 ²
256 (S. 98)	324			
403 (S. 276)	383		P. Michael.	
406 (S. 280)	384		13	354 ²⁷ , 356 ³⁵
407 (S. 273)	384		14	354 ²⁷
412 (S. 279)	384			
<i>III</i>			P. Mon.	
858a (S. 144)	354 ²⁷		<i>I</i>	
880 (S. 89)	335 ⁹¹		9	428 ¹⁴
940 (S. 118)	331 ⁵¹			
947 II a S. xlviii	354 ²⁷		P. Oslo	
1103b S. lvii	354 ²⁷		<i>II</i>	
1171 a (S. 106)	354 ²⁷		30	381 ¹⁵
1171 b (S. 107)	354 ²⁷			
1223 (S. 139)	354 ²⁷		P. Oxy.	
1225 (S. 138)	354 ²⁷		<i>I</i>	
1227 (S. 143)	354 ²⁷		37	325
<i>V</i>			75	332 ⁶¹
1674	380 ¹³		104	327 ²⁴
1734	428 ¹⁴		105	338 ¹⁰⁸
<i>VII</i>			<i>II</i>	
1932	204 ⁵		237	345
2188	203 ¹		237 Col. IV 36-38	336 ⁹⁹
			237 Col. VIII 21-27	336 ⁹⁹
P. Louvre			237 Col. VIII 27-43	336 ⁹⁸
<i>I</i>			277	353 ²⁶
7	353 ²⁵		<i>III</i>	
P. Med.			490	338 ¹⁰⁸
3	329 ⁴⁰		493	337f., 338 ¹¹¹
			496	333 ⁷⁵
P. Mert.			499	354 ²⁸ ,
<i>I</i>				355 ^{30, 31} ,
10	357 ⁴⁰			356 ³⁵ , 357 ³⁸ ,
<i>II</i>				357 ⁴²
91	400		503	332 ⁶⁰
			604 descr.	362 ³⁶
P. Mich.			<i>IV</i>	
<i>V</i>			713	336 ⁹⁷
321	350 ¹⁴		<i>VI</i>	
<i>X</i>			910	357 ³⁹
586	359 ⁴⁶		985	338 ¹¹¹

<i>VIII</i>			<i>LX</i>	
1101	387f., 403, 405		4084	401, 401 ⁷¹
<i>IX</i>			<i>LXIII</i>	
1204	394 ⁴⁸		4381	390ff., 397 ⁵⁵ , 398f., 399 ⁶⁴ , 401 ⁷¹ , 402ff., 406f.
1206	326 ¹⁴ , 333 ⁷⁸ , 341ff.			
<i>X</i>			<i>LXVII</i>	
1279	357 ³⁹		4628	401, 401 ⁷¹
<i>XIV</i>			P. Palau	
1628	353 ²⁴ , 359		inv. 70	391 ³⁹
1629	353 ²⁴ , 360 ⁴⁹			
<i>XV</i>			P. Petrie	
1813	415 ¹ , 423		<i>III</i>	
1814	415 ² , 418 ⁹ , 423		59 B	324 ⁴
<i>XVI</i>			P. Petrie²	
1876	396 ⁵⁰ , 397ff., 397 ^{57, 58}		19	332 ⁶⁹
1877	395, 396 ⁵⁰ , 397ff., 397 ⁵⁸		25	332 ⁶⁹
1878	396 ⁵⁰ , 397ff., 397 ^{56, 58}		30	332 ⁶⁹
1879	396ff., 396 ^{50, 52}		P. Prag.	
1895	326 ¹⁴ , 342		<i>I</i>	
1896	341		36	354 ²⁷
<i>XXII</i>			P. Princ.	
2342	337 ¹⁰⁷ , 338, 338 ¹¹		<i>II</i>	
			85	373 ³⁰
<i>XXXI</i>			P. Rain. Cent.	
2584	357 ³⁸		91	389, 389 ³⁴
<i>XXXVI</i>			P. Rein.	
2757	337 ¹⁰¹		inv. 2219	423
<i>XXXVIII</i>			P. Ross. Georg.	
2874	357 ³⁹		<i>II</i>	
<i>XLI</i>			3	353 ²⁴
2973	357 ^{38, 39}		19	356 ³⁵ , 357 ³⁹
<i>XLII</i>			<i>III</i>	
3014	327 ²³		14	204 ⁵
3015	336 ¹⁰⁰		P. Ryl.	
<i>XLVI</i>			<i>II</i>	
3267	353 ²⁶		99	354 ²⁷ , 356 ³⁵
3271	325 ¹³		153	338 ¹⁰⁸
<i>XLIX</i>			154	336 ⁹⁷
3488	357 ³⁹		166	358 ⁴³
<i>L</i>			168	354 ²⁷
3581	389, 389 ³⁵			
<i>LVII</i>				
3911	357 ³⁹			

169	354 ²⁷	X	
170	354 ²⁷	1097	353 ²⁴ , 360 ⁴⁹
<i>IV</i>		1098	352 ²⁴ , 355 ²⁹ ,
600	358 ⁴³		356 ³⁷ , 359
609	402 ⁷³	1124	354 ²⁸ , 356 ³⁴ ,
653	398 ⁶⁰		357 ^{38,40}
P. Sakaon		<i>XI</i>	
33	398 ⁶⁰	1182	418 ⁹
34	398 ⁶⁰	<i>XIII</i>	
41	406 ⁸⁰	1309	398 ⁶⁰
46	387 ³⁰	1347	415 ¹ , 423
47	383, 387 ³⁰	P. Sorb.	
P. Sarap.		<i>I</i>	
22	354 ²⁷ , 358 ⁴⁵	15	353 ²⁴
22a	354 ²⁷ , 358 ⁴⁵	P. Stras.	
23	354 ²⁷ , 358 ⁴⁵	<i>I</i>	
24	354 ²⁷ , 358 ⁴⁵	76	354 ²⁷
25	354 ²⁷ , 358 ⁴⁵	78	354 ²⁷
26	354 ²⁷ , 358 ⁴⁵	<i>IV</i>	
27	354 ²⁷ , 358 ⁴⁵	291	354 ²⁷
28	354 ²⁷ , 358 ⁴⁵	<i>VI</i>	
43	354 ²⁷ , 358 ⁴⁵	507	354 ²⁷ , 356 ³⁵
44	354 ²⁷ , 358 ⁴⁵	<i>VII</i>	
45	354 ²⁷ , 358 ⁴⁵	642	353 ²⁴
46	354 ²⁷ , 354 ²⁸ ,	P. Strasb. dém.	
	358 ⁴⁵	<i>7</i>	327 ²⁰
47	354 ²⁷ , 356 ³⁵ ,	P. Tebt.	
	358 ⁴	<i>I</i>	
47bis	354 ²⁷	86	203 ¹
PSI		105	352 ²⁴ , 357 ³⁹
<i>I</i>		106	352 ²⁴ , 357 ³⁹
30	354 ²⁷	107	352 ²⁴
36 a	350 ¹⁴	108	352 ²⁴
<i>III</i>		124	333 ⁷¹
222	381 ¹⁷	137	352 ²⁴
<i>IV</i>		158	352 ²⁴
385	352 ²⁴	<i>II</i>	
392	204 ²	285	324 ⁷
<i>V</i>		302	324 ⁵
457	330 ⁴⁴	323	331 ⁵³
<i>VII</i>		383	332 ⁵⁹
786	430, 431 ²³	<i>III I</i>	
788	354 ²⁷	701	204 ⁵
<i>IX</i>		742	204 ⁵
1020	353 ²⁴ , 357 ³⁹	815	353 ²⁴
1021	353 ²⁴ , 357 ³⁹	817	287 ⁷

819	352 ²⁴ , 357 ⁴¹	7188	352 ²⁴ , 355 ³³ , 357 ³⁹
<i>III 2</i>			
975	352 ²⁴	<i>IV</i>	
		7450	352 ²⁴
P. Thead.		<i>V</i>	
13	398 ⁶⁰	7602	329 ³⁵
22	387 ³⁰	8038	329 ⁴³
23	383, 387 ³⁰	<i>VI</i>	
		9317 A-B	332 ⁶⁸
P. Thomas		9320	327 ²⁴
24	391 ³⁸	9612	352 ²⁴
25	391 ³⁸ , 396, 396 ⁵³	<i>VIII</i>	
		9684-9698	382 ²¹
27	401 ⁷¹	9689	383
		9690	383
P. Turin dem.		9704	354 ²⁷
2118	334 ⁸⁷	9705	354 ²⁷
		9706	354 ²⁷
P. Vindob.		9790	333 ⁷³
L 81 inv.	416, 424	9997	325 ¹¹
L 164 inv.	417, 424	<i>X</i>	
		10289	354 ²⁷
P. Vindob. Sijp.		10398	381 ¹⁵
8	354 ²⁷	10755	382 ²¹
		<i>XII</i>	
P. Vindob. Bosw.		11053	352 ²³
2	328	11060	353 ²⁴
		11061	353 ²⁴
P. Würz.		<i>XIV</i>	
12	354 ²⁷	11281	356 ³⁵
13	354 ²⁷	11380	382 ²¹
		11388	328 ³¹
P. Yale		11877	382 ²¹
<i>I</i>		11904	381 ¹⁷
51	352 ²⁴ , 355 ³³	<i>XVI</i>	
57	203 ¹	12373	352 ²⁴
67	353 ²⁶ , 358 ⁴³	12539	355 ³²
		12542	391 ³⁹
RB von Hermopolis		12569	352 ²⁴
col. VIII 30-32	330	12742	329 ³⁵
col. IX 21-22	330	12743	329 ³⁵
		12784	353 ²⁴
SB		<i>XVIII</i>	
<i>I</i>		13161	354 ²⁷
5661	329 ³⁹	13173	373 ³⁰ , 425ff., 429, 431 ²³
<i>III</i>			
6290	353 ²⁴	13769	396 ⁵¹ , 398f., 405 ⁷⁸ , 407
6759	352 ²⁴		
6952	381 ¹⁷	13796	396
		13886	369 ¹¹

XX		SPP	
14108	353 ²⁴	<i>III</i>	
14314	358 ⁴³	293	401 ⁷¹
14337	356 ³⁵ , 357 ³⁹	<i>VIII</i>	
14464	357 ³⁸	999	401 ⁷¹
14954	382 ²¹	<i>XX</i>	
XXII		283	391 ³⁸
15225	401 ⁷¹	<i>XXII</i>	
15226	401 ⁷¹	49	381 ¹⁷
XXIV		54	381 ¹⁷
15921	353 ²⁵		
15969	373 ³⁰ , 401 ⁷¹	Tab. Heracl.	
16001	353 ²⁵	I 151f.	321 ²⁶
SP		UPZ	
<i>I</i>		<i>I</i>	
10	342	112 col. V	290 ¹⁷
11	342, 431 ²¹	123	331 ⁵⁶
24	431 ²¹	<i>II</i>	
25	431 ²¹	170	332 ⁶⁷
47	431 ²²	194	324 ⁴
48	431 ²²		
61	431 ²¹	WChr	
86	431 ²¹	27	328
<i>II</i>		52	327 ²²
250	397 ⁵⁸	66	324 ⁴
		220	330 ⁴⁵
		370	354 ²⁷